

13./XII. 1917

L 70000

57

1917 - 1918

13./XII. - 23./I.

Äußere Politik

38.

Fortsetzung der Waffenstillstandsverhandlungen.

Ein Ultimatum Rußlands an seine Verbündeten.

Petersburg, 11. Dezember. (Pet. Tel.-Ag.)

Die russische Abordnung für die Verhandlungen über den Waffenstillstand ist heute nacht abgereist und wird der getroffenen Vereinbarung gemäß morgen mittag mit den Abordnungen der Mittelmächte zusammentreffen. Außer dem vom Räte der Volkskommissäre hiezu beglaubigten Vertretern der politischen Parteien gehören der Abordnung militärische Sachverständige und Delegierte der Armee und der Flotte an.

Der Rat der Volkskommissäre wird den verbündeten Ländern neuerlich den Vorschlag machen, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Sollten die Verbündeten keine Antwort auf diesen Vorschlag erteilen, würde die ganze Verantwortung auf sie fallen.

Die russische Abordnung wird die Verhandlungen über den Waffenstillstand fortsetzen; sie wird hiebei durch die moralische Kraft der siegreichen Revolution der Arbeiter und Bauern unterstützt. Die Abordnung will die Kanonen zum Schweigen bringen und die Gewehre verstummen machen, sei es an der Front, sei es in der Ostsee oder im Schwarzen Meere. Sie wird die Verhandlungen zum Abschluß eines Waffenstillstandes zu Ende führen; sie wird sie fortsetzen, wie sie sie begonnen hat, als bevollmächtigter Vertreter des Landes und des Volkes, auf das die Blicke von Millionen Arbeitern und Soldaten der ganzen Welt gerichtet sind.

Obwohl
14./XII. 1914

Die Kriegsrede Orlandos.

Zürich, 13. Dezember.

In seiner Rede in der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer jagte Ministerpräsident Orlando weiter:

Das gesamte Leben des Landes und namentlich das Wirtschaftsleben wird durch die Kriegslage völlig beherrscht. Schon vor dem Kriege mußte Italien fast alle Rohstoffe und einen erheblichen Teil der zu seiner Approvisionnement nötigen Waren einführen. Diese Erfordernisse sind außerordentlich gewachsen, aber zugleich haben sich in sehr viel größerem Maßstabe die Schwierigkeiten dabei vermehrt. Das Verschwinden des Schiffsraumes, das Risiko der Schiffsahrt, die Verminderung der Arbeitskräfte, die Erhöhung der Güternachfrage und die Verminderung des Güteranbots, die Verschlechterung des Geldwechsels und andere Gründe haben eine allgemeine Preissteigerung herbeigeführt und die Lebensbedingungen allenthalben erschwert. Und doch ist die enorme Preissteigerung nicht einmal die Hauptfrage. Diese besteht vielmehr darin, daß trotz strengster Beschränkung des Verbrauches die notwendigsten Dinge absolut zu fehlen drohen. Dem wird nicht ohne weiteres durch den bloßen Friedensschluß abzuhelfen sein. Das einzige Hilfsmittel ist die Einziehung aller Energien, damit die einheimische Produktion möglichst steige oder wenigstens nicht sinke, der Verbrauch aber sinke oder wenigstens nicht steige. Zu diesem wesentlichen Zweck bedürfen wir einer festen staatlichen Organisation und besserer Disziplinierung des individuellen Verhaltens. Dieses Problem bleibt sich gleich, ob der Krieg aufhört oder fort dauert. Um den schlimmsten Notstand zu begegnen, muß vom Auslande möglichst wenig eingekauft und dafür alles, was im Lande nicht unbedingt nötig ist, ins Ausland ausgeführt werden. In jeder Hinsicht sind also neue Opfer und Entbehrungen unumgänglich notwendig, und jeder muß die Pflicht empfinden, alle Hilfsquellen in erster Linie jenen zur Verfügung zu stellen, die kämpfen und die schwersten Unbilden erleiden. Die Regierung hat, wie bereits durch eine diesbezügliche Verfügung bekannt, für die Heiden eine Geldversicherung bestimmt und hofft nebenher damit einen Sayr. et exp. etlicher Lebenspolitik und sozialer Erneuerung getan zu haben.

Italiens Industrien haben, insofern sie dem Fremdenverkehr dienen und kostspielige oder schwer transportierbare Rohstoffe verwenden, schwer gelitten. Andere Industrien sind in beständigem Aufstiege begriffen, namentlich hat der Krieg zu vielen Neuanlagen den Antrieb gegeben. Indessen muß man beizeiten gegen trügerische Gebilde und künstliche Entwicklungen auf industriellen Gebieten Vorkehrungen treffen und entscheiden an jene Probleme herantreten, die sich mit Kriegsende ergeben müssen. Eine wirksamere Förderung muß die landwirtschaftliche Produktion erhalten, die unter seinen Umständen lange Zeit unter der Ueberproduktion und Konkurrenz wird leiden dürfen, von denen die Industrie bedroht ist. Die italienische Landwirtschaft muß sich der modernen Chemie und Mechanik in großem Maßstabe bedienen.

Auf internationalem Gebiet ist bemerkenswert, daß das Schicksal Polens den Gegenstand von Erörterungen zwischen den Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns bildet. Die öffentliche Meinung beider Länder ist daran mit der vergierenden Tendenz beteiligt. Indessen kümmern sich jene Regierungen weniger um den Schutz der damit unvereinbaren Rechte der edlen, unglücklichen polnischen Nation, sondern machen sie vielmehr zum Gegenstand politischer Kombinationen und wechelseitiger Kompensationen. Daher haben sich die verbündeten Großmächte, geleitet vom Grundsatz der Achtung der Nationalität in der Entschließung zusammengefunden, daß die Schaffung eines unabhängigen und unteilbaren Polen unter Bedingungen, die seine freie politische und wirtschaftliche Entwicklung sichern, eines der Elemente eines gerechten dauernden Friedens und des Rechtes in Europa bildet.

Mit freudiger Rührung haben wir die Nachricht von der Befreiung Jerusalems durch die Tüchtigkeit des englischen Heeres unter Mitwirkung französischer und italienischer Waffen vernommen. Dieses militärische Ereignis ruft ehrenwürdige Ueberlieferungen und ruhmvolle Erinnerungen, welche Rechtsgrund, Weisheit und Nährstoff der Geschichte und Kultur der großen christlichen Völker gewesen sind, in unser Gedächtnis zurück. So hat das Ereignis für uns gleichsam die Bedeutung eines Omens. Wir sehen darin nicht bloß die Befreiung einer Stadt oder eines Volkes, sondern auch das Versprechen der Befreiung der Welt von der Unterdrückung und der Gewalttätigkeit, welche seit Jahrhunderten just dort die Wurzeln hatte, wo für die ganze Erde und alle Völker das Wort erscholl, das alle Menschen im Ideal von Gerechtigkeit und Liebe verbrüderet wissen will.

Die jüngsten Zwischenfälle im Gange der russischen Revolution können uns hingegen wahrlich keinen Trost gewähren. Eine Partei hat sich der Petersburger Regierung bemächtigt. Indessen ermangelt Rußland gegenwärtig einer Vertretung, ja einer normalen politischen Verfassung. Die Verbündeten warten, um als legitim nur diejenige Regierung anzuerkennen, die ein aufrichtiger, dauernder Ausdruck des Volkswillens sein und namens der russischen Nation zu sprechen das Recht haben wird. Inzwischen kann man nicht verhehlen, daß Rußlands Versagen sehr ernste militärische Folgen hat. Auch die Bewertung des Schadens, welche die Entente durch die so beträchtlichen Verschiebung der Verhältnisse der einander entgegengesetzten militärischen Kräfte verspürt, läßt sich nicht abschwächen. Unbefangenerweise muß man jedoch hervorheben, daß ähnliche Wechselfälle bald in dem einen, bald in dem anderen Sinne in diesem ungeheuren Krieg nicht geschehen haben und niemals eintretend gewesen sind. Die Faktoren des Sieges, sowohl die Menschen wie die Mittel, bleiben immer auf Seiten der Entente. Wesentlich ist, sie zur Geltung zu bringen und unter den Verbündeten jene Gemeinschaft und Ordnung zu erreichen, vermöge der die Kräfte sich nicht bloß summieren, sondern vervielfältigen.

15/XII. 1917.

Tirpitz über Kriegsziele.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Hamburg, 15. Dezember.

In den Hamburger Veranstaltungen der Deutschen Vaterlandspartei betonte Großadmiral v. Tirpitz, daß der Krieg, der über unsere ganze Zukunft entscheide, von England unserer Arbeit und damit auch unseren Arbeitern gelte. Nach dem hanseatischen Wahlspruch „Mein Feld ist die Welt!“ müssen wir unsere Weltmachtstellung wieder erobern und dauernd sichern. Die führenden Schichten Deutschlands seien in politischer Hinsicht etwas bequem geworden. Die Vaterlandspartei wolle die Deutschen in ihrer Schicksalsstunde aufrütteln. Sie sei leider noch in jüngster Zeit wieder ungerechterweise als eine politische Partei angesprochen worden. (Offenbar waren hier die Äußerungen des Ministers Dr. Drews gemeint.) Unsere mehr als 10 Millionen Krieger sehnen sich danach, zu wissen, wofür sie kämpfen und sterben.

Zu den Friedensverhandlungen übergehend, sagte Tirpitz: Unsere Interessengegenstände zu Rußland seien nicht unüberbrückbar, wenn das russische Volk seine eigentlichen Auslagerer erkenne. Eine starke Sicherung unserer großen Grenzen könne verlangt werden auf Grund unserer großen Waffenerfolge. In Italien und auf dem Balkan ist auch für unsere Bundesgenossen die Entscheidung praktisch schon gefallen. Die Vertreibung von Fremdvölkern, womöglich gegen ihren Willen, sei nicht unser Ziel. Ein brauchbares Kolonialreich müssen wir wiedererlangen, wenn auch mit einigen Veränderungen.

Für den Westen stellte er dieselben Forderungen auf wie kürzlich in Essen. Wenn wir den zähen Willen zur Einigkeit haben, wird England diesmal sein Spiel verlieren. Es hat bis jetzt mehr gewonnen als verloren. Deshalb und wegen unserer ungeheuren Verluste wäre der Status quo ante gleichbedeutend mit einer Niederlage für uns. In Belgien liege die Entscheidung über unsere Weltstellung. England hat sie längst erkannt. Wir müssen die Gleichberechtigung gegenüber England erzwingen. Wir können Zeebrügge und Ostende nicht aufgeben für die Nahrung Galais durch die Engländer. In dem Weltfrachtraum konzentriert sich der Begriff der Stimmung Englands. Der Versuch, seine Freundschaft zu erreichen, sei verfehlt. Dem Reichstagsausschuß soll ein bestimmter Zeitpunkt genannt sein für die Erreichung der vollen Wirkung unseres U-Boot-Krieges. Das sei zu bedauern, denn der von unserer Seite England gelassene Zeitgewinn habe es ihm ermöglicht, seine Seekriegsmöglichkeiten zu organisieren. Anscheinend habe man auch in politischen Kreisen allzu große Hoffnungen auf die schnelle Wirkung unseres U-Boot-Krieges gesetzt. Jeder Sachverständige werde erkennen können, daß wir in dem Kampfe um den Frachtraum es länger aushalten können als England und seine Freunde. Das nicht zu unterschätzende Eingreifen Amerikas bei dem Eindringen habe weniger Bedeutung infolge der Transportschwierigkeiten. Wir müssen kühles Blut bewahren gegenüber den Lockungen zu einem vorzeitigen Frieden. Den Schmerz und die Entbehrung müssen wir noch eine Weile tragen, bis unsere glänzende militärische Lage ihre volle Wirkung erzielt habe.

Der Landtagsabgeordnete Dr. Schifferer sprach im einzelnen darüber, wie der Frieden für uns aussehen müsse. In der Kündigung des Bismarckschen Rückversicherungsvertrages habe der Keim zum heutigen Frieden gelegen. England werde diesen Krieg bis zum Siege oder bis zur Niederlage durchkämpfen. Eine Neuorientierung müsse kommen, aber die inneren Streitigkeiten ständen zu sehr im Vordergrund. Deutschland gebrauche eine angemessene Entschädigung in bar oder in wirtschaftlichen Konzessionen. Sinnlose Eroberungen wolle die Vaterlandspartei nicht, aber nationale Notwendigkeiten. Als solche betrachtete der Redner das alldeutsche Annektionsprogramm.

Im ähnlichen Sinne sprach der frühere Reichstagsabgeordnete Hermann-Bremen: In dem Kundgebungstelegramm an den Reichskanzler heißt es u. a.: „Der Reichskanzler möge mit allen Kräften dahin wirken, daß alles das, was unsere Brüder im Felde und unsere Volksgenossen daheim während mehr als dreier Kriegsjahre erstritten und erlitten haben, in fester Hand, allen Gegenströmungen zum Trotz, festgehalten und voll ausgewertet werde, um dem deutschen Volke einen Frieden zu sichern, der ihm innerhalb festgelegter Grenzen erfolgreiches Schaffen gewährleistet, für alle Zeiten freien Handel und freies Meer gibt.“ Ein Telegramm an Hindenburg fordert diese Ziele in noch weitgehenderem Maße und mit noch schärferen Worten.

15. XII. 1914.

Der badische Thronfolger über die Forderung der Stunde.

Karlsruhe, 14. Dezember. In der Ersten Kammer hielt heute Präsident Prinz Max eine Ansprache, in der er zunächst der tapferen Brüder draußen im Felde gedachte. Der Name Cambrai werde in der Geschichte Badens immer einen stolzen, aber tiefsten Klang haben. Der Präsident fuhr fort:

Wir treten in einem denkwürdigen Augenblick zusammen. Zum ersten Male seit drei Jahren suchte eine feindliche Großmacht einen direkten Meinungsaustausch mit den Mittelmächten. Die Herren Lloyd George und Clemenceau aber wollen nach wie vor die Entscheidung auf dem Schlachtfelde herbeiführen. Der Versuch, Zwietracht in unser Volk zu säen, ist mißlungen. Unsere Heimatfront steht fester denn je. Redner beleuchtete den politischen Verleumdungsprozeß der Gegner und betonte, daß nach dem Suchomlinow-Prozeß das Märchen von der überfallenen Unschuld sich nicht mehr halten lasse. Wilson habe kein Recht, als Weltrichter aufzutreten. Doch dürfe man sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß das amerikanische Volk glaube, daß der Krieg in der von Wilson verkündigten Ideale willen fortgesetzt werden müsse. Die demokratische Bewegung unserer Gegner habe sich als ungeheure Lüge erwiesen. In Frankreich und England seien gleichfalls Kräfte am Werk, die keinen Gewaltfrieden wollen. Prinz Max fuhr fort: Wir müssen unsere ganze nationale Kraft zusammenraffen zu dem schweren Kampfe, der uns noch bevorsteht. Wir müssen aber zugleich danach streben, Klarheit zu schaffen, mit welcher Bestimmung wir an die Ordnung der Dinge heranzutreten entschlossen sind. Wollen wir diese Klarheit schaffen, so dürfen wir allerdings den Kampf der Meinungen in Deutschland nicht scheuen. Der echte Burgfrieden fordert jedoch, daß Menschen nicht miteinander rechten in einem verachtenden und verleihenden Geiste. Mit tiefem Schmerz haben wir das Schauspiel wieder erleben müssen, daß Deutsche sich mit denselben vergifteten Waffen bekämpft haben, wie vor dem Kriege. Aber die Erinnerung an das große befreiende Gemeinschaftsgefühl der ersten Kriegsmonate fordert uns heute mit aller Eindringlichkeit auf, das Kaiserwort zu erneuern, und es so zu erfassen, wie es verstanden sein will: Wohl gibt es Parteien, aber es sind alles Deutsche. Der Präsident schloß mit Ausblicken in die neue Zeit, sich dahin zusammenfassend, daß Macht allein unsere Stellung nicht zu sichern, das Schwert die moralischen Widerstände gegen uns nicht niederzureißen vermag. Die Feinde müßten gewahrt werden, daß blutiger unserer Kraft ein Weltgewissen steht. Dieses Zeichen solle Deutschland getrost auf seine Fahne schreiben, in diesem Zeichen werde es siegen. (Beifall.)

18. / XII. 1917

M

Die Antwort des deutschen Reichskanzlers auf die Rede von Lloyd-George.

Der Weg im Westen klar.

Berlin, 17. Dezember.

Reichskanzler Dr. Graf Hertling hatte die Freundlichkeit, den Direktor von Wolffs telegraphischem Bureau, Dr. Mantler, zu einem kurzen Gespräch zu empfangen. Der Gegenstand war die letzte Rede Lloyd-Georges. Der Reichskanzler äußerte sich folgendermaßen:

Sie fragen mich nach meiner Antwort auf die letzte Rede des englischen Premierministers Lloyd-George; Herr Lloyd-George nennt uns in seiner Rede Verbrecher und Banditen. Wir beabsichtigen, wie schon einmal im Reichstage erklärt wurde, nicht, uns an dieser Erneuerung der Titel homerischer Helden zu beteiligen. Mit Schimpfwörtern werden moderne Kriege nicht gewonnen, vielleicht aber verlängert. Denn das ist nach jenen Schmähungen des englischen Ministerpräsidenten klar: Für uns ist ein Verhandeln mit Männern von derartiger Gesinnung ausgeschlossen. Für den aufmerksamen Beobachter konnte seit geraumer Zeit kein Zweifel mehr bestehen, daß die englische Regierung unter Führung von Lloyd-George dem Gedanken eines gerechten Verständigungsfrieden vollkommen unzugänglich war. Wenn es in den breiten Kreisen der Öffentlichkeit eines schlagenden Beweises hierfür bedürfte, so ist er durch die neueste Rede des englischen Staatsleiters geliefert.

Sie wissen, daß ich erst seit kurzer Zeit an die Spitze der Reichsregierung getreten bin, daß mir aber meine bisherige Stellung Gelegenheit gab, die auswärtige Politik meiner Vorgänger und der verbündeten Staatsmänner von einem besonders guten Beobachtungsposten aus zu verfolgen, und da kann ich als Staatsmann und Historiker, der ein langes Leben dem Forschen nach geschichtlicher Wahrheit gewidmet hat, erklären: Das deutsche Gewissen ist rein. Nicht wir waren es, die den Mord von Sarajevo inszenierten. Der Prozeß Suchomlinow in Petersburg, er hat das, was wir seit Ende Juli 1914 wußten, der Welt mit absoluter Deutlichkeit klargelegt: die Ursache des Weltkrieges, den dem Zaren Nikolaus II. von gewissenlosen Ratgebern abgenötigten Befehl zur Gesamtmobilmachung, der uns den Kampf nach zwei Fronten aufzwang.

Vor wenigen Tagen war es ein Jahr, daß wir mit unseren Verbündeten den Feinden die Hand zum Frieden boten. Sie wurde zurückgestoßen. Inzwischen hat unsere Antwort auf die Papstnote unseren Standpunkt erneut ausgesprochen. In dem Augenblick, wo ich die Nachricht erhalte, daß die Waffenruhe, die schon zwischen unserem östlichen Nachbarn und uns bestand, in einen formellen Waffenstillstand übergegangen ist, wird mir die Rede des englischen Premierministers, von der Sie sprechen, vorgelesen. Sie ist die Antwort des heutigen englischen Kabinetts auf die Papstnote.

Unser Weg im Westen ist demnach klar. Nicht Lloyd-George ist der Welt Richter, sondern die Geschichte. Ihren Urteil können wir wie am 2. August 1914 so auch heute mit Ruhe entgegensehen.

18. XII. 1914

18
12**England wirbt um Oesterreich.**

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

p Wien, 17. Dezember.

Die Wiener „Politische Rundschau“ meldet aus dem Haag: In hartigen politischen Kreisen wird der Umschwung besprochen, der in der Stimmung der Entente gegen Oesterreich in letzter Zeit zu konstatieren ist. Es ist sicher, daß die Aufteilungspläne schon längst nicht mehr zum Friedensprogramm der Entente gehören und vielleicht auch nicht aus Haß und Unversöhnlichkeit gegen die Monarchie vorgeschlagen worden sind. Trotzdem konnten sie infolge der Propaganda der im Auslande weilenden Tschechen, insbesondere des Professors Masaryk, bis in die letzte Zeit aufrechterhalten werden. In jüngster Zeit scheint man aber in der Entente diese politischen Emissäre und Abenteuerer satt zu haben, und damit scheint zweifellos auch die Propaganda der österreichfeindlichen Tschechen an Stärke wesentlich nachgelassen zu haben.

Der „Politischen Rundschau“ werden offiziöse Beziehungen nachgesagt. Um so mehr davor gewarnt werden, die von ihr wieder-gegebene ersichtlich von englischer Seite inspirierte Auslassung anders als mit der nötigen Kritik aufzunehmen. Die plötzlich erwachte englische Vorliebe für die österreichisch-ungarische Monarchie hat die deutliche Voraussetzung, daß Oesterreich-Ungarn sich bereit findet, als Vermittler eines „englischen“ Friedens aufzutreten. Ein solcher Friede, der allerdings in erster Linie die Weltmachtstellung Deutschlands bedroht, würde auch für Oesterreich-Ungarn nur scheinbare und augenblickliche Vorteile bringen können. Die Monarchie fühlt sich heute mehr denn je solidarisch mit den übrigen Festlandsstaaten Europas in dem Bestreben, eine gemeinsame wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit von der englischen Vormacht zu erringen. Jetzt, wo durch die Verhandlungen mit Rußland das Ziel in größere Nähe gerückt ist, denn jemals, wird England vergeblich versuchen, durch derartige Einflüsterungen wie die oben wieder-gegebene, die österreichisch-ungarischen Politiker an dem ihnen vorgezeichneten Wege irre zu machen.

19. XII. 1917

Der Waffenstillstand zur See.

—**z** Berlin, 18. Dez. (Telegr.) Ein Waffenstillstand ist in der modernen Seekriegsführung ein wohl kaum schon gelauntes Ereignis. Seine schnelle Durchführung ist ja überhaupt nur bei örtlich so eng begrenzten Kriegsschauplätzen denkbar, wie es Ostsee und Schwarzes Meer sind, und wenn der Seekrieg nur in der Bekämpfung der militärischen Streitkräfte, aber nicht des Handels, besteht. Ein Handelskrieg gegen Rußland bestand in der Ostsee in der Praxis überhaupt nicht, und im Schwarzen Meer hatte er keine ausschlaggebende Bedeutung. Ein Stillstand im Unterseebootkrieg und Rückzug der Unterseeboote hinter eine Demarkationslinie gegen die Westmächte, wäre selbstverständlich undenkbar. Die Waffenstillstandsbedingungen geben die Zulässigkeit der Handelschiffahrt ausdrücklich hervor. In dem Gebiet zwischen 15 Grad östlicher Länge und der Demarkationslinie wäre das schon durch das Ruhen der Waffen selbstverständlich. Daß aber ebenso wie zu Lande auch zur See ein Verkehr von Land zu Land zugelassen ist, geht aus dieser besondern Festsetzung hervor und aus der gegebenen Zusicherung, die gefahrlosen Wege, also auch die minenfreien, einander mitzuteilen. Das Ostseegebiet, auf das sich der Waffenstillstand erstreckt, ist das ganze östliche Ostseebecken. Der 15. Längengrad östlich von Greenwich verläuft durch den östlichsten Teil von Bornholm und etwa zwischen Stettin und Kolberg. Östlich davon ist gegen Rußland Waffenstillstand, westlich davon liegt die ganze Sundbesetzung, die ja gegen die Westmächte gerichtet ist und von einer Bedeutung nichts verliert. Daß die russische Regierung Gewähr dafür übernimmt, daß Seestreitkräfte des Verbands, die sich nördlich der Demarkationslinie befinden, oder später dorthin gelangen, sich ebenso verhalten wie die russischen, ist wichtig, weil sich jedenfalls zur Zeit der Unternehmung gegen Osel noch englische Unterseeboote in der Ostsee befanden, und es wenig wahrscheinlich ist, daß sie die Ostsee verlassen konnten. Die Demarkationslinie, die unsere Streitkräfte nicht nach Norden, die russischen nicht nach Süden überschreiten dürfen, läuft ungefähr von der Nordwestecke Estlands hinüber nach Schweden und führt ihrer Richtung nach nördlich von Stockholm vorbei, verlagert also uns den Eintritt in den Finnischen und Botnischen Meerbusen, und den russischen Streitkräften den Zutritt zur ganzen östlichen Ostsee.

Die Vertretung unseres Armeekorps-Oberkommandos.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Bei den in den nächsten Tagen beginnenden Friedensverhandlungen zu Brest-Litowsk wird das I. und II. Armeekorps-Oberkommando durch den Kommandanten und kommandierenden General des 23. Korps FML. Csicseries v. Bacsanj vertreten sein. Ihm sind beigegeben: Oberstleutnant des Generalstabskorps Hermann Pokorny, Major des Generalstabskorps Edmund Glaise v. Horsttau und Korvettenkapitän Maj Wulff; ferner Personaladjutant Oberleutnant Mann. FML. v. Csicseries begibt sich am 19. d. nachmittags nach Brest-Litowsk.

FML. Maximilian v. Csicseries, der seitens des Armeekorps-Oberkommandos zu den Friedensverhandlungen delegiert wurde, hat als österreichisch-ungarischer Generalstabsoffizier am russisch-japanischen Kriege auf russischer Seite teilgenommen. Er veröffentlichte nach dem Kriege auf Grund seiner gewonnenen Erfahrungen eine Reihe von Broschüren militärischer Natur, von denen insbesondere seine Publikation „Die Schlacht“ Aufsehen erregte, da er darin die jetzt bestätigten Erscheinungen des modernen Krieges zum größten Teil bereits vorausgesagt hat. FML. v. Csicseries war zu Beginn des Krieges Kommandant der 14. Infanterie-Brigade und ist nunmehr seit Jahresfrist Kommandant des 23. Korps.

Worte der Vernunft.

Der Dechant von St. Paul gegen allerlei Irrwahn.

z. Bern, 18. Dezember.

Drachmeldung der „Vossischen Zeitung“.

In der Central Hall in London hielt am letzten Freitag der Dechant von St. Paul, Ralph W. Inge, eine Ansprache an den „Englischen Rat des Weltbundes zur Förderung internationaler Verständigung durch die Kirche“. Inge setzte sich auf das entschiedenste für einen baldigen Verständigungsfrieden ein und führte unter großem Beifall folgendes aus:

„Man sagt uns, daß dieser Krieg nicht zu Ende gehen werde, bevor der deutsche Militarismus vernichtet sei. Dieses Programm war immer hoffnungslos; heute sehen wir, wie absurd es ist. Wir können nicht einmal die deutschen Armeen zerstören, und wenn wir es könnten, so hätten wir damit den deutschen Militarismus noch lange nicht zerstört. Man kann den Geist eines Volkes nicht dadurch brechen, daß man seine Truppen besiegt. Ein hochsinniges Volk verdoppelt dann seine Anstrengungen, um seine militärische Organisation zu vervollkommen, und ist von dem glühendsten Wunsche nach Vergeltung erfüllt. Wenn wir in diesem Kriege besiegt würden, würden wir uns damit etwa abfinden und uns ruhig verhalten? Wir wissen, daß wir dies keinesfalls täten, ebensowenig wie unsere Gegner.“

Einige hoffen immer noch auf die Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts. Wenn sie eine Rückkehr zum System des bewaffneten Friedens und des diplomatischen Krieges bedeutet, so wäre es unerträglich und unmöglich. Nach diesem Kriege wird das erschöpfte und halb bankerotte Europa zwischen den oberen Mühlensteinen Amerika und den unteren Mühlensteinen Asien gezwängt sein. Darum allein schon muß dieser „gegenseitige Selbstmörderfluß“ aufgelöst werden. Die „uneinigen Staaten von Europa“ haben keine Möglichkeit, selbst bis an die Zähne bewaffnet, gegen die Vereinigten Staaten von Amerika zu bestehen. Es herrscht auch die weitverbreitetste Ansicht, daß es uns gelingen könnte, die Deutschen zu zwingen oder zu überraden, ihr Regierungssystem zu wechseln und eine uns annehmbare Verfassung einzuführen.

In diesem Kriege hat kein Volk eine lebenschaftlicheren Loyalität seiner Regierung gegenüber an den Tag gelegt, als das deutsche. Seine Soldaten sind weit davon entfernt, der Regierung ihre Unterstützung zu verweigern; sie erklären, daß dieser Krieg sie so recht gelehrt habe, daß sie Deutsche sind. Die Deutschen glauben an ihre Regierung. Sie ziehen sie jeder anderen vor. Sie sind bereit, dafür zu sterben. Es ist keine ideale Regierungsreform — weiß Gott nicht! —, aber die Deutschen möchten keinesfalls mit uns tauschen.

Es ist in der Tat die größte Tragödie der modernen Geschichte, daß jede zivilisierte Nation in der Zwangslage zu sein scheint, nur zwischen Regierungsformen wählen zu können, von denen beide schlecht sind, und daß es nicht leicht ist, das Schlechtere zu erkennen. Auf der einen Seite das preußische System — wirksam, ökonomisch und ehrenhaft — das aber (meint der Dechant) darauf hinausläuft, den Zivilisten unter die Fuchtel des Soldaten mit all seiner Brutalität und seiner unfähigen Diplomatie zu bringen, bis dieses Volk ohne Gerechtigkeit, Ritterlichkeit, Großmut, Mitgefühl oder Mitleid dasieht. Nichtsdestoweniger ist Deutschland noch immer in vielen Beziehungen das bestregierte Land der Welt; und wenn wir nach den kühnsten Leistungen, die wir vor dem Kriege aufwiesen, annehmen, daß die Deutschen unser System mit Neid und Bewunderung betrachten und es gern nachahmen möchten, so befinden wir uns in einem ungeheuren Irrtum. Auf der anderen Seite steht die Anarchie der Demokratie — verschwenderisch, unwirksam und korrupt — mit einer Regierung, die vor jeder Agitation zittert, von jeder Verschwörung Erpressungen über sich ergehen läßt und unter der früher oder später die Steuerzahler von denjenigen systematisch ausgeplündert werden, die die Steuern auferlegen, bis schließlich der wirtschaftliche Bau des Staates zerstört ist.

Ebensowenig haben wir das Recht, anzunehmen, daß Demokratien friedlich sind. Ich glaube nicht, daß die Deutschen auch nur um ein Jota kriegerischer oder ehrgeiziger sind, als es die Franzosen vor hundert Jahren waren.“

Es ist für die immer stärker werdende Friedensbewegung in England charakteristisch, daß eine solche Rede von einem hervorragenden Manne der Öffentlichkeit in einer großen Versammlung in London überhaupt gehalten werden kann, was noch vor wenigen Wochen nicht möglich gewesen wäre. Daß der Brief Lord Lansdownes die politische Atmosphäre in dieser Richtung beeinflusst hat, ist, trotz den gegenteiligen Versicherungen der Northcliffe-Presse, nicht mehr zu bezweifeln.

Der Ministerpräsident über die Friedensfrage.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hat Ministerpräsident Dr. v. Seidler in Beantwortung der an ihn gerichteten Anfragen folgende Erklärung abgegeben:

In Beantwortung der in Verhandlung stehenden Anfragen beehre ich mich, dem hohen Hause im Einvernehmen mit dem Herrn Minister des Aeußern folgendes mitzuteilen:

Die Herren Abgeordneten Stanel und Genossen, wie auch die Herren Abgeordneten Dr. Petruszewicz und Genossen haben die Anregung gegeben, es möge dem Minister des Aeußern zu den Friedensverhandlungen ein aus den verschiedenen Nationalitäten Oesterreichs und Ungarns nach dem Bevölkerungsschlüssel zusammengesetzter Beirat beigegeben werden.

Was diese vorgeschlagene Form der Verhandlungen betrifft, so erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß nach den verfassungsrechtlichen Einrichtungen die Vertretung bei Friedensverhandlungen dem Minister des Aeußern obliegt, der im Rahmen seiner Verantwortlichkeit und im Einvernehmen mit den verantwortlichen Ministerpräsidenten der beiden Staaten der Monarchie diese Verhandlungen zu führen hat. Es würde dem Geiste der Verfassungen aller konstitutionellen Staaten widersprechen, wenn die Regierung bei Führung dieser Verhandlungen durch Beiräte, wie sie die Herren Interpellanten im Auge haben, kontrolliert werden würde. Es kann somit der in Rede stehenden formellen Anregung nicht nähergetreten werden. Selbstverständlich ist es jedoch, daß die etwa abgeschlossenen internationalen Abmachungen, insofern sie nach der Verfassung einer Genehmigung durch die gesetzgebenden Körperschaften bedürfen, diesen zeitgerecht zur zuständigen Behandlung werden vorgelegt werden.

Die zweite Anfrage der Herren Abgeordneten Stanel und Genossen geht dahin, ob entsprechende Vorjorgen in wirtschaftlicher Beziehung getroffen worden sind, damit unsere Nahrungsverhältnisse durch Zuschübe aus Rußland die erforderliche Verbesserung erfahren. Diesbezüglich gestatte ich mir zunächst hervorzuheben, daß in dem mit Rußland abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrage Punkt IV, Zahl 2, stipuliert wurde, es sei der Verkauf und Austausch von Waren des täglichen Gebrauches an den Verkehrsstellen der Front erlaubt. (Beifall.) Nähere Bestimmungen über diese provisorische Vereinbarung werden bei der demnächst in Petersburg zusammentretenden Konferenz der Vertreter der vertragsschließenden Teile festgelegt werden.

Vollends werden selbstredend bei den zu führenden Friedensverhandlungen auch die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten der Monarchie zu Rußland ihre Regelung erfahren. Es ist in diesem Augenblicke schwer zu sagen, in welcher Richtung sich diese Vereinbarungen bewegen werden; dessen aber kann das hohe Haus sich versichert halten, daß die bevollmächtigten Vertreter Oesterreich-Ungarns bemüht sein werden, solche Abmachungen zu erzielen, die den wirtschaftlichen Bedürfnissen Oesterreich-Ungarns voll und ganz gerecht werden.

Was den letzten Teil der von den Herren Abgeordneten Stanel und Genossen gestellten Anfrage anbelangt, so liegt die Befürchtung einer Uebervorteilung durch andere Mittelmächte selbstverständlich außerhalb des Kreises aller Erwägungen. (Lebhafte Zustimmung links. — Beifall.)

Ich gelange nunmehr zur Anfrage der Herren Abgeordneten Dr. Adler, Seitz und Genossen. In dieser Hinsicht erlaube ich mir zu bemerken, daß — wie der Herr Minister des Aeußern in seinem den Delegationen vorgelegtem Exposé dargelegt hat — die k. u. k. Regierung im Sinne ihrer schon früher wiederholt abgegebenen Erklärungen bei den mit Rußland zu führenden Friedensverhandlungen von dem Grundsatz ausgehen wird, daß wir einen Frieden ohne territoriale und wirtschaftliche Vergewaltigungen mit Rußland zu schließen wünschen. Hinsichtlich der Grundsätze, nach denen der Friede mit den übrigen feindlichen Staaten geschlossen werden soll, hat der Minister des Aeußern erklärt, daß unser Streben darauf gerichtet ist, auf der ebengedachten Grundlage, einen allgemeinen Frieden zu schließen, daß er aber nicht in der Lage sei, gegenüber solchen Feinden, die

Albrand
19. III. 1917

17

auch weiterhin auf der Fortsetzung des Krieges beharren sollten, diese selbstlosen Kriegsziele für alle Zukunft einseitig festzulegen. (Lebhafte, anhaltender Beifall und Händeklatschen.) Die Absicht der österreichisch-ungarischen Regierung, mit allen unseren Gegnern zu einem derartigen selbstlosen Frieden zu gelangen, ist, wie wir aus den Pressestimmen des feindlichen Auslandes wissen, im ganzen Auslande, und daher auch den Regierungen aller feindlichen Staaten, vollbekannt. (Rufe: Sehr richtig!)

Da der Zweck eines jeden Friedensangebotes nur der sein kann, dem Gegner Vorschläge mitzuteilen, die ihm nicht bekannt sind, so liegt mit Rücksicht auf die seit den letzten Erklärungen des Ministers des Aeußern verstrichene kurze Frist und mit Rücksicht darauf, daß die Situation inzwischen keine wesentliche Veränderung erfahren hat, kein Anlaß vor, im jetzigen Augenblicke mit neuen Friedensvorschlägen an unsere Gegner heranzutreten. (Lebhafte anhaltender Beifall und Händeklatschen. — Der Ministerpräsident wird vielseitig beglückwünscht.)

20. XII. 1917

Die Friedensverhandlungen. Abreise des Grafen Czernin nach Brest-Litowsk.

Der Minister des Aeußern Graf Czernin, welcher als Bevollmächtigter Oesterreich-Ungarns bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk fungieren wird, ist gestern Mittwoch um 4 Uhr nachmittags dahin abgereist. In der Begleitung des Ministers befinden sich, wie bereits berichtet, der Sektionschef im Ministerium des Aeußern Dr. Graß, die außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Freiherr Mittag von Leutheim und Dr. Ritter v. Wiesner und die Legationsräte Freiherr v. Andrian und Graf Collorredo sowie Legationssekretär Freiherr v. Gantsch.

Die Vertreter Deutschlands.

B. Berlin, 19. Dezember. Wie verlautet, werden deutscherseits an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk außer dem Staatssekretär Dr. Kühlmann, Geheimrat Rosenbergs von der politischen Abteilung, Geheimrat v. Stodhamer von der handelspolitischen und Geheimrat Simons von der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes teilnehmen.

Wie die „Bosnische Zeitung“ erfährt, weilt der ehemalige Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück in Brest-Litowsk und soll bei den Friedensunterhandlungen als Berater der deutschen Unterhändler mitwirken.

Die Vertretung Bulgariens.

S. Sofia, 19. Dezember. Die Bulgarische Telegraphen-Agentur meldet: Justizminister Popow und bevollmächtigte Minister Kossow, denen sich auf der Reise der bulgarische Generalkonsul in Budapest, bevollmächtigter Minister Stojanowitsch anschließen wird, reisen nach Brest-Litowsk ab, wo sich bereits der Militärbevollmächtigte Oberst Gunishev und der erste Sekretär der bulgarischen Gesandtschaft in Berlin Rakassow befinden. Diese fünf Delegierten werden Bulgarien auf der Friedenskonferenz vertreten.

Gelehrte Bildung und politische Einsicht.

Von Professor Dr. Benno Zandvörfner (Wien).

Hätte die durch ein hochstehendes Schulwesen vermittelte gelehrte Bildung eine Bürgschaft für politische Einsicht, so müßte das deutsche Volk einen Ueberfluß an politischen Köpfen besitzen. Leider lehrt die alltägliche Erfahrung, daß das Gegenteil wahr und nirgends politisches Verständnis so selten zu finden ist, wie eben auf dem Boden, den Deutsche ihr eigen nennen. Es würde zu weit führen, eingehender zu untersuchen, welcher Zusammenhang zwischen dem deutschen Erziehungs- und Bildungssystem und der politischen Unzulänglichkeit der deutschen Allgemeinheit, mag sie nun den Lager oder den minder gebildeten Schichten angehören, besteht. Nur so viel sei gesagt, daß sich gemüthliche Gründe dafür finden lassen, daß dieser bedauerliche Mangel wesentlich eben in unserem Schul- und Erziehungswesen seine Unterlage hat, wozu freilich auch noch die geringe natürliche Begabung des Deutschen für politische Dinge kommt. Die erstere Tatsache ist aber um so bedauerlicher, als es dem deutschen Geiste gelungen ist, auf anderen Gebieten angestammter natürlicher Schwächen erfolgreich Herr zu werden.

Fast wäre man versucht, in der merkwürdigen, nur allzu häufig beobachteten Erscheinung, daß politische Einsicht unter Deutschen zu der Höhe des Bildungsgrades in umgekehrtem Verhältnisse steht, eine Art von Naturgesetz zu erkennen. Jedenfalls bietet die gelehrte Welt des deutschen Volkes eine ganz überraschend große Anzahl höchstgebildeter Männer, die in Sachen der Politik entweder harmlos kindlich denken oder doch, in Lehrmeinungen verhängnisvollster Art rettungslos verstrickt, völlig versagen, wenn es gilt, politischen Scharfsinn zu betätigen.

Bei einer wissenschaftlichen Reise, die mich kürzlich ins Deutsche Reich führte, machte ich im Eisenbahnwagen die Bekanntschaft eines namhaften süddeutschen Arztes, der, politisch eifrig tätig, mir einen traurigen Fall gelehrten Unverstandes in politischen Dingen mitteilte. Professor Duden, der bekannte Historiker der Heidelberger Universität, zugleich national-liberaler Parteimann, leidet an krankhafter Abneigung gegen alles, was ihm chauvinistisch oder alldeutsch erscheint. In einem allgemein gehaltenen Kolleg leistet er sich denn auch, wo nur irgend möglich, Ausfälle gegen dieses sein Schreckenswesen und gefällt sich dabei in politischen Voraussetzungen, die den gemeinsamen Zug haben, nicht in Erfüllung zu gehen. Ein glänzendes Beispiel hierfür leistete sich der sehr gelehrte Herr im Sommersemester 1914. Er behauptete hier, mein Gewährsmann war Augen- und Ohrenzeuge, das Verhältnis des Deutschen Reiches zu England sei noch niemals besser gewesen als eben damals und nur die unwichtigsten Alldeutschen könnten von neuem Kriege zwischen Deutschland und England träumen. Das Gegenteil sei zu erwarten und sehr bald schon, gegen Ende August oder zu Anfang September 1914, werde die Welt erfahren, daß zwischen beiden Großmächten ein enges Freundschaftsbündnis abgeschlossen sei. Am 2. August 1914 erklärte England an das Deutsche Reich den Krieg. Herr Professor Duden gilt aber noch immer in weiten Kreisen als eine politische Leuchte.

Ein anderes Beispiel. Kurz vor dem Weltkriege schrieb der süddeutsche Demokratenführer Konrad Haugmann, zweifellos ein hochgebildeter Mann, im Münchner „März“ einen Aufsatz „London—Berlin—Petersburg“, in dem er ähnliche Gedanken vertrat wie Duden und meinte, Englands Freundschaft sei sehr leicht zu gewinnen, Deutschland müsse nur guten Willen zeigen. Wieder ein sehr gelehrter Herr Professor Meinede in Berlin trat kürzlich in einem aufsehensmachenden Aufsatz über „Demobilisierung der Feinde“ dafür ein, daß wir die Liebe unserer derzeitigen Feinde nach dem Kriege so rasch als möglich zu gewinnen suchen müßten und gab auch ein Rezept dafür, wie dies zu machen sei. Der Widerhall in französischen und englischen Zeitungen ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß der Gelehrte nicht die geringste Ahnung von Völkerpsychologie besitzt, dennoch genießt er auch als Politiker Ansehen. Wieder ein anderer. Zur Jahre 1909 erschien in der „Deutschen Revue“ eine glänzende Abhandlung des viel zu früh geschiedenen genialen Chefs des deutschen „Großen Generalstabs“ Grafen Schlieffen, in dem er fast buchstäblich den

derzeitigen Weltkrieg und die in ihm ersorgte Europäisierung der Mächte voraussetzte. Der sehr gelehrte deutschfreisinnige, seither verstorbene Abgeordnete Dr. Barth ergriff daraufhin den Grafen im „März“ auf das heftigste an und erklärte unter einer Flut von Spott und Hohn Schlieffens Vorstellung eines europäischen Bündnisses gegen das Deutsche Reich für einen „schunurrigen Gedanken“, namentlich sei es für Frankreich ganz unmöglich, an der Seite Englands Krieg gegen Deutschland zu führen. Leider hat Barth nicht mehr erlebt, wie großartig sich seine politische Voraussicht bewährt und wie lächerlich Schlieffens „schunurriger Gedanke“ Schiffbruch gelitten hat. Aber nicht nur in dem geradezu erschreckenden Mangel politischer Voraussicht leistet das deutsche Gelehrtenum wahrhaft Erstaunliches, noch weit merkwürdiger ist vielleicht die Unfähigkeit, die Gegenwart zu verstehen und aus ihr zu lernen. Trotz des ungeheuerlichsten Hasses unserer Feinde, der in allen gegen uns verbündeten Ländern, mit einziger Ausnahme vielleicht Japans, amtliche Pflege findet, wird die Zahl der gelehrten Herren nicht alle, die uns den Versöhnungsfrieden predigen, der uns angeblich im Handumdrehen die Gunst unserer Gegner wiederbringen soll und der künftige Kriege unmöglich macht. Professor Friedrich Wilhelm Foerster und Professor Quide in München, Hofrat Lamash bei uns, Geheimrat von Vizit in Berlin und noch etliche Duzend anderer Hochgelehrter Herren, deren rein wissenschaftliche Verdienste in keiner Weise angezweifelt werden sollen, hier zeigen sie alle die gleiche, fast kindlich anmutende Ohnmacht, die Lehren der Geschichte auf die Gegenwart anzuwenden und die gleiche völkerpsychologische Verständnislosigkeit. Wenn reine Politiker wie Erzberger oder wie die meisten Führer der Sozialdemokratie dieselben Ansichten vertreten, so liegt die Sache bei ihnen doch völlig anders. Sie sprechen als verkörperte Parteipolitik, die bestimmter Ziele wegen gewisse Dinge ihren Schäflein in ganz bestimmter Beleuchtung zeigen wollen. Sachlichkeit ist gar nicht ihre Sache; ob sie Richtiges oder Falsches vortragen, ist ihnen gleichgültig, sie wollen einfach ihre Leute nach einer bestimmten Richtung führen. Anders aber bei den Vertretern der höchsten Bildung, hier ist die gekennzeichnete politische Unfähigkeit einfach ein betrübender Mangel, für den es kaum eine andere Erklärung geben kann als geistige Verbohrtheit, eine Verbildung, herbeigeführt durch einen falschen Bildungsgang.

Freilich bleibt uns der Trost, daß wir eine stattliche Reihe von Gelehrten, Hochschullehrern und Vertretern aller anderen gelehrten Stände haben, die sich zu politischer Klarheit und zu wahrhaft völkischem Verständnis durchgerungen haben. Viele erstrenge Kundgebungen aus diesen Kreisen, ich erinnere nur an den Aufruf der Tübinger Professoren, lassen darüber keinen Zweifel. Männer wie Professor Haller in Tübingen, wie H. St. Chamberlain, den wir ganz zu den unseren rechnen dürfen, wie Dietrich Schäfer, wie Max Rapp, Professor Förster in Berlin, wie

Eigenbrodt, wie Geheimrat Haupt in Gießen u. a. geben die Gewähr, daß es auch in den streifen der deutschen Gelehrtenwelt zu Tagen beginnt. Nach dem Kriege aber muß ein neuer Geist im gesamten deutschen Erziehungswejen Einzug halten. Unsere Jugend muß aus der Schule nicht nur Wissen, sondern auch lebendiges politisches Empfinden und Verstehen mitbringen. Dann wird sie nicht mehr, wie jetzt leider nur zu oft, das Opfer aller möglichen politischen Schlagworte und Irrlehren werden.

Die Friedensverhandlungen mit Rußland.

Die Aussichten der Friedensverhandlungen.

Aus Wien wird uns telegraphiert:

Der zwischen der Bolschewikregierung und der ukrainischen Rada ausgebrochene Konflikt wird in hiesigen diplomatischen Kreisen als eines der Anzeichen dafür beurteilt, daß das maximalistische Regime, um als völlig gefestigt gelten zu können, noch manche Schwierigkeiten und Widerstände zu überwinden haben wird. Man hat jedoch auch früher schon gewußt, daß die Leninische Regierung in einem schwierigen Kampf um ihre Stellung im Lande steht, und auch vor der Verschärfung der ukrainischen Frage hat man die inneren russischen Verhältnisse, selbst bei großer Neigung zu einer optimistischen Auffassung, unmöglich schon als konsolidiert betrachten können. Immerhin ist aber die Annahme berechtigt, daß es sich beim ukrainischen Konflikt um einen rein internen Vorgang handelt, von dem ungünstige Rückwirkungen auf die bevorstehenden Friedensverhandlungen um so weniger zu besorgen sind, als nach allen vorliegenden Meldungen alle maßgebenden Vertreter der Ukrainer die baldige Herbeiführung des Friedens wünschen, also in der zur Stunde wichtigsten Frage der auswärtigen Politik mit den Maximalisten eines Sinnes sind.

An maßgebender Stelle wurde heute ausdrücklich festgestellt, daß vor derhand kein Anlaß vorliege, den Verhandlungen mit Rußland mit pessimistischen Erwartungen entgegenzusehen; das Verhältnis der günstigen und ungünstigen Momente, die bei einer Berechnung der Aussichten der Friedensverhandlungen in Betracht kommen, hat sich in den letzten Tagen kaum verschoben. Aus eben diesem Grunde wäre aber ein so weitgehender Optimismus hinsichtlich der Friedensaussichten, wie etwa die Annahme, daß der Friede so gut wie sicher und die Verhandlungen eine bloße Formalität seien, ebensowenig am Platze. Die schon oft gehörte Mahnung zu ruhigem Abwarten ergibt sich auch heute wieder als eine selbstverständliche Folgerung aus der Situation.

Für die Meldungen über ein angebliches Einlenken einzelner Ententestaaten in der Friedensfrage liegen hier keine Bestätigungen vor. Sie werden auch für wenig wahrscheinlich gehalten.

Insbesondere werden die über Italien verbreiteten Nachrichten, als ob dort eine Revolution der kriegsmüden Massen in Verbindung mit einer antidynastischen Bewegung bevorstünde, als stark übertrieben bezeichnet. Gleich nach dem Bekanntwerden der großen Niederlagen des italienischen Heeres

ist im Lande eine Gärung eingetreten, die in ungefährr gleichbleibendem Stärkegrade bis heute anhält. Die Meldungen von einer wesentlichen Verschiebung in der inneren Lage des Landes umschreiben nur in ungenauer Weise die allerdings ziemlich sichere Tatsache, daß die Mißstimmung großer Gruppen des Parlaments gegen Sonnino einen hohen Grad erreicht und zum Ausbruch einer parlamentarischen Krise geführt hat. Auch Orlando hält anscheinlich nicht mehr für opportun, unbedingt zu seinem Minister des Aeußern zu halten. Auch zwischen den Parteien, auf deren Unterstützung die Regierung angewiesen ist, sind Zerwürfnisse eingetreten, die die Position des Kabinetts ungünstig beeinflussen.

21. XII. 1917

Kriegszustand in Petersburg.

A. Petersburg. 19. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)

In Petersburg wurde der Kriegszustand erklärt. Versammlungen auf der Straße sind verboten. Alle Plünderungsversuche werden ohne vorherige Warnung mit Maschinengewehren unterdrückt werden. Niemand wird nach 9 Uhr abends ohne besondere Erlaubnis die Straße betreten dürfen.

21. XII. 1917

29

Die Verpflegungsschwierigkeiten Frankreichs.

Ernstige Lage. — Völlig unzulänglicher Schiffsraum. —
Schärfste Einschränkungsmaßnahmen.

St. Bern, 19. Dezember. Verpflegungsminister Boret erklärte gestern in der französischen Kammer in seiner Schlussrede nach der mehrtägigen Debatte über Verpflegungsfragen unter anderem, er müsse dem Parlament und dem Lande den ganzen Ernst der Lage und die unumgängliche Notwendigkeit von Lebensmittelbeschränkungen darlegen. Von den 52 Millionen Doppelzentnern Weizen, die Frankreich vom 1. August 1917 bis 1. August 1918 brauche, fehlen 36 Millionen Doppelzentner, die aus den Vereinigten Staaten und Argentinien, wo die Preise bedeutend höher seien, herbeigeschafft werden müssen. Die Verfrachtungsschwierigkeiten seien ungeheuer. Er habe die allergrößten Besorgnisse für die kommenden Tage.

Die 4.800.000 Doppelzentner, die man monatlich benötige, könne man nicht einführen.

Uebrigens erhalte Frankreich nur unter der Bedingung, daß es eine Rationierung einführe, von England und den Vereinigten Staaten Schiffe. Selbst die Vorräte der Armee seien ungenügend. Die erste Pflicht des Ministers sei, diese Vorräte zu ergänzen. Für die Zivilbevölkerung verfüge er nur über eine Reserve von 607.000 Doppelzentnern Getreide und Mehl, was dem Verbrauch dreier Tage gleichkomme. Bezüglich des Hafers sei die Lage nicht weniger beunruhigend. Man müsse deshalb die Zahl der Armeepferde herabsetzen. Die Infanterie werde im nächsten Monat teilweise durch Sacharin ersetzt werden. Auch der Benzinverbrauch müsse weiter eingeschränkt werden. Für Kartoffel beabsichtige er gleichfalls einschränkende Maßnahmen.

Boret führte weiter aus, er müsse die schärfsten Einschränkungsmaßnahmen selbst auf die Gefahr hin, sich unbeliebt zu machen, ergreifen. Bezüglich des Brotes sei die Lage in anderen Ländern noch viel schwieriger; in Italien sei sie eine zeitlang so kritisch gewesen, daß die französische Regierung der italienischen Getreide abgeben mußte. Sein größtes Bemühen gelte der Lösung des Problems der landwirtschaftlichen Erzeugung. Es sei von besonderer Wichtigkeit, die Herstellung von Düngern zu vergrößern, an dem gleichfalls großer Mangel herrsche.

Boret schloß mit den Worten, er werde alles tun, damit Frankreich die beklemmenden Stunden, die es durchgemacht habe, nicht noch einmal erleben müsse.

Die Friedensausflüchte.

In der Wertung der letzten Telegramme über die augenblickliche Lage in Petersburg hat die Wiener Presse eine gewisse Verschiedenheit der Auffassung gezeigt. Es ist, wie an hiesiger diplomatischer Stelle hervorgehoben wird, vielfach übersehen worden, daß wir es in Rußland keineswegs mit konsolidierten Verhältnissen zu tun haben. Mögen die Ukrainer mit den Petersburger Bolschewiken auch völlig einig sein in dem Eintreten für den Frieden, so kann doch der Gegensatz zwischen Petersburg und der ukrainischen Rada von hemmender Wirkung auf den Abschluß des Friedens sein.

Graf Czernin dürfte heute abends zwischen 6 und 7 Uhr in Brest-Litowsk eingetroffen sein. Zur Absendung von öffentlichen Erklärungen bestand für den Minister daher jedenfalls noch keine Möglichkeit.

Bezüglich des Austausches von Waren und des Warenverkehrs zwischen Rußland und den Mittelstaaten zeigt sich bereits die Coöperation der Entente, die eine großzügige Aktion gegen jeden Handel der Mittelmächte in Rußland eingeleitet hat. Zunächst dürfen wir daher nur einen gewissen beschränkten Warenverkehr, der zunächst einige Rohstoffe betrifft, ins Auge fassen.

Die Nachrichten von Schweizer Blättern aus Italien, als stünde dort die Revolution vor der Tür, sind wohl Übertreibungen und auf die Tatsache einer Parlamentskrise zurückzuführen. Die scharfen Maßregeln, welche in Italien wie in Frankreich gegen die Vertreter des Friedensgedankens erlassen werden, zeigen am besten die Stärke und die Verbreitung der Gegnerschaft gegen den Krieg in den beiden Ländern. Die Annahme ist berechtigt, daß in absehbarer Zeit auch in diesen Staaten die Regierenden zur Umkehr gezwungen sein werden.

Eine Triester Rundzuehung.

Dieser Tage fand in Triest eine von Vertretern aller Stände und Kreise zahlreich besuchte deutsche Versammlung statt, bei welcher die politische Lage und Triester Fragen im besonderen dargelegt wurden. Die Stimmung der Versammlung fand schließlich in der folgenden, einstimmig angenommenen Entschliessung bezeichnenden Ausdruck:

„Die am 8. Dezember 1917 im Vereinshause der „Eintracht“ versammelten zahlreichen Vertretungsmänner der Deutschen Triests und des Küstenlandes erboteten ihren Gruß und Dank den heldenhaften verbündeten österreich-ungarischen und deutschen Truppen, welche Triest und das Küstenland von der Bedrohung durch den vorrückenden Feind befreit haben und deren herrliche Siege uns dem Frieden näher bringen, der unsere Zukunft sichert. Die Versammlung fordert von den maßgebenden Stellen, daß die italienische Frage bei Friedenensschluß endgültig entschieden werde. Außer den zur Sicherung unserer Monarchie — und damit auch des mitteleuropäischen Staatenbundes — nötigen Grenzberichtigungen sind von Italien alle jene Forderungen zu verlangen, welche eine geordnete und ruhige Entwicklung unseres Staates, insbesondere der Grenzlande und Triests, gewährleisten. Man ver falle nicht wieder in eine politische falsche Nachricht und schwächliche Duldung, die sich so bitter gerächt hat. Eine Beunruhigung der in Russland geflüchteten und staatsfeindlichen Elemente darf unter keinen Umständen eintreten. Ebenso dürfen die heute wegen nachgewiesener staatsfeindlicher Gesinnung entsehrten Elemente nicht mehr in die öffentlichen Aemter und Schulen zurückkehren, wo sie ihre zeretzende Tätigkeit neuerdings aufnehmen würden.“

Triest, als unser einziger großer Hafen, ist gesamtstaatlich in unser Besitz, es ist als solcher immer weiter ausgebaut und der gesamtstaatliche Charakter allen seinen Einrichtungen aufzuprägen. Triest darf nicht der Tummelplatz nationaler Kämpfe werden. Die Versammlung weist daher die Bestrebungen slowenischer Politiker, die auf die Gründung eines Südlaventaates unter Einbeziehung von Krain, Teilen von Kärnten und Steiermark, des Küstenlandes und Triests abzielen, scharfstens zurück. Würde doch dadurch einerseits das Hinterland von seinem einzigen großen Hafen abgeschnitten, andererseits der mit gesamtstaatlichen Mitteln geschaffene und verteidigte Hafen einer Nation ausschließlich ausgeliefert und das südländische Deutschtum der Ausrottung und dem wirtschaftlichen Untergang preisgegeben werden, das sich stets als der zuverlässigste Träger des Staatsgedankens bewährt und am wirtschaftlichen Ausbau hervorragenden Anteil hat. Die Versammlung protestiert auch mit allem Nachdruck gegen die maßlosen Angriffe jener slavischen Presse, welche die ruhige Bevölkerung gegen die Einheit des Staates, gegen die Deutschen und gegen unseren treuen Verbündeten aufhetzt und welche neuerdings sogar versucht, diese Hetze in die Arme zu tragen.

An die gesamten deutschen Abgeordneten ohne Unterschied der Partei ergeht die dringende Aufforderung, sich mit Rücksicht auf die unabweisbare Bedeutung der eben dargelegten, für das Schicksal von Staat und Volk entscheidenden Fragen zusammenzuschließen und bei der Regierung — nötigenfalls mit Zuhilfenahme aller innen zu Gebote stehenden Machtmittel — bindende Zusagen und endlich eine unzweideutige, tatkräftige, die staatszeretzende Tätigkeit unverantwortlicher Elemente eindämmende Politik durchzusetzen. Die Abgeordneten werden weiters aufgefordert, bei der Regierung die Errichtung der deutschen Schiffsahrtsschulen in Triest zu betreiben, für welche das deutsche

Hinterland bereit 30.000 Kr. jährlicher Stipendien, bezw. Freiplätze gestiftet hat und auch sonst alle Vorbedingungen gegeben sind.“

Der Hochverräter Kramarsch als Anstifter des Weltkrieges.

Von Dr. F. Wichtl, Mitglied des österr. Reichsrates.

Wenn die von mir vertretene Behauptung, Doktor Kramarsch sei der eigentliche Anstifter des Weltbrandes, richtig ist, dann muß sie auch eine Probe auf ihre Stichhaltigkeit vertagen können. Versuchen wir es daher, uns irgendeine der führenden Persönlichkeiten für einen Augenblick wegzudenken. Stellt man sich zum Beispiel den Posten eines englischen Außenministers zu Kriegsbeginn mit einer anderen Persönlichkeit als Sir Edward Grey besetzt vor, so wird wohl niemand bestreiten wollen, daß der Weltkrieg doch gekommen wäre. Das gleiche gilt vom Präsidenten der französischen Republik, auch ein Briand, ein Viviani hätte sich an seiner Stelle, der aufgestachelten öffentlichen Meinung entsprechend, für den Krieg entschieden; ein aufrichtiger Friedensfreund allerdings, wie Jean Jaures, hätte sich sicherlich geweigert; aber Jaures ist eben eine Ausnahme. Das gleiche gilt in erhöhtem Maße vom Czaren und von Sazanow usw. Man kann sich auch Professor Masaryk, den Dürich, ja selbst Klossac ganz gut wegdenken — zum Weltkrieg wäre es trotzdem gekommen. Scheidet man aber die Persönlichkeit des Dr. Kramarsch aus, denkt man sich alles das hinweg, was gerade er in den letzten zwanzig Jahren geschaffen geleistet, was er gesprochen, geschrieben und getan hat, entfernt man endlich auch alles das, was mit seinem Hauptwerk, der neuslawischen Bewegung, nur wie in Zusammenhang steht, insbesondere auch alle jene Personen, die er im Verlaufe von zwei Jahrzehnten kennen gelernt und beeinflusst hat — von Oberadame angefangen bis zu Brancaninow, den Ernst Denis sowohl wie den Grafen Tzwoiskij usw. —

* Dr. Wichtl hat diese Frage ausführlich in seinem bei F. F. Lehmann (München) demnächst erscheinenden Werk „Kramarsch, der wahre Anstifter des Weltkrieges“ (Preis 3 Mk. 40 Pf.) behandelt. Seine hier folgenden Bemerkungen geben die uns freundlichst zur Verfügung gestellten Schlussworte jenes Buches wieder.

Die Schriftlitz.

dann ist der Weltkrieg schlechterdings unmöglich! Denn wer von unseren jetzigen Feinden bekümmerte sich vor der Auslandstätigkeit des Dr. Kramarsch, also etwa um 1900 herum, um Böhmen, um die Tschechen, um ihre Bestrebungen, Hoffnungen und letzten Ziele? So gut wie niemand, das ist gerichtsnotorisch erwiesen. Kramarsch war es eben, der durch zwanzig Jahre auf das emsigste bemüht war, aus der „Zukunft des tschechischen Volkes eine europäische Frage“ zu machen, der ununterbrochen für diese Idee Freunde warb und bereits 1913 mit stolzer Genugtuung seine Zuhörer versichern konnte, daß sich das Ausland, mehr als man denke, mit dem Schicksal der tschechischen Nation beschäftige.

Der Kern- und Angelpunkt aller Ausführungen und Betrachtungen des Dr. Kramarsch war das Schlagwort vom „Pangermanismus“, von der „deutschen Gefahr“. Diese „deutsche Gefahr“ war es, und nicht etwa das Schicksal der Tschechen, die auf das feindliche Ausland in so außerordentlichem Maße Eindruck machte. Dabei verstand es Kramarsch mit besonderem Geschick und nie erlahmender Eindringlichkeit, jedem einzelnen unserer Feinde gerade jene Gefahr in den schwärzesten Farben auszumalen, die auf ihn die allergrößte Wirkung ausüben mußte. So schreckt er Rußland mit der deutschen Gefahr auf dem Balkan, den Südslaven kündigt er die Entnationalisierung und Unterjochung durch die Deutschen an, England macht er auf die Gefahr aufmerksam, die ihm hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Weltherrschaft durch die Deutschen drohe, Frankreich wird getöbert durch den Hinweis auf die ununterbrochene Gefahr seiner Unterwerfung, Italien endlich hält er vor Augen, daß es durch die Deutschen noch um seinen ganzen Einfluß in der Adria kommen werde, wohlgerne, durch die Deutschen und nicht etwa durch das stetig an Boden gewinnende Serbentum! Wer ebenso wohlwollend als uneingekehrt ist, könnte fast an eine fixe Idee des Doktor Kramarsch glauben; dies ist jedoch keineswegs der Fall, für ihn ist die planmäßige Verheerung des Auslandes nur ein Mittel zum Zweck: Mit Hilfe der zahlreichen alten und neuen Feinde der Monarchie hofft er um so sicherer sein neu zu schaffendes Königreich Tschechien zu erhalten. Gleichzeitig werden sämtlichen slawischen Völkern die Grundsätze der allslawischen Gegenseitigkeit, Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit gepredigt, die sich schon in Friedenszeiten und natürlich um so mehr in dem großen Entscheidungslampfe mit dem Germanentum bewähren müssen. Den Bierverbändmächten gegenüber wird das Gegenseitigkeitsprinzip durch die Betonung der Interessengemeinschaft ersetzt. Allen Mächten aber wird — auch jetzt noch während des Krieges! — die Gefahr des deutschen Militarismus im Falle des Sieges der Zentralmächte immer aufs neue in den grellsten Farben geschildert. Das war die geistige Einwirkung, wie sie Kramarsch seit zwei Jahrzehnten, namentlich aber in den letzten sieben, acht Jahren vor Kriegsausbruch in unermüdlicher Weise betrieben hat, wozu sich noch die gleichfalls von ihm gewollte und geförderte Rahmlegung der Monarchie im Innern gesellte.

Dem feindlichen Ausland war umgekehrt die Schaffung eines selbständigen tschechischen Reiches an sich gleichgültig, aber ein willkommenes Mittel zur Erreichung der eigenen selbstflüchtigen Zwecke. Das England aus Handelsneid, Frankreich kraft der Nebanchenidee, Rußland, um an das Meer zu gelangen, Serbien und Italien aus Größenwahn in den Krieg eingetreten sind, ist eine Binsenwahrheit, die heute keines Beweises mehr bedarf. Zweck dieser Reilen ist einzig und allein der: In der Hand unumstößlicher Dokumente darzutun, wer den Raubverband eigentlich zusammengeführt und wenn die ganze Welt diese unerhörte Menschenopferung letzten Grundes zu bedanken hat. Aufklärung auf diesem Gebiete ist um so nötiger, als selbst führenden Staatsmännern haben wie drüben die Lösung dieses Welträtsels bislang noch immer nicht gelungen ist und die öffentliche Meinung überdies teils bewußt, teils unabsichtlich irreführt wird.

So verdankt denn diese Darlegung dem Streben nach Wahrheit ihre Entstehung; es findet sich darin keine einzige Zeile, die nicht der vollen Ueberzeugung des Verfassers entspräche. Die Angelegenheit Kramarsch ist mit seiner Beurteilung, Begnadigung und Amnestierung durchaus noch nicht erledigt, wenn auch über den Hochverräter Kramarsch die Akten längst abgeschlossen sind; sein ungleich größeres Verbrechen, die Anstiftung des Weltkrieges, ist bis heute noch ungeführt geblieben.

22. XI. 1914

33

Ein neuer Friedensschritt Papst Benedikts XV.

Aus Bern, 21. November, kommt uns folgende Nachricht zu:

Aus den Kreisen des vatikanischen Staatssekretariats verlautet mit Bestimmtheit, daß der Papst einen neuen Schritt zur Herbeiführung des Friedens unternommen hat. Der Mangel innigerer diplomatischer Beziehungen mit den Mächten des Vierverbandes brachte es mit sich, daß der Papst sich zunächst wieder an die siegreichen Mittelmächte wandte, bei denen seine Stimme eher Gehör zu finden vermag. Vorläufig liegen nur Nachrichten vor über die erfolgten diplomatischen Schritte, jedoch noch nicht über den Inhalt der vom Papst gemachten Vorschläge der Mäßigung und des Ausgleichs.

Die Friedensanbahnungen im September 1917.

Die Abgeordneten Reizes und Genossen haben an den Ministerpräsidenten betreffend die deutsch-englischen Friedensanbahnungen im September 1917 eine Anfrage gerichtet, in der es unter anderm heißt: „Vor einigen Tagen erfuhren die Völker der Monarchie, daß im September 1917 Friedensanbahnungen zwischen Deutschland und England eingeleitet waren. Sie erfuhren, daß Deutschland an England indirekt eine Anfrage ergangen ließ, daß England im Prinzip die Bereitschaft zur Entgegennahme einer Aeußerung Deutschlands erklärt und hievon unverzüglich seine Verbündeten verständigt habe. Die Völker Oesterreichs erfuhren weiter, daß kurz hernach die Friedensanbahnungen plötzlich abgebrochen wurden, sie erfuhren jedoch nichts Einleuchtendes über den Grund des plötzlichen Abbruches.“

Die Völker Oesterreichs haben ein natürliches, leicht begreifliches Interesse, zu erfahren, ob das verbündete Deutsche Reich sowohl beim Beginn der Friedensanbahnungen mit England wie auch beim Abbruch derselben im Einvernehmen mit der Monarchie gehandelt hat, sie haben ein leicht begreifliches Interesse, zu erfahren, was für Gründe und Tatsachen den Abbruch der Friedensanbahnungen bewirkten.

Wir erlauben uns daher, an E. Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten folgende Anfrage zu richten: Ist der Herr Ministerpräsident bereit, nach einer Rücksprache und im Einverständnis mit dem Leiter der auswärtigen Politik die Volkvertretung in Kenntnis zu setzen,

1. ob Deutschland die Friedensanbahnungen im September 1917 im Einverständnis mit der österreichisch-ungarischen Monarchie eingeleitet hat;

2. ob diese Friedensanbahnungen im Einverständnis mit der österreichisch-ungarischen Monarchie abgebrochen wurden;

3. welche Tatsachen den Abbruch der Friedensanbahnungen, die vielleicht den Weltfrieden beschleunigen würden, bewirkt haben?“

22. XII. 1917

Die Tätigkeit des czechoslowakischen Auslandskomitees.

Die Abgeordneten Sazil, Knirsch und Genossen haben in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses eine Anfrage an den Landesverteidigungsminister eingebracht, die sich mit den fortgesetzten Versuchen des unter Leitung des Prof. Masaryk stehenden czechoslowakischen Auslandskomitees befaßt, die czechischen Soldaten zu verräterischer Fahnenflucht zu verleiten.

Die Anfrage führt aus:

„Am 16. November d. J. haben die Unterzeichneten die Aufmerksamkeit Sr. Excellenz des Herrn Ministers für Landesverteidigung auf die Tatsache gelenkt, daß das unter der Führung des ehemaligen österreichischen Universitätsprofessors und Reichsrats-Abgeordneten Dr. Masaryk stehende czechoslowakische Auslandskomitee nach wie vor eifrigst bemüht ist, die im Felde stehenden czechischen Soldaten dazu zu bewegen, den Fahnenreiß zu brechen und zum Feinde überzulaufen. Leider sind diese Umtriebe des genannten Komitees, denen durch jahrelange hochverräterische Agitationen im eigenen Lande wirksam gearbeitet worden ist, nicht erfolglos geblieben, und die Geschichte des jetzigen Weltkrieges ist leider nicht arm an Beispielen verräterischer Fahnenflucht czechischer Truppen. Wir alle wissen, wie oft dadurch unsere kriegerischen Operationen erschwert wurden

und wieviele Tausende braver Soldaten, insbesondere deutsche Krieger, als Opfer solchen Verrates gefallen sind.

Eben deshalb, weil jeder derartige Ueberlauf zum Feinde die übrigen Truppen in die gefährlichste Lage zu bringen vermag, erachten es die Unterzeichneten als ihre Pflicht, auf die mit ungemeinertem Eifer betriebene Agitation des czechoslowakischen Auslandskomitees hinzuweisen und der verhängnisvollen Selbsttäuschung, als hätten die staatsfeindlichen czechischen Umtriebe aufgehört, mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

Von solchen Erwägungen geleitet, lenken die Unterzeichneten die Aufmerksamkeit Sr. Excellenz auf einen von italienischen Fliegern im Bereiche unserer Südwestfront abgeworfenen Aufruf, der der Regierung bereits aus einer anderen Anfrage bekannt ist.

Die Unterzeichneten stellen an Se. Excellenz den Herrn k. k. Minister für Landesverteidigung die Anfrage: 1. Ist Seine Excellenz bereit, den fortwährenden staatsfeindlichen Umtrieben des von Dr. Masaryk geleiteten czechoslowakischen Auslandskomitees seine volle Aufmerksamkeit zuzuwenden und auch die Krone über diese Umtriebe pflichtgemäß zu unterrichten? 2. Ist Se. Excellenz bereit, zu untersuchen, ob der in dem erwähnten Aufrufe behauptete Zusammenhang zwischen den auf die Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns gerichteten Agitationen des czechoslowakischen Volkstrates und den im österreichischen Abgeordnetenhanse abgegebenen staatsrechtlichen Erklärungen tatsächlich besteht?

Keine Rückkehr zum Status quo ante in Afrika.

Staatssekretär Solf über die Frage der Kolonien.

Berlin, 21. Dezember.

Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Doktor Solf hat heute abend im großen Saale der Philharmonie in Berlin vor einem nach Tausenden zählenden erlesenen Publikum einen Vortrag über die Zukunft Afrikas gehalten, wobei er ausführte:

Das koloniale Problem ist unlösbar, wenn die Mächte an die Gesamtordnung der Dinge nicht in einem Geiste herantreten, der einen Frieden der gerechten Zufriedenstellung schafft. Will die Wiederherstellung des Status quo ante in Afrika kann zu einer Verhütung der internationalen Beziehungen auf kolonialen Gebiete nicht führen, denn er bedeutet nicht eine Verteilung nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten, nicht eine Verteilung unter Berücksichtigung der Notwendigkeit und Fähigkeit der einzelnen Nationen zu kolonialer Betätigung, sondern beruht nur auf den Zufälligkeiten. Vor dem Krieg besaßen Portugal, Belgien und Frankreich in Afrika große koloniale Gebiete ohne die wirtschaftliche und kulturelle Expansivkraft und ohne den Bevölkerungszuwachs oder die finanzielle Leistungsfähigkeit, die Voraussetzung für die zukünftige koloniale Mitarbeit in Afrika sind. Auch England hat sich in Afrika Gebiete angeeignet, die bei Berücksichtigung seines ungeheuren Landbesitzes in anderen Erdteilen über sein wirtschaftliches Bedürfnis hinausgehen, während Deutschland, das infolge seiner Bevölkerungszunahme und industriellen Regsamkeit auf Kolonien angewiesen ist, auf erheblich kleinere, verstreut liegende Besitzungen beschränkt blieb. Dieses Mißverhältnis muß ausgeglichen werden,

wenn ein dauernder Frieden auf der Grundlage gerechter Zufriedenstellung erreicht werden soll. Ein Selbstbestimmungsrecht der schwarzen Rasse oder eine Internationalisierung Afrikas sei abzulehnen und eine Neuverteilung nach den dargelegten Gesichtspunkten zu verlangen. Den Eingeborenen sei ein „Selbstwehrrecht“ zugestehen. Von den heute in England am Ruder stehenden Knockout-Politikern könne eine Verständigung auf gerechter Grundlage nicht erwartet werden. Was die englische Generalkampagne betreffe, so habe Deutschland eine Zustimmung der Schwarzen in seinen afrikanischen Kolonien nicht so zu scheuen wie die Engländer in Syon, Ostindien und Singapur, wo während des Krieges ein fürchterliches Blutregiment an der Arbeit war. Die zukünftige Zusammenarbeit in Afrika muß zurückgreifen auf die in der Berliner Kongoaakte niedergelegten Grundsätze der Handels- und Schifffahrtsfreiheit, der Bekämpfung des Sklavenhandels und der Neutralisierung Afrikas.

Die Friedensverhandlungen.

Die ersten Besprechungen des Grafen Czernin in Brest-Litowsk. — Montag Beginn der Verhandlungen.

Von unterrichteter Seite wird der „Reichspost“ mitgeteilt:

Hier eingetroffenen Nachrichten zufolge ist Minister Graf Czernin samt seinen Begleitern gestern in Brest-Litowsk, dem Orte der bevorstehenden Friedensverhandlungen, eingetroffen. Er wurde bei seiner Ankunft am Bahnhofe vom Chef des Generalstabes des Armeekorps Ost empfangen.

Schon gestern abend fand eine zwanglose Zusammenkunft mit den russischen Delegierten statt, die einen sehr freundschaftlichen Charakter trug.

Die formellen Verhandlungen über den Frieden dürften erst am kommenden Montag beginnen, weil die bulgarischen und türkischen Unterhändler erst heute in Brest-Litowsk eintreffen.

Dem Beginne der Verhandlungen werden morgen und übermorgen kleinere Vorgespräche zwischen den Delegierten vorausgehen.

Rußlands Friedensbedürfnis.

Von hervorragender diplomatischer Seite erhält die „Korr. Rundschau“ über die innere Situation Rußlands nachstehende Mitteilungen:

„Es wäre töricht, in Abrede zu stellen, daß sich in Rußland neuerlich eine heftige Gärung bemerkbar macht, die vielfach bereits zu ernstlichen Zusammenstößen zwischen den Maximalisten und der wachsenden Zahl ihrer Gegner führte. Unleugbar steckt die Entente hinter den gegen die Bolschewiken gerichteten Machenschaften, deren eigentliche Urheber im Verborgenen wirken.“

Gelingt es den Bolschewiken, die von ihnen angekrebtete Verbindung mit den Sozialrevolutionären herzustellen, und bringen sie anderseits bald einen formellen Frieden zustande, so werden sie dadurch gewiß einen gewaltigen Vorsprung gegenüber ihren Widersachern erzielen. Eines aber darf man wohl konstatieren: Das Friedensbedürfnis und der Friedenswille sind in Rußland so groß, daß keine Partei und keine Persönlichkeiten an die Spitze gelangen und sich behaupten werden, die nicht die sofortige Erreichung eines Friedens als ihren hauptsächlichsten, ja als ihren einzigen Programmpunkt formulieren. Es ist überaus charakteristisch, daß auch die Gegner der Maximalisten keineswegs Gegner des Friedensschlusses mit dem Vierbunde sind, und es wäre verfehlt, anzunehmen, daß die antimaximalistische Bewegung in Rußland zugleich eine Bewegung gegen die Verständigung mit den Mittelmächten sei. Dies ergibt sich schon daraus, daß z. B. der Zentralrat der Bauernsowjets, der Hauptausschuß der Eisenbahner und die ukrainische Rada, also Gegner der Bolschewiken, sich für Friedensverhandlungen mit dem Vierbunde erklärt haben. Was übrigens diese Friedensverhandlungen anlangt, so verrät man kein Geheimnis, wenn man berichtet, daß sie im günstigsten Sinne und im Geiste gegenseitiger Veröhnlichkeit fortschreiten. Man rechnet in Rußland fast allgemein mit dem Friedensschlusse als mit einer unaufhaltsamen Tatsache, die im ganzen Lande freudigsten Widerhall wecken würde.“

Obwohl
22./XII. 1917

38

Der Konflikt zwischen den Sowjets und der ukrainischen Rada.

R. Petersburg, 21. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.)

Gestern ist die Antwort der Rada eingegangen. Nach Empfang der Antwort wurde der Vorschlag der zentralen Rada durch den revolutionären Stab der regionalen militärischen Rada in Petersburg zugestellt, die erklärte, daß ein gütlicher Ausgleich des drohenden Konfliktes wünschenswert sei. Der Vorschlag deutet auf die Wandlung in der Auffassung der Rada zugunsten der Besprechungen über den Frieden hin.

R. Petersburg, 21. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.)

Der Wortlaut der Antwort des Rates der Kommissäre an den revolutionären Stab der Ukraine und die örtliche militärische Rada in Petersburg hat folgenden Wortlaut:

„In Beantwortung Cures Vorschlages auf freundschaftliche Regelung des Konfliktes der Zentralrada mit dem Rate der Kommissäre, der mit Ermächtigung der Regierung der ukrainischen Volksrepublik gemacht worden ist, hält der Rat der Kommissäre eine friedliche Art zur Beilegung des Konfliktes sicher für wünschenswert. Die Regierung der Sowjets hat alles getan, um zu einer friedlichen Lösung der Frage zu gelangen. Was die von der Rada vorgeschlagenen Bedingungen anlangt, die prinzipielle Charakter, wie das Recht der freien Entwicklung der Völker haben, so sind sie niemals Gegenstand einer Erörterung oder eines Zwistes gewesen, denn der Rat der Kommissäre anerkennt die volle Verwirklichung der Prinzipien in den vorgeschlagenen Bedingungen. Der Vorschlag übergeht aber mit Stillschweigen den wirklichen Gegenstand des Streites, der darin besteht, daß die Rada die Gegenrevolution der Bürgerlichen, der Kadetten und Kaledins unterstützt, die gegen die Macht der Sowjets der Bauern-, Arbeiter- und Soldatenvertreter gerichtet ist. Ein Einvernehmen mit der Rada ist nur unter der Bedingung möglich, wenn die Rada ausdrücklich darauf verzichtet, die Rebellion Kaledins oder die gegenrevolutionäre Verschwörung der Bourgeois und der Kadetten zu unterstützen.

Der Rat der Kommissäre:

Gez.: Corbunow.“

22./XII. 1917

**Ein russisch-japanisches Chinabündnis.
 Veröffentlichung eines gegen Amerika gerichteten
 Geheimvertrages in Petersburg.**

Rotterdam, 21. Dezember.

Nach dem "Nieuwe Rotterdamse Courant" me det
 "Daily Telegraph" aus Petersburg: Der Sowjet
 veröffentlicht den Text eines am 3. Juli 1916 von
 Russland und Japan geschlossenen und von Sazonow
 und Motono unterzeichneten Geheimvertrages. Die
 beiden Länder verpflichten sich darin zu einem Offensiv-
 bündnis gegen jede Macht, die versuchen
 würde, in China eine politische Vorherr-
 schaft zu erlangen. Es wird keine bestimmte
 Macht genannt, aber offenbar handelt es sich um die
 Vereinigten Staaten. Der Vertrag läuft bis
 Juli 1921.

Das ungarische Institut zu Berlin.

Die Gründungs-Versammlung.

Man spricht so gern von einer Duplizität der Fälle. Der gestrige Tag hat uns ein wunderbares Beispiel einer solchen Doppelheit gezeigt. Um dieselbe Stunde, da gestern der Wahlrechtsminister Dr. Bazonyi seinen Wahlrechtsentwurf dem ungarischen Abgeordnetenhaus unterbreitete, hat sich in Berlin ein Ereignis vollzogen, das dazu angetan ist, die Beziehungen des Deutschen Reiches zum ungarischen Staatsgefüge in das hellste Licht zu rücken. Auf den Bazonyischen Wahlrechtsentwurf werde ich morgen früh zurückkommen. Dagegen scheint es mir gefolien, heute bereits von den Ereignissen des gestrigen Abends zu sprechen. In der „Deutschen Gesellschaft 1914“ hat sich nämlich die „Gesellschaft der Freunde des ungarischen Instituts an der Universität Berlin“ gebildet, dessen Ehrenvorstand sich aus dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin, Prinz Gottfried Hohenlohe-Schillingensfürst, dem Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten Dr. Friedrich Schmidt und dem königl. ungarischen Minister für Kultus und Unterricht, Dr. Graf Albert Apponyi zusammensetzt. Der Verwaltungsrat besteht aus 22 Mitgliedern, von denen drei vom preussischen Kultusminister, drei vom ungarischen Kultusminister, eines von der Universität zu Berlin, eines von der Ungarischen Akademie bestimmt wird, ferner dem Direktor des ungarischen Instituts zu Berlin (Professor Grogger) und 14 von der Mitgliederversammlung gewählten. Der preussische Kultusminister hat Geheimrat Wilamowicz-Moellendorf, den Dekan der juristischen Fakultät, Geheimrat Professor Henmann, sowie den Vortragenden Rat im Kultusministerium Geheimrat Professor Beder entsendet. Der ungarische Kultusminister hat hierzu den weltberühmten Theodor der Budapester Universität Baron Eötvös, den ersten Sekretär an der hiesigen Botschaft Grafen Kluen-Heberzary (vorbehaltlich der Zustimmung des Auswärtigen Amtes in Wien), sowie den Sektionschef im ungarischen Kultusministerium v. Tóth entsendet. Die Berliner Universität entsandte den Rektor Geheimrat Professor Penz.

Die ungarische Akademie wird durch ihren Präsidenten, v. Berzeviczy, der in Berlin aus den Vorträgen, die er gemeinsam mit dem Grafen Apponyi im Rahmen der Waffenschlüssellichen Vereinigung im Reichstag gehalten hat, auf das vornehmste hervorgehoben ist, vertreten. Die 14 von der Mitgliederversammlung gewählten Kandidaten sind Graf Julius Andrássy, Dr. Jost von Bethy, Universitätsprofessor und ungar. Ministerialrat, Sekretär M. Guttman, Direktor der Creditbank, Dr. Gustav Sellich, Universitätsprofessor und ungar. Ministerialrat, Ministerialdirektor Jus. Simon von Krausz, Generaldirektor der Ungarischen Bank, Leo von Lanczy, Präsident der Pesther Ungar. Kommerzbank, Dr. Friedrich Raumann, Freiherr v. Necherberg, Dr. Arthur Salomonson, Geschäftsinhaber der Distinktoengesellschaft, Dr. Paul v. Schwabach, Emil Georg v. Stauff, Direktor der Deutschen Bank, Professor Dr. Ludwig Stein, Wolf von Ullmann, Mitglied des ungarischen Magnatenhauses, Generaldirektor der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank. In der Sitzung des Verwaltungsrates wurde Herr Dr. Paul von Schwabach, Chef des Bankhauses v. Bleichröder, zum Vorsitzenden gewählt.

Im Anschluß an die Beschlussfassung über die Statuten und Wahl der Verwaltungsratsmitglieder hielt der Abgeordnete Dr. Friedrich Raumann einen andernorts nicht veröffentlichten Vortrag über Ungarn und Deutschland. In stichscharfer Auseinandersetzung behauptete Raumann die unterirdischen geschichtlichen Zusammenhänge auf, die sich zwischen dem tausendjährigen Ungarn- und dem Deutschen Reich aus geographischen, ethnographischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen heraus notwendig herausbilden mußten. Es sei kein Zufall, daß es zwei Ungarn waren, Graf Kalnoky und Graf Julius Andrássy der Ältere, die das Bündnis mit dem Deutschen Reich vorbereiteten und abgeschlossen haben. Ungeachtet einzelner Reibungsstellen, die unter Völkern unausbleiblich sind, besteht nach Raumann eine aufhebbare Schicksalsgemeinschaft zwischen Deutschen und Ungarn. Deutsche und Ungarn sind und bleiben

gewissermaßen aufeinander angewiesen, weil der Gott der Geschichte, wenn es einen gibt, die geographischen und ethnographischen Verhältnisse so gefügt hat, daß sie auf die Dauer ohne einander nicht auskommen vermögen.

Prof. Dr. Ludwig Stein.

Die Zukunft Afrikas.

Ein Vortrag des Kolonialstaatssekretärs
Dr. Solf.

Berlin, 21. Dezember.

Der Staatssekretär des Reichskolonialamts, Doktor Solf, hielt heute vor einem nach Tausenden zählenden erlesenen Publikum einen Vortrag über die Zukunft Afrikas. Der Staatssekretär ging davon aus, daß in allen Lagern der Kriegführenden als letztes Kriegsziel die Erreichung eines dauerhaften Friedens bestehe, nur seien die Meinungen über den Weg zu diesem Ziel noch verschieden. Für Deutschland werde die Sicherstellung seiner kolonialen Zukunft dabei eine große Rolle spielen.

Die Wiederherstellung des Status quo ante in Afrika, fuhr Dr. Solf fort, kann zu einer Beruhigung der internationalen Beziehungen auf kolonialem Gebiet nicht führen. Der Status quo ante in Afrika bedeutet nicht eine Verteilung nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten, nicht eine Verteilung unter Berücksichtigung der Notwendigkeit und Fähigkeit der einzelnen Nationen zu kolonialer Betätigung, sondern beruht nur auf den Zufälligkeiten, die aus einer Jahrhundert zurückliegenden, von anderen Voraussetzungen getragenen Kolonialpolitik oder aus der Unternehmungslust einzelner tatkräftiger Männer entstanden sind. Diese Zufälligkeit hat dazu geführt, daß vor dem Krieg Portugal, Belgien und Frankreich in Afrika große koloniale Gebiete besaßen ohne die wirtschaftliche und kulturelle Expansion und ohne den Bevölkerungszuwachs oder die finanzielle Leistungsfähigkeit, die Voraussetzung für die zukünftige koloniale Mitarbeit in Afrika sind. Auch England hat sich in Afrika Gebiete angeeignet, die bei Berücksichtigung seines ungeheuren Landbesitzes in anderen Erdteilen über sein wirtschaftliches Bedürfnis hinausgehen, während Deutschland, das infolge seiner Bevölkerungszunahme und industriellen Regsamkeit auf Kolonien angewiesen ist, auf erheblich kleinere Gebiete beschränkt blieb. Dieses Mißverhältnis muß ausgeglichen werden, wenn ein dauernder Frieden auf der Grundlage geordneter Zustände errichtet werden soll.

Der Staatssekretär lehnte ein Selbstbestimmungsrecht der schwarzen Masse oder eine Internationalisierung Afrikas ab und verlangte eine Neuverteilung nach den dargelegten Gesichtspunkten. Das Selbstbestimmungsrecht der schwarzen Masse würde zu chaotischen Zuständen in Afrika führen. Der Staatssekretär nahm aber den in dem Wort „Selbstbestimmungsrecht“ liegenden Gedanken in dem Sinne an, daß den Eingebornen ein „Selbstzweckrecht“ zuzugestehen ist, daß sie nicht nur Mittel, sondern Selbstzweck der kolonialen Betätigung sein müssen.

Von den heute in England am Vordere stehenden Knackout-Politikern allerdings kann eine Verständigung auf der dargelegten, gerichteten Grundlage nicht erwartet werden. Diese Knackout-Politiker haben an Stelle der alten, bewährten englischen Kolonialmethoden ein System der Eingebornenverheerung und Mißhandlung, der Kergewaltigung des freien Handels, der Herabsetzung der weißen Klasse vor den Schwarzen und der Militarisierung Afrikas gesetzt, das für die weitere Entwicklung Afrikas verhängnisvoll sein muß. Wir haben eine Abstimmung der Schwarzen in unseren asiatischen Kolonien nicht so zu scheuen wie die Engländer in Ceylon, Ostindien und Singapur, wo während des Krieges ein fürchterliches Blutregiment an der Arbeit war. Die zukünftige Zusammenarbeit in Afrika muß zurückgehen auf die in der Berliner Kongress niedergelegten Grundsätze der Handels- und Schiffsahrt, Freiheit, der Beseitigung des Sklavenhandels und der Internationalisierung Afrikas. Wenn diese Grundsätze im letzten zusammengebrochen sind, so ist die Schuld daran nur auf der Gegenseite, in erster Linie bei England, zu suchen. Solange die jetzige Stimmung in England aber anhält, bleibt die Hoffnung auf einen gemeinsamen Aufbau der kolonialen Zukunft eine Utopie.

23./XII. 1917

Eine czechisch-slowakische Armee.

Unter französischem Kommando.

A. Paris, 21. Dezember. (Meldung der Agence Havas.)

Ein Erlass verfügt die Schaffung einer selbständigen czechisch-slowakischen Armee unter der Befehlsgewalt des französischen Oberkommandos, die unter eigener Fahne gegen die Mittelmächte kämpfen wird.

23./XII. 1917

Der Konflikt zwischen Regierung und Rada.**Die Antwort der Rada.**

S. Petersburg, 21. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegrafenagentur.)

Die Antwort der Rada an den Rat der Kommissäre lautet: Der revolutionäre Stab der Ukrainer, ermächtigt durch die republikanische Regierung und das Volk der Ukrainer, hat die Ehre, der republikanischen Regierung Großrußlands die Ergebnisse der Besprechung des Stabes mit der Regierung über das Ultimatum des Rates der Kommissäre an die zentrale Rada der Ukrainer und die Antwort der republikanischen Regierung der Ukrainer auf das Ultimatum mitzuteilen. In den Besprechungen über einen gütlichen Ausgleich des Streites zwischen der russischen Republik und der Ukraine wurden folgende Bedingungen aufgestellt:

1. Anerkennung der Rechte der ukrainischen Republik und des ukrainischen Volkes und völlige Nichteinmischung in die Angelegenheiten der Republik;
2. Erfüllung der Forderung nach Ukrainisierung der Truppen und Versetzung der Truppen von anderen Fronten auf ukrainisches Gebiet;
3. Erledigung der Münzfrage;
4. Nichteinmischung des Rates der Kommissäre des Hauptquartiers und des Oberbefehlshabers in die Verwaltung der ukrainischen Front, das heißt der rumänischen und Südwestfront;
5. Lösung der Friedensfrage unter Teilnahme der ukrainischen Rada.

Die Regierung der Republik Ukraine nimmt an, daß die Erklärungen des Rates der Volkskommissäre über die prinzipielle Anerkennung der obgenannten Bedingungen sowie die Antwort auf die Note der Regierung betreffend die Bildung einer Bundesregierung als Grundlage dienen könnten für eine solche Beilegung des Zwistes, die einen Krieg zwischen der Ukraine und Großrußland vermeiden würde.

Was die Beteiligung an der Bundesregierung anbelangt, so meint die Regierung der ukrainischen Volksrepublik, daß die Ukraine im Hinblick auf die besondere Bedeutung, die sie jetzt erlangt hat dank ihrer Organisation und ihrer Absicht, die gegenwärtigen Beziehungen der Völker ganz Rußlands wahrhaft zu regeln und das revolutionäre Leben der einzelnen Republiken in normalen Gang zu bringen, mit nicht weniger als zu einem Drittel in der Regierung vertreten sein müsse.

Der revolutionäre Stab der Ukraine hofft zu Gott, daß der Bruderzwist zur beiderseitigen Befriedigung glücklich beigelegt werden wird, und erklärt sich bereit, alle Kräfte zur Erreichung des gesetzlichen Zieles anzuspannen.

Stabsataman Faidrenko, Adjutant Ussine.

Die Zukunft Rumäniens.

Carp und Stere für den verfassungsmäßigen Anschluß Rumäniens an die Mittelmächte.

Büch, 22. Dezember.

Die „Büchler Post“ veröffentlicht einen Bericht ihres Korrespondenten Dr. Eberlein, der Ende November in Bukarest eine Unterredung mit Peter Carp und Professor Stere hatte.

Carp sagte, die rumänischen Staatsmänner, die zum Kriege trieben, hätten nur einen einzigen Fehler begangen, nämlich sich über das Stärkeverhältnis geäußert. Stere erblickte die Ursachen des rumänischen Krieges weniger in den Fehlern einzelner Staatsmänner, als darin, daß Rumänien von einer Oligarchie beherrscht war; die Bauern, 82% der Bevölkerung, seien politisch rechtlos gewesen und ökonomisch unter der Herrschaft einer verkappten Leibeigenschaft gestanden. Rumänien habe unter den Nachteilen der Unabhängigkeit gelitten, ohne die Vorteile zu genießen. Rumänien stand im Wege Rußlands nach Konstantinopel. Sich Rußland zu widersetzen, war es nicht kräftig genug und auf Verträge war während des Krieges kein Verlaß. So wurde Rumänien in den Krieg hineingetrieben, der seinen Interessen geradezu entgegengesetzt war. Alle rumänischen Faktoren ohne Unterschied der Partei haben an dem Kriege ihren Schuldanteil. Carp sagte, die Folgen des Krieges für Rumänien hängen von den Mittelmächten ab. Vom ersten Augenblicke an sei der Ausgang des Krieges vorauszu sehen gewesen. Vorkäufig ist Rumänien ruiniert, fügte Stere hinzu. Beim Friedensschlusse dürste die öffentliche Schuld Rumäniens rund zehn Milliarden betragen. Aus der militärischen Lage ergibt sich, daß die Entente ihre Ziele nicht mehr erreichen kann, somit auch nicht Rumäniens Kriegsziel, die Eröberung österröich-ungarischer Gebiete. Für Rumänien lasse sich das Ergebnis des Krieges in zwei Worten zusammenfassen: Niederlage und Ruin.

Nach welcher Richtung Rumänien nach dem Kriege Anschluß suchen wird, dies sagte Carp, hänge von den Mittelmächten ab. Stere hält einen Anschluß Rumäniens nach dem Kriege an Rußland für unmöglich, schon deshalb, weil das dortige Chaos noch Jahrzehnte dauern könne und in jedem Falle für Rußland und seine Völker der Drang nach Süden über den Körper Rumäniens bestehen bleiben werde. Ferner kann Rumänien ohne Hilfe fremder Kapitalien sich nicht wieder erheben. Diese können aber nicht aus dem ruinierten Rußland kommen. Rumänien kann sich also nur den Mittelmächten anschließen. Diese können aber angesichts der Haltung Rumäniens im Weltkriege nicht darauf verzichten, in der Zukunft jene Bürgschaften zu fordern, die sie vor rumänischen Abenteuerern schützen werden. Diese Bürgschaften können nur solche sein, welche die Mittelmächte veranlassen, in dem Fortschritte und der Entwicklung Rumäniens ein für sie selbst nütliches Ergebnis zu sehen. „Es kann dies,“ schloß Stere, „nur ein Anschluß an die Mittelmächte auf verfassungsmäßiger Basis sein. Nur so kann Rumänien aus dem Kriege hervorgehen mit einer Aussicht für fernere Entwicklung. Es ist Pflicht der rumänischen Staatsmänner, die Form dieses verfassungsmäßigen Anschlusses zu suchen und in Uebereinstimmung mit den Mittelmächten festzustellen.“

Gemeinsamer Kampf gegen Kaledin!

Eine Vereinbarung zwischen der russischen ersten
Armee und der ukrainischen Rada.

Petersburg, 21. Dezember. (Petersb. Tel.-Ag.)

In der außerordentlichen Versammlung, zu der das Komitee der ersten Armee mit den Vertretern der ukrainischen Rada am 18. d. zusammentrat, wurde eine, den Kampf gegen Kaledin als für die beiden Demokratien Großrußland und Ukraine gemeinschaftliche Pflicht erklärende Entschliebung angenommen. Bis zur friedlichen Beilegung des Konfliktes beschloffen der Vollzugsausschuß der ersten Armee und die Vertreter der Rada die Neutralität der Verantwortlichkeiten zu beobachten und die russischen und ukrainischen Arbeiter zu ernstlicher Verbündung aufzufordern.

Rücktritt Kaledins und der Kosaken- regierung.

Amsterdam, 22. Dezember.

Die „Times“ melden aus Petersburg: Kaledin erklärte, daß er sich wegen seiner Unbeliebtheit bei den Fronttruppen, die den Gehorsam verweigern, zurückziehe.

Nach einer anderen Meldung haben Kaledin und die Militärregierung der Kosaken abgedankt, um die Bildung einer starken ukrainischen Volksregierung zu ermöglichen.

Feierliche Eröffnung der Friedensverhandlungen.

Wrest-Litowsky, 22. Dezember. (Melbung des Russischen Bureaus.) (Eingelangt um 2 Uhr nachts.)

Heute um 4 Uhr nachmittags sind in Wreft-Litowsky die Friedensverhandlungen in feierlicher Sitzung eröffnet worden. Es hatten sich hierzu folgende Vertreter eingefunden:

von österreichisch-ungarischer Seite: Minister des Aeußern Graf Czernin, Botschafter v. Mersch, Gesandter v. Wiesner, Legationsrat Graf Colloredo, Legationssekretär Graf Gafky, FML. v. Glicserics, Oberstleutnant Pokorny, Major v. Glaisir;

von deutscher Seite: Staatssekretär Dr. v. Kuhlmann, Gesandter v. Rosenbergy, Legationssekretär v. Schich, General Hoffmann, Major Windmann;

von bulgarischer Seite: Justizminister Popow, Gesandter Kossow, Gesandter Stojanowitsch, Oberst Gantschew, Legationsrat Dr. Anastasow;

von türkischer Seite: Minister des Aeußern Achmed Nefisi Bey, Botschafter Ibrahim Halki Pascha, Unterstaatssekretär Mehmed Hilmet Bey, O. b. K. Bek Pascha;

von russischer Seite: A. A. Joffe, L. B. Kamanev, Frau M. A. Bizenzlo, M. K. Polrowsky, G. M. Karachan, M. M. Kubinski, M. K. Beltschanna-Pawlowitsch, Admiral W. M. Altvater, General Samoilow, Oberst Kollie, Oberst Geplyt, Hauptmann Gipsch.

Prinz Leopold von Bayern begrüßte in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber des Oberkommandos Ost die in seinem Hauptquartier erschienenen Vertreter der Mächte des Vierbundes und Rußlands mit einer Ansprache, in welcher er unter Hinweis auf den günstigen und erfolgreichen Verlauf des Waffenstillstandsver-

handlungen der zuberstichtlichen Hoffung Ausdruck gab, daß auch die begonnenen Verhandlungen mög-

lichst bald zu einem die Völker beglückenden Frieden führen mögen.

23./XII 1917

Die Tätigkeit des tschecho-slowakischen Auslandskomitees.

Eine Anfrage der Abgeordneten Hartl, Knirsch und Genossen.

Die Abgeordneten Hartl, Knirsch und Genossen haben in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses eine Anfrage an den Landesverteidigungsminister eingebracht, die sich mit den fortgesetzten Versuchen des unter Leitung des Professors Masaryk stehenden tschecho-slowakischen Auslandskomitees befaßt, die tschechischen Soldaten zu verräterischer Fahnenflucht zu verleiten.

Die Anfrage führt aus:

Am 16. November d. J. haben die Unterzeichneten die Aufmerksamkeit Sr. Excellenz des Herrn Ministers für Landesverteidigung auf die Tatsache gelenkt, daß das unter der Führung des ehemaligen österreichischen Universitätsprofessors und Reichsratsabgeordneten Dr. Masaryk stehende tschecho-slowakische Auslandskomitee nach wie vor eifrigst bemüht ist, die im Felde stehenden tschechischen Soldaten dazu zu bewegen, den Fahneneid zu brechen und zum Feinde überzulaufen. Leider sind diese Umtriebe des genannten Komitees, denen durch jahrelange hochverräterische Agitationen im eigenen Lande wirksam vorgebeugt worden ist, nicht erfolglos geblieben, und die Geschichte des jetzigen Weltkrieges ist leider nicht arm an Beispielen verräterischer Fahnenflucht tschechischer Truppen. Wir alle wissen, wie oft dadurch unsere kriegerischen Operationen erschwert wurden und wieviele Tausende braver Soldaten, insbesondere deutsche Krieger, als Opfer solchen Verrates gefallen sind.

Eben deshalb, weil jeder derartige Ueberlauf zum Feinde die übrigen Truppen in die gefährlichste Lage zu bringen vermag, erachten es die Unterzeichneten als ihre Pflicht, auf die mit ungemeinertem Eifer betriebene Agitation des tschecho-slowakischen Auslandskomitees hinzuweisen und der verhängnisvollen Selbsttäuschung, als hätten die staatsfeindlichen tschechischen Umtriebe aufgehört, mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

Von solchen Erwägungen geleitet, lenken die Unterzeichneten die Aufmerksamkeit Sr. Excellenz auf einen von italienischen Fliegern im Bereiche unserer Südwestfront abgeworfenen Aufruf, der der Regierung bereits aus einer anderen Anfrage bekannt ist.

Die Unterzeichneten stellen an Se. Excellenz den Herrn k. k. Minister für Landesverteidigung die Anfrage: 1. Ist Seine Excellenz bereit, den fortdauernden staatsfeindlichen Umtrieben des von Dr. Masaryk geleiteten tschecho-slowakischen Auslandskomitees seine volle Aufmerksamkeit zuzuwenden und auch die Krone über diese Umtriebe pflichtgemäß zu unterrichten? 2. Ist Seine Excellenz bereit, zu untersuchen, ob der in dem erwähnten Aufrufe behauptete Zusammenhang zwischen den auf die Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns gerichteten Umtrieben des tschecho-slowakischen Volksrates und den im österreichischen Abgeordnetenhause abgegebenen staatsrechtlichen Erklärungen tatsächlich besteht?"

24. XII. 1917

Italienische Deputiertenkammer.

Zürich, 22. Dezember. In der italienischen Deputiertenkammer legte Munitionsminister General Dall'Olio dar, nach der Niederlage der Entente im Oktober sei ein neues Programm aufgestellt worden, um alle Geschützverluste auszugleichen. Man unternehme es, das Programm durchzuführen, trotz der Krise auf dem Gebiete der Kohlenvorräte, des Transportwesens und der elektrischen Betriebskraft, die infolge der mageren Wasserläufe in Piemont, in der Lombardei und in Ligurien in empfindlichem Maße fehle. Auf diese Weise solle das italienische Heer seine Kampfkraft wieder bekommen. Insgesamt arbeiten für Kriegsmaterial in Italien 3500 Werkstätten, die 45,000 Frauen und 15,000 Kinder beschäftigen.

Die Nahrungsmittelnot.

Der Generalkommissar des Ernährungswesens Crespi führte sodann aus: Italien ist in das neue Agrarjahr nicht bloß ohne Reserven an Brotkorn, sondern sogar nach Verbrauch eines großen Teiles des für dasselbe berechneten Kornvorrates eingetreten. Ferner hatte Italien veranschlagt, daß die Verbündeten für die Zufuhr von 40 Millionen Doppelzentner Brotkorns sorgen müßten, hat sich aber mit der grundsätzlichen Zuhilfenahme von nur 30 Millionen Zufuhr, und zwar zusammengekommen Weizen, Roggen, Gerste und Hafer, begnügen müssen. Außer den, wie gesagt, im Voraus verbrauchten Kornmengen gehen nun von den unmittelbar verfügbaren die durch die Niederlage von Karfreit verlorenen Mengen an Korn, nämlich drei Millionen Doppelzentner, in den vom Feinde besetzten Gebieten und 1 1/2 Millionen in den Operationsgebieten ab, die der Beschickung unterliegen. Zudem sind etliche hunderttausend Flüchtlinge auf unbestimmte Zeit zu ernähren, und schließlich haben die ungeheuren Anforderungen an die Leistungskraft des Heeres es erfordert, die Ration der Soldaten zu erhöhen. Redner habe in den Verhandlungen zu Paris und London erreicht, daß aus den Beständen für das englische Heer in Frankreich Mehl für das italienische Heer angewiesen wurde, das auf der Eisenbahn unterwegs sei. England habe auch einige Dampferladungen Korn bewilligt, die jetzt nach England den Kurs nach

Italien nehmen. Alle Verbündeten hätten vereinbart, gleichmäßig die notwendigen Entbehrenungen zu tragen, und wollen ihrem Interesse, daß Italien kriegerisch aushalte, praktisch Folge geben. Die Schiffsraumnot und die finanziellen Schwierigkeiten erschweren die Zufuhr ungeheuer. Immerhin könne er vorbehaltlich unvorhergesehener Ereignisse nunmehr garantieren, daß für Dezember und Jänner der notwendigste Bedarf Italiens gedeckt werde. Für Februar, März und die folgenden Monate hätten die Verbündeten bisher nur Pläne, deren Durchführung die Regierung aber mit besten Kräften versuchen werde. Reis, Zucker, Del, Fleisch und Milchprodukte seien gleichfalls äußerst knapp, so daß die Regierung zu weiteren Verbrauchseinschränkungen und zu strengsten Requisitionen übergehen werde.

Ein Kriegsheer.

Deputierter Pietraballe verteidigte im Namen der Anhänger der Kriegspartei Sonnino gegen die Freunde Giolittis, die doch nicht klar sagen können, wie sie sich einen Sonderfrieden denken, und erklärte, daß seines Erachtens Italien nur einen Frieden brauchen könne, der ihm alle ethnisch und geschichtlich verwandten Länder einbringe, aus dem Adriatischen Meer eine italienische See mache und Italiens Interessen im Mittelmeer und im Orient gewährleiste.

Für Friedensvorschläge.

Der Sozialist Morgari sprach den Wunsch aus, daß die italienische Regierung Rußland sich zum Vorbild nehme und an die verbündeten, die feindlichen und die neutralen Mächte mit dem Vorschlage eines allgemeinen Friedens und einer Neuordnung des internationalen Gemeinschaftslebens auf der Grundlage der Abschaffung des Rechtes der Staaten, Krieg zu erklären, herantrete. Morgari warf dem Bürgerium vor, daß es Milliarden für die Kriegsführung erübrige, während es mit Millionen für die Besserung des öffentlichen Unterrichtes, des sozialen Elends und der Landwirtschaftlichen wie der industriellen nationalen Produktion gezeigt habe. Die für den Krieg Verantwortlichen werden als gefährliche Wahnsinnige angesehen werden.

(Großer Lärm auf Seiten der Angehörigen der Kriegspartei. Die Giolittianer bleiben ruhig und werden ebenso wie die Sozialisten beschimpft. Ministerpräsident Orlando spricht sein Bedauern über den Mißbrauch der parlamentarischen Tribüne aus. Auch der Präsident ersucht Morgari, auf die Gefühle des Parlaments und des Volkes mehr Rücksicht zu nehmen.)

Morgari betont weiter, Italiens militärische Lage sei teils von der Erschöpfung der Widerstandskraft und teils von der Ueberzeugung der Soldaten verursacht, daß sich die Regierung nicht zum Frieden herbeilassen wolle. Die Erklärungen Sonninos in der geheimen Sitzung über seine diplomatischen Verhandlungen ließen zwar seine guten Absichten durchblicken, seien aber zweideutig und elastisch und verdecken seine Eroberungsabsichten.

Die Annahme der Tagesordnung.

Zürich, 23. Dezember. Die italienische Deputiertenkammer nahm mit 345 gegen 50 Stimmen eine Tagesordnung des früheren Schatzministers Carcano an, lautend: Die Kammer billigt die Regierungserklärungen und geht zur Tagesordnung über.

Die Kammer verabschiedete sodann das Budgetprovisorium und vertagte sich bis zum 7. Februar.

Der Senat hält Sitzungen zwischen Wetzachten und Neujahr ab.

Lugano, 22. Dezember. (Privattelegramm.)

In der gestrigen Kammer Sitzung kam es wieder zu turbulenten Szenen. Abgeordneter Morgari spricht im Namen der offiziellen Sozialisten. Seine Rede, die er eine bittere Medizin für die Kammer nennt, beginnt mit der Erklärung der Tagesordnung, in welcher die Regierung aufgefordert wird, den Ententemächten, den Feinden und den Neutralen allgemeine Friedensvorschläge zu machen.

Mit Mühe setzt Morgari unter fortwährenden Unterbrechungen seine Rede fort. Er sucht die Urheber des Krieges zu ergründen und nennt die Kriegsunterführer die größten Feinde der Volkswirtschaft.

Hier wird Redner von tobendem Lärm übertönt. Er selbst aber ruft zur Rechten: „Ihr seid Berrückte und des Karrenhasses würdig!“

24. XII. 1917

Der Beginn der Friedensverhandlungen.

Brest-Litowsk, 22. Dezember. (Melbung des k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Nach der Begrüßung der Vertreter der Mächte lud Prinz Leopold von Bayern den ersten türkischen Vertreter, Se. Hoheit Ibrahim Salki-Pascha, ein, als Alterspräsident den Vorsitz zu übernehmen.

Salki-Pascha, der sodann den Präsidentenstuhl einnahm, dankte für die ihm erwiesene Ehre, begrüßte die Delegierten und eröffnete die Verhandlungen mit dem Wunsche für deren gedeihlichen Verlauf. Er schlug hierauf vor, daß Staatssekretär v. Kühlmann als Erster den Vorsitz bei den Verhandlungen übernehme, welchem Antrage allseits zugestimmt wurde.

Die Ansprache des Staatssekretärs v. Kühlmann.

Staatssekretär v. Kühlmann übernahm den Vorsitz und hielt folgende Ansprache: „Euer Hoheiten, gnädige Frau, meine Herren: Es ist für das Land, das ich hier vertrete, und mich selbst eine hohe Ehre, gemäß dem Beschlusse der Versammlung bei der heutigen ersten Beratung den Vorsitz führen zu dürfen, bei welcher Vertreter der verbündeten Mächte mit den Delegierten Rußlands zusammentreffen, um dem Kriege ein Ende zu machen und den Zustand von Frieden und Freundschaft zwischen Rußland und den hier vertretenen Mächten wiederherzustellen. Nach der Lage der Verhältnisse kann nicht die Rede davon sein, ein bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeitetes Friedensinstrument bei den jetzt begonnenen Beratungen heraufzustellen. Was mir vorschwebt, ist die Festsetzung der wichtigsten Grundsätze und Bedingungen, unter denen ein friedlicher und freundschaftlicher Verkehr insbesondere auch auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet möglich bald wieder in Gang gebracht werden kann, und die Beratung der

besten Mittel, durch welche die durch den Krieg geschlagenen Bunden wieder zu heilen wären. Unsere Verhandlungen werden erfüllt sein von dem Geiste versöhnlicher Menschenfreundlichkeit und gegenseitiger Achtung. Sie müssen Rechnung tragen einerseits dem historisch Gegebenen und Gewordenen, um nicht den festen Boden der Tatsachen unter den Füßen zu verlieren, andererseits aber auch getragen sein von jenen neuen und großen Zeitgedanken, auf deren Boden die hier Versammelten zusammentreffen. Ich darf es als glückverheißenden Umstand ansehen, daß unsere Verhandlungen im Zeichen jenes Festes beginnen, welches schon seit langen Jahrhunderten der Menschheit die Verheißung: „Friede auf Erden denen, die guten Willens sind“, gegeben hat, und ich darf in die Verhandlungen mit dem aufrichtigen Wunsch eintreten, daß unsere Arbeiten einen raschen und gedeihlichen Fortgang nehmen möchten.“

Im Sinne des Vorsitzenden wurden hierauf folgende Beschlüsse gefaßt: Rangordnungsfragen werden nach der alphabetischen Liste der vertretenen Mächte gelöst werden; im Präsidium der Vollversammlungen alternieren die ersten Bevollmächtigten der fünf Mächte; als Verhandlungssprachen sind zugelassen: die deutsche, die bulgarische, die russische, die türkische und die französische Sprache; Fragen, die nur einzelne der beteiligten Mächte interessieren, können den Gegenstand von Sonderverhandlungen zwischen diesen bilden; die offiziellen Sitzungsberichte werden gemeinsam festgesetzt werden.

Das russische Friedensprogramm.

Auf Einladung des Vorsitzenden entwickelte hierauf der erste russische Vertreter in längerer Rede die Grundlagen des russischen Friedensprogramms, die sich im wesentlichen mit den bekannten Beschlüssen des Arbeiter- und Soldatenrates und der allrussischen Bauernversammlung decken.

Die Vertreter der vier verbündeten Mächte erklärten ihre Bereitwilligkeit, in eine Prüfung der russischen Ausführungen einzutreten. Das Ergebnis dieser Prüfung wird den Gegenstand der nächsten Sitzung bilden.

Wien, 24. Dezember. Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 23. Dezember: Der heutige Tag ist von den Delegationen der vier Verbündeten dazu benützt worden, um die auf die russischen Vorschläge zu erteilende Antwort zu beraten. Hierbei wurden die Grundlinien der Antwort einheitlich festgestellt. Die Formulierung der Antwort wird morgen vormittag erfolgen.

24. / XII. 1917

Die Zukunft Rumäniens.

Luch Marghiloman für einen engeren Anschluß an die Mittelmächte. — Der konservative Führer für die Bildung einer neuen Regierung und Abdankung des wortbrüchigen Königs.

Nachdem sich eben erst die bekannten rumänischen Politiker Peter Carp und Stere für einen engeren, auf verfassungsrechtlicher Basis beruhenden Anschluß Rumäniens an die Mittelmächte ausgesprochen haben, äußert sich nun auch Marghiloman in ähnlichem Sinne. Dieser Staatsmann spricht sich zugleich dafür aus, daß Rumänien eine neue Regierung bilden möge, welche fähig und würdig sei, mit den Mittelmächten Frieden zu schließen, sowie erforderlichenfalls für die Abdankung des Königs. Marghiloman deutet an, daß er selbst bereit wäre, an dieser politischen Aktion selbst mitzuwirken. Er gehört zweifellos zu Rumäniens kommenden Männern.

Bukarest, 22. Dezember.

Ueber die gegenwärtige Lage Rumäniens und über das Problem seiner unmittelbaren Zukunft sprach sich der frühere Minister des Äußeren und Führer der konservativen Partei Alexander Marghiloman in einer Unterredung mit einem Redaktionsmitglied des Transocean-Nachrichtendienstes nach einem Hinweis auf die zwischen Russen und den Mittelmächten begonnenen Verhandlungen aus:

Wir sind an einem entscheidenden Wendepunkt des weltgeschichtlichen Krieges angelangt. Die kommenden Ereignisse haben auch für Rumänien bleibende Bedeutung und werden auf lange Zeit über sein Schicksal entscheiden. Aber Rumänien hat, soweit es früher die politische Lage falsch beurteilte, aus dem jetzigen Kriege die Lehre gezogen, daß die von seiner Regierung gewählte Politik falsch war und daß es in Zukunft der entgegengesetzten Bahn folgen muß. Dies war mein Standpunkt, schon ehe Rumänien den verhängnisvollen, zugleich törichten und verbrecherischen Schritt getan hat, der es an die jetzt zusammengebrochene russische Eroberungspolitik leitete. Die Ereignisse haben seitdem eine so deutliche Sprache geführt, daß niemand in Rumänien ihnen sein Ohr hat verschließen können. Sowohl hier in Bukarest, wie auch in jenem Teil Rumäniens, der unter russische Herrschaft gekommen ist, verurteilen jetzt alle den unbedachten, frevelhaften Entschluß unserer Regierung und gerade deshalb würde ich mich glücklich schätzen, wenn ich meine langjährige Erfahrung in den Dienst einer Lösung der jetzigen Fragen stellen und mit dazu beitragen könnte, daß Rumäniens Zukunft in dauernder, für alle befriedigender Weise mit jener der Mittelmächte verbunden wird, zu denen wir aus zwingenden Gründen politischer Notwendigkeit gehören und von denen wir uns niemals hätten trennen dürfen. Zwei Punkte sind nach meiner Ansicht von höchster Wichtigkeit: Zunächst einmal ist es notwendig, daß diese verwickelte Frage eine in Wahrheit staatsmännische Lösung erfährt. Die Politik ist die Kunst des Möglichen. Auch im vorliegenden Falle handelt es sich darum, die gegebenen Verhältnisse klar zu erfassen, so daß auf ihrem Boden ein möglichst dauerhaftes Gebäude errichtet wird. Der zweite, nach meiner Ansicht nicht weniger wichtige Punkt ist, daß die Stunde drängt, und daß die Ent-

scheidung so schnell erfolgen muß, als dies nur möglich ist. Zur Zeit wissen wir nur eines: Die falsche, frevelhafte Politik unserer Regierung, die unser Volk in den Dienst der zaristischen Eroberungspolitik gestellt hat, hat völlig Schiffsbruch gelitten. Wir möchten aber auch wissen, welche Folgen diese Handlungsweise einer von allen Rumänen nahezu einstimmig verurteilten Regierung für uns und unser Land haben wird. Mit Rußland können wir unser Schicksal nicht verketten. Rußland ist unser natürlicher wirtschaftlicher Konkurrent. Der rumänische Boden erzeugt daselbst, wie der Rußlands: Getreide, Petroleum und Holz. Aber auch aus ethischen Gründen sind wir auf eine allgemeine kulturelle Anlehnung an die Mittelmächte angewiesen. Gingen wir nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch allgemein und kulturell von Rußland ab, so würden unsere jungen Offiziere ihre Erziehung in Rußland suchen müssen und wir müssen uns von allen asiatischen Schwächen freihalten. Deshalb waren wir alle Gegner der russischen Orientierung und deshalb sind wir von jeher für den Anschluß an die Mittelmächte eingetreten und deshalb möchten wir recht bald in der Lage sein, für diesen festen Anschluß arbeiten zu können. Unser Bündnis mit den Mittelmächten, das in schicksalsschwerer Stunde von unserer Regierung gebrochen wurde, hat ganz und gar auf der Person unseres unergötlichen Königs Karol geruht.

Sobald er die Lipen geschlossen hatte, war das Staatsschiff Rumäniens ohne Steuer und ohne Führer. Das aber darf nie wieder eintreten! Nie wieder darf ein Vertrag, auf dem unsere ganze äußere Politik beruht, von einem solchen Geheimnis umkleidet sein, daß ihn eigentlich niemand kennt! Ich selbst, der ich Minister der äußeren Angelegenheiten gewesen bin, hatte diesen Vertrag nie gesehen und kannte nur einige seiner Paragraphen aus mündlichen Mitteilungen des damaligen Ministerpräsidenten. Als der verhängnisvolle Kronrat im Jahre 1914 in Sinai stattfand, in dem unter König Karols Vorsitz über Rumäniens Haltung entschieden wurde, lag dieser Vertrag auf dem Tische, aber nur ganz wenige der Anwesenden, nur drei, wußten um seinen Inhalt, der doch den Hauptpunkt der Besprechungen bilden mußte. Das darf nie wieder geschehen. Das Bündnis Rumäniens mit den Mittelmächten, das jetzt aufs neue geschlossen werden muß, darf nicht mehr von einem solchen Schleier des Geheimnisses umkleidet sein, daß die meisten sogar an seinem Bestehen zweifeln. Die Politik darf nicht auf Personen, sie muß auf Parteien beruhen: es muß ein Bündnis sein von Volk zu Volk. Die ganze Nation, sowohl bei ihnen, wie bei uns, muß dieses Bündnis kennen.

Ich begrüße jede Gelegenheit und jede Möglichkeit, bei der Deutsche und Rumänen einander näher treten, mit der größten Freude. Nur so kann auch den französischen Bestrebungen entgegengearbeitet werden. Im gegenwärtigen Augenblicke ist es nötig, zu handeln. Es ist möglich, daß die Mittelmächte eine Abneigung dagegen haben, mit der Regierung zu verhandeln, die jetzt in Ruß ist. Aber man täusche sich nicht. Die 300.000 Mann rumänischer Truppen, die in der Moldau stehen, haben nie zu den Kriegsheern gehört. Diese Kriegsheere sind gleich bei Ausbruch des Krieges verschwunden und sind jetzt in Petersburg und Paris oder halten sich in neutralen Ländern in Sicherheit versteckt. Die Offiziere und Soldaten, die jetzt den letzten Rest des rumänischen Heeres bilden, gehören zum Besten, was unser Volk hatte. Sie haben schweigend ihre Pflicht getan, als es anders nicht ging; weil sie zu den besten Teilen unseres Volkes gehören, wollte man sie schonen. Aus ihren Reihen wird sich kein Widerstand dagegen erheben, daß in Rumänien eine andere Regierung gebildet wird, die nicht nur verhandlungsfähig, sondern auch verhandlungswürdig ist. Nur mit einer solchen Regierung aber, das verstehe und fühle ich vollkommen, könnten die Mittelmächte Frieden schließen und wenn die Bedingungen dieses Friedens es notwendig machen, daß der König, der den Krieg erklärt hat, nicht den Frieden schließen darf, so nehme ich an, daß der König die unvermeidliche Geste tun wird; dann aber wird es sich weiter vor allem um die Schaffung wirklicher Sicherheiten für ein dauerndes, enges, in das Herz der Völker eindringendes Bündnis zwischen den Mittelmächten und Rumänien handeln.

27/XII. 1917

Die Haltung der Türkei.

Konstantinopel, 24. Dezember. (Uebersetzung der Agence Telegraphique Milli.) Gestern ergriff in der Abgeordnetenkammer der interimsistische Minister des Aeußern Salil-Bed das Wort. Er wies auf den Abschluß des Waffenstillstandes und auf den Beginn der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk hin, wobei er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Verhandlungen zu einem guten Ende führen werden. Der Minister fuhr sodann fort: Unsere Feinde setzen unaufhörlich ihre gewöhnlichen Intrigen fort. Heute wissen wir besser als jemals, warum wir in den Krieg eingetreten sind. Seit den ersten Tagen wußten wir, daß die Regierung des Zaren und England diejenigen waren, die die Geißel der Menschheit entfesselt haben. Der Prozeß Su cholnow und die jüngsten Veröffentlichungen amtlicher Schriftstücke durch die gegenwärtige russische Regierung haben uns bewiesen, daß unsere Anschauung der Dinge richtig war. Es gibt keinen einzigen Ottomanen, der jetzt nicht dessen sicher wäre, daß der gegenwärtige Krieg ein Krieg für unser Bestehen und unsere Befreiung ist. Diese Ueberzeugung wird die Nation zu noch größeren Opfern als den bisherigen bestimmen. Wir haben während dieses Krieges einen großen Vorteil errungen, indem wir gezeigt haben, daß unsere Waffen einen einflußreichen Faktor im europäischen Gleichgewicht bilden. Wir werden unsern Weg fortsetzen, zum Frieden bereit, zum Kriege entschlossen.

Die Veröffentlichung der Geheimdokumente.

Die Loslösung der Rheinlande in der Rheinpfalz von Deutschland in der Entente vereinbart.

Wietseburg, 23. November. (Bet. Tel.-Ag.)

Der Kommissär für auswärtige Angelegenheiten Trozki hat eine Reihe von Telegrammen und Geheimdokumenten veröffentlicht, die sich sowohl auf die Zeit des zaristischen Regimes im Jahre 1915 als auch auf die Zeit der Koalitionsministerien beziehen. Die Soldaten- und Arbeiterregierung hat, sagt Trozki, die geheime Diplomatie mit ihren Mäkten, Schiffen und Lügen abgeschafft. Unser Programm ist der Ausdruck des Willens von Millionen Arbeitern, Soldaten und Bauern. Wir wollen unverzüglich einen auf der Grundlage der freien Entwicklung der Völker beruhenden Frieden erlangen.

Die Dokumente beziehen sich auf Konstantinopel und die Meerengen. Der frühere Minister des Außern Safonow macht die Ansprüche Russlands auf Konstantinopel, die Westküste des Bosporus, des Marmarameeres und der Dardanellen, auf Südthrazien bis zur Linie Enos—Midia, die asiatische Küste und die Inseln des Marmarameeres sowie die Inseln Imbros und Tenedos geltend. Die Verbündeten haben eine Reihe von Forderungen aufgestellt, denen die russische Regierung zugestimmt hat. Nach ihren Ansprüchen soll Konstantinopel ein Freihafen für Waren werden, die nicht nach Russland gehen und nicht von dort kommen. Die Verbündeten verlangen, daß ihr Recht auf die asiatische Türkei ebenso anerkannt werde, wie das der Belassung der heiligen Stätten Arabiens unter muslimanischer Oberhoheit und der Einbeziehung der neutralen persischen Zone in die englische Einflußsphäre. Russland war bereit, alle Ansprüche anzuerkennen. Seinerseits hat es den Wunsch geäußert, das Kalifat von der Türkei zu trennen. In Persien feilschte Russland für sich um Rayons in den Städten Ispahan und Tezd.

Was die Festlegung der Grenzen mit Deutschland anbelangt, gewährten sich die beiden Teile volle Handlungsfreiheit. Frankreich gab seine Ansprüche bekannt, denen unser (das russische) Ministerium zustimmte: Elsaß-Lothringen wird Frankreich zurückgegeben einschließlich der Eisen- und Kohlengrubengebiete. Die am linken Ufer des Rheins gelegenen Gebiete (Rheinland und Rheinpfalz! D. R.) sollen von Deutschland abgetrennt werden! und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit seitens

Deutschlands frei sein. Aus diesen Gebieten wird ein freier neutraler Staat zu bilden sein.

Sehr merkwürdig sind die Telegramme Tereschtschenkos. Es ist darin die Rede davon, daß die Botschafter Englands, Italiens und Frankreichs bei Kerenski erschienen seien und ihm erklärt hätten, daß es dringend notwendig sei, Maßnahmen zu ergreifen, um die Armee schlagfertig zu machen. Dieser Versuch, sich in die Angelegenheiten Russlands einzumengen, war der Regierung peinlich. Tereschtschenko hat den russischen Botschafter in Washington, dem amerikanischen Kriegsminister mitzuteilen, daß die russische Regierung die Reserve des amerikanischen Botschafters in dieser Angelegenheit hoch anschlage.

Ebenso interessant sind die Informationstelegramme. Tereschtschenko sprach von Zugeständnissen, die das Bürgertum den rechtslebenden Sozialisten gemacht hat. Er versichert, daß die Zugeständnisse ihren Wert verlieren, da die Führer der gemäßigten Sozialisten in weitgehendem Maße ihren Einfluß auf die von der äußersten Linken mitgerissenen Massen verloren haben. Tereschtschenko erklärt, daß die Rolle des Vorparlaments eine große sein werde und daß es bis zum gegebenen Augenblick die verfassunggebende Versammlung ersetzen werde. Obwohl in der Zusammensetzung des Vorparlaments die Sozialisten die Mehrheit haben, werden die gemäßigten Parteien der äußersten Linken Widerstand zu leisten vermögen, weil die gemäßigten Sozialisten im Einvernehmen mit den liberalen Parteien vorgehen werden.

27./XII. 1917

69

Der Kampf um die Macht in Rußland.

Eine Verständigung der Bolschewiken mit den
Linksrevolutionären.

Zwei wichtige Nachrichten werden von der Petersburger Nachrichtenagentur vermittelt: Die Meldung, daß es zu einer Verständigung der Bolschewiken mit den Linksrevolutionären und einer gemeinschaftlichen Regierungsbildung gekommen und daß die friedliche Auseinandersetzung mit der ukrainischen Rada eingeleitet sei. Die Bolschewiken lernen erkennen, daß sie in ihren Wein einiges Wasser gießen müssen, um ihn trinkbar zu machen. So wie sie ihren revolutionären Bodensozialismus sehr rasch gemildert und die absolute Aufhebung des gesamten Eigentumes an Grund und Boden zurückgezogen haben, so befehlen sie sich auch in der inneren Politik zu einer mildereren Praxis. Zuerst verschlossen sie sich völlig gegen eine Anteilnahme anderer Parteien an der Regierung, nun haben sie sich, wohl unter dem Drucke der Wahlergebnisse, die für die Linksrevolutionären sehr ansehnliche Stimmenmassen erbrachten, dazu verstanden, sich mit dieser Gruppe zur Bildung einer gemischten Regierung zu verbinden. Damit sichern sie ihre Mehrheit in der Konstituante und gewinnen eine Festigkeit, die ihnen auch in den jetzigen Friedensverhandlungen eine größere Sicherheit verleiht; in bezug auf die Herstellung des Friedens unterscheiden sich die Ziele der Linksrevolutionäre nicht von jenen der Bolschewiken.

Gleichzeitig bahnt die Petersburger Regierung eine Verständigung mit der Rada zu Kiew an; der Ausgleich des gefährlichen Streites mit Südrußland, der nicht der äußeren Politik der Bolschewiken, sondern dem Widerstreben gegen die Bildung einer starken republikanischen Autonomie der Ukraine galt — die Ukrainer Südrußlands begehren die Umgestaltung Rußlands in einen republikanischen Bundesstaat mit großer Selbständigkeit der nationalen Einzelrepubliken — würde namentlich der Aufbahnung des friedlichen Wirtschaftsverkehrs mit den Westmächten Hindernisse aus dem Wege räumen. Wenn die Ereignisse im Sinne der Meinungen auswirken, so kann man darin neue Fortschritte zum Nutzen des Friedens mit Rußland erblicken.

Petersburg, 24. Dezemb.-r. (Petersb. Bl. N. 4.)

Zwischen dem Ausschuß der Volkskommissäre und dem Zentralausschuß der Linksrevolutionäre ist eine Einigung über die Bildung der Regierung zustande gekommen. Die Linksrevolutionäre erhalten sieben Plätze. Kommissär für Ackerbau wird Kaleschew, für Justiz Schteinberg, für Selbstverwaltung Trejowski und für die Verwaltung des republikanischen Palastes Ismailowitsch; außerdem stellen die Linksrevolutionäre drei Minister ohne Portefeuille.

28. VII. 1917

72

Englands Verpflegungswierigkeiten.

Eindringlicher Appell Lloyd Georges an die englischen Landwirte.

A. Bern, 27. Dezember. Lloyd George richtete auf der Konferenz des landwirtschaftlichen Kriegsausschusses am 21. d. einen eindringlichen Appell an die Landwirte, in den bevorstehenden hundert Tagen alles daran zu setzen, die heimatische Produktion zu erhöhen. Es gelte unter anderem zwei Millionen Morgen in Ackerland umzuwandeln, welche drei Millionen Menschen sättigen würden. Durch Vergrößerung der heimatischen Produktion werde bedeutender Frachtraum für Kriegszwecke frei. Niemand, sagte der Premierminister, beabsichtigt, Sie Ihr Geschäft zu lehren. Wir behaupten nicht, daß es das Rationalste ist, Weideland unter Kultur zu nehmen. Aber wir sagen, daß jetzt eine kritische Stunde ist; es ist eine ernste Stunde für das Land. Das einzige, was uns retten kann, ist das, was uns Schiffe für den Krieg, für Kriegsmaterial und Soldaten spart. Es gibt zwei Wege, nämlich Schiffsraum bauen oder Schiffsraum sparen. Der letztere Weg ist der der Landwirte.

„Daily Mail“ schreibt: Es ist unmöglich, die Wichtigkeit des Aufrufes an die britischen Landwirte, im Jahre 1918 drei Millionen Morgen mit Weizen zu bestellen, zu übertreiben. Es ist ebenso Sache der Kriegführung wie der Ernährung und dringend notwendig zur Erringung des Sieges durch die Alliierten.

29. XII. 1917

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Günstiger Fortgang der Verhandlungen über die Spezialfragen.

Wien, 28. Dezember.

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 27. d.:

Die Beratungen der Delegationen der Verbündeten mit den Vertretern Rußlands über die Spezialfragen wurden auch im Laufe des heutigen Tages fortgesetzt.

Diese Beratungen sind inzwischen so weit gefördert worden, daß eine kurze Unterbrechung der Verhandlungen in Aussicht genommen werden muß, um den Delegationen, von denen einzelne mit ihren heimischen Behörden Fühlung zu nehmen haben, hiezu Gelegenheit zu bieten.

29. IV. 1917

Wer hats gemacht?

„Da Oesterreich-Ungarn keinesfalls kleiner werden durfte, schien die notwendige Einheit und Freiheit des polnischen und des serbischen Volkes nicht anders als durch die Angliederung Polens und Serbiens an die Monarchie erreichbar; aus dieser Erwägung lehnte man Friedrich Adlers Friedensformel ohne Annexionen und Kontributionen ab.“ — So lautet eine der vielen Anklagen, die der Verfasser O. V. (Dr. Otto Bauer) des Aufsatzes „Würzburg und Wien“ im Heft 11/12 des „Kampf“ gegen die deutschösterreichische Sozialdemokratie und insbesondere gegen deren Organ, die „A. Z.“, erhebt. Der aus Sibirien und aus Petersburg gewissermaßen als bolschewistischer (ursprünglich als Kerenski'scher) Parteibotschafter nach Wien zurückgekehrte Parteisekretär wiederholt mit Nachdruck von der Tribüne aus, von der einst ein anderer Parteisekretär allmonatlich über die militärisch-imperialistisch-nationalistische Verderbnis der Partei klagte, alle jene Vorwürfe, die Friedrich Adler, eben jener andere Parteisekretär, vor Gericht der Parteiführung und ihrem Organ entgegen schleuderte. Schwarz auf weiß steht es im „Kampf“, daß die Wiener sozialdemokratische Parteizentrale und ihre „A. Z.“ ausschweifendsten Annexionismus trieben, daß sie mindestens Polen und Serbien einziehen wollten und die Friedensformel „ohne Annexionen und Kontributionen“ herwarfen, sowie daß eine Wehrung aus dieser 1915er und 1916er Kezerei erst im Laufe des Jahres 1917 und zwar erst in der zweiten Hälfte des Jahres erfolgte, als sich nämlich plötzlich die Konjunktur geändert hatte. Wie denn überhaupt die „Prinzipien“ der Führer sich nach der Konjunktur zu richten pflegen.

Es macht sich hübsch, wenn angesichts solcher Feststellungen zweier Parteisekretäre, vor Gericht wie jetzt in der „wissenschaftlichen“ Parteimonatschrift, die also ablonterfeite „A. Z.“ sich tagtäglich gebärdet, als wären die Friedensverhandlungen mit Rußland sozusagen ihr Werk, als hätte sie die Czerninsche Formel und die Formel der Bolschewiken erfunden. Es macht sich hübsch, wenn die nämliche „A. Z.“ heute, anknüpfend an die Weihnachtsschreiben des Papstes, über die Kirche spottet, daß sie „unfähig ist, der bluttriefenden Menschheit den Frieden wiederzugeben“ — ein „Wunder“, wenn sich die durchwegs von geistwahren Kirchenhassern und Freimaurern regierten Verbandsmächte verschwören, die Papstmahnungen nicht zu beachten und die Friedensmission des Papstes zu durchkreuzen! — um dann, nach einigen läppiichen Zudewirken über die „Aerikalen“, die angeblich diesen Krieg gemacht hätten und verlängern, wie ein Papagei zu wiederholen: „Die Erhebung des russischen Proletariats hat ihm (dem Frieden) die Tore geöffnet; das Drängen der Arbeiter aller Länder bahnt ihm den Weg, der verlästerte, verkehrte, gottlose Sozialismus führt die Völker zu dem Ziele, das das Oberhaupt der katholischen Kirche vergebens in Mahnung und Gebet den Völkern gewiesen hat.“ Wenn ein Bolschewik oder einer von denen, die bei Friedrich Adler durchgehalten haben, ohne in ihm einen Verrückten zu sehen, dies sagte, so könnte man ihm dies als Irrglauben hingehen lassen. Aber wenn die „A. Z.“, die nach dem Zeugnisse zweier sozialdemokratischer Parteisekretäre selber durch zwei Jahre an der Spitze des Annexionismus marschierte, jetzt hin-

zuer, da der Wind umgeschlagen und die Konjunktur sich geändert hat, mit drartigen Moralsprüchlein sich spreizt, ist es Pflicht, ihr mit der Laterne der Wahrheit hinter die Larve zu leuchten.

Gewiß, die russischen Bolschewiken gehören zu den Bezweckern des Friedens. Aber doch nur deshalb, weil Rußland, das durch unsere glorreichen Armeen zum Frieden gezwungen wurde, sich der Bolschewiken bedienen muß. Hätten die verbündeten Armeen die Macht des Zarismus nicht in den Karpaten, und auf den polnisch-wolhynischen Schlachtfeldern zerschmettert, hätten sie nicht gleichfalls der Herrlichkeit des Offensivsozialisten Kerenski auf den ostgalizischen Schlachtfeldern ein jähes Ende bereitet, sondern wäre umgekehrt die Dampfwalze des Zaren und später die des Offensivsozialisten Kerenski erfolgreich gewesen, so gäbe es heute keine Bolschewikenregierung in Petersburg und keine Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Im November 1917 setzte sich in Rußland der Friedensgedanke und die bolschewistisch-maximalistische Friedenspartei gegen die Diktatur des Kriegsozialisten Kerenski durch, aber schon am 12. Dezember 1916 erging seitens der Vierbundsmonarchien das erste feierliche Friedensangebot an die Gegner, und zwar ganz auf jener Grundlage, die sich später die Bolschewiken zu eigen machten und die jetzt in Brest-Litowsk zur Verhandlungsbasis gewählt wurde. Ein Jahr später ergriff Rußland, nachdem und weil es geschlagen war, das Friedensangebot, welches die Mittelmächte, obwohl sie siegreich waren, aus Friedensliebe gemacht hatten, bereitwillig auf. Es ist daher plump und weisheitslos auf Kosten der Vierbundsmonarchien, wenn behauptet wird, erst „der Sozialismus“ habe kommen müssen, um dem Frieden „die Tore zu öffnen“. Dieser Ruhm gebührt unzweifelhaft den Vierbundsmonarchien, ihren Armeen, ihrer ausdauernden Bevölkerung, ihren Staatsmännern und Monarchen. Daß der Friede nicht zur Tat werden kann, solange nur eine Partei der Kriegsführenden den Frieden will, während die andere Partei für den Krieg schwärmt, wie es die Verbandsdemokratien in Erwiderung auf unser Friedensangebot taten, begreift auch der Verstand eines Kindes. Sobald eine der Verbandsmächte — warum es gerade die russische ist, wurde schon erläutert — sich auf den gleichen Standpunkt stellte, wie die Vierbundsmonarchien am 12. Dezember 1916, stand Friedensverhandlungen nichts mehr im Wege. Mit dem „Sozialismus“ hat die Sache nur insofern etwas zu tun, als sich in Rußland die bolschewistische Gruppe des Sozialismus, im Gegensatz zu den anderen kriegerisch gesinnten Gruppen des Sozialismus, als Instrument des Friedensgedankens betätigt. In den andern Verbandsländern ist es noch nicht soweit. Abgesehen von vereinzelten Unterströmungen, herrscht dort überall noch die Kriegsdemokratie, gestützt vom Kriegsozialismus. Noch gibt es im Kabinett Lloyd Georges sozialistische Minister, noch rast Genosse Diktator Hughes, noch hat Genosse Vandervelde seine Kriegsminkerei nicht aufgegeben und in Italien ist erst in den letzten Monaten die Hälfte des nach dem Mai 1915 kriegsfeindlich verbliebenen Restes der Genossen zur Kriegspartei abgeschwenkt. Auf der bolschewistischen Weisung der Verbandsdemokratien muß anscheinend noch einige Zeit gewartet werden. Sie wird möglicherweise erst erfolgen, wenn die gewonnenen Verbündeten Rußlands mit dem Kriegsführen die gleichen abschließenden Erfahrungen gemacht haben werden wie Rußland.

Die Vierbundsmonarchien dagegen harren bei ihrer Friedenspolitik, die sie heute wie im Dezember 1916 und im Sommer 1914 machen, unentwegt aus, sie dringen wie die Zeitgeschichte lehrt, auch damit durch. Die Friedenspolitik ist die Politik der im Vierbund verbündeten Monarchen und Völker, und die von ihren beiden Parteisekretären des ausschweifendsten Annexionismus bezichtigte sozialistische Partei hat ein recht geringes Verdienst daran. Dagegen durfte sich der Papst in seiner Weihnachtssprache mit Recht rühmen, daß er mit seinen Friedensmahnungen das „Saatkorn“ des Friedens, zwar nicht in die Herzen der kriegstollen kirchenhasserischen freimaurerischen Staatsmänner der Verbandsdemokratien, wohl aber in die Herzen der Völker gelegt habe.

29. XII. 1917

82

Auseuf!

Das kommende Jahr muß uns den allersehnten Frieden bringen. Aber wir sind — nach der Ansicht von Tausenden gutdeutscher Männer — zum Friedensschlusse ebenso ungenügend vorbereitet, wie wir für den Krieg zu wenig gerüstet waren. Der Allgemeinheit fehlt es an der notwendigen Erkenntnis, wie unentbehrlich für unser weiteres Gedeihen die Früchte des Sieges sind. Es fehlt ihr daher auch an entschlossenem Willen, auf einen im vollen Wortsinne guten Frieden hinzuarbeiten und an Widerstandskraft gegen die Lockreden jener, die den Massen einen Frieden um jeden Preis als gleichbedeutend hinstellen mit der sofortigen Wiederkehr von Wohlstand und wirtschaftlichem Fortschritte, während er doch offenbar mit dem Verzicht auf alles verbunden wäre, was wir hoffen, mit dem Blute unserer Krieger und den Entbehrungen des Gesamtvolkes erkauft zu haben.

Wir dürfen es nicht dahin kommen lassen, daß das deutsche Volk in Oesterreich von Fremdstämmigen und Fremdgefährten durch solche Trugbilder bedirrt wird. Es darf sich nicht durch schöne Redemendungen von einem allgemeinen oder gar ewigen Weltfrieden jetzt im wichtigen Zeitpunkt entwasfen und dadurch in dem richtigen Zeitpunkt nach einem günstigen Sonderfrieden im Osten streiken lassen; denn gerade durch diesen führt der rascheste Weg zum allgemeinen Frieden. Unser deutsches Volk darf sich auch nicht von Leuten, die damit lediglich das Wachstum internationaler Parteien befördern wollen, in jene nutzlose Schwäche und zerfahrenen Unzufriedenheit hineinreden lassen, auf welche die feindlichen Mächte ihre Hoffnungen setzen. Ebenjowenig aber darf es sich durch das hohle Schlagwort von der Selbstbestimmung der Völker aus seiner Weltstellung, insbesondere aus seiner Stellung in Oesterreich verdrängen lassen, die der feste Zusammenhalt dieses Staates und das Gedeihen des deutschen Gesamtvolkes erfordern.

Deshalb ist es geboten, daß das deutschösterreichische Volk sich über alle inneren Spaltungen und Milderungen erhebt, all seine Kräfte sammelt und sie in den Dienst des vollen Sieges nach außen, eines dauerhaften Neuaufbaues im Innern stellt. Für eine solche Sammlung nach dem Vorbilde der Deutschen Vaterlandspartei, der im Deutschen Reiche bereits bei vier Millionen beitrat, sind bei uns lebenskräftige Ansätze geschaffen worden in Böhmen, in der Reichshauptstadt und zuletzt durch die Linzer Beschlüsse in den Alpenländern. Wir hoffen, daß daraus ein dauernder Zusammenschluß des Gesamtvolkes in seinen großen Lebensfragen hervorgehen wird. Aber es fehlt an Sammelstellen für all diejenigen, die im Sinne eines solchen Zusammenschlusses arbeiten wollen, die den gegenwärtigen und künftigen deutschen Abgeordneten Rückhalt im Kampfe für die Rechte und die politische Stellung unseres Volkes geben und jederzeit für die Vertreter einer großzügigen Staats- und Volkspolitik einstehen wollen. Diese Scharen — einzelne und Körperschaften — vor allem in unserem nächsten Bereiche zu sammeln, nicht zu einer prahlerischen Heerschau, sondern zur wirkungsvollen Kundgebung ihrer Gesinnung, und sie

der neuerstehenden Gemeinschaft als geschlossene Kampftruppe zuzuführen, steht sich der unterzeichnete Ausschuss zum Ziele. Niemand braucht die Zugehörigkeit zu seiner engeren Partei aufzugeben, wenn er unserer freien Zweckvereinigung beiträgt, die wesentlich die großen gemeinsamen Hauptaufgaben zu verfolgen hat. Wir wollen:

1. Einen baldigen, ehrenvollen, guten Frieden, der uns und unseren Bundesgenossen dauernde militärische, politische und wirtschaftliche Sicherung, Gebiets-erweiterung, soweit sie dann nötig ist, und Entschädigung nach Maßgabe unserer Opfer und unserer Erfolge bringt.

2. Eine Neuordnung Oesterreichs, welche dem Staate volle Kraftentfaltung nach innen und nach außen verbürgt und bei der die unentbehrliche deutsche Staats-sprache festgelegt wird.

3. Volle Sicherung der Stellung, die dem deutschen Volke als opferwilligen Träger des österreichischen Staatsgedankens in politischer, nationaler und wirtschaftlicher Hinsicht gebührt und Gewähr für eine gesunde Entwicklung unseres Volkstums.

4. Ausgiebige Beschaffung und gerechte Verteilung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände.

5. Tatkraftiges Vorgehen gegen alle unlauteren Einflüsse und gegen jederlei Ausbeutung des Volkes.

6. Bällige Zurückstellung aller inneren Gegensätze der Deutschösterreichler in der gemeinsamen Arbeit für diese Döchste.

Alle, die mit uns gleichen Willens sind, wollen den Verbestellen des Ausschusses deutschösterreichischer Vaterlandsfreunde zu Handen Dr. Ebbels, Rechtsanwaltes in Graz, Hauptplatz 9, oder an das Deutschböllische Arbeitsamt, Graz, Hans Sachs-Gasse 5, mit Postkarte unter genauer Angabe ihrer Anschrift kurz mitteilen, daß sie sich den hier ausgesprochenen Anschauungen anschließen.

Graz, 20. Dezember 1917.

Für den gründenden Ausschuss Deutschösterreichischer Vaterlandsfreunde:

Hans Brandstatter, akademischer Bildhauer und f. l. Staatsgewerbeschulprofessor i. R.; Dr. Hans Degler, Primararzt; Anton Dengg, Besitzer; Franz Goldmann, Schriftsteller; Hermann Dr. Löffel, Ebbel, Rechtsanwalt; Dr. Ferdinand Knull, Kholwald, f. l. Gymnasialprofessor i. R.; Rudolf Klemenstewicz, f. l. Universitätsprofessor und f. l. Hofrat; Dr. Erich Klummann, Gutsbesitzer; Franz Kögl, Südbahninspektor i. R.; Hans Hugo Piomart, Schriftsteller; Oskar Prechler, Südbahn-Oberinspektor i. R.; Josef Ruderer, Kaufmann; Dr. Robert Siger, f. l. Universitätsprofessor; Leopold Stoder, landwirtschaftlicher Schriftsteller; Franz Stöckl, städtischer Bürgerschuldirektor; Anton Wanner, Magazinverwalter.

Infolge eines unerschuldeten Mißverständnisses ist am 10. d. M. in diesem Blatt ein Lorenwurf zu obigem Aufrufe veröffentlicht worden, der durch die sich folgenden Ereignisse der letzten Zeit einer Aenderung bedürftig geworden war, was wir bemerken, um Irrtümern über unsere Ziele und Mißdeutungen unserer Absichten vorzubeugen. Diese genannte Veröffentlichung veranlaßt uns, gegen unsere frühere Absicht mit dem vorstehenden endgültigen Aufruf schon jetzt in Graz und auswärts hervorzutreten, noch ehe die Bildung eines weiteren Ausschusses von hervorragenden und angesehenen Männern zum vollen Abschluß geblieben ist. Wir verfolgen bereits über eine ansehnliche Zahl Unterschriften. Der gründende Ausschuss.

29./XII. 1917

Die russische Aufforderung an die Entente.

Berlin, 27. Dezember. (Tel. d. „Fremden-Blatt.“)
Der „Magdeburgischen Zeitung“ wird aus Stockholm telegraphiert: Die Aufforderung Rußlands an die Entente, innerhalb der zehntägigen Frist in allgemeine Friedensverhandlungen einzutreten, ist bereits am 26. Dezember durch den russischen Radiotelegraphen nach allen Ländern der Entente verbreitet worden. Außerdem überreichte Trotski schon am 25. Dezember abends den Entente-Botschaftern die amtliche Note Rußlands, deren Uebermittlung an ihre Regierungen die Botschafter zusagten, ohne zum Schritte selbst Stellung zu nehmen.

Die Unabhängigkeit Finnlands.

Die finnländische Deputation beim König von Schweden.

Stockholm, 28. Dezember. (Melbung des Svenska Telegrambyran.) Die hier eingetroffene finnländische Deputation wurde nachmittags vom König empfangen. Der Führer der Deputation Staatsrat Grippenberg hielt an den König im Namen der finnländischen Regierung eine Ansprache, in der er daran erinnerte, daß der finnische Landtag und die finnische Regierung Finnland als freien und unabhängigen Staat erklärt haben und daß das finnische Volk demnach aus der im Jahre 1809 erfolgten Vereinigung mit Rußland ausgeschieden sei. Diese Vereinigung sei nicht auf eine kulturelle oder historische Gemeinschaft gegründet gewesen, sondern im Gegenteil. Als der Weltkrieg ausgebrochen, sei das Programm der vollständigen Russifizierung Finnlands von der höchsten Macht im Kaiserreich bestätigt worden.

Finnland wende sich an die freien Staaten der Welt mit der Bitte, als vollständig unabhängig anerkannt zu werden und stütze sich hierbei auf das Selbstbestimmungsrecht, das das gegenwärtig herrschende Gerechtigkeitsgefühl auch für die kleinen Nationen fordere. Staatsrat Grippenberg schloß: Im Namen der Geschichte und der durch mehr als tausend Jahre gemeinsam verfolgten Ziele ergeht dieses Ansuchen zunächst an Schweden, welches Land einst an dem Aufbau Finnlands und seiner Kultur mitgewirkt hat, auf die das finnische Volk heute seine Forderung, als freier Staat von den Völkern anerkannt zu werden, gründet. Infolge der politischen Isolierung, in der sich Finnland befindet, infolge der augenblicklichen Anarchie in Rußland, der Hungersnot, von der das Land bedroht ist, und infolge der Notwendigkeit, die undisciplinierten Truppen, die für die Ordnung eine ständige Gefahr bilden, zu entfernen, ist die Darlegung dieser Forderung eine der ersten und dringendsten Angelegenheiten geworden. Finnland hofft, daß Schweden die Gerechtigkeit des Schrittes, den das finnische Volk getan hat, Finnland als unabhängigen Staat zu erklären, anerkennen und die schwedische Regierung zustimmen werde, mit der finnischen Regierung in freundschaftliche Beziehungen zu treten.

Die Antwort König Gustavs.

Der König erwiderte: Ich bitte Sie, meinen herzlichsten Dank für die mir gemachte Mitteilung entgegenzunehmen. Ich schätze es lebhaft, und mit mir sicherlich das ganze schwedische Volk, daß Sie sich zuerst an Schweden

gewendet haben, das infolge der gemeinsamen Geschichte der Jahrhunderte auch später immer mit Interesse das Schicksal Finnlands verfolgt hat. Ich versichere Sie, daß ich und meine Regierung dem Bestreben Finnlands, die vollständige Unabhängigkeit zu erreichen, mit warmer Sympathie folgen und den lebhaften Wunsch hegen, Finnland als unabhängigen Staat anerkennen zu können. Eine wichtige Sache in dieser ganzen Frage ist jedoch die Möglichkeit eines Einverständnisses zwischen Ihrem Lande und Rußland, doch habe ich Grund, auf einen glücklichen Ausgang Ihrer Bestrebungen zu hoffen. Selbstverständlich muß auch die Haltung der andern Mächte berücksichtigt werden. Sie können immer von meinen warmen Wünschen für Sie und das künftige Wohl Ihres Landes überzeugt sein.

Stockholm, 29. Dezember. (Melbung des Svenska Telegrambyran.) Die offizielle finnländische Delegation setzt die Reise von Stockholm nach Kopenhagen und Christiania fort; sie hat denselben Auftrag wie hier auszuführen. Eine andre Delegation ist augenblicklich in Berlin, eine dritte ist unterwegs nach London, Havre und Paris, eine vierte nach Washington.

30./XII. 1917

38
87**Ein Neujahrserlaß des Bayernkönigs.**

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

s München, 29. Dezember.

König Ludwig hat einen Neujahrserlaß ergehen lassen, in dem es heißt: „Mehr als ein Jahr ist verfloßen, seitdem im Gefühl ihrer überlegenen Kraft die verbündeten Mächte die Hand zum Frieden boten: als zerschmetternde Faust traf die zurückgestoßene Hand im Osten, im Westen und im Süden unsere Feinde. Dankerfüllten Herzens gedenke ich meiner tapferen bayerischen Armee, die an den glänzenden Erfolgen des Jahres 1917 ruhmreichen Anteil genommen, die in zäher, entsagungsvoller Abwehr in unwiderstehlichen Angriffen ihre Treue und Mächtigkeit bewährt haben. Aber auch allen den Kämpfern und Helfern hinter der Front und in der Heimat, den Frauen und Kindern, die ihre Kräfte freudig in den Dienst des Vaterlandes gestellt haben, gebührt mein Dank. In tiefer Wehmut trauere ich um die Besten meines Volkes, die Leben und Gesundheit dem Vaterlande geopfert haben. Wenn auch die Frucht zu reifen, wenn im Osten die Morgenröte eines gerechten Friedens zu tagen beginnt — noch sind wir nicht am Ende. Ein harter, einiger Wille und das Bewußtsein unserer gerechten Sache wird uns mit Gottes Hilfe auch fernerhin die Kraft geben, zu opfern, zu kämpfen und zu siegen, bis wir den Frieden, den wir brauchen, uns erzwungen haben.“

30. / XII. 1917

Die Weihnachtsansprache des Papstes.

Nachdem die Weihnachtsansprache des Papstes an das Kardinalskollegium bisher nur in dem den Blättern übermittelten Auszug vorlag, können wir nunmehr den authentischen Text selbst bringen. In diesem ursprünglichen Text tritt noch klarer der rein religiöse und auf den Gedankengang des Weihnachtsfestes gestimmte Ton der Ansprache hervor, die im Zusammenhang auch Bethlehems und Jerusalems, der Stätten der Erlösung, gedenken muß, jedoch jede politische Deutung und Stellungnahme ausschließen will, indem sie ihre ganze Beweisführung der Ideenwelt des Glaubens entnimmt. Die Ansprache lautet:

Ihnen, Herr Kardinal, und allen Mitgliedern des Heiligen Kollegs, dessen nicht nur berechteter, sondern auch einflussreicher Dolmetsch Sie jetzt waren, sind wir dankbar für die uns dargebrachten Trostesworte, die die Wünsche des Heiligen Kollegs zum bevorstehenden hohen Weihnachtsfeste begleiteten. Seither gewohnt und aus göttlichem Ratsschlus dazu bestimmt, selbst die Fremde des lieben Christfestes mit Betrübniß gemischt genießen zu müssen, drängen sich uns wiederum die Seufzer des Vaters auf in der Sorge des Hirten bei der vierten Wiederkehr des Geburtstages unseres Herrn Jesu Christi während der Kriegszeit. O, wie viele Seelen erblicken wir heute in Kummernis, wie viele in Unklarheit und Angst über die kommenden Tage! Als Wächter über jene Herde gesetzt, die nur von einem schlechten Hirten dem Blutgemisch preisgegeben werden kann, fühlen wir gleich dem Apostel Paulus einen unauslöschlichen Schmerz darüber, daß die von uns zur Wiederberuhigung der Völker angewandten Kräfte vergeblich waren. Besonders betrübte dies uns nicht etwa aus verletzter Eitelkeit der Seele, sondern um des hinausgehobenen Friedens der Nationen willen, daß unser Aufruf an die Häupter der kriegerischen Nationen keinen Widerhall fand. Von hervorragenden Seiten waren einige Hauptursachen entwickelt worden, die dazu angetan waren, ein gemeinsames Einverständnis herbeizuführen. Wir hatten diese einfach zusammengesetzt, um die Leiter der kriegführenden Staaten einzuladen, sie zum Gegenstand besonderer Studien zu machen, nur in der Absicht, jenen Wunsch schneller in Erfüllung gehen zu sehen, der heimlich und niedergehalten, im Grunde aller Herzen vorhanden ist.

Als wir sahen, daß wir entweder einer Antwort nicht gewürdigt wurden, oder mit Argwohn und Verleumdung uns gelohnt wurde, da mußten wir in uns das Signum cui contrarietur wiedererkennen. Es tröstete uns der Gedanke, daß unser Friedensaufruf, wenn er auch nicht eine augenblickliche Wirkung zeitigte, mit einem Fruchtkörnlein hätte verglichen werden können, von dem uns unser göttlicher Meister lehrt, daß es erst zum Treiben gelangt, wenn es durch Erdenhige aufgelöst ist. Vor allem richtete uns das Bewußtsein des Rechtes und der Pflicht auf, inmitten der Welt mit der friedfertigen und friedensbringenden Mission Jesu Christi fortzufahren. Weber Hindernisse, noch Gefahren schienen uns, als Vertreter des Friedensfürsten, mächtig genug, unseren Voratz, diese Pflicht

zu erfüllen und unser Recht auszuüben, zum Scheitern zu bringen; aber wir leugnen nicht, daß wir beim Anblick der zum Bahnbrechigen gegenseitiger Zerstörung hinneigenden Anstrengungen früherer blühender Nationen und erschreckt über das Fortschreiten des Selbstmordes des bürgerlichen Europas traurig ausrufen: Wann endlich und wie wird diese schreckliche Tragödie endigen!

Zu guter Stunde fiel Ihr Wort, Herr Kardinal, und wir gollen der Zweckmäßigkeit der Ansicht Beifall, daß Sie bei Betrachtung des gegenwärtigen Krieges der Nationen im Lichte des Glaubens zur Ueberzeugung gelangten, daß die gegenwärtigen Schrecknisse kein Ende nehmen, bevor nicht die Menschen zu Gott zurückgekehrt sein werden. Aber damit als Vorläufer besserer Tage wirklich sich der Trost ergebe, den wir den Worten entnehmen, mit denen das heilige Kolleg durch den Mund seines hochwürdigsten Delans uns zum Weihnachtsfeste beglückwünschte, beschränken wir uns nicht darauf, die tatsächliche Wichtigkeit der Rückkehr zu Gott anzuerkennen, sondern unser brünstiger Herzenswunsch geht dahin, die Stunde dieser heilsamen Rückkehr der zeitgenössischen Gesellschaft zur Schule des Evangeliums möchte unmittelbar nahe bevorstehen. Wenn die heutigen Blinden sehen und die Tauben hören, wenn jede Entgleisung wieder eingereckt, jede Schärfe wieder geglättet sein wird, kurz, wenn der Mensch und die Gesellschaft zu Gott zurückgekehrt sein werden, dann und nur dann allein wird alles wieder die Rettung Gottes erschauen, und dem Armen und Traurigen wird das Evangelium des Friedens zuteil. O, welche große Lehre erteilt gerade in diesen heiligen Tagen die Kirche in den Worten ihrer Liturgie: Kehre doch der in den Schoß des Herrn zurück, der sich danach sehnt, daß seine rächende Hand innehalte! Wächte doch die unglückliche Menschheit zu Verstand gelangen und zum Herrn zurückkehren! Wie die Zügellosigkeit der Sinne einstmal berühmte Städte in ein Feuermeer versenkte, so hat in unseren Tagen die Sittenlosigkeit und der zum System verfeinerter Kultur erhobene Atheismus die Welt in ein Blutmeer getaucht.

Aber über der Finsternis, die die Erde umhüllt, glänzt hoch erhoben und unbewegt das Licht des Glaubens. Möchte sich doch zum gesegneten Strahl das halsstarrige, sterbliche Auge hinwenden! Wir rufen, eingebend unserer heiligen Pflicht, den Kindern unserer Lage die Worte der alten Seher zu: Kehret, o kehret zum Herrn zurück! Und um zum Herrn zurückzukehren, genügt es nach Bethlehem zu gehen, gleich den einfachen Hirten, genügt es, auf jene Stimme zu lauschen, die vom Himmel auf die Gotteskrippe herniederschallte. O Christusfriede, jedem Zeitalter teuer, das ihn besaß, um wie viel teurer müßtest du unserem Zeitalter sein, das dich schon so lange entbehrt! Aber der von Engeln in Bethlehem verkündete Friede will keinen Haß, keine Rache noch Gewinnsucht oder Gemekel. Es ist die Stimme der Sanftmut und des Vergebens, es ist das gehaltene Wort oder vielmehr der verheißene Preis für die Menschen, die eines guten Willens sind. Möchten dies diejenigen nicht vergessen, die bei der Wiederkehr des Weihnachtsfestes gesonnen sind, der Anforderung Folge zu leisten, zum Herrn auf dem Weg nach Bethlehem zurückzukehren. Aber vielleicht genügt die Stimme Bethlehems nicht.

In Bewunderung des göttlichen Ratsschlusses, der gerade in diesen Tagen eine noch gewaltigere Sprache zum Ohre dessen erschallen läßt, der zum Herrn zurückkehren soll, geben wir über die Stadt Davids hinaus den heiligen Spuren Christi nach und wandeln auf den Pfaden dessen, der alles gering schätzte, um dem Messias zu folgen, hin nach Jerusalem auf der Straße nach Judäa. Es ist aktuelle Geschichte: vor schlicher Beschluß und göttlicher Plan gingen hier Hand in Hand, während jener die Gegend unterjochte, hat dieser den Jahrhundert alten Wunsch der Väter in die Tat umgesetzt, indem dem christlichen Glauben die heiligen Orte und die ehrwürdigen Schollen, wo das Blut vergossen wurde, durch das wir erlöst wurden, wieder zufielen. Jerusalem, du himmlische Stadt und gesegnete Offenbarung des Friedens, bringe Gott, dessen herrliches Opfer du erblicktest, den Hymnus der Freude, der Dankbarkeit und der Liebe dar und lasse auch deine Stimme zur Weihnachtsfeier erschallen. Während in Bethlem Engelfänge des Friedens dem vom guten Willen befehlten Menschen entgegenkamen, wurde in dir der symbolische Delzweig gebrochen und dem Friedensfürsten zu Füßen gelegt mit dem vollstimmlichen, kindlichen Rufe: Josannah, dem Sohne Davids! Da gibt es niemanden, der nicht gewahrt, daß auch die jüngst in Jerusalem eingetretenen Ereignisse eine besondere Sprache redeten, die uns an die Völker gerichtete Aufforderung, zu Gott wieder zurückzukehren, kräftiger hervortreten läßt! Denn zu Jerusalem wurde segnet nicht der, der im Namen der Gewappneten, sondern im Namen des Herrn erschien.

Der lich-fran-ösische Machenschaft. für den Krieg in der Ukraine.

Petersburg, 28. Dezember.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet:

Ein am 24. d. abgegangenes chiffriertes Telegramm an die fran-ösische Militärmission an der rumänischen Front enthielt eine Anweisung der französischen Regierung, in enge Beziehungen zur ukrainischen Rada zu treten und sie mit allen der Mission zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen, da die Rada sich für die Aufrechterhaltung guter Ordnung und den Abschluß des Friedens mit Zustimmung der Alliierten ausgesprochen habe. Die Angehörigen der französischen Mission sollen in engem Zusammenarbeiten mit der Rada handeln. Auch erhielten die Franzosen die Weisung, mit allen Mitteln die örtlichen politischen Vereinigungen zu unterstützen, die die Kampfkraft an der rumänischen Front zu erhalten suchen. Die Franzosen sollen durch Zusammenarbeiten mit den kürzlich geschaffenen örtlichen Verwaltungen der Schein an der russischen Front bis Februar und März wahren, um im Frühjahr den deutschen Vorbereitungen zu dem Frühjahrsfeldzug an der Westfront zuvorzukommen, da nachher im Frühjahr die Lage für den Abschluß des allgemeinen Friedens günstiger sein würde. Nach den Berechnungen der Franzosen werden die ukrainischen Truppen die rumänische Front und die Gebiete am Don halten. Es wurde eine Sondermission, bestehend aus einiaer französischen Offizieren, dazu kommandiert, um mit Zustimmung der lokalen Militärregierung die Belieferung der rumänischen Südfront mit Kohle und Lebensmitteln zu gewährleisten und besonders zur Verproviantierung der Kosakenquartiere 100.000 Pud Getreide zu liefern. Die Franzosen versichern, daß die Rumänen dem Waffenstillstand eifrig zustimmen, was von neuem beweist, daß ohne Wissen der Alliierten von den Rumänen Versuche gemacht wurden, um Verhandlungen über einen Sonderfrieden mit Deutschland herbeizuführen.

Was die Engländer angeht, so empfangen ihre Ambulanzen und Sanitätsabteilungen jetzt bestimmte Anweisungen aus London, sich zurückzuziehen und unsere Fronten zu verlassen.

Dieses Telegramm beweist nicht nur, daß die Alliierten in nachdrücklichster Weise alle gegen den Frieden und die Arbeiterregierung gerichteten Bestrebungen unterstützten, sondern auch, daß die Rada unter dem Vorwand der Verteidigung der nationalen Freiheit, die niemand irgendwie bedroht hat, Hand in Hand mit den Engländern und Franzosen geht, um die Interessen der reichen Bauern und bürgerlichen Intellektuellen gegen Angriffe der armen Bauern und Arbeiter zu schützen. Das Telegramm trägt dazu bei, die Rada vor den ukrainischen Soldaten als einen Räufespinner gegen den Frieden bloßzustellen. Gegen den unverhämten Eingriff der französischen Generale werden die schärfsten Maßnahmen ergriffen werden. Die französische Mission wird erfahren, daß Rußland nicht Afrika ist.

Der angebotene Söldnerlohn.

Stockholm, 30. Dezember.

Das ukrainische Informationsureau meldet aus Kiew: Bevollmächtigte Vertreter der englischen und der französischen Regierung versprachen dem Generalsekretariat der Ukraine, diese als vollständig unabhängigen Staat anzuerkennen und mit Waffen und Munition zu unterstützen, wenn das Generalsekretariat namens der ukrainischen Republik Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der jetzigen russischen Regierung den Krieg erklären würde.

Das Generalsekretariat antwortete, daß die ukrainische Republik gegenüber beiden Mächtegruppen vollständige Neutralität beobachten wolle.

Das Parlament und die Friedensverhandlungen.

Ein Schreiben des tschechischen Verbandes an Dr. Groß.

Im Namen des tschechischen Verbandes hat Abgeordneter Stanek an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Groß folgendes Schreiben gerichtet: „Herr Präsident! Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk sind für die Völker Oesterreichs von einer gewiß weittragenden Wichtigkeit. In allen Parlamenten nehmen die Regierungen zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk Stellung. Im deutschen Reichstage will die Regierung mit den Parteien im Wege des Hauptausschusses in Berührung treten und ihnen einen Bericht über den Stand der Verhandlungen erstatten.

Nur bei uns soll es wieder anders werden. Die Delegationen sind vertagt worden, das Parlament befindet sich auf Ferien und die Regierung bemüht sich nicht im geringsten, die Pause in den Verhandlungen in Brest-Litowsk zur Information der Volksvertretung zu benützen.

Wir erachten es daher für unsere Pflicht, an Sie, Herr Präsident, im Namen des „Český Svaz“ zu appellieren: Veranlassen Sie, bitte, sofort, daß das Abgeordnetenhaus in den nächsten Tagen zusammenkommt. Wir regen im voraus die Einbringung einer dringlichen Anfrage an die Regierung über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk an.

Indem wir Sie, Herr Präsident, unserer Hochachtung versichern, zeichnen wir usw.“

**Neutralitätserklärung des General-
sekretariats der Ukraine.**

Stockholm, 30. Dezember.

Das ukrainische Informationsbureau
meldet aus Siew:

Bevollmächtigte Vertreter der englischen und der
französischen Regierung versprochen dem General-
sekretariat der Ukraine, diese als vollständig unabhän-
gigen Staat anzuerkennen und mit
Waffen und Munition zu unterstützen, wenn
das Generalsekretariat namens der ukrainischen Republik
Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der
jetzigen russischen Regierung den Krieg
erklären würde.

Das Generalsekretariat antwortete, daß die ukrainische
Republik gegenüber beiden Mächtegruppen voll-
ständige Neutralität beobachten wolle.

Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk.

Nach Äußerungen eines Konferenzteilnehmers.

Vorgestern abends ist Graf Czernin mit einem Teile seiner Begleitung aus Brest-Litowsk hier eingetroffen. Aus Mitteilungen, die wir von einem der Teilnehmer an den Friedensverhandlungen erhalten, ergibt sich das nachstehende Bild des bisherigen Verlaufes der Konferenz.

Der Verlauf der Friedensverhandlungen läßt die Hoffnung als berechtigt erscheinen, daß es zwischen dem Vierbund und Rußland zu einem vollkommenen Einverständnis kommen werde. Es wäre jedoch verfehlt, zu glauben, daß keine Schwierigkeiten mehr zu überwinden seien. In der territorialen Frage besteht noch eine Meinungsverschiedenheit, die sich hauptsächlich auf die Modalitäten, unter welchen die Bevölkerung der von den Mittelmächten derzeit besetzten russischen Gebiete abstimmen soll, bezieht. Beendet sind also die Verhandlungen noch keineswegs, doch sind sie in gutem Gang. Auf beiden Seiten trat der ernste und aufrichtige Friedenswille zutage und der Geist des Entgegenkommens und der Versöhnlichkeit war bei den Beratungen vorherrschend. So ist ein beträchtlicher Teil des Weges, der zum Frieden führt, zurückgelegt worden und in seinen wesentlichen Punkten kann es zu einem vollständigen Einverständnis kommen. In weiteren zu einer solchen Annäherung, daß die Erwartung, es würde auch hier zu einer Übereinstimmung kommen, berechtigt erscheint.

Die russischen Delegierten erwiesen sich als besonders unterrichtete, zielbewusste und gewandte Staatsmänner. Sie handelten mit der größten Loyalität und Offenheit und legten immer eine strenge Sachlichkeit an den Tag. Sie zeigten sich bestrebt, nach Kräften das Friedenswerk zu fördern, und der rasche Gang der Verhandlungen ist nicht zum geringsten Teile auf die Haltung der russischen Delegierten zurückzuführen.

Der persönliche Verkehr zwischen den Bevollmächtigten des Vierbundes und Rußlands spielte sich in den ungenuehsten und urbansten Formen ab. Die Mahlzeiten wurden gemeinsam an einer langen Tafel eingenommen und als Gastgeber trat das deutsche Oberkommando Ost auf. Die Tischgespräche waren vollkommen zwanglos und es herrschte ein durchaus freundschaftlicher Verkehr zwischen den Bevollmächtigten. Die Mehrzahl der russischen Delegierten ist der deutschen Sprache mächtig. Die offiziellen Verhandlungen selbst wurden abwechselnd deutsch, russisch oder französisch mit Hinzuziehung von Dolmetschern geführt.

Die Delegierten, auch Graf Czernin und Herr von Kühlmann, waren, da die Häuser in Brest-Litowsk beinahe sämtlich zerstört sind, in Offiziersbaracken untergebracht, welche jedoch Steinmauern besitzen. Im Innern sind diese Unterkünfte sehr komfortabel mit Teppichen usw. eingerichtet. Da die Wohnungen alle nahe aneinander liegen, war der persönliche Kontakt zwischen den Delegierten betrahe ein ununterbrochener.

Die Bevollmächtigten des Vierbundes und Rußlands verabschiedeten sich in der herzlichsten Weise, und es ist wohl zu hoffen, daß ihre baldige nächste Zusammenkunft ebenso günstige Resultate zeitigen wird, wie der erste Abschnitt der Friedenskonferenz von Brest-Litowsk.

Die Deutsche Vaterlands-Partei an das Zentrum und die Fortschrittliche Volkspartei.

Die deutsche Vaterlands-Partei hat an den Vorstand der Zentrumsfraktion und an den Vorstand der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei des Reichstages zwei gleichlautende Kundgebungen gerichtet. Diejenige an die Zentrumsfraktion lautet:

Die Deutsche Vaterlands-Partei glaubt durch ihr gesamtes Auftreten seit ihrem Bestehen den Beweis geliefert zu haben, daß sie sich völlig fernhält von immerer Politik und nur das eine Ziel verfolgt, den deutschen Siegeswillen zu stärken und auf einen Frieden hinzuwirken, der Deutschland die Möglichkeit freier und gesicherter Entwicklung und weltpolitischer Behauptung eröffnet. Die Leitung der Zentrumsfraktion im Reichstage ist der Deutschen Vaterlands-Partei leider mit Mißtrauen begegnet und hat eine unfreundliche Stellung gegen sie eingenommen. Wir möchten heute der Hoffnung Raum geben, daß diese Stellungnahme allmählich einer anderen Platz macht. Für diese Hoffnung haben wir zwei Grundlagen. Einmal die Tatsache, daß sich unter den vielen Hunderttausenden von Mitgliedern der Deutschen Vaterlands-Partei sehr zahlreiche Angehörige der Zentrumsfraktion befinden, die erkannt haben, daß sie in keiner Weise ihrer politischen Partei untreu werden, wenn sie auch der Fahne der Deutschen Vaterlands-Partei folgen, und die zu den aufrichtigsten Förderern der Ziele der Deutschen Vaterlands-Partei in führender Stellung zu zählen sind. Sodann aber die Überzeugung, daß die Entwicklung des Krieges mehr und mehr die Zentrumsfraktion mit uns auf dem Boden zusammenführen wird, auf dem wir stehen, auf dem Boden siegeszuversichtlicher Erkämpfung der deutschen Lebensnotwendigkeiten.

Wir bezweifeln keinen Augenblick, daß die Abgeordneten der Zentrumsfraktion, welche am 19. Juli der Friedensentscheidung ihre Stimme gegeben haben, dies getan haben in gewissenhafter Prüfung der Lage und in der Überzeugung von ihrer Notwendigkeit zum Besten des Landes. Wir haben die Entscheidung nicht für richtig gehalten im Hinblick auf die Kriegslage wie auch auf den Siegeswillen unseres Volkes und die große, für uns ungünstige Wirkung auf das Ausland. Aber wie dem auch sei, mag die Lage damals gewesen sein wie sie wolle, heute steht fest, daß wir Deutschen jetzt die sichersten Grundlagen unter den Füßen haben, wenn wir sagen:

Dieser Krieg darf und wird nicht beendet werden, ohne daß den deutschen Lebensnotwendigkeiten Genüge geschaffen ist. Zu unserer Freude haben führende Männer des Zentrums, die nicht der Deutschen Vaterlands-Partei angehören, bereits öffentlich einen Standpunkt in dieser Frage Ausdruck gegeben, der sachlich mit dem der Deutschen Vaterlands-Partei im wesentlichen übereinstimmt.

Wenn allerdings von anderer Seite Stimmen laut werden, welche die Frage früherer militärischer Sicherung im Osten als nebensächlich gegenüber der Erlangung des Friedens bezeichnen oder die den erhofften Friedensschluß im Osten benützt wissen wollen zur Herbeiführung eines allgemeinen Friedens, der uns auch im Westen weder Entschädigungen noch Sicherungen bringt, so müssen wir im Interesse von ganz Deutschland und im besonderen im Interesse der Arbeiterschaft auf das ernste hier vor warnen. Der Satz: „Friedenssicherung vor Grenzsicherung“ erscheint uns für die allseitig erstrebte Friedenssicherung Deutschlands verderblich; denn nur die Grenzsicherung ist für uns eine Friedenssicherung und zur Grenzsicherung muß die Sicherung unserer wirtschaftlichen Behauptung und Erholung treten.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß auch die Zentrumsfraktion in klarer Erkenntnis der günstigen Lage, die wir Heer und Flotte verdanken, mit aller Kraft für eine Politik eintreten wird.

Die Versuchsabteilung der Inspektion der Kraftfahrtruppen fährt ihn jetzt im Betrieb vor. Wir haben einen „männlichen“ Tank vor uns, einen mit Kanonen und Maschinengewehren ausgerüsteten, während die Engländer als „weiblichen“ Tank diejenigen bezeichnen, die nur mit Maschinengewehren bestückt sind. Der Tank ist fast völlig unverfehrt, wenn auch tiefe Löcher an seinen Seiten die Spuren des Kampfes und die Wirkung unserer Geschosse und Handgranaten aufweisen. 7½ Meter ist das Ungetüm lang, 2½ Meter ist es breit. Zur Fortbewegung des Tanks gehört ein sechszyklindriger englischer Daimler-Motor von 100 Pferdestärken. Vier Mann,

Vaterländische Jahreswendfeiern.

Vom Hilfsbund „Mein Deutschland“ veranstaltet, fand am heutigen Sonntag nachmittag und abend eine Reihe von vaterländischen Jahreswendfeiern statt, in denen bei Reden von Mitgliedern und Führern verschiedener politischer Parteien Gelegenheit zu Rückblick und Ausblick gegeben war. Neben dem ernststen Worte wurde auch freundliche Kunst geboten durch die Mitwirkung des Koselerschen Bläserbundes, des Erckschen Männerchores und einer Anzahl von bekannnten Künstlern. Ein guter Besuch bewies, daß die Veranstaltungen zeitgemäß waren.

Im großen Saale des „Rheingold“ hielt die Hauptansprache

Abg. Graf v. Westarp,

der in großen Zügen den inneren Zusammenhang des gewaltigen Geschehens der Gegenwart entwickelte, in dem sich die Berechtigteit der Weltgeschichte auswirke. Jetzt glauben die Westmächte mit banger Sorge den kommenden Schlägen entgegensehen zu müssen. Auch hier hören wir den dröhnenden Schritt des nahenden Weltgerichtes. Nach einem kurzen, scharfen Rückblick über die Lage des auf seinen Kriegsgewinnen sitzenden Präsidenten Wilson, hinter dessen Rücken die gelbe Gefahr für das vereinigte Angelsächsentum emporküchelt, ging Graf Westarp auf das Geschick Deutschlands selber über. Jeden Schritt zur Einheit hat es sich erkämpfen müssen. Dem Deutschen Reiche sagte sein Gründer das gleiche Schicksal voraus, und als das Reich in die Reihe der Weltmächte trat, wollten England und das ihm verbündete Großkapital den Neuling in der Tat nicht dulden; es will seine Tyrannei über die Erdteile und Meere weiter ausüben. So ist denn dem Deutschen Reiche zu seiner alten Aufgabe der Verteidigung seiner beiden Fronten auf dem Festlande von der Geschichte selber das neue Ziel gesteckt worden. Wir mögen wollen oder nicht, wir müssen um unseres Daseins willen die englische Seeherrschaft brechen, nicht um deutsche Tyrannei an ihre Stelle zu setzen, sondern um der Freiheit unserer Entwicklung willen. Schon zeigt der Turm des britischen Weltreiches deutliche Risse. Die Lösung seiner Aufgaben ist dem preussisch-deutschen Staate bei Anspannung seiner letzten Kraft noch stets gelungen. Der Stand der Weltlage bei der Jahreswende zeigt, daß er auch dieses Mal das Ziel erreichen wird. Der Deutsche erblickt in der geschichtlichen Entwicklung nicht das Walten des blinden Zufalls. Mit seinem ersten Kaiser steht er in der weltgeschichtlichen Entscheidung eine Wendung durch Gottes Fügung, und deshalb sagen wir Hindenburg: der Segen Gottes ruhte 1917 auf unseren Waffen, er wird 1918 unsere gerechte Sache zu einem siegreichen Ende führen! (Stürmischer anhaltender Beifall.)

In der Philharmonie sprach u. a.

Abgeordneter Dr. Stresemann

von der Haltung des deutschen Volkes in seiner Schicksalsstunde. Die Geschichte werde einst jeden einzelnen vor ihren Richterstuhl fordern. Aber das deutsche Volk brauche dieses Urteil nicht zu scheuen. Das wisse auch die Welt, die jetzt gegen uns stehe und hinter deren Angriffen sich mühsam zurückgehaltene Bewunderung verberge, die doch einmal durchbrechen werde. Das deutsche Volk habe militärisch die Probe bestanden, und jene Kriegszeit sei ein Heldenzeitalter geworden. Es habe auch wirtschaftlich durchgehalten, endlich auch seelisch. Wir sehen dem kommenden letzten großen, gewaltigen Kampfe mit ruhiger Zuversicht entgegen. Eines freilich müssen wir noch lernen: glauben lernen an unsere eigene Größe, an unsere Zukunftsaufgabe. Da beständen große Gefahren. Wieviele scheinmoralische Worte klingen jetzt an unser Ohr: internationale Verständigung, Versöhnung, Menschheitsbund der Völker usw. Als ob wir jetzt in dieser Zeit nicht nur eines zu tun hätten: zu sorgen zuerst für Deutschland und allein für Deutschlands Größe. (Stürm. Beifall.) Nicht durch Verzichte, sondern durch bewußte Machtentfaltung seien wir groß geworden. (Beih. Beifall.) Dr. Stresemann zeigte das an der brandenburgisch-preussisch-deutschen Geschichte. Dann kam er auf die Friedensregungen im Osten. Er verlangte unter lebhaftem Beifalle, daß wir die Zugehörigkeit der deutschen Ostseeprovinzen erkämpfen müssen. Wenn man sage: Die Mehrzahl dort seien nicht Deutsche, so sei zu erwidern: nicht die Analphabeten bestimmen den Charakter eines Landes, sondern seine Kulturbringer. (Beih. Beifall.) Wir wissen nicht, was im Schicksalsbuche für Deutschland geschrieben steht, aber eines wissen wir: wir haben gesiegt. Darum sei es an der Jahreswende wohl berechtigt, dem deutschen Volke zuzurufen: Die Herzen empor! Die deutsche Zukunft wird herrlich sein, wenn nur die Deutschen selber an ihre Größe glauben! (Anh. Beifall.)

Von weiteren Rednern der vaterländischen Jahreswendfeiern seien erwähnt: der Zentrumsabgeordnete Giesberts, der die deutschen Kraftquellen rückschauend betrachtete, und der fortschrittliche Abg. Dr. Wiemer. Schlußansprachen hatten übernommen in der Philharmonie Hofprediger Bz. Doebling, im Rheingold Pfarrer Bz. Dr. Dibelius.

Die Frage von Polen, Kurland und Litauen.

Veröffentlichungen der russischen Regierung über die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

R. Petersburg, 30. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Das Pressbureau des Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten teilt mit:

Die deutsche Abordnung in Brest-Litowsk hat der russischen Abordnung ein Schriftstück vorgelegt, das einen genaueren Plan der deutschen Bedingungen enthält. Die deutsche Regierung spricht in dem Schriftstück die Versicherung aus, daß die Volksmassen in Kurland, Polen, Litauen und in Teilen Estlands und Livlands sich schon zugunsten der politischen Unabhängigkeit ausgesprochen hätten und daß die russische Regierung, da sie sich auf den Gesichtspunkt des freien Bestimmungsrechtes der Nationalitäten stütze, darin den Ausdruck des Willens des polnischen, litauischen und lettischen Volkes empfangen habe. Die russische Abordnung hat erwidert, daß sie eine Willensänderung, die unter dem Druck der Kriegslage erfolgt sei, nicht anerkennen könne.

Der Rat der Volksbeauftragten hat die deutsche Erklärung zur Kenntnis genommen und den Standpunkt der russischen Abordnung vollkommen gebilligt.

In der ersten Sitzung der Konferenz über die Kriegsgefangenen legte Genosse Kadel im Namen der russischen Abordnung gegen die Verhaftung von Internationalisten in Deutschland Einspruch ein. Alle Schriftstücke werden morgen veröffentlicht werden.

Die Entente und die Friedensverhandlungen.

Clemenceau lehnt ab. — Keine Pässe für Petersburg.

Paris, 1. Jänner. (Meldung der Agence Havas.) Ministerpräsident Clemenceau hat im Beisein des Ministers des Innern Pichon eine Abordnung der vereinigten Sozialisten der Kammer, bestehend aus Albert Thomas, Hubert Rouger, Renaudel, Cachin,

Longuet und Jean, empfangen, die um Reisepässe für Petersburg baten, wo sie den Abschluß eines Sonderfriedens verhindern oder wenigstens zu bewirken suchen wollen, daß er so ungeschädlich wie möglich ausfalle.

Clemenceau erwiderte ihnen, bei aller Anerkennung ihrer Vaterlandsliebe könne er bei den verwirrten Verhältnissen in Petersburg von ihrem Schritte keinen Erfolg erhoffen, vielmehr würde die Bewilligung von Pässen zu diesem Zwecke ihrer Sendung einen solchen Anstoß geben, daß unerwünschte Wirkungen auf die öffentliche Meinung im Lande und an der Front eintreten würden.

Vielfach würde man sagen, daß Frankreich an den Vorbesprechungen über die Friedenspräliminarien teilnehme. Dies sei aber mangels ernst zunehmender Vorschläge der feindlichen Mächte ganz und gar nicht die Absicht.

Clemenceau hob schließlich hervor, daß er die Entscheidung, die gewünscht werde, nicht treffen könne, solange keine Verständigung der Alliierten darüber erzielt sei, und daß er keinen Grund zu der Annahme habe, daß sich deren Ansichten seit der Stockholmer Konferenz geändert hätten.

Erklärungen Lloyd Georges: Die Alliierten werden wahrscheinlich irgendeine Antwort geben.

London, 31. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) „Daily News“ berichten, daß der ausführende Ausschuß der Arbeiterpartei und das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses nach der am Freitag abgehaltenen Konferenz den Premierminister Lloyd George aufsuchten, der den lebhaftesten Wunsch zeigte, sich mit dem Standpunkte der Arbeiter in der Kriegszielfrage unter besonderer Bezugnahme auf das Memorandum der Arbeiterkonferenz vertraut zu machen. Die Unterredung nahm einen ruhigen Verlauf. Man wünscht allgemein, sich auf die nackten Tatsachen zu beschränken. Es wurde auch das deutsche Friedensangebot an Rußland erwähnt und der Abordnung zu verstehen gegeben, daß die alliierten Regierungen wahrscheinlich irgendeine Antwort geben werden.

Bei Besprechung der Friedens- und Kriegsziele betonte der Premierminister, daß die Regierung sich für verpflichtet halte, im Einvernehmen mit den alliierten Regierungen zu handeln. Die Unterredung beschränkte sich auf die Kriegsziele und auf Fragen des Menschenmaterials. Die Lebensmittelpreise und der Wucherhandel wurden nicht erwähnt.

Der polnische Ministerpräsident in Wien.

Der polnische Ministerpräsident Dr. Jan v. Rucharzewski hat den gestrigen zweiten Tag seines Wiener Aufenthaltes am Vormittag zum Empfang von Besuchen verwendet. Mittags hatte Legationsrat Baron Andrian mit Herrn v. Rucharzewski im Hotel Sacher eine einstündige Konferenz.

Der polnische Ministerpräsident und seine Begleiter Graf Wojciech Kostworowski, Direktor des Departements für politische Angelegenheiten, die beiden Sekretäre Herr von Drolowicz und Graf Szembel waren zum Dejeuner beim Grafen Karl Lanckoronski geladen. An dem Dejeuner nahmen teil: Graf Goluchowski und Sohn, Unterrichtsminister Dr. Cwiliński, Minister für Galizien Dr. v. Twardowski, Minister a. D. Dr. v. Morawski, Vizekonsul Xaver v. Strzhuski von der Warschauer Vertretung des k. und k. Ministeriums des Aeußern und Herr Titus Filipowicz, der Wiener Referent des politischen Departements der polnischen Regierung.

Nachmittags stattete Herr v. Rucharzewski einen längeren Besuch bei Dr. von Bilinski ab und kehrte dann ins Hotel Sacher zurück, wo er den Besuch des Ministers des Aeußern Grafen Czernin empfing.

Den Rest des Tages und den Abend füllten interne Beratungen aus.

Für heute mittags 1/2 12 Uhr ist Ministerpräsident v. Rucharzewski beim päpstlichen Nuntius angesagt. Nachmittags reist der Ministerpräsident mit seinen Begleitern nach Warschau zurück.

Ministerpräsident Dr. v. Rucharzewski empfing einen Vertreter der „Polnischen Botschaft“ und sagte ihm folgendes:

Der Empfang, welcher mir in Wien zuteil wurde, entsprach in jeder Hinsicht der traditionellsten gegenseitigen Sympathie und Freundschaft, welche seit langem zwischen der polnischen Nation und der ehrwürdigen Habsburgermonarchie bestehen. Die polnische Nation wird nie daran vergessen, daß sie in den Zeiten der ärgsten Bedrückung sich in Oesterreich frei entwickeln, den nationalen Geist kräftigen und sich zur Erfüllung ihrer historischen Mission vorbereiten konnte. Ich bin überzeugt, daß nach dem Kriege sich eine entsprechende Form der gegenseitigen Beziehungen finden wird, welche den gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Interessen einen sichtbaren Ausdruck verleihen wird. Es ist in Polen bekannt, daß der erlauchte Monarch als Erbenschaft nach dem unvergeßlichen Kaiser Franz Josef dessen warme Sympathien für die polnische Nation übernommen hat. Ich kann mit Befriedigung feststellen, daß Graf Czernin, zweifellos einer der hervorragendsten Staatsmänner der Jetztzeit, ganz in die Intentionen Kaiser Karls eingedrungen ist und sich sehr gut von der Notwendigkeit der Lösung der polnischen Frage mit Berücksichtigung der vitalen polnischen Interessen und mit voller Achtung für das Prinzip der polnischen Souveränität Rechenschaft gibt.

In der Teilnahme der Vertreter des polnischen Staates an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk wurde die polnische Re-

gierung und die polnische Nation, nachdem ja dort auch polnische Interessen in Betracht kommen, den Beweis eines wohlwollenden Entgegenkommens der Mittelmächte und die Befestigung der Tatsache erblicken, daß die Mittelmächte die Konsequenzen, welche aus der Schaffung eines selbständigen polnischen Staates unabweislich hervorgehen, anerkennen.

Keine Teilnahme Frankreichs an den Verhandlungen.

Eine Erklärung Clemenceaus.

Paris, 1. Januar. (Gavas-Meldung.)

Ministerpräsident Clemenceau hat im Beisein des Ministers des Aeußern Richon eine Abordnung der vereinigten Sozialisten der Kammer, bestehend aus Albert Thomas, Hubert Rouger, Renaudel, Edin, Longuet und Jean, empfangen, die um Reisepässe für Petersburg baten, wo

sie den Abschluß eines Sonderfriedens verhindern oder wenigstens zu bewirken suchen wollen, daß er so unschädlich wie möglich ausfalle.

Clemenceau erwiderte ihnen, bei Anerkennung ihrer Vaterlandsliebe könne er bei den verwirren Verhältnissen in Petersburg von ihrem Schritt keinen Erfolg erhoffen, vielmehr würde die Bewilligung von Pässen zu diesem Zweck ihrer Sendung einen solchen Anstrich geben, daß unerwünschte Wirkungen auf die öffentliche Meinung im Lande und an der Front eintreten würden. Vielsach würde man sagen, daß Frankreich an den Vorbesprechungen über die Friedenspräliminarien teilnehme. Dies sei aber mangels ernst zu nehmender Vorschläge der feindlichen Mächte ganz und gar nicht die Absicht. Clemenceau hob schließlich hervor, daß er die Entscheidung, die gewünscht werde, nicht treffen könne, solange keine Verständigung der Alliierten darüber erzielt sei, und daß er keinen Grund zu der Annahme habe, daß sich deren Ansichten seit der Stockholmer Konferenz geändert hätten.

Angriffe in der Kammer.

Die Kammer hat am Montag die Vorlage der vorläufigen Haushalts-Projektel, die vom Senat zurückgewiesen worden ist, erörtert.

Renaudel verles im Namen der sozialistischen Gruppe eine Erklärung, die besagt: Die Gruppe wird die Kredite für die Landesverteidigung annehmen, macht aber Vorbehalte hinsichtlich des diplomatischen Vorgehens, das den Notwendigkeiten der gegenwärtigen schwierigen Stunden nicht gerecht wird. Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten hat schon oft die Ziele gewisser Punkte dieses Vorgehens auseinandergesetzt, aber das Schweigen der gesamten alliierten Regierungen über die allgemeinen Hauptgrundsätze scheint uns nach und nach einen Zustand moralischer Unterlegenheit zu schaffen, der unsere Sache schädigt.

Mit Bezug auf die Weigerung Clemenceaus, der sozialistischen Abordnung Pässe für Petersburg zu erteilen, sagt die Erklärung, daß die Sozialisten die russischen Revolutionäre auffordern sollten, keinen Sonderfrieden zu schließen und nur auf einen allgemeinen Frieden auf Grundlage des Rechtes der Völker zur Schaffung der notwendigen Garantien und Sicherheiten hinzuwirken.

Die Gruppe erklärt, daß sie Gewicht darauf legt, ihrer Verantwortlichkeit entbunden zu sein bis zum nächsten Zeitpunkt, in dem sie von der Regierung die unerläßliche Festlegung ihrer diplomatischen Arieaführung verlangen werde.

Minister des Aeußern Richon erklärte, er habe seinen jüngsten Erklärungen, die die Zustimmung der großen Mehrheit der Kammer gefunden hätten, nichts hinzuzufügen. Er wolle nicht auf den tieferen Grund der von der sozialistischen Gruppe aufgeworfenen Frage eingehen. Die Regierung handle im vollkommenen Einvernehmen mit den Alliierten. Bei der Wiedereröffnung des Parlaments werde die Regierung der Kammer zur Beantwortung der Interpellationen zur Verfügung stehen.

opendou. A. G.

1878

na:

1878

1878

**Clemenceau gegen eine Teilnahme der Entente
an den Friedensbesprechungen.**

Verweigerung der Pässe nach Petersburg.

Paris, 1. Januar.

Die Agence Havas meldet: Ministerpräsident Clemenceau hat im Beisein des Ministers des Aeußern Pichon eine Abordnung der vereinigten Sozialisten der Kammer, bestehend aus Albert Thomas, Hubert Rouger, Renaudel, Cachin, Longuet und Sean, empfangen, die um Reisepässe für Petersburg baten, wo sie den Abschluß eines Sonderfriedens verhindern oder wenigstens zu bewirken suchen wollen, daß er so unschädlich wie möglich ausfalle.

Clemenceau erwiderte ihnen, bei aller Anerkennung ihrer Vaterlandsliebe könne er bei den verwirrten Verhältnissen in Petersburg von ihrem Schritte keinen Erfolg erhoffen, vielmehr würde die Bewilligung von Pässen zu diesem Zwecke ihrer Sendung einen solchen Anstrich geben, daß unerwünschte Wirkungen auf die öffentliche Meinung im Lande und an der Front eintreten würden. Vielsach würde man sagen, daß Frankreich an den Vorbesprechungen über die Friedenspräliminarien teilnehme. Dies sei aber mangels ernst zu nehmender Vorschläge der feindlichen Mächte ganz und garnicht die Absicht. Clemenceau hob schließlich hervor, daß er die Entscheidung, die gewünscht werde, nicht treffen könne, solange keine Verständigung der Alliierten darüber erzielt sei, und daß er keinen Grund zu der Annahme habe, daß sich deren Ansichten seit der Stockholmer Konferenz geändert hätten.

Die Erklärungen Orlandos gegen die Friedensbedingungen von Brest-Litowsk.

Zürich, 1. Januar.

Die Geheimsitungen des italienischen Senats hatten, wie aus öffentlichen Erklärungen einzelner Teilnehmer hervorgeht, die militärische und diplomatische Lage, letztere in Beziehung zu den Brest-Litowsker Friedensverhandlungen, zum Gegenstand. Die gestrige öffentliche Sitzung begann der Präsident mit der Verlesung eines Briefes des Senators Tittoni, in dem er von seinem Unwohlsein Mitteilung macht und erklärt, daß er auf seine Interpellation verzichtet. Er fügt hinzu, daß es seine Absicht sei, am Erfolg des nationalen Widerstandes, wie ihn die Regierung wolle, mitzuarbeiten.

Nachdem von einem Senator, einem Bürger Paduas, und vom Senatspräsidenten sowie dem Ministerpräsidenten durch die Erwähnung der sogenannten barbarischen Angriffe auf Padua und des militärischen Erfolges am Monte Tomba die nötige Stimmung hervorgerufen worden war, erhielt zunächst der Senator Wolleberg das Wort, der die Unzulänglichkeit der Brothornversorgung und die übermäßigen Finanzlasten, die in einigen Monaten einen öffentlichen Schuldenstand von sechzig Milliarden erreichen würden, behandelte und die Regierung um Auskunft ersuchte, wie sie dem abzuhelpen, beziehungsweise die Bestreitung des Zinsendienstes und der anderen etwa 4½ Milliarden jährlich betragenden neuen Verbindlichkeiten des Staatshaushaltes zu ermöglichen gedenke.

Finanzminister Meda versicherte, daß die gegenwärtige Besteuerung die Mittel zur Zinsbedeckung auch für die neu ausgeschriebene Kriegsanleihe biete, daß aber die Steuer-schraube noch stärker angezogen und auch für den Ersatz der mit Kriegsende ausfallenden Einkünfte beizeiten vorgesorgt werden soll.

Nutritionminister Dall'Olio versicherte, daß vieles, was die industrielle Mobilisierung für Kriegszwecke hervorgebracht habe, sich behaupten und Italien in Friedenszeiten einen industriellen Vorsprung geben und große Entfaltung ermöglichen werde.

Der Generalkommissär für das Ernährungswesen, Crespi, erklärte, daß er heute günstigere Nachrichten als vor zehn Tagen zu geben vermöge, insofern als Brothorn auch für den Februar und für die kommenden Monate aus Amerika auf Dampfern sowie zu Lande auf Eisenbahnen nach Italien unterwegs sei. Ferner habe Nordamerika einen Teil seiner Ernte zur Verfügung der Verbündeten gestellt und Argentinien mit den Verbündeten Kornlieferungsverträge abgeschlossen. Jedenfalls werde Schatzminister Ritti, der eigens nach Paris gefahren sei, sich bei den Verbündeten nachdrücklich dafür einsetzen, daß Italien auch eine wenigstens kleine Reserve an Nahrungsmitteln gewährt werde.

Nachdem noch mehrere Senatoren politische und technische Fragen sekundärer Natur besprochen hatten, ergriff Ministerpräsident Orlando das Wort, um sich in längerer Rede mit den Wünschen und Einwänden der Redner zu beschäftigen. Im besonderen stellte er ein strenges Vorgehen gegen alle Störer der inneren Widerstandsdisziplin in Aussicht. Was die besetzten Gebiete Venetiens betrifft, werde der italienische Staat selbstverständlich Maßnahmen zugunsten der betroffenen Bevölkerung ergreifen. Bezugsnehmend auf seine Erklärungen in den Geheimsitungen führte Orlando folgendes aus: Das italienische Heer bildet den rechten Flügel des einheitlichen Heeres der Verbündeten. Der Wert des militärischen Beistandes der Verbündeten verdient Anerkennung. Italien gedenkt, seinen Verpflichtungen treu zu bleiben und zur Herstellung des einheitlichen Willens der Verbündeten, alle ihre Mittel zur Herbeiführung des Sieges zusammenzutragen, das seinige zu tun. Die Verhandlungen zwischen den Bolschewiki und dem Vierbund erheischten seitens Italiens delikateste Behandlung mit allen Vorbehalten, weil die Verbündeten sich

diesbezüglich erst noch verständigen müßten. Der Ministerpräsident seinerseits glaube an ein Mandat der Zentralmächte, das dazu bestimmt sei, die Stimmung ihrer Völker auf der Höhe zu erhalten, hingegen jene ihrer Gegner niederzudrücken und zu verderben. Die Zentralmächte wollen als die Paladine des Friedens erscheinen und glauben machen, daß die Hartnäckigkeit der Entente das Zustandekommen des Friedens hindere. Die Entente aber wolle den Frieden, ja die Entente allein sei es, die den Frieden zum Ziel habe, denn sie wolle ihn aufrichtig, und zwar einen gerechten, ehrenvollen und dauernden Frieden, gegründet auf klare und loyale Vereinbarungen. Die Friedensaufforderung der Zentralmächte geschehe in seltsamer Form, indem sie Italien in Verhandlungen hineinzuziehen suchen, die sich zwischen den Zentralmächten und einer Regierung abspielen, die von der Entente nicht anerkannt sei und nicht anerkannt werden könne, so lange die Konstituante nicht zusammengetreten sei und ihre Macht von ansehnlichen Teilen des russischen Staates selbst geleugnet werde.

Sachlich wolle der Ministerpräsident nur drei Punkte behandeln, nämlich die Wiederherstellung der Länder, die durch den Krieg ihre Unabhängigkeit verloren haben, Rückgabe der besetzten Territorien, beziehungsweise Verzicht auf Annexionen, und das Regime jener Völker, die nur widerstrebend ihrem Staatswesen angehören. In letzterem Punkt seien selbst die Bolschewiki nicht mit den Vorschlägen der Zentralmächte einverstanden. Die Zentralmächte nähmen da besonders hinsichtlich der italienischen und der französischen Aspirationen einen einfach verneinenden Standpunkt ein. Aber die von ihnen begehrte einfache Annahme des Statusquo wäre nach einem so furchtbaren Blutbad eine tiefe Beleidigung der Menschheit. In betreff des Zugeständnisses der politischen Unabhängigkeit für jene Staaten, die sie verloren haben, sei darauf hinzuweisen, daß zweideutige Worte gebraucht worden seien, indem die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Unversehrtheit jener Staaten nicht gleichfalls gewährleistet werden. Bezüglich der Frage der Annexionen sei es nicht ausgeschlossen, daß die Mittelmächte solche begehrten, wenn sie nicht gewaltiam geschehen, und wenn sie sich in dieser Hinsicht auf erpreßte Willensäußerungen der Völker in den besetzten Gebieten zu stützen vermöchten. Alles in allem sei die Annahme berechtigt, daß auch diesmal kein aufrichtiges Streben nach dem Frieden, sondern vielmehr eine neue Form einer hinterhältigen Offensive vorliege, um eine Spaltung unter den kriegführenden Völkern herbeizuführen und ihren Geist zu vergiften. Der Friede sei eine große heilige Sache, aber die Entente könne nicht einen Frieden wollen, der nichts gibt und alles beansprucht. Aus Friedensliebe protestiere er sonach gegen den Versuch, aus der Friedensidee ein hinterlistiges Kriegsmittel zu machen. (Beifall.)

Der Senat nahm schließlich des Budgetprovisorium an und vertagte sich hierauf.

Parteinnahme für das Ausland.

In den Verhandlungen von Brest-Litowsk wurde bekanntlich zwischen den Mittelmächten und Rußland in allen wesentlichen Punkten eine Uebereinstimmung erzielt mit Ausnahme über die Frage des Termins für die Klärung der besetzten Gebiete sowie für die Vornahme der Volksabstimmung in den von Rußland abzutrennenden Gebieten.

Was ist da natürlicher, als daß das Wiener Adler-Blatt sich auf die Seite — der russischen Forderung stellt und den Standpunkt Oesterreich-Ungarns und seiner Verbündeten bekämpft! Das Blatt (Nr. 357) erkennt ganz richtig in dieser noch strittigen Frage „die entscheidende Frage“ und eben darum ist es dafür, daß nicht die siegreichen Mittelmächte, sondern Rußland, nicht unsere Krieger, sondern jene Rußlands, nicht unsere Interessen, sondern die russischen durchdringen. Auch um „Gründe“ ist das Blatt nicht verlegen; würden nämlich wir Recht behalten, so

würde uns das russische Volk das nie verzeihen. Polen, Litauen und Kurland würden uns dauernd mit Rußland vereinden, sowie Elsaß-Lothringen dauernd Deutschland und Frankreich einander verfeindet hat. Und eine solche Feindschaft wäre die furchtbarste Gefahr für unsere Zukunft... In einer, zwei Generationen wird Rußland eine furchtbare Macht sein. Es wäre Wahnsinn, sie uns zum Feinde zu machen...

Also das Rußland der Zukunft wird nach der Versicherung der „A.-Z.“ eine „furchtbare Macht“ und seine etwaige Feindschaft die „furchtbarste Gefahr“ für uns sein! Das Rußland der Bolschewiken und der „absoluten Friedensfreunde“! Wodurch unterscheidet sich denn dann dieses neue Rußland vom alten zaristischen-imperialistischen? Weil uns, immer nach der Versicherung der „A.-Z.“, dieses künftige Rußland schon jetzt eine namenlose Angst einflößen muß, sollen wir heute schon in allem nachgeben, weil wir sonst die Feindschaft des künftigen „furchtbaren“ Rußland riskieren, was „Wahnsinn“ wäre! Es ist beachtenswert, wie die Wiener „A.-Z.“ diese ach so sanfte Friedensflöte, mit dem Revolver des russischen Terrors gegen das Friedensprogramm der Mittelmächte arbeitet. Aber angenommen, daß das Rußland der Sozialisten und Bolschewiken wirklich so rachsüchtig und unverdöndlich wäre, wie es die „A.-Z.“ behauptet, und daß es eine für uns noch furchtbarere Macht zu werden drohe, als es das von unseren Kriegern besiegte zaristische Rußland gewesen ist, so würde daraus ein normales Gehirn doch eher folgern, daß wir v o r b a u e n müssen und daß wir den jetzigen günstigen Augenblick, da Rußland nicht mehr und noch nicht wieder „furchtbar“ ist, gehörig ausnützen müssen, um uns gegen künftige Bedrohungen von dieser Seite sicherzustellen, indem die Mittelmächte gerade in der „entscheidenden Frage“ fest bleiben und so eine Mauer gegen künftige Bedrohungen errichten. Der für die Bestimmung der „A.-Z.“ so bezeichnende Hinweis auf Elsaß-Lothringen stimmt ganz und gar nicht, weil bekanntlich die Feindschaft Frankreichs und seine Kriegspolitik gegen Deutschland erheblich älter sind als die „Desannexion“ der beiden Gebiete durch den Frankfurter Friedensvertrag.

Der Kampf für das feindliche Ausland und gegen den „Kadaver“, wie sie schon vor dem Kriege Oesterreich-Ungarn, die Beutegier der Feinde aneifernd, genannt haben, ist den Israeliten der „A.-Z.“ eben Herzenssache. Wie erinnerlich, hat es Graf Czernin in den Delegationen mit Entzürstung abgelehnt, gegenüber unseren Feinden eine Politik der „Asssekuranz für die Kriegsverlängerung“ zu machen und ihnen für die Kriegsförderung die Prämie der Straflosigkeit zuzusichern. In Brest-Litowsk haben die Unterhändler der Vierbundmächte den gleichen Standpunkt eingenommen, indem sie sich in Erfüllung eines Wunsches der Russen zu einem allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen bereit erklärten, falls alle Feinde innerhalb einer angemessenen Frist ebenfalls hierzu bereit erklären. Gegen diese Erklärung der Mittelmächte kämpft nun die heutige „A.-Z.“ (Nr. 2) mit folgendem logischen Saltomortale an:

Das Friedensangebot, wie es in Brest-Litowsk formuliert wurde, darf keine Abschwächung erfahren, keine Umdeutung und Verdunkelung; es darf nicht gelingen, daß die imperialistischen Strömungen, die es insbesondere in Deutschland (!) an Berwegenheit wahrlich nicht fehlen lassen, das redliche Angebot verfälschen und entstellen... Und der Ernst des Anerbietens darf nicht abgeschwächt werden, indem er an eine Frist gebunden wird, daß den Gegnern, wenn sie zu einem fixierten Tage nicht ein- und umschwenken, gleichsam der Terminverlust androht wird.

Der „Ernst des Anerbietens“! Wenn wir den feindlichen Kriegsverlängerern den Ernst ihres Tuns begreiflich machen, so „schwächen“ wir nach der „A.-Z.“ den Ernst ab! Ernst ist nach ihr nur ein solches Angebot, mit welchem sich die Mittelmächte feierlich zur Wurgen des Weltkrieges machen. Wir sollten, so will es die „A.-Z.“, den Feinden unsere Bereitwilligkeit erklären, ihnen kostenlos und ohne jedes Risiko und auf beliebige Dauer unseren Buckel für ihre Kriegs- und Endsiegs-experimente zur Verfügung zu stellen! Halten wir es aus, gut, so halten wir es eben aus, und die Feinde werden einen schönen Tages wenn ihnen der Atem ausgeht, aufhören, auf uns loszuschlagen, und wir werden dann höflich „schönen Dank“ fürs Aufhören sagen und für die erhaltenen Beulen selber die Heilungskosten bestreiten; ginge das Spiel aber schließlich, wie es die Feinde erhoffen, zu ihren Gunsten aus, so werden eben Oesterreich-Ungarn und seine Verbündeten zerstückelt und als Beute verteilt! Ob die Mittelmächte siegen oder unterliegen, in jedem Falle zahlen sie drauf, nur in dem letzteren Falle etwas mehr, während die Feinde in keinem Falle etwas riskieren: werden sie besiegt, so haben sie kein Neugeld zu befürchten, siegen sie aber, so winkt ihnen reiche Beute. So will es die Kriegsformel der „A.-Z.“! Sie ist die frechste Verhöhnung des Vaterlandes, seiner Bevölkerung und seiner Krieger. Die Kriegsverlängerer in London, Paris, Rom und Washington könnten sich einen eifrigeren Helfer ihres verbrecherischen Treibens gar nicht wünschen.

Gegen einen Eroberungs- und Wirtschaftskrieg.

St. Bern, 1. Jänner. Auf der am 28. Dezember in London abgehaltenen Konferenz der britischen Arbeiterorganisationen, der über 800 Abgeordnete bewohnten, die 3¹/₂ Millionen Arbeiter vertraten, wurde zunächst das vom Reuterschen Bureau mitgeteilte Schreiben des Premierministers verlesen.

Darnach verlas Henderson eine lange Ansprache, in der er der sozialistischen Kundgebung vom 14. Februar gedachte, die es ablehnt zuzulassen, daß dieser Verteidigungskrieg zu einem Eroberungskrieg werde, und dann auf die in der zu erörternden Kriegszielkundgebung niedergelegte Friedenspolitik der britischen Arbeiterschaft im einzelnen einging. Der Krieg müsse jetzt als Kampf zwischen dem alten und dem neuen Regierungssystem Deutschlands angesehen werden. Keine Verständigung könne befriedigend sein, die nicht der Welt eine vollständige Diskreditierung des angriffslustigen Militarismus bringe und an seine Stelle eine höhere Auffassung von nationaler und internationaler Verantwortlichkeit setze. Geheime Diplomatie, Militärdienstpflicht und Profitmacherei aus der Herstellung von Instrumenten der Zerstörung sollten in der Gesellschaft freier Nationen unmöglich sein. Die unumgängliche Vorbedingung des Planes einer Völkerliga sei die Ablehnung jeder Form eines wirtschaftlichen Boykotts gegen Deutschland nach dem Kriege. Man sei berechtigt zu fragen, ob die Regierung alles, was in ihrer Macht liege, tue, um die Feindseligkeiten abzukürzen.

Redner wies sodann auf die Behauptung Carsons in seiner Rede in Portsmouth hin, daß Oesterreich-Ungarn und die Türkei bereit seien, Frieden zu schließen, und fragte, warum die Regierung nicht in Verhandlungen mit ihnen, besonders mit der Türkei, getreten sei, wie jetzt Deutschland mit Rußland; statt dessen habe sie die Einnahme Jerusalems betrieben. Obwohl nach der Erklärung Carsons die Türkei Frieden zu schließen wünsche, behne England seine Fronten in diesem Lande aus. Es könne nicht wundernehmen, daß man England in neutralen Ländern, in Rußland und selbst in Amerika imperialistischer und annexionsistischer Ziele verdächtige. Wenn die Arbeiter weitere Opfer bringen sollten, müßten sie bestimmte Zusicherungen erhalten, daß solche Opfer zur Herbeiführung eines ehrenhaften und gerechten Friedens notwendig seien. Die Arbeiterschaft bestehe darauf, daß Deutschland anerkenne, daß es ein unbedingtes Mindestmaß gebe, das es annehmen müsse. Andererseits dürften die Alliierten keinerlei Zweifel darüber lassen, daß der Kampf lediglich um Grundzüge und Ideale, nicht um Eroberungen fortbauere. Die Arbeiterschaft verlange Gelegenheit festzustellen, inwieweit Deutschland bereit sei, ihr Friedensprogramm anzunehmen.

Friedensverhandlungen und Parlament.

Die „Korrespondenz Austria“ meldet: Die Aussichten der Verhandlungen in Brest-Litowsk werden in allen deutschen, aber auch in polnischen Parteikreisen zuversichtlich beurteilt. Die deutschen Parteien hegen auch das feste Vertrauen zum Grafen Czernin, daß er in konsequenter Verfolg seiner bisherigen Haltung auch hinsichtlich des Punktes 3 des russischen Friedensprogramms festbleiben und die Ordnung innerstaatlicher Fragen von äußeren Einflüssen freihalten werde. Brest-Litowsk hat das Vertrauen der deutschen Parteien in den Minister des Neußern, wie es schon in der ersten Plenarsitzung der österreichischen Delegation vollert wurde, gestiegt und erhöht, und auch eingefleischte Gegner des Grafen Czernin, wie der Tschechenführer Dr. Stranek, können nach einem Ausspruch desselben der Haltung des Ministers des Neußern nicht ganz den Zoll der Anerkennung verfahren. Sie geben auch zu, daß eine Beratung des Ausschusses für Neußeres der Delegation solange nicht stattfinden könne, als Graf Czernin abwesend ist.

Wie wir vernehmen, ist die Einberufung der Delegation aus diesem Grunde vorläufig noch nicht festgesetzt und auch noch keine Sitzung des Ausschusses für Neußeres anberaumt. Der Ausschuhobmann Minister a. D. Dr. Baernreither sowie der Delegationspräsident Landeshauptmann Hauser dürften jedoch an der Exkursion nach Udine kaum teilnehmen, vielmehr den Verlauf der Brest-Litowsker Verhandlungen am Samstag und Sonntag hier abwarten, um bei einem eventuellen günstigen Ergebnis derselben, wie es von den maßgebenden Stellen erhofft wird, sogleich

zur Hand zu sein und eine Sitzung des Ausschusses für Neußeres einzuberufen, die sofort nach der Rückkehr der Exkursionsteilnehmer stattfinden und dem Grafen Czernin Gelegenheit geben würde, über den Verlauf der Friedensverhandlungen zu berichten.

Was das Abgeordnetenhaus betrifft, so wird es am Dienstag, den 15. d., seine nächste Plenarsitzung abhalten, da die Finalisierung der Kriegsteuer und die Budgetberatung als dringlich betrachtet werden. Mit dieser raschen Einberufung des Hauses würde übrigens auch der Wunsch der oppositionellen Parteien seine ehetunlichste Erfüllung finden.

Wie gemeldet, hat der Obmann des Tschechischen Verbandes Abg. Stanek kürzlich an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Groß ein Schreiben gerichtet, in welchem er im Hinblick auf die Friedenskonferenz in Brest-Litowsk die sofortige Einberufung des Abgeordnetenhauses verlangte.

Präsident Dr. Groß hat dieses Schreiben folgendermaßen beantwortet:

„Guer Hochwohlgeboren! Mit geschäftem Schreiben vom 31. Dezember haben Guer Hochwohlgeboren im Namen des Tschechischen Verbandes im Abgeordnetenhaus von mir die Einberufung des Hauses in den nächsten Tagen verlangt. Wenn auch nach unserm Befehl keine Verpflichtung des Präsidenten besteht, über Verlangen einer Anzahl von Abgeordneten das Haus einzuberufen, so gestehe ich ohne weiteres zu, daß der Wunsch einer großen Partei nach Einberufung des Hauses gewiß nach Möglichkeit vom Präsidenten berücksichtigt werden muß.“

Nun ist es mit Rücksicht auf die außerordentlich mißlichen dermaligen Verkehrsverhältnisse, ferner die griechischen Feiertage und auch mit Rücksicht auf die in der nächsten Woche stattfindende Agrar-enquete nicht möglich, schon in den aller-nächsten Tagen das Haus einzuberufen. Ich nehme vielmehr dafür den 15. d. in Aussicht und hoffe damit Ihrem Wunsche zu entsprechen.

Mit vorzüglicher Hochachtung ergeben sich

Groß m. p.

Präsident Dr. Groß konferierte heute vormittag mit den Abg. Dr. Urban und Bacher. Hierauf erschienen Vizepräsident Lujar und der Obmann des Tschechischen Verbandes Abg. Stanek beim Präsidenten, um mit ihm wegen der Einberufung des Abgeordnetenhauses zu konferieren.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler wurde heute vormittag vom Kaiser in Audienz empfangen.

Der Schadenersatz an die Schweiz.

Ein unerlöstes Land.

Wir erhalten von geschätzter Seite folgende Zuschrift: Die irredentistische Propaganda in der Schweiz, die bis vor zwanzig Jahren so gut wie unbekannt war, hat in den letzten Jahren auch im Tessin festen Fuß gefaßt. Sie hat zwar den gesunden patriotischen Sinn des Volkes nicht so vergiften können wie bei uns, und es ist nur ein ganz geringer Bruchteil des Tessiner Volkes — und gewiß nicht sein bester —, der sich von der Irredenta gewinnen hat lassen, aber sie ist einmal da, das läßt sich nicht leugnen. Man begegnet ihr selbst in Zürich, denn der Züricher kennt in solchen Dingen keinen Spatz. Wer Gelegenheit gehabt hat, in gewissen italienischen Gasthäusern Zürichs zu verkehren, wird sich von der Propaganda der Irredentisten und ihren Erfolgen unter den dort lebenden Tessinern überzeugt haben.

Das Gebiet des Kantons Tessin ist altschweizerischer Boden und gehört seit 400 Jahren, teilweise sogar seit 500 Jahren der Eidgenossenschaft an. Das Tessinerland war also zu einer Zeit schon schweizerisch, als die Welt mit der sonderbaren Schöpfung des Königreiches Italien mit seinem unfreien Bauernstand und seinem Analphabetentum noch nicht beglückt war. Bis zum Jahre 1798 war Tessin Untertanenland der Eidgenossen und bestand aus acht Vogteien. In vier Vogteien übten die dreizehn alten Orte ihre Herrscherrechte aus, vier gehörten den drei Urkantonen, das Tal Livinen war Vogtei der Urner. Als im Jahre 1798 die Franzosen in die Schweiz einbrachen und Freiheit und Gleichheit überall die Losung wurde, verlangte auch das Volk im Tessingebiet politische Gleichheit. Die alte Eidgenossenschaft mit ihren 13 Kantonen ging unter, aus ihrem Untertanengebiet entstanden neue Kantone. So bildeten sich aus den genannten acht Vogteien die Kantone Belenz und Lugano, durch spätere Vereinigung der beiden entstand der Kanton Tessin. Bonaparte, der sich schon damals viel in die inneren Angelegenheiten der Schweiz einmischte, hätte den Anschluß Tessins an die kürzlich errichtete Cisalpinische Republik gern gesehen. Aber das Volk hatte nach Gewährung gleicher politischer Rechte keinen Grund, sein Vaterland zu wechseln und entschied sich für die Schweiz. Es vertrieb die „Patrioten“, die für den Anschluß an die Cisalpina waren und von Como aus Unfrieden stifteten.

Nicht so glücklich wie der Kanton Tessin überwand diese schwere Zeit ein anderes Schweizer Gebiet, das Veltlin, das Tal der oberen Adda. Wie Tessin altschweizerischer Boden, war es bis zum Jahre 1797 Untertanenland von Graubünden. Während des Dreißigjährigen Krieges verschärfen sich die Gegensätze zwischen den katholischen Veltlinern und den reformierten Graubündnern. Es kam zum sogenannten Veltlinerkrieg. Oesterreicher und Spanier standen in diesem blutigen, über fünfzehn Jahre dauernden Krieg an der Seite der Veltliner; an Graubündens Seite fochten die Franzosen unter dem protestantischen Herzog Nohan. Der Krieg endete mit dem Siege Graubündens und das Veltlin kam wieder unter seine Herrschaft.

Wie im Tessin so wurde auch im Veltlin die französische Revolution mit Freude begrüßt, da man von ihr Befreiung aus der Untertanenschaft erhoffte. Es muß aber ausdrücklich betont werden, daß das Veltlin in wirtschaftlicher Hinsicht ebenso frei war wie der Tessin, denn ein Feudalwesen gab es weder hier noch dort. Da das Land infolge seiner außerordentlichen Fruchtbarkeit reich ist, konnten die Veltliner ihren Herren eine Million Lire anbieten, um als freier Stand in den Graubündner Bund eintreten zu können. Graubünden lehnte aber ab. Die Unzufriedenen wandten sich an Bonaparte und verlangten Einverleibung in die Cisalpina. Dieser stellte den Graubündnern einen Termin. Sie erklärten sich aber zu spät für die Aufnahme Veltlins in den Bund: Bonaparte hatte unterdessen das Veltlin der Cisalpinischen Republik einverleibt.

So kamen die Veltliner um ihr wahres Vaterland. Nach dem Sturze der Republik wurde es ein Teil des Bizakönigreiches Italien, kam im Wiener Kongreß mit der Lombardei an Oesterreich, von dem es im Frieden von Zürich an Frankreich abgetreten wurde. Dieses trat es Italien ab. Die Sehnsucht der Veltliner nach Wiedervereinigung mit der Schweiz ist seitdem groß. Auch das Schweizer Volk kann den Verlust des Veltlin nicht vergessen. So ist das Veltlin in der Tat ein unerlöstes Land.

In diesem Zusammenhang eine Frage: Wer entschädigt das Schweizer Volk für die Kosten des vom Raume gebrochenen Veltlerkrieges? Wer trägt an der Verlängerung des Veltlerkrieges die Hauptschuld? Der Treubruch Italiens, Italien darf kein Monopol auf Straflosigkeit haben. Die Deklaration des Veltlin möge der Preis dafür sein! Ein Nebisatz möge entscheiden, ob das Land schweizerisch werden oder italienisch bleiben wolle. Die Entscheidung ist nicht zweifelhaft.

Dr. A. D.

Eine Erklärung des Kommandanten der russischen Südwestfront.

(Telegramm der „Neuen Zeit“)

Lemberg, 3. Januar.

Wie ukrainische Blätter melden, hat der derzeitige Kommandant der Südwestfront, General Slogow, folgenden Armeebefehl erlassen: „Indem ich auf dem Standpunkt der Nichtteilnahme in den politischen Kampf stehe, bin ich gezwungen mit folgenden Tatsachen zu rechnen:

1. Die Heere der Südwestfront befinden sich auf dem Territorium der ukrainischen Republik.

2. Die Versorgung der Heere mit Lebensmitteln und allem Notwendigen hängt von der ukrainischen Regierung ab.

3. Die Eisenbahnverbindungen befinden sich in den Händen der ukrainischen Komitees; der Telegraph des Frontstabes ist auch in ukrainischen Händen.

4. Die gesamte Zufuhr von den ukrainischen Territorien ist ohne Bewilligung der ukrainischen Regierung unmöglich. Die der Ukraine feindlich gesinnten Abteilungen werden entwaffnet.

5. Die ukrainische Regierung hat die Sache des Friedens auf der ukrainischen und der südwestlichen Front als eigene Sache übernommen.

6. Der Stab der Front ist gezwungen, mit diesen Tatsachen zu rechnen, hinter welchen die reelle Macht der ukrainischen Volksrepublik steht. Ich bitte daher, die Lage zu besprechen, vom Gesichtspunkte ausgehend, daß wir von der rechtmäßigen Regierung der Ukraine abhängen.“

Ein russisches Ultimatum an Rumänien.

P. I. A. Petersburg, 1. Jänner.

Der Kommissär für auswärtige Angelegenheiten macht folgende Mitteilung: Die Stadt Leovo und einige Dörfer in Bessarabien sind von den Truppen besetzt. Etliche Revolutionäre wurden süßlirt. Ferner haben nach einer hieher gelangten Mitteilung die rumänischen Behörden durch einen russischen Obersten und einen rumänischen General alle Mitglieder des Komitees in Jassy zu sich geladen, wobei sie ihnen volle Sicherheit gewährleisteten. Gleichwohl wurden die Mitglieder des Komitees verhaftet und den rumänischen Behörden vorgeführt, die Anstalten trafen, sie alle hinzurichten; aber Kosaken hinderten sie daran.

Angeichts solcher strafbarer Handlungen, die nicht geduldet werden können, haben wir den rumänischen Gesandten aufgefordert, uns noch heute mitzuteilen, was auf der rumänischen Gesandtschaft in dieser Sache bekannt sei und welche Maßnahmen bis jetzt ergriffen wurden, um die verbrecherischen Elemente in den Kreisen der rumänischen Offiziere und der Bürokratie, die ihre Hand gegen die russische Revolution zu erheben gewagt haben, zu züchtigen. Wir haben es für dringend notwendig gefunden, die auf dem Boden der russischen Republik befindliche rumänische Gesandtschaft zu warnen, keinerlei Gegenaktion nicht nur gegen russische Revolutionäre, sondern auch nicht gegen rumänische Revolutionäre und Sozialisten zu dulden. Jeder Rumäne, ob Soldat, Arbeiter oder Bauer, findet an der Macht der russischen Sowjets eine Stütze gegen die Willkür der reaktionären rumänischen Bürokratie. Wir haben es für notwendig erachtet, die rumänischen Behörden durch die Gesandtschaft darauf aufmerksam zu machen, daß die Macht der Sowjets selbst vor den schärfsten Maßnahmen gegen revolutionsfeindliche Verschwörungen der Rumänen, der Komplizen Skaledins, Schtscherbatichews und der Rada, nicht zurückschrecken und auf die Stellung, die die Verschwörer in der rumänischen Hierarchie einnehmen, keine Rücksicht nehmen werde.

3. / 1. 1918

Der bulgarische Gesandte in Berlin über den Frieden auf dem Balkan.

Die Teilung der Gebiete.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 2. Januar.

Der bulgarische Gesandte in Berlin Dr. Rizow, der nicht nur ein hervorragender Diplomat, sondern auch ein ausgezeichnete politischer Schriftsteller ist, veröffentlicht ein interessantes Werk. Es ist ein Atlas, der den Titel führt: „Die Bulgaren in ihren historischen, ethnographischen und politischen Grenzen“; er enthält eine Anzahl von Karten, welche die Rechte Bulgariens auf diejenigen Gebiete beweisen sollen, die der Gesandte für sein Vaterland in Anspruch nimmt. Bemerkenswert ist, daß die Forderungen, die Herr Rizow formuliert, nicht so weit gehen wie diejenigen mancher bulgarischen Politiker, und daß er namentlich für die Lösung der serbischen, der albanesischen und der montenegrinischen Frage Vorschläge macht, die auch in Bulgarien selbst gewiß mancherlei Widerspruch erfahren werden. Der Text des Atlas ist in vier Sprachen, deutsch, englisch, französisch und bulgarisch, geschrieben. Das Werk wird durch ein Vorwort eingeleitet, das eine bemerkenswerte politische Abhandlung ist. Mit Erlaubnis des Verfassers darf Ihr Korrespondent aus diesem Vorwort einiges mitteilen, bevor der Atlas im Buchhandel erscheint.

Herr Rizow geht davon aus, daß der abzuschließende Weltfrieden vor allem den Frieden auf dem Balkan sichern müsse; die Neuordnung müsse dort so gestaltet werden, daß der Balkan in Zukunft nicht mehr eine ständige Kriegs-

drohung für Europa sein könne. Für diese Neuordnung, von der er einen dauernden Balkanfrieden erhofft, stellt der bulgarische Gesandte folgende Grundsätze auf:

Die zukünftigen Grenzen der Balkanstaaten, müssen nach Möglichkeit natürliche Grenzen sein; sie müssen die betreffenden Völker in ihrer nationalen Formation umfassen, ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit verbürgen, ihren geschichtlichen Traditionen entsprechen und dem Rechte jedes Volkes, über sich selbst zu bestimmen, nicht widerstreiten. Für die einzelnen Balkanstaaten stellt sich Dr. Rizow diese Grenzen folgendermaßen vor:

Die Türkei wird in Europa ihre gegenwärtige, in der türkisch-bulgarischen Rektifizierungskonvention vom 24. August 1915 angegebene Grenze gegen Bulgarien behalten müssen.

Rumänien wird endgültig und unwiderruflich sowohl auf die alte Dobrudscha, mit der es vom Berliner Kongreß vom Jahre 1878 beschenkt worden ist, als auch auf die von ihm im Jahre 1913 geraubte neue Dobrudscha verzichten und sich in seine alten Grenzen jenseits der Donau zurückziehen müssen.

Bulgarien wird alle seine Gebiete, die ihm vom Berliner Kongreß im Jahre 1878 weggenommen und an die Nachbarn verteilt wurden, vereinigen müssen, nämlich Mazedonien, die Dobrudscha und das Gebiet Nisch. Bulgarien hat auf diese Gebiete nationale, moralische, geschichtliche und geographische Rechtsansprüche; außerdem muß Bulgarien sich auch das ganze Timokbecken, da es bulgarisches Land ist, wieder einverleiben, das, im Jahre 1833 von der Türkei an Serbien abgetreten, vor diesem Zeitpunkt niemals in die Grenzen Serbiens einbezogen war. Der Besitz dieses Beckens ist außerdem eine zwingende Notwendigkeit für Bulgarien, um einen Gebietsanschluß an Ungarn zu erlangen, der für Bulgarien eine ebensolche Lebensfrage ist, wie für Serbien ein Ausgang ans Meer. Wenn Bulgarien sich Mazedonien angliedert, so muß dessen Hauptstadt und einziger Seehafen Saloniki entweder als freie Stadt neutralisiert oder ein Kondominium Griechenlands und Bulgariens werden.

Serbien muß innerhalb der ihm nach Rück-erstattung der erwähnten Gebiete an Bulgarien verbleibenden Grenzen wiederhergestellt werden, indem es mit ganz Montenegro (ausschließlich des Lovcen) und ganz Nordostalbanien wie auch mit dem Metochiegebiet und dem Kossowofeld veremigt wird. In solcher Weise wird Serbien den unentbehrlichen Ausgang zum Adriatischen Meer erhalten und über zwei Seehäfen verfügen, Antivari und Dulcigno.

Montenegro muß, wie erwähnt, mit Serbien vereinigt werden, weil das montenegrinische Volk diese Vereinigung heiß wünscht und weil es seit einigen Jahren einen solchen Haß gegen seine Dynastie empfindet, daß es unter Umständen sogar die Einverlebung in Oesterreich einem unabhängigen Montenegro unter der Dynastie des Königs Nikita vorziehen würde.

Für Albanien empfiehlt Rizow, da er ein selbstständiges Albanien nicht für lebensfähig hält, die Aufteilung unter die benachbarten Balkanstaaten. Der südliche Teil Albaniens einschließlich Valona soll an Griechenland fallen, der nördliche einschließlich Durazzos an Serbien, während in Mittelalbanien Bulgarien ein Korridor für den Bau einer Eisenbahn von Mazedonien bis zum Meer zugestanden werden könnte.

Griechenland endlich, das durch den Epirus und Südalbanien vergrößert wird, soll an Bulgarien die Gebiete, die es ihm im Jahre 1913 entzissen hat, zurückgeben.

Wenn, so schließt der bulgarische Gesandte diesen Teil seiner Abhandlung, die angegebenen Grenzen durch einen internationalen Kongreß festgesetzt werden und wenn den so neugeschaffenen Balkanstaaten das Prinzip des internationalen Schiedsgerichtes auferlegt wird, wird die Pazifizierung der Balkanhalbinsel nicht mehr angezweifelt werden können.

3./I. 1918

Die Zukunft von Belgien, Rumänien und Serbien.

Eine Frage der „Kreuzzeitung“ und der „Nationalliberalen Korrespondenz“ anlässlich eines Artikels der „Neuen Freien Presse“.

Wien, 2. Januar.

Wir erhalten aus Berlin die nachstehende Mitteilung:

Berlin, 2. Januar.

„Unter der Ueberschrift: „Eine dringend notwendige Klarstellung“ schreibt die „Kreuzzeitung“:

Die „Neue Freie Presse“ bringt in einem Leitartikel über die Ergebnisse von Brest-Litowsk die folgende Darstellung: „Die Entente ist freilich unter einem sehr starken Druck. Wenn sie sich den Verhandlungen jetzt anschließt, ist der Bestand von Belgien, Rumänien und Serbien gerettet und kann sogar ein gewisser Ersatz für Schäden in Belgien durchgesetzt werden.“

Hierzu bemerkt die „Nationalliberale Korrespondenz“: „Bei dem Ansehen und den Beziehungen, deren sich das Wiener Blatt erfreut, einerseits und dem Gewicht der aufgestellten Behauptungen andererseits, erfordert die Achtung und Wahrung des deutschen Interesses eine deutliche amtliche Kundgebung, die keinen Zweifel zuläßt.“

Wir möchten die von der „Kreuzzeitung“ und von der „Nationalliberalen Korrespondenz“ aufgeworfene Frage nicht unbeantwortet lassen. Das Bedürfnis nach Klarstellung, ob der Bestand von Belgien, Rumänien und Serbien gerettet werden könnte, wenn die Entente sich den Verhandlungen anschließen sollte, ist sofort aus den amtlichen Kundgebungen, aus den veröffentlichten Berichten über die Vorgänge in Brest-Litowsk zu befriedigen. Das bloße Erinnerungsvermögen ist dabei zureichend und irgendwie von der Unie abweichende Schlussfolgerungen sollen vermieden werden.

Die Stelle in dem Artikel der „Neuen Freien Presse“ ist von der „Kreuzzeitung“ richtig angeführt worden. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Entente ist freilich unter einem sehr starken Druck. Wenn sie sich den Verhandlungen jetzt anschließt, ist der Bestand von Belgien, Rumänien und Serbien gerettet und kann sogar ein gewisser Ersatz für die Schäden in Belgien durchgesetzt werden.“

Die von der „Kreuzzeitung“ und von der „Nationalliberalen Korrespondenz“ verlangte Klarstellung ist in dem amtlichen Berichte über den Verlauf der Friedensverhandlungen zu Brest-Litowsk in der Sitzung vom 25. Dezember mit voller Deutlichkeit zu finden. Der Minister des Auswärtigen Graf Czernin hat im Namen der Delegation der verbündeten Mächte erklärt:

„Eine gewaltsame Aneignung von Gebieten, die während des Krieges besetzt worden sind, liegt nicht in den Absichten der verbündeten Regierungen.“

„Es liegt nicht in der Absicht der Verbündeten, eines der Völker, die in diesem Kriege ihre politische Selbständigkeit verloren haben, dieser Selbständigkeit zu berauben.“

Nach den Erklärungen des Grafen Czernin, die im Namen der Verbündeten abgegeben worden sind, wird eine gewaltsame Aneignung besetzter Gebiete nicht beabsichtigt. Die Völker, die ihre politische Selbständigkeit verloren haben, sollen dieser nicht beraubt werden. Daraus ergibt sich die unbestreitbare Folgerung, daß der Bestand von Belgien, Rumänien und Serbien gerettet werden könnte, wenn die Entente sich dem allgemeinen Frieden anschließen wollte. Die einfachen Denkgesetze bieten die gewünschte Klarstellung. Wir haben nicht mehr behauptet, als mit strenger Wahrheit aus dem amtlichen Berichte abgeleitet werden konnte.

Wir haben ferner gesagt, daß sogar ein gewisser Ersatz für die Schäden in Belgien durchgesetzt werden könne.

Graf Czernin hat in der Sitzung vom 25. Dezember folgendes erklärt:

„Die verbündeten Mächte haben mehrfach die Möglichkeit betont, daß nicht nur auf den Ersatz der Kriegskosten, sondern auch auf den Ersatz der Kriegsschäden wechselseitig verzichtet werden könnte. Hiernach würden von jeder kriegsführenden Macht nur die Aufwendungen für ihre in Kriegsgefangenschaft geratenen Angehörigen sowie die im eigenen Gebiete durch völkerrechtswidrige Gewaltakte den Zivilangehörigen des Gegners zugefügten Schäden zu ersetzen sein. Die von der russischen Regierung vorgeschlagene Schaffung eines besonderen Fonds für diese Zwecke könnte erst dann zur Erwägung gestellt werden, wenn die anderen kriegsführenden innerhalb einer angemessenen Frist sich den Friedensverhandlungen anschließen.“

Diese Erklärung des Grafen Czernin war die Antwort auf die russische Forderung, welche lautete:

„Keines der kriegsführenden Länder ist verpflichtet, einem anderen Lande sogenannte Kriegskosten zu zahlen; bereits erhobene Kontributionen sind zurückzuzahlen. Was den Ersatz der Verluste von Privatpersonen in Folge des Krieges anbelangt, so werden sie aus einem besonderen Fonds beglichen, zu dem die Kriegsführenden proportionell beitragen.“

Aus diesem Sachverhalte geht hervor, daß die Schaffung eines besonderen Fonds, der den Zweck hätte, daß aus seinen Mitteln die Verluste von Privatpersonen in Folge des Krieges zu ersetzen wären, vom Grafen Czernin unter der Bedingung prinzipiell nicht abgelehnt wurde, daß sich die anderen kriegsführenden innerhalb einer angemessenen Frist den Friedensverhandlungen anschließen. Der Ersatz von Schäden durch völkerrechtliche Gewaltakte gegen Zivilangehörige des Gegners im eigenen Gebiete wurde schon jetzt zugestanden. Die Frage eines Fonds mit verhältnismäßigen Beiträgen der Kriegsführenden soll in Erwägung gezogen werden.

Nach solchen Feststellungen kann die Richtigkeit der Bemerkung, daß ein gewisser Ersatz auch für die Schäden in Belgien durchgesetzt werden könnte, von niemandem bezweifelt werden, der ohne Befangenheit urteilt. Wir hoffen, durch die Erinnerung an die allgem. zugänglichen Tatsachen zu der von der „Kreuzzeitung“ und von der „Nationalliberalen Korrespondenz“ gewünschten Klarstellung beigetragen zu haben. Wer nicht will, daß der Bestand von Belgien, Rumänien und Serbien gerettet werden könnte, muß sich gegen den Grundsatz eines Friedens ohne gewaltsame Aneignung von Gebieten wenden, aber nicht gegen die aus dieser Politik mit Notwendigkeit entstehenden Wirkungen.

4. I. 1918

Der litauische Nationalrat für die Unabhängigkeit Litauens.

8. Berlin, 3. Jänner. Das Wolffsche Bureau meldet: Der oberste litauische Nationalrat in der Schweiz, der von sämtlichen litauischen Organisationen in Litauen selbst, in Rußland, Amerika und der Schweiz als oberste Vertretung des litauischen Volkes eingesetzt wurde, hat seinen folgenden Beschluß gefaßt:

Zu Erwägung 1., daß Litauen vom 13. bis zum 18. Jahrhundert unabhängig gewesen ist,

2. daß Litauen nach der gewaltsamen Einverleibung in Rußland nie aufgehört hat, seine Unabhängigkeit zu fordern, selbst mit Waffengewalt in den Jahren 1830, 1863 und 1905,

3. daß Litauen 120 Jahre lang durch das Zaren-tum schimpflich unterdrückt und mißhandelt worden ist und daß nach der Revolution die provisorische Regierung selbst seinen nationalen Ansprüchen keinerlei Rechnung getragen hat, obwohl sich Litauen der provisorischen Regierung unmittelbar nach ihrer Einsetzung angeschlossen hat (Erklärung vom April 1917), und

4. daß gegenwärtig der größere Teil Litauens von den Deutschen besetzt ist, daß ganz Rußland kraft der durch die letzten Ereignisse geschaffenen neuen Lage sich in der Unmöglichkeit sieht, seine Rechte und Pflichten gegenüber dem litauischen Volke wahrzunehmen und daß andererseits das litauische Volk trotz der ein Jahrhundert lang ertragenen Unterdrückung bis zum heutigen Tage nie aufgehört hat, den Verpflichtungen gegen den russischen Staat loyal nachzukommen,

beschließt der oberste litauische Nationalrat als Träger und getreuer Wächter der höchsten Interessen des Landes:

1. Das litauische Volk betrachtet sich schon jetzt aller Bande gegen den russischen Staat ledig.

2. Unter Anrufung des von den Mächten anerkannten Grundsatzes, daß alle Völker über ihr Schicksal selbst zu bestimmen haben, hat das litauische Volk das Recht und die Pflicht, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und seine Unabhängigkeit zur Anerkennung durch die Mächte zu bringen.

Die schreckliche „Friedens- gefahr“!

International-sozialdemokratische Wählerarbeit
gegen die Friedensarbeit der Bolschewiken.

Stockholm, 2. Jänner.

Im hiesigen Volkshaus hat gestern eine große Arbeiterversammlung stattgefunden, welche das Blatt „Socialdemokraten“ als Einleitung einer Aktion für eine Sammlung der Internationale gegen einen Separatfrieden bezeichnet.

Der Hauptredner Sandler schilderte die „Gefahren eines Separatfriedens für die Sozialdemokratie“. Die großen Massen sollten daher das Wort ergreifen und ihre Regierungen zwingen, die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens zu prüfen.

Der hiesige Vertrauensmann der Bolschewiken Johansson erklärte, der Separatfriede sei keine Gefahr für Schweden oder Rußland. Er glaube nicht an das Zustandekommen einer Sammlung der Internationale. Der Separatfriede werde den Uebermut der Westmächte brechen und sie zum Frieden zwingen. (So ist es! D. Red.) Redner schloß mit Hochrufen auf den Frieden.

Ein russischer Sozialist erwiderte ihm mit einer Schilderung der „Gefahren eines Separatfriedens.“ Der Führer der hiesigen Sozialistenpartei Chefredakteur

Hansson sprach in demselben Sinne und drückte die Befürchtung aus, daß die Bolschewiken vielleicht die Pässe für eine Konferenz der Internationale in Stockholm verweigern würden.

Die Versammlung nahm hierauf eine von der Parteileitung vorgeschlagene Resolution an, worin die Beendigung des Krieges verlangt, die „Gefahren eines Separatfriedens“ (!) hervorgehoben und die Sozialisten aller Länder aufgefordert werden, sofort ans Werk für eine Sammlung der Internationale und den allgemeinen Frieden zu schreiten. Insbesondere sollen die Sozialisten Frankreichs, Englands, Amerikas und Italiens alle Mittel anwenden, um eine Pässeverweigerung zu verhindern. Wenn die Regierungen keinen Friedenswillen zeigen, sollen die Völker selbst miteinander in Verbindung treten, um die Welt vom Kriege und vom Militarismus zu befreien.

Die sozialdemokratische Weltverschwörung gegen den Frieden, nämlich die Verschwörung des internationalen Führerklingels tritt immer klarer in Erscheinung. Wie erinnerlich, hat vor nicht langer Zeit der sozialistische Minister Stauning in Dänemark erklärt, die rote Internationale hätte die Aufgabe, einen Sonderfrieden Rußlands zu verhindern und es müsse zu diesem Zwecke sofort neuerlich eine Führerkonferenz nach Stockholm einberufen werden. Das Stockholmer Sozialistenblatt „Socialdemokraten“ heft, seit die Petersburger Bolschewiken mit den Friedensbemühungen Ernst machen, ohne Unterlaß mit verbissenem Ingrimm gegen die russischen „Verräter“, obwohl der Herausgeber des Blattes, Genosse Brantling, seit einiger Zeit Minister ist und als solcher, wenn schon nicht zu einer friedensfreundlichen, so doch gewiß zu einer neutralen Haltung verpflichtet wäre. Es ist soweit gekommen, daß in einer Stockholmer Versammlung sozialistischer „Bazisisten“ der Vertreter der Petersburger Bolschewiken in aller Form zur Rechenschaft gezogen wird und sich wegen der ernstesten Friedensarbeit seiner Partei rechtfertigen muß! Unter dem Deckmantel des „allgemeinen“ Friedens wird gegen den Frieden, weil es die Verbändepulokratie so befiehlt, in der ungeniertesten Weise gehetzt. Als ob dem allgemeinen Frieden dadurch gedient wäre, wenn sogar der bereits mögliche Frieden zwischen den Mittelmächten und Rußland verhindert würde. Aber dem Führerklingel der roten Internationale ist es nicht um den Frieden, sondern um das Verbandsinteresse zu tun. Weil die Friedensbemühungen der Petersburger Bolschewiken den Verbändepulokratien nicht gefallen, rückt sofort die rote Internationale zum Kamyse gegen die Bolschewiken aus. Die Völker werden sich diese Wählerarbeit der sozialistischen Friedensverhinderer merken und auf die feinerzeitige Abrechnung mit den gewissenlosen Gebern nicht verzichten.

4. I. 1918

Der Zwischenfall in den Friedensverhandlungen.**Die Frage der Verlegung nach dem neutralen Auslande.**

Wien, 4. Januar.

Die Vertreter der Mittelmächte sind nach Brest-Litowsk abgereist. In den Beratungen wurde beschlossen, der Entente eine Frist bis zum 4. Januar zu geben, damit sie die Grundsätze des Friedens kennen lerne und die Möglichkeit habe, sich anzuschließen. Die russischen Vertreter haben erklärt, daß nach Ablauf dieser Frist die Verhandlungen unter allen Umständen in Brest-Litowsk fortgesetzt werden sollen.

Deshalb ist es auffallend, daß die Regierung in Petersburg plötzlich anderer Meinung geworden ist. Die Vertreter der Mittelmächte wurden telegraphisch verständigt, Ausland wünsche, daß die Fortsetzung der Verhandlungen an einem neutralen Orte des Auslandes stattfinden solle. Die Vertreter der Mittelmächte haben mit dem Hinweise auf den bindenden Beschluß, die Verhandlungen nach Ablauf der Frist vom 4. Januar unter allen Umständen in Brest-Litowsk an dem vereinbarten Tage fortzusetzen, dem Antrage, betreffend die Verlegung der Konferenz, nicht zugestimmt.

Die Antwort der russischen Vertreter ist noch nicht bekannt und so läßt sich in diesem Augenblicke noch nicht sagen, ob der Zwischenfall, der eine Meinungsverschiedenheit

über den Verhandlungsort hervorgerufen hat, ohne weitere Folgen bleiben werde. Die Vermutung, daß bei dem russischen Vorschlage die Einflüsse der Entente wirksam gewesen sind, hat die allergrößte Wahrscheinlichkeit. In Brest-Litowsk konnten die Diplomaten und die sonstigen Mitarbeiter bei den Untrieben der Entente nicht täglich und stündlich störend in die Verhandlungen eingreifen. Brest-Litowsk ist eine von deutschen Truppen besetzte Festung und dort konnten diese Elemente leicht ferngehalten werden. Durch die Verlegung der Konferenz in das neutrale Ausland hätten die Diplomaten der Entente die leichteste Gelegenheit, fortwährend hinter den Stühlen der russischen Vertreter zu stehen und durch ihre Einflüsterungen die Lage zu verwirren.

Wichtiger als die russische Forderung ist deren Ursprung. Es hat sich gezeigt, daß auch die jetzige russische Regierung, die von der Entente so schwer beleidigt worden ist, deren Einflüssen trotzdem zugänglich bleibt. Das ist der Kern des Zwischenfalles. Rußland braucht jedoch den Frieden so dringend, daß die entschiedene Weigerung der Vertreter der Mittelmächte, den Vorschlag, betreffend die Aenderung des Verhandlungsortes zu genehmigen, nicht ohne Eindruck bleiben dürfte. Die Ablehnung bedeutet zugleich, daß die Mittelmächte ein Verschleppen und Hinzuziehen der Verhandlungen nicht wollen. Es muß jeder Teil schon darüber klar geworden sein, ob er den Frieden unter den gegebenen Verhältnissen annimmt oder nicht. Eine Verlegung der Friedensverhandlungen könnte ohne Zeitverlust nicht stattfinden. Wir sehen aus diesem Zwischenfalle, daß die Entente alle ihre Hilfsmittel anbietet, um den Abschluß des Friedens zu verhindern. Sie mag in diesem Bestreben von den Schwankungen, die innerhalb der russischen Parteien stattfinden, unterstützt werden. Der deutsche Reichskanzler hat die öffentliche Meinung schon gestern auf die Möglichkeit von Störungen vorbereitet. Er hat von der Möglichkeit eines plötzlichen Wechsels in der Lage von heute auf morgen und auch von der Möglichkeit des Eintrittes von Zwischenfällen gesprochen. Diese Bemerkungen haben sich offenbar auf die Ursachen gestützt, durch welche die russischen Vertreter veranlaßt worden sind, eine Ortsveränderung zu wünschen.

Nach dem Verlaufe der Beratungen in Brest-Litowsk und nach dem Standpunkte, den die russischen Vertreter eingenommen haben, ist trotzdem die Meinung berechtigt, es werde vielleicht gelingen, auch über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen. Zunächst handelt es sich um einen Vorfrieden und der Ort, wo der Friedensvertrag selbst mit sämtlichen Einzelheiten vereinbart werden soll, ist noch nicht beschlossen. In den meisten Fällen sind die Orte, wo über den Vorfrieden und wo über den Frieden verhandelt wird, verschieden. Bei gutem Willen wäre der Ausweg zu finden. Ob der Zwischenfall mehr ist als ein vorübergehendes Ereignis, wird aus der Antwort der russischen Vertreter zu erkennen sein.

Das I. L. Tel.-Korr.-Bureau meldet aus
Brest-Litowsk:

Der Vorsitzende der russischen Delegation
hat am 3. d. aus Petersburg an die Bevoll-
mächtigten der Vierbundmächte in Brest-Litowsk
eine Depesche gerichtet, in der er mit Berufung
auf einen Beschluß der Regierung der russischen
Republik vorschlägt, die Verhandlungen im
neutralen Auslande fortzusetzen.

In Erwiderung hierauf haben die Dele-
gierten der vier verbündeten Mächte am 4. d.
an Herrn Sofke telegraphiert, daß sie jede
Verlegung des Verhandlung-
ortes ablehnen, da bindend verabredet
worden sei, die Verhandlungen spätestens am
5. d. M. in Brest-Litowsk wieder aufzunehmen.

Konferenz der französischen Gewerkschaften.

Am 22. und 23. Dezember 1917 tagte (wie schon telegraphisch kurz berichtet) in Clermont-Ferrand die Jahreskonferenz der französischen Gewerkschaften. Es erschienen 140 Delegierte, die 59 Arbeitsböden, 47 Gewerkschaften und 36 Verbände vertraten. Als Gäste waren anwesend: W. Appleton (Allgemeiner Verband der britischen Gewerkschaften), Volklaert (belgische Gewerkschaften) und ein serbischer Arbeitervertreter. Der schweizerische Delegierte Rysler überbrachte die Grüße des schweizerischen Proletariats und führte sodann aus: „Ich gebe dem Wunsche Ausdruck, daß die Uebertragung des Internationalen gewerkschaftlichen Büros von Berlin nach der Schweiz bald geschehen möge. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund, der vor dem Kriege 80.000 Mitglieder zählte, hat jetzt 120.000; es sind hauptsächlich die Eisenbahner, denen diese Zunahme zu verdanken ist. Zum Schluß möchte ich noch das Bedauern darüber aussprechen, daß es den Franzosen und den Italienern nicht möglich war, eine Vertretung zur Berner Konferenz vom 1. Oktober 1917 zu schicken.“ Die holländischen Organisationen haben ein Begrüßungsschreiben geschickt.

Die Internationale und der Friede.

Jouhaux berichtete über die wiederholte Verweigerung der Reisepässe und erklärte, daß die Franzosen nur aus diesem Grunde nach Stockholm und nach Bern nicht reisen konnten; er halte eine internationale Arbeiterkonferenz für unbedingt notwendig; das französische Proletariat sei entschlossen der Arbeiterwelt diejenigen Friedensbedingungen vorzulegen, die Frankreich retten und der Menschheit eine befriedigende Entwicklung zusichern könnten.

Clavarié erklärte, daß er zu denjenigen gehöre, die Deutschland als ein Mitglied des Bundes der Nationen sehen möchten, aber das deutsche Volk müsse die nötigen Garantien geben, die dessen gegenwärtige Regierung nicht gewähren könne. — Rougerie verteidigt sich gegen den Vorwurf des Pazifismus: die wirklichen Flaumacher sind nicht die Friedensfreunde, sondern die rücksichtslosen Kriegsheger, die unser Land der Gefahr der Erschöpfung und der endgültigen Niederlage aussetzen! Er verlangt, daß die französische Regierung ihre Friedensbedingungen veröffentliche; falls sie gerecht seien und Deutschland sie verwerfe, dann würde das französische Proletariat mit Verzweiflung den Krieg fortsetzen. — Rayou sagte, er sei Pazifist und lehne die Haltung der Mehrheit ab; er wünsche einen Frieden auf Grund des Zimmerwalder Programms. — Merrheim verlas einen Brief des Verwaltungsausschusses der Metallarbeiter der die Haltung der Führer des französischen Gewerkschaftsbundes seit Kriegsausbruch als nicht vereinbar mit dem früher anerkannten Grundsätzen erklärte; die Metallarbeiter tadeln die Zusammenarbeit des Gewerkschaftsbundes mit der Regierung und sie sind unzufrieden mit der Stellungnahme der Führer gegenüber den Bolschewiki. Merrheim führte dann aus: „Die Mißstimmung, die gegenwärtig in Frankreich herrscht, ist meines Erachtens die Folge der Abbanfung des Gewerkschaftsbundes. Die alliierten Regierungen müssen jetzt an den Unterhandlungen in Brest-Litowsk teilnehmen. Es ist bedauerlich, daß sich Jouhaux in seinem Bericht mit dieser Frage gar nicht beschäftigt hat. Ich bleibe bei meinen Auffassungen, daß alle Regierungen gleichmäßig am Kriege schuld seien und daß die Völker gleichmäßig für den Krieg nicht verantwortlich gemacht werden können. Die einzig richtige Stellungnahme für uns ist, sich mit den Winderheitlern zu verständigen. Unsere Friedenskonferenz kann nur ein internationaler Kongreß sein, auf dem die Vertreter der Arbeiter aller Länder anwesend sind.“

Tilmans, der belgische Delegierte, fragte, wie Merrheim über die Schadloshaltung Belgiens und Serbiens denke. — Merrheim antwortete: Man darf die Last der Wiedergutmachung der Kriegsschäden nicht einem einzigen Volke aufbürden, sie muß von allen kriegsführenden Ländern getragen werden, auch die Deutschen haben in Ostpreußen Schäden erlitten. (Großer Beifall bei den Winderheitlern.) — Véricat hält die Ausführungen Merrheims für durchaus richtig. Die Arbeiterklasse habe nur einen Feind: das Kapital. Er stelle sich vollständig auf den Standpunkt des Klassenkampfes. Der wirkliche Krieg werde nicht zwischen Nationen ausgefochten, sondern zwischen den Klassen. (Starke Unterbrechungen.) Die einzigen praktischen Sozialisten seien Lenin und Trotzky; sie redeten nicht viel, sondern handelten entschlossen, wie dies die Lage verlangte. Er entbiete ihnen die herzlichsten Grüße. — Savoié verteidigt die Haltung des Gewerkschaftsbundes. Deutschland habe noch bis heute seine Kriegsziele nicht veröffentlicht. Die Bolschewiki würden noch so manche Enttäuschung erleben, denn die Deutschen gingen auf Eroberungen aus, sie strebten nach der wirtschaftlichen Beherrschung Belgiens und nach der Einverleibung von Brieg. Die Führer des französischen Gewerkschaftsbundes konnten keine andere Haltung einnehmen. (Großer Beifall.) — Dumais wirft Merrheim vor, daß er bestrebt sei, Deutschland zu entschuldigen; seit Kriegsausbruch sei die ganze Tätigkeit Merrheims gegen Frankreich gerichtet gewesen. Wir seien nicht berechtigt, unsere Grüße an Lenin zu senden, denn die französischen Soldaten würden das Opfer des russischen Waffenstillstandes sein. Die Lage sei ernst. Spaltungen unter den Alliierten könnten den Sieg Deutschlands herbeiführen. — Bourderon klagte die Führer des Gewerkschaftsbundes an, daß sie sich auf den nationalistischen Standpunkt gestellt haben. Jouhaux sei um kein Jota besser als Legien in Deutschland. (Große Unruhe und fortgesetzte Unterbrechungen.) Nach Wiederherstellung der Ruhe setzte Bourderon seine Rede fort und sagte: „Ich kann nicht umhin, den Lateinern und Trotzky's meine Bewunderung zu zollen. Dies sind großherzige und vollkommen aufrichtige Männer; sie wissen, daß die Völker überall die Opfer ihrer Regierungen sind. Die Stellungnahme der Mehrheit des Gewerkschaftsbundes gegenüber der Entwicklung der russischen Revolution ist einfach unverantwortlich. Die Konferenz sollte eine Entschliezung annehmen, die den unerschütterlichen Willen ausdrückt, einen internationalen Arbeiterkongreß zu erhalten.“

Die Konferenz setzte einen Ausschuß von Vertretern beider Richtungen ein, um die Entschliezung zu entwerfen, über die schon telegraphisch berichtet wurde.

4./I. 1918.

134 4

Erklärung Hertlings im Hauptauschuß.

Wie der Reichskanzler in der heutigen Sitzung des Hauptauschusses mitteilte, hat die russische Regierung eine Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vorgeschlagen. Staatssekretär v. Kühlmann ist beauftragt worden, diesen Vorschlag abzulehnen. Weiter ist aus Petersburg erklärt worden, daß Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge, die sich auf die Modalitäten der Räumung der Gebiete und die Vornahme der Volksabstimmungen beziehen, nicht angenommen werden können. Dazu bemerkte der Reichskanzler, wir können getrost abwarten wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird, wir stützen uns auf unsere Machtstellung, auf unsere loyale Gesinnung und auf unser gutes Recht (Lebhaftes Bravo). Außerdem erklärte der Reichskanzler, daß wir mit den in Brest-Litowsk eingetroffenen Bevollmächtigten der Ukraine weiter verhandeln würden.

Im Anschluß an diese Ausführungen ergriff der Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling das Wort zu folgender Erklärung:

Der Herr Vorredner hat die Güte gehabt, an das zu erinnern, was ich gestern am Schlusse meiner kurzen einleitenden Worte gesagt habe, daß das, was gestern galt, vielleicht heute nicht mehr gelten würde, und daß wir immer mit der Möglichkeit von Zwischenfällen zu rechnen hätten. Ein solcher Zwischenfall scheint jetzt eingetreten zu sein.

Schon früher hatte wiederholt während der Verhandlungen die russische Regierung den Wunsch ausgesprochen lassen, daß die Verhandlungen von Brest-Litowsk verlegt und an einem neutralen Orte, etwa in Stockholm, fortgesetzt werden möchten. Jetzt ist dieser Vorschlag ausdrücklich gemacht worden. Die russische Regierung schlägt eine Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vor. Ganz abgesehen davon, daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen vorschreiben zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiter führen sollen, darf ich darauf hinweisen, daß eine Verlegung nach Stockholm zu außerordentlich großen Schwierigkeiten führen würde. Ich will nur die eine Schwierigkeit anführen, daß die direkte Verbindung, die die verhandelnden Delegierten mit ihren Hauptstädten Berlin, Wien, Sofia, Konstantinopel und Petersburg haben müssen, — die direkten Verbindungen, die in Brest-Litowsk angelegt sind, funktionieren gut — in Stockholm auf die größten Schwierigkeiten stoßen würde. Schon dieser eine Punkt führt dazu, daß wir nicht darauf eingehen können. Dazu kommt, daß die Machenschaften der Entente, Mißtrauen zu säen zwischen der russischen Regierung, ihren Vertretern und uns, dort neuen Boden gewinnen würden.

Ich habe daher den Herrn Staatssekretär v. Kühlmann beauftragt, diesen Vorschlag abzulehnen. (Bravo!) Inzwischen sind in Brest-Litowsk Vertreter der Ukraine eingetroffen, und zwar nicht nur als Sachverständige, sondern mit Vollmachten zu Verhandlungen ausgestattet. Wir werden ganz ruhig mit den Vertretern der Ukraine weiter verhandeln.

Ich füge noch hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt worden ist, die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen. Diese beiden Punkte beziehen sich auf die Modalitäten der Räumung der Gebiete und die Vornahme der Volksabstimmungen. In der russischen Presse wird uns insinuiert, daß in diesen Punkten 1 und 2 ausgedrückt sei, wie wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage, betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollen. Ich muß diese Insinuation zurückweisen. (Bravo!) Punkt 1 und 2 sind lediglich durch praktische Erwägungen bestimmt. Wir können davon nicht abgehen.

Ich glaube, meine Herren, wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir stützen uns auf unsere Machtstellung, auf unsere loyale Gesinnung und auf unser gutes Recht. (Lebhaftes Bravo!)

Fortsetzung der Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Bevorstehende Ankunft Trojki und der anderen russischen Vertreter.

Wien, 5. Januar.

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk:

Auf die gestern an Herrn Joffe gerichtete Antwort der Delegationen der Vierbundmächte hat die russische Delegation telegraphisch erwidert, sie werde in Anbetracht der bereits erfolgten Ankunft der Delegation der vier Verbündeten in Brest-Litowsk am 5. Januar zusammen mit dem Volkskommissär für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Trojki, gleichfalls dahin abreisen.

Der Stein des Anstoßes.

In den Verhandlungen von Brest-Litowsk, die heute hätten fortgesetzt werden sollen, ist eine Störung eingetreten. Es handelt sich dabei um etwas mehr als um einen bloßen Zwischenfall. Denn aus den Aufklärungen, die Reichskanzler Graf Hertling gestern im Hauptausschuß des deutschen Reichstages gab, geht zweierlei mit voller Deutlichkeit hervor: erstens, daß der russische Vorschlag, die Verhandlungen auf neutralen Boden zu verlegen, nicht ein bloßer Einfall war, sondern älteren Datums ist, und zweitens, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbündeten und der russischen Regierung nicht nur den Verhandlungsort, sondern auch sehr wichtige Punkte des Verhandlungsthemas betreffen. Was zunächst die Ortsfrage anlangt, so wird die bestimmte Weigerung unserer Unterhändler, mit den Russen von Brest nach Stockholm zu gehen, gewiß die Zustimmung der öffentlichen Mehrheitsmeinung in Oesterreich-Ungarn wie in Deutschland finden. Stockholm ist nach der Stimmungsmacherei, die der bekannte Herr Branting dort betreibt, ein durchaus ungeeigneter Ort, über einen Sonderfrieden zwischen uns und Rußland zu verhandeln. Schon aus technischen Gründen ist, wie Graf Hertling überzeugend darlegte, eine Verlegung der Verhandlungen ins neutrale Ausland undurchführbar. Noch viel stärker sind aber die politischen Gründe, die einen solchen Wechsel des Schauplatzes ausschließen. Daß die Entente, die vor-

läufig den allgemeinen Frieden nicht will, das stärkste Interesse hat, einen Sonderfrieden nicht zustande kommen zu lassen ist klar, und ebenso klar ist, daß ein neutraler Verhandlungsort für die störenden Ränke der Ententediplomatie einen viel bequemeren Spielraum böte, als das von solchen Einflüssen wenigstens räumlich abgeschlossene Brest-Litowsk. Wenn ich weiß, daß jemand mir in die Suppe spucken will, werde ich doch nicht so gefällig sein, ihm den Suppentopf noch näher zu rücken. Die Verbündeten konnten also vernünftigerweise nichts anderes tun, als die von den Russen gewünschte Ortsveränderung abzulehnen.

Warum hat aber die russische Regierung diese Veränderung gewünscht? Warum hat sie diesen Wunsch wiederholt angedeutet und zuletzt in bestimmtester Form ausgesprochen? Daß das russische Volk tiefe Friedenssehnsucht empfindet und daß die Bolschewiki als Volksregierung diese Sehnsucht erfüllen wollen, steht außer Zweifel. Was kann sie nun veranlassen, die Friedensverhandlungen von einem sicheren nach einem unsicheren Ort verlegen zu wollen, wo die Einmischung fremder, störender Hände mehr als wahrscheinlich ist? Für dieses auffallend widerspruchsvolle Verhalten gibt es nur eine einzige Erklärung: Es muß im Laufe der Verhandlungen etwas geschehen sein, was die russische Regierung stutzig machte, was ihr unheimlich vorkam, was ihr die Last ihrer Verantwortung zu schwer erscheinen ließ, was bei ihr das Bedürfnis weckte, fremde Anlehnung zu suchen — selbst auf die Gefahr hin, daß dabei Anlehnung und Ablehnung durcheinander spielen könnten. Und da halten wir nun bei der Meinungsverschiedenheit zwischen den Verbündeten und Rußland, die nicht den Verhandlungsort, sondern das Verhandlungsthema betrifft. Die Territorialfragen sind der entscheidende Punkt. Die Bolschewiki sind geneigt, die Fremdvölker in den Grenzgebieten über ihre künftige Staatszugehörigkeit frei bestimmen zu lassen — aber dieses Selbstbestimmungsrecht muß wirklich in voller Freiheit ausgeübt werden. Und in den Vorschlägen der Mittelmächte sieht die Bolschewikiregierung eben keine ausreichende Bürgschaft dieser freien Selbstbestimmung. Die russische Regierung scheut davor zurück, vor dem russischen Volk, vor der Gegenwart und Zukunft, Gebietsverluste zu

verantworten, die nicht wenigstens durch strenge Wahrung des Prinzips: „Freies Selbstbestimmungsrecht der Völker“ eine ideale Rechtfertigung erhalten. Das ist der russische Standpunkt, und diesem hätte wohl durch eine weniger verflausulierte, entgegenkommendere Fassung der Vorschläge der Mittelmächte besser Rechnung getragen werden können. Aber dieser Fehler ist nicht unreparierbar. Noch ist überhaupt nichts veräümt, nichts verloren. Bei dem aufrichtigen Friedenswillen, der auf beiden Seiten besteht, ist zu hoffen, daß die Spannung überwunden werden wird, und daß die Friedensmacher, die auf so gutem Wege waren über den Stein des Anstoßes hinwegkommen und das gemeinsame Ziel nicht verfehlen werden.

Fortsetzung der Friedensverhandlungen.

Trotki reist heute mit der russischen Delegation nach Brest-Litowsk.

Wien, 5. Jänner.

Das L. T. Telegraphenkorrespondenz-Bureau meldet aus Brest-Litowsk:

Auf die gestern an Herrn Goffe gerichtete Antwort der Delegation der Vierbündsmächte hat die russische Delegation telegraphisch erwidert, sie werde in Anbetracht der bereits erfolgten Ankunft der Delegation der vier Verbündeten in Brest-Litowsk am 5. d. zusammen mit dem Volkst. kommissär für auswärtige Angelegenheiten Herrn Trocki gleichfalls dorthin abreisen.

Die tschechisch-slovakische „Armee“.

Die Verbandspresse, insbesondere die französische, schlägt Purzelbäume — geheuchelter! — Freude über die tschechisch-slovakische „Armee“, die nun zum Kampfe gegen die Mittelmächte an der Westfront in Bildung begriffen sei. Es wäre interessant, zu erfahren, mit wie viel internationalem Allerweltsgesindel die Opfer der Masaryk-Machenschaften die Ehre, für den Verband und gegen ihr eigenes Vaterland zu kämpfen, teilen müssen. Sicherlich bilden wirkliche Tschechen und Slovaken nur einen Bruchteil der zu politischen Zwecken „tschechisch-slovakisch“ benannten Armee. Gleichwohl ist es bezeichnend für den Geist, der die tschechische Presse und Politik beherrscht, daß nicht ein elementarer Ausbruch der Entrüstung gegen die schmutzigen Machenschaften des Verbandes und ihrer ehrelosen Helfer losbricht und so die politische Spekulation zuchanden macht. Vor der Amnestie und als noch das Damoklesschwert der „Vorbildungen“ über dem tschechischen Syrakus schwebte, konnte noch daran und wann über tschechische Loyalitätsäußerungen und über scharfe Stellungnahmen gegen das schamlose Treiben der landesflüchtigen Verräter und „ärgsten Schädlinge des tschechischen Volkes“ berichtet werden. Seit der Amnestie hat auch das aufgehört und es ist, als sei nunmehr der Geist des durch die Begnadigung nur noch verbissener gewordenen Radikalismus Alleinherrscher geworden. Hoffentlich geht auch der Krug der Kramar, Stribrny, Stransky und Genossen nicht öfter zum Brunnen, als bis er — bricht. Die Fanatiker mögen unheilbar sein, ein Volk kann unmöglich dauernd den selbstmörderischen Wahnsinn von Verrückten mitmachen.

Neben Masaryk ist einer der ärgsten Heher und Schürer im Auslande der bei Kriegsausbruch aus Prag geflüchtete Privatdozent für Soziologie an der dortigen tschechischen Universität Dr. Eduard Beneš, derzeit „Generalsekretär des tschechisch-slovakischen Nationalrates in Paris“. In einer mit wütenden Ausfällen gegen Oesterreich und sein Kaiserhaus, gegen die Deutschösterreicher und das Deutsche Reich gespickten Schrift, die Beneš kürzlich in London erscheinen ließ, wird das Werden der „tschechisch-slovakischen Armee“ mit ebensoviel Zynismus als Pathos und Uebertreibungen erzählt. Beneš will offenbar seinen neuen Gönnern seine eigenen und der übrigen Hochverräter Verdienste um die Verbandsache recht herausstreichen, darum trägt er so dick auf:

Im Laufe des Krieges hatten tschechische Regimenter die Reihen der Armee verlassen, um dem Vierverbande zum Siege zu verhelfen. Sogleich nach Ausbruch des Krieges habe das tschechische Volk eine allgemeine feindliche Stimmung gegen die Monarchie ergriffen. Unfähig, aus Mangel an genügender Vorbereitung eine regelrechte Revolution herauszubekämpfen, mußte man sich des passiven Widerstandes bedienen. Die Zeitungen brachten feindselige Artikel, die Bevölkerung zeichnete keine Kriegsanleihe und unterließ es, der Regierung Lebensmittel zu liefern, um den finanziellen und wirtschaftlichen Bankrott der Monarchie herbeizuführen. Die tschechischen Soldaten aber hätten sich planmäßig geweigert, zu marschieren und für die Monarchie zu kämpfen und dadurch in wirkungsvoller Weise im ersten Jahre des Krieges zu den Niederlagen der österreich-ungarischen Waffen beigetragen. „Man muß sich im einzelnen“ — äußert Beneš — „die Haltung der tschechischen Soldaten vom ersten Augenblick des Krieges an vor Augen halten, um den Anteil zu begreifen, den sie am Scheitern der österreich-ungarisch-deutschen Pläne hatten.“ Ferner rühmt er, daß vom ersten Tage der Mobilisierung an die Reservisten der kleinen Städte und des Flachlandes offen ihren aufreuerischen Geist zur Schau trugen und erklärten, daß sie ihre Waffen gegen die Offiziere und die Deutschen lehren würden. Alle über sie verhängten Strafen hatten nur den einen Erfolg, daß sie bei erster gegebener Gelegenheit auf dem Schlachtfelde zu den Russen übergingen. Mit Stolz nennt Beneš das 11. (Pisek), 28. (Prag), 35. (Pilsen), 86. (Jungbunzlau) und 88. (Wraun) Regiment, das aber bei dem Versuch, überzugehen von preussischer Garde und ungarischen Honveds in ein Kreuzfeuer genommen wurde. Nach seiner Berechnung haben sich von 800.000 Tschecho-Slovaken bis Anfang 1918 bei 250.000 Mann den Russen und Serben ergeben.

Die österreichische Öffentlichkeit ist längst darüber unterrichtet, was von diesen Erzählungen traurige Wahrheit ist und was — politische Spekulation. Die Aufschneiderien des Beneš lehren selbstverständlich in den Begründungsartikeln der Verbandspresse an die neue „tschechisch-slovakische Armee“ überall wieder. Aus eben diesen Artikeln geht mit handgreiflicher Deutlichkeit hervor, welche politische Zwecke das plumpe Manöver mit dieser „Armee“ verfolgt. Immerhin sind einige Angaben der Pariser Blätter von Interesse, so wenn der „Matin“ schreibt:

Die Existenz einer nationalen tschechisch-slovakischen Armee ist ein kostbares Unterpfand, das der Tätigkeit unserer Freunde in Böhmen und vor allem dem Nationalrate der tschechischen Länder, der in Paris unermüdet an der Befreiung seiner Länder arbeitet, gegeben wurde. Sie ist auch die Anerkennung für die Bemühungen der Tschechen, der Tätigkeit des Professors Masaryk, des Kommandanten Stefanik, des Professors Beneš und ihrer Mitarbeiter. Das Zentrum der Armee wird in Frankreich sein, um zu zeigen, daß Böhmen von unserem moralischen Schutze eine glücklichere Zukunft erwartet. Während Professor Masaryk unterstützt von General Alexejew, in der Ukraine bereits in Regimentern formierte tschechische Kontingente organisiert, ist in Frankreich General Janin mit dieser Aufgabe betraut. Diese interessante Initiative der französischen Regierung, die nach der Bildung einer polnischen Legion kommt, ist für unsere Feinde ein Zeichen, daß sie sich einer Täuschung hingeben, wenn sie glauben, Mitteleuropa nach ihrem Belieben organisieren zu können.

Und im „Journal des Debats“ war u. a. zu lesen:

Die Männer, denen man diese Organisation verdankt, können auf zwei Millionen im Auslande lebende Tschechen und Slovaken, auf die 350.000 tschechischen Kriegsgefangenen in Rußland, Italien, Frankreich und England, sowie darauf hinweisen, daß sie mit den zehn Millionen unter deutschem und magyarischem Joche schmachtenden Tschechen und Slovaken in Kontakt stehen. Die wahren Gefühle jener haben sich im Laufe des Krieges wiederholt, wenn auch in verschiedener Form, durch die militärische Desorganisation Oesterreich-Ungarns während des ersten Kriegesjahres durch Massendefektionen, durch unglückliche freiwillige Ueberläufer zu den Russen, Serben, Italienern und Rumänen, durch so viele Prozesse und Verurteilungen offenbart. Vor einigen Wochen erst kam in Paris eine Botichaft aus Böhmen an, die Informationen über die wirtschaftliche Lage in Oesterreich enthielt und von dem Vertrauen eines Volkes berichtete, das den Sieg seiner Sache und auch unseren Sieg sehnsüchtig ersehnt. Die tschechisch-slovakische Armee in Frankreich bedeutet in den Augen der Tschechen, daß Böhmen sich durch den Kampf für Frankreich selbst befreit. Es gibt anderthalb Millionen Tschecho-Slovaken in Amerika, 350.000 tschechisch-slovakische Gefangene in Rußland, unter ihnen ein organisiertes Armeekorps, das Brussilow in der letzten Juli-Offensive als leuchtendes Vorbild dem „schmählischen allgemeinen Verfall“ entgegenstehe, und von dem er sagte, es habe sich so geschlagen, „daß man auf die Knie fallen müsse“. Es gibt 22.000 Gefangene in Italien, deren militärische Verwendung als Freiwillige die italienische Regierung gestattet.

Aus diesen Darstellungen wird vor allem die Hilfsbedürftigkeit der Franzosen ersichtlich. Nicht um die „Befreiung“ der Tschechen durch den Verband, sondern um die Rettung des Verbandes durch tschechisches Blut handelt es sich. Die Tschechen sollen jetzt, nachdem die Polen, die Griechen, die Serben und sogar die Russen versagt haben, die Wurzeln der Verbandsmächte abgeben. Man darf auf das Echo der tschechischen Öffentlichkeit auf diese saubere Zumutung neugierig sein. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß der gesunde Sinn, der politische und nationale Selbsterhaltungstrieb des tschechischen Volkes, das Drahterhau des Wahnsinns, hinter dem es die Masaryk-Beneš-Leute und ihre amnestierten Gehilfen verderben möchten, doch noch durchbrechen wird.

v. I. 1918

Neue Bestimmungen für die Ueberschreitung der russischen Grenze.

Petersburg, 3. Jänner. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Für das Ueberschreiten der russischen Grenze gelten folgende Bestimmungen:

1. Alle fremden Staatsbürger, die mit diplomatischen, von den Vertretern der Volkskommissäre im Ausland erteilten Pässen der ver-

bündeten oder neutralen Staaten versehen sind, können die Grenze unbehindert überschreiten.

2. Russische Staatsbürger mit diplomatischen, von den Vertretern des Rates der Volkskommissäre erteilten Pässen können die Grenze unbehindert passieren.

3. Die politischen Flüchtlinge haben persönliche, in jedem einzelnen Falle von den bezüglichen besonders ermächtigten Flüchtlingsausschüssen ausgegebene Erlaubnischeine vorzuweisen, die mit dem Visum der Vertreter des Rates der Volkskommissäre im Ausland versehen sein müssen.

4. Sowohl russische (desgleichen finnländische) wie auch ausländische Staatsbürger mit diplomatischen Pässen können die russische Grenze überschreiten, falls sie sich vorher eine besondere Erlaubnis für jeden einzelnen Fall vom Vertreter des Rates der Volkskommissäre im Auslande erwirkt haben. Fremde und russische Staatsbürger, mit Ausnahme des diplomatischen Personals, die das russische Gebiet verlassen, müssen sich einer Leibesuntersuchung unterziehen.

Der Ablauf der zehntägigen Frist. Feststellung der Delegationen des Vierbundes.

Wien, 5. Jänner.
Das I. I. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk:
Die Delegationen der Vierbündmächte haben am 5. d. M. an den Vorsitzenden der russischen Delegation folgende Depesche gerichtet:

In ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation hatten die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Leitfäden für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Wichtigkeit dieser Tatsache ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur gezeigten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müßten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgesetzt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundsätzen eines sofortigen allgemeinen Friedens bekannt machen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten. Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Jänner 1918 abgelaufen und daß bei ihnen von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk eingegangen ist.

Die Depesche Joffes an die Vierbündmächte.

Das I. I. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk:
Die heute gemeldete Antwortdepesche des Herrn Joffe an die Delegation des Vierbundes hat folgenden Wortlaut:

Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet entspricht dem erreichten Stand der Verhandlungen. In Anbetracht der Ankunft Ihrer Delegationen am früheren Ort der Verhandlungen wird unsere Delegation zusammen mit dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trotski morgen nach Brest-Litowsk fahren in der Überzeugung, daß eine Verkündigung über die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Boden keine Schwierigkeiten machen wird.

Die Frage der Verlegung auf neutrales Gebiet.

Erläuterungen im deutschen Hauptauschuss.
S. Berlin, 5. Jänner. Vor der Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages fanden Parteibesprechungen über die politische Lage statt. Ueberdies wurden die Parteiführer von dem Unterkaufsekretär des Auswärtigen von dem Botschafter vom Staatssekretär des Reichskriegsministers Grafen v. Roeder, der an Stelle des erkrankten Botschafters v. Baher die Funktionen eines Botschafters versieht, empfangen.

Unmittelbar nach Beginn der Sitzung des Hauptauschusses gab Unterkaufsekretär von dem Botschafter folgende Erklärung ab:

„Der Reichstag hat gestern die Information der russischen Presse zurückerwidert, daß wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entsagen wollten. Im Anschlusse an diese Erklärung stelle ich im ausdrücklichen Auftrage des Reichstagsleiters folgendes fest:

Der Standpunkt des Reichstagsleiters zum Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt unverändert, aber dieser Standpunkt darf keine Deutung finden, die lediglich von den Interessen der Entente ausgeht.“

Die in der neutralen Presse veröffentlichte Darstellung, als ob die russischen Delegierten den deutschen Vorschlag vom 28. Dezember als undiskutierbar abgelehnt hätten, ist tatsächlich unrichtig. Die russischen Delegierten haben zwar Bedenken gegen die von uns vorgeschlagene Formulierung erhoben, sich indes ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß über diese Formulierung in einer Kommission weiter verhandelt werden sollte, um eine Verkündigung herbeizuführen. Zwischen uns und den russischen Delegierten war vereinbart, daß eine Fortsetzung der Verhandlungen auch über die strittig verbliebenen Punkte am 5. Jänner in Brest-Litowsk erfolgen sollte.

Unsere Verbündeten haben unter diesen Umständen mit uns einmütig den Vorschlag der Russen nach Veränderung des Verhandlungsortes abgelehnt.
Inzwischen ist uns von Brest-Litowsk folgendes Telegramm zugegangen:

Das Telegramm der russischen Delegation.

Am 4. Jänner um 10 Uhr abends ist hier das in Uebersetzung folgende Hughes-Telegramm aus Petersburg eingetroffen:

„An die Herren Vorsitzenden der vier verbündeten Mächte.

Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet entspricht dem erreichten Stand der Verhandlungen. In Anbetracht der Ankunft Ihrer Delegationen am früheren Ort der Verhandlungen wird unsere Delegation zusammen mit dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trotski morgen nach Brest-Litowsk fahren in der Überzeugung, daß eine Verkündigung über die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Boden keine Schwierigkeiten machen wird. Die russische Delegation.“

Inzwischen ist in Brest-Litowsk mit den mit einer Vollmacht versehenen Vertretern der Ukraine in besriedigender Weise verhandelt worden.

Weitere tatsächliche Mitteilungen können von seiten der Regierung heute nicht gemacht werden.“

Unterbrechung der politischen Debatte im Hauptauschuss.

Der Vorsitzende sah sich vor, die Erörterung der politischen Seite der Frage abzusehen, da sie im gegenwärtigen Augenblicke nicht angeeignet, ja bedenklich erschiene.

Die Führer der beiden sozialdemokratischen Fraktionen widerprüchen und betonen, der Reichstag müsse vor aller Welt ausprechen, daß er nach wie vor gewalttätige Gebietsweiterungen und jede Vergeßlichkeit ablehne und die Verkündigung und Verkündigung der Völker entsprechend der Antwort der Reichsleitung an den Papst erstrebe.

Der Ausschuss beschloß mit großer Mehrheit, die politische Erörterung abzubrechen, und begann die Beratung der Fragen der Behandlung der Gefangenen und des Gesangenen austausches.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Besprechungen mit den Delegierten der Ukraine.

Wien, 6. Jänner.

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet aus Brest-Litowsk vom 5. Jänner:

Am gestrigen und heutigen Tage fanden mit den in Brest-Litowsk anwesenden Delegierten der ukrainischen Republik unverbindliche Vorbesprechungen statt. Diese Konferenzen hatten einen durchaus befriedigenden Verlauf.

Wien, 7. Jänner.

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk:

Die Besprechungen mit der ukrainischen Abordnung sind gestern in einer Vollsitzung, an der Bevollmächtigte sämtlicher Vierbundmächte teilnahmen, fortgesetzt worden.

Abreise der russischen Vertreter nach Brest-Litowsk.

A. Amsterdam, 5. Jänner. Das Neuterische Bureau meldet aus Petersburg: Trotski ist heute abends mit der russischen Friedensdelegation nach Brest-Litowsk abgereist.

Die Rede Lloyd Georges.

Vor den Abgeordneten der englischen Gewerkschaften entwickelte Herr Lloyd George am Samstag die Friedensziele der englischen Regierung. Ohne sonderlich gerührt zu sein durch den Umstand, daß der englische Premierminister es nicht mehr für geboten erachtet, seine altbekannten wüsten Schimpfereien fortzusetzen, möchten wir für den Augenblick in Kürze nur hervorheben, was zu den wichtigsten Punkten seines Friedensprogramms von unserm Standpunkt aus zu sagen ist.

Zunächst die Ausführungen Lloyd Georges über Oesterreich-Ungarn. Sie erfordern die schärfste Abwehr. Der englische Minister brummt neuestens mit dem ihm von der Not abgerungenen Zugeständnis, daß er sich in die inneren Verhältnisse anderer Staaten nicht einmischen wolle. Was er aber zur Vertretung der Wünsche seiner Verbündeten über Oesterreich-Ungarn zu sagen hat, ist eine der schlimmsten und unvernünftigsten Einmengungen und zeigt drastisch, wie das Freiheitsideal des heutigen England aussieht. Ob der englische Premierminister mit seinen Anregungen nur den Hoffnungen seiner Alliierten Ausdruck geben will oder ob er am Ende glaubt, was er spricht, gilt uns gleich. Oesterreich-Ungarn wird nicht von Herrn Lloyd George reformiert werden, sondern von den einzigen, die hierzu ein Recht haben, von den Völkern Oesterreich-Ungarns selbst.

Und dann Elsaß-Lothringen. Lloyd George spricht nicht von Wiedererstattung oder „Desannexion“, sondern er will nur die „Wiedererwägung des großen Unrechtes von 1871“. Herr Lloyd George irrt, wenn er glaubt, daß diese Vermummung irgend jemand täuschen kann. Der Rückfall Elsaß-Lothringens an Deutschland war das völkerrechtlich einwandfreie und unwiderrufliche Ergebnis eines großen Krieges, und Lloyd Georges Vorschlag zeigt höchstens, was er sonst krampfhaft leugnet, daß Frankreich und mit ihm seine Verbündeten in erster Reihe einen Revanchekrieg führen. Wenn die Anschauung Lloyd Georges bezüglich Elsaß-Lothringens Geltung erlangen könnte, so sähe es windig aus mit den Ergebnissen der Kriege, die gerade England geführt hat, und die Weltpolitik hätte so viel und so lange „wiederzuerwägen“, bis am Ende von Großbritannien mit seinen Dominions und Kolonien nichts weiter übrig bliebe als das Inselreich selber. Der schulmeisterliche Ton steht Lloyd George nicht gut an. Er hätte alle Ursache, ihn zunächst auf sein England anzuwenden.

Was die Ausführungen Lloyd Georges wert sind, zeigt am besten die Rede des Arbeiterführers und ehemaligen Ministers Henderson, der, so sehr sich der Reuterbericht bemüht, ihre Schärfen und Spitzen zu verhüllen, deutlich feststellt, daß sich die englische Arbeiterchaft nur in einigen Beziehungen mit Lloyd George einverstanden erklärt. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Brest-Litowal hat Herrn Lloyd George gezwungen, alles anzubieten, um der russischen Regierung zu Gefallen zu sprechen. Er will hindern und verwirren. Er spricht noch immer wie ein Sieger zu Besiegten, und kennt ein Selbstbestimmungsrecht der Völker nur dort, wo er glaubt, es könne sich zugunsten der Entente äußern, er predigt den Wirtschafts-

kampf und verzichtet nur sehr vorsichtig auf Englands neugegründeten Militarismus, er verspricht und verweigert den dauernden Frieden in einem Atem. Die unaufrichtige Rede Lloyd Georges kann auf niemand den Eindruck machen, als ob Englands derzeitige Regierung ernstlich den Frieden wollte.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Eintreffen der russischen Delegation in Brest-Litowsk.

Wien, 7. Jänner.

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet aus Brest-Litowsk:

Heute vormittags sind die Mitglieder der russischen Delegation einschließlich Trotski hier eingetroffen.

Das Selbstbestimmungsrecht in Polen, Kurland und Litauen.

Ein apokrypher Bericht der Petersburger
Agentur über die Debatte in Brest-Litowsk.

Wien, 7. Januar.

Aus den hier einlangenden Blättern des neutralen Aus-
landes ist zu ersehen, daß die Russische Telegraphenagentur
folgende Nachricht verbreitet hat, von der sie uns keine Mitteilung
hat zugehen lassen:

„Die Regierung der Arbeiter, Soldaten und Bauern geht
nicht auf den deutschen Vorschlag ein, aber sie spricht im Folgen-
den ihre Anschauung darüber aus, die geeignet ist, die frühere
Programmerkklärung der deutschen Regierung ihres Wertes zu
berauben. Sie sprechen von der sogenannten Willens-
äußerung, die bereits in Polen, Kurland und
Litauen vorliegt. Sie wissen sehr gut, daß nur die Rede ist
von einem Willensausdruck einer Gruppe neugemachter Bürger
und Grundbesitzer in den besetzten Gebieten, aber daß von den
Völkern nicht die Rede ist. Unter dem Belagerungszustande, unter
den deutschen Bajonetten und unter der Herrschaft der Generale
ist es lächerlich, von einem freien Ausdruck des Volkswillens zu
sprechen. Wenn sie dessen so sicher sind, daß der Volkswille so
ist, wie sie wünschen, daß er sein soll, warum fürchten sie sich
dann so sehr, eine wirklich freie Frage an die Bevölkerung zu
richten? Die deutsche Regierung geht darauf ein, einen Teil der
besetzten Gegenden, die Rußland gehören, zu räumen, aber sie
weigert sich, Polen und Litauen zu räumen. Darauf kann die
russische Revolution nicht eingehen, und sie wird niemals darauf
eingehen. Die russische Revolution wird keinen Schritt zurück-
tun. Die Imperialisten in allen Ländern erkennen nach dreiein-
halb Jahren Krieg in Worten die Prinzipien des Selbst-
bestimmungsrechtes des Volkes an, aber in Wirklichkeit wollen
sie Amerikonen machen. Doch die Stunde hat für Sie geschlagen,
meine Herren Imperialisten! Es ist nicht mehr Zeit, mit Worten
zu spielen, die Völker werden ihnen nicht mehr Aufschub geben,
die englischen, französischen, die deutschen und österreichisch-
ungarischen Imperialisten lassen die Völker einen vierten Winter-
feldzug durchmachen und neue blutige Verluste erdulden, um
neue Kolonien zu gründen, schwache Völker zu unterdrücken,
um einer Bande von Großkapitalisten ungeheuren Verdienst zu
schaffen. Versuchen Sie es, meine Herren! Die Revolution der
Arbeiter und Bauern läßt sich nicht ausliefern, weder an die eine
noch an die andere imperialistische Bande. Was auch geschehe,
wir werden unseren Weg der internationalen Politik fortsetzen,
das Proletariat wird siegen, trotz aller Hindernisse.“

Diese Meldung entspricht in keiner Weise den
Tatsachen. Der Text der am 28. Dezember 1917 von der
russischen Delegation erteilten Antwort lautete vielmehr, wie
bereits amtlich verlautbart, wie folgt:

„Wir stehen auf dem Standpunkte, daß als tatsächlicher
Ausdruck des Volkswillens nur eine solche Willenserklärung
betrachtet werden kann, die als Ergebnis einer bei gänzlicher
Abwesenheit fremder Truppen in den betreffenden
Gebieten vorgenommenen freien Abstimmung erscheint. Daher
schlagen wir vor und bestehen auf einer klareren und genaueren
Formulierung dieses Punktes. Wir sind jedoch damit ein-
verstanden, daß zur Prüfung der technischen Bedingungen
für die Verwirklichung eines derartigen Referendums, desgleichen
zur Festsetzung einer bestimmten Räumungsfrist eine Spezial-
kommission eingesetzt wird.“

8.7.1918

09
151

Deutsche Kundgebungen „Gegen den Verzichtfrieden für einen guten deutschen Frieden“ in den Wiener Bezirken.

In Erfüllung eines Wunsches zahlreicher gut deutsch Gesinnter aller Parteien veranstaltet der Reichsverein der deutschen Arbeiterpartei an folgenden Tagen, bzw. in nächstehenden Saalräumen Kundgebungen gegen die Elendsfriedensagitation der vereinigten Börsenblätter und der Sozialdemokraten und deren Nachläufer „Für einen guten Frieden“, der die Zukunft unseres Volkes vor künftigen äußeren Angriffen und dem wirtschaftlichen Ruin bewahren soll. Beginn sämtlicher Versammlungen 7 Uhr abends. — Dienstag den 8. d.: Gastwirtschaft Tischler, 1., Schauslegasse 6; Mittwoch den 9.: „Grüner Baum“, großer Saal, 7., Mariahilferstraße 56; Donnerstag den 10.: Saal der Gastwirtschaft Behnert, 20., Treustraße 74; Freitag den 11.: Saal des Gasthofes Holzwarth, 15., Mariahilferstraße 156; Montag den 14.: Saal „Schöne Schärferin“, 6., Gumpendorferstraße 101; Dienstag den 15.: Kleiner Saal Stegbauer, 19., Döbblinger Hauptstraße 78 (Kasino Bögerlich); Mittwoch den 16.: Roter Saal des Gasthofes Bayrischer Hof, 2., Taborstraße 39; Donnerstag den 17.: Großer Saal des Gasthofes Grünes Tor, 8., Verdienfelderstraße 14; Freitag

den 18.: Großer Saal des Parkhotels Hopfner, 13., Hieginger Hauptstraße 2/4; Dienstag den 22.: Speisesaal des Josef Heindl, 4., Favoritenstraße Nr. 54; Mittwoch den 23.: Zwei Speisensäle Schwarzer Adler, 9., Währingerstraße 21; Donnerstag den 24.: Großer Saal Gasthof Popp, 18., Gymnasiumsstraße 8. — Als Redner sind in diesen Versammlungen in Aussicht genommen: Geschäftsführerin des Verbandes deutscher Hausfrauen Frau Elvira Kott, Frau Wolf-Girian, Frau Lotte Furek, Frau Dr. Miltschinsky, Fräulein cand. phil. Erna Baskelt und Fräulein stud. phil. Elisabeth Schmid; — Barrer Kappus aus Dortmund, Herrenhausmitglied Dr. Pattai und die Reichsratsabgeordneten: Dr. Bodirsky, August Dent, Adam Fahrner, Oberbaurat Prinz, Karl Kittinger, Hans Knirsch, Raphael v. Pachser, Dr. Sommer, Dr. Hans Schürff, Dr. Waber und Rudolf Wedra.

Ferner: der Geschäftsführer der Deutschen Arbeiterpartei Rechtsanwalt Dr. Walter Riehl, Sekretär der Zentralkommission der deutschen Arbeitnehmervereinigungen Walter Gattermayer, Obmann-Stellvertreter des Reichsbundes deutscher Eisenbahner Gangelmayer, Präsident des Deutschösterreichischen Eisenbahnbeamtenvereins Richter, Obmann der deutschen Postler Paul Bogatschnigg, Obmann-Stellvertreter der deutschen Postler Karl Schulz; eine Reihe anderer Redner wird noch bekanntgegeben, ebenso deren Verteilung auf den verschiedenen Versammlungen.

Mit Rücksicht auf die hochbedeutenden Ereignisse ist es Pflicht aller Deutschen ohne Rücksicht der Parteien, die Versammlungen zahlreich zu besuchen und so den Willen des deutschen Wien zu dokumentieren, daß wir nur durch einen der Opferwürdigen und unsere Zukunft sichernden Frieden das gewaltige Ringen beendet sehen wollen.

Die Reichsparteileitung veranstaltet unter derselben Tagesordnung eine große Anzahl Versammlungen in ganz Deutschösterreich, so in Reichenberg, Gablitz, Bodenbach, Leitmeritz, Eger, Tsch., Komotau, Tepliz, ferner in Mähren in Döbrau und Jglau, in Schlesien Troppau und Jägerndorf, ferner in der Stadt Salzburg, in Innsbruck usw.

Versammlungsansuchen sind an die Reichsparteileitung der Deutschen Arbeiterpartei, Wien, 1., Stephansplatz 5, zu richten, von wo aus entsprechende Anweisungen für Redner und Entschliezungen gegeben werden.

Von der Reichsparteileitung können auch Broschüren, „Friede und die wirtschaftliche Zukunft“, das Stück zum Preise von 4 S. gegen Einjendung von Marken bezogen werden.

Berichte über Versammlungen und gefaßte Entschliezungen werden an den Geschäftsführer Rechtsanwalt Dr. Walter Riehl erbeten.

Tägliche Rundschau
8./I. 1918.

8
152

König Ludwig über einen deutschen Frieden.

München, 7. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)
Der König von Bayern hat die heutige Parade anlässlich seines Geburtstages zum Gegenstand einer Ansprache an die Truppen gemacht. Die Rede ist eine scharfe Absage gegen den Verzichtfrieden und tritt mit aller Deutlichkeit für einen deutschen Machtfrieden ein. Die Rede lautet:

Kameraden! Es hat mich gefreut, die hier versammelten Glieder meiner Armee zu sehen. Gar viele von Ihnen sind schon vor dem Feinde gestanden und haben ehrenvolle Wunden davongetragen. Diejenigen, die noch hier sind, werden sich vorbereiten, vor den Feind zu treten. Sie wissen, daß ich immer für den Frieden war, ebenso wie Se. Majestät der Kaiser, und daß wir, als wir von allen Seiten der Welt überfallen worden sind, gekämpft haben wie die Löwen und überall siegreich geblieben sind, ja, nachdem sogar der eine von unseren Gegnern niedergeworfen war und wieder ein neuer Feind aufgetreten ist. Und so möchten wir auch unserem neuen Feind, den Amerikanern, gegenüber siegreich sein.

Im Osten scheint es zum Frieden zu kommen. Auf den übrigen Fronten müssen wir aber noch kämpfen. Wir müssen kämpfen, bis unsere Feinde uns bitten, mit ihnen Frieden zu schließen, und von ihren Zumutungen, die sie an uns stellen, als ob wir Besiegte wären, absehen. Kein Fußbreit deutschen Bodens darf abgetreten werden.

Wir müssen trachten, überall bessere Grenzen zu bekommen und dafür sorgen, daß wir niemals mehr von allen Seiten von Feinden überfallen werden können wie jetzt. Sollten wir aber kämpfen müssen, jetzt und in späterer Zeit, so erwarte ich speziell von meinen Bayern, daß sie wie bisher ihre Schuldigkeit tun und neue Ehren an ihre Fahnen knüpfen. Gott befohlen!

Die österreichische Vaterlandspartei.

Eine sogenannte „Friedensversammlung“.

* Wien, 8. Januar.

Es machen sich jetzt nach dem Muster der Vaterlandspartei in Deutschland auch bei uns Bestrebungen geltend, die sich gegen den sogenannten Verzichtfrieden richten und für einen Frieden mit Annexionen einreten. Viel Erfolg wird diese Agitation wohl weder in Wien noch sonst in Oesterreich haben, und auch Graf Czernin dürfte sich dadurch in seiner Friedenspolitik kaum beirren lassen. Immerhin mag davon Notiz genommen werden, daß es auch in Oesterreich solche Käuze gibt. Wir veröffentlichen nachstehend einen Bericht über eine derartige „Friedensversammlung“.

Im Einvernehmen mit dem Deutschen Volkst- rat für Wien und Niederösterreich veranstaltet der Reichsverein der Deutschen Arbeiterpartei durch Abhaltung von Versammlungen und durch

eine Unterschriftensammlung Kundgebungen für einen ehrenvollen Frieden. Zunächst wird eine große Reihe von öffentlichen Versammlungen in den einzelnen Bezirken Wiens abgehalten, von denen die erste am 7. d. auf der Landstraße stattfand und der fast Tag für Tag weitere Versammlungen folgen werden. In der Montag auf der Landstraße abgehaltenen Versammlung sprachen unter anderen Abg. Dr. W i c h t l sowie der Geschäftsführer des Reichsvereins der Deutschen Arbeiterpartei Dr. R i e h l und Herrnhauseintalied Dr. B a t t a i. Im Sinne der Ausführungen der Redner wurde eine Entschloßung angenommen, nach der dem Minister des Neuherrn Grafen Czernin die folgende Kundgebung übermittelt wurde:

Die Kundgebung.

Die heute am 7. Januar 1918 zahlreich versammelten deutschen Männer und Frauen Wiens begrüßen mit Genugtuung die Aufnahme von Friedensverhandlungen mit den Völkern Rußlands, deren Friedensbereitschaft wir unseren und Deutschlands heldenhaften Truppen verdanken. Es wäre jedoch größter Undank gegen unsere Gefallenen und die namenlosen Opfer des im Felde und daheim ausdauernden Volkes, wenn der Friede uns nicht Sicherungen gegen künftige Angriffe und wirtschaftliche Nachteile für unsere erwerbenden Stände bringen würde. Unsere Seeer haben ganz Polen, Kurland, Litauen und Teile der Ukraine nicht deshalb erobert, damit jetzt dort auf Grund unsicherer, von den Westmächten beeinflusster Abstinungen von uns unabhängiger, vielleicht bald feindliche Staaten entstehen, die etwa nach Abtretung Galiziens unsere Sicherheit noch ärger gefährden als das alte russische Reich. Polen, Litauen und Kurland sind militärisch und geopolitisch mit den Mittelmächten derart zu vereinen, daß unsere Macht durch die Abtretung Galiziens nicht geschwächt, sondern als wohlverdiente Entschädigung für die durch deutsches Blut erkämpfte polnische Selbständigkeit gestärkt erscheint. Unserem Export aber müssen die neuen Staatswesen völlig unbehindert offen stehen. Das deutsche Volkstum in diesen Ländern muß sich gesichert erhalten und entwickeln können. Mit der Ukraine und Großrußland müssen solche Wirtschaftsverträge vereinbart werden, die unsere Rohstoffversorgung und unseren ungehinderten Export sichern. Die gegen Rußland gelübten Grundzüge können keine Anwendung gegenüber Serbien, Rumänien und dem Balkan finden. Die Beherrschung des Donauweges und des Ostufers der Adria, die absolute Sicherheit vor serbischen Ueberfällen sind Notwendigkeiten eines dauernden Friedens — nicht minder die Abrundung unserer Grenzen nach strategischen Gesichtspunkten gegenüber Italien. Die Westmächte jedoch müssen unsere Volkswirtschaft durch vertragsmäßige Lieferung der nötigen Rohstoffe und günstige Handelsverträge für die uns verursachten Nachteile entschädigen. Ohne

solche Sicherungen bewirchten wir eine nur kurze Friedensperiode und einen Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens mit allen Begleiterscheinungen für die Volksmassen. Wir erheben den schärfsten Widerspruch gegen einen Verzicht, nichta Glanzfrieden und den geschäftigen Versuch zur Forderung des Bündnisses mit dem Deutschen Reich, das von uns wahrlich mit vollem Recht ein Ansehen bis zur Durchsetzung auch seiner Forderungen verlangen kann. Wirklich energische Bekämpfung des unser Volk vernichtenden Kriegsmuchers, Brechen des tschechischen und ungarischen Hungersnotsystems sind die Vorbedingungen unseres Durchhaltens. Eine Militär- und Wirtschaftsunion mit dem Deutschen Reich und den uns anzuschließenden neuen Staaten, Stärkung der deutschen Grundlaage Oesterreichs und eine auf Grund eines guten siesarischen Friedens durchführbare soziale Gesetzgebung, das sind unsere Forderungen an eine Regierung, deren Sandlungen sich den Erfolgen des Schwertes ebenbürtig erweisen sollen.

Heute abends fand eine zweite Versammlung im 1. Bezirk statt. Morgen Mittwoch wird im 7. Bezirk eine weitere Versammlung „Gegen den Verzichtfrieden! Für einen deutschen und österreichischen Frieden!“ abgehalten werden.

Deutschgesinnte Männer und Frauen aller Stände heraus!

Einladung

zu folgenden gesamtdeutschen Kundgebungen (öffentlichen Vereinsversammlungen).

Gegen den Verzichtsfrieden!

Für einen ehrenvollen guten Frieden!

(Beginn sämtlicher Versammlungen um 7 Uhr abends.)

Dienstag den 8. Jänner, Großer Saal der Gastwirtschaft Tischler, 1., Schauslergasse 6: Reichsratsabgeordneter Rudolf Wedra: Die erwerbenden Stände und die Friedensfrage; Obmann der deutschen Postler Paul Pogatschnigg: Die Staatsbediensteten und der Friede; Reichsratsabgeordneter Oberbaurat Rudolf Heine: Die Deutschen in Oesterreich und der Friede.

Mittwoch den 9. Jänner, großer Saal der Gastwirtschaft „Grüner Baum“, 6., Mariahilferstraße 56: Sekretär der Deutschen Geschäftsstelle Karl Ansforg: Ursachen des Weltkrieges; Frau Dr. Margarete Miltshinstin: Die weibliche deutsche Jugend und die Friedensfrage; Geschäftsführer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes Hugo Slatke: Die Privatangestellten zum Siegfrieden; Reichsratsabgeordneter August Dent: Der Gewerbebestand und der Friede.

Donnerstag den 10. Jänner, Altnaßal des Gastwirtes Benert, 20., Kreuzstraße 74: Frau Elvira Kott: Die arbeitenden Frauen und der Friede; Obmann-Stellvertreter des Reichsbundes deutscher Eisenbahner Gangelmayer: Die Staatsbediensteten und die Friedensfrage; Sekretär A. Ansforg: Die Gegner des Siegfriedens; Reichsratsabgeordneter Oberbaurat Heine: Deutschthum und Weltkrieg.

Freitag den 11. Jänner, Gasthof Holzwarth, 15., Mariahilferstraße 156: Frau Wolf-Griam: Die deutsche Frau im Weltkrieg; Präsident des Deutschösterreichischen Eisenbahnbeamtenvereins Richter: Besätze und Kriegsziele; Reichsratsabgeordneter Rudolf Wedra: Gewerbebestand und Kriegsziele.

Montag den 14. Jänner, Saal „zur schönen Schäferei“, 6., Gumpendorferstraße 101: Fräulein stud. phil. Elisabeth Schmid: Die weibliche deutsche Jugend zur Friedensfrage; Sekretär Walter Gattermayer: Die Arbeiter und das Kriegsende; Pfarrer Kappus aus Dortmund: Reichsdeutschlands Friedensbedingungen; Reichsratsabgeordneter Doktor L. Waber: Wien und der Friede.

Dienstag den 15. Jänner, Kleiner Saal Kasino Pöger-nitz, 19., Hauptstraße 78: Frau Elvira Kott: Die deutsche Hausfrau zur Friedensfrage; Obmann-Stellvertreter des Reichsbundes deutscher Eisenbahner Gangelmayer: Arbeiterschaft und Kriegsziele; Pfarrer Kappus aus Dortmund: Deutsche Zukunft; Sekretär Walter Gattermayer: Das erwerbende Volk zur Friedensfrage.

Mittwoch den 16. Jänner, „Bayerischer Hof“, Roter Saal, 2., Laborstraße 39: Frau Elvira Kott: Die deutsche Frau im Weltkrieg; Pfarrer Kappus aus Dortmund: Deutsche Zukunft; Präsident des Deutschösterreichischen Eisenbahnbeamtenvereins Richter: Staatsbeamte und Kriegsziel; Reichsratsabgeordneter Oberbaurat Heine: Die Friedensfrage und Deutschösterreich.

Donnerstag den 17. Jänner, „Grünes Tor“, großer Saal, 8., Perchenfelderstraße 14: Fräulein cand. phil. Erna Pachel: Die weibliche deutsche Jugend und

die Friedensfrage; Herrenhausmitglied Dr. Robert Patta: Das deutsche Volk in Oesterreich und die Friedensbedingungen; Pfarrer Kappus aus Dortmund: Reichsdeutschlands Friedensbedingungen; Rechtsanwalt Dr. Walter Riehl: Eine Militär- und Wirtschaftsunion mit dem Deutschen Reich.

Freitag den 18. Jänner, Parkhotel Hofner, 13., Diehinger Hauptstraße 2-1: Frau Elvira Kott: Die Hausfrauen im Weltkrieg; Herrenhausmitglied Doktor Robert Patta: Das deutsche Volk in Oesterreich und die Friedensbedingungen; Rechtsanwalt Dr. Walter Riehl, Geschäftsführer des einberufenen Vereins: Cille Deutschösterreichische Gemeinschaft, ein Gebot der Stunde und der Zukunft.

Dienstag den 22. Jänner, Heindls Spielcaal, 4., Favoritenstraße 54: Frau Lotte Furrer: Die Hausfrauen im Weltkrieg; Obmann-Stellvertreter der deutschen Postler E. Schüll; Staatsbedienstete und Friedensfrage; Reichsratsabgeordneter Dr. H. Schürff: Des deutschen Mittelstandes Kriegsziele.

Mittwoch den 23. Jänner, „Schwätzer Adler“, zwei Edele, 9., Währingerstraße 21: Sekretär Walter Gattermayer, Obmann des Reichsbundes deutscher Postler Paul Pogatschnigg, Rechtsanwalt Dr. Walter Riehl und Reichsratsabgeordneter Dr. H. Schürff: Das deutsche Volk zur Kriegszielfrage.

Donnerstag den 24. Jänner, Popps Saal, 18., Ginn-nasiumstraße 8: Frau Lotte Furrer: Die Frauen zur Kriegszielfrage; Reichsratsabgeordneter Dr. L. Waber und Sekretär Ansforg: Das deutsche und österreichische Kriegsziel und die Gegner; Rechtsanwalt Dr. Walter Riehl: Die deutsche Einheit, ein Gebot der inneren und äußeren Politik.

Freitag den 25. Jänner, Saal der Gastwirtschaft Tischler, 1., Schauslergasse 6 (gemeinsam mit dem Verband weiblicher deutscher Angestellter einberufen): Frau Elvira Kott: Soziale Forderungen der weiblichen Angestellten; Frau Elli Riehl und mehrere deutsche Gewerkschaftsführer: Der Siegfriede, eine Lebensnotwendigkeit unserer Zukunft!

Als Einberufer aller Versammlungen zeichnet im Einberufenen mit dem Deutschen Volksrat für Wien und Niederösterreich der Reichsverein der Deutschen Arbeiterpartei. Zuschriften an den Geschäftsführer, Rechtsanwalt Dr. Walter Riehl, Wien, 1., Stephansplatz 5.

Dieselben Leute, die heute nach dem Verzichtsfrieden schreien, fleinigen morgen die Staatsmänner, die ihn abgeschlossen haben!

Deutsche aller Parteilager, seid in dieser politisch verheerenden Zeit fest und einig. Wir haben in Oesterreich keine Vaterlandspartei, aber zeigt, daß wir Ostmärk-deutsche eine „Deutsche Gemeinschaft“ bilden, die ebenbürtig den vereinten Heldenheeren an allen Fronten, hier den Kampf aufnimmt gegen den Verrat an unserer Zukunft und gegen politische Schwäche. Weil einem unserer Opfer würdigen Siegfrieden!

Die Grundlagen der ukrainischen Volksrepublik

(Von unserem russischen Mitarbeiter)

Die Konstituante

Wl. E. Beachtenswerte Nachrichten laufen aus Kiew ein. Am 22. Januar soll die ukrainische Konstituante zusammentreten. Die Wahlen sollen am 9. Januar beginnen. Die Ukraine wurde in zehn Wahlkreise geteilt, die je 9 bis 45 Abgeordnete in die ukrainische Konstituante entsenden werden. Die Konstituante soll 300 Abgeordnete zählen. Dem Verfassungsentwurf der ukrainischen Republik zufolge wird die Legislaturperiode der ukrainischen Konstituante drei Jahre dauern. Der jeweilige Präsident des ukrainischen Parlaments ist zugleich auch Präsident der ukrainischen Republik. Die Souveränität in der Ukraine ist dem ukraini-

tenntnisse Sorge tragen. Sämtliche Angelegenheiten auf dem Gebiet des Kirchenwesens in den zehn zur ukrainischen Republik gehörigen Gouvernements unterliegen somit weder dem russischen Synod noch dem russischen Kultusministerium, sondern dem neuerrichteten Departement in Kiew.

Das Heerwesen

in der Ukraine ist schon gebildet worden. Das ukrainische Generalsekretariat hat den Generalstab der ukrainischen Republik eingesetzt und zum Chef desselben den ukrainischen General Bobrowitsky ernannt. Als ukrainischer Kriegsminister amtiert Simeon Petlura, ein angesehenener sozialdemokratischer Schriftsteller, der als Offizier an der Spitze der nationalen Bewegung unter den ukrainischen Frontsoldaten stand und die Bildung des bis drei Millionen Mann zählenden ukrainischen Heeres organisierte. Während der ukrainischen Militärkon-gresse in Kiew griff er stets die russische provisorische Regierung heftig an, weil sie anfangs von einer Bildung ukrainischer Truppen nichts hören wollte und eine solche als eine Desorganisation der Front bezeichnete. Zur Bildung des ukrainischen Heeres haben viel beigetragen die Generale Skoropadsky, Jizowitsch, Iwanow, die Obersten Pawlenko, Poplawko, Pylkewitsch, Kaplan, Paschenko und der Oberstleutnant Tschernjawsky, sowie der Adjutant des Kriegsministers, Kornenko. Nach der Absetzung und Verhaftung der russischen Generale Kwietsinski und Tregubow wurden ernannt zum ukrainischen Oberbefehlshaber des Kiewer Militärbezirktes Oberst Pawlenko, zu seinem Generalstabschef Oberst Paschenko und zum Kommandanten der Stadt Kiew, wo während des Sturzes der russischen provisorischen Regierung sieben Mächte herrschten und sogar auf den Hauptstraßen Baracken standen, General Jizowitsch. Die freien ukrainischen Kosaken werden vom General Skoropadsky kommandiert.

Schon aus diesen Angaben ersieht man, daß die Ukrainer, die für ihre nationale Gleichberechtigung Jahrhunderte lang unter dem Zarismus mit seltener Energie kämpften, politisch reif sind. Im Jahre 1654 hatten sich die Ueberreste des einstmaligen ukrainischen Staates freiwillig unter Vorbehalt ihrer vollen Autonomie an Rußland angeschlossen. Katharina II. beseitigte aber jede Spur einstiger Selbständigkeit der Ukraine. In der berühmten „dritten Abteilung“ der politischen Geheimpolizei in Petersburg wurde seinerzeit eine dichterische Prophezeiung des ukrainischen Historikers Kostomiarow aufbewahrt, die voraussagte, daß sein Vaterland eine unabhängige Republik sein werde und daß die Völker auf die Stelle zeigen werden, wo die Ukraine auf der Karte bezeichnet ist.

... die Konstituante ... Wahlen ... 9. Januar ... 22. Januar ... 300 Abgeordnete ... drei Jahre ... Präsident ... Souveränität ...

... die Ukraine ... Rußland ... Katharina II. ... Kostomiarow ...

Der polnische Regentschaftsrat in Wien.

Die drei Mitglieder des polnischen Regentschaftsrates sind heute früh aus Berlin, wo sie beim deutschen Kaiser geweilt haben, in Wien angekommen und wurden mit großen Ehren empfangen.

Die Ankunft erfolgte heute vormittags halb 12 Uhr mit einer beinahe dreistündigen Verspätung mit dem Schnellzuge der Nordwestbahn. Der Bahnhof hatte sich zum Empfange in festlichen Schmuck gekleidet. Fahnen und Embleme in den polnischen Nationalfarben schmückten den Bahnsteig und den Hofwartesaal. Zum Empfange hatte sich im Bahnhofe in Vertretung des Kaisers Herr Erzherzog Rainer eingefunden. Auch die beiden zum Ehrendienste bestimmten Herren, Gesandter Graf Szechenyi und Rittmeister Bzowski-Janota v. Bzowo erwarteten die polnischen Regenten.

Als der Zug in die Halle fuhr, entstiegen die drei Regenten Erzbischof Dr. Rakowski, v. Ostrowski und Fürst Lubomirski dem Salonwagen. Mit ihnen kamen Ministerpräsident Dr. v. Ruzharszewski, der Chef des Zivilkabinetts Generalsekretär Prälat Chelmiecki, Militärkommandant Fürst Radziwill, der Referent im Ministerpräsidium Okolowicz, der Referent im Zivilkabinet Graf Tarnowski, Hauptmann Drewnowski, Oberleutnant Graf Kostworowski und Rittmeister v. Gorka. Herr Erzherzog Rainer begrüßte die Regenten, den polnischen Ministerpräsidenten und die anderen Herren herzlichst im Namen des Kaisers. Dann erfolgte die Vorstellung der Herren der Begleitung. Gesandter Graf Szechenyi und Rittmeister von Bzowski stellten sich als Ehrendienst vor.

In einer Reihe von Leibwagen und in Hofwagen fuhren die Regenten in die Hofburg, wo sie und Ministerpräsident Dr. v. Ruzharszewski sowie die Herren der Begleitung als Gäste des Kaisers in den Großen Fremdenappartements und in einer Reihe anderer Gemächer wohnen.

In der Hofburg fuhren die Herren an der Bellaria vor und wurden vom Oberzeremonienmeister Grafen Choloniowski, dem Hofzeremoniendirektor Hofrat Ritter v. Nepallek und dem Burghauptmann Wamme empfangen und in die Gemächer geleitet. In den Höfen der Burg hatte sich zahlreiches Publikum angesammelt, das die polnischen Regenten sympathisch begrüßte.

10. / I. 1918

Der polnische Regentschaftsrat in Wien.

Heute früh treffen, von Berlin kommend, die polnischen Regentschaftsräte: Erzbischof Doktor Kalowski, v. Ostrowski und Fürst Lubomirski, begleitet vom Ministerpräsidenten Dr. von Buchaczewski, Chef des Zivilkabinetts Generalsekretär Prälaten Chelmiccki, Militärkommandanten Fürst Radziwill, Referenten im Ministerpräsidium Dłolowicz, Referenten im Zivilkabinett Grafen Tarnowski, Hauptmann Drenowski, Oberleutnant Grafen Kosiworowski und Rittmeister v. Gorla, in Wien ein, wo sie herzlichster Aufnahme sicher sind. Die Ankunft erfolgt um 8 Uhr 32 Minuten vormittags im Nordwestbahnhof. In Vertretung des Kaisers wird Erzherzog Rainer die polnischen Regentschaftsräte im Bahnhof begrüßen. Als Ehrendienst werden sich Gesandter Graf Szechenyi und Rittmeister Bzowski-Janota v. Bzowo melden. Die Regentschaftsräte und ihre Begleitung werden heute um 5 Uhr nachmittags vom Kaiser, eine Viertelstunde später von der Kaiserin in Audienz empfangen werden. Am 12. d. mittags um 12 Uhr findet beim Kaiser und der Kaiserin ein Dejeuner statt, zu dem die Regentschaftsräte, ihre Begleitung und der ihnen zugeteilte Ehrendienst geladen sind. Die polnischen Gäste werden während ihres Aufenthaltes in Wien in der Hofburg absteigen, und zwar im großen Fremdenappartement, Radekyappartement, Stephanappartement, Michaelertrakt, Schönbornappartement, Technischen Appartement und Kronprinzenappartement.

Die Ansprache, die Fürst Lubomirski in Berlin an Kaiser Wilhelm gerichtet hat, und die Antwort des deutschen Kaisers darauf, geben ein volles Bild von der Bedeutsamkeit dieser Reise, die in Wien, wo die Regentschaftsmitglieder und ihr Gefolge als willkommene Gäste des Kaisers und Königs Karl in der Hofburg wohnen werden, ebenso klar hervortreten wird. Die Regentschaftsmitglieder, die bis zum endgültigen Ausbau des erneuten polnischen Staates die Träger der in den Akten vom 5. November 1916 und vom 12. September 1917 durch die verbündeten Monarchen der Mittelmächte anerkannten Souveränität des polnischen Staates sind, bringen dem Kaiser Karl, wie sie es in Berlin vor Kaiser Wilhelm bereits getan, den Dank der befreiten polnischen Nation dar.

Wie immer sich im einzelnen und in ihren staatsrechtlichen Formen die Zukunft des polnischen Staatswesens gestalten mag, eines darf man heute schon als gesichert betrachten: die Rückkehr Polens in das mitteleuropäische Staatensystem, aus dem es vor mehr als hundert Jahren ausgeschieden worden. Ohne der genaueren Gestaltung solcher Wiederherstellung vorzugreifen, ohne auch die Ergebnisse der Verhandlungen in Brest-Litowsk vorwegzunehmen, kann heute schon als ein wichtiges Ergebnis des Weltkrieges gelten, daß für Polen fortan die Zusammenflechtung mit den Geschicken der abendländischen Kulturwelt eine Tatsache geworden ist. Tausend Jahre der Entwicklung in dieser westlichen Kultur, die Sprache, die zehn Jahrhunderte in Glauben und Sitte, in geistiger Tätigkeit, gesellschaftlicher Einrichtung und allen Bedürfnissen des nationalen Lebens geknüpft haben, konnten in hundert Jahren der Unterdrückung nicht gelöst werden. Der Besuch der polnischen Regentschaftsmitglieder in Berlin und in Wien schließt für Polen eine qualvolle Episode der letzten und vorletzten Vergangenheit ab, er führt das Land zugleich zurück auf die Wege einer viel älteren Vergangenheit, in der

die Nation in ihrer natürlichen und freien Entwicklung die Befriedigung und Erfüllung historischer Ziele fand.

Die Tschechen und die Entente.

Ein ehemaliger Privatdozent an der tschechischen Universitäts in Prag, Dr. Eduard Beneš, der jetzt Generalsekretär des „tschechoslowakischen Nationalrates“ in Paris ist, hat in London unter dem Titel „Bohemia's case for independence“ ein Buch erscheinen lassen, das die bekannten staatlichen Ansprüche des Tschecheniums vor der öffentlichen Meinung der Ententeländer begründen soll. Wir geben aus einem Artikel, in dem Professor Eduard von Berthelmer im „Vester Lloyd“ das Buch bespricht, die folgenden tatsächlichen Angaben über die Haltung der Tschechen im Weltkriege wieder:

Beneš enthält mit verblüffender Rücksichtslosigkeit die ganze Verschwörung, die sogleich nach Ausbruch des Krieges gegen die Monarchie ins Werk gesetzt wurde, um ihr und Deutschland im Vereine mit unseren Feinden eine vernichtende Niederlage zu bereiten. Nach ihm leuchtete es den Führern der Tschechen sofort ein, daß die Politik Deutschlands und Oesterreich-Ungarns nur auf der Vernichtung der Tschecho-Slowaken beruhe und der Sieg der Mittelmächse ihren definitiven Untergang bedeuten würde. Eine allgemeine feindliche Stimmung ergriff das tschechische Volk. Unfähig, aus Mangel an genügender Vorbereitung, eine regelrechte Revolution heraufzubeschwören, mußte man sich des Hilfsmittels des passiven Widerstandes bedienen. Dazu gehörte, daß alle politischen Parteien entschlossen waren, Oesterreich keine Treue mehr zu halten, daß die Zeitungen trotz Zensur feindselige Artikel brachten, die Bevölkerung keine Kriegsanleihe zeichnete und es unterließ, der Regierung Lebensmittel zu liefern, um, wie sich Beneš klar genug ausdrückt, „den finanziellen und wirtschaftlichen Bankrott der Monarchie“ herbeizuführen. Die tschechischen Soldaten aber — und das bezeichnet der Verfasser des Buches als den wichtigsten Dienst für die Entente — weigerten sich systematisch, zu marschieren und für die Monarchie zu kämpfen. Mit Nachdruck werden die Miereten aufmerksam gemacht, in wie wirkungsvoller Weise dadurch im ersten Jahre des Krieges zu den Niederlagen der österreichisch-ungarischen Waffen beigetragen wurde und daß damit die Handhabe gegeben war, allmählich die ganze Armee zu desorganisieren. „Man muß sich im einzelnen“ — äußert Beneš — „die Haltung der tschechischen Soldaten vom ersten Augenblick des Krieges an vor Augen halten, um den Urteil zu begreifen, den sie am Scheitern der österreichisch-ungarisch-deutschen Pläne hatten.“ Ferner rühmt er, daß vom ersten Tage der Mobilisierung an die Reservisten der kleinen Städte und des Flachlandes offen ihren aufreuerischen Geist zur Schau trugen und erklärten, daß sie ihre Waffen gegen die Offiziere und die Deutschen lehren würden. Alle über sie verhängten Strafen hatten nur den einen Erfolg, daß sie bei erster gegebener Gelegenheit auf dem Schlachtfelde zu den Russen übergingen. Mit Stolz nennt Beneš das 11., 28., 35., 33. und 88. Regiment, das aber bei dem Versuch, überzugehen, von preussischer Garde und ungarischen Honveds in ein Kreuzfeuer genommen wurde. Nach seiner Berechnung haben sich von 600 000 Tschecho-Slowaken bis Anfang 1918 bei 350 000 Mann den Russen und Serben ergeben. Er läßt auch nicht unerwähnt, daß diese eiddürstigen Soldaten durch ihren Verrat den Rückzug der Russen aus Galizien weniger verhängnisvoll gestalteten und schließlich zur Niederlage der Anstigen bei Tomassow führten.

Die kürzlich veröffentlichten Mitteilungen über die an der Westfront gegen uns kämpfende „tschechoslowakische Brigade“ sind von hochgestellten Tschechenfreunden in Oesterreich als Verleumdung eines im ganzen reichstreuen Volkes bezeichnet worden. Man wird sehen, ob auch diese authentischen Angaben des tschechischen Nationalrates fortinterpretiert werden.

Das Ergebnis der polnischen Besprechungen.

Befriedigender Verlauf.

Der polnische Regenthschaftsrat und seine Begleiter wurden, wie gestern schon kurz gemeldet, am Dienstag vom Kaiser empfangen und zur Tafel gezogen. Nach der Tafel unterhielt sich der Kaiser zwei Stunden lang mit den polnischen Herren, wobei, wie es in dem Bericht des Wolffschen Büros wörtlich heißt, „die vitalsten Angelegenheiten des jungen Königreiches huldvoll berührt wurden“. In den Nachmittagsstunden fand zu Ehren der Warschauer Gäste ein großer Empfang beim Grafen Hutten-Čzapli statt. Die Vertreter Polens hatten hier Gelegenheit, mit hervorragenden Vertretern der deutschen militärischen und Beamtenwelt, der deutschen Presse und Volksvertretung in Berührung zu treten. In den Abendstunden folgten die Herren vom Regenthschaftsrat und der polnischen Regierung einer Einladung des Herrn Staatssekretärs im Reichsamt des Innern Ballraf.

Die Vormittagsstunden am 9. d. M. waren ernster Arbeit gewidmet. In Fachkonferenzen wurden die laufenden Fragen behandelt, unter anderem die Amnestiefrage, auf die die Vertreter Polens viel Gewicht legen. Es wird versichert, daß die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Zum Frühstück waren die Herren Gäste des Herrn Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt v. d. Busche. Mehrere Vertreter der diplomatischen Welt nahmen daran teil.

Abends verließen die Warschauer Herren Berlin. Sie begaben sich nach Wien — wo sie heute vormittag eintrafen — um Kaiser Karl ihre Aufwartung zu machen.

Vor seiner Abreise empfing der polnische Ministerpräsident den Leiter des Polnischen Pressebüros in Berlin und teilte ihm folgendes mit: „Unsere Verhandlungen in Berlin gaben uns Gelegenheit, dem Kaiser die dringendsten Wünsche unseres Vaterlandes vorzutragen und mit den zuständigen Leitern der Reichsbehörden die wichtigsten laufenden Fragen eingehend zu erörtern. Insbesondere wurden folgende Fragen besprochen: die Teilnahme der polnischen Regierung an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und die baldmöglichste Schaffung einer polnischen Armee auf breiter nationaler Basis; in dieser militärischen Angelegenheit wurde unsererseits ein Organisationsprojekt vorgelegt, das bereits vom polnischen Ministerium angenommen und vom Regenthschaftsrat genehmigt wurde. Ferner wurde die Aufhebung einer ganzen Reihe Ausnahmemaßregeln im Königreich Polen angeregt, die für die Bevölkerung besonders drückend sind. In Sachen der Requirierung von Eisen haben wir eine Denkschrift vorgelegt. Großes Gewicht legten wir auf die Erlangung der Amnestie und Zurückziehung einer ganzen Reihe einzelner Persönlichkeiten betreffender Maßregeln. Mit dem Herrn Staatssekretär im Reichsamt des Innern verhandelten wir über die bevorstehende Organisation des Staatsrates. Sehr wichtig wäre für uns die Ausführung unseres Projektes bezüglich der Schaffung von polnischen Auslandsvertretungen in den Hauptstädten der Zentralmächte wie auch der befreundeten und neutralen Mächte. In allgemeinen Umrissen wurden die Verfügungen besprochen, die die Uebernahme derjenigen Verwaltungszweige, die sich bis jetzt in den Händen der Okkupationsbehörden befinden, ermöglichen und beschleunigen sollen. Selbstverständlich haben wir auch Informationen eingeholt über die hier herrschenden Auffassungen, die die Möglichkeiten der Regulierung der zukünftigen Gestaltung unseres Vaterlandes betreffen.“

Annexionsströmung in Oesterreich.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

ir Wien, 9. Januar.

Nach dem Muster der Deutschen Vaterlandspartei macht sich jetzt auch in Oesterreich, besonders in Wien, eine Strömung geltend, die sich gegen den sogenannten Verzichtfrieden richtet und für einen Frieden mit Annexionen eintritt. Im Einvernehmen mit dem „Deutschen Volkswort für Wien und Niederösterreich“ veranstaltete gestern und vorgestern der „Reichsverein der deutschen Arbeiterpartei“ durch Abhaltung von Versammlungen und durch eine Unterschriftensammlung Kundgebungen für einen sogenannten „ehrenvollen Frieden“. Im Sinne der Ausführungen der Redner, des Abgeordneten Wächter und des Herrenhausmitgliedes Dr. Pattai wurde eine Entschliessung angenommen, der zufolge dem Minister des Aeussern Grafen Czernin eine Kundgebung übermittelt wird, worin es u. a. heisst:

„Unsere Heere haben ganz Polen, Litauen, Kurland und Teile der Ukraine nicht deshalb erobert, damit jetzt dort durch unsichere, von den Westmächten beeinflusste Abstimmungen von uns unabhängige, vielleicht feindliche Staaten entstehen, die, etwa nach der Abtretung Galiziens, unsere Sicherheit noch ärger gefährden als die alten Staaten. Polen, Litauen, Kurland sind militärisch und völkpolitisch mit den Centralmächten derart zu vereinen, daß unsere Macht durch eine Abtretung Galiziens nicht geschwächt, sondern als wohlverdiente Entschädigung für die durch deutsches Blut erkämpfte Selbständigkeit gestärkt erscheint. Die gegen Rußland geübten Grundsätze können keine Anwendung gegenüber Serbien, Rumänien und den Balkanländern finden. Die Beherrschung des Donauegges und des Ostufers der Adria, eine absolute Sicherheit vor serbischen Ueberfällen sind Notwendigkeiten eines dauernden Friedens, nicht minder die Abrundung unserer Grenzen nach strategischen Gesichtspunkten gegenüber Italien. Wir erheben schärfsten Widerspruch gegen einen Verzicht, richtiger Glanzfrieden und gegen jeden Versuch zur Lösung unseres Bündnisses mit Deutschland, das von uns wahrlich mit vollem Recht ein Ausharren bis zur Durchsetzung auch seiner Forderungen verlangen kann.“

Der König von Sachsen über den Sicherungsfrieden.

Eine Protestversammlung gegen einen Verzichtsfrieden, die in Plauen abgehalten worden war, hatte, wie uns unser Dresdener Mitarbeiter drachtet, an den König von Sachsen, ferner an den Reichskanzler, an Hindenburg, an Tirpitz, an den Reichstag und an die sächsische Regierung Telegramme gerichtet, worin sie die Bereiterklärung zu einem Verzichtsfrieden gegenüber den Westmächten aufs tiefste bedauerte und den König von Sachsen bat, den sächsischen Einfluß im Bundesrat dahin geltend zu machen, daß nur einem solchen Frieden die Zustimmung gegeben werde, der auch im Westen für die Sicherung und freie Entwicklung Deutschlands Gewährleistende Bürgschaften bietet und von unseren kriegsfähigen Feinden eine zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens unerlässliche Kriegsentfäädigung fordere. Insbesondere sprach die Versammlung dabei die Hoffnung aus, daß bei den gegenwärtigen Verhandlungen hinsichtlich unseres Grenzschutzes im Osten, namentlich Polen, den Vorschlägen unserer Obersten Heeresleitung unbedingt voll Rechnung getragen wird.

Hierauf hat König Friedrich August folgende bemerkenswerte Drahtantwort gegeben:

„Den in Plauen versammelten Männern und Frauen aus dem Vogtland danke ich für die in Ihrem Telegramm ausgesprochene Versicherung, daß das sächsische Vogtland entschlossen ist, die es besonders drückende Kriegslast mit unerschütterlicher Ausdauer bis zum vollen Sicherungsfrieden weiter zu tragen. Ich bin überzeugt, daß dies der Wille der Mehrheit unseres deutschen Volkes ist, und habe die feste Zuversicht, daß Se. Majestät der Kaiser, gestützt auf die ungeschwächte Kraft unseres Heeres, nur einem solchen Frieden seine Zustimmung geben wird, der das friedliche Gedeihen unseres deutschen Vaterlandes gegen alle ferneren Eingriffe sicherstellt.“

Der Nationalliberale Reichsverein in Dresden hat soeben ein Telegramm an den Reichskanzler gesandt, worin er ihn in tiefster Sorge um die Zukunft des Vaterlandes aufs dringendste bittet, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß bei den Friedensverhandlungen

die Auffassung der Obersten Heeresleitung, insbesondere über die Sicherung der deutschen Grenzen im Ost und West, maßgebend werden und bleiben. Weiter warnt der Reichsverein dringend davor, auf irgendwelche Annäherungsversuche an England oder gar auf einen uns England gegenüber lohnlegenden Waffenstillstand hinzuwirken.

Ein Separatfrieden zwischen Rußland und Bulgarien

Von St. Dimitroff, Bern

Ministerpräsident Radoslawow hat im bulgarischen Parlament eine Depesche vorgelesen, die er aus Brest-Litowsk erhielt. Die Depesche lautet:

1. Der Krieg zwischen Rußland und Bulgarien hört auf.

2. Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern sind wieder hergestellt.

3. Es wird Bulgarien das Recht zuerkannt, in der internationalen Donaukommission einen Delegierten zu haben. Dieser letztere Punkt wird anlässlich des allgemeinen Friedensschlusses näher umschrieben.

Zum Schluß fügte der Ministerpräsident bei, daß der erste Friede zwischen Rußland und Bulgarien im Einverständnis mit den verbündeten Mächten abgeschlossen worden ist.

Diese Mitteilung rief im Parlament große Genugtuung hervor. Sämtliche Abgeordneten telegraphierten an ihre Wahlkreise und teilten die frohe Botschaft mit. Die Regierung ihrerseits hat sie ebenso durch die Kreis- und Bezirksbehörden dem Volke kundgegeben. Daß diese Nachricht im Volke große Befriedigung und Freude hervorgerufen, braucht kaum besonders erwähnt zu werden.

Die Regierung hat sofort einen bevollmächtigten Minister in Petersburg, sowie einen Generalkonsul in Odessa ernannt und die Schifffahrt zwischen Odessa und den bulgarischen Küsten eröffnet. Der erste Schritt für den allgemeinen Weltfrieden wäre somit getan. Der russischen Demokratie gehört das Verdienst, den Anstoß dazu gegeben zu haben. Die russische Demokratie hat damit auch bewiesen, daß sie auf Eroberungspläne auf dem Balkan verzichte und mit den Bulgaren im Frieden leben will. Die Auffassung des bulgarischen Volkes und der Regierung deckt sich mit der Ansicht der russischen Demokratie, daß sämtlichen Völkern das Recht gewährleistet werde, ihr Schicksal selber bestimmen zu können. Das bulgarische Volk verlangt nie etwas anderes, als mit seinen Stammesgenossen im Einverständnis und selbständig zu sein. Wer die bulgarische Verfassung kennt, wird zugeben müssen, daß in Bulgarien größte persönliche Freiheit und demokratische Einrichtungen herrschen.

Näheres über den Separatfrieden zwischen Rußland und Bulgarien werden wir in der nächsten Zeit mitteilen.

10./I. 1918

Die Versammlungen für einen ehrenvollen Siegesfrieden.

In den vom Reichsverein der Deutschen Arbeiterpartei veranstalteten Versammlungen gegen einen Glendfrieden und für einen ehrenvollen Siegesfrieden wurde folgender Entschluß einstimmig angenommen:

An Seine Excellenz den I. und II. Minister des Außern Grafen Czernin, Wien, I., Ballhausplatz.

Die heute versammelten deutschen Männer und Frauen begrüßen mit Genugthuung die Aushandlung von Friedensverhandlungen mit den Völkern Rußlands, deren Friedensbereitschaft wir unseren und Deutschlands heldenhaften Truppen verdanken.

Es wäre jedoch größter Undank gegen unsere Gefallenen und die namenlosen Opfer des im Felde und daheim ausharrenden Volkes, wenn der Friede uns nicht Sicherungen gegen künftige Angriffe und wirtschaftliche Vorteile für unsere erwerbenden Stände bringen würde. Unsere Heere haben ganz Polen, Kurland, Litauen und Teile der Ukraine nicht deshalb erobert, damit jetzt dort auf Grund unsicherer, von den Westmächten beeinflusster Abstimmungen von uns unabhängige, vielleicht bald feindliche Staaten erstehen, die etwa nach Abtretung Galiziens unsere Sicherheit noch ärger gefährden, als das alte russische Reich. Polen, Litauen und Kurland sind militärisch und zollpolitisch mit den Mittelmächten derart zu vereinen, daß unsere Macht durch die Abtretung Galiziens nicht geschwächt, sondern als wohlverdiente Entschädigung für die durch deutsches Blut erkämpfte polnische Selbständigkeit gestärkt erscheint. Unserer Handelsausfuhr aber müssen die neuen Staatswesen völlig unbehindert offen stehen. Das deutsche Volkstum in diesen Ländern muß sich gesichert erhalten und entwickeln können. Mit der Ukraine und Großrußland müssen solche Wirtschaftsverträge vereinbart werden, die unsere Rohstoffversorgung und unsere ungehinderte Ausfuhr sichern.

Die gegen Rußland geübten Grundsätze können keine Anwendung gegenüber Serbien, Rumänien und dem Balkan finden. Die Beherrschung des Donauweges und des Ostufers der Adria, die absolute Sicherung vor serbischen Ueberfällen sind Notwendigkeiten eines dauernden Friedens — nicht minder die Abrundung unserer Grenzen nach strategischen Gesichtspunkten gegenüber Italien. Die Westmächte jedoch müssen unsere Volkswirtschaft durch vertragsmäßige Lieferung der nötigen Rohstoffe und günstige Handelsverträge für die uns verursachten Nachteile entschädigen.

Ohne solche Sicherungen befürchten wir eine nur kurze Friedensperiode und einen Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens mit allen Begleitererscheinungen für die Volksmassen.

Wir erheben den schärfsten Widerspruch gegen einen von der gesamten Börse und der mit dieser geeinigten Sozialdemokratie geforderten „Verzicht“, richtig „Glendfrieden“ und den gehässigen Versuch zur Föderung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche, das von uns wahrlich mit vollem Recht ein Ausharren bis zur Durchsetzung auch seiner Forderungen verlangen kann.

Wirklich energische Bekämpfung des unser Volk vernichtenden Kriegswuchers, Brechen des tschechischen und ungarischen Aushungerungssystems sind die Vorbedingungen unseres Durchhaltens. Eine Militär- und Wirtschaftsunion mit dem Deutschen Reiche und den uns anzuschließenden neuen Staaten, Stärkung der deutschen Grundlage Oesterreichs und eine auf Grund eines guten siegreichen Friedens durchführbare soziale Gesetzgebung, das sind unsere Forderungen an eine Regierung, die sich den Erfolgen des Schwertes ebenbürtig erweisen soll.

**Die Forderungen der Aegypter nach Befreiung.
Eine Rundgebung an den Friedenskongress in
Brest-Litowsk.**

Berlin, 10. Januar.

Von dem Präsidenten des ägyptischen Nationalkomitees wird dem Wolffschen Bureau folgende Rundgebung an den Vorsitzenden des Friedenskongresses in Brest-Litowsk übermittelt:

Die in Berlin versammelten Mitglieder der ägyptischen Nationalpartei haben die Ehre, die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Notwendigkeit der Befreiung Aegyptens im Sinne des von allen Mächten angestrebten Nationalitätenprinzips zu lenken. Die Sowjets in Petersburg haben sich feierlich für dieses Prinzip sowohl, wie für die Freiheit der Meere erklärt. Die Befreiung Aegyptens ist um so notwendiger, als die Neutralität des Suezkanals nicht wirksam werden kann, so lange England Aegypten besetzt hält, wie der gegenwärtige Krieg zur Genüge bewiesen hat.

Unsere Forderung beruht erstens auf dem natürlichen Recht, das jeder Staat besitzt, sich selbst zu regieren und sich seiner Eigenart gemäß zu entwickeln; zweitens auf dem Verzichtsvertrag von Therapia vom Juni 1882; drittens auf dem Vertrag von London vom Juni 1884 usw.

Solange unser Kanal unter der Kontrolle irgendeiner Großmacht steht, kann die Freiheit der Meere, die eines der Grundprinzipien der Demokratie im allgemeinen und der russischen Sozialisten im besonderen bildet, nicht in wirksamer Weise gewährleistet werden. Nur ein freies Aegypten kann uns schützten und sämtlichen Nationen während des Krieges und in Friedenszeiten freie Durchfahrt garantieren. Aegypten, das mehr als andere Nationen die zur Anwendung des Nationalitätenprinzips notwendigen Vorbedingungen besitzt und dessen geographische Lage an einer großen internationalen Verkehrsstraße seine Befreiung dringend notwendig macht, ist überzeugt, daß dieser Kongress, der sich versammelt hat, um den Krieg zu beenden und eine Wiederholung des entsetzlichen Blutvergießens zu verhindern, seine natürlichen und unveräußerbaren Rechte anerkennen wird.

Im Auftrage des Komitees:

Mohamed Farid Bey, Präsident."

Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands durch Dänemark und Norwegen.

Kopenhagen, 10. Januar.

Der Minister des Aeußern hat heute an die Regierung Finnlands folgendes Telegramm geandt: „Im Anschluß an die Aeußerung des Königs zu der finnischen Delegation, durch die derselben die Stellung der dänischen Regierung bekanntgegeben wurde, habe ich die Ehre mitzuteilen, daß die dänische Regierung Finnland als freien, unabhängigen Staat anerkennt und einwilligt, mit der Regierung Finnlands in direkte Verbindung zu treten.“

Christiania, 10. Januar.

Norwegen hat Finnland als freien, unabhängigen Staat anerkannt.

Russische Staatsschulden.

I. Zur angeblich geplanten Annullierung.

Rußlands Staatsschuld war bereits vor dem Kriege bedeutend; allerdings nicht so sehr im Verhältnis zur Anzahl der Bevölkerung als in Anbetracht der argen Rückständigkeit der Produktionsverhältnisse des Landes. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, war die Staatsschuld Rußlands vor dem Kriege nach westeuropäischem Maßstab nicht übermäßig groß. Sie lastete aber auf der Bevölkerung ungleich schwerer als die pro Kopf viel größere Staatsschuld in manchen anderen Ländern mit mehr entwickelter Volkswirtschaft. Besonders nachteilig für die russischen Staatsfinanzen war der große Anteil des Auslandes an der russischen Staatsschuld. Diesbezüglich wurden schon vor dem Kriege immer wieder, und zwar ohne jede tatsächliche Grundlage, vielfach willkürliche und völlig unrichtige, nicht selten sogar absurde zahlenmäßige Angaben aufgestellt. Das zum Beispiel in Frankreich schon vor dem Kriege 25 oder gar 30 oder selbst 40 Milliarden Franken russischer Werte untergebracht gewesen seien, konnte man auch in der jüngsten Zeit wiederholt lesen. Tatsächlich wurde die russische Staatsschuld Ende 1913 von amtlicher Seite mit 8824 Millionen Rubel ausgewiesen, und der im Ausland untergebrachte Anteil an der russischen Staatsschuld, einschließlich der von der Regierung garantierten Eisenbahnobligationen in der Höhe von zusammen circa 12½ Milliarden Rubel, respektive circa 33½ Milliarden Franken, wurde auf etwa 51 Prozent geschätzt. Es wären also nach dieser offiziellen Schätzung circa 17 Milliarden Franken russische Staatspapiere und staatlich garantierte Eisenbahnprioritäten vor dem Kriege im Ausland untergebracht gewesen, und zwar vornehmlich in Frankreich, daneben aber auch sehr bedeutende Beträge, nämlich etwa drei Milliarden Mark in Deutschland (ungefähr die Hälfte davon) und in Holland. Die letzte russische Staatsanleihe, die vom deutschen Kapitalmarkt aufgenommen wurde, war jene 4½prozentige Anleihe, die zu Beginn 1905, während des Russisch-Japanischen Krieges, in Deutschland und Holland zur Subskription gelangte. In den zwei späteren Staatsanleihen, die Rußland vor dem Kriege im Ausland aufnahm, der 5prozentigen Anleihe von 1906 in der Höhe von 2¼ Milliarden Franken, respektive 843¼ Millionen Rubel, und der 4½prozentigen von 1909 in der Höhe von 1400 Millionen Franken (525 Millionen Rubel), beteiligte sich Deutschland nicht mehr. In der Hauptsache wurden diese zwei Anleihen von Frankreich übernommen, ferner, von Rußlands eigenem Anteil abgesehen, von England. In der Anleihe von 1906 partizipierte mit 165 Millionen Franken auch Oesterreich. Doch wurde diese Beteiligung bald wieder abgestoßen. Der deutsche Kapitalmarkt, der nach 1905 russischen Staatsanleihen keinen Eingang mehr gewährte, beteiligte sich aber in der Folge noch wiederholt an der Uebernahme von Bahnanleihen. Im Verlauf des Krieges verminderte aber Deutschland durch namhafte Verkäufe nach Holland und den nordischen Staaten, die das Material zu einem großen Teil für russische Rechnung aufnahmen, seinen Besitz an russischen Werten. England hatte sich schon in den letzten Jahren vor dem Kriege wieder in stärkerem Maße für russische festverzinsliche Werte interessiert und verschiedene städtische und Bahnanleihen übernommen.

Die circa 17 Milliarden Franken russischer Staatspapiere und staatlich garantierter Eisenbahnprioritäten, die vor dem Kriege im Ausland placiert waren, bildeten aber durchaus nicht die gesamte auswärtige Verschuldung Rußlands. Es kamen noch Pfandbriefe, zum Teil staatlich garantiert, städtische Anleihen, Banken-, industrielle und andere Aktien hinzu. Ferner war Rußland durch ausländische Gründungen, Filialunternehmungen, Beteiligungen, Kreditgewährungen usw. an das Ausland in hohem Maße verschuldet. Wie bedeutend aber auch Rußlands Schuldenlast vor dem Kriege war, so verschwindet sie neben den riesenhaften Kriegsschulden beinahe zur Bedeutungslosigkeit. Die letzten offiziellen Mitteilungen über die russischen Staatsfinanzen rühren von der Moskauer Konferenz, die Ende August tagte, her. Auf Grund der damals gemachten Angaben konnte das Wachstum der Staatsschuld bis Ende 1917 auf ungefähr 55 Milliarden Rubel in Aussicht genommen werden. Wie sich die Finanzen seither tatsächlich entwickelt haben, darüber fehlen bei dem Wirrwarr in Regierung und Verwaltung naturgemäß alle Publikationen. Rußlands Verschuldung im Ausland hat durch den Krieg ebenfalls enorm zugenommen, und bis zum Abschneiden Rußlands von den Weltmärkten dürften deren Vorschüsse nicht weniger als sieben Milliarden Rubel betragen haben. Den weitaus größten Anteil an dieser Summe hat England, entsprechend der großen Beteiligung der englischen Industrie an der militärischen Ausrüstung Rußlands und an Rußlands sonstigen Bezügen. Mit ungleich geringeren Summen hat sich Frankreich, und mit noch weniger haben sich die Vereinigten Staaten und Japan an der finanziellen Unterstützung Rußlands beteiligt. Die beiden letzteren durch Lieferungen, Frankreich zum größten Teil nur dadurch, daß es die Zahlung der Zinsen für die in Frankreich untergebrachten Staatspapiere stundete, respektive den Inhabern aus eigenen Mitteln vorstrecken ließ. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß im Verlauf des Krieges Englands Besitz an russischen Effekten über jenen Frankreichs hinausgewachsen ist.

Während des Krieges kann Rußland natürlich die Zinsen im Ausland nicht bezahlen. Es hat seinen Goldbestand bereits in hohem Maße in

Anspruch genommen und konnte ihn ohne weitere schlimme Gefährdung seiner bereits aufs äußerste zerrütteten Balua nicht noch weiter schwächen. Ob Rußland nach dem Kriege zahlungswillig sein wird, wird von der Art, den Zielen und dem Programm seiner Regierung abhängen. Ob es zahlungsfähig sein wird, wird davon abhängen, ob das Land, ohne zu zerfallen, aus Bürgerkrieg und innerem Zwist wieder zu einer stetigen und ruhigen Entwicklung kommen wird. Aber selbst im allerungünstigsten Falle dürfte Rußland in den ersten Jahren nach dem Kriege keinesfalls über einen so großen, für den Export zur Verfügung stehenden Warenüberschuß verfügen, noch dürften andererseits die wichtigsten Gläubigerländer für russische Waren genügend aufnahmefähig sein, als daß der Zinsendienst ungestört aufgenommen werden könnte. Selbst im besten Falle wird noch geraume Zeit nach dem Kriege die Zahlung der Zinsen für Rußlands Verschuldung im Ausland so gut wie sicher nur zum Teil erfolgen können. Der andere Teil würde gestundet werden müssen, falls nicht überhaupt irgendeine Vereinbarung behufs Stützung des Zinsendienstes erfolgt.

Hendersons Erklärungen gegen Lloyd-George.

Bern, 10. Januar.

Der Bericht des Reuterschen Bureaus über die Aeußerungen Hendersons zur Rede Lloyd-Georges bedarf einiger Ergänzungen. Nach dem Satz: „Die Kriegsziele des Arbeitertums sind dieselben alten Ziele wie im Jahre 1914, nämlich die Zerstörung des Militarismus, nicht nur in Deutschland, sondern überall,“ machte Henderson folgende bedeutsame Erklärung: „Und sie ist nicht ausführbar durch eine militärische Regelung. Selbst nach dem allervollständigsten Siegläßt sich der Militarismus nicht durch die bloße Eroberung eines Landes durch einen anderen vernichten.“

Ferner fügte er dem Satz: „Das britische Arbeitertum weist ebenso vollständig wie die Bolschewiki jeden Gedanken, einen nationalistischen oder imperialistischen Profit aus dem Krieg zu ziehen“, folgende Worte hinzu: „Sei es durch direkte oder indirekte Annexion neuer Territorien seitens des britischen Reiches oder durch wirtschaftliche, gegen andere Völker gerichtete Arrangements.“

Henderson sagte ferner: „Es ist eine Tatsache, daß fast alle sozialistischen Parteien Europas Friedensprogramme haben. Wenn wir sie vergleichen, finden wir sie in den Fundamentalforderungen übereinstimmend. Sie verfolgen alle dasselbe zentrale Ziel.“

Weiter auf die Gleichheit der Ziele der britischen Arbeiter und der Bolschewiki eingehend, führte Henderson aus: „Nehmen wir den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Nationalitäten. Die Zukunft Irlands hängt von der Entscheidung der jetzt in Dublin tagenden Konvention von Irlandern ab. Die Arbeiterpartei wird jede Lösung, zu der die in der genannten Körperschaft vertretenen verschiedenen Parteien und Gruppen gelangen, willkommen heißen und ohne Widerrede annehmen. Aber die Arbeiterpartei nimmt den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes für alle Völker in Anspruch und glaubt, daß er sich für Ägypten und Indien durch schnelle Erweiterung der Institutionen der Selbstverwaltung nach dem Grundsatz der Dominien erreichen läßt. Nehmen wir ferner den Grundsatz: Keine Annexionen. Wir werden keinen Länderwerb aus dem Kriege herauschlagen. Gegenüber Völkern, die von ihren derzeitigen Beherrschern frei zu sein wünschen, aber nicht stark genug sind, auf eigenen Füßen zu stehen, halten wir uns für moralisch verpflichtet, ihnen internationalen Schutz zu sichern. Aber wir wünschen diese Aufgabe nicht allein zu übernehmen, außer wenn eine Friedenskonferenz, oder eine ähnliche internationale Autorität uns darum ersucht. Kriegsentwädigung wollen wir keine, aber wie unsere russischen Genossen, verlangen wir völkerrechtsgemäße Gutmachung des den Nationen und Einzelpersonen angetanen tatsächlichen Schadens. Wir ersuchen die russischen Genossen, nicht zu glauben, daß die imperialistische britische Presse irgendwie die wahren Gefühle des britischen Volkes, weder der Soldaten noch der bürgerlichen Bevölkerung darstellt. Wenn wir uns in Stockholm oder anderswo hätten treffen können, würden wir uns längst gegenseitig besser verstehen gelernt haben. Angesichts der Wichtigkeit der Forderung, daß die künftige Regelung auf einer breiten Grundlage des Willens der Völker der beteiligten Länder erfolge, gehört die Verweigerung von Pässen nach Stockholm zu den größten Mißgriffen des Krieges. Wir wiederholen den Protest gegen diese Entscheidung und unterstützen beifälligst den Protest der französischen Genossen gegen die Verweigerung der Pässe nach Petersburg. Das britische Arbeitertum hat sich jetzt über das Kriegszielprogramm geeinigt. Wir machen nunmehr die größten Anstrengungen, eine neue interalliierte Konferenz vorzubereiten als Vorläufer für eine vollständige Konferenz der gesamten Arbeiterbewegung der Welt. Wir wünschen nichts sehnlicher, als die freieste und vollste Aussprache mit Vertretern des Arbeitertums herbeizuführen, zunächst unter unseren Bundesgenossen und alsdann mit den neutralen und den gegenwärtigen Feinden.“

Henderson erwähnte Elsaß-Lothringen nicht. Seine Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten beschränkte sich jedenfalls, soweit die Völker unter britischer Herrschaft in Betracht kommen, auf die Zugestehung der Selbstverwaltung innerhalb des britischen Reichkörpers und hat eine völlige Selbständigkeit nicht im Auge.

Schwindel mit Versammlungen für den „Siegfrieden“.

Von den Deutschgelben werden jetzt „in ganz Wien“ Versammlungen für einen „Siegfrieden“ abgehalten. Abgehalten ist vielleicht zu viel gesagt, in der Hauptsache werden sie eigentlich nur angezeigt. Ein paar Leute ziehen nämlich in den Wiener Bezirken herum und repräsentieren dann in jedem die Versammlung. Wie es um dem Besuch steht, geht daraus hervor, daß in den Berichten nicht einmal die billige Phrase von dem „guten Besuch“ gewagt wird. Das absolute Fiasko der abernen Aktion ist nur ein Beweis mehr, wie das Volk über den Krieg, über die Kriegsverlängerer und über das ganze Annexionsgeliichter denkt. Wie es den Herrschaften aber am Donnerstag und Freitag erging, wollen wir doch berichten.

Am Donnerstag hatten sie sich in die **Brigitte n a u** hinausgetraut. Darüber erzählt uns ein Bericht:

Die Versammlung war in Dehnerts Saal in der Treustraße einberufen und bald nach 7 Uhr erschienen trotz Schneesturm und Kälte viele Frauen und Männer, unter diesen viele Eisenbahner. Um 7/8 Uhr kamen einige, nach Aussehen und Kleidung nicht der Arbeiterklasse angehörige Herren und besahen sich verwundert, wenn auch nicht erfreut, die vollbesetzte Versammlung. Ein Herr eröffnete nun die Versammlung, erklärte sie als Vereinsversammlung, sagte aber weder, von welchem Verein sie einberufen worden ist, noch nannte er seinen Namen, und erklärte, es werde gewünscht, daß er über das Thema gleich sprechen solle. Der Wunsch war begreiflich, da die angesagten Redner noch nicht da waren. Dann kam die Frau **Elvira R o t k z u** Wort, die durch viele Zwischenrufe in die Enge getrieben, der Versammlung zurief: „Ja, glauben Sie denn, daß wir etwas zu reden haben beim **F r i e d e n s s c h l u ß**?“ Der nächste Redner war der Sekretär der Deutschnationalen Herr **U n j o r g e**; ein Mensch, der von Zeitungsauschnitten lebt. Er wollte offensichtlich die Versammlung sprengen, also gab er seiner Freude Ausdruck, daß nach den Berichten der Abendblätter die Verhandlungen in **B r e s t - L i t o w s k** schon gecheitert seien. Dann las er Zeitungsauschnitte und Broschüren vor. Endlich ging aber doch den Versammlungsteilnehmern die Geduld aus und sie verlangten stürmisch Schluß und zugleich, daß die aus der Mitte der Teilnehmer vorgewählten Redner zum Worte kommen. Ein Versammlungsteilnehmer meldete sich zur Geschäftsordnung und beantragte die Abstimmung, daß nun die vorgewählten Redner das Wort erhalten sollen. Darüber ließ der Vorsitzende nicht abklimmen, rebete sich auf das Vereinsgeheh und den Regierungsvertreter aus, bemerkte höhnlisch: „Sie sind doch gekommen, um unsere Redner zu hören,“ und erklärte dann, später würde jedem das Wort erteilt werden, obwohl er wußte, daß es bis dahin längst 10 Uhr geworden sein wird, wo das Gasthaus gesperrt werden muß, und erteilte kurz entschlossen Herrn **G a n g l m a y e r**, dem Obmannstellvertreter des Reichsverbandes deutscher Eisenbahner, das Wort. Nun war die Geduld und die Zeit der Versammlungsteilnehmer zu Ende, ein Genosse bestieg einen Stuhl und rief in den Saal: „**A b s t i m m e n**: Wer für einen Verständigungsfrieden ist, wer für Friede und Demokratie eintritt, soll die Hand erheben.“ Und alles, bis auf einige nationale Vereinsfunktionäre, stimmte für den Antrag. Hierauf verließen die Teilnehmer demonstrativ das Versammlungslokal. Zutiefst blieben ungefähr 10 bis 15 Deutschnationale, aus allen Bezirken herbeigeholte Hinterlandslämpfer für den Siegfrieden und — zur Ehre der Frauen sei es gesagt — außer der Referentin nicht eine einzige Frau.

Für Freitag beriefen die Herrschaften in das Hotel **H o l z w a r t h** in **F ü n f h a u s** eine „öffentliche Volksversammlung“ ein, die nach den Ankündigungen eine „mächtige Kundgebung des deutschen Volkes für einen Siegfrieden, gegen die Volksfeinde im Innern, die einen Verständigungsfrieden anstreben“, werden sollte. Das deutsche Volk kam denn auch

ziemlich zahlreich, es dürften etwa zweihundert Personen anwesend gewesen sein, jedoch waren unter diesen, wie aus den Mißfallskundgebungen gegen die Ausführungen der Redner zu ersehen war, mindestens hundertachtzig Freunde eines Verständigungsfriedens; bloß ein kleines Häuflein von etwa zwanzig Männern und Frauen war Anhänger des Siegfrieden. Nach Eröffnung der Versammlung sprach eine Frau, deren Ausführungen hauptsächlich darauf hinausliefen, die Leistungen der deutschen Frauen während des Krieges hervorzuheben. Sie wurde ruhig angehört. Sodann sprach Abgeordneter **W e d r a**, der seine Rede offensichtlich mit Absicht ausdehnte. Er rebete über den Verständigungsfrieden allerlei ungerichtetes Zeug. So sagte er unter anderem, daß bei einem Verständigungsfrieden **J u l u s k a s s e r n** und **H i n d u s** die Antreiber der deutschen Arbeiter sein würden. Er gab sich viele Blüten und mußte sich in Zwischenrufen oft auf Widersprüche im Verlauf seiner Rede aufmerksam machen lassen. Er rebete und rebete, bis er endlich nach einer Stunde vom Abgeordneten **F o r s t n e r** aufmerksam gemacht wurde, doch zu ermöglichen, daß auch Sozialdemokraten zum Worte kommen können. Endlich schloß er nach 9 Uhr. Trotzdem die Genossen **R o t k** und **F o r s t n e r** zum Worte gemeldet waren und die Zeit ziemlich vorgehritten war, erteilte nun der Vorsitzende abermals einem Deutschnationalen das Wort. Da um 10 Uhr in den Gasthäusern Sperrstunde ist, wäre es innerhalb der den sozialdemokratischen Rednern zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich gewesen, eingehend zu antworten, deshalb protestierten die Sozialdemokraten gegen diese Vorgangsweise. Die Versammlung verlangte stürmisch, daß Abgeordneter **F o r s t n e r** sprechen soll. In dem nun entstehenden Tumult löste der Regierungsvertreter die Versammlung auf. Da sich die streitenden Gruppen nicht lösen und niemand das Lokal verlassen wollte, bestieg Abgeordneter **F o r s t n e r** die Tribüne und sagte: „Genossen! Verlassen wir ruhig das Lokal; was wir wollten, ist erreicht, ohne daß wir zum Worte gekommen sind; klar ist, daß die **F ü n f h a u s e r** Bevölkerung von einer Fortführung des Krieges nichts wissen will, daß **F ü n f h a u s** kein Boden für Kriegsheher ist. Wenn wir bisher keinen Sieg erringen konnten und kaum imstande sind, die Kriegslasten zu tragen, das Glend weiter zu schleppen, dann werden wir dies in Zukunft noch viel weniger können. Wir wollen Frieden auf der Basis der Verständigung der Völker.“ Stürmischer Beifall folgte diesen Worten und binnen kurzem war der Saal leer, ohne daß die Wache Gelegenheit hatte, einzuschreiten.

Der polnische Staatsrat beim Kaiser.

Ueber den Verlauf der Donnerstag-Audienz des polnischen Regentschaftsrates und seiner Begleitung beim Herrscherpaar erzählt die „Polnische Presseagentur“ folgende Details:

Der Kaiser hat jedes Mitglied des Regentschaftsrates, sowie den Ministerpräsidenten v. Kucharszewski einzeln in ein längeres Gespräch gezogen, wobei auch wichtige politische Fragen berührt wurden. Hierauf stellte Gesandter Stefan v. Ugron dem Monarchen den Generalsekretär des Regentschaftsrates Prälat Chelmiccki, sowie sämtliche Mitglieder der Begleitung vor. Der Kaiser sprach in huldvollster Weise mit jedem einzelnen Herrn sehr eingehend über die polnischen Verhältnisse. Die anwesenden drei Legationsoffiziere, die an der Karpatenfront gekämpft haben, hat der Kaiser auch einzeln angesprochen und sie gefragt, bei welchen Anlässen sie ihre militärischen Auszeichnungen erhalten haben.

Hierauf wurde dem Regentschaftsrat die Ehre zuteil, auch von der Kaiserin empfangen zu werden. Erzbischof Rakowski hat in der warmsten Weise seinen Dank für die Spende einer Marienstatue für das ehrwürdige Kloster in Czestochau zum Ausdruck gebracht und den tiefen Eindruck, welchen diese hochherzige Schenkung auf das polnische Volk ausgeübt hat, geschildert.

Sodann stellte der Gesandte v. Ugron der Kaiserin den Ministerpräsidenten v. Kucharszewski, Prälaten Chelmiccki, den Fürsten Radziwill, den Grafen Tarnowski und die übrigen Herren der Begleitung vor. Die Kaiserin richtete an jeden der Erschienenen ein besonderes gnädiges Wort. Sie erkundigte sich eingehend über die Verhältnisse in Polen und bekundete auch den Legationsoffizieren gegenüber ein warmes Interesse.

Die Teilnehmer der Audienz waren von dem herzlichen Empfange von Seiten des Herrscherpaares direkt bezaubert. Besonders tiefen Eindruck rief das lebhafteste Interesse des Kaiserpaares für die polnische Sache und die Vertraulichkeit mit derselben hervor.

Audienz bei Erzherzog Rainer.

Erzherzog Rainer, begleitet von seinem Dienstkammerer Oberleutnant Grafen Kuenburg, hat gestern um 4 Uhr nachmittags im großen Saale des General-Artillerieinспекtorates die Mitglieder des polnischen Regentschaftsrates empfangen.

Dejeuner im Hotel Sacher.

In Vertretung des Ministers des Außern Grafen Czernin gab der zweite Sektionschef Freiherr v. Flotow gestern mittags im Hotel Sacher zu Ehren der Mitglieder des Regentschaftsrates ein Dejeuner, welchem außer dem deutschen Botschafter Graf Wedel, der polnische Ministerpräsident v. Kucharszewski, Prälat v. Chelmiccki, Fürst Franz Radziwill, Graf Georg Tarnowski, Herr v. Dkolowicz, die Adjutanten der Regenten Legationsoffiziere v. Drewnowski, v. Gorla und Graf Hofworowski, der Ehrendienst: Graf Dionis Szechenyi und Rittermeister v. Bzowski-Janota; ferner Fürst Andreas Lubomirski, Ministerpräsident Ritter v. Seidler, Minister a. D. Ritter v. Bilinski, Präsident des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes Baron Plener, Minister des Außern a. D. Graf Goluchowski, gemeinsamer Finanzminister Baron Burián, deutscher Gesandter Prinz zu Stolberg, Botschafter v. Merey, Präsident des Obersten Rechnungshofes Freiherr v. Beck, Graf Jdzislaw Tarnowski, Botschafter Graf Tarnowski, Minister des Innern Graf Loggenburg, Minister für Galizien v. Twardowski, Gesandter v. Ugron, Kontradmiraal Rodler, Legationssekretär v. Masirevich, Legationsrat Graf Walterskirchen, Botschafter v. Marjovszky und Vizesekretär Skrzynski.

Besprechungen mit dem Polenklub.

Während des Diners beim Ministerpräsidenten Doktor Seidler, äußerten sich Mitglieder des Regentschaftsrates im Gespräche mit polnischen Reichsrats-Abgeordneten und in einer Aussprache mit den Vertretern des Polenklubs über aktuelle polnische Fragen.

Gestern vormittags trat das Präsidium des Polenklubs zusammen, um die bei der Aussprache mit den Mit-

gliedern des Regentschaftsrates berührten Fragen einer Beratung zu unterziehen. Um 5 Uhr nachmittags empfingen dann die Mitglieder des Regentschaftsrates die Vertreter des Polenklubs in der Burg. Zugegen waren: Erzbischof Dr. Rakowski, Herr v. Ostrowski und Fürst Lubomirski, der Ministerpräsident v. Kucharszewski und Prälat Chelmiccki. Im Namen des Polenklubs erschienen Fürst Lubomirski, Hofrat Dr. German, Abg. Kędzior, Abg. Daszynski, Zieleniewski und Dr. Diamant. Es wurde hauptsächlich die Organisation der polnischen Armee, die Vorbereitung des konstituierenden Landtages und die Teilnahme der Polen an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk besprochen. Die ungewollte Aussprache, die bis halb 7 Uhr dauerte hat die vollste Übereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage erwiesen.

Ueber den Verlauf der Besprechungen melden die „Polnischen Nachrichten“: Der amtsführende Obmann des Polenklubs Abg. Daszynski begrüßte den Regentschaftsrat im Namen des Polenklubs und führte aus, welche weitreichende Bedeutung für ganz Polen sowie für die parlamentarische Politik der polnischen Abgeordneten aus Galizien die ehe baldigste Einberufung des konstituierenden polnischen Reichstages in Sachen der Zulassung der Bevollmächtigten des polnischen Staates zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, sowie der formellen Seite der Errichtung der polnischen Armee hätte.

In der an die Begrüßung sich knüpfenden Besprechung wurde der grundsätzliche Standpunkt des Regentschaftsrates bezüglich der Einberufung der Konstituante vom Regenten v. Ostrowski dargelegt. Auf Grund des § 3 des September-Patentes ist der Staatsrat zur Beschlußfassung über die Wahlordnung für den Reichstag berufen. Die Wahlordnung selbst ist nahezu gänzlich vorbereitet. Der Regentschaftsrat ist sich dessen bewußt, welche große Bedeutung für die Entscheidung über eine ganze Reihe von wichtigsten staatsbildenden Fragen in Polen die Konstituante hat und wird bestrebt sein, dieselbe ins Leben zu rufen. Das Heer ist nur als ein Organ der polnischen Regierung möglich, die auch ausschließlich über dessen Verwendung entscheiden kann. Der Ministerpräsident v. Kucharszewski besprach eingehend den Stand der Frage einer Delegation der Bevollmächtigten des polnischen Staates nach Brest-Litowsk. Eine Entscheidung der Zentralmächte sei in dieser Angelegenheit bisher nicht erfolgt. Die Freilassung der in Szczygornio (Lanza) und Bejhaminow befindlichen Gefangenen werde von dem Regentschaftsrat für die nächste Zeit bestimmt ermartet.

Zu der gestrigen Meldung über den Empfang der Mitglieder des polnischen Regentschaftsrates durch den Kaiser wird berichtigend festgestellt, daß die Ansprache an den Monarchen nicht vom Fürsten Lubomirski, sondern vom Mitglied des Regentschaftsrates v. Ostrowski gehalten worden ist.

14. I. 1918

179

Die Friedensversammlungen.

Die gestrigen Friedensversammlungen wiesen einen wirklichen Massenbesuch auf. Es war nicht anders zu erwarten, ging es doch darum, zu zeigen, daß die Arbeiterklasse keinen anderen Frieden will und keinen anderen Frieden brauchen kann als einen allgemeinen Frieden auf Grund von Verständigung. Die Stimmung in den Versammlungen war eine gewaltige. Insbesondere die Versammlung in Favoriten gestaltete sich zu einer Massenkundgebung für den Frieden im wahren Sinne des Wortes. Die zweidreiviertelstündige Rede des Genossen Austerlitz wirkte zündend und sie löste oft und oft Beifall, am Schluß aber einen wahren Sturm aus. Ebenso gewaltig war die Versammlung in Ottakring, über die wir erst morgen berichten können.

Die Versammlung in Magareten im Eisenbahnerheim wurde während einer Rede des Abgeordneten Forstner vom Regierungsvertreter aufgelöst.

Magareten.

Die Versammlung in Magareten tagte unter dem Vorsitz der Genossen Hummel und Heizinger im großen Saale des Eisenbahnerheims. Sie war massenhaft besucht. Schon um 1/2 10 Uhr war der Saal bis auf das letzte Plätzchen gefüllt, so daß viele Hunderte keinen Einlaß fanden. Um 10 Uhr eröffnete Genosse Hummel mit kernigen Worten die Versammlung.

Abgeordneter Ellenbogen spricht über die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Der Redner verlangte auch, daß unsere im Parlament das Recht eingeräumt werde, bei den Friedensverhandlungen mitzusprechen. Er findet es sonderbar, daß Graf Czernin, als er vor dem Parlament sprechen sollte, plötzlich erkrankte, ebenso schnell aber wieder gesund war, als die Verhandlungen in Brest-Litowsk begannen. Die Vorschläge Wilsons sind so, daß man auf Grund dieser Vorschläge in Friedenverhandlungen eingehen hätte können. Wir wollen nicht einen Sonderfrieden mit Rußland allein, wir wollen den allgemeinen Frieden, damit dieser Krieg, diese Menschenmächtereie endlich einmal eine Ende habe. Ellenbogen beantragt schließlich eine Resolution und bittet, sie anzunehmen. (Stürmischer Beifall.)

Abelheid Popp knüpft an die Ausführungen des Vorredners an.

Sie verlangt weiter, daß auch wie in Rußland bei den Verhandlungen Frauen mitzusprechen hätten. Wenn diese ihre Männer und Söhne hergeben müssen, um sie zu Krüppeln machen zu lassen, so sollen sie auch das Recht haben, mitzuberaten.

Zum Schluß fordert die Rednerin ein demokratisches Oesterreich und daß sich alle Völker in Freiheit und Brüderlichkeit einigen. Jeder Mann und jede Frau gehören in unsere Reihen.

Abgeordneter Forstner

erklärt, daß das ganze Volk Oesterreichs den Verständigungsfrieden fordere

benützte der Regierungsvertreter dazu, um die Versammlung aufzulösen. Nun erhoben sich stürmische Entrüstungsbrufe. Mit vieler Mühe gelang es endlich dem Genossen Hummel die Versammelten zu beruhigen und die Resolution zur Abstimmung zu bringen. Einmütig wurde diese angenommen und unter Absingung des Liedes der Arbeit verließen die Versammelten den Saal.

15. I. 1918

192

* (Rundgebung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zur Friedensfrage.) In fünf Versammlungen der Wiener Arbeiter, die am Sonntag stattfanden, wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Arbeiterschaft protestiert dagegen, daß die Regierung die Völker Oesterreichs jedes Einflusses auf die Friedensverhandlungen beraubt, indem sie die Tagung des Abgeordnetenhauses und der Delegationen immer weiter hinausschiebt und in der Presse jede Kritik der auswärtigen Politik Deutschlands und Oesterreichs unterdrückt. Die Arbeiterschaft fordert, daß die Regierung die Verhandlungen in Brest-Litowsk in verhältnißmäßigem und freundschaftlichem Geiste führe ein-

gehend der Tatsache, daß diese Verhandlungen eine feste und andauernde Freundschaft mit unserm größten Nachbarvolk begründen sollen. Die Arbeiterschaft fordert, daß die Regierung alle Bestrebungen nach offenen und verhüllten Annexionen zurückweise; daß sie die Forderung, das Selbstbestimmungsrecht der Grenzvölker Rußlands zu verjähren, ebenso ablehne wie den Wunsch, einzelne Teile der russischen Grenzländer gegen den Willen ihrer Bewohner zu annektieren. Wir fordern, daß es die Mittelmächte den Völkern Polens, Litauens und Kurlands selbst überlassen, durch Volksabstimmung bei allgemeinem und gleichem Stimmrecht in voller Freiheit über ihre staatliche Zugehörigkeit zu entscheiden und daß volle Bürgerschaften getroffen werden, daß diese Volksabstimmung durch keinerlei behördliche oder militärische Eingriffe beeinflusst werde. Die Arbeiterschaft fordert mit leidenschaftlichster Entschiedenheit den allgemeinen Frieden. Sie begrüßt die Anstrengungen der Arbeiter aller Völker, dem Krieg ein Ende zu setzen. Sie betrachtet die Rede Lloyd Georges und insbesondere das Friedensprogramm Wilsons als Anzeichen, daß auch die feindlichen Regierungen unter dem Druck der Arbeiterschaft ihre imperialistischen Kriegsziele bereits einzusehen und aufzugeben beginnen. Sie protestiert gegen die planmäßige, wie auf Kommando erfolgte Mißdeutung dieser Rundgebungen durch die gesamte bürgerliche Presse und fordert die Regierungen der Mittelmächte auf, diese Rundgebungen zum Anlaß zu nehmen, allen feindlichen Regierungen einen demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen anzubieten.

Ministerpräsident Dr. v. Kucharszewski über den Erfolg seiner Wiener Reise.

Wien, 15. Januar.

Der Vertreter der Polnischen Pressagentur hatte mit dem Ministerpräsidenten v. Kucharszewski eine Unterredung über die Eindrücke und Ergebnisse der Wiener Reise des polnischen Regenschaftrates.

Alle amtlichen Faktoren der Monarchie, sagte der Ministerpräsident, gaben ihrer Sympathie für den Regenschaftrath, als dem Vertreter des souveränen polnischen Staates Ausdruck. Auch die Tatsache, daß die Warschauer Gäste in der Hofburg abgestiegen sind, symbolisiert gewissermaßen das Verhältnis der Habsburger Monarchie zum polnischen Staate. Im Laufe der Geschichte hat die polnische Nation so viele herzliche Bande mit der habsburgischen Dynastie angeknüpft, daß die Vertreter der beiden Staaten bei ihren Bestrebungen, engere persönliche und offizielle Beziehungen herzustellen, auf keine Schwierigkeiten stoßen. Vor allem haben diese Bemühungen Kaiser Karl und dessen hohe Gemahlin erleichtert. Das Herrscherpaar hat die polnischen Gäste durch den Zauber ihrer Persönlichkeiten, durch das Verständnis für die polnische Frage und die

innige Sympathie für die polnische Nation gewonnen.

Ein besonderer Dank gebührt der Wiener Presse für ihre wohlwollende und freundliche Begrüßung der Warschauer Gäste.

Ministerpräsident v. Kucharszewski drückte sodann sein Bedauern aus, daß er wegen Arbeitsüberbürdung keinen Besuch den Vertretern des ungarischen Staates in Budapest abstaten konnte. Mit Ungarn verbinden die Polen gemeinsame historische Erlebnisse und gemeinsame politische Interessen in der Gegenwart. Der Ministerpräsident würde innig wünschen, daß er in kürzester Zeit Gelegenheit finde, Budapest zu besuchen.

Die Konferenzen über die polnische Armee und Verwaltung.

Zu den positiven Ergebnissen der Wiener Reise übergehend, betonte Herr v. Kucharszewski, daß die Konferenzen mit maßgebenden Faktoren zur Klärung einer ganzen Reihe von Fragen beigetragen haben. Die polnische Regierung hat ebenso wie in Berlin, so auch hier den Entwurf der Organisation der polnischen Armee vorgelegt. Eine wohlwollende Prüfung des Entwurfes wurde in Aussicht gestellt.

In allgemeinen Umrissen wurde die Uebernahme einzelner Zweige der Landesverwaltung durch die polnischen Behörden besprochen. Detaillierte Vorschläge werden in Warschau von den unlängst ins Leben gerufenen Ministerien ausgearbeitet. Dort werden diesbezügliche Verhandlungen mit den Okkupationsbehörden stattfinden.

Die schon während des früheren Aufenthaltes des Ministerpräsidenten besprochene Frage der Entsendung von Lebensmittelwaggons aus dem österreichisch-ungarischen nach dem deutschen Okkupationsgebiete wird in Wien einer eingehenden Erwägung unterzogen. In den nächsten Tagen wird Minister Przanowski die Sache detailliert darlegen.

Bezüglich der Frage der Vertretung der polnischen Regierung in den Hauptstädten der verbündeten Mächte sowie in den neutralen Ländern erscheint die Hoffnung nicht unbegründet, daß sie trotz der formellen Schwierigkeiten teilweise im Sinne der polnischen Postulate erledigt werden wird.

Die Teilnahme an den Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Die Frage der Teilnahme der Vertreter des polnischen Staates an den Friedensverhandlungen ist teilweise geregelt. Der Zulassung der Polen zu den Friedensverhandlungen nicht bloß als Sachverständige und Berater, sondern in einer analogen Stellung wie die Vertreter der Ukraine, stehen die Rücksichten des Völkerrechtes im Wege. Nach Ansicht des Herrn v. Kucharszewski können diese Rücksichten heute, da die Kriegsergebnisse die Revision des bisher geltenden Völkerrechtes erfordern, keine absolute Geltung haben. Dr. v. Kucharszewski stellt fest, daß die maßgebenden Kreise der habsburgischen Monarchie Verständnis für die polnischen Wünsche in dieser Frage haben. Die polnische Regierung und die polnische Nation legen der Beteiligung an den Friedensverhandlungen großen Wert bei und würden darin den Beweis des Wohlwollens der Mittelmächte und der praktischen Anwendung der bereits theoretisch anerkannten souveränen Attribute des polnischen Staates erblicken.

Von anderen Fragen wurde die Behandlung der polnischen Kriegsgefangenen berührt und die Zusage erzielt, daß die polnischen Wünsche in dieser Frage Berücksichtigung finden werden.

Die austro-polnische Frage.

Schließlich befragte der Vertreter der „Polnischen Pressagentur“ den Ministerpräsidenten Kucharszewski über die sogenannte austro-polnische Lösung der polnischen Frage und wies auf das Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ hin, in welchem gesagt wurde, daß die austro-polnische Lösung angeblich nicht so sicher sei, wie gemeinhin angenommen wird.

Ministerpräsident Kucharszewski antwortete, daß seit den bekannten Erklärungen des Grafen Czernin und des Grafen Hertling, betreffend die Zukunft Polens, sich nichts Neues ereignet habe, was auf eine Aenderung des bisherigen Standes der Frage hindeuten würde. Die beiden Staatsmänner erklärten übereinstimmend, daß die polnische Nation selbst über ihre Zukunft entscheiden werde. Es ist schwer, heute zu sagen, wie diese Entscheidung ausfallen wird, nichtsdestoweniger ist es eine feststehende Tatsache, daß die habsburgische Monarchie und Dynastie sich großer Sympathien in Polen erfreut. Es wird sich eine entsprechende Form finden, diese Sympathien und gemeinsamen Interessen zum Ausdruck zu bringen. Dies wird Sache der Verhandlungen zwischen den beiden Mittelmächten einerseits und Polen andererseits sein. Die Vereinigung Galiziens und Kongresspolens ist ein inniger Wunsch der ganzen polnischen Nation.

In Brest-Litowsk hat es abermals einen jener Zwischenfälle gegeben, an die man sich in den Friedensverhandlungen mit den russischen Maximalisten, die so plötzlich zu Herren eines Weltreiches geworden sind und sich in ihre große Rolle noch erst finden müssen, wohl gewöhnen konnte. Darin liegt auch gleich die Vorweg zu nehmende Auffassung, daß wie der frühere Zwischenfall wegen des Verhandlungsortes auch dieser wegen der Räumung der besetzten Gebiete und der Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker nicht allzu tragisch genommen werden darf. Herr Dr. von Kühlmann schloß die gestrige Sitzung mit der Ankündigung einer Unterbrechung der Verhandlungen. Diese Unterbrechung ist aber ebensowenig wie die frühere gleichbedeutend mit einem Abbruche. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die Beratungen bald wieder aufgenommen und in veröhnlicher Form weitergeführt werden.

Dieser veröhnliche Ton wurde in den letzten Beratungen leider vermisst. Es wird uns Niemand der Voreingenommenheit zeihen, wenn wir die Hauptschuld daran dem russischen Volkskontrollrath für auswärtige Angelegenheiten, Gospodin Trozki, zuschieben. Herr Trozki hat dem bisherigen ersten russischen Delegirten A. A. Joffe plötzlich die Führung der Beratungen aus der Hand genommen. In Petrograd meinte man offenbar, da Oesterreich-Ungarn und Deutschland ihre Kanzler des Auswärtigen, Bulgarien seinen Justizminister, der Sultan gar seinen Großvezir Zalaat Pascha selbst zu den Verhandlungen nach Brest-Litowsk geschickt hat, gehe es nicht an, daß Rußland bloß simple Delegirte dort habe. So erschien Trozki in höchst eigener Person, um die Beratungen ganz in seinem Sinne zu führen. Man muß Herrn Trozki Manches zugute halten. Der Mann war bis vor wenigen Wochen ein armer Exilirter. Selbst nach dem Siege der Revolution über den Czarismus war Trozki noch nicht der Weg zur Heimkehr ins Vaterland hindernißlos freigegeben. Seine Rückreise aus Amerika nach Rußland war eine förmliche Odyssee, und die Republikaner Kerenski und Genossen machten diesem Extremrepublikaner die größten Schwierigkeiten, ließen ihn sogar von den Engländer in Halifax verhaften. Dann ist Trozki doch nach Rußland zurückgekommen und durch seinen Freund Wladimir Ilitsch Lenin nach dessen Triumphe über Kerenski aus der tiefsten Tiefe plötzlich zur höchsten Höhe der Macht emporgestiegen.

Man bedenke, was dies heißt in einer Zeit, wie es die unsere ist! In einem Augenblick, da es sich nicht bloß um das Schicksal des einen oder anderen Landes, sondern buchstäblich um die Entscheidung über das Schicksal der Welt handelt, wird dieser aus dem russischen Ghetto emporgetauchte Trozki, der in seiner Sprache den Jargon seiner Jugend nicht überwunden hat, zum Leiter der auswärtigen Politik eines Hundertmillionenvolkes gemacht, wird in seine Hände die Entscheidung über Fortführung oder Beendi-

gung des Krieges gelegt. Ist es da ein Wunder, wenn sein Blick die Waage nicht mehr richtig messen kann, daß er vollkommen jedes Distanzgefühl verliert, sich selber ungeheuerlich überschätzt, die Anderen alle viel zu gering einschätzt. Er, der gestern ein armseliger Flüchtling war, verhandelt heute mit Ministern als Gleicher mit Gleichen. Da haut er eben ein wenig über die Schnur, nimmt er den Mund etwas voll und schlägt einen Ton an, der keineswegs den gegebenen Verhältnissen angepaßt ist.

Die Diplomaten, die es mit ihm in Brest-Litowsk zu thun haben, hat er damit allerdings nicht aus dem Häuschen zu bringen vermocht. Diese Herren sind ja sattelfest auf ihren Rossen, haben sich durch manche böse Wege durchgeschlagen, sind nach Brest-Litowsk gekommen, um friedlich, nachsichtig und möglichst nachgiebig zu verhandeln. Sie wissen, daß ihnen nicht Männer gegenüber sitzen, die für den Beruf der Höflichkeit und der Ceremonien erzogen sind, sondern daß es Leute aus dem Volke sind, deren Art man nehmen muß, wie sie ist. Spricht Trozki in einem Tone, als ob er ein Rußland vertreten würde, das wie die Dampfwalze die Mittelmächte niedergebügelt hat, so entlockt ihnen dies nur ein sanftes Lächeln. Diese Herren Russen sind graue Theoretiker geblieben, machen vorläufig Weltgeschichte mit Reden, die wie ihre Flugblätter ausschauen. Man läßt sie reden und wartet geduldig, bis einmal aus all dem theoretischen Gestammel ein Wort herausfällt, an das sich die Praxis anknüpfen könnte. Und der Tag wird kommen, wo dies möglich sein wird, wir sind dessen gewiß.

Aber der Soldat ist nicht wie der Diplomat. General Hoffmann hat nicht die Geduld mit den russischen Unterhändlern wie die Czernin und Kühlmann, und er fährt militärisch derb dazwischen. Gewiß, das Auftreten des Gospodin Trozki war provokant und seine hochfahrende Theorie, sein Diktiren maximalistischer Prinzipien nicht bloß für sein Rußland, sondern auch für die Mittelmächte mußte ärgerlich wirken. Andererseits aber stehen wir nicht an, zu erklären, daß auch der Protest, den General Hoffmann als Vertreter der deutschen Obersten Heeresleitung bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk einzulegen für gut befunden hat, weit übers Ziel geschossen hat. Er gibt dem Zwischenfall eine allzu dramatische Wendung. Er betonte zu stark, daß die Russen in Brest-Litowsk nicht als Sieger, sondern als Besiegte erschienen sind, er klopfte etwas zu stürmisch an den Säbel. Etwas weniger wäre in diesem Falle wirklich mehr, wäre wahrhaftig der Sache selbst viel nützlicher. Soldatische Empfindlichkeiten erscheinen uns bei den Brest-Litowsker Verhandlungen wenig am Platze. Hoffen wir, daß sie dem Werke der Diplomaten nichts geschadet haben, daß diesmal zur Abwechslung nicht die Rhetorik der Soldaten verdirbt, was die Rhetorik der Diplomaten schon durchgesetzt hatte.

Der Friedensbeschluss der Wiener Arbeiter.

In den fünf Versammlungen der Wiener Arbeiter, die am Sonntag abgehalten wurden und in denen, sowohl was den Massenbesuch wie die leidenschaftliche Stimmung betrifft, der Wille der Arbeiterschaft zum deutlichen Ausdruck kam, wurde mit stürmischer Zustimmung folgender Beschluss gefasst:

Die Arbeiterschaft protestiert dagegen, daß die Regierung die Völker Oesterreichs jedes Einflusses auf die Friedensverhandlungen beraubt, indem sie die Leitung des Abgeordnetenhauses und der Delegationen immer weiter hinausschiebt und in der Presse jede Kritik der auswärtigen Politik Deutschlands und Oesterreichs unterdrückt.

Die Arbeiterschaft fordert, daß die Regierung die Verhandlungen in Bresch-Browst in verständlichem und freundschaftlichem Geiste führe eingebend der Tatsache, daß diese Verhandlungen eine feste und dauernde Freundschaft mit unserem größten Nachbarvolk begründen sollen.

Die Arbeiterschaft fordert, daß die Regierung alle Bestrebungen nach offenen und verhöllten Annexionen zurückweise; daß sie die Forderung, das Selbstbestimmungsrecht der Grenzvölker Rußlands zu verfechten, ebenso ablehne wie den Wunsch, einzelne Teile der russischen Grenzländer gegen den Willen ihrer Bewohner zu annektieren. Wir fordern, daß es die Mittelmächte den Völkern Polens, Italiens und Rumlands selbst überlassen, durch Volksabstimmung bei allgemeinem und gleichem Stimmrecht in voller Freiheit über ihre staatliche Zugehörigkeit zu entscheiden, und daß volle Bürgerschaften getroffen werden, daß diese Volksabstimmung durch keinerlei behördliche oder militärische Eingriffe beeinflusst werde.

Die Arbeiterschaft fordert mit leidenschaftlichster Entschiedenheit den allgemeinen Frieden. Sie begrüßt die Anstrengungen der Arbeiter aller Länder, dem Kriege ein Ende zu setzen. Sie betrachtet die Rede Lloyd-Georges und insbesondere das Friedensprogramm Wilsons als Anzeichen, daß auch die feindlichen Regierungen unter dem Druck der Arbeiterschaft ihre imperialistischen Kriegsziele bereits einzuschränken beginnen. Sie protestiert gegen die planmäßige, wie auf Kommando erfolgte Mißdeutung dieser Kundgebungen durch die gesamte bürgerliche Presse und fordert die Regierungen der Mittelmächte auf, diese Kundgebungen zum Anlaß zu nehmen, allen feindlichen Regierungen einen demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen anzubieten.

Das koloniale Friedenshindernis.

Von
Emil Zimmermann.

Es hat einige Verwunderung im Lande erregt, daß in Brest-Litowsk über Kolonien gesprochen wurde, obgleich keine der Verbundmächte koloniale Streitfragen zu lösen hat. Die Erklärung dafür ist, daß die Russen den allgemeinen Frieden erstreben und sie aus ihrer genauen Kenntnis der Auffassungen im Ententelager heraus gerade die Kolonialfrage als ärgsten Stein des Anstoßes auf dem Wege zum Weltfrieden glauben betrachten zu müssen.

Wenn man die Frage so stellt, welches unmittelbare Interesse England wohl daran haben könne, seinem gewaltigen Ueberseebesitz auch noch die wenigen deutschen Kolonien anzugliedern, dann muß der heftige Widerstand, den englische imperialistische Kreise gegen jede Veräußerung Deutschlands in Afrika leisten, unerklärlich erscheinen. Denn wirtschaftlich gewinnt England mit dem deutschen Afrika-Besitz nicht viel, und selbst politisch ist seine Bedeutung an sich nicht groß, auch wenn eingeräumt werden muß, daß Deutsch-Ostafrika für die Schaffung des viel besprochenen Kap-Kairo-Weges einen gewissen Wert hat. Es müssen daher Gründe besonderer Natur die starke englische (und auch amerikanische) Gegnerschaft gegen koloniale Ausdehnung Deutschlands gerade in Afrika veranlassen, und sie sind vorhanden.

In seinem ausgezeichneten Vortrage vom 21. Dezember, den er in der Philharmonie zu Berlin gehalten hat, hat Dr. Colf von Afrika als dem „Vorland Europas“ gesprochen, dessen Gegenwartswerte berechenbar sind. Vorland Europas, das ist in der Tat der Gedanke, den englische Politik lange erfaßt hat, und es ist dieser Vorlandscharakter des schwarzen Kontinents, der England an dem Wünsche festhalten läßt, Deutschland daraus für immer zu entfernen.

Das Inselreich jenseits der Nordsee sieht jetzt — wenn Deutschland eine kluge Festlandpolitik betreibt — seine Macht auf dem europäischen Kontinent ausscheiden; sie wird bis nach Vorderasien hin erschüttert. Ein europäischer Festlandblock ist im Entstehen, ja, schon halb fertig; daran kann England nichts mehr ändern. Aber seine Haupt Sorge ist jetzt, die Wirkung dieses Blocks auf Vorderasien auszufalten, und dazu erscheint der englischen Politik die Entfernung Deutschlands aus Afrika dringend notwendig.

Es ist seine Bündnispolitik nach Südosten hin, was Deutschland und seine Afrikapolitik England jetzt so gefährlich gemacht hat; ohne jene würde deutsche Ausdehnung im schwarzen Erdteil den Angehörigen vermutlich wenig unangenehm sein. Ein Deutschland, das mit dem „Vorlande Europas“ nur auf dem Wege durch den Kanal zusammenhängt, welches sich westlich orientiert und im Osten und Südosten mißtrauische Nachbarn sehen hat, muß immer wieder versuchen, sich mit England gut zu stellen. Beherrschen Deutschland und seine Bundesgenossen aber durch ihr gegenseitiges Vertrauen zueinander den Kontinent, dann kann im nächsten Menschenalter von Afrika aus ein völliger Umschwung der Weltpolitik eintreten.

Wie schon gesagt, die englische Macht ist, namentlich durch das, was jetzt in Rußland geschieht, bis nach Vorderasien hin erschüttert. Ihr dort durch neue Siege in Mesopotamien und in Südpalästina eine Kräftigung zu geben, erscheint nun, da die Türken die im Kaukasus verwandten Kräfte frei bekommen, nicht mehr möglich. Eher muß England mit einem Rückschlage rechnen. Er ließe sich aber ertragen, wenn es der englischen Führung gelingt, Afrika fest in Händen zu behalten. Dann bleibt die türkische Macht durch den Doppeldruck von Ägypten-Sudan und Indien her dauernd bedroht, und ganz Südeuropa wird gezwungen, sich nach den englischen Entschickungen zu richten. Griechenland, Italien, Spanien, natürlich Frankreich erst recht, haben alle durch ihre geographische Lage starke afrikanische Interessen, und sie werden von England abhängig, wenn dieses Hauptmacht in Afrika bleibt. Durch ihr Streben nach einer dominierenden Stellung im schwarzen Erdteil, dem „Vorlande Europas“ verfolgt die englische Politik also ein doppeltes Ziel: sie will die südeuropäischen Staaten einmal auf ihrer Seite halten und dem mitteleuropäischen Block einen südeuropäisch-englischen Block um das Mitteländische Meer gegenüberstellen; zum anderen will sie den Doppeldruck Indien-Ägypten und Sudan auf das türkische Reich herstellen, um so die Wirkungen der mitteleuropäischen Blockbildung auf Vorderasien aufzuheben. Dies kann nur erreicht werden, wenn Deutschland in Afrika ausgeschaltet bleibt. Gelangt es dort wieder zu Macht, dann muß sich ihre Wirkung — eben infolge der starken mitteleuropäischen Blockbildung — ganz anders fühlbar machen als in früherer Zeit; der englische Druck auf Südeuropa und auf Vorderasien ist dann aufzuheben. Südeuropa wird frei in seinen Entschickungen und wird im „Vorlande Europas“ seine Interessen an die Stelle der englischen setzen wollen.

Eine solche ihm gefährlich erscheinende Entwicklung zu verhindern, das ist der wahre Beweggrund für das englische Bemühen, Deutschland seinen Kolonialbesitz zu rauben; England verflucht ihn aber

nach alter Gepflogenheit hinter heuchlerischen Phrosen. Die Türken sollen nicht merken, daß sie in den Schraubstock eingeklemmt werden sollen; Südeuropa soll den Hals hinhalten, um es England bequem zu machen, ihm das Gängelband anzulegen, an dem es weiter seinen Leitern und Herren zu folgen hat. Und deshalb werden der Welt die Schauerärmern von der Brutalität der Deutschen gegen die Schwarzen aufgetischt; deshalb müssen die Harry Johnston und Nord Robert Cecil immer wieder aufstehen und wahrheitswidrig versichern, es überlaufe sie ein Schauern, wenn sie daran dächten, daß Schwarze wieder unter deutsche Herrschaft kommen sollen.

Wohl möglich, daß den Herren sehr unbehaglich zumute ist. Aber nicht peinigt sie die Sorge um die Schwarzen, sondern die Furcht, daß Deutschland doch unbeeinträchtigt an seinem Verlangen nach einem großen Afrikareich festhalten könnte. Denn in der Tat, ein solches Reich wird die Ketten der englischen Weltkrankei brechen und wieder Friede und Freude in die Herzen der Menschen einziehen lassen.

Wesdings sind die deutschen Kolonialpläne zurzeit noch ein starkes Friedenshindernis; aber auch die Schwänke wird genommen werden, wenn wir fest im Sattel bleiben und uns nicht beirren lassen.

Reventlow gegen Lloyd George und Wilson.

Vortrag in den Prachtsälen des Westens.

In seiner leidenschaftslosen, aber sachlich durch nichts zu beirrenden Art gab gestern abend Graf Reventlow im Verein reichstreuher Männer zu Berlin-Wilmersdorf seine „Antwort an Lloyd George und Wilson“.

Er begann mit der Erklärung: Der Glaube, das Ausland kenne uns nicht, sei kindisch. Es kennt uns nur zu genau. Gerade aus dieser Kenntnis der Seele eines großen Teiles des deutschen Volkes schöpfen die Feinde ihre Mittel des politischen Krieges gegen uns. Da man uns mit den Waffen nicht besiegen kann, so suche man dieses Ziel durch das deutsche Volk selbst zu erreichen. Das hoffe England, Frankreich und Amerika um so mehr, als — dank Bethmann Hollwegs „Angst als Weltanschauung“ — eine gefährliche Demokratisierung bei uns weit fortgeschritten sei. Die Reichstagsmehrheit und ihre unentwegt wiederholten Friedensanerbietungen werden von unseren Feinden immer gelobt, Hindenburg und Ludendorff aber nie. Das sollte Deutschland nachdenklich stimmen.

Reventlow ging dann auf die Bedingungen Lloyd Georges und Wilsons im besonderen ein. Weder die Kolonien noch Elsass-Lothringen sind für uns „Fragen“. Die in Polen leider begonnene Lösung — auch eine geschichtliche Schuld Bethmanns — sieht Reventlow mit größter Besorgnis an. Eine Reihe von Grenzstaaten im Osten auf Grund der sinnlosen Phrase vom „Selbstbestimmungsrecht“ nützen uns nichts, wir können selbst dem Freunde und Bundesgenossen, also Oesterreich-Ungarn, nicht den Grenzschutz des Deutschen Reichs überlassen. Wir müssen diese Gebiete, die sich sonst nach ihrer Eigenart ausleben mögen, wie sie wollen, militärisch fest in der Hand haben. Jeder andere Weg bringt nur Scheinwerte.

Trotz des Wirkens Erzbergers und Scheidemanns, die in Wilsons Rede „ein Musterbeispiel staatsmännischer Mäßigung“ entdeckt haben, sieht Reventlow jetzt die Entwicklung unserer Kriegspolitik „optimistischer“ an, darin bestärkt ihn die Unwesenheit Hindenburgs und Ludendorffs in Berlin.

Der Redner suchte dann weiter den Scheinwert der feindlichen Anerbietungen in den Hauptfragen nachzuweisen: Die Freiheit der Meere könne durch den Zusatz „bis auf die Gebiete, die international geschlossen werden“ gegen Deutschland in ihre Gegenteil verkehrt werden. In der Frage der „Abrüstung“ unterlassen es Wilson und Lloyd George wohlweislich auch von den Flotten zu sprechen. Belgiens Küsten werden nach dem Kriege entweder englisch oder deutsch sein. Ein drittes gäbe es nicht. „Wir stehen aber noch immer auf dem barbarischen Standpunkt, daß, wenn schon jemand nach dem Frieden „erbittert“ sein müsse, es besser sei, die Feinde es sind, als daß wir es selbst sind. Ein internationales Gewissen gibt es nicht, wohl aber gewisse Internationale.“

Die Bedingungen der beiden feindlichen Sprecher gegenüber den Bundesgenossen Deutschlands lauten auf Vernichtung der Türkei und Schwächung Oesterreichs hinaus. Man will das „große Chaos“ schaffen, wodurch dann die angelsächsischen Weltmächte freies und leichtes Spiel hätten. Bemerkenswert ist, daß Reventlow glaubte, mitteilen zu können, in einem neutralen Staate hätten nicht nur deutsche Agenten, sondern auch der diplomatische Vertreter des Deutschen Reiches erklärt, wenn Verhandlungen mit Amerika begonnen werden könnten, so werde sie unverzüglich der U-Boot-Krieg eingeschränkt, oder sogar ganz eingestellt werden. „Es darf“, so erklärte Reventlow, „einen U-Boot-Waffenstillstand überhaupt nicht geben.“

Mit einem Aufruf an die Kriegsbeschädigten, die man in der bestmöglichen Weise zu unterstützen suche, und für deren Ausflutung die Regierung schleunigst Sorge tragen müsse, schloß Reventlow. Danach sprach Pastor D. Phillips über „Das Vertrauen in die deutsche Kraft“.

K. E. K.

Nichtigkeitserklärung der auswärtigen Schuld Rußlands.

Wien, 14. Januar.

Durch ein heute vorliegendes Telegramm des Reuterschen Bureaus aus Petersburg werden die Gerüchte über die Absicht der gegenwärtigen russischen Regierung auf Ungültigkeitserklärung der Staatsschuld bestätigt. Nach der Meldung aus Petersburg hat der Oberste Rat für nationales Eigentum den Entwurf eines Dekrets zur Annullierung aller nationalen Anleihen Rußlands ausgearbeitet. Durch diesen Entwurf sollen alle russischen Anleihen, die im Besitze von Ausländern sind, bedingungslos als ungültig erklärt werden, mit Ausnahme der kurzfristigen Anleihen des Schatzamtes und der vom Schatzamte ausgegebenen Serien.

Diese Meldung ist noch nicht die vollzogene Ungültigkeitserklärung, wohl aber die Vorbereitung zu ihr durch einen Gesetzentwurf, der bei den herrschenden Strömungen in Rußland alle Aussicht auf Annahme besitzt. Die Ungültigkeitserklärung bezieht sich nach der vorliegenden Meldung lediglich auf jene Anleihen, die sich im Besitze von Ausländern befinden. Daraus würde folgen, daß der Besitz des inländischen russischen Kapitals gesichert wird, dagegen alle im Auslande befindlichen fundierten russischen Schuldverpflichtungen als nichtig erklärt werden sollen. Eine solche strenge Sonderung wäre in Zeiten unbeschränkter Marktverkehres ganz unmöglich, weil ja naturgemäß dann sofort Versuche unternommen werden würden, Besitz an russischen Staatsschulden aus dem Auslande nach Rußland zu übertragen. Jetzt ist der Verkehr in Wertpapieren vollständig unterbunden und auf regulärem Wege eine Übertragung von Wertpapieren aus dem Auslande nach Rußland undurchführbar, zumal auch für diese Zwecke die Valuta gesperrt sein dürfte. Andererseits würde eine derartige Sonderung einen gewaltigen Anreiz für den Schleichhandel bieten, wenn die im Auslande befindlichen russischen Renten wertlos, die inländischen Renten dagegen vollwertig blieben. Naturgemäß würde dann sofort eine Abstempelung der in Rußland befindlichen Staatsschuldspapiere erfolgen und nur solchen ihre Gültigkeit belassen werden, für welche das Eigentum russischer Staatsbürger nachgewiesen wird.

Durch die Ungültigkeitserklärung würde ein gewaltiger Block russischer Staatsschulden mit einem Schläge abgeschüttelt, ein ungeheures Kapital vernichtet werden. Die Ungültigkeitserklärung würde, wenn sie tatsächlich in Kraft gesetzt wird, die dauernde Einstellung des Zinsendienstes und der Kapitalrückzahlungen bedeuten, die sehr umfassend sind, weil Rußland nur zum geringeren Teile ewige Renten begeben hat; die Schuld des Staates würde sofort um die ganze im Auslande placierte Kapitalsumme gekürzt und auf die inländischen Anleihen sowie die schwebenden Verpflichtungen beschränkt werden. Die gesamte Staatsschuld Rußlands wurde mit dem Ende des Jahres 1917 zwischen 50 und 57 Milliarden Rubel veranschlagt. Von dieser Staatsschuld dürften sich etwa 30 Milliarden Rubel im Auslande befinden. Das Zinsenerfordernis dieser auswärtigen Schulden, welches durchwegs in Gold zu leisten ist, dürfte sich auf anderthalb Milliarden Goldrubel stellen. Da jedoch die russische Währung einer ungeheuren Entwertung unterliegt, so würde eine solche Zahlung, in ausländischem Gelde berechnet, einen jährlichen Aufwand von vier bis fünf Milliarden Rubel bedeuten haben. Nun ist allerdings diese Zinsensumme im Kriege allz. bisher schon nur zum geringeren Teile wirklich gezahlt worden. Von den russischen auswärtigen Schulden befindet sich der weitaus größte Teil in England, Frankreich und Deutschland. Die in England und Frankreich placierten Beträge beziffern sich mit rund 18 Milliarden Rubel und sind während des Krieges von Rußland nicht verzinst worden, da die englische und französische Regierung den Zinsendienst auf sich genommen haben. In Deutschland befinden sich für etwa anderthalb Milliarden Mark oder rund 700 Millionen Rubel russische Werte, deren Zinsen von etwa 40 Millionen Rubel Gold ebenfalls nicht gezahlt wurden. Der Besitz der neutralen

Länder, insbesondere Hollands, an russischen Werten wird zwischen 400 und 500 Millionen Rubel veranschlagt, dürfte aber vielleicht noch höher sein und bis zu einer Milliarde Rubel heranreichen. Dieser Besitz würde zu seiner Verzinsung jährlich rund 40 bis 50 Millionen Rubel in Gold oder zwischen 150 und 200 Millionen Rubel in Papier erfordern. Schon der Januarcoupon ist uneingelöst geblieben. Durch die in Aussicht genommene Verfügung der russischen Regierung würde also die Bezahlung der Zinsen für den Besitz des neutralen Auslandes, die bisher geleistet wurde, aufgehoben, ferner aber ausgesprochen werden, daß Rußland für alle Zeiten und dauernd die Zinsenzahlung in England, Frankreich, Deutschland und anderen Ländern, die schon während des Krieges nicht erfolgte, zu leisten nicht gedenke und sich nicht mehr als Kapitalschuldner betrachte.

Der inländische Besitz an russischen Werten wurde vom russischen Finanzminister vor kurzem mit rund 17 Milliarden Rubel angegeben. Die Zinsen eines solchen Kapitals berechnen sich mit 850 bis 900 Millionen Rubel im Jahre. Diese Zinsen will die russische Regierung aufrechterhalten, um die innere Wirtschaft Rußlands vor dem Zusammenbruche zu schützen. Der größte Teil dieses Rentenbesitzes befindet sich bei den russischen Banken, Sparkassen, Industrieunternehmungen, bei den öffentlichen Fonds und an zahlreichen anderen Stellen, welche größere Vermögen zu verwalten haben. Der Besitz des Publikums an Renten ist in Rußland bei der relativen Kapitalarmut und geringen finanziellen Schulung jedenfalls weit kleiner als in anderen Ländern, muß aber doch bedeutende Beträge umfassen. Inwieweit dieser Besitz durch Steuern oder Couponkürzungen getrossen werden soll, wird in dem Berichte über den Entwurf des Annullierungsgesetzes nicht angegeben.

Dagegen enthält das Telegramm des Reuterschen Bureaus aus Petersburg die Mitteilung, daß die kurzfristigen

Anleihen des Schatzamtes gültig bleiben sollen. Die Tragweite dieser Einschränkung ist schwer abzuschätzen. Nach ihr würde sich die Ungültigkeitserklärung nur auf die fundierten Anleihen und nicht auf die schwebenden Schulden beziehen. Gerade diese schwebenden Vorhänge Rußlands im Auslande haben einen gewaltigen Umfang, weil in den letzten Jahren ein großer Teil der Geldbeschaffung für die Kriegskosten nicht durch Emission von Renten, sondern durch Belehnung von Schatzscheinen und Schatzwechseln, durch Kredite auf Grund der Verpfändung von Staatseinnahmen, durch Prolongierung alter schwebender Schulden, durch Bürgschaften für geschuldete Lieferungssummen und auf ähnlichem Wege gedeckt wurden. Alle diese Schulden sollen gültig bleiben und in die Unwirksamkeitserklärung nicht einbezogen werden. Danach würde nur ein Teil des Kapitals, das Rußland seinen auswärtigen Gläubigern schuldet, nur ein Teil der Summen von rund 30 Milliarden, nämlich jene, die bereits fundiert ist, als ungültig erklärt werden, insbesondere der riesige Block an Renten und garantierten Eisenbahnwerten, die in Frankreich, Deutschland und zum geringeren Teil in England placiert sind. In Frankreich sind die fundierten Anleihen Rußlands zuhause, in England, den Vereinigten Staaten und Japan wurden die schwebenden Schulden aufgenommen. Das Telegramm spricht von der Gültigkeitsbelassung der kurzfristigen Anleihen des Schatzamtes. Diese kurzfristigen Anleihen wurden in den letzten drei Jahren vorzugsweise in England und Amerika abgesetzt. Diese Länder würden eine Begünstigung erfahren, während der Besitz des französischen Kapitals vollständig als nichtig erklärt werden würde. Aus dieser Sonderung ist die Absicht zu erkennen, gerade in Frankreich und bei den französischen Kapitalisten Furcht und Schrecken zu erregen und diese Kreise eher zum Frieden zu bestimmen.

Ob die Meldungen aus Petersburg vollständig sind, ob die Meldungen zwischen äußerer und innerer, fundierter und schwebender Schuld festgehalten werden wird, das wird sich erst in der Folge zeigen. In jedem Falle scheint die russische Regierung die Absicht zu haben, zum mindesten die Hälfte und wahrscheinlich den überwiegenden Teil ihrer Staatsschuld mit einem Male abzuschütteln und sich des Dienstes für Zinsen und Kapital in gewaltigen Summen zu entschlagen. Erstnach der Konsolidierung und nach dem Frieden wird es sich zeigen, ob es bei der vollständigen Ungültigkeitserklärung der russischen Staatsschuld und bei der Vernichtung so vieler Milliarden auswärtiger Kapitalien in vollem Umfange bleiben wird oder nicht.

Wirtschaftslage der Türkei.

Die Preise aller Waren sind in Konstantinopel seit dem Abschluß des Waffenstillstandes außerordentlich gefallen, wie sich aus den nachstehend aufgeführten Preisermäßigungen einiger unentbehrlicher Bedarfsartikel seit Anfang Dezember ergibt. Sie zeigen außerdem, bis zu welcher unerschwinglichen Höhe die Preise gestiegen waren und welche eine Wohlthat die Wiederherstellung des ungehinderten Seeverkehrs für Konstantinopel sein wird. Die Preise sind in Pfaster angeführt, und zwar für je ein Oka. (Ein Oka gleich 1,28 Kg.)

Zucker fiel von 250 auf 140; weiße Bohnen von 110 auf 50; Olivenöl von 140 auf 90; „Buğur“ — Weizengröße — eine richtige Volksnahrung, von 60 auf 35; Seife von 160 auf 130; Feigen von 80 auf 50; Rosinen von 90 auf 52; große Bohnen von 70 auf 30; graue Erbsen von 64 auf 38; entschaltete Haselnüsse von 110 auf 85; Zwiebeln von 36 auf 20; Leinsaat von 51 auf 38; süße Mandeln von 210 auf 180; Kerzen von 200 auf 150; Butter von 500 auf 150; Schaffläse von 300 auf 110 (in Bulgarien kostet er nur 12 Pfaster je Kg.); Kartoffeln von 40 auf 24; Reis von 130 auf 85; Petroleum von 18 türkischen Pfund auf 8 Pfund für einen Kanister von 14 Litern; Steintohlen von 30 türkischen Pfund die Tonne auf 15 Pfund. In gleichem Verhältnis sind trotz der Kälte auch die Preise für Holz und Holzkohlen gefallen.

Natürlich werden alle diese Preise, die immer noch zehnmal und noch höher sind als vor dem Kriege, noch weiter erheblich weichen, sobald der Wasserverkehr in vollem Umfange wieder aufgenommen sein wird. Auch die Preise für Tabak aus der Gegend von Samsum und Bassra am Schwarzen Meere werden dadurch beeinflusst werden. Sie sind bereits jetzt um 6 bis 8 Punkte gefallen.

Den stärksten Sturz hat jedoch das Goldagio erlitten. Trotzdem für Papiergeld ein Zwangsurz festgesetzt wurde und eine Uebertretung mit schweren Strafen belegt ist, so war doch das Disagio des Papiergeldes enorm gestiegen. Das Goldgeld ist in der Türkei nicht aus dem Verkehr zurückgezogen; es darf nur nicht ausgeführt werden. Noch in den letzten Novembertagen konnte man für ein Pfundstück 600 und mehr Pfaster bekommen. Ein 20-Francstück wurde mit 520 Pfaster Papier, ein Sovereign mit 660; ein österreichisches 20-Kronenstück mit 550 und ein 10-Rubelstück mit 720 Pfaster bezahlt. In der ersten Dezemberwoche fiel der Kurs für ein Goldpfund von 604 auf 480, und seit Mitte Dezember auf 320 Pfaster Papier.

Einige der großen einheimischen Banken, mit der Ottomani-schen Bank an der Spitze, die in letzter Zeit auch große Geschäfte in verschiedenen Verbrauchsartikeln machen, und ebenso die mächtigen Mitglieder der „Bamphyrbande“ (Kriegsgewinnler), befürchteten, wie der Balkankorrespondent des „Nieuwe Rotterdam“ berichtet, infolge des Sturzes des Goldkurses und demgemäß des Steigens des Wertes des Papiergeldes, das einzigen Zahlungsmittels, über welches das große Publikum verfügt, einzeln noch schnelleren und stärkeren Preisfall und dadurch große Verluste. Sie bildeten daher eine Art Geheimindikar und begannen, alles angebotene Gold aufzukaufen. Das Agio stieg infolgedessen wieder auf 450.

Diese Mächenschaften haben nun endlich die Geduld der türkischen Regierung erschöpft. Das Ministerium des Inneren, dessen Leitung in Händen Zalaat Paschas liegt, der mit eiserner Faust durchzugreifen weiß, errichtete einen besonderen Nachforschungsdienst zwecks Unterdrückung des Wucherhandels sowie der Goldspekulation. Jeder, der sich einer Uebertretung schuldig macht, wird, ohne Ansehen der Person, vor das Kriegsgericht gestellt. Mit

hoffnungsvollen Erwartungen steht die Bevölkerung der türkischen Hauptstadt den Ergebnissen dieses strengen und kraftvollen Auftretens der Regierung entgegen.

17./I. 1918

192

**Ein Telegramm Professor Masaryks
an Wilson.**

Professor Masaryk, der Vorsitzende des tschechisch-slowakischen Nationalrates, hat an Wilson anlässlich der Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn ein Telegramm gerichtet. Er spricht dem Präsidenten im Namen der von ihm vertretenen Körperschaft und des „gesamten tschechischen Volkes“ den Dank für die Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn aus. Weiter erklärt Masaryk, die Zerstückelung Oesterreich-Ungarns müsse das vornehmste Ziel dieses Krieges sein, weil es die nationalen und demokratischen Grundsätze verleihe. Zugleich stelle die Monarchie eine organisierte Gewalt Herrschaft dar, mit deren Hilfe die slawisch-romanische Mehrheit durch eine deutsche und magyarische Minderheit unterdrückt werde. Erst müsse das tschechische Volk, das Jahrhunderte hindurch dem Deutschtum gegenüber seine Nationalität bewahrt habe, befreit sein, erst dann werde auch Europa vom deutschen Militarismus und Imperialismus befreit werden können. Wenn es gelinge, Tschechien und Slowakien zu befreien, dann werde auch die Einigung und Befreiung der Polen, Südslawen, Italiener und Rumänen zur Tat. Nur auf diesem Wege sei es außerdem möglich, die von Preußen nach den Balkanstaaten, Asien und Afrika hinüberführende Brücke zu zerstören und die Preußen zu zwingen, ihre Herrschaft über alle nicht-deutschen Völkerschaften aufzugeben.

17./I. 1918

193

Wien, 16. Januar. (Das Verhalten der Tschechen im Weltkriege.) Aus führenden deutschen Kreisen wird uns geschrieben: Die tschechischen Abgeordneten haben in einer Anfrage behauptet, daß die deutsche Anfrage, betreffend das Verhalten der Tschechen im Weltkriege unter anderem eine wörtliche Abschrift der Anklageschrift gegen Doktor Kramarz und Genossen sei, und daß daher jetzt erst die Juristen und die Öffentlichkeit Gelegenheit haben werden, die gegen Dr. Kramarz und Genossen erhobenen Beschuldigungen auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen. Diese Behauptung der tschechischen Abgeordneten entspricht aber durchaus nicht den Tatsachen. Denn der Anklageschrift gegen Dr. Kramarz wurde für die deutsche Anfrage auch nicht eine Zeile entnommen. Die deutschen Abgeordneten haben überhaupt vermieden, in ihrer Darstellung des Verhaltens der Tschechen im Kriege auch die Tätigkeit der tschechischen Abgeordneten zu behandeln. Darüber wird die Bevölkerung noch bei einer anderen Gelegenheit aufgeklärt werden. Sie haben ihre Aufgabe lediglich darin, entgegen den zahlreichen tschechischen Behauptungen, daß die Tschechen im Kriege ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande voll und ganz erfüllt hätten, an der Hand unwiderleglicher Dokumente die historische Wahrheit über das Verhalten der Tschechen im allgemeinen rein sachlich und objektiv festzustellen. Dies war um so leichter möglich, als man in der Lage war, vor allem die Tschechen und ihre befreundeten Stellen selbst zu Worte kommen zu lassen. Die Anfragsteller haben aus allen Kreisen der Bevölkerung ungemein zahlreiche **Zu-
sammensetzungen und Anfragen erhalten.**

so daß sich die Deutschnationale Geschäftsstelle, Wien, 8. Bezirk, Fuhrmannsgasse 18 A, entschloß, die Anfragen in kürzester Zeit in ihrem Verlage in Buchform erscheinen zu lassen. Da die Auflage beschränkt ist, empfiehlt sich die Vorausbestellung bei obigem Verlage. Das Werk wird nur gegen Voreinsendung des Preises oder gegen Nachnahme zugesandt. Der breitesten Öffentlichkeit wird so Gelegenheit geboten, das Verhalten der Tschechen im Weltkriege einwandfrei kennen zu lernen.

17. I. 1918

a
14
195**Russisches Ultimatum an Rumänien**

S. Petersburg, 15. Jänner. (Werbung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Rat der Volkskommissäre hat folgendes Ultimatum an die rumänische Regierung gerichtet:

Der Kommandant der 49. Division meldet uns, daß die rumänischen Behörden feindliche Handlungen gegen russische Soldaten unternommen und keinen Lebensmitteltransport passieren lassen. Das 194. Regiment der 49. Division ist von rumänischen Streitkräften umzingelt und entwaffnet worden, die auch das Komitee des 195. Regiments sowie österreichisch-ungarische Offiziere, die zum Besuche in die russischen Linien gekommen waren, verhafteten.

Der Rat der Volkskommissäre fordert die Freilassung der Soldaten und Offiziere und die Bestrafung der Militärbehörden, welche diese Verhaftungen vorgenommen haben, sowie Bürgschaft dafür, daß derartige Vorkommnisse sich nicht wiederholen werden. Falls binnen 24 Stunden keine Antwort eintrifft, wird unsere Proklamation als Ankündigung des Abbruchs der Beziehungen betrachtet werden und wir werden die energischsten militärischen Maßnahmen treffen.

Bez.: Lenin, Krylenko, Oberkommandant, und
Bodwolsky, Kriegskommissär.

Der Minister des Innern über die Aussichten der Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Minister des Innern Graf Togggenburg: Ich möchte mir nur erlauben, ein paar Worte in Angelegenheit der Person unseres Ministers des Aeußern und des Charakters der derzeitigen Friedensverhandlungen vorzubringen. Der Herr Vorredner hat betont, daß eine überwältigend große Zeit uns bevorsteht und daß wir heute vielleicht den ersten ganz großen Aufstakt dieser Neuentwicklung bereits mitnahmen. Dieser Weltkrieg hat alles übertroffen, was je war, er hat ganz neue Bedingungen für die Weltentwicklung der Gesamtheit geschaffen, und diese neuen Bedingungen beginnen sich nun in Tatsachen anzusehen. Es wäre geradezu frivol, wenn irgend jemand, der heute zur Verwaltung und Vertretung öffentlicher Interessen berufen ist, diese Zeit nicht erkennen würde. Ich glaube, Sie alle müssen es uns doch zubilligen, daß wir sie gerade so erkennen wie Sie. Wenn das nicht der Fall wäre, so würden wir auf einer bedeutend tieferen Stufe stehen als der große Teil aller denkenden Menschen, die es heute gibt. Die Angst des Volkes, daß ein Verkennen dieser Zeit irgendwo vorliegt, ist begreiflich und es wird immer wieder die Aufgabe aller jener Männer sein, welche Einfluß auf das Volk haben, in dieser Richtung das Volk zu beruhigen und ihm zu sagen: Ihr könnt darauf vertrauen, daß alle wissen, was auf dem Spiele steht! Meine Herren, wir haben das große Glück, in dieser Zeit einen Minister des Aeußern zu haben, der, wenn er objektiv beurteilt wird, Vertrauen erwecken muß. Sie glauben, es als eine Schwierigkeit bezeichnen zu sollen, daß bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk ein Erzellenzherr, der zufällig auch ein Graf ist, einen Volksmann vom Typus des Trotski gegenübersteht. Ich habe leider nicht die Ehre, Trotski zu kennen. Ich kenne ihn nur nach den Schilderungen der Herren Sozialdemokraten und im übrigen nach den Schilderungen der Zeitungen. Ich kann mir aber doch vielleicht ein Bild von ihm machen. Dafür kenne ich aber den Grafen Czernin ziemlich genau und es klingt vielleicht paradox, aber ich kann Ihnen nach meiner besten Ueberzeugung sagen, daß Graf Czernin und Trotski viele Ähnlichkeiten aufweisen und daß gerade dieser Zufall, daß sich dort zwei ähnliche Menschen gegenübersehen, eine Bürgschaft dafür bietet, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk gut gehen werden.

Graf Czernin

ist ein Mensch, der von seiner Ueberzeugung nicht einen Schritt abweicht, wenn es ihm seine ganzen Stellungen kostet, wenn es ihm auch zum Bettler macht. Das ist ihm ganz gleichgültig. Er geht seinen geraden Weg, er ist eine der härtesten und konsequentesten Naturen, der ich je begegnet bin. Er hängt so gar nicht an überlieferten, vielleicht feudalen Ansichten oder dgl., daß er mit sehr vielen Erzellenzern und so manchem Grafen in einem ganz essentiellen Widerspruch steht.

Ich glaube daher, daß Czernin wirklich nichts anderes im Auge hat, als zu einem Frieden zu kommen, der für Oesterreich annehmbar ist, daß er gerade der Mann für unsere Zeit ist, daß er der ist, auf den Sie alle unbedingt vertrauen können. Wenn Sie aber auf ihn vertrauen - und Abg. Seitz hat ja auch ausgesprochen, daß das Volk auf ihn vertraut - so ist es doch ganz gewiß unser aller Pflicht, ihm zu helfen, es ist die heilige Pflicht aller jener, die den Frieden haben wollen. Vielleicht niemand, auch aus der Partei des Herrn Vorredners, will den Frieden aufrichtiger und wahrhafter, als ihn Graf Czernin zu erreichen beabsichtigt ist. Er wird die Friedensverhandlungen nach meiner Uebersetzung überhaupt nicht scheitern lassen, sofern natürlich nicht ganz unumgängliche Dinge als Forderungen an ihn herantreten. Aber diese ganz unumgänglichen Dinge werden nicht herantreten, denn wir dürfen nicht vergessen, daß ja beide Teile den Frieden wollen. Wir treffen uns also in dem Hauptpunkte, daß wir und die Russen den Frieden haben wollen. Wie soll er da scheitern, wenn zwei Menschen sich gegenübersehen, welche

das Gleiche wollen.

Sie werden sich nur über den Weg zu einigen haben, den sie zu gehen haben. Verschleppungen von unserer Seite werden auch nicht eintreten, denn eine Verschleppung würde eine Absicht voraussetzen, welche sich mit den Ueberzeugungen des Grafen Czernin nicht deckt, weil Graf Czernin genau weiß, so wie wir alle es fühlen, daß ein möglichst rascher Abschluß des Friedens, so rasch wie es überhaupt nur möglich ist, im Interesse Oesterreichs gerade so wie in jenem Rußlands liegt. Sie glauben an seine Aufrichtigkeit, beginnen aber seiner Kraft zu misstrauen. Sie müssen aber bedenken, unter welchen ganz besonderen Schwierigkeiten die Verhandlungen leiden. Es ist das erste Mal, daß Friedensverhandlungen nicht hinter hermetisch geschlossenen Türen geführt werden. Daß es denn je einen Frieden gegeben, dessen Ergebnis allen Parteien entsprochen hat?

Wie soll es denn eine Friedensverhandlung geben, wo jedes Wort, das gesprochen wird, das Placet aller Parteien finden kann. Es ist also begreiflich, daß Kritik geübt werden kann und Kritik geübt wird, sobald die Verhandlungen so offen geführt werden wie gegenwärtig. Wir haben aber alle, die den Frieden wollen, eine so große Pflicht, dem Grafen Czernin zu helfen, daß von Seiten der Regierung doch nur zweierlei geschehen kann: das ist die Abgabe der Erklärung, daß der Wille zum Frieden zu kommen, ein rückichtslos aufrichtiger ist, so aufrichtig, als es überhaupt von irgendeiner Seite gewünscht werden kann. Und ferner immer wieder an das Volk mit der Bitte heranzutreten, durch seine und seiner Presse Haltung den Gang der Verhandlungen nur in einer Form zu beeinflussen, daß darin das Vertrauen, welches der Unterhändler braucht, um seinem Gegenpart Stand zu halten, auch zum Ausbruch kommt, und daß ihm nicht, wie ich gestern bereits in kleinerem Kreise zu erwähnen Gelegenheit hatte, der Boden unter den Füßen abgegraben wird, den er haben muß, um bei den Friedensverhandlungen das zu erzielen, worauf wir im österreichischen Interesse nicht verzichten können.

18./I. 1918.

Der Anwurf gegen Fürst Bülow.

Daß die großen geistigen Kräfte eines Bülow in dieser schweren Zeit brach liegen müssen, hat vor wenigen Tagen an dieser Stelle der Reichstagsabgeordnete Dr. Hoescher mit Recht beklagt. Mit um so größerer Enttäuschung aber ist die Tatsache aufzunehmen, daß unsere maßgebenden Personen jetzt sogar Wiener Hilfe in Anspruch nehmen, um den früheren Reichkanzler zu bekämpfen. Die Flucht nach Wien, so hätte der Artikel überschrieben werden können, den, wie im heutigen Morgenblatt mitgeteilt, das Wiener „Fremdenblatt“, das beglaubigte Organ des dortigen Ministeriums des Innern, veröffentlicht und der offiziöse Draht von Berlin aus in die deutsche Presse gebracht hat. Gerade dieser Umstand läßt keinen Zweifel über die Herkunft und den Zweck des Machwerkes, um so weniger, als das Wolffsche Telegraphenbüro in diesen Tagen der Schneestörungen seine Berichterstattung auf die für besonders wichtig gehaltenen Gegenstände beschränkt.

Den Vorgang müssen wir uns folgendermaßen denken: Staatssekretär v. Kühlmann und seine Getreuen fürchten, an maßgebender Stelle möchte man sich vielleicht doch einmal daran erinnern, daß ein gewisser Fürst Bülow nicht nur nicht tot, sondern mit seinen 68 bis 69 Jahren noch ganz besonders frisch ist. Allerdings ist dem schon immer vorgebaut worden, vor allem durch Verbreitung der Version, Fürst Bülow sei sehr gealtert und gänzlich verbraucht, eine Behauptung, für die die zahlreichen Hamburger, die den Fürsten im letzten Sommer und Herbst gesehen und gesprochen haben, nur geringschätziges Achselzucken hatten. Immerhin wirkte die Lüge. Bülow ist zu alt, das ist eine Phrase, die in Berliner Klub- und Salon-Gesprächen häufig wiederkehrt, wenn die Verzweiflung über die Unauskömmlichkeit der heutigen Diplomatie zur Besprechung der etwa möglichen Nachfolger führt.

Es ist kein Geheimnis, daß im letzten Sommer Bethmann Hollweg noch als sich der ganze Reichstag gegen ihn erhoben hatte, gehalten wurde unter dem Gesichtspunkte, daß es an einem geeigneten Nachfolger fehle. Als aber auf den Fürsten Bülow hingewiesen wurde und seine Berufung in den Bereich der Möglichkeit gelangt war, stellte sich flugs ein Wiener Telegramm ein, nach welchem die dortigen Machthaber zu Bethmann alles Vertrauen, für Bülow nur Mißtrauen hatten. Diese bisher nicht an die Öffentlichkeit gelangte Wiener Neußerung war nicht etwa spontan erfolgt, sondern bildete die Antwort auf eine Frage der deutschen Diplomatie. Sie wurde in Berlin noch erheblich aufgebauscht und hatte dann die Wirkung, daß die oberste Leitung von Deutschlands Schicksal in die Hände des staatsmännisch unbescholtenen Michaelis gelegt wurden.

Der vorzüglichen Wirkung jenes Wiener Einspruchs wird man sich, als die Prest-Itowitzer Fehltritte zum Sturm gegen Kühlmann führten, mit Wohlgefallen erinnern haben. Wir glauben aber nicht, daß die Wirkung des Mittels den Gismischern besondere Freude bereiten wird. Zwar im Geheimen kann man so arbeiten, nicht aber vor der deutschen Öffentlichkeit. Im deutschen Volk ist denn doch zu viel Gefühl für Sauberkeit vorhanden, als daß es sich gefallen ließe, daß seine Wortführer nicht nur mit Behagen Wiener Anwürfe gegen einen hochangesehenen deutschen Staatsmann verbreiten, sondern von den Wiener Offiziösen geradezu Waffen liefern lassen zu einem Kampfe, dem sie sich allen Scheins nicht gewachsen fühlen. Von jeher ist es deutsche Art gewesen, sich auf die Seite des heimtlich Angegriffenen zu stellen, selbst, wenn man sich bis-

her nicht zu seinen Anhängern gerechnet hat. So wird es jetzt auch mit dem Fürsten Bülow gehen. Die Zurückhaltung, mit der er seit seinem Rücktritt durch bald neun Jahre verschmäht hat, mit dem Jauber seiner Redegabe auf die Massen zu wirken, hat seinen Namen tatsächlich in den Hintergrund geraten lassen. Man wußte schließlich im Volke zu wenig von ihm, um seine Bedeutung für die Aufgaben der Gegenwart richtig einzuschätzen. An maßgebender Stelle wurde dann dafür gesorgt, daß die Leistungen, vermöge deren er die Statuen bis zum Mai 1915 vom Eingreifen in den Krieg zurückhielt, nicht in ihrer vollen Größe als Verdienst um das Vaterland gewürdigt wurden. Gewann es doch Bethmann damals über sich, zu verhindern, daß Fürst Bülow nach seiner Heimkehr vom Kaiser empfangen wurde, wobei man sich allerdings wundern mußte, daß sich der Kaiser an einem so selbstverständlichen Akte der Dankbarkeit überhaupt hindern läßt. Ein Hinweis auf das in diesen Tagen zu Ende gegangene System Salentini genügt unseres Erachtens nicht, um das Unbehagen über solche und ähnliche Vorgänge vollständig zu beseitigen.

Noch auf lange Zeit wäre von diesen unerfreulichen Dingen in der Öffentlichkeit geschwiegen worden, wenn die Plumpheit der vereinigten Berliner und Wiener Intrigenspinner uns nicht gewaltfam die Zunge löste. Aufgabe unserer Berliner Diplomatie wäre gewesen, den Wienern, die sich in deutsche Personalien einmischen wollten, zuzurufen: Nie käme uns in den Sinn, die Ernennung Eurer Minister und Diplomaten beeinflussen zu wollen, auch dann nicht, wenn die Wahl auf Trägerschechischer oder hochklerikaler Tendenzen fällt. Ebenso verbitten aber auch wir uns Euren Rat oder Eure Warnungen, wenn es sich um diesen oder jenen Staatsmann handelt. Nach den beiden Erfahrungen vom letzten Sommer und von heute wird man zu den Wienern niemals so sprechen können, da man sonst der Antwort gewärtig sein müßte: Ihr selbst habt uns zweimal aufgeboten, damit wir Euch helfen, zu verhindern, daß Fürst Bülow wieder aus Ruder kommt.

Auf die Einzelheiten des Berlin-Wiener Anwurfs braucht nicht näher eingegangen zu werden. Auch wir wollen keine alten Wunden aufreißen. Aber Anstand und Dankbarkeit hätten den Wiener Offiziosus veranlassen müssen, die ihm zugemuteten Schergendienste abzulehnen, da doch Oesterreich-Ungarn kaum jemals so starke und so wirksame, vollen Erfolg einbringende Hilfe gefunden hat, wie in der bosnisch-herzegovininischen Krise durch die Staatskunst des Fürsten Bülow. Die Berliner aber möchten wir darauf aufmerksam machen, daß wir uns sehr gut eine politische Lage denken können, in der gerade ein Staatsmann, an dem die Wiener Diplomatie kein Wohlgefallen hat, den deutschen Interessen besonders förderlich wäre, zumal wenn dieser Staatsmann nicht nur unzweifelhaft und unbefritten der beste deutsche Kenner des politischen Europa ist, sondern auch bewiesen hat, daß er, auf einer politisch-kulturellen Bildung von weitestem Umfang und einer beispiellos reichen Erfahrung fußend, alle Mittel der Staatskunst, vom Sammethandschuh bis zur gepanzerten Faust, mit einer Meisterschaft handhabt, von der seit seinem Rücktritt in Berlin keine Proben mehr geliefert worden sind.

Oesterreich und Bülow.

Der Angriff des Wiener „Fremdenbl.“, also der Wiener „Nordb. Allg. Ztg.“, gegen den Fürsten Bülow, und die Parteinahme der Wiener offiziellen Blätter für Herrn v. Kühlmann sowie die geistliche Weiterverbreitung des Artikels durch „W. L. B.“ hat in der Presse lebhaftes Befremden erregt. Die „Deutsche Tagesztg.“ bezeichnet den Angriff als „unerhört“ und sagt, daß der Inhalt des „Fremdenbl.“-Artikels „auf bewußten Unwahrheiten“ aufgebaut sei. Dann schreibt die „Deutsche Tagesztg.“:

In das aufdringliche Lob für Kühlmann, dessen ganze Art schon peinlich wirkt, gerade auch für ihn selber, ist aber der wirkliche Grund — zugleich die einzige innerlich wahrhaftige Wendung des Artikels — eingeflochten: Die Besorgnis, Fürst Bülow würde die Lebensinteressen des Deutschen Reiches energischer und wirksamer zur Geltung bringen, als Herr v. Kühlmann. Das also ist der Grund, warum die Auftraggeber des „Fremdenblattes“ den Fürsten Bülow perhorreszieren!

Soviel aber müsse gesagt werden, meint die „Deutsche Tagesztg.“:

Wenn die Hintermänner des Wiener „Fremdenblattes“ dem Deutschen Kaiser vorschreiben wollen, welche Männer er zu Friedensunterhändlern berufen darf oder nicht, so übersteigt das jedes Maß des dem deutschen Empfinden Erträglichen. . . . Auf diese Bräuterei ganz ungewöhnlicher Art kann Deutschland, wenn es seine Stellung und seine Würde wahren will, doch nur eine Antwort geben: Indem es durch umgehende entsprechende Tat zeigt, daß es sich seine Diplomaten nicht von Wien vorschreiben oder verbieten läßt.

Auch die „Kreuzzeitung“ empfindet die Neußerung des „Fremdenbl.“ als eine unzulässige Einmischung in unsere Angelegenheiten und äußert:

Das „Fremdenblatt“ scheint sich nicht darüber klar zu sein, daß Fürst Bülow seinerzeit die Verhandlungen mit Italien als Bevollmächtigter der deutschen Regierung geführt hat und demgemäß nur den Weisungen der damaligen politischen Reichsleitung gefolgt ist. Wenn es ihm daher aus dem „Ausbieten österreichisch-ungarischen Gebietes an die italienische Regierung“ einen persönlichen Vorwurf machen und in ihm keinen treuen Sekundanten erblicken möchte, so ist das jedenfalls eine völlig ungerechtfertigte Verschlebung der Tatsachen.

Die „Voss. Ztg.“ sucht den Ursprung des Wiener Angriffs in Berlin.

Wir wissen genau, auf welchem Wege schon früher derartige Rundgebungen von Oesterreich nach Berlin lanciert worden sind. Und es scheint uns kein Zufall zu sein, daß der Artikel des „Fremdenblattes“ an einem Tage erschien, an dem man in solchen Kreisen, die engste Fühlung mit Berlin besitzen, bereits wußte, daß die Stellung des Chefs des Zivilkabinetts v. Valentini stark ins Wanken geraten war. Herr v. Valentini hatte es sich in der letzten Zeit zu einer Art von Lebensaufgabe gemacht, im Verein mit einer ganz bestimmten Clique am Hofe, in den Reichsämtern und bei den auswärtigen diplomatischen Vertretern Deutschlands eine etwa irgendwann einmal möglich werdende Kandidatur des Fürsten Bülow für irgendeinen Posten zu bekämpfen. Nachdem nunmehr die Gefahr bestand, daß dieser Schutzwall gegen die „Bülow-Gefahr“ am Hofe beseitigt werden konnte, wurden anscheinend auf schnellstem Wege die Kräfte der Diplomatie und einiger Reichsämter mobil gemacht, um an einer bestimmten Stelle die Gefahr nicht nur der Kandidatur Bülows, sondern überhaupt eines Wechsels im Posten des Unterhändlers durch österreichische Preßstimmen deutlich zu machen.

Diese Neußerungen aus dem konservativen und liberalen Lager in Deutschland dürften in Wien zeigen, wie

man bei uns über die Einmischungsversuche von Wien heurteilt. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß die Berliner offiziellen Stellen den „Fremdenblatt“-Artikel in der „Nordb. Allg. Ztg.“ kommentarlos abdrucken.

Ohne alle Umschweife und ehe ein weiteres Wort darüber verloren wird, muß dieser plumpe Angriff auf den Fürsten Bülow durch das amtliche Wiener Organ als ungebührlicher und verletzender Uebergrieff zurückgewiesen werden. Das Recht, unsere Unterhändler zu bestallen, müssen wir grundsätzlich für uns allein in Anspruch nehmen. Sollte man also belieben, morgen den Fürsten Bülow und übermorgen Herrn Scheidemann oder Herrn Erzberger nach Brest-Litowsk zu schicken, so würden wir uns darüber zwar sehr lebhaft mit uns selbst auseinandersetzen, uns aber jede Beanspruchung unseres Entschlusses durch irgendeinen Wiener Offiziosus aufs nachdrücklichste verbitten. Hat man etwa, da man in Wien den Grafen Czernin zum Exponenten des österreichisch-ungarischen Staatswillens machte, dies von einem reichsdeutschen Vertrauensvotum abhängig sein lassen? Weder irgendein radikales alldeutsches Blatt, noch die „Norddeutsche“ der Regierung versiel auf dergleichen, obwohl sich bei uns manche Bedenken regten. Und nun sollen wir uns eine derartig überhebliche Einwirkung eines Wiener Regierungsorgans, das Berlin schon als Filiale des Wiener Ballplatzes zu betrachten scheint, gefallen lassen? Wir denken nicht dran. „Keine ausschließlich deutsche Angelegenheit?“ „Miteinander verbunden, wie die stamesischen Zwillinge?“ Wir möchten nur wünschen, daß dieses Bewußtsein der richtigen Zusammengehörigkeit sich in der österreichischen Presse öfter und stärker zeigte, und nicht immer dann hervorträte, wenn es gilt, unberechtigte Forderungen an uns zu stellen. Herr v. Kühlmann genießt „das uneingeschränkte Vertrauen der Völker Oesterreichs, Fürst Bülow nicht“. Wir wollen nicht unterdrücken, daß unter diesen Völkern Oesterreichs sich einige befinden, auf deren Vertrauen wir keinen besonderen Wert legen, deren Vertrauensvotum wir nicht als eine Empfehlung betrachten können für einen deutschen Staatsmann, der deutsche Interessen nach dem slavischen Osten hin wahrnehmen soll. Was endlich die innerlich unwahre Entrüstung über ein „Anerbieten österreichisch-ungarischen Gebietes an die italienische Regierung“ betrifft, so muß gegenüber solcher halbamtlichen Verdrehung, so ungern man es tut, doch die Frage gestellt werden: Wer hat österreichisch-ungarisches Gebiet an Italien wirklich verloren, und wer hat es wieder mit Zinsen zurückgeholt? Hat man uns in Wien erlaubt, für Oesterreich-Ungarn zu siegen, so wird man uns erlauben müssen, nun für uns zu verhandeln, wann, wie und durch wen wir wollen. Die Geschichte wird übrigens zeigen, daß Bülows Tätigkeit in Rom im höchsten Maße verdienstlich gerade für Oesterreich und Ungarn war, denen er den neuen zum Kriege entschlossenen Feind noch Monate lang vom Halse hielt, kostbare Monate, in denen es sich vom russischen Angriffe etwas erholen und wir ihm Hilfe schicken konnten. Endlich muß die Tatsache festgenagelt werden, daß unser reichsdeutsches halbamtliches Telegraphenbüro die Wiener Einmischung in unsere Angelegenheit nach allen Seiten in die deutsche Welt hinein weitergibt, ohne auch nur mit einer Silbe anzudeuten, daß es dabei etwas anderes empfindet als reines Behagen. Das ist ungefähr eine ebenso starke Leistung wie das Wiener Originalstück.

Die Stimmung in Oesterreich.

Wien, 16. Jan. (Priv.-Tel.) Ein von der Zensur unbeanstandeter Artikel der „Arbeiterzeitung“ über aristokratischen und demokratischen Frieden schließt mit den Worten:

Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß die Verhandlungen scheitern und der Krieg weitergeht, so lange, bis entweder auch in Rußland wieder die Aristokratie oder auch in Deutschland und Oesterreich-Ungarn die Demokratie die Friedensbedingungen bestimmt. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk bringen uns dann nur den einen Gewinn, daß wir wenigstens wissen, wofür der Krieg fortgesetzt werden muß.

Man muß diese Sprache der „Arbeiterzeitung“ und das Verhalten d. Zensur wohl beachten. Es wird immer klarer, daß mit halbem Einverständnis der Regierung die Völker Oesterreichs, auch die Deutschen den Krieg nicht länger führen wollen, als bis auch die Entente zu einem Verständigungsfrieden bereit ist, ja, daß sie die Verständigung an sich und die Befreiung aller Völker von ihren Imperialisten als eines der Kriegsziele selbst betrachten. Die Entwicklung geht hier mehr und mehr von einem exklusiven Nationalismus zum demokratischen Internationalismus. Man muß diese Entwicklung im Auge behalten, um nicht Gefahr zu laufen, schließlich isoliert für einen Nacht- und Siegfrieden, der zugleich die Verewigung des Militarismus bedeuten würde, einzutreten. Keine Agitation und keine Umschleichung der Entente hat auf das Verhältnis zwischen Oesterreich und Deutschland so nachteilig eingewirkt, wie das Gebahren der deutschen Vaterlandspartei.

Wien, 17. Jan. (Priv.-Tel.) Es ist nun schon gar nicht mehr eine bloß für die Leute vom Bau erkennbare Tatsache, sondern ganz offenkundig, daß die offizielle österreichisch-ungarische Politik, sondern verschiedene Stellung nimmt gegen die Versuche anstelle der Bemühungen um den Verständigungsfrieden ein allüberliches Annegationsprogramm zu setzen. Das offiziöse „Freiendblatt“ bringt heute einen unerkennbar hochoffiziösen Artikel gegen den Fürsten Bülow, in dem man den Kanzlerkandidaten der deutschen Vaterlandspartei vermutet, und sagt: „Es muß rund und klar herausgesagt werden, daß in Oesterreich, auch nicht der leiseste Zweifel darüber besteht, daß wir zwischen Baron von Kühlmann und dem Fürsten Bülow keinen Vergleich ziehen können. Baron von Kühlmann genießt das volle, uneingeschränkte Vertrauen nicht nur der österreichisch-ungarischen Regierung, sondern auch der Völker Oesterreich-Ungarns, die ihm hoch anrechnen, daß er mit ebenso viel Zähigkeit wie Geschicklichkeit, gerade durch die Majorität des deutschen Reichstages, seinen Kurs zu einem baldigen, ehrenvollen Frieden zu gelangen, stetig einhält. Fürst Bülow genießt dieses Vertrauen nicht. Wenn heute von der oder jener Stelle im Deutschen Reich gesagt und verbreitet wird, Fürst Bülow würde auch bei den Verbündeten ein willkommener Friedensunterhändler Deutschlands sein, so muß dies mit Bedauern, aber mit Entschiedenheit entgegengetreten werden.“

Es gehört zu den Eigenümlichkeiten der österreichischen politischen Regie, daß sie gelegentlich ein bißchen stark Bedacht nimmt und ihre eigene Stimme durch die des Volkes verstärken läßt. Ob diesmal das Echo nicht über die beabsichtigte Stärke hinausgegangen ist, mögen wir nicht untersuchen. Jedenfalls hat heute unter dem Eindruck des Aufrufes eine Bewegung der Arbeiterschaft eingesetzt, die wohl durch die Verkürzung der Wehraktionen entstanden ist, aber nunmehr einen politischen Charakter angenommen hat. Es ist heute fast in allen Wiener und zahlreichen Provinzfabriken die Arbeit eingestellt worden. Es werden für morgen weitere Arbeitseinstellungen erwartet. Die Stimmung ist erregt und wendet sich gegen die Kriegsbeher. Sie fordert vor allem raschen Friedensschluß mit Rußland, der nach der Meinung des Volkes ohne weiteres zu haben wäre. Es ist schwer zu sagen, wie weit die Bewegung noch eingebremst werden kann. Eine Gewaltanwendung ist vollständig ausgeschlossen.

Der Wiener Uriasbrief.

Die Herrschaften, die sich von dem aus Berlin, zweifellos aus Berlin über Wien durch das Organ des Wiener Ballplatzes gegen den Fürsten Bülow ergangenen Uriasbrief eine durchschlagende, günstige Wirkung für Herrn v. Kühlmann versprochen haben, mögen an dem Echo, das diese unsaubere Veröffentlichung in der deutschen Öffentlichkeit geweckt hat, erkennen, daß sie doch nicht ganz richtig kalkuliert haben. Selbst das „Berl. Tagebl.“ kann nicht umhin, den Wiener Uriasbrief, wenn auch in den mildesten Tönen, zu bedauern und preiszugeben, tut aber so, als ob ihn eigentlich sein großer alldeutscher Bauwau geschrieben hätte, gegen den es nach dieser famosen Frontveränderung dann mit der üblichen Unentwegtheit vom Leder zieht. Hilfe sucht und findet es dabei wieder beim Frhn. v. Richthofen und seiner „Berl. Börsenztg.“, dieser nationalliberal firmierenden Filiale der fortschreitendsten Demokratie. Hat doch Herr v. Richthofen die hübsche Wendung gefunden, daß wohl nicht der kluge Fürst Bülow selber, wohl aber seine unklugen Freunde sich jener Fallentstellerei schuldig gemacht hätten, die ihm in dem famosen Vergiftungstelegramm des Wiener „Fremdenblattes“ unterstellt wurde. Auch der „Vorwärts“ muß es „dahingestellt sein lassen, ob die Form, in der das „Fremdenblatt“ die Bülowischen Intrigen zurückwies, sehr glücklich war“, findet es aber mit Ehre und Anstand — wie er es aussagt — vereinbar, mit dieser Wendung die Tatsache einer „Bülowischen Intrige“ seinen Lesern als eine angeblich feststehende Tatsache zu suggerieren und ebenfalls so zu tun, als hätten „die Alldeutschen“ diese ganze giftige Suppe eingebrockt. Nach dem „Vorwärts“ hätten nicht das Wiener „Fremdenblatt“ und das „Wolff-Büro“ diese ganze Sensation geflissentlich gestiftet, sondern Fürst Bülow selbst hätte „wieder von sich reden gemacht“. Unredlichkeit über Unredlichkeit.

Inzwischen hat der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Heckscher, wie das „Hamb. Fremdenbl.“ mitteilt, aus Anlaß des Wiener Uriasbriefes im Reichstag folgende sehr begründete „Kleine Anfrage“ gestellt:

Das „Wolffsche Telegraphenbüro“ verbreitet eine Auslassung des halbamtlichen Wiener „Fremdenblattes“, in dem diese Zeitung für Staatssekretär Herrn v. Kühlmann und gegen den ehemaligen Reichskanzler, den Fürsten Bülow, Partei ergreift und sich damit offensichtlich in eine ausschließlich deutsche Angelegenheit einmischt. Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu erteilen, erstens, aus welchen Gründen das halbamtliche „Wolffsche Telegraphenbüro“ diese Wiener Auslassung veröffentlicht und zweitens, ob gegen diese Ungehörigkeit des Wiener Blattes eine Zurückweisung Deutschlands erfolgen wird?

Wenn jemals eine Kleine Anfrage, so nimmt diese ein dringliches Anliegen von aller Lippen. In der Tat ist für uns die Tatsache, daß das amtliche Büro und das Regierungsblatt, die „Nordd. Allg. Ztg.“ diese Schmähung gegen den Fürsten Bülow ohne jedes Zögern und ohne jeden Vorbehalt wiedergaben, noch beschämender als die Wiener Veröffentlichung an sich. Das Hamburger „Fremdenblatt“ selbst, das unseres Wissens des Alldeutschtums noch unverdächtig ist, schreibt zu der Sache noch:

Es ist kein Geheimnis, daß im letzten Sommer Bethmann Hollweg, noch als sich der ganze Reichstog gegen ihn erhoben hatte, gehalten wurde unter dem Gesichtspunkte, daß es an einem geeigneten Nachfolger fehle. Als aber auf den Fürsten Bülow hingewiesen wurde, und seine Berufung in den Bereich der Möglichkeit gerückt war, stellte sich flugs ein Wiener Telegramm ein, nach welchem die dortigen Nachrichten zu Bethmann Vertrauen, gegenüber Bülow aber nur

Mißtrauen hätten. Diese bisher nicht an die Öffentlichkeit gelangte Wiener Äußerung war nicht etwa spontan erfolgt, sondern bildete die Antwort auf eine Frage der deutschen Diplomatie. Der vorzüglichen Wirkung jenes Wiener Einspruches wird man sich, als die Brest-Litowsker Fehlgriße zum Sturm gegen Kühlmann führten, mit Wohlgefallen erinnern haben. Wir glauben aber nicht, daß die Wirkung des Mittels dem Österreichischer besondere Freude bereiten wird. Zwar im geheimen kann man so arbeiten, nicht aber vor der deutschen Öffentlichkeit. Die Zurückhaltung, die Bülow seit seinem Rücktritt durch bald 9 Jahre geübt hat, ohne den Versuch zu machen, mit dem Zauber seiner Rednergabe auf die Massen zu wirken, hat seinen Namen in den Hintergrund geraten lassen. Man wußte schließlich im Volke zu wenig von ihm, um seine Bedeutung für die Aufgabe der Gegenwart richtig einzuschätzen. An maßgebender Stelle wurde dann dafür gesorgt, daß die Leistungen, vermöge deren er die Italiener bis zum Mai 1915 vom Eingreifen in den Krieg zurückgehalten hat, in ihrer vollen Größe als Verdienst für das Vaterland nicht gewürdigt wurden. Gewann es doch damals Bethmann Hollweg über sich, zu verhindern, daß Fürst Bülow nach seiner Heimkehr vom Kaiser empfangen wurde, wobei man sich allerdings wundern mußte, daß sich der Kaiser an einem selbstverständlichen Akt der Dankbarkeit überhaupt hindern läßt... Anstand und Dankbarkeit hätten den Wiener Offiziosus veranlassen müssen, die ihm zugemuteten Schergendienste abzulehnen, da doch Oesterreich-Ungarn kaum jemals so starke, vollen Erfolg einbringende Hilfe gefunden hat, wie in der bosnisch-herzegowinischen Krise durch die Staatskunst des Fürsten Bülow.

21. I. 1918

Der Dank der polnischen Regenten.

Wien, 20. Jänner. Die polnischen Regenten haben nach ihrer Rückkehr aus Wien an den Kaiser das nachstehende Telegramm gerichtet:

„Tiefgerührt durch Euer Majestät allergnädigst uns bereiteten Empfang und erwiesene Gastfreundschaft, die wir in Euer Majestät Haupt- und Residenzstadt Wien genossen haben, ist es uns ein inniger Herzenswunsch, beim Verlassen der Monarchie Euer L. u. L. Apostolischen Majestät den wärmsten und aufrichtigsten Dank darzubringen. Die Aufnahme, die wir bei Euer Majestät und Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin gefunden haben, wird uns nicht nur in dankbarer Erinnerung bleiben, sie möge auch die Bürgschaft bilden engerer und sich vertiefender Beziehungen.“

Rakowski, Ostrowski, Lubomirski.“

Auf dieses Telegramm des Regentschaftsrates hat der Kaiser wie folgt geantwortet:

„Die Worte freundlicher Erinnerung, die der Regentschaftsrat des Königreiches Polen beim Wiederbetreten heimatischen Bodens an die Kaiserin und Königin und Mich gerichtet hat, haben Uns mit aufrichtiger Genugthuung erfüllt.“

„Indem Ich Unserm wärmsten Dank für die ausgesprochenen Gefühle Ausdruck gebe, bitte Ich, auch Meinerseits die Versicherung der Freude über die stattgefundene persönliche Begegnung sowie Meiner innigsten Wünsche für eine gedeihliche und glückliche Zukunft entgegenzunehmen.“

Karl m. p.“

Der polnische Ministerpräsident Ruzarszewski hat ebenfalls nach seiner Rückkehr aus Wien an den Minister des Aeußern Grafen Czernin folgende Depesche gesendet:

„An Seine Exzellenz Grafen Czernin,
Brest-Litowsk.“

Euer Exzellenz ersuche ich um Entgegennahme meines wärmsten Dankes für die außerordentlich herzliche, uns in Wien von der L. u. L. Regierung ertotefene Gastfreundschaft.“

Bei der Besprechung der vielen wichtigen An gelegenheit haben die gegenseitigen guten Beziehungen weitere erfreuliche Vertiefung erfahren, was zu einem erwünschten Zusammenwirken zweifellos beitragen wird.“

Ruzarszewski.“

Darauf antwortete der Minister des Aeußern Graf Czernin wie folgt:

„Für die liebenswürdigen Worte, mit denen Euer Exzellenz in Ihrem Telegramm an mich Ihre Wiener Eindrücke kennzeichnen, bitte ich Sie, meinen herzlichsten Dank entgegennehmen zu wollen.“

Auch ich zweifle nicht, daß der Wiener Besuch der Herren Regenten und Euer Exzellenz zur Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen wesentlich beigetragen hat und Hege festes Vertrauen in die Ergebnisse unsrer gemeinsamen, auf das Wohl Polens gerichteten Arbeit.“

Czernin.“

21./I. 1918

Eine Rundgebung der Wiener Christlichsozialen.

Der Vorstand der Wiener Christlichsozialen Partei hat gestern einstimmig nachstehende Rundgebung beschlossen:

„Die mangelnde Voraussicht und geringe Laffraft der Regierung hat zu schweren Störungen des Ernährungsdienstes und zur Kürzung der Mehlquote geführt. Durch das Hinzutun staatsfeindlicher Elemente löste dieser Notstand eine Bewegung aus, die über das Ernährungselend der Bevölkerung zu politischen Forderungen überging.

Die Christlichsoziale Partei hofft und erwartet, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk zu einem baldigen und dauernden Verständigungsfrieden mit Rußland führen. Sie ist von der aufrichtigen Friedensliebe des Grafen Czernin überzeugt und hegt volles Vertrauen, daß der Minister des Aeußern alles mit den staatlichen Interessen Vereinbarliche vorkehren wird, um zum Frieden zu gelangen.

Die Christlichsoziale Partei hält es aber für schädlich, wenn im jetzigen Augenblicke, wo die Geschlossenheit der Monarchie allein unsere Vertreter zu einem kraftvollen Auftreten befähigen kann, durch politische Unstabilitäten deren Stellung geschwächt wird.

Die einmal in Fluß geratene Bewegung ist in ihrem weiteren Verlaufe zu einseitigen parteipolitischen Zwecken ausgenutzt worden. Die Verhandlungen mit der Regierung wurden einseitig von einer Partei geführt, die gesamte nichtsozialdemokratische Wiener Presse mundtot gemacht, die Informierung der öffentlichen Meinung für eine politische Partei monopolisiert. Die Entwicklung der Ereignisse hat die Regierung mit verwehrten Armen zusehen, sie sogar aktiv unterstützt.

Die Christlichsoziale Partei legt gegen diese terroristische Vergewaltigung der Mehrheit der Wiener Bevölkerung die schärfste und nachdrücklichste Verwahrung ein. Die Leiden und Entbehrungen des Krieges tragen alle Kreise der erwerbenden Bevölkerung ohne Ausnahme, sie haben daher vollen Anspruch auf gleichmäßige Behandlung und Würdigung.

Die Regierung hat zu unserem lebhaften Bedauern nichts getan, um die innerstaatliche Ordnung wenigstens vorzubereiten und durch volkstümliche Reformen neue Wege des politischen Lebens zu erschließen. Sie darf aber auf keinen Fall die Regierung einer Partei, sondern muß pflichtgemäß die Regierung der Gesamtbevölkerung sein.“

Eine tschechische dringliche Anfrage.

Der tschechische Verband hat an den Ministerpräsidenten eine dringliche Anfrage betreffend die Beschlagnahme der Deklaration der Versammlung der tschechischen Abgeordneten vom 6. Jänner d. J. in Prag gerichtet, in der es heißt:

Die Friedensverhandlungen in Brest Litowsk sind von der Regierung ohne vorherige Beratung mit dem Parlament und den Delegationen eingeleitet worden. Die Berichte über die Verhandlungen haben im tschechischen Volke eine große Beunruhigung hervorgerufen, denn es ging aus ihnen hervor, daß der Minister des Aeußern zwar das Selbstbestimmungsrecht für die ganzen Völker des russischen Reiches reklamierte, um dadurch die Anektionspläne Oesterreich-Ungarns und nochmehr des Deutschen Reiches zu verhüllen, dann es aber ablehnte das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes innerhalb der Grenzen Oesterreich-Ungarns zur Geltung zu bringen. In der Interpellation wird darauf Beschwerde geführt, daß Graf Czernin nach der ersten Unterbrechung der Friedensverhandlungen das Parlament nicht informierte und auch die Ansichten der Vertreter der Völker Oesterreichs nicht entgegennahm und ausgeführt, daß die Ereignisse der letzten Tage in Wien beweisen, daß eine gleich große Beunruhigung auch die breiten Schichten des deutschen Volkes erariffen hat. Da sich Graf Czernin auf den Standpunkt eines Ministers des alten Feudalstaates gestellt hat, der bloß der Krone verantwortlich und die Nationen ignorieren kann, waren die Tschechen gezwungen ihrer Meinung in der Versammlung am 6. Jänner d. J. Ausdruck zu geben. Nun sei aber gesehen, was man in einem Staate, dessen Repräsentanten vor der Welt von einem Selbstbestimmungsrecht der Völker sprechen und sich darauf berufen, daß in Oesterreich Demokratie und Verfassungslieben herrsche, für unmöglich gehalten werden sollte. Die von der Prager Versammlung einstimmig angenommene Deklaration sowie die

Ansprache des Präsidenten des Tschechischen Verbandes wurden beschlaggenommen. Diese Konfiskationen waren nicht das Werk untergeordneter Behörden, sondern sind über Befehl des k. u. k. Auswärtigen Amtes erfolgt. Auf die Interpellation des Präsidenten des Tschechischen Verbandes hat auch der Ministerpräsident eine ablehnende Antwort gegeben. Die Abgeordneten des tschechischen Volkes werden es sich aber nicht gefallen lassen, daß derartige Kundgebungen untätig geschwiegen werden. Nur die beispiellose Kurzsichtigkeit der österreichischen Regierung kann annehmen, daß es möglich wäre, Willenskundgebungen eines ganzen Volkes durch Polizei und Zensurmaßnahmen zu unterdrücken. Diese Handlungsweise hat große Empörung hervorgerufen und das Volk mit neuem Mißtrauen gegen das gegenwärtige Regierungssystem erfüllt. Die Berufung darauf, daß die tschechische Deklaration die Friedensverhandlungen stören könnte, sind lächerlich und in Wirklichkeit nur kleinliche Ausreden derjenigen Leute, die zufällig heute noch in Oesterreich regieren und gegen das tschechische Volk voreingenommen sind. Der Ministerpräsident wird aufgefordert, Aufklärung zu erteilen, warum die Deklaration konfisziert wurde und zu erklären, daß die Regierung künftighin dafür sorgen werde, daß die Freiheit der Meinung in Oesterreich respektiert werde und daß insbesondere die österreichischen Völker ihre Ansichten über ihre Zukunft und internationalen Forderungen frei äußern können.

**Ministerpräsident Dr. Wekerle in Wien.
Gesprechungen über außenpolitische Fragen.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 22. Januar.

Ministerpräsident Dr. Wekerle ist heute früh nach Wien gereist und wird im Laufe des Nachmittags mit dem Minister des Aeußern Grafen Czernin und anderen politischen Persönlichkeiten Konferenzen pflegen. Wie in hiesigen politischen Kreisen verlautet, werden die Konferenzen Dr. Wekerles wichtige außenpolitische Fragen betreffen. Der günstige Verlauf der Verhandlungen mit den Delegierten der Ukraine einerseits, die Abreise Trozki nach Petersburg und die Ereignisse in der russischen Hauptstadt andererseits haben eine Situation geschaffen, zu der die verantwortlichen Staatsmänner der Monarchie Stellung nehmen müssen. Zu den aktuellen Fragen, die in den Wiener Konferenzen zur Sprache gelangen werden, gehören nach hiesigen Informationen die polnische Frage sowie die Frage eines innernehmlichen Vorgehens mit den Verbündeten in

allen in Brest-Litowsk aufgetauchten Problemen. Der Ministerpräsident dürfte im Laufe des heutigen Tages nach Budapest zurückkehren. Ende der Woche wird er sich abermals nach Wien begeben und dann dürfte die Entscheidung in den innerpolitischen Fragen fallen.

Reise des Grafen Tisza nach Wien.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 21. Januar.

Graf Stephan Tisza hat sich heute nach Wien begeben.

Der Kommandant der tschechischslowatischen Brigaden Dr. Beneš.

Die Abgeordneten Dr. Škříň und Genossen richteten heute eine Interpellation an den Ministerpräsidenten, in welcher die staatsfeindlichen tschechischslowatischen Agitatoren im Auslande erörtert werden und die Person des Organisators der tschechischslowatischen Brigade Dr. Beneš entsprechend charakterisiert wird. Nach Aufzählung der von dem Genannten herausgegebenen Heftschriften heißt es dort: Schon die Titel der Schriften zeigen, daß der gewesene österreichische Staatsbürger und tschechische Professor in Prag Beneš offen und unverhüllt für die Zerstörung des österreichischen Staates eintritt. Beneš begnügt sich nicht mit dem bloßen Eintreten für die Aufrichtung des nationaltschechischen Staates, mit gerade zynischer Offenheit gesteht er die im Laufe des Krieges von den tschechischen Regimentern begangenen P. P. S.

berrätereien ein. Er macht kein Hehl daraus, daß sie die Reihen der Armee verließen, um der Entente zum Siege zu verhelfen, aus deren Händen man sich dann die Errichtung des tschechischslowatischen Staates holen wollte.

Beneš enthüllt dann auch mit verblüffender Rückhaltslosigkeit die ganze Verschwörung, die sogleich nach Ausbruch des Krieges gegen die Monarchie ins Werk gesetzt wurde, um ihr und Deutschland im Bunde mit unsern Feinden eine vernichtende Niederlage zu bereiten. Unfähig, eine regelrechte Revolution heraufzubeschwören, mußten sich — nach den Ausführungen des Beneš — die Urheber des Hilfsmittels des passiven Widerstandes bedienen. Dazu gehörte, daß alle politischen Parteien entschlossen waren, Oesterreich keine Treue mehr zu halten, daß die Zeitungen trotz Zensur feindselige Artikel brachten, die Bevölkerung keine Kriegsanleihe zeichnete und es unterließ, der Regierung Lebensmittel zu liefern, nun, wie sich Beneš klar genug ausdrückt, „den finanziellen und wirtschaftlichen Bankrott der Monarchie“ herbeizuführen. Die tschechischen Soldaten aber weigerten sich scheinmatisch, zu marschieren und für die Monarchie zu kämpfen. Mit Nachdruck werden die Alliierten aufmerksam gemacht, in wie wirkungsvoller Weise dadurch im ersten Jahre des Krieges zu den Niederlagen der österreichisch-ungarischen Waffen beigetragen wurde und daß damit die Handhabe gegeben war, allmählich die ganze Armee zu desorganisieren. „Man muß im einzelnen — schreibt Beneš — die Haltung der tschechischen Soldaten vom ersten Augenblick des Krieges an vor Augen haben, um den Anteil zu begreifen, den sie am Scheitern der österreichisch-ungarisch-deutschen Pläne hatten.“

Ferner rühmt Beneš, daß vom ersten Tage der Mobilisierung an die Reservisten der kleinen Städte und des Flachlandes offen ihren aufrührerischen Geist zur Schau trugen und erklärten, daß sie ihre Waffen gegen die Offiziere und die Deutschen kehren würden. Alle über sie verhängten Strafen hatten nur den einen Erfolg, daß sie bei erster gegebenen Gelegenheit auf dem Schlachtfelde zu den Russen übergingen. Mit Stolz nennt Beneš das 11. (Erzgebirgsbezirk Bischof), das 28. (Prag), das 35. (Bilsen), das 36. (Jungbunzlau) und das 88. Regiment (Beroun), das aber bei dem Versuche überzugehen von preussischer Garde und ungarischen Honveds in ein Kreuzfeuer genommen wurde. Nach seiner Berechnung haben sich von 600,000 Tschechischslowaken bis Anfang 1916 bei 350,000 Mann den Russen und Serben ergeben. Er läßt auch nicht unerwähnt, daß diese eidbrüchigen Soldaten durch ihren Verrat den Rückzug der Russen aus Galizien weniger verhängnisvoll gestalteten und schließlich zur Niederlage der Ansätze bei Tomaszów führten. Eines feiner schlägt mit folgender ungläublicher Appell: „Vernichtet Oesterreich-Ungarn! Nehmet den Habsburgern die Möglichkeit, eine verhängnisvolle Rolle fortzusetzen! Befreiet die österreichischen Slaven! Vereint die Tschechisch-Slowaken und die Jugoslawen! Begreifet endlich Euer Interesse, begreifet das Interesse Europas, begreifet das Interesse der Menschheit!“

Die Interpellanten stellen an den Ministerpräsidenten die folgenden Anfragen:

1. Sind Seiner Excellenz der Inhalt der staatsfeindlichen Agitationschriften des ehemaligen Privatdozenten in Prag Dr. Eduard Beneš und die in diesen Schriften geschilderten hochverräterischen Vorgänge bekannt?

2. Ist Seiner Excellenz bekannt, daß eine entsprechende Stellungnahme der österreichischen Öffentlichkeit, der österreichischen Presse zu den Tatsachen dieser tschechischen staatsfeindlichen Umtriebe im Auslande und insbesondere zur Agitation des Doktor Beneš nicht gestattet und die bezüglichen Artikel der österreichischen Zeitungen, insbesondere in der Wiener Presse, konfisziert wurden?

3. Was bedeutet die Regierung, beziehungsweise Seine Excellenz der Herr Ministerpräsident, zu tun, um eine entsprechende Klarstellung und Aufklärung über die hochverräterische Agitation von tschechischen Staatsangehörigen im Auslande herbeizuführen, und welche Maßnahmen werden getroffen werden, um einer derartigen staatsfeindlichen Agitation wirksam zu begegnen?

4. Werden in diesem Sinne Verfügungen getroffen werden, die eine Konfiskation von Publikationen, die vom patriotischen Standpunkt aus Aufklärung über die Schädlichkeit dieser staatsfeindlichen Agitation in der Öffentlichkeit verbreiten und geeignet sind, den schädlichen Wirkungen dieser Agitation wirksam entgegenzutreten, in Zukunft nicht mehr möglich zu machen?

23. I. 1918

**Wichtige Besprechungen in Wien.
Ueber auswärtige Angelegenheiten.**

Budapest, 22. Januar.

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Wien:

Ministerpräsident Dr. Wekerle ist heute nachmittag mittels Schnellzuges aus Budapest in Wien eingetroffen. Im Laufe des Nachmittags hatte der Ministerpräsident mit dem Minister des Aeußern Grafen Czernin und dem Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler längere Besprechungen über auswärtige Angelegenheiten. Ministerpräsident Dr. Wekerle ist mit dem Personenzug nachts nach Budapest zurückgekehrt.

**Die Wiener Verhandlungen Dr. Bekerles und
des Grafen Tisza.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 22. Januar.

Den Wiener Beratungen des Ministerpräsidenten Dr. Bekerle wird in hiesigen informierten Kreisen große Bedeutung beigemessen. Man glaubt, daß sich die Friedensverhandlungen in einem Stadium befinden, das in vielen Beziehungen Entscheidungen der maßgebenden Faktoren erheischt. Ueber die konkreten Fragen, die in den Wiener Verhandlungen des Ministerpräsidenten zur Sprache gelangt sind, ist bisher der Natur der Sache gemäß nichts Authentisches bekannt geworden. Man weiß nur so viel, daß der Komplex aller aktuellen Fragen in den Bereich der Besprechungen gezogen wurde und daß wichtige Entscheidungen getroffen worden sind. Die Wiener Reise des Grafen Stephan Tisza hat das Gerücht entstehen lassen, daß der Monarch den Führer der Arbeitspartei in den schwebenden außenpolitischen Fragen hören wollte.

23./I. 1918

Anfrage der Südslawen.

Die Abgeordneten Dr. Koroschec und Genossen stellen eine dringliche Anfrage an die Regierung, welche im wesentlichen gleichlautende Fragepunkte bezüglich der südslawischen Länder enthält.

Anfrage der polnischen Sozialdemokraten.

Die Abgeordneten Daszynski und Genossen richten eine dringliche Anfrage an die Regierung, betreffend die Haltung der Vertreter der k. u. k. Regierung in Brest-Litowsk gegenüber den den Frieden bedrohenden Ausführungen des Generals Hoffmann; weiter, betreffend die Weigerung der k. u. k. Regierung, die Vertreter des polnischen Volkes als gleichberechtigte Verhandlungsfaktoren zu den Friedensverhandlungen in Brest zuzulassen; drittens, betreffend die Haltung der staatlichen Regierungsorgane, durch welche die Wucherer in Stadt und Land in Galizien Massen hunger herbeigerufen haben.

23. I. 1918

Anfrage des Czechischen Verbandes.

Anfrage der Abgeordneten Stanek, Haberman, Dr. Kruban, Klossac, Dr. Koerner, Sedlak, Tuzar und Udrzal an den Ministerpräsidenten:

I. Ist die Regierung bereit, endlich einmal das würdelose Spiel mit dem Prinzip der Selbstbestimmung aufzugeben und einzusehen, daß sie damit die Friedensstimmung in der ganzen Welt, besonders in Russland, schwer schädigt und das Vertrauen in die Aufrichtigkeit des Friedenswillens der Monarchie erschüttert? Warum ist sie nicht offen gegen die Anneziationsabsichten des Deutschen Reiches aufgetreten? Warum schürt Graf Czernin den nationalen Streit zwischen Polen und Ukrainern, indem er den Polen ukrainisches Gebiet verspricht? Hat nunmehr die Regierung das Prinzip der Nichteinmischung nicht aufgegeben, indem sie bei den Verhandlungen mit den ukrainischen Delegierten in Brest-Litowsk zum erstenmal die berechnete Forderung der Ukrainer, sich für die Lage ihrer Stammesgenossen diesseits der Reichsgrenze auf der Friedenskonferenz interessieren zu dürfen, offiziell anerkannt hat?

II. An unserem Programm der Errichtung eines eigenen unabhängigen czechischen Staates, wo das gesamte öffentliche Leben und insbesondere alle Arten von öffentlichen Ver-

tretungen auf rein demokratischen Prinzipien aufgebaut werden sollen, unentwegt festhaltend, sind wir auch bereit, alle Schritte zur Demokratisierung tatkräftig zu unterstützen.

In der begründeten Befürchtung, die den Arbeitern gegebenen Zusagen seien nicht ernst gemeint, fragen wir die Regierung: 1. Ist sie bereit, diese Zusagen auch dem Parlament gegenüber verbindlich zu wiederholen? 2. Ist sie bereit, ohne Rücksicht mitzuteilen, wie und wann sie die so erwünschte und von den Czechen stets geforderte volle Demokratisierung des Gemeinwahlenrechtes durchzuführen gedenke? 3. Da seit Jahren kein Landtag tagt, die meisten aufgelöst sind, respektive ihre Funktionsdauer abgelaufen ist, und andererseits die Regierung Neuwahlen im Kriege perhorresziert, wie stellt sie sich die Erfüllung ihres Versprechens vor?

III. Wie kann die Regierung ernstlich an eine Gemeinwahlenreform denken, in den Landesvertretungen jedoch das Kurienystem aufrechterhalten?

IV. Ist es nicht an der Zeit, das Haupthindernis jeder Demokratisierung, das von der Regierung ernannte Herrenhaus, wo ganze Nationen und Klassen ohne Vertretung sind, in dieser Zusammensetzung abzuschaffen?

V. Da die Czechen durch die Härten und gesetzwidrige Handhabung des Kriegsleistungsgesetzes schwer gelitten haben sowie aus prinzipiellen Gründen fragen wir, ob die Regierung geneigt ist, den versprochenen neuen Gesetzentwurf über die Neuregelung der Arbeitsverhältnisse in den militarisierten Betrieben sofort vorzulegen und der unverzüglichen Durchberatung und Beschlußfassung weder selbst noch durch ihren Einfluß im Herrenhause ein Hindernis entgegenzusetzen.

VI. In voller Würdigung der berechtigten Beschwerden der Arbeiterschaft, betreffend die Approvisionnement und die Hervorhebung der Tatsache, daß in den böhmischen Ländern ein empfindlicher Nahrungsmittelmangel herrscht, während bei rücksichtsloser Wegnahme der letzten Vorräte auch die übrigen Bevölkerungsschichten dem Hunger ausgesetzt werden, fragen wir die Regierung, ob sie bereit ist, die geregelte Approvisionnement auch der böhmischen Länder sicherzustellen und insbesondere den allgemeinen Approvisionnementplan nicht darauf zu begründen, daß man über Lebensmittel verfügt, die tatsächlich nicht existieren, respektive den letzten Wiffen bilden? Ist sie bereit, mit Rücksicht auf die Approvisionnement endlich ein ernstes, letztes Wort mit Ungarn und den Bundesgenossen zu sprechen?

23./I. 1918

Anfrage der Polen.

Anfrage des Abg. Dr. Olombinski an den Ministerpräsidenten, betreffend die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Der Ministerpräsident wird gefragt, ob er geneigt sei, nach gepflogenen Einvernehmen mit dem Minister des Auswärtigen

1. Aufschluß zu geben, ob die Politik der Monarchie unentwegt daran festhält, daß nach Friedensschluß mit Rußland das ganze vor dem Kriege zum Reiche des russischen Reiches gehörende polnische Gebiet ungeteilt, ohne irgendwelche sogenannte Grenzkorrekturen und Grenzsicherungen vollständig frei und uneingeschränkt der Selbstbestimmung der Polen überlassen wird unter gleichzeitiger Räumung seitens der Okkupationsarmeen;

2. dahin zu wirken, daß in jenem Gebiete Polens baldmöglichst eine freie, auf demokratischer Grundlage aufgebaute Volksvertretung ins Leben gerufen und daß derselben die Entscheidung über die Lostrennung Polens vom russischen Staatsverband sowie über die Staatsform, die Verfassung und die Gestaltung der Armee in Polen vorbehalten wird;

3. den Polen bei den gegenwärtigen und zukünftigen Friedensverhandlungen eine selbständige, von der Beeinflussung seitens der kriegsführenden Mächte vollkommen freie Vertretung zur Wahrung der Rechte und Interessen Polens zuzusichern.

Japan und Deutschland.

Berlin, 22. Jan. (W. B.) Die Stimmung in Japan beleuchtet deutlich die Rede des japanischen Generalleutnants Tanaka, die er am 20. Mai 1917 in Schanghai hielt. Generalleutnant Tanaka, der als die rechte Hand des japanischen Kriegsministers gilt, führte folgendes aus:

„Für uns Japaner ist es nicht ausreichend, den Heroismus der Deutschen nachzuahmen, wir müssen mehr tun. Wir müssen uns sorgfältig mit der Prüfung der Gründe beschäftigen, die diesem Volke die Möglichkeit geben, so mächtig zu sein, daß es so glänzend diesen furchtbaren Krieg führt, und wir müssen alles mögliche tun, um Deutschland in seiner kunstvollen Organisation, seiner Einigkeit und Vaterlandsliebe nachzuahmen. Möchten die japanischen Soldaten den deutschen Kämpfern nachzueifern und die japanischen Kulis den deutschen Arbeitern in ihrer ehrlichen Pflichterfüllung und Vaterlandsliebe nachahmen, möchten sie diesen Mustern in allem ihrem Streben folgen.“

Wir befinden uns gegenwärtig im Kriege mit den Mittelmächten, aber es wird der Tag des Friedens kommen und dann wird es die Pflicht des japanischen Volkes sein, die Hand wahrer Freundschaft den mächtigen Germanen entgegenzustrecken. Wie auch in Zukunft die Stellung Japans gegenüber Deutschland bestimmt werden wird, einen Boden für antideutsche Orientierung wird es in Japan nicht geben. Die deutschfreundliche Orientierung hat ihre Vertreter unter den angesehensten Staatsmännern.“

14. / 11. 1917

Die feinerzeit in Wien erschienene „Deutsche Zeitung“ brachte am 15. März 1901 unter dem Titel „Die Broschüre eines Rabbiners“ folgenden, heute besonders bemerkenswerten Artikel:

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde von dem Abgeordneten Breznowski eine Anfrage an den Justizminister eingebracht, welche sich mit der Beschlagnahme der Broschüre „Ein Rabbiner über die Goyim“ beschäftigte. Wir wissen, daß selbst die feurigste Rede gegen die Juden nicht imstande ist, unserem Volke die Augen so zu öffnen, wie diese Rede eines seine Glaubensgenossen darüber belehrenden Rabbiners, wie sich das Judentum nehmen soll, um die „Goyim“ in seine Macht zu bekommen. Wir können es uns daher nicht verlagern, die markantesten Stellen aus der durch die Anfrage in nun gewordenen Broschüre hierher zu setzen; sie werden unseren Lesern so manches erklären.

„Die peinlichen und leidensvollen Zeiten der Verfolgung und Erniedrigung, welche das Volk Israels mit heroischer Geduld ertrug,“ so schreibt der Rabbiner, „sind glücklich vorüber, dank dem Fortschritt der Zivilisation der Christen. Dieser Fortschritt ist für uns der sicherste Schild, hinter dem wir uns verstecken und unbemerkt rasch jenen Raum überschreiten können, welcher uns von unserem erhabenen Ziel trennt. Werfen wir einen Blick auf die materielle Situation Europas und besehen wir uns die Quellen, welche sich die Israeliten vom Beginn dieses Jahrhunderts an selbst durch das Kapital eröffnet haben, über das sie nun verfügen... Überall sind die Nothschilder, die Juden, Herren der finanziellen Situation, vermöge ihrer Milliarden, abgesehen davon, daß in einem jeden Ort zweiten oder dritten Ranges wieder nur sie die Herren ertraureicher Fonds sind, und daß überall ohne die Kinder Israels, ohne ihren unmittelbaren Einfluß keine Finanzoperation, keine wichtigere Unternehmung durchgeführt werden kann.

Die Börse notiert und reguliert diese Schulden, und wir sind meistens Herren dieser Börsen überall. Wir müssen daher trachten, diese Schuld immer mehr und mehr zu erleichtern, um uns zu Herren der Preise zu machen, und wir müssen wegen der Kapitalisten, welche wir den Ländern leihen, ihre Eisenbahnen, ihre Bergwerke, ihre Wälder, ihre Gütenwerke und Fabriken ausnützen, ja, sogar auch ihre Steuern als Pfand nehmen. Die Landwirtschaft wird immer den größten Reichtum eines jeden Landes bilden. Die großen Grundbesitzer werden stets Achtung und Einfluß besitzen. Daraus folgt, daß unser Streben auch darauf gerichtet sein muß, daß unsere Brüder in Israel sich der ausgedehnten Ländereien bemächtigen. Unter dem Vorwand, daß wir den arbeitenden Klassen helfen wollen, müssen wir die ganze Last der Steuern auf die Großgrundbesitzer überwälzen, und wenn dann ihre Güter in unsere Hände fallen werden, dann wird die Arbeit des christlichen Proletariats zu einer Quelle unermesslichen Gewinns.

Wir müssen mit allen Mitteln trachten, den Einfluß der christlichen Kirche, welche stets unsere größte Feindin war, herabzumildern, und zu diesem Zwecke müssen wir in die Herzen ihrer Gläubigen freisinnige Ideen, Zweifel säen, Zwietracht und Religionsstreitigkeiten hervorrufen. Jeder Krieg, jede Revolution, jede politische und religiöse Veränderung bringt uns jenem Augenblicke näher, wo wir das höchste Ziel erreichen, nach dem wir streben.

Handel und Spekulation, diese zwei ausgiebigen Quellen des Gewinnes, dürfen niemals den

Ein Prophet!

Die feinerzeit in Wien erschienene „Deutsche Zeitung“ brachte am 15. März 1901 unter dem Titel „Die Broschüre eines Rabbiners“ folgenden, heute besonders bemerkenswerten Artikel:

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde von dem Abgeordneten Breznowski eine Anfrage an den Justizminister eingebracht, welche sich mit der Beschlagnahme der Broschüre „Ein Rabbiner über die Goyim“ beschäftigte. Wir wissen, daß selbst die feurigste Rede gegen die Juden nicht imstande ist, unserem Volke die Augen so zu öffnen, wie diese Rede eines seine Glaubensgenossen darüber belehrenden Rabbiners, wie sich das Judentum nehmen soll, um die „Goyim“ in seine Macht zu bekommen. Wir können es uns daher nicht verlagern, die markantesten Stellen aus der durch die Anfrage in nun gewordenen Broschüre hierher zu setzen; sie werden unseren Lesern so manches erklären.

„Die peinlichen und leidensvollen Zeiten der Verfolgung und Erniedrigung, welche das Volk Israels mit heroischer Geduld ertrug,“ so schreibt der Rabbiner, „sind glücklich vorüber, dank dem Fortschritt der Zivilisation der Christen. Dieser Fortschritt ist für uns der sicherste Schild, hinter dem wir uns verstecken und unbemerkt rasch jenen Raum überschreiten können, welcher uns von unserem erhabenen Ziel trennt. Werfen wir einen Blick auf die materielle Situation Europas und besehen wir uns die Quellen, welche sich die Israeliten vom Beginn dieses Jahrhunderts an selbst durch das Kapital eröffnet haben, über das sie nun verfügen... Überall sind die Nothschilder, die Juden, Herren der finanziellen Situation, vermöge ihrer Milliarden, abgesehen davon, daß in einem jeden Ort zweiten oder dritten Ranges wieder nur sie die Herren ertraureicher Fonds sind, und daß überall ohne die Kinder Israels, ohne ihren unmittelbaren Einfluß keine Finanzoperation, keine wichtigere Unternehmung durchgeführt werden kann.

Die Börse notiert und reguliert diese Schulden, und wir sind meistens Herren dieser Börsen überall. Wir müssen daher trachten, diese Schuld immer mehr und mehr zu erleichtern, um uns zu Herren der Preise zu machen, und wir müssen wegen der Kapitalisten, welche wir den Ländern leihen, ihre Eisenbahnen, ihre Bergwerke, ihre Wälder, ihre Gütenwerke und Fabriken ausnützen, ja, sogar auch ihre Steuern als Pfand nehmen. Die Landwirtschaft wird immer den größten Reichtum eines jeden Landes bilden. Die großen Grundbesitzer werden stets Achtung und Einfluß besitzen. Daraus folgt, daß unser Streben auch darauf gerichtet sein muß, daß unsere Brüder in Israel sich der ausgedehnten Ländereien bemächtigen. Unter dem Vorwand, daß wir den arbeitenden Klassen helfen wollen, müssen wir die ganze Last der Steuern auf die Großgrundbesitzer überwälzen, und wenn dann ihre Güter in unsere Hände fallen werden, dann wird die Arbeit des christlichen Proletariats zu einer Quelle unermesslichen Gewinns.

Wir müssen mit allen Mitteln trachten, den Einfluß der christlichen Kirche, welche stets unsere größte Feindin war, herabzumildern, und zu diesem Zwecke müssen wir in die Herzen ihrer Gläubigen freisinnige Ideen, Zweifel säen, Zwietracht und Religionsstreitigkeiten hervorrufen. Jeder Krieg, jede Revolution, jede politische und religiöse Veränderung bringt uns jenem Augenblicke näher, wo wir das höchste Ziel erreichen, nach dem wir streben.

Handel und Spekulation, diese zwei ausgiebigen Quellen des Gewinnes, dürfen niemals den

Sanleihe!

Stach dem Striege hatte ich das Glück, als
Erster dieser Art, nordwärts zu gehen.
Die Reise war nicht ohne Gefahren, aber
ich bin glücklich zurückgekehrt.
Die Reise war nicht ohne Gefahren, aber
ich bin glücklich zurückgekehrt.
Die Reise war nicht ohne Gefahren, aber
ich bin glücklich zurückgekehrt.

Die Reise nach dem Norden
Die Reise nach dem Norden war nicht ohne Gefahren, aber ich bin glücklich zurückgekehrt.
Die Reise nach dem Norden war nicht ohne Gefahren, aber ich bin glücklich zurückgekehrt.
Die Reise nach dem Norden war nicht ohne Gefahren, aber ich bin glücklich zurückgekehrt.

Die Reise nach dem Süden
Die Reise nach dem Süden war nicht ohne Gefahren, aber ich bin glücklich zurückgekehrt.
Die Reise nach dem Süden war nicht ohne Gefahren, aber ich bin glücklich zurückgekehrt.
Die Reise nach dem Süden war nicht ohne Gefahren, aber ich bin glücklich zurückgekehrt.

Die Reise nach dem Westen
Die Reise nach dem Westen war nicht ohne Gefahren, aber ich bin glücklich zurückgekehrt.
Die Reise nach dem Westen war nicht ohne Gefahren, aber ich bin glücklich zurückgekehrt.
Die Reise nach dem Westen war nicht ohne Gefahren, aber ich bin glücklich zurückgekehrt.

Stach dem Striege hatte ich das Glück, als
Erster dieser Art, nordwärts zu gehen.
Die Reise war nicht ohne Gefahren, aber
ich bin glücklich zurückgekehrt.

Die Reise nach dem Norden
Die Reise nach dem Norden war nicht ohne Gefahren, aber ich bin glücklich zurückgekehrt.
Die Reise nach dem Norden war nicht ohne Gefahren, aber ich bin glücklich zurückgekehrt.

Die Reise nach dem Süden
Die Reise nach dem Süden war nicht ohne Gefahren, aber ich bin glücklich zurückgekehrt.
Die Reise nach dem Süden war nicht ohne Gefahren, aber ich bin glücklich zurückgekehrt.

Die Reise nach dem Westen
Die Reise nach dem Westen war nicht ohne Gefahren, aber ich bin glücklich zurückgekehrt.
Die Reise nach dem Westen war nicht ohne Gefahren, aber ich bin glücklich zurückgekehrt.

9
54

15. 11. 1866

Oesterreich-Ungarn und der Völkerstreit.

I: Staatsproblem und Weltproblem.

Der große Umsturz der staatlichen Weltordnung, der für unsere Vorstellung an jäher Furchtbarkeit nur mit den Gebirge verschlingenden und Meere öffnenden tellurischen Revolutionen aus der Urzeit der Erde zu vergleichen ist, begann mit einem Schuß, den ein unreifer Hochschüler in einer südslawischen Kleinstadt abfeuerte. Sehr möglich, daß auch ohne die Tat von Serajewo der Krieg gekommen sein würde; dann aber jedenfalls später, jedenfalls mit ganz verschiedenen Ereignisreihen. War es jemals erhört oder auch nur in einem Philosophengehirne denkbar, daß eine solche Alpenlast ungeheurer Geschehnisse aus dem Reiche finsterner Träume in die Wirklichkeit hinübergeschleudert würde durch das Gewicht von soviel Blei, als in den Lauf einer Browningpistole zu pressen ist? Wie, wenn Gavriilo Princip an jenem Tage, krank zu Hause geblieben wäre oder seine Hand gezittert hätte? Wohl hätte der englische Premierminister Recht, als er beim Empfange der Nachricht von dem Morde ausrief, es bange ihm für das Schicksal der Menschheit. Das Geschoß, das den Thronfolger tötete, war nach dem Herzen der ältesten Großmacht Europas gezielt; es war also gar nicht denkbar, daß irgend ein Hauptstaat in unserem Erdteil an dem nun entbrennenden Kampfe nicht teilnehmen würde, denn heute muß jede wesentliche Machtveränderung, die an einer Stelle entsteht, auf alle zurückwirken. Ueberdenkt man die ganze Folge von Ursachen und Zusammenhängen, so ergibt sich, daß die europäische Welt schon vor dem Kriege bei einem politischen Aggregatzustande überaus großer Dichtigkeit angelangt war. An die Stelle der einstigen Lockerheit, die vor etwas mehr als hundert Jahren das Verschwinden eines so großen Reiches wie Polens ohne besonders heftige Erschütterung bildete und die es noch vor fünfzig Jahren möglich machte, daß dem Kampfe Oesterreichs mit Italien, Oesterreichs mit Preußen, Deutschlands mit Frankreich die meisten übrigen in vorwiegend neutraler Haltung zusahen, ist eine so enge Verbindung getreten, daß es ein Einzelschicksal für einen Staat kaum noch gibt. Die Staatsmänner, die im Juli 1914 gehofft haben, den Krieg zwischen Oesterreich, Ungarn und Serbien „lokalisieren“ zu können, sind mehr um ihr gläubiges Gemüt als um ihren Scharfsinn zu beneiden. Europa war wirklich bereits vor dem Weltkriege eine Einheit, jedoch eine fehlerhafte Einheit, mit einem falschen Verhältnis unter den Gliedern und mit gar keiner organischen Vorsorge für ehrlüche Malferschaft zwischen ihnen. Es wird, je länger desto allgemeiner erkannt, daß ein Friede, der solche Organe nicht wenigstens im Keim zu schaffen imstande ist, kein echter Friede sein wird.

Wahrscheinlich ist das Gefühl hierfür unter den Kämpfern der Großmächten nirgends so lebendig, wie bei unseren Nachbarn und Bundesgenossen. Kein leitender Minister hat ihm so bestimmten Ausdruck gegeben, wie Graf Czernin, und wenn die starke Stellung dieses Staatsmanns ebenso sehr auf dem sichtbaren Vertrauen seines Herrschers wie auf eigener Autorität beruht, so ist doch gerade, was er mehrmals über eine spätere Weltverständigung gesagt hat, offenbar sehr vielen unter allen Völkern des Reiches aus der Seele gesprochen. Graf Czernin ist zu gleicher Zeit ein überzeugter und erprobter Anhänger des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche, nicht bloß, was sich von selbst versteht, für die sturmvolle Gegenwart, sondern für alle Zukunft. Als das auswärtige Programm der Leiter der habsburgischen Monarchie wird sich vielleicht bezeichnen lassen der Wunsch, mit Deutschland eng verbunden zu bleiben und trotzdem zu Europa zurückzuzugelen.

Oesterreich, oder besser gesagt, die habsburgische Großmacht, ist im Dienste einer europäischen Funktion überhaupt entstanden, nämlich in der Verteidigung Mittel- und Westeuropas gegen das türkische Weltreich. Die meisten unter den jetzt führenden Staaten haben sich in vielhundertjährigen dynastischen Kleinkriegen aus bescheidenen Anfängen großgezankt. So ist das Habsburgerreich nicht entstanden, sondern es trat auf einmal, ja fast an einem Tage hervor, als eine Verbindung schon recht ansehnlicher Länder, die sich gegen eine gemeinsame Gefahr zusammenschlossen. Im Jahre 1526 haben, als der letzte vorhabsburgische König von Böhmen und Ungarn bei Mohacs den Türken unterlegen war, die Stände dieser Königreiche beide Kronen dem Besizer der österreichischen Erblande, Ferdinand I., übertragen, womit die Donaugroßmacht sofort gebildet war. Ein Schutzverband gegen den siegreichen Islam zu sein, war ihre erste Bestimmung und ist 200 Jahre ihre wichtigste Aufgabe geblieben. Solange als die Türkei für Europa eine wirkliche Drohung blieb, so lange stieg auch die österreichische Macht immer höher, solange wurde sie vor allen Dingen von den ihr zugehörigen Völkern als oberste Notwendigkeit des Lebens empfunden. Im Jahre 1683 lagen die Türken vor Wien, dem Abendlande in einer ergebnislosen Kraftanstrengung noch einmal vor Augen bringend, welcher gewaltigen militärischen Leistungen das

Gefühlung und Ehre denkt, nur ein Augenblick in ihrer Wahl zögern.

Deutschlands Schwierigkeiten.

Der Sieg ist wesentlich für die Freiheit der Welt. Wenn aber keine Aussicht bestünde, daß die Lage sich bei Verlängerung des Kampfes bessert, dann wäre es schändlich, den Krieg zu verlängern. Weil ich aber fest überzeugt bin, daß wir uns stetig unserem Ziele nähern, würde ich Friedensangebote an Preußen in demselben Augenblick, wo der preussische Militärgeist von Prahlerei trunken ist, als einen Verrat an der großen Aufgabe, die uns anvertraut ist, betrachten. Die Siege Deutschlands werden alle in die Welt hinausgeschrien, aber Deutschlands Schwierigkeiten erscheinen in keinen Preßberichten oder drahtlosen Meldungen. Aber wir kennen sie. Der tödliche Griff der britischen Marine tut seine Wirkung, und die Tapferkeit unserer Truppen ruft einen Druck hervor, der letzten Endes sich äußern wird. Wir legen zweifellos die Grundsteine zu einer Brücke, die nach ihrer Vollendung uns in eine neue Welt führen wird. Der Fluß flutet für den Augenblick über seine Ufer, ein Teil des Brückenwerkes ist hinweggeschwemmt, viel von dem, was wir gebaut hatten, ist unter Wasser und außer Sicht, und es gibt Leute, die da sagen: Laßt uns das Unternehmen gänzlich aufgeben. Es kostet uns zu viel. Seine Durchführung ist ungangbar. Laßt uns lieber eine Pontonbrücke aus neuen Verträgen einer Liga der Nationen und Verständigung bauen. Eine solche Brücke könnte einige Zeit halten, aber sie würde immer schwanken und unsicher sein. Sie würde nicht viel Druck und keine schwere Belastung vertragen und das erste Blut würde sie hinwegschwemmen. Laßt uns daher lieber mit dem Rammstein fortfahren und einen wirklichen, festen und dauernden Bau errichten.

Rußlands Ausfall.

Wir leben nicht in einer glückseligen Stunde. Rußland droht, sich vom Kriege zurückzuziehen, und die französische Demokratie, die in die Säulen des Krieges gestürzt wurde, weil sie ihrem Ruhland versprochenen Worte treu blieb, ist sich selbst überlassen. Durch sein Ausschneiden stärkte Rußland das Hohenzollernium, und schwächte die Kräfte der Demokratie. Sein Vorgehen wird uns nicht, wie es glaubt, zu einem allgemeinen Frieden führen. Es wird lediglich das Ringen der Welt verlängern und es wird Rußland selbst unvermeidlicherweise in die Bande der preussischen Militärdiktatur schlagen.

Amerikas Beitritt zur Entente.

Wenn die russische Demokratie sich entschlossen hat, den Kampf gegen die Militärdiktatur aufzugeben, so nimmt auf der anderen Seite die amerikanische Demokratie ihn auf. Dies ist das denkwürdigste Ereignis des Jahres. Es hat die ganze Lage verändert. Großbritannien, dessen Bevölkerung nur ein Drittel derjenigen Rußlands ausmacht, ist in den letzten zwei Jahren für Deutschland ein stärkeres Gegengewicht gewesen. Hätte man Deutschland nicht nur heute, sondern sogar schon vor einem Jahre gefragt, ob ihm Englands oder Rußlands Ausschneiden aus dem Kriege lieber sei, so glaube ich keinen Zweifel über die Antwort haben zu sollen. Wie steht es nun mit Amerika? Es gibt kein mächtigeres Land in der Welt als Amerika mit seinen gewaltigen Hilfsquellen und seinem unbewindbaren Volke, und wenn Rußland aussteht, so tritt Amerika mit beiden Händen ein. Immerhin legen uns der Zusammenbruch Rußlands und die zeitweiligen Niederlagen Italiens zweifellos einen schwereren Anteil an der Bürde auf, bis Amerika bereit ist, sie tragen zu helfen. Wir müssen uns daher auf größere Anstrengungen und Opfer vorbereiten.

Großbritanniens Wille ist gleich gehärtetem Stahl, er wird der stärkeren Spannung bis zum Ende standhalten. Die Mannschaftebestände müssen tiefer ausgeschöpft werden, um die Last zu tragen, bis die amerikanische Armee eintritt. Wir müssen genug Leute haben, um die Linien zu verteidigen, die wir drei Jahre hindurch gegen wildem Ansturm gehalten haben. Wir müssen ein Manövriereheer haben, das uns instand setzt, mit geringstem Zeitverlust an irgendeinem Punkt des gewaltigen Schlachtfeldes zu erscheinen, wo immer es not tut. Es liegt kein Grund für eine Panik vor. Selbst jetzt senden wir Italien Truppen zu Hilfe. Die Alliierten sind in Frankreich und in Flandern in der Ueberzahl. Wir haben erhebliche Reserven in der Heimat. Unsere Mannschaftebestände nahmen besonders in den letzten Monaten

erheblich zu, mehr als Freund und Feind weiß. Ob sie genügen noch nicht.

Der Sieg eine Frage des Schiffsraumes.

Aber die Schaffung von Männern für das Meer ist nicht die ganze Aufgabe und nicht einmal der dringende Teil unserer Aufgabe. Männer sind für unser Land besonders nötig, um die Schiffsraumfrage lösen zu helfen. Der Sieg ist jetzt eine Frage des Schiffsraumes; nichts kann uns eine Niederlage bringen als Knappheit an Schiffsraum. Das Eintreten der Vereinigten Staaten in den Krieg hat die Nachfrage danach außerordentlich gesteigert. Schiffsraum muß beschafft werden für die Ueberführung und Unterhaltung von Amerika riesenhaften neuen Heeren. Deutschland hat sein Spiel darauf ausgerichtet, daß die Verschiffungsmittel Amerikas, die dieses dem eigenen Volk und den Alliierten versprochen hat, versagen würden. Und daß diese fürchterlichen Massen niemals die Schlachtfront erreichen würden. Die Preußen werden eine Enttäuschung erleben. Aber wir beide, Amerika und England, werden unsere Hilfsmittel aufs äußerste anspannen haben, um den Schiffsraum zu vermehren. Wir bauen jetzt schneller Schiffe als in irgendeinem früheren Jahre in Friedenszeiten, aber wir müssen noch mehr dafür tun. Die ganze Zukunft der Welt hängt von den Bemühungen Englands und Amerikas ab, die Erzeugung von Schiffen zu steigern. Wir sind entschlossen, das zu erreichen. Um die dazu notwendigen Männer zu bekommen, müssen wir noch schärfer eingreifen als bisher, um Schiffsraum zu sparen, indem wir unseren Verbrauch noch mehr einschränken und die Erzeugung des Landes in Nahrungsmitteln noch weiter steigern.

Die Lebensmittelerzeugung.

Lloyd George sprach den Männern, die die Hilfsquellen des Staates für den Krieg nutzbar gemacht haben, warme Anerkennung aus und sagte: Es ist von Wichtigkeit, anzuerkennen, daß auch unsere Einfuhr außerordentlich stark abgenommen hat. Wir haben heute weniger Hunger im Lande als im August 1914.

Wir sparen Schiffsraum auf jede Art. Was unsere Lebensmittel anlangt, so vermehrten wir in diesem Jahre unsere heimische Erzeugung um zwei oder drei Millionen Tonnen. Wir sind das einzige kriegsführende Volk, das die Lebensmittelerzeugung während des Krieges vergrößert hat. Aber wir müssen weitere drei Millionen Tonnen an Lebensmitteln einführen in nächsten Jahre sparen.

Wir haben die finstere Nacht in die Schranken gefordert, die die Welt mit Sklaverei bedroht. Es wäre besser gewesen, niemals die Herausforderung gestellt zu haben, wenn man nicht beachtete, sie durchzuführen; die herausgeforderte Macht, die nicht überwältigt wird, wird stets durch die Herausforderung noch stärker.

Kein neues Friedensangebot ohne Sieg über Preußen.

Ein Volk, das glaubte, daß eine neue Friedenszeit beginnen könnte, solange die preussische Militärmacht nicht geschlagen sei, arbeitet unter einer seltsamen Täuschung. Wir alle träumen von dem Erscheinen einer neuen Welt. Wenn die Sintflut des Krieges sich verlaufen hat, ohne daß wir den Sieg für unsere große Sache, für die wir in diesem Krieg eingetreten sind, vollendet haben, so wird die neue Welt einfach die alte sein, aber ohne deren Herz. Die alte Welt glaubte wenigstens an Ideale. Sie glaubte, daß Gerechtigkeit, ehrliches Spiel, Freiheit und Rechtsschaffenheit schließlich triumphieren müssen, das heißt, wie Sie die Phrase auch auslegen wollen, die alte Welt glaubte an Gott, sie setzte ihr Dasein für diesen Glauben ein. Millionen tapferer junger Leute starben freiwillig für diese göttliche Wahrheit. Wenn aber das Unrecht aus diesem Konflikt triumphierend hervorginge, würde die neue Welt in ihrem Innern fühlen, daß die brutale Gewalt allein in der Herrschaft über die Menschen zählt.

Die Hoffnungslosigkeit der dunklen Zeitalter würde sich wieder auf die Erde senken wie eine Wolke. Großbritannien, Europa und die Welt von diesem Schicksal zu befreien, muß das Ziel jedes Mannes und jeder Frau bilden, die ihre Pflicht über ihr eigenes Behagen stellen. Dies ist die Schicksalsstunde der Menschheit. Wenn wir des Schicksals wert sind, das sie in sich birgt, werden ungeschlagene Menschengeschlechter Gott danken für die Kraft, die er uns gab, bis zum Ende durchzuhalten.

Lloyd Georges Rede.

Kein Friede mit den Feinden.

WB London, 14. Dezember

Lloyd George führte in seiner (zum Teil bereits im Abendblatt wiedergegebenen D. N.) Rede noch aus:

Es soll nicht von ihnen verlangt werden, den angerichteten Schaden wieder gutzumachen, sie brauchen sich nicht zu entschuldigen, sie werden lediglich eingeladen, sich zu beteiligen und sich mit euch zu vereinigen, um dem nächsten, der es wagen wird, ihr Verbrechen nachzuahmen, einen Schlag auf den Kopf zu versetzen. Und es wird uns gesagt, daß wir unter diesen Bedingungen sollten Frieden haben können. Deutschland hat dies gesagt, Oesterreich-Ungarn und der Papst haben es gesagt; es muß also wahr sein. Natürlich ist es wahr. Warum sollten sie einen Frieden unter solchen Bedingungen ablehnen, um so mehr, als er einige der reichsten Provinzen und schönsten Städte Rußlands in ihren Taschen belassen würde. Wenn ein Richter zu einem Angeklagten, der Mord, Brandstiftung, Raub, Einbruch, Betrug oder Seeraub begangen hat, sagen würde: Ich will dich ohne Strafe freilassen und du brauchst auch das gestohlene Gut nicht zurückzugeben, wenn du versprichst, dabei zu helfen, daß der nächste Verbrecher gefangen wird; wie würde dies wohl auf das Verbrechertum wirken? Es kann keinen Schutz für Leben, Eigentum oder Geld in einem Lande geben, in dem der Verbrecher mächtiger ist als das Gesetz. Das Gesetz der Völker ist nicht davon ausgenommen, und bis ihm Achtung verschafft ist, wird der Weltfrieden stets von der Gnade irgendeiner Nation abhängig sein, deren Professoren sie emsig gelehrt haben, daß kein Verbrechen eine Schlechtigkeit ist, wenn sie zu Größe und Reichtum führt.

In der Weltgeschichte hat es oft verbrecherische Staaten gegeben. Wir haben es jetzt mit einem von ihnen zu tun. Es wird immer verbrecherische Staaten geben, bis der Lohn für Verbrechen zu unsicher wird, um sie lohnend zu machen, bis die Strafe für diese Verbrechen zu (hier fehlt in der Depesche ein Wort) wird, um sie reizvoll zu machen. Wir haben zwischen zwei Wegen zu wählen, und wir wollen uns darüber nicht im unklaren sein. Der eine Weg führt dahin, einem triumphierenden Verbrecher leichte Bedingungen zu gewähren, wie man es in Ländern, in denen das Gesetz nicht durchgeführt werden kann, tun muß, um sich Sicherheit zu erkaufen. Das ist der eine Weg. Er bedeutet, daß wir uns in der Furcht vor der Gesetzlosigkeit erniedrigen. Er bedeutet letzten Endes eine Welt, die von erfolgreichen Banditen in Furcht gejagt wird. Der andere Weg ist der, unsere göttliche Aufgabe, der Gerechtigkeit Achtung zu verschaffen und einen gerechten, immerwährenden Frieden für uns und unsere Kinder zu errichten, zu Ende zu führen. Sicherlich kann keine Nation die an ihre Interessen, ihre

Eine Schicksalsfrage.

Von

Emil Ludwig,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

Wien, Mitte Dezember.

In Deutschland wurden Stimmen laut, die fürchten oder klagen, am Ende könnte vielleicht Oesterreich durch Polen einen bedeutenden Zuwachs erhalten, Deutschland aber, das doch die zahlenmäßige Hauptlast des gemeinsamen Krieges getragen, ohne oder nur mit einem geringen Gewinn an Territorium in den Frieden treten. Dies ist ein Trugschluß, und ihn zu entkräften ist jetzt wohl schon die Zeit, da die sogenannte österreichische Lösung der Polenfrage sich immer greifbarer aus allen Plänen hebt und hier wie in Berlin zur Zeit als die wahrscheinliche gilt. Und wirklich darf man sie — wenn nun überhaupt einmal ein selbständiges Polen geschaffen werden soll — die beste, keineswegs aber eine gute Lösung heißen. Gut ist sie nur für Polen, schlecht für uns, und für die Oesterreicher scheint sie gefährlich. Doch sie dennoch von Oesterreich nicht anders gefunden werden kann, daß man sie vielleicht hinnehmen müßte, mit den Gefahren, die sie birgt, macht sie zu einer Schicksalsfrage: man kann ihr nach österreichischer Auffassung eben nicht entrinnen.

Im Grunde klingt es paradox: eine Dynastie, die um dieser oder jener, keinesfalls aber um polnischer Dinge willen in den Krieg ging, soll am Ende grade dieses Land sehr unverhofft erwerben und, indem sie den Glanz ihrer Krone vermehrt, die Geschlossenheit ihres alten Reiches erschüttern. Ein im Beginn sozusagen neutraler Staat — könnte man formulieren — wird freiwillig der Kompromiß für ein Reich, das er zugleich um ein Stück kürzer macht.

Denn Polen, wofern es als ein Königreich mit Habsburgs Ländern durch Personalunion verbunden werden sollte, würde Habsburgs ältestes Land ein Drittel seines Umfangs kosten. Als vor zwei Jahren Polen den Oesterreichern unter billigen Voraussetzungen angetragen wurde, aber durch die unverständlichen Bedingungen des damaligen Außenministers ihnen verloren ging und als drei Völker zugleich verstimmt wurden, bestand für Oesterreich noch eine Möglichkeit, Polen mit der Monarchie zu vereinigen. Als ein Jahr später jenes unglückliche Manifest vom 5. November ein selbständiges Königreich proklamierte, sollte die Autonomie Galiziens den acht Millionen österreichischen Polen eine Art Entschädigung dafür bieten, daß sie von ihren Brüdern abgetrennt bleiben müßten, und Körber, der diese Manifeste in den ersten Tagen seiner Ministerschaft vorband und, nur sehr ungern, unterschreiben mußte, krachte durch Einfügung eines einzigen Wortes die fatale Autonomie aufzuschieben. Inzwischen sind die zentrifugalen Kräfte Galiziens so sehr gewachsen, daß es hier niemand mehr auf sich nehmen würde, eine Trennung aufs neue vorzuschlagen, und wer sich jene leidenschaftliche Iridentia vorstellt, die schon zu russischen Zeiten stark genug, nun vollends alle Kräfte nach der neuerstehenden Heimat ziehen müßte, der gibt am Ende einer offenen und noch rechtzeitigen Korrektur des Irrtums den Vorzug vor einem irreparablen Faktum.

Habsburg soll — wenn jener Gedanke verwirklicht werden sollte — Polen gewinnen, Oesterreich aber Galizien verlieren, und Ungarn scheint, auch nach den doppelstimmigen Worten des Grafen Tisza, entschlossen, dieser Erschütterung des reinen Dualismus nicht ruhig zuzusehen. Was aber ist Galizien? Galizien ist an Land und an Bevölkerung, ein Drittel von Oesterreich, es bedeutet die Hälfte aller Hülsenfrüchte, ferner Salz, Kali, Kohle, Petroleum, und während es jahrelang von den Deutschen im Reichsrat als „passive Provinz“ verspottet wurde, die nur immer Geld kostete, während es, nach einem Wiener Witzwort aus dem Beginn des Krieges, zur Strafe dem Besiegten zufallen sollte, hat man es nun wirtschaftlich als Oesterreichs größte Reserve, zugleich militärisch als Oesterreichs stärkstes Glacis erkannt.

Man soll in diesen Zeiten die innerpolitischen Verhältnisse beim Bundesgenossen nicht aufzählen, zumal nicht in der Sprache der Mißschuld tragenden Nation. Gewiß ist, daß die Deutschen mit ihrer Additionspolitik, mit ihrer Stimmzählmaschine es den Polen mindestens sehr leicht gemacht haben, ihren innigen Wunsch zum Austritt aus der Monarchie mit der Gehärde des Beleidigten zu veredeln. Und doch ist jene deutsche Mehrheit, um denentwillen die Deutschen den Austritt der Polen fordern, sehr ungewiß und, kommt sie wirklich, sehr klein. Statt mit den anderen deutschen Parteien den Block zu bilden, dem man im Sommer sich ewige Augenblicke näherte, geht die größte Partei, der deutsche National-

Einbarung mit Rußland. Denn ein Polen, das weder in Rußland noch in Deutschland und Oesterreich-Lungarn eine Stütze für eine unerhörte Politik findet, muß ruhig bleiben und sich mit jener friedlichen Entwicklung begnügen, die wir ihm alle wünschen. Ein Polen aber, das dauernd zwei Stufen und von Parteien dauernd gegeneinander auszuspielen und wird auf diese Weise niemals ein sicheres Mittelglied des mittlereuropäischen Staatengefüges werden. Auf diese Weise hängt auch mittelbar die Zukunft Oesterreich-Lungarns von der Lösung der polnischen Frage ab. Hier wie dort bedarf es der ruhigen und ernstlichen Arbeit und der sorgfältigsten für eine friedliche politische und wirtschaftliche Entwicklung.

zur Vorbereitung einer Offensive vorzunehmen.

Ferner verpflichten sich die Vertragsschließenden, bis zum 14. Jänner 1918 von der Front zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee keine operativen Truppenverschiebungen durchzuführen, es sei denn, daß die Verschiebungen im Augenblick der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages schon eingeleitet sind. Endlich verpflichten sich die Vertragsschließenden, in den Häfen der Ostsee östlich des 15. Längengrades östlich von Greenwich und in den Häfen des Schwarzen Meeres während der Dauer des Waffenstillstandes keine Truppen zusammenzuführen.

III. Als Demarkationslinien an der europäischen Front gelten die beiderseitigen vordersten Hindernisse der eigenen Stellungen. Diese Linien dürfen nur unter den Bedingungen der Ziffer IV überschritten werden. Dort, wo keine geschlossenen Stellungen bestehen, gilt beiderseits als Demarkationslinie die Gerade zwischen den vordersten besetzten Punkten. Der Zwischenraum zwischen den beiden Linien gilt als neutral. Ebenso sind schiffbare Flüsse, die die beiderseitigen Stellungen trennen, neutral und unbefahrbar, es sei denn, daß es sich um vereinbarte Handelschiffahrt handelt.

In den Abschnitten, wo die Stellungen weit auseinander liegen, sind alsbald durch die Waffenstillstandskommission (Ziffer VII) Demarkationslinien festzulegen und kenntlich zu machen. Auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen in Asien sind die Demarkationslinien sowie der Verkehr über dieselben (Ziffer IV) nach Vereinbarung der beiderseitigen Höchstkommandierenden zu bestimmen.

IV. Zur Entwicklung und Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern der vertragsschließenden Parteien wird ein organisierter Verkehr der Truppen unter folgenden Bedingungen gestattet:

1. Der Verkehr ist erlaubt für Parlamentäre, für die Mitglieder der Waffenstillstandskommission (Ziffer VII) und deren Vertreter. Sie alle müssen dazu Ausweise von mindestens einem Korpskommando, beziehungsweise einem Korpskomitee besitzen.

2. In jedem Abschnitt einer russischen Division kann an etwa zwei bis drei Stellen organisierter Verkehr stattfinden. Hierzu sind im Einvernehmen der sich gegenüberstehenden Divisionen Verkehrsstellen in der neutralen Zone zwischen den Demarkationslinien einzurichten und durch weiße Flaggen zu bezeichnen.

Der Verkehr ist nur bei Tag von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang zulässig. An den Verkehrsstellen dürfen sich gleichzeitig höchstens 25 Angehörige jeder Partei ohne Waffen aufhalten. Der Austausch von Nachrichten und Zeitungen ist gestattet. Offene Briefe können zur Beförderung übergeben werden. Der Verkauf und Austausch von Waren des täglichen Gebrauches an den Verkehrsstellen ist erlaubt.

3. Die Verbringung Gefallener in der neutralen Zone ist erlaubt. Die näheren Bestimmungen sind jedesmal durch die beiderseitigen Divisionen oder höheren Dienststellen zu vereinbaren.

4. Ueber die Rückkehr entlassener Seeres angehöriger des einen Landes, die jenseits der Demarkationslinie des andern Landes beheimatet sind, kann erst bei den Friedensverhandlungen entschieden werden. Hierzu rechnen auch die Angehörigen polnischer Truppenteile.

5. Alle Personen, die entgegen den vorstehenden Vereinbarungen 1 bis 4 die Demarkationslinie der Gegenpartei überschreiten, werden festgehalten und erst bei Friedensschluß oder Kündigung des Waffenstillstandes zurückgegeben. Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, ihre Truppen durch strengen Befehl und eingehende Belehrung auf Einhaltung der Verkehrsbedingungen und die Folgen von Ueberschreitungen hinzuweisen.

Die Bestimmungen für den Seekrieg.

V. Für den Seekrieg wird folgendes festgelegt:

1. Der Waffenstillstand erstreckt sich auf das ganze Schwarze Meer und auf die Ostsee östlich des 15. Längengrades östlich von Greenwich, und zwar auf alle dort befindlichen See- und Luftstreitkräfte der vertragsschließenden Parteien.

Für die Frage des Waffenstillstandes im Weißen Meer und in den russischen Küstengewässern des Nordlichen Eismeres wird von der deutschen und russischen Seekriegsleitung im gegenseitigen Einvernehmen eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Gegenseitige Angriffe auf Handels- und Kriegsschiffe in den genannten Gewässern sollen nach Möglichkeit schon jetzt unterbleiben. In jene besondere Vereinbarung sollen auch Bestimmungen aufgenommen werden, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß Seestreitkräfte der vertragsschließenden Parteien sich auf andern Meeren bekämpfen.

2. Angriffe von See aus und aus der Luft auf Häfen und Küsten der andern vertragsschließenden Partei werden auf allen Meeren beiderseits unterbleiben. Auch ist das Anlaufen der von der einen Partei besetzten Häfen und Küsten durch die Seestreitkräfte der andern Partei verboten.

3. Das Ueberfliegen der Häfen und Küsten der andern vertragsschließenden Partei sowie der Demarkationslinien ist auf allen Meeren untersagt.

4. Die Demarkationslinien verlaufen:

a) im Schwarzen Meer: Von Cinkal-Leuchtturm (St. Georges-Mündung)-Kap Jeros (Trapezunt).

b) in der Ostsee: Von Rogakuel-Westküste, Worms-Bogslær-Svenska Socherne. Die nähere Festlegung der Linie zwischen Worms und Bogslær wird der Waffenstillstandskommission der Ostsee (Ziffer VII, 1) übertragen mit der Maßgabe, daß den russischen Seestreitkräften bei allen Wetter- und Eisverhältnissen eine freie Fahrt nach der Mandschee gewährleistet ist. Die russischen Seestreitkräfte werden die Demarkationslinien nicht nach Süden, die Seestreitkräfte der verbündeten Mächte nicht nach Norden überschreiten. Die russische Regierung übernimmt die Gewähr dafür, daß Seestreitkräfte der Entente, die sich bei Beginn des Waffenstillstandes nördlich der Demarkationslinien befinden oder später dorthin gelangen, sich ebenso verhalten wie die russischen Seestreitkräfte.

5. Der Handel und die Handelschiffahrt in den in Ziffer 1, Absatz 1, bezeichneten Seegebieten sind frei. Die Festlegung aller Bestimmungen für den Handel sowie die Bekanntgabe der gefahrlosen Wege für die Handelschiffe wird den Waffenstillstandskommissionen des Schwarzen Meeres und der Ostsee (Ziffer VII, 1 und 7) übertragen.

6. Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, während des Waffenstillstandes im Schwarzen Meere und in der Ostsee keine Vorbereitungen zu Angriffsoperationen zur See gegen einander vorzunehmen.

Zur Verhütung von Zwischenfällen an den Fronten.

VI. Um Unruhe und Zwischenfälle an der Front zu vermeiden, dürfen Uebungen mit Infanteriewirkung nicht näher als fünf Kilometer, mit Artilleriewirkung nicht näher als fünfzehn Kilometer hinter den Fronten vorgenommen werden. Der Landminenkrieg wird vollständig eingestellt, Luftstreitkräfte und Fesselballons müssen sich außerhalb einer zehn Kilometer breiten Luftzone hinter der eigenen Demarkationslinie halten. Arbeiten an den Stellungen hinter den vordersten Drahthindernissen sind erlaubt, jedoch nicht solche, die der Vorbereitung von Angriffen dienen können.

Waffenstillstandskommissionen.

VII. Mit Beginn des Waffenstillstandes treten die nachstehenden „Waffenstillstandskommissionen“ (Vertreter) jedes an dem betreffenden Frontstück beteiligten Staates zusammen, denen alle militärischen Fragen für die Ausführung der Waffenstill-

Neues Wien

Die Bedingungen des Waffenstillstandes.

Wien, 17. Dezember. Der am 15. d. in Brest-Litowsk geschlossene und unterfertigte Waffenstillstandsvertrag zwischen den obersten Heeresleitungen Oesterreich-Ungarns, Deutschlands, Bulgariens und der Türkei einerseits und Russlands andererseits hat nachstehenden Wortlaut:

„Zwischen den bevollmächtigten Vertretern der obersten Heeresleitungen Oesterreich-Ungarns, Deutschlands, Bulgariens und der Türkei einerseits, Russlands andererseits wird zur Herbeiführung eines dauerhaften, für alle Teile ehrenvollen Friedens folgender Waffenstillstand abgeschlossen:

I. Der Waffenstillstand beginnt am 17. Dezember 1917, 12 Uhr mittags, und dauert bis 14. Jänner 1918, 12 Uhr mittags. Die vertragsschließenden Parteien sind berechtigt, den Waffenstillstand am 21. Tage mit siebentägiger Frist zu kündigen; erfolgt dies nicht, so dauert der Waffenstillstand automatisch weiter, bis eine der Parteien ihn mit siebentägiger Frist kündigt.

II. Der Waffenstillstand erstreckt sich auf alle Land- und Luftstreitkräfte der genannten Mächte auf der Landfront zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee. Auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen in Asien tritt der Waffenstillstand gleichzeitig ein. Die Vertragsschließenden verpflichten sich, während des Waffenstillstandes die Anzahl der an den genannten Fronten und auf den Inseln des Moonsundes befindlichen Truppenverbände — auch hinsichtlich ihrer Gliederung und ihres Stats — nicht zu verstärken und an diesen Fronten keine Umgruppierungen

Prinz Max von Baden über den Krieg und seine Lehren.

Ueber die Rede, die der badische Thronfolger zur Eröffnung der badischen Ersten Kammer als deren Präsident gehalten hat, sind in der Presse bisher erst kurze Auszüge mitgeteilt worden, die nur ein sehr unvollkommenes Bild von den hochbedeutenden Ausführungen des Redners geben. Wir tragen daher aus dem uns jetzt vorliegenden Wortlaut der Rede einiges nach.

Prinz Max sprach mit warmen Worten dem Heere und seinen Führern, vor denen wir uns in Ehrfurcht neigen, den Dank des Vaterlandes aus. Er gedachte der kriegerischen Ereignisse des zu Ende gehenden Jahres, erinnerte an die Veröffentlichungen aus den russischen Archiven, die die geheimen Raubpläne unserer Feinde vor aller Welt offenbaren, und an die russische Revolution, die bitteren Ernst mit den Schlagworten des Westens mache und mit ihrem erbitterlichen Pazifismus diejenigen treffen, die den Pazifismus als Phrase mit der Politik der gewaltsamen Eroberung so schlau zu verbinden trachteten.

Ende Juli 1914 stand in Frankreich der Volkswille hinter Jean Jaurès, der forderte, daß Frankreich sein ganzes Schwergewicht in die Waagschale des Friedens werfe. Jean Jaurès wurde auf Befehl der Kriegsheher ermordet. Der französischen Regierung gelang es, der nunmehr aufrührerischen Haltung des Volkes dadurch Herr zu werden, daß sie Deutschlands Ankündigung der Kriegsgefahr veröffentlichte, ohne die russische Gesamtobilmachung bekannt zu machen. Englische Quellen berichten, wie dadurch der deutsche Akt der Notwehr gegen Rußland als Angriffskrieg gegen Frankreich erschien. Da wandte sich natürlich das französische Volk vom inneren Feinde ab, um das bedrohte Vaterland zu schützen. Es kam der Kriegswille des Volkes zustande. Er war gefährlich. Gerade so hilflos war das englische Volk in der entscheidenden Stunde seiner Regierung gegenüber. Es gab sich keine Rechenschaft darüber, daß Grey das unfehlbare Machtmittel zur Erhaltung des Weltfriedens in der Hand hielt. Er hätte nur hinter seine Warnung vom 26. Juli: Rußland sollte nicht durch seine Gesamtobilmachung die diplomatischen Verhandlungen zerschlagen, die Worte zu setzen brauchen, die Herr von Bethmann am 30. Juli in Wien hatte sagen lassen: „Wir weigern uns, in einen Weltkrieg hineingerissen zu werden dadurch, daß unsere Verbündeten unseren Rat mißachteten,“ und er hätte der Welt den Frieden gerettet. Die Pose der überfallenen Unschuld können die französischen und englischen Regierungen heute, nach dem Schomli-nov-Prozess, nur noch mit Mühe vor ihren eigenen Völkern aufrecht erhalten. Aber nach drei Kriegsjahren rafft

Präsident Wilson

Präsident Wilson hat kein Recht, im Namen der Menschlichkeit zu kämpfen. Denn er hat geduldet, daß sich ein großer Teil der amerikanischen Friedensindustrie in Werkstätten des Todes verwandelte, zu einer Zeit, wo Amerika mit Deutschland noch im Frieden war. Er hat dieses formale Recht, unsern Feinden Munition zu liefern, peinlich gewahrt, während er Amerikas Menschenrecht, unsere Nichtkombattanten, besonders die Schwachen und Kranken zu versorgen, kampflos preisgab. Präsident Wilson hat ferner den übernommenen Schutz unserer Kriegsgefangenen in Rußland lässig und herzlos verwaltet lassen. Unter dem alten Regime sind in Rußland unsere Kriegsgefangenen zu Tausenden elend umgekommen, ohne daß Amerika sich seiner ungeheuren Druckmittel bedient hätte, um eine Besserung zu erzwingen. Auch in Frankreich duldet Amerika, daß die Grausamkeit des Volkes unseren Landsleuten jede irdische Qual und Schande auferlegte.

Präsident Wilson hat kein Recht, im Namen der Demokratie und der Freiheit zu sprechen, denn er war der mächtige Kriegshelfer des zaristischen Rußland und hatte taube Ohren für den Hilferuf der russischen Demokratie, man möge ihr erlauben, Friedensbedingungen zu diskutieren, oder wenigstens keine Offensive anzubefehlen, damit sie ihre Freiheit befestigen könne. Es ist eine tragische Tatsache dieses Weltkrieges, daß für die breite amerikanische Öffentlichkeit Europa historisch, psychologisch und politisch ein unentdeckter Erdteil ist. Jeder Aufklärungsversuch wird unterdrückt — jede Meinung von Gebantenfreiheit tyrannisch niedergelassen. Dazu bedient sich, wie Lord Northcliffe soeben bewundernd erzählt, die amerikanische Regierung eines Spitzelsystems, das noch wirksamer arbeiten soll als die russische Czarina.

Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Wenn ich auch jeden Anspruch der Feinde auf eine Nichterhaltung ablehne, so wollen wir doch nicht unkritisch gegen uns selbst sein. Wir wissen es wohl: es gab auch eine deutsche Unfreiheit, aber sie lag nicht in den Institutionen des Deutschen Reichs, sie lag vielmehr in einer gewissen geistigen Haltung breiter Schichten des deutschen Volkes. Die Feinde sprechen von Autoritäten, die einem widerstrebenden Volk ihren Willen aufzwingen, und machen sich die geradezu groteske Rolle an, das deutsche Volk von diesen Tyrannen befreien zu wollen. Wir können darüber nur lachen. Der Fehler lag vielmehr an der großen Bereitwilligkeit vieler Deutscher, den Autoritäten indolent gegenüberzustehen

ohne Sehnsucht nach eigener Verantwortung für die Sache des Vaterlandes.

Wir begegnen nur zu oft in den Jahren vor dem Kriege jenem selbstzufriedenen Individualismus, der sich auf Kosten des Staates pflegte, der Kritik übte ohne den Willen zur Hilfe. Viele der Besten hielten sich vom politischen Leben fern, weil ihnen die Mittel des Kampfes nicht gefielen. Das billige Verschlecken der Volksgunst ist wahrlich nicht nachahmenswert, das die Mendenden und Gewandten emporträgt auf Kosten der Tüchtigen und Echten. Aber ich vertraue, daß diese Gefahr in Deutschland nicht vorliegt, es gibt starke Sicherungen im deutschen Charakter gegen die Demagogie.

Von dem großen Gemeinchaftswillen, der draußen erstanden ist, dürfen wir alles für die deutsche Zukunft erwarten. Der Geist unserer politischen Reformatoren, der

Geist Steins und Hardenbergs

steigt heute mahnend und verheißend aus der deutschen Vergangenheit heraus. Ob diese Verheißung in Erfüllung geht, darüber wird allein der Charakter unseres Volkes entscheiden. Nicht Institutionen allein können die Freiheit eines Volkes verbürgen. Es gibt nur eine reale Garantie, das ist der Charakter des Volkes selbst.

Heute hat es den Anschein, als ob der Krieg bis zur letzten Erschöpfung Europas durchgeföhrt werden muß. Aber wir dürfen uns nicht von Clemenceau und Lloyd George täuschen lassen. Die Einigkeit hinter ihren Fronten, von der sie sprechen, existiert nicht. Sowohl in Frankreich, wie in England sind Kräfte am Werk, die keinen Gewaltfrieden wollen, sondern nur einen Frieden, der sich mit der Ehre und Sicherheit ihres Landes vereinigen läßt. Es ist im Feindesland eine Gesinnung im Wachen, vor der die Kriegsheher sich fürchten. Ihre Vertreter sind mögliche Träger der Macht. Aber wir dürfen uns auch keine Illusionen machen. Heute sind sie noch zur politischen Ohnmacht verurteilt und sie mögen es noch lange bleiben.

Aus dieser Tatbestandsaufnahme ergibt sich eine doppelte Pflicht: daß wir einmal unsere ganzen nationalen Kräfte zusammenraffen für den schweren Kampf, der uns noch bevorsteht, und zugleich, daß wir danach streben, Klarheit zu schaffen, mit welcher Gesinnung wir im Gegensatz zu den feindlichen Regierungen an die Ordnung der Dinge heranzutreten entschlossen sind. Wollen wir diese Klarheit schaffen, so dürfen wir allerdings nicht den

Kampf der Meinungen

in Deutschland scheuen. Das wäre ein falscher und trügerischer Burgfriede, wollte man die auch im Kriege unvermeidlichen Abweichungen zwischen den entgegengesetzten Weltanschauungen abdämpfen und in die Heimlichkeit verbannen. Der echte Burgfriede aber fordert, daß Menschen nicht miteinander rechten in einem verachtenden und verheißenden Geiste. Wir wissen, meine Herren, daß das mit gutem Willen durchgeführt werden kann. Als am 1. August 1914 unser Kaiser das befreiende Wort sprechen konnte: Ich kenne keine Parteien, ich kenne nur Deutsche, da war unstrittig ein Höhepunkt deutscher Geschichte erreicht. Hinter uns lag jahrzehntelanges Elend der Verheerung. Mit tiefem Schmerz haben wir das gleiche Schauspiel jetzt wieder erleben müssen, daß Deutsche sich mit denselben vergifteten Waffen bekämpfen haben wie vor dem Kriege. Aber die Erinnerung an das große, befreiende Gemeinschaftsgefühl der ersten Kriegsmomente fordert uns heute mit aller Eindringlichkeit auf, das Kaiserwort zu erneuern und es so zu fassen, wie es verstanden sein will: Wohl gibt es Parteien, aber es sind alle Deutsche.

Meine Herren! Ich komme zum Schluß. Eine fürchtbare Verantwortung ruht heute auf denen, die die Geschicke der

Völker zu lenken haben. An dieser Last haben alle mitzutragen, die daheim mit wachen Sinnen und becannten Herzen den Krieg miterleben. Ueberall hören heute die heilenden Kräfte auf einander hin, überall wird man des Moratoriums der Vergewaltigung mäde. Die Menschheit sehnt sich nach seiner Klündigung, noch ehe der Krieg endet. Der eben verstorbene Christ, Sir William B. Shaw, der diese fürchtbaren Worte von dem Moratorium der Vergewaltigung, d. h. der Außerkräftigung, sprach, dachte dabei nicht an die unvermeidlichen Schrecken, die auf dem Schlachtfelde geschehen, sondern an die heidnische Sinnesart, zu der sich die geistig hervorragende Männer aller Länder während des Krieges fast mit Stolz bekannten.

Es ist nötig, daß noch während des Krieges eine Abkehr von dieser Kriegsverwöhnung stattfindet. Auch hier kann uns der beste Geist der neuen Führer sein. In dem Aufruf der „Auskunft“ und „Zeit“ für Deutsche im Ausland und Ausländer in Deutschland befindet sich ein Schreiben, das ich hier zitieren will: „Auch im Kriege ist die Feindesliebe das Zeichen derer, die dem Herrn, die Treue halten.“ Ich möchte gern dieses Wort abgeschrieben haben. Es ist auch das Zeichen derer, die Deutschland die Treue halten. Man hat behauptet, daß sei notwendig zur energischen Fortführung des Krieges. Die Antwort hierauf hat eine deutsche Köchin gegeben: „Die Liebe zum Vaterland reicht aus, um das Beste herzugeben.“

Macht allein kann uns die Stellung in der Welt nicht sichern, die uns nach unserer Auffassung gebührt. Das Schwert kann die moralischen Widerstände nicht niederreißen, die sich gegen uns erhoben haben. Soll die Welt sich mit der Größe unserer Macht versöhnen, so muß sie fühlen, daß hinter unserer Kraft ein

Weltgewissen

steht. Diesem Ausdruck meine ich zu. Um dieser Forderung zu genügen, brauchen wir nur die Worten unserer innersten Wesens aufzutun, denn durch die ganze deutsche Geistesgeschichte leuchtet das ganze deutsche Weltgewissen über der Menschheit. Dieses Zeichen soll Deutschland getrost auf seine Fahnen schreiben. In diesem Zeichen werden wir siegen.

Wien, 20. Dezember.

Schwere innere Kämpfe suchen das russische Reich heim. Die ungeheure Erschütterung der Revolution löste alle Sonderbestrebungen der verschiedenen Nationalitäten und Parteien los und bei dem kolossalen Umfange des ehemaligen Zarenreiches, bei der so starken nationalen Verschiedenheit, bei der so scharf hervortretenden politischen Gegenjählichkeit darf es nicht überraschen, daß der Ausbruch der Revolution auch zu gleicher Zeit das Problem einer vollständigen Neugestaltung Rußlands, einer Neugestaltung nach dem nationalen und sozialen Ideenkreis auf die Tagesordnung setzte. Die Nachrichten, die gestern eintrafen, lassen den ganzen Ernst der inneren Lage Rußlands klar zutage treten. Die Gefahr eines Bürgerkrieges, der seinen Ursprung sowohl in politischen wie in nationalen Ursachen findet, ist imminant. Die Regierung, die augenblicklich in Petersburg an der Macht ist, steht im schwersten Konflikt mit der ukrainischen Rada und sie hat ein förmliches Ultimatum an Klein-Rußland gerichtet. Die Ukrainer haben nämlich die maximalistischen Truppen, welche gegen die aufständischen Kosaken unter dem Befehle Kalebins ausgerückt waren, entwaffnet und Sowjets forderten eine unzweideutige Stellungnahme gegen die Kontrerevolution. Dies geschah in Form eines Ultimatus, welches jedoch kaum, wenigstens nach den bisher vorliegenden Berichten, angenommen werden dürfte. Ein bewaffneter Konflikt zwischen Groß- und Kleinrussen scheint nicht ausgeschlossen, ein Konflikt, der übrigens in der ganzen Geschichte des Ostens Europas eine große und entscheidende Rolle spielt. Aber nicht genug daran! Die offizielle Petersburger Telegraphen-Agentur selbst muß melden, daß die Kosaken, die sich gegen die maximalistische Regierung erhoben haben, sich im Vorteil befinden. Kalebin ist im Fortschritte begriffen. Kalebin, der der Führer der Gegenrevolution ist. Ernstige Kämpfe finden statt, nur soviel ist gewiß, daß der ganze östliche Teil des Don-Gebietes in die Gewalt des Kosakenheimans geraten ist. Das revolutionäre Komitee von Moskau hat das Smolny-Institut benachrichtigt, daß die Gefahr bestehe, die Eisenbahnen würden binnen kurzem kein Brennmaterial besitzen.

Unzweifelhaft ist die innere Lage in Rußland eine überaus ernste und gerade im Augenblicke, da die Friedensverhandlungen zwischen dem Vierbund und Rußland beginnen sollen, erhält diese Tatsache eine erhöhte Bedeutung. Es wäre durchaus unangebracht, sich heute schon über-

20. VII. 1917

Der Prozeß im Innern des russischen Heeres.

Wien, am 19. Dezember.

Es erheben sich bei uns Stimmen, die angeeifert durch das russische Beispiel, nach sogenannten demokratischen Einrichtungen in der Armee rufen. — Da ist es lehrreich, welchen Anteil die Vorgänge im russischen Heere an dem Niederbruche der Wehrkraft Russlands haben. Von einer mit der Entwicklung in Russland vertrauten Persönlichkeit erhalten wir folgende Mitteilungen:

Der oberste revolutionäre Grundsatz der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, sollte schon in den ersten Tagen der Revolution auch auf die Armee Anwendung finden, obwohl er in seiner extremsten Auffassung dem Wesen der bewaffneten Macht widerspricht, das auf der Autorität der Vorgesetzten und ihrer disziplinarischen Gewalt zur Erhaltung der Disziplin beruht.

Der als „Prifas Nr. 1“ bekannt gewordene Befehl für die Truppen des Petersburger Militärbezirktes räumte unter anderem den Soldaten unter dem Vorwande, daß die Offiziere im allgemeinen der revolutionären Bewegung feindselig gegenüberständen, das Recht ein, Offiziere zu entfernen und auf dem Wege freier Wahl zu ersetzen. Dadurch wurde der in der Petersburger Garnison während der Aufstandsbewegung geübten Praxis, Offiziere, welche sich dem Anschluß der Truppen an die „neue Ordnung“ widersetzen, zu beseitigen, eine Rechtsgrundlage gegeben und ihr in der ganzen Armee und Flotte Eingang verschafft, da die Vorgänge in der Petersburger Garnison begreiflicherweise vorbildlich auf diese wirkten. Obwohl man des folgenschweren Irrtums, den man begangen hatte, bald gewahr wurde und in einem neuerlichen Prifas die freiwillige Wahl der Offiziere als unzulässig bezeichnete, bagegen den Soldatenausschüssen nur das Einspruchsrecht gegen Ernennung nicht genehmer Offiziere zugestanden, war das Uebel nicht mehr gutzumachen. Das Mißtrauen der Soldaten zu den Offizieren war gewachsen. Erstere erblickten in letzteren ihre Brüder und Feinde. Die gewalttätige Beseitigung der Offiziere unter den

verschiedensten Vorwänden und die Wahl von Personen an deren Stelle, die sich bei der Mannschaft hauptsächlich dadurch beliebt zu machen mußten, daß sie ihre Ansprüche verträuen und ihren niedrigen Leidenchaften und rohen Instinkten zu schmeicheln mußten, ließ sich nie mehr ausrotten. Das Uebel wucherte im geheimen fort, wurde zur gewohnten Erscheinung und artete zeitweise zu Ausbrüchen der Massenpsychose, wie beispielsweise in Wyborg, aus, wo an einem Tag über 80 Offiziere unter dem ganz unbegründeten Verdacht des Verrates ermordet wurden.

Trotz dieser Anfeindung und der beständigen Bedrohung seines Lebens hat der russische Offizier seine Pflicht ganz und voll getan und alles versucht, um das Vertrauen des einst an blinden Gehorsam gewohnten russischen Soldaten wiederzugewinnen. Doch die Luft, die die Offiziere von der Mannschaft trennte, wurde immer größer. Dazu trug vor allem die an den herrschenden Geist gemachte Konzeption bei, daß die politische Betätigung des Soldaten seiner Beschränkung unterliegen dürfte und jede politische Agitation unter diesen zulässig sei. Besonders die radikalen Parteien machten sich dieses Zugeständnis zunutze, um ihren Anschauungen, die auf die Untergrabung jeder Autorität der Offiziere und auf eine Sabotage des Krieges durch Verbrüderung mit dem Feind, Gehorsamsverweigerung und Meuterei abzielten, möglichste Verbreitung zu verschaffen. Daß die Offiziere in ihrer großen Mehrzahl sich dieser Propaganda feindselig gegenüberstellten und sie mit allen Mitteln zu bekämpfen suchten, ist nur begreiflich. Sie stießen aber auf den Widerstand eines ganzen Systems, das geschaffen worden war, um die Möglichkeit einer politischen Beeinflussung der Armee zu sichern. Dieses System besteht aus den Soldatenorganisationen als den eigentlichen Trägern des Willens der Soldaten, den Heimstätten der politischen Agitation, und eigenen politischen Kommissionen, die eine Schmälerung der Rechte dieser Organisationen von seiten der Kommandanten hintanzuhalten haben.

Um diese beiden Institute drehte sich monatelang ein erbitterter Kampf, der bis heute keinen Abschluß

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz in kühnem Vorstoß brachte eine Sturmteilung nordöstlich von Craonne eine Anzahl Franzosen ein.

Unsere Flieger haben London, Ramsgate und Margate mit Bomben angriffen, und gute Wirkung erzielt. Leutnant

... (The text in this column is largely illegible due to extreme blurriness and poor reproduction quality. It appears to be a continuation of the military news section.)

gefunden hat, da die provisorische Regierung früher gestürzt wurde, bedarf es ihr gelang, die vielumstrittenen Wirkungskreise dieser Organe durch Vorschriften genau zu regeln. Die an der Wiederherstellung der Kampffähigkeit der Armee interessierten Elemente wollten das Aktionsgebiet der Soldatenorganisationen nur auf das wirtschaftliche Gebiet, auf die Sorge für das materielle Wohl der Soldaten eingeeignet wissen, während sich diese Organisationen, abgesehen von der Beteiligung an dem zivilischen Leben des Landes, unausgesetzt Uebergriffe des Befehlgebungsrechtes der Kommandanten auf operativem und taktischem Gebiet gestatteten. Diese Uebergriffe verschuldeten wohl unmittelbar das Versagen des Befehlsmechanismus während der militärischen Operationen und verursachten dadurch deren Mißlingen; waren aber nur die logische Folge des bisherigen Zustandes an die Soldatenorganisationen. Solange diesem Grundübel nicht gesteuert werden konnte, war jedes Beginnen zur Wiederherstellung der Kampffähigkeit der Armee aussichtslos. Zu dieser Einsicht scheint man sich aber erst sehr spät durchgerungen zu haben. General Brussilow war es, der Ende Oktober auf einer Konferenz der bürgerlichen Parteien in Moskau die ganze Schuld an dem Wandel, der sich in der Armee vollzogen hatte, allein dem Umstand zuschrieb, daß die Politik in die Soldatenmassen getragen wurde. Vor dem Umsturz — so meinte er — seien es die Offiziere und nicht die Soldaten gewesen, die revolutionäre Geistesumwälzung heigten und in Folge der inneren Zustände im russischen Reiche seelisch litten. Sie seien es gewesen, die den Umsturz seinerzeit mit Freuden begrüßten. Die Parteien hätten aber, eingedenk dessen, daß der Mißerfolg der Revolution im Jahre 1905 hauptsächlich darauf zurückzuführen war, daß die Armee sich ihr nicht anschloß, den Entschluß gefaßt, die Armee zugrunde zu richten. Es sei ihnen dadurch gelungen, daß sie alle Ideale, die dem russischen Bauern-Soldaten heilig waren — Glaube, Paz und Vaterland —, in den Kot zerrten und in ihm nur den Sinn für irdische Vorteile und Genüsse meckten, die der Offizier ihnen angeblich vorenthielt.

Die Frage der Wiederherstellung der Kampffähigkeit der Armee, die seit dem Versagen der Kerenskischen Offensive, als die weitvorgeschrittene Herabsetzung des Geistes in der Armee zum erstenmal in krasser Form zum Ausdruck kam, nicht nur die militärischen, sondern auch die politischen Kreise so lebhaft beschäftigte, konnte nur dadurch gelöst werden, daß man die Armee von allen Einflüssen des politischen Kampfes fernhielt und die Verbreitung staatsfeindlicher und der militärischen Disziplin widerstrebender Lehren der Verfolgung preisgab. Zu einem solchen Entschluß war aber die provisorische Regierung gänzlich unfähig. Selbst Generale, wie Alexejew und Kornilow, beschränkten sich in ihren militärischen Reformprogrammen nur auf die Einschränkung des Wirkungskreises der Soldatenorganisationen, auf eine Regelung der wechselseitigen Beziehungen zwischen diesen Organisationen, den Kommissären und Kommandanten, auf Wiederherstellung der Disziplinarergewalt der Kommandanten, Einführung der Todesstrafe usw. Sie stießen auch da, obwohl diese Mittel ihren Zweck nie erreicht hätten, auf unüberwindlichen Widerstand.

Mit dieser Entwicklung ging eine Entrechtung der Offiziere Hand in Hand. Sie fand ihren formellen Ausdruck in der „Deklaration der Soldatenrechte“ und in der Schaffung der Disziplinargerichte. Durch erstere wurde die Gleichstellung des Offiziers mit dem Soldaten im Verhältnisse außer Dienst ausgesprochen und der Begriff des „Höheren“ außer Geltung gesetzt. Damit entfiel z. B. auch die Verpflichtung des Soldaten, außer Dienst dem „Höheren“ die Ehrenbezeugung zu leisten. Die dem Vorgesetzten zustehende Disziplinarergewalt wurde auf kollegiale Disziplinargerichte übertragen, in welchen die Soldaten in überwiegender Zahl vertreten sind. Somit erstreckte sich das Befehlgebungsrecht des Offiziers ausschließlich auf das Gebiet der Ausbildung, des Wach-

Bürgerkrieg in Rußland.

Regierung und ukrainische Rada.

Die Rada lehnt das Ultimatum ab.

20. XII. 1917

20

S. Stockholm, 18. Dezember. Nach den letzten aus Petersburg kommenden Nachrichten spitzen sich die Verhältnisse zwischen der russischen Regierung und der ukrainischen Rada immer mehr zu. Die Rada soll nicht gewillt sein, die im russischen Ultimatum gestellten Forderungen zu erfüllen. Man neige daher der Ansicht zu, daß der Konflikt zum Ausbruch kommen werde.

Kämpfe in Odessa.

S. Petersburg, 18. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Korrespondent des „Dien“ telegraphiert: Die Kämpfe in Odessa dauern fort. Unter dem Druck der Vertreter des Panzerschiffes „Sinope“ und zweier Kreuzer, die auf Seite der Bolschewiki stehen, wurde in einer Sitzung der Vertreter aller Organisationen beschlossen, daß die gesamte Macht in die Hände des Bollzugsorgans der Sowjets und der Rada übergeht.

S. London, 19. Dezember. Das Reuters-Bureau meldet aus Petersburg unter dem Geßtrigen: Nach den letzten Berichten aus Odessa haben ukrainische Truppen das Arsenal und die Telegraphen- und Telephonämter besetzt. Auch das Stadttheater sei im Besitze der Ukrainer. Die Bolschewiki beherrschen noch den Hafen.

Die Ukrainer haben die magnalifischen Truppen entwaffnet und aus dem Gouvernement Kiew und der Stadt Konotop vertrieben.

Vormarsch der Bolschewiki-Truppen gegen Kiew.

S. Petersburg, 18. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Proteststreik gegen das Vorgehen der Zentralrada hat sich am 15. d. M. auf alle Vorstädte von Kiew ausgedehnt. Gegen Mitternacht wurden die letzten Druckerien gesperrt; es erschienen bloß die offiziellen Blätter. Bolschewiki-Truppen rücken auf Kiew vor.

Ausbreitung des Bürgerkrieges im Wolga-Gebiet.

Austrerham, 19. Dezember. Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg vom 18. d.: Der Bürgerkrieg breitet sich längs der Wolga nach Norden von Astrachan bis Samara aus.

Astrachan ist im Besitze der Bolschewiki; es wird aber gemeldet, daß die Kosaken gestern sich nur mehr 20 Kilometer von der Stadt entfernt befauden.

Die Bolschewiki verfügen über zahlreiche Maschinengewehre, haben aber fast keine Geschütze, während die Kosaken leichte Feldgeschütze besitzen.

In Jarischn beherrschen weder die Bolschewiki noch die Kosaken die Lage. Beide wurden durch Anhänger Iliobors geschlagen.

Von Drebuzg rückt der Kosakenführer Danton gegen Samara vor.

Aufforderung zur Bekämpfung der Rada.

S. Petersburg, 18. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse und die von der ukrainischen Rada eingenommene Haltung erörtern die Sowjets der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten von Charlow ihre Beziehungen zur Zentralrada. Es wurde eine von den Bolschewiki vorgeschlagene Entschliekung angenommen, die die Rada als gegenrevolutionäres bürgerliches Organ betrachtet und im Namen der Einrichtung und der Gewalt der Sowjets zur Bekämpfung der Rada auffordert.

Die Ukraine als Teil der allrussischen Bundesrepublik.

S. London, 19. Dezember. Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg unter dem Geßtrigen: Die ukrainische Rada erklärte in einem Aufruf an die Bevölkerung die Ukraine als demokratische Republik, die einen Teil der neuen allrussischen Bundesrepublik bilde. Die Ukraine besteht aus den Gouvernements Kiew, Podolien, Wolhynien, Tschernigow, Poltawa, Charlow, Zolaterinoslaw, Cherson, Taurien (ohne die Krim), Kurel, Cholm und Woronesch.

Kosaken haben den Ostteil des Gouvernements Woronesch besetzt.

21. XII. 1917

Lloyd George und der jüngere Pitt.

Von Dr. Desider Nacz.
Budapest, 20. Dezember.

Die jüngste Rede Lloyd Georges bestrebt durch die Ungeniertheit, mit der sie sich über die wirkliche Kriegslage hinwegsetzt. Man findet in ihr überhaupt nichts Neues, nichts, was der Situation Rechnung trägt, nichts, was nur im geringsten darauf hinweist, daß der Redner seiner ungeheuren Verantwortung sich bewußt wäre. Im Süden ist die italienische Seeresmacht durch ihre katastrophale Niederlage für absehbare Zeiten lahmgelegt, im Osten werden bereits über den Frieden unmittelbare Verhandlungen gepflogen, im Westen brechen die fürchterlichsten Anstrengungen der Engländer mit vernichtenden Verlusten zusammen, und in England selbst gibt eine hervorragende politische Persönlichkeit der allgemeinen Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht einen Ausdruck, der gewiß einen großen Teil der öffentlichen Meinung hinter sich hat. Und der geradezu niederschmetternden Wucht dieser politischen und moralischen Faktoren stellt Lloyd George nichts anderes entgegen, als einen leichten, matten Wklatsch seiner alten, tausendmal wiederholten und auch in England als verlogene entlarvten Phrasen.

Lloyd George hat eben niemals etwas in der Tasche gehabt, weder Wahrheit noch ethische Ziele und Werte, er hat sich immer mit den falschen Schlagworten der alten, verlogenen, verräterischen Politik des englischen Imperialismus, der seit Anfang des achtzehnten Jahrhunderts stets mit gleichen Mitteln die Völker gegeneinander hegte, um im trüben zu fischen. Der moderne Bolschewik geht genau nach dem alten Rezept jenes englischen Imperialismus vor, der seine eigenen Niederträchtigkeiten stets hinter groß gemurmerten Moralpredigten verbarg, der den Gegner immer schwarz, sich selbst immer weiß malte, der den jeweiligen Feind als eine ständige europäische Gefahr hinstellte und für sich selbst die Aufgabe des Weltverbessers und Welterslösers in Anspruch nahm. Selbst die Technik dieser Taktik ist bis auf die geringsten Details erprobt und ausgearbeitet, jeder Schritt geht nach historisch bewährtem Muster.

Wie der jüngere Pitt einst gegen die französische Republik die Tripelallianz schmiedete, wie er die Dehnung der Schelde als eine Verletzung der garantierten Rechte und eine Bedrohung aller friedlichen Völker hinstellte, wie er den französischen Militarismus als Popanz herausstaffierte, um dann ganz Europa auf ihn zu hegen, wie er für die bedrohte Freiheit Europas zu kämpfen behauptete und der Menschheit den ewigen Frieden versprach: das dürfte wohl nicht nur uns, sondern auch Lloyd George ganz gewiß bekannt sein. Es mag auch kein bloßer Zufall sein, daß Lloyd Georges Reden mit denjenigen des jüngeren Pitt zum Teil Wort für Wort übereinstimmen.

So hat auch die Antwort auf den Brief Randolphs einen hundert Jahre alten Urtext. Die Lage ist ja ganz analog jener, als Fox im Frühling 1794 seine bekannten „vierzehn Gesetzentwürfe“ zwecks Regelung der auswärtigen Angelegenheiten und rascher Beendigung des Krieges einreichte. Die Antwort Pitts war die Parlamentsrede vom 30. Mai 1794. Sie dürfte auch in der heutigen ähnlichen Lage der jüngsten Rede Lloyd Georges als Muster gedient haben.

So sagt Pitt unter anderem: „Der Krieg wurde erklärt, um allen Eroberungsgelüsten und Ambitionen Frankreichs zu begegnen, die zu jeder Zeit die höchste Gefahr der allgemeinen Interessen Europas bildeten, hauptsächlich wenn sie mit der Verdrängung solcher Prinzipien verbunden sind, die zur Ver-

letzung der heiligsten Pflichten führen und den Frieden und die Ordnung der ganzen zivilisierten Welt vollends umstürzen.“

Ferner: „Solange die gegenwärtige Regierung in Frankreich die Macht besitzt, können wir kaum hoffen, daß wir einen Frieden auf sicherer und beständiger Grundlage erreichen... und die heutigen Ausichten geben uns nicht den geringsten Grund zur Voraussetzung, daß wir einen solchen Frieden erreichen oder eine Zeitlang genießen können, solange Frankreich unter dem Einflusse der jakobinischen Regierung steht. Die Hoffnung auf ein Kriegsende sowie auf die Sicherheit jener Verträge, die wir mit Frankreich schließen sollten, hängt ganz von der Zerstörung jener Prinzipien ab, die einer jeden ordentlichen Regierung feindlich gesinnt sind und nichts von Treu und Glauben wissen wollen.“

Ober eine andere Stelle, in der getreu die fanatische Kriegspolitik Lloyd Georges widerklingt: „Solange das System, gegen das wir jetzt kämpfen, in Frankreich weiterbesteht, können wir den Frieden nur auf Grund unserer vollständigen Unterwerfung und Entehrung erhalten.“

Dem, wie Pitt sagt, sei diese Regierung ein System, dessen Ebenbild in der Geschichte der Menschheit nicht gefunden werden kann, ein System, wie es noch in keinem Lande gegeben hat, ein System, das keine Mäßigung seiner Sünden zuläßt, das alle Prinzipien ausschließt und die Keime der Feindschaft gegen eine jede rechtschaffen gesinnte Regierung in sich trägt, ein System, das seine Untertanen nicht verteidigen, sondern nur unterdrücken und mißbrauchen kann. Ein solches System bietet Abhilfe gegen seine Sünden, Hoffnung für die Sicherheit seiner Nachbarn bloß durch seine vollständige Vernichtung.“

Wie diese vor mehr als hundertzwanzig Jahren erklungenen Phrasen offenbar den Urtext der Invektiven Lloyd Georges bilden, so sucht dieser auch in seinen Handlungen die Gestalt Pitts zu kopieren, die Spuren seiner Politik zu verfolgen, und glaubt, auch das Ergebniß werde das gleiche sein. Die Mittelmächte haben über eine Welt von Feinden triumphiert, die Pitts der menschlichen Leiden scheint erschöpft, die Völker suchen in allseitiger Friedenssehnsucht den Weg der Verständigung. Nur Lloyd George steht noch auf demselben Fleck, hegt noch weiter zum Krieg und will die Freiheit Europas und den allgemeinen ewigen Frieden durch neuerliche Blutopfer retten. Er steht dort, weil er nicht anders kann, er spricht so, weil ihm keine anderen Worte zu Gebote stehen; zu dieser Rolle hat er sich von Anfang an entschlossen, und jetzt schreiben ihm die Gespenster des alten englischen Imperialismus jeden weiteren Schritt vor. Das ist nicht Ueberzeugungstreue, das ist nicht Ausdauer, das ist nicht einmal Hartnäckigkeit, das ist einfach sein Verhängnis. Er hat es auf sich genommen, den Pitt des XX. Jahrhunderts zu spielen, die Rolle hat ihn jetzt mit eisernem Griff gepackt und läßt ihn nicht mehr los. Er ist wie Goethes Totenwächter, der vom Gerippe das Reichentuch gestohlen hat, um selber eine Leiche zu mimen: der Tote hat ihn nun erwicht und hält ihn im Turm eingesperrt.

Der alte, längst verblaßte Schwulst der Pittschen Ertraben, die zu ihrer Zeit auf ihr Publikum eine gewisse Bühnenwirkung übten, bleibt heute vollständig wirkungslos. Was sagen Pitt und Lloyd George von jüdischen Regierungen und schuldigen Völkern? Was donnern sie von der Rache der Götter und den verletzten Menschenrechten? Wir wollen in concreto nicht mit Lloyd George streiten, ob überhaupt heute Sünden dieser Art begangen wurden, ob es überhaupt eine zu sühnende Schuld gibt. Wir wollen auch nicht fragen, wie sich Lloyd George die Vollziehung der göttlichen Gerechtigkeit, die Bestrafung ganzer Völker vorstellt; wir wollen jetzt der Form nach die fürchterlichen Anklagen dieses unerbittlichen Staatsanwalts der Völker erwidern. Die Antwort ist uns leicht: Wohl, es hat Fälle gegeben, wie er sie als einen Zusammenbruch der ganzen Weltordnung, als einen Untergang der menschlichen Zivilisation darstellt. Ja, es gab immer sündige Regierungen und schuldige Völker, die durch Treubruch, durch Gewalt, Falschheit und Unmenschlichkeit aus selbstsüchtigen Motiven den Frieden und die Sicherheit anderer Völker gefährdet haben. Gleichwohl wurden diese Regierungen und Nationen nicht immer aus der Welt der Kulturvölker ausgestoßen. Nein, sie haben sogar zu oft ihre selbstsüchtigen Ziele erreicht, sie haben ihre Macht wesentlich erweitert, und die Weltgeschichte hat dies alles stillschweigend zur Kenntnis genommen. Lloyd George braucht, um Beispiele zu finden, nicht in die Ferne zu schweifen. Das Volk, das in Indien die älteste Kultur der Welt vernichtet, das in Amerika und Australien die Urbewohner von zwei Weltteilen ausgerottet hat, das in Irland ein braves, tüchtiges Volk in der eigenen Heimat erdrückt, das im amerikanischen Unabhängigkeitskriege den von ihm selbst importierten Negerflaven gegen die eigenen Herren das Messer in die Hand drückte, das den schuld- und mehrlosen südafrikanischen Völkern ihre Heimat und Unabhängigkeit raubte, das Volk, das seit mehr als zwei Jahrhunderten der Urheber aller Koalitionen und Bündnisse mit kriegerischen Absichten, der Anstifter aller großen Kriege und Konflikte war und das stets fremde Völker für seine eigenen niederträchtigen Interessen bluten ließ: dieses Volk ist leider noch immer nicht ausgestoßen aus der Gesellschaft der

Kulturvölker, es ist noch immer fähig, zu schaden, es ist sogar sehr mächtig, ja es hat selbst die Stirn, den Weltlösers zu posieren, und bricht über andere Völker den Stab, weil diese kräftig genug sind, auf der Erhaltung ihrer Existenz zu bestehen.

Hätte Lloyd George seine Rolle nur etwas gründlicher studiert, so müßte er einsehen, daß auch sein großes Vorbild das Spiel der imperialistischen Raubpolitik nicht bis aufs Äußerste trieb. Pitt war trotz seiner Kühnheit ein Mann von starkem Verantwortungsgefühl und nur sein früher Tod verhinderte ihn daran, sich nicht bei Zeiten vom Hazardisch zu erheben. Seine letzte Rede verrät ganz unverkennbar solche Absichten. England stand damals gewiß tausendmal besser als jetzt. Es konnte den Sieg von Trafalgar verbuchen. Es hatte die ganze Flotte seiner Gegner vernichtet. Doch die Reihen der Alliierten schwankten auch damals. Die Koalition hatte bei Ulm eine schwere Niederlage erlitten. Da sah Pitt ein, daß es höchste Zeit sei, die Maske des Welterslösers abzulegen, und er kündigte dies in jenen ewig denkwürdigen Worten an: „Europa kann nicht durch einen einzigen Mann gerettet werden. England hat sich durch eigene Anstrengungen gerettet und wird Europa durch sein Beispiel retten.“ Lloyd George in seiner mikroskopischen Kleinheit reicht an diese Worte nicht heran. Doch die russische Demokratie scheint sich dieser Aufgabe mit mehr Geschick und Fähigkeit anzunehmen: sie hat zunächst sich selbst dem Nege der imperialistischen Ränkespieler entwunden und ist jetzt im Begriffe, ein Beispiel zu geben, das ganz Europa retten kann. Nur Lloyd George scheint dafür blind zu sein. Er verstand unter der russischen Demokratie nur jene Scharen, die auf sein Gebot den Zaren, den unbrauchbar gewordenen Waffengeossen, aus dem Wege räumten und bereit waren, ihre Divisionen auf Englands Menschenmarkt pünktlich weiterzuopfern. Diese russische Demokratie stellte er noch in seiner Rede von Birkenhead neben die Heroen der französischen Revolution, sie feierte er als Erretterin der ersten Demokratie und wollte sie gegen den Absolutismus der Mittelmächte verteidigen. Doch als die echte Demokratie kam und den heißesten Wunsch des russischen Volkes zu verwirklichen trachtete, da fuhr sie der Erretter der Freiheit ungnädig an. Zuerst versuchte er es mit der Erpressung und drohte, den gelben Haushund wider sie loszulassen. Doch als sie standhielt, wandte er sich ab mit einer Geste, mit der man ein Werkzeug wegwirft, das lange genug gedient hat. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, schon steht ein anderer hinter ihm. Eine Gesinnung, die des Erretters der Weltfreiheit würdig ist.

Wir nähern uns augenscheinlich dem Ende der Komödie. Auf welche Weise wird nun der Komödiant entlarvt? Wird er seinem Vorbild bis zum Ende treu bleiben? Wird er bis zum tragischen Schlussakt spielen? Wird er seine Ueberzeugungstreue gleich dem jüngeren Pitt mit seinem Leben besiegeln? Denn Pitt legte buchstäblich sein Leben an das Werk, dessen Ausführung er übernommen hat. Als er sah, daß seine Schöpfungen zusammenstürzen mußten, als er sah, daß die Landkarte Europas nicht so bleiben könne, wie er sie gemacht hat, da senkte er: „Rolle sie zu, die Maske Europas, sie wird eine Zeitlang nicht benutzt werden.“ Er sagte es und starb. Lloyd George ist glücklicherweise überhaupt nicht dazu gekommen, seine Landkarte zu verwirklichen. Die Landkarte Lloyd Georges, diese wilde Ausgeburt überhitzter Phantasie, kam nie in den Bereich der Wahrscheinlichkeiten. Sollte daher Lloyd George dereinst zur Erkenntnis der Wahrheit kommen, so müßten seine letzten Worte sein: „Lasse sie dort, die alte Landkarte, sie wird auch weiter benutzt werden.“

Balfour über Englands Kriegspolitik.

Eine Kriegszieldebatte im Unterhaus.

19. Dezember.

Das liberale Mitglied Sir William Collins warf im Unterhaus die Frage nach den Kriegszielen auf.

Er sagte, er habe die Regierung in ihren Bemühungen unterstützt, das Ziel zu erreichen, für das England ursprünglich in den Krieg eingetreten sei. Nach seiner Meinung sei kein deutscher Friede möglich, solange die preussisch-militaristische Autokratie entweder unbesiegt oder vom deutschen Volk nicht verworfen bestehen bleibe. Die Ziele, für die England ursprünglich in den Krieg eingetreten sei, seien wohl bekannt. Dies hätte ein Krieg werden sollen, der dem Kriege ein Ende mache.

Redner bezog sich auf eine Unterhaltung, die er im Jahre 1913, als das Ergebnis der Reichstagswahlen gerade bekannt wurde, in Berlin mit einem hervorragenden Vertreter der preussischen Autokratie gehabt habe, dessen Äußerungen er entnommen hätte: „Wenn es in dieser Weise noch lange weiterginge, so würde die ganze Einrichtung des preussischen Militarismus, der Selbstherrlichkeit und des Kaiserthums durch den Wahlsieg der sozialdemokratischen Partei bedroht sein.“ Er fügte ferner hinzu, daß das Wachstum des preussischen Militarismus nicht von unten, sondern von oben her vor sich gehe, und sei erschreckend gewesen darüber, daß die deutschen Unversitäten eine große Rolle in der Verbreitung dieses Kultus gespielt hätten.

Man sei nun berechtigt, zu fragen, ob es, wie Präsident Wilson gesagt habe, an dem Mangel an Sympathie und an Einverständnis oder an der unvollständigen Verständigung über die Kriegsziele gelegen habe, daß das Ergebnis der russischen Revolution, das jedermann für vorteilhaft für die Nationen gehalten haben würde, die für die Demokratie kämpften, viel mehr für die Interessen der einzigen in Europa noch übrigen Selbstherrschaft ausgebeutet würde.

Balfour griff die Diplomatie Englands und seiner Alliierten scharf an und erklärte, die veröffentlichten Kriegsziele der Alliierten stimmten nicht mit den Vorschlägen in den Geheimverträgen überein.

Balfours Antwort.

In seiner Antwort betonte Minister des Innern Balfour die Verschiedenheit des Tones in den Reden von Bonsonby und Collins und kam dann auf die Kriegspolitischen Äußerungen des Präsidenten Wilson sowie auf die Gedanken verschiedener führender Persönlichkeiten in England zu sprechen, die ihm durchaus in einseitigem Geist zu sein schienen. Er glaube nicht, daß es in der ganzen Geschichte dieses Krieges eindrucksvollere Staatschriften gebe als die von Zeit zu Zeit durch Wilson erlassenen.

Balfour bezog sich auf die vielen Äußerungen zur Kriegspolitik seitens der Mitglieder der früheren und der jetzigen Regierung, die stets im selben Sinne gesprochen und die großen Ziele, für die Britannien ohne selbstthätige Beweggründe kämpfe, mit vollkommener Klarheit ausgedrückt hätten, und fuhr fort: Wie kommt Bonsonby zur Anwendung so offenbar großer Kunstgriffe? Doch nur, weil er alles zu tun wünscht, was die Politik unserer Feinde unterstehen kann, deren hauptsächliches Mittel zur Stimmungsmache in ihrem eigenen Lande und in Rußland gewesen ist, unsere Ziele als selbstthätig und imperialistisch hinzustellen und zu behaupten, daß England wegen rein selbstthätiger Zwecke den Krieg verlängere, den die Mittelmächte abzukürzen wünschen. Aber es gibt keine größere Verleumdung der Tatsachen.

Bonsonby hat gesagt, das Auswärtige Amt und das Kriegskabinet seien ungeschickt gewesen und hätten Rußland daran ge-

hindert, auch in diesem Augenblick noch mit vollem Herzen auf Seite der Alliierten zu stehen. Eine Begründung für diese Behauptung ist unmöglich. Es ist nicht meine Aufgabe und würde mir nicht zustehen, einen Ueberblick über die Bewegung der politischen Ansichten in Rußland seit dem Ausbruch der Revolution geben zu wollen.

Bonsonby hat weiter erklärt, daß die russische Revolution hier im Lande und von der Regierung so kaltblütig begrüßt worden sei, daß die ganze Zukunft unserer Beziehungen zu Rußland höchstwahrscheinlich dahin sei. Da muß ich sein Gedächtnis vollständig geläutert haben. Ich kann mich dafür verbürgen, daß, soweit die Regierung und das Unterhaus in Betracht kommen, das Ende der üblen Autokratie in Rußland mit warmer Begisterung und lebhaften Hoffnungen begrüßt wurde, die leider anscheinend bis heute wenig gerechtfertigt worden sind. Auf alle Fälle, wenn die guten Wünsche, warmen Hoffnungen und zurechtstehenden Erwartungen in England der Revolution zum Erfolg verhelfen könnten, dann müßte die Revolution den größtmöglichen Erfolg haben. Diese Gefühle wurden im Unterhaus von Anhängern aller politischen Meinungen zum Ausdruck gebracht, und sicherlich waren dies die Gefühle, die die Regierung hegt hat. (Beifall)

Die Kriegszielkonferenz.

Die Konferenz über die Kriegsziele ist von der englischen Regierung nicht abgelehnt worden. Hinsichtlich dieser Konferenz lagen ungeheure Schwierigkeiten vor. Keine persönliche Auffassung ist, daß die Erörterung dieser schwierigen und heißen Angelegenheiten besser in freundschaftlichen Unterredungen als in förmlichen Konferenzen gefördert werden könnte. Auf alle Fälle wird es, wie ich denke, von allen Kriegführenden Mächten empfunden, besonders stark von der russischen Regierung selbst, daß dieser oder jener Augenblick für diese besondere Erörterung nicht günstig ist, daß vielmehr nicht so sehr eine Aussprache über die Kriegsziele wünschenswert ist, wie eine solche über die Kriegsmethoden. Den Krieg zu fördern, das ist das nächstliegende und wesentlichste Interesse. Die einzelnen Einzelheiten würden auf jeden Fall zu warten haben, ehe sie volle Beachtung und Besprechung finden können. Denn das wären Einzelheiten. Ueber die großen Angelegenheiten haben niemals Zweifel geherrscht, sie wurden immer entschieden. Es steht aber außer Zweifel, daß, wenn wir es mit einem Krieg von noch nie dagewesenem Umfang zu tun haben, der sich über die ganze Welt ausbreitet, Schwierigkeiten aller Art entstehen, die nicht vermieden werden können.

Die Ententeverträge.

Was nun die Verträge und Bonsonbys Beurteilung der „geheimen Diplomatie“ betrifft, so ist zu beachten, daß bei jedem Vertrag zwei Parteien beteiligt sind und daß der Vertrag nur mit Zustimmung der anderen Partei veröffentlicht werden kann. Bonsonby scheint zu denken, daß wir eine ungerechtfertigte, ja verbrecherische Geheimhaltung unseres Verfahrens zugestanden haben, daß wir bei unseren Erklärungen über die Selbstlosigkeit unserer Ziele, mit der wir in den Krieg eingetreten sind, unser Volk und die Mittelmächte getäuscht und etwas getan haben, was Bonsonby als Verletzung der Ehre unseres Landes bezeichnet hat. Unsere Erklärungen über die Uninteressiertheit, mit der wir in den Krieg eingetreten sind, waren Erklärungen über die Politik unseres Landes. Es war aber nicht unsere Sache, die Absichten derjenigen, mit denen wir zusammenwirkten, zu erörtern, es wäre vielmehr eine grobe Unverschämtheit gewesen, über ihre Beweggründe zu urteilen. Wir konnten für unsere eigene Sache sprechen, und haben es getan, so wie Wilson über die Beweggründe des großen Bundes gesprochen hat, dessen Haupt er ist.

Das Schicksal Konstantinopels.

Balfour zählt sodann die Beweise auf, die Bonsonby für das vorgebracht hat, was er in seinen Bemerkungen über Englands Uninteressiertheit als heuchlerisches Vorgehen der früheren und gegenwärtigen Regierung bezeichnet hat, und sagte: Der erste Fall dieser Art war Konstantinopel. Dieser Vorgang gehört in die Zeit der früheren Regierung, aber meiner Meinung nach war ihr Vorgehen hinsichtlich Konstantinopels durchaus gerechtfertigt. Wir haben kein Abkommen über Konstantinopel getroffen, um irgendeinen imperialistischen Gedanken zur Ausführung zu bringen. Der Gedanke war über die Maßen toricht und muß

jedem so erscheinen, der nur die oberflächlichste Kenntnis der Geschichte der englischen Politik im nahen Osten besitzt. Aus ihr geht klar hervor, daß die Aushändigung Konstantinopels an die Russen vom imperialistischen Gesichtspunkt aus eine Sache ist, in die sich englische Staatsmänner wohl gefügt hätten, die sie aber sicherlich niemals selbst anregen oder den widerstrebenden Alliierten aufdrängen würden.

In der Tat war es völlig klar, daß die russische Regierung auf Konstantinopel Anspruch erhob. Wir waren im Begriff, miteinander einen großen Kampf für ein großes Ziel zu führen, und wir beruhigten uns dabei: Was war darin im mindesten unvereinbar mit irgendeinem von uns selbst oder von Wilson ausgesprochenen Glaubensbekenntnis?

Das Abkommen über Persien.

Der nächste Punkt in Bonsonbys Ausführungen betraf Persien. Er hat vorausgesetzt, daß die Einflußgebiete in Persien der Unabhängigkeit dieses Landes widersprächen und ein großes Unrecht der Starken gegenüber den Schwachen darstellen, was mit den besten Ueberlieferungen englischer Staatskunst unvereinbar sei. Das ist nicht meine Ansicht. Der englisch-russische Vertrag, der von der damaligen konservativen Opposition mit hartem Mißtrauen angesehen worden ist, wurde als großer Triumph der Freundschaft zwischen den Völkern von Campbell-Bannerman und Grey durchgeführt.

Italien und Elßaß.

Ich komme nunmehr zu Italien. Es verdient, und zwar von Rechts wegen, daß eine andere Gebietseinteilung zu seinen Gunsten statfinde. Inwiefern wären wir Imperialisten, wenn wir uns für diese großen, allgemein gehaltenen Ziele einsetzen? Trifft nicht das selbe für Polen und Elßaß-Lothringen zu? Ueber Elßaß-Lothringen möchte ich folgendes sagen: Bonsonby denkt, wir hätten die Schritte des französischen Botschafters Doumergue in Petersburg kennen müssen. Er meint das schon infolge der Behauptung, daß diese schon nach London telegraphisch bekanntgegeben worden seien. Wer das ist nicht der Fall.

Bonsonby ruft: Aber die Depeche beginnt: „Abschrift. An London vertraulich.“

England gegen die Verstümmelung Deutschlands.

Balfour: Wenn London heißt, englisches Auswärtiges Amt, so ist die Depeche nicht an das Auswärtige Amt gekommen. Sie mag vertraulich an den französischen Botschafter Paul Cambon gesendet worden sein, doch davon weiß ich nichts. Wir haben zu jener Zeit nie etwas gehört und niemals unsere Zustimmung dazu ausgesprochen. Ich glaube auch nicht, daß dies die Politik der verschiedenen französischen Regierungen gewesen ist, die während des Krieges amtiert haben.

Wir haben niemals gewünscht und auch niemals den Gedanken ermutigt, daß ein Stück Deutschlands vom Mutterland abgetrennt und zu einer Art unabhängiger Republik oder Regierung in irgendeiner Form auf dem linken Rheinufer gemacht werden sollte, um einen neuen Pufferstaat zwischen Frankreich und Deutschland zu bilden. Das war niemals ein Teil der Politik der britischen Regierung, und die britische Regierung hatte niemals Kenntnis davon, daß dies von irgendeinem französischen Staatsmann ernstlich geplant wurde. Auf solch schwacher Grundlage müssen wir uns den Vorwurf des Mangels an gutem Glauben und des Mangels an Offenheit und ehrlichem und aufrichtigem Handel zuziehen. Die geschmacklose Diplomatie zeigt die Gesinnung Bonsonbys, wenn sie nichts anderes zeigt.

Wir haben unsere Kriegsziele erklärt, und zwar aufrichtig. Die Mittelmächte aber haben die ibrigen keineswegs bekanntgegeben. Betrachten Sie die deutsche Antwort auf die Rapinote. Den Mittelmächten wurden ausdrücklich Fragen betreffend Elßaß-Lothringen, Belgien und Polen vorgelegt. All diese Fragen hätten sicherlich von den Mächten beantwortet werden müssen, die Elßaß-Lothringen nahmen, in Belgien eintranden und Polen geteilt haben. Und doch, sohloß Balfour, sagt Bonsonby mit diesem Schriftstück in den Händen: „Weshalb erklären Sie nicht Ihre Kriegsziele? Ihr Schweigen wird von den Mittelmächten mißverstanden.“ Der Wert einer solchen Erklärung wird nur von dem Schaden übertriften, den sie stiften kann. Ich bedauere tief, daß ein Mitglied den Vorteil seiner Stellung in diesem Hause dazu benützt hat, um eine Rede zu halten, die unabweisbar dazu beiträgt, die trügerische unermüdliche Propaganda zu stärken, die die Mittelmächte in jedem Lande Europas betreiben. (Beifall)

Englische Stimmen gegen Balfour.

Gegen den imperialistischen Ehrgeiz.

19. Rotterdam, 20. Dezember.

Nieuwe Rotterdamische Courant meldet aus London: Die liberalen Blätter üben viel Kritik an der Rede Balfours:

Der Parlamentskorrespondent des Daily Chronicle schreibt, Balfour habe über die Kriegsziele nichts gesagt, seine Zusucht zu unbestimmten Allgemeinheiten genommen und sich hinter Präsident Wilson verchanzt. Die Debatte sei durch Sir William Collins mit einer Rede eröffnet worden, die sowohl wegen ihrer Beschicklichkeit als auch wegen ihrer Mäßigung und Bescheidenheit bemerkenswert war. Balfour habe sie vollständig ignoriert und sich ganz auf Bonsonby, den er offenbar wegen seiner passivistischen Vergangenheit als geeignete Deute betrachtete, gestützt. Es sei bemerkenswert, daß in der Debatte eine Anzahl einflussreicher Abgeordneter, denen man durchaus nicht Pazifismus vorwerfen könne, von der Regierung allen Ernstes eine neue Feststellung der Kriegsziele verlangten, darunter Sir William Collins, Lord Henri Penland, Kendall, Wedgwood, Noel Buxton und John W. Wilson. Sie alle hatten darauf gedrungen, daß das Kabinet seinen imperialistischen Ehrgeiz fallen lasse und an Englands ursprünglichen unegennütigen Kriegszielen festhalte, und die Idee eines Wirtschaftskrieges nach dem Kriege ablehnen möge.

Carsons Fehler.

Sir Edward Carson wurde dem Korrespondenten des Daily Chronicle zufolge scharf kritisiert. Es sei aber bemerkt worden, daß die einzelnen Redner Carsons Erklärung, daß Deutschland, ehe über den Frieden verhandelt werde, seine Armeen nach dem rechten Rheinufer zurückziehen müsse, zu tragisch auffassen. Diese Bemerkung Carsons sei nicht so sehr auf seine Unfähigkeit als Staatsmann, als auf seine geographische Ungebildetheit zurückzuführen.

Der Korrespondent des Daily Chronicle sagt ferner, daß Pringle eine wichtige Rede hielt, auf die der eine oder andere Minister hätte antworten müssen. Pringle richtete an die Regierung einige deutliche Fragen. Er fragte unter anderem

Die Minister, ob sie nicht Anhänger des Völkerbundes seien, und was, wenn sie dies seien, Carson mit einem sich selbst genügenden britischen Reich mit feindlichen Tarifen tun wolle, die zu einem Wirtschaftskrieg verwendet werden würden. Pringle fragte, ob die Regierung den Auffassungen des Präsidenten Wilson oder denen Sir Edward Carsons zustimme.

Lord Cecil über die Friedensfrage.

London, 19. Dezember. (Nachdem des Reuterschen Bureaus.) In Beantwortung einer Rede Trevelhans sagte Lord Cecil, Trevelhan habe verschiedentlich behauptet, daß die Deutschen bereit seien, eine Erklärung über ihre Friedensbedingungen abzugeben. Trevelhan habe darauf hingewiesen, daß sie bereit waren, Briand gegenüber eine solche Erklärung zu machen. Es sei eine regelrechte List der Feinde, derartige Gerüchte in Umlauf zu setzen, aber wenn man versuche, sie festzulegen, stelle sich heraus, daß die Angebote bedeutungslos seien. Kaum ein Redner im Unterhause habe es unterlassen, die Deutschen aufzufordern, ihre Bedingungen bekanntzugeben. Asquith habe die Deutschen erst vor ein paar Monaten dazu aufgefordert und seine Aufforderung immer von neuem wiederholt, eine Erklärung über die hauptsächlichste Frage abzugeben, ob die Deutschen bereit seien, sich aus Belgien zurückzuziehen und eine Schadensvergütung zu zahlen. Sie antworteten darauf mit keinem Worte.

Lord Cecil fuhr fort: Das Haus ist anlässlich der Vorgänge, die sich kürzlich in Rußland ereignet haben, darauf aufmerksam gemacht worden, daß, als die deutsche Regierung durch eine neutrale Regierung einige Auskünfte eröffnete, daß sie bereit sei, irgendeine Erklärung über den Frieden abzugeben, die britische Regierung sofort erwiderte, sie sei bereit, auf alles zu hören, was die deutsche Regierung sagen würde, und diese Bedingungen, wie immer sie sein mögen, den Alliierten vorzulegen. Seit jenem Tage bis heute ist von der deutschen Regierung keine Erklärung abgegeben worden. Es ist deshalb ziemlich lächerlich, daß Trevelhan sich ein derartiges Vorurteil gegen sein eigenes Land gestattet.

Cecil kam sodann auf die an Carsons Aussprüche geknüpften Kritik zu sprechen und sagte: Es gibt eine alte Geschichte über das Westufer des Rheins. Ich glaube, daß damit endgiltig aufgeräumt worden sei. Ich dachte, daß es absolut klar gestellt sei, daß Carson nicht beabsichtigte, einen Vorschlag zu machen, der der allgemeinen Politik der Regierung voraussetzt, bis die Geschichte wieder aufgewärmt wurde. Bezüglich Elsaß-Lothringens glaube ich, daß es wirklich keinen Zweck hat, immer wieder zu behaupten, daß irgendein britischer Minister die Verantwortung für eine Politik übernommen habe, die die Regierung niemals zu ihrer eigenen zu machen erklärt hat und die gewiß keine britische Regierung jemals annehmen wird.

Cecil erklärte sodann, er selbst sei kein Anhänger des sogenannten Wirtschaftskrieges nach dem Krieg. Nach dem Kriege würde in der ganzen Welt Mangel an Rohmaterial herrschen und je länger der Krieg

Traurige Christmas.

Berlin, 21. Dezember.

A. W. Wenn Lloyd George höchst persönlich anfängt, über die Butter zu reden und über die Lebensmittelpolonäsen vor den Käseläden, so muß es trübe aussehen mit der englischen Weihnachtsstimmung. Natürlich ist die Not nur „vorübergehend“. Lediglich „vorübergehend“ sind auch die Gründe, weshalb die triumphierenden Schätzungen über den U-Boot-Krieg und das Maß der Neubauten nicht eingetroffen sind, wie Herr Lloyd George jetzt zugestehen muß. Warum auch nicht? Alles ist vorübergehend. Schließlich ist das ganze Leben nur eine vorübergehende Unterbrechung des Todes. Was ist kalt, was ist warm? Sind es nicht nur subjektive und relative Begriffe? Und genügt es nicht, um Behagen zu erzeugen, daß man sich vorstellt, es könnte einem noch schlechter gehen? Staunenswert erstrebenswert sind die englischen Minister in der Entdeckung solcher relativen Maßstäbe. Jetzt war das „Nettoergebnis des Durchschnitts im englischen Schiffsbau des vierten Kriegsjahres“ überlegen sogar dem Rekordjahr 1913, während andererseits die Einfuhr nur um sechs Prozent abgenommen habe gegenüber einer Tonnageverminderung von 20 Prozent. In der Tat ein herrliches Ergebnis! Nur wird man dadurch nicht klüger, wie groß denn nun eigentlich die Leistungen des Schiffbaues sind und ob sie ausreichen, die Verluste auch nur halbwegs auszugleichen. Denn da liegt doch der springende Punkt. Die sechsprozentige Einfuhrverminderung aber, bei der wohlweislich ein Maßstab überhaupt nicht genannt ist, sieht wieder in seltsamem Gegensatz zu den Butterpolonäsen. „Daily News“ schrieb am 6. Dezember, wenn die U-Boot-Gefahr, von der Lloyd George noch Ende November sagte, er hege keine weiteren Befürchtungen, sich in einem Wochenverlust von 16 großen Schiffen ausdrücke, wie hoch müsse dann die Gefahr steigen, um Herrn Lloyd George Sorge zu machen! Auf keine Fragen erhalte man von den Ministern zufriedenstellende Antworten, so daß das wachsende Mißtrauen sich ständig vertiefe und das Publikum das Vertrauen in die Regierung verliere. Lloyd George dürfte kaum noch der Mann sein, dieses Vertrauen wiederherzustellen, obwohl er sich ja als Meister der Kunst rühmt, wie man öffentliche Meinung „macht“.

Denn zu der Butter und den Schiffen, die nicht da sind, kommen noch die Soldaten, an denen es auch fehlt, und wir wollen abwarten, wie die englische Arbeiterschaft das Weihnachtsgeschenk aufnimmt, das ihr die Regierung hier präsentiert. Noch selten wohl ist eine Wehrvorlage in so beklüfftem Ton eingebracht worden. Wäre das eigene Land bedroht, und wäre es selbst in schwerstem Unglück, so würde es dennoch einem Führer seines Volkes niemals schwer fallen, das letzte an Opfermut aufzurufen und hervorzubringen. So aber steht England am Ende einer Reihe von empfindlichen politischen und militärischen Rückschlägen, die es vor allem durch das völlige Scheitern der Landeschlacht gegen die U-Boote und zuletzt bei Cambrai am eigenen Leibe erlitten hat, und alles bloß, weil es auf seine Unterjochungsziele nicht verzichten will. Rußlands Auscheiden wird durch Amerikas Eintritt nicht aufgehoben. Will England den Krieg fortsetzen, so muß es die schwerste Last auf die eigenen Schultern nehmen. Das gibt Lloyd George zu. Deshalb wird das den Gewerkschaften gegebene Versprechen zu einem Fehln Papier, und auch der letzte Mann soll in den Schützengräben rücken. Nicht aber, und das bleibt das Entscheidende, weil die Not es will und weil Not kein Gebot kennt, sondern lediglich, weil die verantwortlichen Führer in England, genau wie in Frankreich und in Italien, keinen Ausweg wissen, sondern sich genötigt sehen, ihre Köpfe immer tiefer in eine wahnsinnige Kriegspsychose hineinzustößen, und zwar nicht, als ob sie selbst noch an den Sieg glauben, wie sie vorgeben, sondern nur, um Zeit zu gewinnen und vielleicht auf ein Wunder zu hoffen, das ihnen die Last der Blutschuld abnimmt. Bei alledem oder muß als einziger Alibi-Posten in der Rechnung der englischen Regierung immer wieder die verlogene Phrase aufmarschieren vom preußischen Militarismus, der durch den englischen Militarismus vernichtet werden müsse.

Daß der Wahnsinn dieser Phrase der englischen Arbeiterschaft schon in irgendeinem tieferen Sinne aufgegangen sei, glauben wir freilich nicht. Das kürzlich bekanntgewordene Kriegszielprogramm der englischen Arbeiter verfügt genau so arrogant und selbstverständlich über den Balkan, die Türkei, Oesterreich-Ungarn und Elßaß-Lothringen, wie es Herr Lloyd George mit den deutschen Kolonien tut, die England beileibe nicht anneklieren, wohl aber auf der Friedenskonferenz unter „Berücksichtigung der Wünsche der Eingeborenen“, wie es so schön heißt, auf andere Weise Deutschland abnehmen und zur Vollendung und Abrundung des britischen Weltreiches unter angelsächsischen Einfluß bringen will. Das ist im Sinne der englischen Arbeiter auch ganz in Ordnung. Ob Arbeiter oder Tory, ob Lloyd George oder Lansdowne, es ist kein Unterschied in der Grundüberzeugung, daß die Engländer das auserwählte Volk sind, dem von Rechts wegen die Verfügung über die Welt gehört, und daß daher Deutschland als der gegenwärtige Konkurrent auf irgendeine Weise totzuschlagen werden muß, wie es England in früheren Jahrhunderten jeweils mit denjenigen anderen Mächten getan hat, die seinem Imperialismus im Wege standen. Der ganze Unterschied be-

zieht sich nur auf die Methode oder, genauer gesprochen, darauf, ob es noch Zweck hat, das verfahrenere Weltkriegsabenteuer auf dem sehr kostspieligen blutigen Wege fortzusetzen, oder ob man nicht besser bald nach einer Gelegenheit ausschaut, den blutigen mit dem unblutigen Wege zu vertauschen. Selbstverständlich immer mit demselben Ziel, darüber sind wir uns in Deutschland vollkommen klar, und gegenwärtig wissen wir sogar laun, ob nicht die englischen Anhänger des unblutigen Weges für uns sogar die viel ernsthafter zu nehmenden Gegner sind. Das ist jedenfalls unsere persönliche Überzeugung. Denn Lloyd George arbeitet mit Riesenschritten an der Schwächung Englands, sowohl bezüglich seiner wirtschaftlichen Weltstellung, wie auch bezüglich seines politischen Credits bei den jetzigen Bundesgenossen. Je länger man ihn also Zeit läßt, hierin fortzufahren, um so krasser muß später der Rückschlag und Zusammenbruch werden. Als nächste Betrachter aber müssen wir uns sagen, daß diese Erwägung auch den klugen und mit der Verantwortung augenblicklich nicht befassten Köpfen Englands nicht verborgen ist, und daß sie, zumal in der englischen Arbeiterschaft, eine stark werdende Tendenz gewinnt, da die englische Arbeiterschaft einerseits wirtschaftspolitisch geschult genug ist, um ihr Interesse an der Verhinderung einer Zerrüttung der englischen Weltwirtschaft bis zur letzten Auspumpung zu begreifen, während sie andererseits schließlich mit ihren eigenen Leibern die blutigen Straßen pflastern muß, auf der Lloyd George, Northcliffe und Wilson die Böller vorwärts-treiben wollen. Daher können wir annehmen, daß Lloyd Georges Weihnachtspräsident von einer recht gereizten Neujahrstimmung abgelöst werden wird, deren internationale Auswirkung unsererseits die größte Wachsamkeit erfordert.

Daß es eine „tolle Posse“ wäre, wenn das Deutschland von heute mit einem Mann wie Lloyd George einen Bund der Nationen schließen wollte, darin stimmen wir ihm vollkommen bei. Nur ein besetztes Deutschland wäre dazu imstande. Wir aber halten es dank unserer Lage, die in allen Teilen das erfreuliche Gegenstück der Lloyd Georgeschen Schilderungen darstellt, mit Ludendorff: „Der Krieg wird nicht als Remispartie endigen.“

Englische Pressestimmen zur Rede Lloyd Georges.

tz. Rotterdam, 21. Dezember. (Drahtbericht unseres Rotterdamer Büros.) „Daily Chronicle“ und „Daily News“ zeigen sich beide unbefriedigt von der „Mäßigung in Lloyd Georges Unterhausrede“. „Daily News“ meint allerdings, Lloyd Georges Erklärungen genügten noch nicht dem von vielen Seiten geäußerten Verlangen nach einer ausführlichen Aufklärung der Kriegsziele. Der Leitartikel des „Daily Chronicle“ zeigt sich etwas ängstlich, ob die Rede nicht zu gemäßigt sei. Auch sei nicht deutlich, was Lloyd George mit seinen Worten bezwecke: „Wenn Rußland beschlossen hat, in besondere Verhandlungen einzutreten, dann muß es auch für sein Gebiet selbst sorgen.“ „Soll das bedeuten, daß Polen Deutschland überlassen wird?“ so fragt der „Daily Chronicle“.

Der Bürgerkrieg in Rußland.

tz. Rotterdam, 21. Dezember. (Drahtbericht unseres Rotterdamer Büros.) Die „Daily News“ meldet aus Petersburg vom 20. d. Mts.: Die Vorbereitungen für den Feldzug gegen die Ukraine gehen weiter. Die Gouvernements Petersburg und Ukraine heern sich gegenseitig keine Nahrungsmittel mehr. Petersburg liefert dadurch am meisten. Die Ukrainer halten Odessa besetzt. Im Ural geht der Feldzug schnell voran, und zwar gegen die Bolschewiki, die im östlichen Ural recht schwach zu sein scheinen.

Die „Daily News“ meldet: Der Stab des russischen Heeres an der rumänischen Front sowie die rumänischen Truppen haben sich den Ukrainern angeschlossen. General Tscherbatschew ist zum Oberbefehlshaber an der ganzen ukrainischen Front ernannt. In Wolgrad in Westarabien kam es zu einem Gefechte zwischen Bolschewiki und Ukrainern. Die Stadt steht in Flammen.

Die „Times“ meldet: Kaledin ist am 15. Dezember in Kowno am Dnepr gerückt nach einem Kampfe von sechs Tagen, in dem die Bolschewiki 800 Tote und 1000 Verwundete verloren. Die Führer der Bolschewiki stützten auf ein Schiff der Schwarzen-See-Flotte, das den Dnepr abwärts fahren wollte. Aber das Schiff, der Kreuzer „Kolchida“, lief auf Grund, und die Artillerie der Kosaken verhinderte ihn, die See zu erreichen.

Ferner meldet die „Daily Mail“ vom 19. Dezember: Die Bolschewiki im nördlichen Kaukasus sind in Aufruhr.

Die Antwort auf das Ultimatum an die Ukraine.

tz. Rotterdam, 21. Dezember. (Drahtbericht unseres Rotterdamer Büros.) Reuters Korrespondent in Petersburg drahtet: Der revolutionäre Stab der Ukrainer hat im Namen der Regierung der ukrainischen Republik auf das Ultimatum der Maximalisten, das die Ukraine mit offenem Krieg bedrohte, geantwortet. Die Antwort verlangt völlige Enthaltung der Großrussen von jeder Einmischung in die Angelegenheit der ukrainischen Republik sowie in die Angelegenheiten der ukrainischen Heeresleitung, ferner Zurückberufung der ukrainischen Truppen von allen Fronten nach dem Gebiet der Ukraine sowie Teilnahme der ukrainischen Republik an den Friedensver-

handlungen, außerdem fordert sie ein Drittel der Stitze in der künftigen Bundesversammlung. Die Volkskommissare haben hierauf geantwortet, daß das Zustandekommen einer Einigung mit der Ukraine abhängig von der Bereitwilligkeit der Ukraine, sofort jede Unterstützung für Kaledin und für die gegenrevolutionäre Verschwörung der Kabetten-Bourgeoisie zu unterlassen.

Sieg der Bolschewiki in Taschkent.

tz. London, 21. Dezember. (Drahtbericht.) Die „Morning Post“ erfährt aus Petersburg vom 19. Dezember: In Taschkent endete der Konflikt zwischen Bolschewiki und Abteilungen von Kosaken und Kabetten der militärischen Schulen mit einem Sieg der Bolschewiki.

Russisch-japanischer Geheimvertrag.

tz. Rotterdam, 21. Dezember. (Drahtbericht unseres Rotterdamer Büros.) „Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg: Die Bolschewiki veröffentlichten den Text eines Geheimvertrages vom 3. Juli 1916 zwischen Rußland und Japan, unterzeichnet von Sazonow und Motono. Die beiden vertragsschließenden Mächte verpflichteten sich, eine Offensiv-Bundesgenossenschaft zu schließen gegen jede Macht, die versuchen sollte, in China die politische Oberherrschaft zu gewinnen. Der Name dieser gewissen Macht wird in dem Vertrage nicht genannt, aber ersichtlich sind die Vereinigten Staaten gemeint. Die Gültigkeitsdauer läuft bis zum Juli 1921.

Arbeiterz

Lloyd-George über Krieg und Frieden.

Besorgt und hoffnungsvoll.

London, 20. Dezember. Premierminister Lloyd-George hielt gestern, bevor das Unterhaus in die Weihnachtsferien ging, eine Rede, in der er sich zunächst mit dem Nahrungsmittelmangel beschäftigte, um sodann die allgemeine militärische Lage zu Wasser und zu Lande zu beleuchten.

Zwei Umstände seien es, führte er aus, die in der jüngsten Zeit die Schwierigkeiten auf dem Nahrungsmittelmarkt ernst gestaltet hätten, nämlich das Fehlschlagen der Hoffnung, aus Dänemark und Holland Margarine und Butter zu erhalten, und die Tatsache, daß der Nahrungsmittelmangel bei den Alliierten größer sei, als vorher angenommen worden war, und England bedeutende Opfer aus eigenen Mitteln bringen müsse, um die fehlenden Vorräte der Alliierten zu ergänzen. Er sei sicher, das englische Volk würde der Lage beherrschter und mit größerem Mut gegenüberstehen, wenn es sich gegenwärtig, daß jede Entbehrung, die es gern ertragen habe, darauf zurückzuführen sei.

daß es mit den braven Alliierten teilen müsse.

Er freute sich, sagen zu können, daß infolge der Bemühungen des Lebensmittelkontrollors in den Umständen, die viel Besorgnis veranlaßt hätten, bereits eine Besserung sichtbar würde. Das Anstellen um Lebensmittel sei besonders dem Mangel an Margarine, Butter und Käse zuzuschreiben. Was den See betreffe, besiere sich die Lage stetig. Es sei zu hoffen, daß sie sich durch vermehrte Erzeugung im Inland zu Gunsten der Margarineerzeugung binnen kürzester Zeit bessern werde. Mittlerweile hätten diejenigen, die solche Vorräte zu verteilen hätten, eine große Verantwortung zu tragen, weil darauf gesehen werden müsse, daß sie in allen Klassen der Bevölkerung gewissenhaft verteilt würden. Die gegenwärtige Unbequemlichkeit für die Käufer hätte berechnete Mäßigkeit hervorgerufen. Diese sei unnötig. Die Kaufleute wüßten, welcher Fehlbetrag vorhanden sei und wann man in der Lage sein würde, die Schwierigkeiten zu überwinden. Solange dies aber nicht geschehen sei, sei es ihre Pflicht, die Verteilung gewissenhaft vorzunehmen. Wenn sie sich die Warnungen nicht zu Herzen gehen ließen, müßte die Regierung die Verteilung der zum Leben notwendigen Dinge selbst in die Hand nehmen. Was

die Schifffahrt

betreffe, so sei die frühere Verlustziffer eingeschränkt worden. Die Verluste hätten abgenommen, die Schiffsbauten zugenommen. Auch die Versenkungen von Unterseebooten hätten sich vermehrt. Meine Augustschätzungen, erklärte Lloyd-George, sind nicht völlig eingetroffen. Die Rechnung, auf die ich meine Augustschätzungen gründete, nahm die Schiffsverluste beträchtlich schwerer an, als sie wirklich sind. Sie waren um Hunderttausende Tonnen geringer und das war im hohen Grade der Verbesserung in den Methoden der Marine, der Unterseeboote Her zu werden, zuzuschreiben. Das Nettoergebnis ist, daß im gegenwärtigen Augenblick der gesamte Schiffsbau im Lande im vieren Jahre des Krieges, in dem Millionen Leute der Arbeit entzogen worden sind, derzeit ist, daß wir uns über dem Durchschnitt des Jahres 1913 befinden. (Beifall.) Das war eine sehr vertrauensweckende Leistung für diejenigen, die mit dem Schiffsbau in diesem Lande beschäftigt sind. Die Fertigung deutscher Unterseeboote ging während des ganzen Jahres stetig vorwärts. Sie ist bemerkenswert und zugleich ermutigend, weil sie zeigt, wie die Admiralität und der Schifffahrtskontrollor die drohende Lage, der wir in diesem Kriege gegenübergestellt waren, zu meistern wußten. Die Wirkung ist, daß wir nur sechs Prozent unserer Einfuhr verloren haben, obwohl unsere Gesamttonnage etwa um zwanzig Prozent heruntergegangen ist, das sind nur sechs Prozent Tonnengehalt weniger als im vergangenen Jahre. Wenn die geschickte Art und Weise nicht gewesen wäre, wie der Schifffahrtskontrollor vorging, würde es uns ganz unmöglich gewesen sein, dieses Jahr durchzukommen und (die nächsten Worte sind in der Depesche verstümmelt). Nun komme ich zur

militärischen Lage.

Es wäre ganz töricht, zu behaupten, daß die Hoffnungen, die wir zu Beginn des Jahres hatten, in Erfüllung gegangen seien und daß unsere Enttäuschung nach unserem Urteil gänzlich dem russischen Zusammenbruch zuzuschreiben sei. Die Lage in Russland veränderte sich noch in den letzten Wochen. Russland war wenigstens dem Namen nach im Kriege mit Deutschland. Seine Armees hielt eine sehr lange Linie besetzt, die die Deutschen, Oesterreicher und Ungarn zwang, auf der Gegenseite eine sehr beträchtliche Anzahl von Truppen zu halten. Jetzt ist Waffenstillstand, aber über den Frieden wird verhandelt. Es ist vollkommen wahr, daß in dem Waffenstillstand Bedingungen enthalten sind, die Deutschland Verpflichtungen auferlegen, keine Truppen von der Ostfront nach dem Westen zu schaffen. Nun, wir hatten auch schon früher solche Papiere gesehen. Ich möchte sagen, daß das Land, das sich für seine Sicherheit darauf verließ, daß die Deutschen ihr Versprechen entweder dem Buchstaben oder dem Geiste nach hielten, ein Land sein würde, das aus der Erfahrung nichts gelernt hätte. (Beifall.) Diese Umstände müssen wir in Rechnung ziehen. Diese beiden Tatsachen haben unsere Besorgnisse vermehrt und den anderen im Arisee befindlichen Ländern weitere Verpflichtungen auferlegt.

Die im Jahre 1916 den Arbeitern gegebenen Versprechungen waren im Interesse des Landes durchaus wünschenswert. Jetzt aber wird es für die Regierung notwendig sein, einen Schritt zu tun, der sie in den Stand setzt, die gegenwärtig verschont gebliebenen Männer aufzurufen, ihren Teil an der Verteidigung des Landes auf einem anderen Gebiet zu übernehmen. Bevor ich das Unterhaus um die Befreiung ersuche, die notwendig ist, um diese Pläne auszuführen und die Regierung von ihren Versprechungen zu entbinden, schlage ich vor, daß der Minister für den nationalen Dienst in der nächsten Woche die

Führer der Gewerkschaften einladet.

zu ihm zu kommen, und ihnen die gesamte Lage vorstellt. Es gibt noch einen anderen Umstand, der die Regierung veranlaßt hat, noch weiter auf den Mannschaftsbestand des Landes zurückzugreifen, nämlich den Umstand, daß wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen gezwungen sind, Männer in die Gefechtslinie zurückzuschicken, die wiederholt verwundet waren. Es ist unschädlich und unerträglich, daß Männer, die wiederholt ernstlich verwundet waren, in die Kampflinie zurückgeschickt werden sollen, während es andere Männer im Lande gibt, die noch niemals an der Front gewesen sind. Was die

Aussichten für die Zukunft

betrifft, so ist kein Zweifel, daß die nächsten Monate die kritischsten des Krieges sind, weil eine große Macht praktisch aus dem Kriege ausgeschieden und eine andere große Macht noch nicht voll daran beteiligt ist. Daher ist die auf uns ruhende Last beträchtlich, aber wir dürfen nicht glauben, daß der Feind nicht auch seine Schwierigkeiten hat. Wenn wir die Mannschaftsreserve der mit uns in tätiger Bundesgenossenschaft gegen Deutschland stehenden Völker nehmen, so wird diese doppelt so stark sein wie diejenige Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns und der ihnen verbündeten Länder.

Sinsichtlich der eroberten deutschen Kolonien sagte Lord-George: Die Friedenskonferenz wird bei der Verfügung über sie die Wünsche ihrer Bevölkerungen zu berücksichtigen haben. Wir erklärten es und bleiben dabei, daß wir kein Land erobert haben, wo die Bevölkerung zu einer regierenden Masse gehörte. Wir haben nicht einen einzigen Yard Landes mit deutscher Bevölkerung gefordert. Der Sieg ist das einzige, was die Friedensbedingungen verwirklichen kann. (Beifall.) Ein Bund der Völker, in dem Deutschland durch die triumphierende Militärlaste vertreten wäre, würde eine hohe Postle sein. (Beifall.) Das deutsche Volk soll dort vertreten sein, und deswegen ist der Krieg wichtiger als die Friedensbedingungen. Das war auch der Grund, weswegen die Regierung beschlossen hat, die Arbeiterpartei und das Parlament zu ersuchen, das Land mit den notwendigen Verstärkungen an Kräften auszurüsten. (Beifall.) Darum sagen wir, daß der Sieg die grundsätzliche Bedingung ist, nicht weil er irgend ein niedriges Nachgefühl in der menschlichen Natur, das Verlangen, nur zu strafen, befriedigen soll, sondern weil wir erkennen, daß allein der Sieg die Friedensbedingungen verwirklichen wird. Die Liga der Nationen, in der Deutschland durch eine triumphierende Militärlaste vertreten wäre, würde ein hohles Possenspiel sein. (Beifall.) Das deutsche Volk muß dabei sein. Deshalb ist der Sieg an sich selbst wichtiger als ledigliche Bedingungen. Nur ein Sieg wird diesen Bedingungen Wirklichkeit verleihen. Dies ist auch der Grund, weshalb sich die Regierung nach reiflicher Erwägung entschlossen hat, um erweiterte Befugnisse zu ersuchen, die fre inland setzen sollen, die benötigten Mittel zu verstärken. (Beifall.)

Nach Lloyd-George sprach Asquith. Er behandelte die Kriegsziele und betonte, es müsse mit allen Mitteln, die in der Macht der Alliierten liegen, größere Klarheit darüber verbreitet werden, daß die Kriegsziele darauf hinausgingen, durch einen freien Bund der großen und kleinen Staaten für die ganze Welt Freiheit und Gerechtigkeit zu erlangen und sie zu sichern, selbst wenn dies als Verzicht auf eine beinahe zum Gemeinplatz gewordene Anschauung erscheine. Zweifellos ist deutsches Gold für Zwecke tatsächlicher direkter Verstärkung verschwenderisch ausgegeben worden, aber weit wirksamer — dabei spreche ich nicht nur von Russland, sondern auch von Italien und den neutralen Ländern — ist eine ungeheure, täuschende, aber in höchst gewandter Weise und überzeugungsvoll gestaltete Werbearbeit gewesen. Die Sache der Alliierten bedeutet vielleicht letzten Endes, daß durch eine langsame, schrittweise Entwicklung an Stelle der Gewalt und der Zusammenstöße der ehrgeizigen Bestrebungen der Gruppen der Alliierten und des schwankenden Gleichgewichts eine wirkliche europäische Gemeinschaft tritt, die auf der Anerkennung gleicher Rechte beruht und durch gemeinsamen Willen errichtet und aufrecht erhalten wird. Wir waren entschlossen, dafür den Krieg bis zum Ende durchzuführen. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, alle Völker der Alliierten wie die Neutralen zu dieser Einsicht zu bringen.

Keine Erklärung der deutschen Regierung.

London, 18. Dezember. (Unterhaus.) In Beantwortung einer Rede Trevelhans sagte Lord Cecil, Trevelhan habe verschiedentlich behauptet, daß die Deutschen bereit seien, eine Erklärung über ihre Friedensbedingungen abzugeben. Trevelhan habe darauf hingewiesen, daß sie bereit waren, Briand gegenüber eine solche Erklärung zu machen. Es sei eine regelrechte List der Feinde, derartige Gerüchte in Umlauf zu setzen; aber wenn man versuche, sie festzulegen, stelle sich heraus, daß die Angebote bedeutungslos seien. Raum ein Redner im Unterhause habe es unterlassen, die Deutschen aufzufordern, ihre Bedingungen bekanntzugeben. Asquith habe die Deutschen erst vor ein paar Monaten dazu aufgefordert und seine Aufforderung immer von neuem wiederholt, eine Erklärung über die hauptsächlichste Frage abzugeben, ob sie bereit seien, sich aus Belgien zurückzuziehen und eine Schadensergütung zu zahlen. Sie antworteten darauf mit keinem Worte. Das Haus ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß, als die deutsche Regierung durch eine neutrale Regierung einige Aussicht eröffnete, daß sie bereit sei, irgend eine Erklärung über den Frieden abzugeben, die britische Regierung sofort erwiderte, daß sie bereit sei, auf alles zu hören, was die deutsche Regierung sagen würde, und diese Bedingungen, wie immer sie sein mögen, den Alliierten vorzulegen. Seit jenem Tage bis heute ist von der deutschen Regierung keine Erklärung abgegeben worden. Es ist deshalb ziemlich lächerlich, daß sich Trevelhan ein derartiges Vorurteil gegen sein eigenes Land gestattet.

en Brenta und Piave

Oesterreich und die polnische Frage. 4

Von Professor Dr. Paul Samassa-Wien.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß in den bevorstehenden Verhandlungen mit Rußland auch die polnische Frage berührt wird, und da mag es nützlich sein, einige Mißverständnisse richtigzustellen, die sich bei den Erörterungen über diese Frage in der Presse geltend gemacht haben. Sie beziehen sich in erster Linie auf die Triebfedern der österreichischen Politik in der Polenfrage. Man meint, sie sei von einem unermesslichen Ehrgeiz besessen, und ein Oesterreich, das territorial gewaltig vergrößert, sich nun dem Deutschen Reiche auch im Osten vorlagere, nachdem es schon im Süden von Bregenz bis Oberberg Nachbar ist, erscheint um so mehr als eine mögliche Gefahr in der Zukunft, als man befürchtet, daß die Polen die auswärtige Politik der Donaumonarchie maßgebend beeinflussen würden. Vielleicht spielt dynastischer Ehrgeiz bei der Wiener Politik wohl eine gewisse Rolle, entscheidend war er für die Stellungnahme in der Polenfrage zweifellos nicht. Von Anfang an war hier ein ganz anderes Motiv bestimmend, das vielleicht zu sehr österreichisch ist, als daß es im Reiche so leicht verstanden werden könnte: die Verlegenheit, was man mit Galizien anfangen soll.

Die Polen hatten sich seit Beginn der konstitutionellen Ära in Oesterreich wirklich über nichts zu beklagen. Im Wiener Reichsrat waren sie das Zünglein an der Waage und ließen sich ihre Stimmen immer gut bezahlen; in Galizien machten sie, was sie wollten, obwohl sie, wenn man die zahlenmäßige Mehrheit im Lande besitzt, nicht einmal die führende Polen es immer wieder ausgesprochen, daß sie Oesterreich nur als ein Notdach betrachten, bis das polnische Reich wieder auferstehen werde in Glanz und Herrlichkeit. Die nationale Ideologie hat eben immer allein die polnische Politik bestimmt.

Kaum war der Weltkrieg ausgebrochen, so rannten die polnischen Abgeordneten auch schon am Ballplatz das Haus ein und forderten die Angliederung Kongreßpolens an Galizien, was denn auch vom Grafen Berchtold schleunigst als österreichische Forderung nach Berlin weitergegeben wurde. Kaiser Franz Josef hatte dann aber das gesunde Empfinden dafür, daß derartige Ansinnen nicht ganz zeitgemäß seien, und so wurden die Verhandlungen auf bessere Tage verschoben; der siegreiche Vormarsch der Verbündeten im Frühjahr 1915 und die Eroberung von ganz Kongreßpolen machte die Frage wieder aktuell. Bethmann Hollweg war damals der „austropolnischen“ Lösung geneigt, stellte aber begreiflicherweise gewisse Bedingungen; der inzwischen Minister des Aeußeren gewordene Baron Burian hatte es aber mit Verhandlungen nicht sehr eilig und sagte den Polen, die ihn drängten, man würde Kongreßpolen auch bedingungslos bekommen, man müsse nur warten — Deutschland könne mit Polen doch nichts anfangen. Das klang den Polen zunächst sehr angenehm, später haben sie aber Burian beschuldigt, er habe sie hintergangen, weil er von einer Angliederung Polens an Oesterreich als Maßhant und Schatten Tiszas nichts habe wissen wollen. Sie tun ihm da vielleicht unrecht, er war doch nicht nur der Schatten Tiszas. Sein Plan war, Polen zu Oesterreich in das gleiche Verhältnis zu bringen, in dem Kroatien zu Ungarn steht, also ein „Subdualismus“ statt des Triasimus; dieses Programm ist aber ganz undurchführbar, wenn wirklich ganz Kongreßpolen oder der größte Teil davon mit Galizien vereinigt wird, weil es sich dann um ein Land von etwa 20 Millionen Bewohnern handelt, das dem ganzen übrigen Oesterreich also an Bewohnerzahl gleichkommen würde. Ein solches Land kann man aber nicht als ein abhängiges Anhängsel behandeln, wie dies Ungarn mit Kroatien tut. Das gibt natürlich dem Zweifel Nahrung, ob Burian wirklich an ganz Kongreßpolen gedacht hat oder nur an ein Stück davon.

Die Niederlage von Lucé im Spätfrühling 1916 zwang den Ballplatz dann, sich dem inzwischen geänderten Standpunkt der Berliner Regierung anzupassen. Die galizischen Polen tobten, und auch das Versprechen der Sonderstellung Galiziens vom 5. November 1916 konnte sie nicht beruhigen. Denn an der Sonderstellung in Oesterreich liegt ihnen nichts, weil sie sie ja tatsächlich besitzen; sie wollen im neu erstandenen Königreich die erste Geige spielen. Die Einberufung des österreichischen Parlaments gab ihnen dann Gelegenheit, ihrem Groll auch praktischen Ausdruck zu geben, was jedenfalls den Grafen Czernin anfeuernte, ihre Wünsche möglichst rasch zu befriedigen. Ihr Verhalten wirft übrigens ein bezeichnendes Licht auf die Zukunft, falls es den Polen sehr wider ihren Willen beschieden sein sollte, im österreichischen Parlament zu verbleiben. Die Polen haben sich mit den Tschechen und Südslawen, die aus ihren Entente-Sympathien gar kein Hehl machen, verbündet, die deutschen Abgeordneten waren in die Minderheit gedrängt, mit ihnen aber auch der österreichische Staatsgedanke und die Büdnistreu zum Deutschen Reich. Und da möchte ich einen Irrtum berichtigen, der in vielen Ausführungen

20
44

Erinnerungen an die zweite Haager Friedenskonferenz.

Von dem damaligen zweiten Delegierten Freiherrn v. Machio.

Wien, im Dezember.

Es entbehrt vielleicht nicht eines gewissen Reizes, mitten im Getümmel des Weltkrieges eines Jubiläum des Friedens zu gedenken: denn diesen Herbst sind es zehn Jahre, seit die zweite Haager Friedenskonferenz — ein aus 44 Staaten bestehender Aropag der ganzen sich für zivilisiert haltenden Welt — mit einer stattlichen Anzahl von Konventionen vor das Forum der Öffentlichkeit trat.

Dieselbe hatte unter den erschwerenden Umständen ihres Zustandekommens, ihrer Zusammenziehung und ihres Organisationsmangels in mühevollen Monaten gewiß das Höchstmaß dessen geleistet, was man billigerweise von ihr erwarten konnte. Den ewigen Frieden hat sie allerdings der Welt nicht gebracht, wie es ihr so unglücklich gewählter Name das Publikum erhoffen ließ.

Daher konnte es diese Institution auch nie zu einer gewissen Popularität bringen und mußte sich daran gewöhnen, daß nicht nur bei uns, sondern auch in vielen anderen Ländern der Fluch der Lächerlichkeit auf ihr lastete.

Die meisten „ernsten“ Männer hatten nur ein mitleidiges Achselzucken für einen so prätentiosen Apparat, den sie nur für fähig hielten, leiblichen Genüssen zu fröhnen, von dessen Leistungen auf den umfassendsten internationalen Rechtsgebieten sie aber nicht einmal reden hören wollten. Und man muß es zugeben, die Ereignisse schienen diesen Mörglern recht zu geben. Die Kriege häuften sich, seit die sogenannten Friedenskonferenzen inaugurirt waren, und als man sich daran machte, der Absicht, dieselben alle acht Jahre zu wiederholen, Rechnung zu tragen, ging die Vorbereitungsstätigkeit für die 1915 in Aussicht genommene dritte Konferenz im größten aller Kriege unter!

Bei näherem Zusehen hätte man immerhin herausfinden können, daß nur der hochtrabende Name an diesem Mißgeschick schuld sei: diese Konferenzen wollten und konnten nichts anderes sein als internationale Versammlungen zwecks Kodifizierung gewisser Teile des unvollständigen Völkerrechts. Damit besaßen sie sich tatsächlich und brachten manche mehr weniger nützliche Laborate zustande, allerdings von der Illusion geleitet, daß diese Vereinbarungen in etwaigen künftigen Kriegen wenigstens von deren Unterzeichnern angewendet und zur Wälderung der Kriegssitten beitragen würden. Ein großer Teil der dreizehn Konventionen diente diesem Zwecke; so die Ausdehnung der Genfer Konvention auf den Seekrieg, die Verbesserung der für den Land- und Seekrieg geltenden völkerrechtlichen Regeln, die Festlegung der Rechte und

Pflichten der Neutralen, das Verfahren bei Eröffnung der Feindseligkeiten und andere.

Daß es in der Praxis anders kam, daß jetzt von mancher Seite Jahrhunderte alte Prinzipien des Völkerrechts und erst recht neuere Vereinbarungen mit Füßen getreten, daß die Londoner Seerechtsdeklaration, gewissermaßen eine Komplettierung der zweiten Haager Konferenz, von England gekündigt werden würde, das sind Dinge, die zwar jetzt hinlänglich bekannt sind, damals aber nicht vorausgesehen werden konnten. Weniger bekannt dürfte sein, daß schon das Zustandekommen jener Konferenz ebenso wie deren Verlauf von Erscheinungen begleitet war, die wie Wetterleuchten kommende Ereignisse in der verdüsterten Weltlage ahnen ließen.

War doch diesmal, zum Unterschied von der ersten Konferenz, die Einladung Rußlands und dessen Festhalten am Präsidium von der wachsenden pazifistischen Strömung in Amerika diktiert. Eine Reihe panamerikanischer Kongresse hatten derselben in den vorangegangenen Jahren Nahrung gegeben und schließlich Präsident Roosevelt zu einer Initiative vermocht, welcher zuvorzukommen es Rußland galt, um des Zaren Prestige als den Anreger der ersten Friedenskonferenz zu wahren. Es schien ja ein allen europäischen Mächten gemein-sames Interesse, das Uebergehen des Vorsitzes und damit des Schwergewichtes der Beratungen auf die Vereinigten Staaten zu verhindern. Dies um so mehr als von jenem Kontinent schon bei den Vorbesprechungen der Kabine-te die Abrüstungsfrage in den Vordergrund geschoben wurde.

Keine der europäischen Großmächte war aber damals geneigt, eine so stachelige Frage zur Diskussion in einer Weltkonferenz zuzulassen, und es bedurfte langwieriger Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett, um dieselbe aus dem Programm auszuschalten und sie nur in Form einer unschädlichen Deklaration über die Haager Bühne gehen zu lassen.

Später, während des ganzen Laufes der Verhandlungen, zeigte sich immer wieder das amerikanische Dominierungsbestreben in der Fülle der durch jahrelange systematische Vorbereitung geklärten Vorschläge und Anregungen, welche der Bloß der amerikanischen Staaten, ungeachtet ihrer gegenseitigen Eifersüchteleien, zur Anerkennung zu bringen strebte. Wie wäre das erst geworden, wenn Amerika das Präsidium innegehabt hätte!

Hat man doch wiederholt das Wort gehört: Amerika hält an seiner Monroedoktrin fest; bald wird es an der Zeit sein, daß auch Europa eine Monroedoktrin zu seinem Schutze gegen amerikanische Uebergriffe verkünde.

Wie mahnt diese damalige Situation an das Verhalten, womit Amerika jetzt die Welt überraschte.

Wenn Amerika schon im Haag sich zu so kraftvollen, geeinten Vorstößen zusammensuchen konnte, so mag ihm dies wohl durch die Erkenntnis erleichtert worden sein, daß es gegenüber einem nichts weniger als geeinigten und noch dazu unvorbereiteten Europa leichtes Spiel haben werde. Und in dieser Richtung war es schon vor zehn Jahren der Gegensatz zwischen Deutschland und England, der, ohne je deutlich an die Oberfläche zu kommen, ohne offen besprochen zu werden, doch im Fond der meisten Fragen, welche die Konferenz beschäftigten, speziell in allen seerechtlichen Fragen, schlummerte und welchen alle herausfühlten.

Sch erinnere mich einer Aeußerung des Präsidenten der Konferenz, des damaligen russischen Botschafters in Paris Melidow, man habe ihm in Petersburg gesagt, seine Stellung sei wenig beneidenswert, denn auf der Konferenz würden doch jene beiden Mächte aneinander geraten, und statt der Förderung des Friedens werde ein Krieg zwischen denselben die erste Folge sein.

So erfreulich es war zu sehen, daß ungeachtet dieser unheimlichen Situation das taktvolle und konziliante

Menschheit den Frieden wiedergeben will, weil er der Meinung ist, daß sein Vaterland aus den Banden der englischen Knechtschaft befreit werden muß, weil er im Grunde dieselbe patriotische Idee verfolgt wie Clemenceau, welcher wiederholt schrieb: „Lieber den Tod als die Unfreiheit, welche unsere Seele tötet.“ Vor den Pari-er Geschwornen hat Clemenceau im Zola-Prozeß neben seinem Bruder Albert und dem Advokaten Labori plaidiert und hat in einer glänzenden Rede auf die Unregelmäßigkeiten hingewiesen, welche zur Verurteilung des Kapitäns Dreyfus geführt haben. Er rief in seiner Rede den Richtern zu, indem er auf das Bild des Heilands wies, das den Gerichtssaal schmückte: „Hier haben Sie auch einen unschuldig Verurteilten! Man hat sein Bildnis im Rücken der Richter aufgestellt, damit sein Anblick ihr Gewissen nicht beschweren mag!“ Auch im Kriegsgerichtssaal werden die Militär Richter das Bildnis des durch sein Martyrium geheiligten Heilands im Rücken haben. Und sie werden es nicht sehen!

B. F.

Der Kern des Falls Caillaux.

Mit einem Caillaux-Prozess wurde dieser Krieg eingeleitet. Sollte der Krieg mit dem neuen Caillaux-Prozess auch seinen letzten Akt beginnen? In Frankreich versteht man es meisterhaft, „Fälle“ wie diesen Fall Caillaux so zu verwirren, daß sich niemand mehr darin zurechtfinden kann. Der so ausdringlich angepriesene Licht-Genius Frankreichs fühlt sich in der Politik nur dann wohl, wenn die Morastdünste so dick, qualmig und erstickend geworden sind, daß kein Wahrheitsstrahl sie mehr zu durchdringen vermag.

Auch der Fall Caillaux ist sowohl durch das Anklageschriftstück des Generals Dubail wie durch die zahllosen offiziellen und halb-offiziösen Anklageergänzungen zu einem wirren Gespinnst von Klatsch, Entstellung, Lüge, Selbsttäuschung zusammengeballt. Die Nebensachen sind, romantisch-theatralisch zugestuzt, in den Vordergrund gebracht; die Grundfragen sind kaum noch zu erkennen. Die Franzosen sind glücklich mit ihrem Standal und, wenn sie mit blaugefrorenen Fingern die neuesten Sonderausgaben der klemencistischen Hezypresse an sich reißen, denken sie nicht an den trauernden Magen, die Kohlennot und den sogenannten Verrat Lenins, der ihnen einen recht unruhigen Winter in Aussicht stellt; denn man kennt ja die Rücksichtslosigkeit der „Boches“ und des Ueber-Boche Hindenburg. Die Sache könnte leicht schief gehen, und da ist es gut, wenn man einen neuen Bazaine gleich zur Stelle hat; wenn es diesmal auch nur ein *Bill-Bazaine* ist.

Wir können uns diese Tragikomödie von anderen Gesichtspunkten ansehen. Die Franzosen machen gerne ihre Witzchen über unsere Neigung für das „Objektive“. Diesmal sind wir sehr froh, ganz „objektiv“ sein zu können. Wir erkennen so das Wesentliche im Fall Caillaux, der in Paris zu einem Ambigü-Stück mit Bossen-Einlagen und mit einem vielleicht schauerlichen Schluß gemacht wird.

Das Wesentliche des Falls Caillaux für den Politiker von heute und für den Geschichtschreiber von morgen ist die Frage der französischen Diplomatie. Konnte Frankreich gar keine andere Politik haben als diese Entente-politik, die den Krieg schließlich unvermeidlich machte? Und wenn Frankreich sich vor dem Kriege rettungslos auf diese Politik festgelegt hatte: war es und ist es auch heute noch möglich, sich von dieser Politik wieder frei zu machen? Caillaux will beide Fragen mit Ja beantworten. Die heutigen Gewalthaber mit der Mehrheit des vor dem Kriege gewählten Parlaments antworten mit Nein. Die Regierung stellt sich auf den Standpunkt, daß es ein Verbrechen war, andre politische Anschauungen zu haben als Staatspräsident, Ministerium und Volksvertretung. Caillaux meint wohl, daß Staatspräsident und Ministerien nur als Organ des Nationalwillens etwas bedeuten und daß der Nationalwille heute nicht in einer Kammer und einem Senat seinen Ausdruck findet, die an dem Unheil der letzten Juli- und ersten August-Tage 1914 mitschuldig geworden sind. In jedem Fall appelliert Caillaux an den gesunden Menschenverstand seiner Mitbürger und fragt: „findet ihr, daß dieser Ententekrieg ein gutes Geschäft für uns ist? und wenn nicht: wollt ihr diesem Krieg ein Ende machen?“

Caillaux hat in der Zeit, wo er Frankreichs Politik verantwortlich leitete, den Marokko-Kongo-Vertrag zustande gebracht und rühmt sich, mit diesem Vertrag die Deutschen gründlich geärgert und für Frankreich also einen guten Profit gemacht zu haben. Das klingt nicht nach großer Deutschfreundlichkeit, ebensowenig wie sein Gedanke, Frankreich müsse den Krieg mit den Idealen und den Zielen der Revolutionszeit („natürliche“ d. h. Rheingrenze!) führen, nach sofortiger Friedensgeneigtheit auszieht. Aber Caillaux hat den Satz vertreten, daß sich im Frieden bessere Geschäfte für Frankreich machen ließen, als, trotz aller englischen und sonstigen Sebzehn-Verbandshilfe, im Kriege. Er glaubt 1911 die Wahrheit seines Satzes bewiesen zu haben. Er kann sich außerdem auf die besten Staatsmänner der dritten Republik, auf die Gambetta, Ferry, Bert, auf die Botschaft Saint-Vollier, Courcelles, Herbette, auf Hanotaux, auf Rouvier und auf die Saint-Germain, Etienne, Baudin, Herriot, Nam, Millet, Hubert, Jules Roche, Levoy-Beaulien, auf alle Sozialisten, auf viele Konservative und auf zahlreiche politische Schriftsteller berufen. Die Entente cordiale ist bis zum Kriegsausbruch von vielen — auch nationalistischen — Franzosen gerade deshalb bekämpft, weil sie Frankreich ohne Not verzeigend und einseitig auf die englischen Interessen festlegte und eine freie Entwicklung der Diplomatie von Fall zu Fall unmöglich machte. Das hat sich in den verschobenen Akten der Marokkokrise deutlich gezeigt. Auch die Vertoppelung mit Italien gegen Dejerreich war nicht nach

Die Angelegenheit Caillaux in der Kammer.

Paris, 23. Dezember. (Kammerbericht der Agence Havas.) Vor dicht gefülltem Hause legte Bailant als Berichterstatter in der Angelegenheit Caillaux-Loustalot den Beschluß der Kommission dar und sagte: Wir wollen Gerechtigkeit und Befreiung, aber nicht Rache.

Loustalot verlas eine kurze Erklärung, worin er seiner Entrüstung Ausdruck gab, eines solchen Verbrechens beschuldigt zu sein.

Darauf bestieg Caillaux die Tribüne. Er verantwortete sich gegen die Anklage, eine Annäherung an die Feinde versucht zu haben. Er beteuerte, daß er stets dem Lande gedient habe, und ging dann auf seine Beziehungen zu Solo und zum „Bonnet Rouge“ ein. Seine Erklärungen wurden schweigend angehört. Caillaux beklagte sich weiter über die hohle Haltung des Botschafters in Rom, Barrère, ihm gegenüber und sagte, der Feldzug der Presse in Italien habe begonnen wegen Barrères Beziehungen und infolge der veröffentlichten Neußerungen der diplomatischen Vertreter Frankreichs. Er beklagte sich, nicht, wie der Abgeordnete Lebouff, durch den französischen Botschafter von der in Italien verursachten Erregung und Bewegung verständigt worden zu sein, und fragte, warum denn die italienische Regierung keine Maßregeln gegen ihn getroffen habe, als die französische Regierung erklärte, daß sie ihn als einfachen Bürger ansehe. Caillaux schloß: Vielleicht gibt es geheime Aktenstücke, aber die Dokumente jenes Berichtes sind acht Monate alt. Schon vor acht Monaten hätte man mich auffordern sollen, mich zu rechtfertigen. Darauf kam Caillaux zur Rechtfertigung seiner Politik vor dem Kriege, wobei er rief: „Bedeutet denn in Reich und Glied stehen, alle geistige Unabhängigkeit aufgeben?“ Er verwahrte sich seiner gegen den Vorwurf, daß er ein Bündnis Frankreichs zerstören oder das Zusammengehen mit England habe brechen wollen, und sagte: Alle Anklagen beruhen auf falschen Dokumenten. Wenn ich verfolgt werde, so geschieht es nur, um der öffentlichen Meinung genugzutun.

Zum Schluß verlangte Caillaux selbst die Aufhebung seiner Unverletzlichkeit als Abgeordneter, um alle Verleumdungen vor den Richtern bringen zu können.

Die Sitzung wurde sodann auf nachmittags vertagt.

Paris, 22. Dezember. (Wiedlung der Agence Havas.) Die Nachmittagsitzung der Kammer war lebhafter bewegt als die vom Vormittag. Die ganze sozialistische Gruppe außer zwei Abgeordneten und einigen Sozialistischeradikalen waren abwesend. Die anderen Fraktionen schlossen sich den Feststellungen des Ausschusses an.

Die Meinung der Kammer bei ihrer Zustimmung zum Antrag der Regierung wurde nach der Sitzung von vielen Abgeordneten geprüdelsweise dahin ausgedrückt: Unsere Rolle war uns streng vorgeschrieben. Wir hatten eine Schuld an Caillaux und Loustalot nicht feststellen können. Was sollten wir unter-

suchen? Ihre Unschuld? Die Regierung forderte unter Berufung auf ihre Verantwortlichkeit Gelegenheit, Klarheit darüber zu schaffen, und wir konnten sie ihr nicht verweigern. So hat jetzt die Rechtspflege das Wort. Möge sie unbetrübt durch Leidenschaft von außen zum Wohle aller handeln!

Während der Sitzung der Kammer er suchte Bracé die Kammer, Caillaux' Unverletzlichkeit nicht aufzuheben, denn das hieße einen Feldzug gegen die Republik unterstützen. Ein Grund zur Anklage wegen eines Verbrechens liege gegen Caillaux nicht vor. Redner warf dem Ministerpräsidenten Clemenceau vor, im Heeres auschuß kürzlich eine Rede gehalten zu haben, die ein Abgeordneter als flaumacherisch bezeichnet habe.

Ministerpräsident Clemenceau schilderte in seiner Antwort die Vorgänge im Ausschuß und erklärte, er habe einen sicheren Sieg vorausgesagt.

Bracé verlangte die Vernehmung des Botschafters in Rom Barrère und schloß, man müsse den Bürgerkrieg verhüten, indem man derartigen Streitigkeiten zwischen Franzosen halt gebiete.

Nach kurzen Neußerungen Renaudels, der Clemenceau vorwarf, nicht genügend genaue Angaben gemacht zu haben, wurde die Aussprache geschlossen.

Paris, 22. Dezember. (Wiedlung der Agence Havas.) Die Kammer beschloß mit 417 gegen zwei Stimmen die Aufhebung der Unverletzlichkeit Caillaux' als Abgeordneter und fasste sodann den gleichen Beschluß bezüglich Loustalots durch Handaufheben.

Bern, 23. Dezember. Die gestrige Rede Caillaux', in der er sich eingehend während anderthalb Stunden gegen die wider ihn erhobenen Anschuldigungen verteidigte, machte, wie selbst der Caillaux unfreundlich gestimmte parlamentarische Berichterstatter des „Temps“ feststellen muß, auf die Kammer tiefen Eindruck. Besonders heftig war nach den präzisen Ausführungen Caillaux' die Antwort des Ministerpräsidenten Clemenceau, der sagte: „Ich bin der Chef der militärischen Justiz und in dieser Eigenschaft die einzige Person, die nicht das Recht hat, Caillaux zu antworten.“ Auf einigen Bänken der Rechten sowie desentrums wurde bei diesen Worten gellächelt. Auf den übrigen Bänken, namentlich links, wurden laute erregte Protestrufe erhoben.

Die Nachmittagsitzung verlief noch bedeutend erregter. Clemenceau ergriff wiederholt das Wort. Er wurde von den Sozialisten und Linksradikalen außerordentlich scharf angegriffen.

Renaudel erklärte: „Wir Sozialisten stimmen für die Aufhebung der Unverletzlichkeit Caillaux', weil dies das einzige Mittel ist, Ihre Verantwortlichkeit, Herr Clemenceau, schneller festzustellen.“ Bei diesen Worten erhob sich links stürmischer minutenlanges Beifall.

Genf, 21. Dezember. (Privattelegramm.) Die über die vorgestrigte Kammer Sitzung vorliegenden Debatten der Honorerblätter bekräftigen das, was die Havasnote nur schwach anzuzeigen wagt, nämlich, daß das Ergebnis der Abstimmung vorwiegend der Befürwortung einer Ministerkrise zuzuschreiben sei, keineswegs aber der Ueberzeugung entspricht, daß die gegen Caillaux von diplomatischer Seite vorgebrachten Anschuldigungen volle Beweisraft besitzen. Der einzige unerwartete Zwischenfall war, daß der gegenwärtige Minister des Innern Balm, der vormalige Präsidentschaftskandidat, vom Abgeordneten Brevot aufgefordert wurde, zu bekräftigen, daß ihm von einem hervorragenden Mitglied des Senats bei der französischen Botschaft in Madrid ganz ähnlich mitgespielt wurde wie Caillaux seitens Barrère in Rom. Alles in allem kann man, wie der Honorer „Progres“ schreibt, von einem moralischen Erfolg Caillaux sprechen.

Bern, 22. Dezember. Die gestrige Sitzung der französischen Kammer, die sich bis spät in die Nacht hinzog, war der Erörterung des provisorischen Budgets gewidmet. Die Nachmittagsitzung gab Anlaß zu erregten Zwischenfällen. Finanzminister Klotz und die Sozialisten ergingen sich in heftigen

Reden und persönlichen Ausfällen. Der Sozialist Bedouce erklärte, die neuen Steuern würden Frankreich ruinieren. Die Nachmittagsitzung, über deren Ausgang noch keine Nachrichten vorliegen, dauerte spät nachts immer noch unter sich wackeren Tumulten fort.

24. XII. 1917

57

„Die Regierung der Vereinigten Staaten ist in den letzten Jahren nicht durch das Volk (!) der Vereinigten Staaten verwaltet worden. . . . Das Volk stand draußen, blickte auf seine eigene Regierung, und das einzige, wobei es mitzubestimmen hatte, war die Frage, welcher Gruppe es dabei zusehen wollte; es konnte entscheiden, ob es zusehen wollte, wie diese kleine Gruppe oder wie jene kleine Gruppe es anstellte, um die Herrschaft über die öffentlichen Angelegenheiten in ihre Hände zu bringen. Wer hat je von irgendeiner Sitzung irgendeiner wichtigen Kongresskommission vernommen, bei der das amerikanische Volk als Ganzes vertreten war, und sei es auch nur durch Mitglieder des Kongresses? . . .

Es ist nicht mein Ziel, eine kleine Gruppe von Fachkundigen in Washington hinter verschlossenen Türen sitzen und für mich die Vorsehungsrollen zu spielen zu sehen. Es gibt eine Vorsehung, der ich mich bereitwilligst unterordne. Aber daß andere Männer sich zur Vorsehung über mich aufwerfen, erweckt ernstlichen Widerspruch. . . . Lieber würde ich den Vereinigten Staaten einen Retter ersuchen sehen, ehe ich mich dazu aufwerfe (und nun hat es Wilson zuwege gebracht, sich auf den Retter der ganzen Welt aufzuspielen!), selbst einer zu sein. . . . Wir ist nie ein Mann begegnet, der es verstanden hätte, für mich zu sorgen, und auf diese Erfahrung gestützt, vermute ich auch, daß es keinen einzelnen Mann gibt, der für das ganze Volk der Vereinigten Staaten zu sorgen versteht (Herrn Wilson ausgenommen). . . . Wir können es uns nicht leisten, so regiert zu werden, wie wir in der letzten (?) Generation regiert wurden: durch Männer von einem einseitigen und damit vorurteilsvollen Gesichtspunkt.“

Wilson, der in seinem Lande keinerlei Vormundschaft dulden will —: „Solange ich es verhindern kann, will ich unter keiner Vormundschaft leben.“ „Ich für meine Person möchte keiner Nation angehören, die danach verlangt, durch Vormünder beherrscht zu werden.“ — hat die Kühnheit, sich die Vormundschaft des deutschen Volkes anzumessen.

Wie schön drückt er es einmal aus, daß kein Fremder sich in die Angelegenheiten eines Volkes und seiner Regierung hineinmischen habe: „Ich möchte Recht und Gerechtigkeit, Ehrlichkeit und Menschlichkeit sich in allen Gesetzen der Vereinigten Staaten entfalten sehen, und keine Macht soll zwischen das Volk und seine Regierung treten.“ Sobald jedoch Deutschland in Frage kommt, bekennt er sich nicht mehr zu dieser richtigen Maxime.

Mit Recht hat er es beklagt, daß dem amerikanischen Volke lange Zeit die Gelegenheit fehlte, miteinander Rates zu pflegen, „daß es keine Stätte gab und keine Methode der Aussprache, keinen Austausch von Meinungen und keine Beratung. . . . Dem Geiste dieses Landes gemäß, der Latenz verlangt und bei Worten ungeduldig wird (!), wurde ein Kongreß zu einer Institution, die ihre Arbeit in der Abgeschlossenheit der Kommissionen im Sitzungssaal des Hauses erledigte. Der Kongreß warb zu einer Körperschaft, die Gesetze macht, zu einer gesetzmachenden Vereinigung nicht aber zu einer Versammlung, die debattiert und berät: nicht zu einem Parlament. . . . Ich halte es für eine der Notwendigkeiten des Tages, das Verfahren gemeinsamer Beratung wieder herzustellen und durch sie jenen Modus der heimlichen Verständigungen zu ersetzen, die gegenwärtig die Politik der Städte, Staaten und der Nation bestimmen. Wir freien Männer müssen es lernen, gleich unseren Vorbütern irgendwie und irgendwo zum Rate zusammenzutreten. Und es muß zur Diskussion und zur Debatte kommen, an denen alle teilnehmen. Es muß eine unbeschränkte Debatte sein und ihr ehrliches Ziel muß die Klärung von Fragen und die Ergründung der Wahrheit sein.“

Wie Wilson jedoch diese „Notwendigkeiten“ erfüllt hat, nachdem er das Heft in seine Hände genommen, das arbeitsam deutlichsten aus der Politik der Union seit dem Ausbruch des Weltkrieges bis zu dem heutigen Tage.

Es ist für Wilson besonders bezeichnend, daß er seine wirklich richtigen Grundsätze immer verleugnet, wenn sie in dem Verhältnisse der Vereinigten Staaten zu den Zentralmächten zur Anwendung gelangen sollen. „Kein Staatsmann“, sagt er einmal, „versteht das ganze Land. Und er sollte es sich zur Aufgabe machen, herauszufinden, wo er die notwendigsten Aufschlüsse erlangt, um wenigstens einen Teil des Landes zu verstehen, wenn er komplizierte Geschäfte erledigen will.“

In seinem Auftreten gegen Deutschland und die österreichisch-ungarische Monarchie hat Wilson in keiner Weise das Streben bekundet, die Zentralmächte zu „verstehen“, nein, seine Grundsätze verleugnend trat und tritt er mit dem Selbstbewußtsein des Besteingeweihten auf, der keiner weiteren Belehrung zu seinen Entschlüssen bedarf, wenn es sich um die Beurteilung der Forderungen oder Handlungen der Zentralmächte handelt. Einst wird wohl der Tag kommen, an dem Wilson reumütig seinen schweren Fehler bekennen wird, wie er bezüglich der amerikanischen Verhältnisse sein Sündenbekenntnis abgelegt hat: „Es gab eine Zeit, in der ich ein recht engherziger Provinziale war (wie er heute ein sehr engherziger Angelsache ist), aber glücklicherweise fügten es die Umstände meines Lebens, daß ich nach einem sehr entfernten Teil des Landes übersiedeln mußte; so wurde ich früh gewahr, wie beschränkt meine Kenntnis der Vereinigten Staaten war. (Zu welchem Bekenntnis würde er gelangen, wenn ihn die Umstände für eine Zeit nach Deutschland und in unsere Monarchie führten?) Und ich entdeckte, daß der einzige Weg, auf dem ich Gefühl und Verständnis für die Angelegenheiten der Vereinigten Staaten

erbringen konnte, nur der sein durfte, der mich so viel Teile der Vereinigten Staaten als möglich kennen lernen ließ.“

Kann es eine schärfere Beurteilung von Wilsons Außenpolitik geben als das angeführte Selbstbekenntnis? Herr Wilson würde dann wahrscheinlich auch im Sinne der von ihm so genau definierten Demokratie die Union beherrschen, und nicht, wie er es jetzt tut, die Demokratie bloß als Aushängeschild benutzen. „Die Sorge“, so äußerte er sich einmal, „die auf dem Herzen jedes gewissenhaften Politikers oder Beamten lastet, ist der Gedanke, daß er vielleicht die Wünsche und Notwendigkeiten des nationalen Lebens nicht tief genug erfährt hat. Denn es ist eine Last, daß kein einzelner Mensch sie in ihrer Gesamtheit begreift. Der ganze Zweck der Demokratie ist, daß wir miteinander beraten, daß wir nicht von dem Verständnis eines einzelnen Mannes abhängen, sondern vom Rat aller. Dann nur, wenn viele Menschen gehört werden (Herr Wilson hat, diesem Grundsatz getreu, zuerst Deutschland und sodann uns den Krieg erklärt!) und ihre Bedürfnisse und Interessen darlegen dürfen, nur dann können die vielfältigen Interessen eines großen Volkes zu einer Politik zusammengeschweißt werden, die allen gerecht wird.“

Jawohl, die Gerechtigkeit führt Herr Wilson stets im Munde. Wie er sie aber wahren läßt, das weiß man allzugut. „Ich möchte Recht und Gerechtigkeit, Ehrlichkeit und Menschlichkeit sich in allen Gesetzen der Vereinigten Staaten entfalten sehen, und keine Macht soll zwischen das Volk und seine Regierung treten.“ Sollte Wilson seine Moral bloß in der westlichen Hemisphäre zur Geltung bringen wollen, sie aber, so es sich um die Zentralmächte handelt, in den Winkel stellen? Wäre dies der Fall, dann müßten wir auf ihn seine eigenen Worte anwenden: „Ich fürchte mich vor keinem Verbrecher. Ich fürchte mich vor keinem Schurken. Ich fürchte mich aber vor einem starken Mann, der Unrecht hat und dessen falsche Gedanken durch seine eigene Charakterstärke und seine Macht der Rede anderer aufgezwungen werden können. Wenn Gott es nur so eingerichtet hätte, daß alle Menschen, die im Unrecht sind, Schurken wären, so könnten wir sehr leicht mit ihnen fertig werden, weil sie sich früher oder später doch verraten würden; aber Gott hat unsere Aufgabe schwieriger gestaltet, er hat gute Menschen geschaffen, die Falsches denken. Wir bekämpfen sie nicht, weil sie schlecht, sondern weil sie im Unrecht sind. Wir müssen sie durch eine höhere Kraft überwinden, durch die geistige, herrliche und dauernde Kraft einer besseren Einsicht.“

Wir werden diese „höhere, herrliche und dauernde Kraft“ auch weiterhin bis zum endgültigen siegreichen Ausgange unserer gerechten Sache aufbringen, und werden nicht warten müssen, bis sich „die Schurken früher oder später verraten“.

Woodrow Wilsons Apostasie.

Von Heinrich Bischof.

Budapest, 24. Dezember.

Es ist noch nicht lange her, daß der Präsident der nordamerikanischen Union sein politisches Glaubensbekenntnis vor aller Welt abgelegt hat. Als er ungefähr vor Ausbruch des Weltkrieges seinen Werbezug durch die Staaten der Union machte, da versündete er mit dem Feuereifer des Amerikaners die Prinzipien, zu denen er sich bekannte und denen er allezeit treu zu bleiben wiederholt feierlichst beteuerte. Allein kaum war er im Besitze der Macht, da begann auch schon der Abbrüdelungsprozeß, und je sicherer er sich, zumal nach seiner Wiederwahl zum Oberhaupt des großen Staatswesens jenseits des Ozeans, darin fühlte, umso härter nahm seine Gedächtnisschwäche zu, bis er endlich völlig zerstörte, was er früher angebetet hatte.

Seine eigenen Worte sollen die Berechtigung meines Urteils bezeugen. Indem ich Wilson das Wort leihe, bin ich jeder weiteren Beweisführung enthoben, ich widerspreche sogar dem verlockenden Versuche, auf den Widerspruch zwischen Wilsons Worten und Taten hinzuweisen. Der kundige und verständnisvolle Leser beharf dessen ohnehin nicht.

Die einzelnen Zitate sind den in stürmischen Wahlversammlungen gehaltenen freien Reden Wilsons entnommen, die er sodann unter dem Titel: „Die neue Freiheit“ (ins Deutsche übertragen von Hans Winand, München, 1914) gesammelt und veröffentlicht hat.

Wenn wir bedenken, daß Wilson die größte Einseitigkeit aufwacht, wenn er daran geht, weltbewegende Entschlüsse zu fassen, dann muten uns seine im Brusttone tiefster Ueberzeugung vorgebrachten Anklagen ganz sonderbar an.

Westungarischer - G
0 2

Der Weltkrieg.

Rückblick auf die Tätigkeit der Diplomatie gelegentlich der Friedensverhandlungen.

Jetzt bei Beginn der Friedensverhandlungen mit Rußland ist es vielleicht nicht ohne Interesse einen Rückblick auf die Wachenphasen der Diplomaten zu werfen. Hierzu mögen in chronologischer Folge nachstehende Daten dienen:

1914.

Juni: 28. Ermordung des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gemahlin Herzogin von Hohenberg geb. Gräfin Sophie Chotek.

Juli: 23. Befristete Note Oesterreich-Ungarns an Serbien. — 25. Antwort Serbiens. — 28. Kriegserklärung Oesterreich-Ungarns an Serbien. — 31. Verkündung des Zustandekommens der Kriegserklärung in Deutschland. — Befristete Aufforderung Deutschlands an Rußland wegen der getroffenen Kriegsmassnahmen. — Befristete Frage Deutschlands an Frankreich, ob dieses im Falle des Krieges mit Rußland neutral bleiben wolle. — Keine Antwort Rußlands.

August: 1. Ausweichende Antwort Frankreichs. — Kriegserklärung des Deutschen Reiches an Rußland. — 2. König Viktor Emanuel verleiht in einem Dekret an Kaiser-König Franz Josef, Italien werde entsprechend dem Dreibündnisvertrag seinen Verbündeten gegenüber eine herzliche freundschaftliche Haltung bewahren. — Deutsches Ultimatum an Belgien, Forderung auf Zulassung des Durchmarsches. — 3. Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich. — Kriegszustand zwischen Deutschland und Belgien. — 4. Eröffnung des deutschen Reichstages. — Kriegserklärung Englands an Deutschland. — 5. Kriegserklärung Oesterreich-Ungarns an Rußland. — Kriegserklärung Montenegro an Oesterreich-Ungarn. — 6. Kriegserklärung Serbiens an Deutschland. — 11. Kriegserklärung Montenegro an Deutschland. — 13. Kriegserklärung Frankreichs und Englands an Oesterreich-Ungarn. — 15. Ultimatum Japans an Deutschland. — 22. Kriegserklärung Oesterreich-Ungarns an Belgien. — 23. Kriegserklärung Japans an Deutschland. — 24. Kriegszustand zwischen Oesterreich-Ungarn und Japan.

September: 4. England, Frankreich und Rußland verpflichten sich, nur gemeinsamen Frieden zu schließen.

Oktober: 10. Tod König Karls von Rumänien. — Thronbesteigung König Ferdinand I. — Mitte: Aufstand der Buren in Südafrika. — 16. Tod des italienischen Außenministers San Giuliano. — 25. Besetzung Salonas durch die Italiener. — 30. Kriegszustand zwischen der Türkei und den Verbandsmächten.

November: 5. England nimmt Besitz von

Cypern. — Sonnino Außenminister in Italien. — 14. Sultan Mehmed verkündet den heiligen Krieg.

Dezember: 3. Salandra spricht in der italienischen Kammer von der gerüsteten Neutralität Italiens. — Unterdrückung des Burenaufstandes. — 18. Verkündung der britischen Vorherrschaft über Aegypten. — Ernennung des Prinzen Hussein Kemal zum Sultan von Aegypten.

1915.

Jänner: 13. Graf Berchtold als österreichisch-ungarischer Außenminister enthoben. — Ernennung Baron Burians.

Februar: 4. Deutschland erklärt die Gewässer um Großbritannien und Irland als Kriegsgebiet. — 12. Amerikas Note an Deutschland über die Kriegserklärung. — 16. Deutschlands Antwort. — 13. Amerikanische Note an England über die Benützung neutraler Flaggen durch englische Handelsschiffe. — 18. Englands Antwort. — 22. Amerikas Note an Deutschland für die Freiheit der neutralen Schifffahrt. — 28. Deutschlands Antwort.

März: 1. Frankreich und England erklären die Blockade Deutschlands. — 5. Rücktritt des griechischen Minist.präsidenten Venizelos. — Berufung des Ministers Gounaris.

Mai: 4. Italien kündigt den Bündnisvertrag mit Oesterreich-Ungarn. — 15. Amerikas Note an Deutschland wegen Versenkung der Lusitania. — 18. Deutschlands Antwort. — 21. Oesterreich-Ungarns Note an Italien, in der die Kündigung des Bündnisvertrages nicht zur Kenntnis genommen wird. — 23. Kriegserklärung Italiens an Oesterreich-Ungarn. — 24. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Deutschlands zu Italien. — 26. Das englische Kabinett wird in ein Koalitionsministerium umgewandelt.

Juni: 9. Der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen, Bryan, tritt zurück. — 23. Ernennung Lansing an Bryans Stelle. — 28. Der russische Kriegsminister Suchomlinow tritt zurück. — 29. Note Oesterreich-Ungarns an Amerika wegen der ungleichen Haltung Amerikas gegen die Kriegführenden.

Juli: 28. Friedensaufruf des Papstes Benedikt.

August: 17. Rücktritt des griechischen Kabinetts Gounaris, Wiederberufung des Ministers Venizelos. — 19. Rede Bethmann-Hollwegs über die Entstehung des Krieges. — Antwort Amerikas auf die österreichisch-ungarische Note vom 29. Juli. — 20. Kriegserklärung Italiens an die Türkei. — Eduard Grey spricht über die Rede Bethmann-Hollwegs vom 19. August.

September: 5. Versetzung des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch nach dem Kaukasus. — 8. Uebernahme des russischen Oberbefehles durch Zar Nikolaus.

Oktober: 4. Ultimatum Rußlands, Frankreichs und Englands an Bulgarien; Aufforderung, die Beziehungen zu den Mittelmächten aufzugeben; Ablehnung durch Bulgarien. — 5. Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Verbandsmächte zu Bulgarien. — 6. Rücktritt des Kabinetts Venizelos, Berufung des Ministeriums Zaimis. — 7. Rücktritt des Ministeriums Zaimis, Berufung des Kabinetts Skuludis. — 13. Rücktritt des Außenministers Frankreichs, Delcasse, Berufung Vivianis. — 14. Kriegszustand zwischen Bulgarien und Serbien. — 15. Kriegserklärung Englands an Bulgarien. — 16. Kriegserklärung Frankreichs an Bulgarien. — 19. Kriegserklärung Italiens an Bulgarien. — 20. Kriegserklärung Rußlands an Bulgarien. — Rücktritt des französischen Kabinetts Viviani, Berufung des Kabinetts Briand.

November: 7. Amerikanische Note an England über die Blockade Deutschlands. — 12. Rücktritt des englischen Ministers Churchill. — 30. Neuer Vertrag Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und Rußlands, keinen Sonderfrieden zu schließen.

Dezember: 9. Bethmann-Hollweg spricht im Reichstag über die Kriegslage und die Friedensaussichten. — 14. Amerikas Note an Oesterreich-Ungarn wegen Versenkung des italienischen Dampfers „Ancona“. — 15. Antwort Oesterreich-Ungarns. — 21. Neue amerikanische Note in dieser Sache. — 29. Oesterreich-Ungarns Antwort. (Fortsetzung folgt.)

Der Weihnachtsfriede.

Eine Betrachtung.

Von Dr. Richard v. Krahl.

Wien, am 24. Dezember.

Die Weihnachtsbotschaft der Engel verheißt den Menschen auf Erden den Frieden, wenn sie den guten Willen dazu haben. Welche bedeutungsvolle Mahnung, die alles in den guten Willen setzt! Auch die Gnade Gottes ist durch unseren guten Willen bedingt. Und unser guter Wille erstürmt selbst mit den Waffen des Geistes den Himmel. Er hat uns in langen Kämpfen den Frieden erkämpft. Denn das dürfen wir nun wohl schon aussprechen: der Friede ist nicht mehr aufzuhalten. Die Ungetümme des Hasses, des Neides, der Verleumdung, der Lüge, des Volksbetruges sind vom Geiste der Wahrheit niedergedrungen. Sie liegen am Boden, schlagen wohl noch eine Weile um sich, heulen, zischen, krachen und beißen — um in der Allegorie zu bleiben — aber sie können nicht ernstlich mehr schaden. Oesterreich ist im Wesen vor äußeren und auch vor inneren Feinden gesichert, es hat seine Existenz gewahrt, seine höhere Mission erprobt. Es gibt keinen Panславismus mehr weder an der nördlichen noch an der südlichen Grenze, es gibt keinen Irredentismus mehr, weder im Südwesten, wo man einst von einer Italia irredenta phantasierte, noch im Osten, wo eine Romania irredenta eine schwächere Nachahmung versuchte. Es geht unaufhaltsam weiter, die unerschütterliche Hoffnung ist fast zur Erfüllung geworden. Man muß nur die Wahrheit aussprechen und kräftig betonen. Wir dürfen uns nicht verflüchtigen, indem wir sie durch die Lüge verdunkeln lassen.

Es ist wichtig für die Erkenntnis der Zeit, der Kräfte und Wirksamkeiten, daß wir uns darüber klar werden, wem wir die Hoffnung, die vor Augen liegende Erfüllung des Friedens verdanken. Wie gesagt, dem guten und festen Willen jener Menschen, die einen guten und festen Willen bewiesen haben. Das waren der Papst und die Vertreter der Mittelmächte. Die Versuche jener internationalen Parteien, die sich in Stockholm treffen wollten oder sollten, blieben sehr einseitig, ganz doktrinär und nachgerade völlig wirkungslos. Auch das war nicht wesentlich, welche Partei in Rußland die Regierungsgewalt in die Hand bekam. Wesentlich war, daß der Pazifismus in Rußland, der russische Imperialismus, der nicht notwendig als monarchisch bezeichnet werden muß, durch das Experiment des Weltkrieges zerlegt, aufgelöst wurde. Ob die Regierung in Petersburg, mit der wir den Frieden schließen, monarchisch, parlamentarisch, diktatorisch, föderalistisch, marxistisch usw. ist, das ist uns gleichgültig; wesentlich ist nur, daß sie nicht mehr panrussisch, oder wie man das verschleiend ausdrückte, panslawistisch ist, sondern dem wahren Organismus des aus 150 Nationen bestehenden Reichen entspricht. Das sozial und politische Programm der Bolschewiken und Maximalisten zu prüfen, ist nicht unsere Sache; uns genügt, daß wir die jetzige überlitterte, partikularistische Gliederung Rußlands als die der Wahrheit und Wirklichkeit entsprechende anerkennen. Wir haben Rußland immer so angesehen, wie es sich jetzt aus sich selber darstellt. Gerade so wie wir Italien seinem Wesen nach als ein international beeinflusstes, in sehr verschiedene Volks- teile und Interessengruppen zerfallendes Wesen betrachten und mit wissenschaftlicher Ruhe die nächste Entwicklung dieses Wesens verfolgen werden. Gerade so zerfällt auch die britische Inselgruppe in die vier völlig verschiedenen Gebiete von England, Schottland, Wales und Irland und wird (besonders was Irland betrifft) nur durch einen seit Jahrhunderten währenden blutigen

Kriegszustand notdürftig zusammengehalten. Was sind unsere inneren nationalen Reibungen in Oesterreich gegen den immernährenden Bürgerkrieg in Irland! Wie paradiesisch ist der von allen österreichischen Regierungen geförderte kulturelle Zustand unserer Provinzen, z. B. Böhmens, gegenüber der teuflischen Auszugaugung des elenden Irland durch ein heuchlerisches Herrenvolk! Und diese Leute mit ihrer himmelschreienden, mehr als mittelalterlichen Mißregierung wollen uns gute Oesterreicher Demokratie lehren!

Wenn sich eine Regierung, eine Partei demokratisch nennt, so kann man überzeugt sein, daß sie das tut, um durch diesen Schein ihr volksfeindliches Wesen zu verdecken. Wenn sich eine Partei tolerant oder so ähnlich nennt, so tut sie es, um ihre Intoleranz vergessen zu machen. Wenn sich Leute pazifistisch nennen, so tun sie es, um unter dieser Marke gegen Frieden und Friedensschluß zu wühlen. Man muß die Worte und das Wesen unterscheiden. Die Worte nehmen gerne den Gegensinn an. Aus „Schlicht“ wird „schlecht“. Die unsozialsten Intinkte werden sozial genannt. Dann heißt es: Wir nennen uns Demokraten, also sind wir es. Wer nicht mit uns ist, der ist gegen die Demokratie. Wollt ihr das sein?

Das Christentum ist, wie schon dessen begeisterter Prolog, das Magnifikat der Muttergottes, lehrt, eine Offenbarung der gottverliehenen Würde des Volkes. Darum sind wir Christen für das Volk, aber wir sind nicht für die Demokratie der amerikanischen Milliarden, die das ganze Staatswesen geaust haben. Wir sind nicht für die Demokratie der englischen Parlamentsherrschaft, dieser Oligarchie, die Irland, Aegypten, Indien entrechtet und knechtet, wir sind nicht für die Demokratie der französischen Advokatenregierung, die nirgends die Stimme des wahren Volkes zur Geltung kommen läßt. Wie man nach 1867 in der ganzen Welt, etwas übertreibend, „die Freiheit wie in Oesterreich!“ verlangte, so können wir heute mit mehr Recht allem pseudodemokratischen Humbug gegenüber sagen: Wir in Oesterreich haben mehr Freiheitlichkeit, mehr Demokratie, das heißt, mehr Volkstum, mehr volksfreundliches Staatswesen als irgendeine andere schöne Gegend der Welt. Kein Land der Erde behandelt seine Hochverräter so grundgemäßlich, wie wir das tun. Das können wir uns freilich nur deshalb leisten, weil wir unserer Sache sicherer sind als manche andere Staaten, weil wir wissen, daß unsere Hochverräter im Durchschnitt mehr harmlos sind und daß man sie also nicht gar zu tragisch zu behandeln braucht. Von einigen Ausnahmefällen abgesehen, vergleiche man nur unsere österreichische Geschichte etwa mit der englischen, die wir alle aus dem trefflichen Shakespeare kennen.

Das junge Christentum der Weihnacht hat die Würde des Volkes und des Volkstums geoffenbart, als der messianische Davidssohn oder Menschensohn (was nach dem biblischen Sprachgebrauch dasselbe ist) in der Mitte des Volkes, unter den Hirten geboren wurde. Es war eine großartige soziale Neugliederung der Gesellschaft — *deposuit potentes et exaltavit humiles* — Gott hat die Stolzen und Uebermütigen geschlagen und die Demütigen erhöht. Das war allerdings eine Demokratie ohne Parlament, ohne allgemeines Wahlrecht. Als Volksführer, als Volksherrzog galt nach dem altdeutschen Geliand Jesus Christus selbst. Schon die erste Christengemeinde hat freilich den Versuch eines ungegliederten Kommunismus als verfehlt anerkennen müssen, aber die christliche Caritas blieb als christlich-soziale Grundtugend neben und über Glaube und Hoffnung. Die Sitte des Beschenkens zu Weihnachten hat diesen Sinn ausgleichender Tugendübung. Wir Oester-

reicher und unsere treuen Bundesgenossen, wir beschenken diesmal die Welt zu Weihnachten mit dem Frieden. Unsere Schuld ist es nicht, wenn die Weihnachtsgabe nicht von allen angenommen wird. Die neue politische Welt, die sich aus diesem Weltkrieg erheben wird, muß sich in anderer Weise der Weihnachtsbotschaft beugen, als der hinterhältige Pazifismus, wie er vor dem Kriege betrieben wurde. Eine internationale Haager Konferenz, in welcher die internationalste Macht mit ihrem internationalsten Vertreter, dem Papste, keinen Sitz hat, ist natürlich ein Widerspruch in sich selbst, und so konnte sie nur das Gegenteil des Friedens aus sich heraus erzeugen.

Darum ist denn auch dieser Krieg ganz anders ausgegangen, als diplomatische, militärische, ökonomische Weisheit sich gedacht hat. Der göttliche Weltenlenker war noch viel genialer als unsere genialen Staatsmänner, Seerführer, Organisatoren. Der Weltkrieg war die Tat Gottes durch die Menschen, durch Gute und Böse, Wahre und Lügnerische. Das Christkind hat unsere Siege gesiegt, hat uns Königreiche verbündet und erobert, und hat uns zur rechten Zeit durch seinen Statthalter den imperatorischen Imperator des Friedens verkünden lassen. Es erhebt sich aus all dem Chaos der Widersprüche und Verwirrungen ein neues Imperium des Ausgleichs, der Verständigung, nicht der Imperialismus englischer, amerikanischer oder sonstiger Handelsringe, sondern, ob wir nun wollen oder nicht, das Imperium der siegreichen christlichen Ideen, denn schließlich ist es doch der Geist, die Wahrheit, die Redlichkeit, die Liebe, die alle Sieger und Unterlieger besiegt: *Christus vincit, Christus regnat, Christus imperat.*

Gebietes, ohne Lasten, die der Feind auf sie wälzt, ohne Demütigung auch, und diese Möglichkeit wird eine Anziehungskraft ausüben, die kein Widerstand verstockter Regierungen aufzuhalten vermögen wird. Die Weihnachtsbotschaft von Brest-Litowsk ist eine Botschaft der Erlösung an die gequälte Menschheit.

In der entscheidenden Frage, der Grundbedingung des demokratischen Friedens, waltet nun zwischen den Verbündeten und Rußland volle Übereinstimmung: daß es ein Verständigungsfriede sein muß, ein Friede ohne Annexionen und Kontributionen. Die Mächte des Vierbundes, also Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, sind mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewalttätige Gebiets-erwerbungen und ohne Kriegsenttädelung einverstanden und erklären feierlich ihren Entschluß, unverzüglich einen Frieden zu unterschreiben, der diesen Krieg auf Grundlage der vorstehenden, ausnahmslos für alle kriegsführenden Mächte in gleicher Weise gerechten Bedingungen beendet. Das ist, endlich, eine offene Erklärung, die jede Hinterhältigkeit ausschließt, die Erklärung, deren Mangel den Staatsmännern der Entente seit einem Jahre den Vorwand zur Aufpeitschung der Kriegseidenschaft, zur Fortführung des Krieges bietet. Die Anerkennung dieser Friedensformel haben die Sozialisten der Mittelmächte unausgesetzt betrieben, aus der Erkenntnis für sie gekämpft, daß ihre Annahme die einzige Möglichkeit gibt, zum Frieden zu gelangen, bevor sich alle Völker verblutet haben, und weil sie die einzig gerechte Friedensbedingung ist, die dem eigenen Lande ebenso nützt, wie sie die Notwendigkeiten der anderen achtet. Mit derselben Genugtuung wie der Führer der russischen Delegation können die Sozialisten der Mittelmächte die Erklärung, die Graf Czernin im Namen der Verbündeten gab, als einen gewaltigen Fortschritt begrüßen, als die Anerkennung der Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, als einen Fortschritt auf dem Wege des allgemeinen Friedens. In das Gemirr von territorialen Fragen, das, einzeln betrachtet und einzeln zur Lösung gestellt, schier unentwirrbar wäre, ordnet sich in dieser Formel in natürlicher Weise, und vor allem ist damit die Frage beantwortet und gelöst, die das schwerste Hindernis zu bilden schien: die Frage Belgiens. Gibt doch die von den Russen angeregte und von den Verbündeten nicht zurückgewiesene Schaffung eines „besonderen Fonds“, aus dem die Verluste der „feindlichen“ Privatpersonen beglichen werden sollen, sogar die Möglichkeit, jene Wiedergutmachung des durch den neutralitätswidrigen Einmarsch in Belgien angerichteten Schadens zu bewirken, auf die bekanntlich Wilson den größten Nachdruck legt. Daß die Verbündeten vorläufig nur die völkerrechtswidrigen Gewaltakte sehen wollen, die im eigenen Gebiet den Zivilangehörigen des Gegners zugesügt wurden, ist allerdings ein wichtiger Unterschied; aber den Grundsatz der Schadenspflicht für völkerrechtswidrige Gewalttaten einmal angenommen, wird er sich auf das „eigene Gebiet“ wohl nicht beschränken lassen. Auch die Einschränkung der Nichtannexion auf die Gegenwart und die Erlöschung dieser Verpflichtung, wenn sich die übrigen kriegsführenden ihr nicht in „angemessener Frist“ anschließen sollten, steht, wenn wir da auch die Bedenken weiter hegen, die wir gegen diese „Verwahrung“ immer geäußert haben, dem allgemeinen Frieden, der jetzt abgeschlossen werden kann und werden soll, nicht hindernd im Wege. Was die Entente immer gefordert und auf dessen Unterlassen sie sich immer berufen hat, das hat sie nun in dieser Erklärung deutlich, rückhaltlos und genau so vor sich, wie sie es heißen zu müssen vermeint hat. Sollte es also nicht möglich sein, daß sich in ihren Auffassungen jene Wendung vollzieht, die den ehrenhaften und gerechten Frieden annimmt, statt einem nebelhaften und höchst unwahrscheinlichen Siege nachzulaufen? Die Völker der Entente werden diese Botschaft mit gierigen Sinnen vernehmen, und auf ihre Frage, die sich dann mit Macht und Kraft erheben wird, auf die Frage, wofür denn der Krieg fortgeführt werden soll, wird keiner der Staatsmänner der Entente eine Antwort geben können. Der Weg zum allgemeinen Frieden scheint sich zu öffnen.

Weit auseinander gehen die russischen Auffassungen und die der Verbündeten in allem, was das Selbstbestimmungsrecht der Nationen angeht und daraus sich ergibt. Getreu den Grundsätzen und Beschlüssen der Revolution verlangt die russische Abordnung, daß das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ein die politische Ordnung des europäischen Staatenlebens bestimmender Faktor werde, demnach als ein Grundsatz betrachtet wird, der in der Ordnung dieses Krieges, in dem Friedensvertrag zu bekräftigen sei. Sie schlägt deshalb vor, daß die nationalen Gruppen, die vor dem Kriege nicht selbständig waren, über die Zugehörigkeit zu dem einen oder dem anderen Staate oder über ihre staatliche Selbstständigkeit durch Volksabstimmung selbst entscheiden sollen. Unter diese „nationalen Gruppen“ würden vor allem die nicht-russischen Völker Rußlands fallen, Polen, Kurland, Litauen, vielleicht auch Mazedonien; und die Ablehnung dieses Vorschlages ist demnach nicht recht begreiflich. Offenbar geschieht sie in der Hauptsache wegen der Befürchtung, daß der Grundsatz auch eine Anwendung auf Oesterreich erheischen könnte und demnach zu einer internationalen Lösung von Fragen drängen würde, die in der Ueberschreibung der Staats-

idee als innerstaatliche Fragen erachtet werden. Ob der Vorschlag der Russen auch dahin zielt, ist aber nicht so leicht zu erkennen. Aus dem gleichen Beweggrund wird auch der Vorschlag abgelehnt, den Rechten der nationalen Minderheiten durch internationalen Vertrag Schutz zu gewähren; auch das scheint dem Vierbund eine bloße innerstaatliche Frage, wobei der Einwand, daß die Verleihung von Schutz ein Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Völker wäre, nicht ernst zu nehmen ist. Mit der größten Entschiedenheit wird von Deutschland die Rückgabe seiner Kolonien begehrt, und wenn auch die Russen anerkennen, daß dieses Verlangen „den von ihnen entwickelten Grundsätzen entspreche“, so wird hier vornehmlich an die Vernunft, an die Einsicht und an die Gerechtigkeit der Gegner appelliert. Vollständige Übereinstimmung herrscht auf der Friedenskonferenz darüber, daß dem blutigen Kriege kein Wirtschaftskrieg folgen dürfe, daß die Beendigung des Krieges ein Zeitalter des sittlichen Friedens auf allen Gebieten eröffnen müsse.

Es war der heißeste Wunsch der Sozialisten der Mittelmächte, und darauf waren alle Bemühungen des Proletariats gerichtet, aus den Verhandlungen mit Rußland den allgemeinen Frieden hervorgehen zu lassen. Mit der erzenen Kraft der Revolution wird die Fahne des allgemeinen Friedens erhoben und an alle Menschen und Völker des Erdballs ergeht der Anruf, sich um diese Fahne zu scharen, um die rote Fahne des demokratischen Friedens, der den blutigen Zwist zwischen den Völkern und Staaten schließt und die grausamste und schrecklichste Verwirrung des Menschengeschlechts beendet. Mit schmerzlicher Resignation sagt der Papst, daß seine Bemühungen fruchtlos geblieben sind. Hinter dem Verständigungsfrieden, der nun in den Umrissen formuliert ist, stehen aber die Völker selbst, steht vor allem das Proletariat wie Rußlands so auch Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, und zu ihm werden nun auch die Völker des Westens stoßen. Eine Hoffnung leuchtet auf, und von der Menschheit, die so viel gelitten hat, weicht die Verzweiflung. Möge der Weihnachtsbotschaft die Erfüllung rasch folgen!

Die Weihnachtsbotschaft von Brest-Litowsk.

Auf dem Wege zum Frieden, zum wirklichen, zum allgemeinen Frieden, ist in Brest-Litowsk ein großer Schritt getan worden. Die russische Delegation, deren Gewicht damit bedeutsam hervortritt und die sich schon dadurch als das friedensbewegende Element kennzeichnet, hat am Samstag der Friedenskonferenz einen vollständigen Vorschlag für einen allgemeinen, gerechten, für alle in gleicher Weise annehmbaren Frieden vorgelegt. Die Verbündeten haben die russischen Vorschläge am Weihnachtstag mit einer ausführlichen Erklärung beantwortet, und wenn auch zwischen den russischen Punkten und der Antwort der Verbündeten noch wesentliche Differenzen obwalten, so konnte die russische Delegation doch feststellen, daß nach ihrer Ansicht die Antwort der Verbündeten die wirkliche Möglichkeit bietet, sofort zu Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden unter den kriegsführenden Staaten zu schreiben. Auf Vorschlag der russischen Delegation wurde beschlossen, die Verhandlungen für zehn Tage, das ist bis zum Abend des 4. Jänner, zu unterbrechen, damit den Völkern, deren Regierungen bisher abseits geblieben sind, die Möglichkeit geboten sei, sich mit den jetzt aufgestellten Prinzipien eines solchen Friedens bekanntzumachen. Mit großer Umsicht sagt die russische Erklärung: den Völkern, die den Krieg ebenso verabscheuen wie wir alle, ihn ebenso hassen und nach dessen Beendigung leuchten, ein gewaltiger, ein tiefer sein wird, ist nicht zu bezweifeln. Zum erstenmal erblicken sie die Möglichkeit, das graue, sinnlose Gemisch in ehrenhafter Weise endigen zu können, ohne Schmälerung ihres

27. / XII. 1917.

27
07

Eine Weihnachtsbotschaft des Papstes.

„Der Selbstmord Europas.“

Rom, 26. Dezember. (Stefani).

Der Papst empfing das Kardinalskollegium zur Entgegennahme der Weihnachtswünsche. Der Kardinal Vincenz Bannutielli, Erster Dekan des Kollegiums, verlas eine Ansprache, auf welches der Papst folgendes antwortete:

Ihnen, Herr Kardinal, und allen Brüdern, Ihren hervorragenden Amtsgenossen, deren bereiteter Dolmetsch voller Ansehen Sie waren, sind wir dankbar für den Trost, welchen uns die Worte gebracht haben, die die Wünsche des Heiligen Kollegiums begleiteten. Schon daran gewöhnt und durch den göttlichen Willen dazu ansehend, die Freude des süßesten Festes durch Traurigkeit verringert zu sehen, seufzen wir, indem wir zum vierten Male in Kriegstagen die Jahresfeier der Geburt des heiligen Christ besagen. Wieviel Seelen sehen wir, die wir zum Hirten dieser Herde bestellt sind, heute im Schmerz! Wir fühlen wie Paulus einen scharfen Schmerz, weil unsere auf die Befriedigung der Völker gerichteten Bemühungen vergeblich gewesen sind, und weil wir die von uns an die Führer der kriegsführenden Völker gerichtete Einladung haben ins Leere fallen sehen. Von Tribünen mit größerer Autorität hätte man einige der hauptsächlichsten Grundlagen einer Vereinbarung verkündet, die geeignet waren, die allgemeine Verständigung zu entwickeln. Wir hatten sie einfach ausgenommen, um die Häupter der kriegsführenden Staaten einzuladen, sie zum Gegenstand besonderer Prüfung zu machen, zu dem Zweck, möglichst bald dahin zu gelangen, die Sehnacht zu erfüllen, die im Herzensgrund der ganzen Welt ruht. Uns trübt der Gedanke, daß unserer Aufforderung zum Frieden, die nicht nur auf unmittelbare Wirkungen abgezielt hatte, vielleicht verglichen werden kann mit dem Samenkorn, von dem der göttliche Meister uns lehrt, daß „das Samenkorn nur treibt, wenn es durch die Wärme der Erde gesprengt worden ist“. Insbesondere waren wir gestärkt durch das Bewußtsein des Rechts und der Pflicht, die uns obliegt, die Friedenssendung Jesu Christi im Schoß der Welt fortzusetzen.

Kein Hindernis, keine Gefahr schienen uns in Stande zu sein, unsern Willen zu brechen, der Pflicht zu gehorchen und das Recht dessen zu üben, der den Friedensfürsten vertritt. Beim Anblick der Auswüchse blühender Nationen, die in den Wahnsinn wechselseitiger Herabwürdigung verfallen sind, und in der Sorge vor dem Selbstmord Europas fragten wir uns mit Trauer: „Wann denn und wie wird dieses fürchterliche Trauerspiel enden?“

Ihr Wort, Herr Kardinal, kam im rechten Augenblick, und wir stimmen Ihrem Urteil bei, das, indem es den gegenwärtigen Kampf der Nationen im Lichte des Glaubens betrachtet läßt, Ihnen die Ueberzeugung brachte, daß der gegenwärtige Jammer kein Ende nehmen wird, bevor die Menschen zu Gott zurückkehren. Wächte der Trost, den wir aus den Worten schöpfen, mit denen das Heilige Kollegium durch den Mund seines erhabenen Führers seine Weihnachtswünsche uns darbrachte, in Wahrheit das Anzeichen besserer Tage sein! Wir beschränken uns nicht darauf, anzuerkennen, wie wichtig die Rückkehr zu Gott ist. Lassen Sie uns auch mit dem glühendsten Wunsche des Herzens die Stunde der heilbringenden Rückkehr der Gesellschaft unserer Zeit zu der Schule des Evangeliums beschleunigen. Wenn die Blinden von heute wieder sehen werden, wenn die Tauben wieder hören, wenn aller Irrtum ausgelöscht und alles Ueberebene geegnet sein wird, wenn mit einem Wort der Mensch und die Gesellschaft zu Gott zurückgekehrt sein werden, dann und nur dann wird alles Fleisch das Heil des Herrn schauen — *videt omnis caro salutem dei* —. Das ist die große Lehre, welche die Kirche uns durch die Worte der Liturgie dieser heiligen Tage wiederholt. O, daß doch jeder in den Schoß des Herrn zurückkehre, der da wünscht, daß seine rührende Hand anhalte, o, daß die unglückliche Menschheit sich auf sich selbst besinne, o, daß sie zum Herrn zurückkehre! So wie die Ausschweifung einst verlorene Stämme in ein Meer von Feuer warf, so hat in unseren Tagen die Gottlosigkeit des öffentlichen Lebens die Welt in ein Meer von Blut getaucht. Aber über den Finsternissen, welche die Erde umhüllen, leuchtet das Licht des Glaubens noch hoch und ruhig. Rufen wir also den Söhnen unserer Zeit mit der Stimme der alten Propheten zu: Kehrt zurück, kehrt zurück zu dem Herrn, und um zum Herrn zurückzukehren, braucht Ihr nur nach Bethlehem zu gehen mit der Einfachheit der Hirten, braucht Ihr nur der Stimme zu lauschen, die vom Himmel zu der göttlichen Reize herniederklingt. O Christusfrieden, teuer jedem Zeitalter, das dich besaß! Und wieviel teurer würdest du unserem Zeitalter werden, das dich schon so lange verloren hat! Aber der Friede, verkündet durch die Engel von Bethlehem, will weder Haß noch Rache, noch Habsucht, noch Blutbad. Das ist die Stimme der Milde und der Vergebung, das ist eine Verheißung, das ist sogar ein Preis, der den Menschen, die guten Willens sind, verkündet worden ist. O, daß diejenigen es nicht vergäßen, welche in der Wiederkehr des Weihnachtsfestes eine Aufforderung erblickten, zum Herrn zurückzukehren, indem sie nach Bethlehem gehen!

Wir werden jenseits Bethlehem in den heiligen Spuren Christi wandeln. Der jahrhundertalte Wunsch unserer Ahnen ist erfüllt worden. Das heilige Land, in dem das Blut vergossen wurde, durch das wir erlöst sind, ist von neuem dem Christlichen Glauben wiedergegeben worden. Jerusalem richtet an Gott einen Hymnus der Dankbarkeit und der Liebe. Die jüngsten Ereignisse, die sich in der Stadt Jerusalem zugetragen haben, laden auch die Völker zur Rückkehr zu Gott ein. Denn zu Jerusalem war es, wo derjenige gesegnet wurde, der sich dahingab nicht im Namen der Armeen, sondern im Namen des Herrn.

Ein hochverräterisches Buch.

Von Dozent Professor Edward v. Weichheimer.

Der Mann, der ein solches Buch schrieb und jetzt als flüchtiger Hochverräter im Lager unserer Feinde weilt, heißt Dr. Eduard Beneš, ehemals Privatdozent für Soziologie an der tschechischen Universität in Prag. Den Titel eines Privatdozenten und außerdem die pompöse Bezeichnung „Generalsekretär des tschechisch-slowakischen Nationalrates in Paris“ führt Beneš auch heute noch auf seiner soeben in London erschienenen hochverräterischen Schrift: „Bohemia's case for independence“). In diesem von Haß gegen die Dynastie, gegen Ungarn, die Deutschösterreicher und das Deutsche Reich erfüllten Nachwort erhalten die Anschauungen, nach denen die Tschechen, besonders in jüngster Zeit, praktisch im politischen Leben vorgehen, in krassester Form ihre literarische Begründung. Schon aus diesem Grunde ist es nötig, die Arbeit dieses ehemaligen tschechischen Privatdozenten, des Lehrers der tschechischen Universitätsjugend, näher in Augenschein zu fassen. Es ist anzunehmen, daß er schon vor seiner Flucht durch solche Lehren den Sinn der heranwachsenden Hochschulschüler vergiftet und getrübt habe, sie zu Feinden der Monarchie und ihres Bestandes zu erziehen. Daß Beneš den Schwundel mitmacht, die tschechischen Bestrebungen unter „tschecho-slowakischer“ Etikette zu propagieren, braucht weiter nicht runderzunehmen. Was mit dieser Fälschung bezweckt wird, liegt zu sehr auf der Hand, um noch einer Widerlegung zu bedürfen. Unsere Slowaken haben im Weltkrieg an der Front und im Hinterlande tadellos ihre Schuldigkeit getan, ihr Staatsgefühl in korrektester Weise betätigt. Herr Beneš läßt sich dadurch nicht beirren; auf eine Büge mehr oder weniger kommt es ihm ja nicht an.

Unter der Flagge des bekannten Henry Wickham Steed, der ihn den „vorzüglichen Mitarbeiter“ Professor Malaryks nennt und sein Buch als „zeitgemäß“ bezeichnet, tritt Beneš vor die Öffentlichkeit Englands, Frankreichs und Italiens. In dem Geleitbrief, den ihm Steed als Vorwort mit auf den Weg gibt, läßt er sich von dem Engländer die Notwendigkeit der Schaffung eines unabhängigen selbständigen tschecho-slowakischen Staates, wofür er in seinem Buche eine Lanze bricht, als im Interesse unserer Gegner gelegen, beiseite schieben.

Doch nicht immer, und das mag hier sofort hervorgehoben werden, war der ehemalige tschechische Privatdozent ein Anhänger solcher Grundsätze. Noch 1908, unmittelbar nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Oesterreich, bekannte er sich in seinem Werke: „Le problème autrichien et la question tchéquie“ (Paris 1908) zu gerade entgegengesetzter Ansicht. „Man hat“ — sagt er da — „oft von der Auflösung Oesterreichs gesprochen. Ich glaube nicht daran. Die geschichtlichen und wirtschaftlichen Bande, die die österreichischen Nationen miteinander verbinden, sind zu mächtig, als daß diese Auflösung vor sich gehen könnte. Das allgemeine Wahlrecht und die Demokratisierung Oesterreichs, besonders Böhmens, werden das Terrain zur Beruhigung der nationalen Kämpfe ebnen.“ Das Wählen und Aufwählen der Entente in dem tschechischen Teile Böhmens hat jedoch bei ihm, wie überhaupt im Wesen seiner Landsleute, eine tiefgehende Umwandlung der politischen Meinungen hervorgerufen. Blödsinnig ist die Zertrümmerung der Monarchie unvermeidlich, und dieser Ueberzeugung gibt er nicht nur in dem vorliegenden, englisch geschriebenen Buche Ausdruck. Schon vorher, 1916, hatte er an das französische Volk sein Büchlein: „Détruisez l'Autriche-Hongrie!“ mit dem Untertitel: „Le martyre des tchécoslovaques à travers l'histoire“ gerichtet, das fast gleichen Inhalts mit der breiter ausgeführten englischen Ausgabe ist. Er soll sich aber, wie es heißt, mit seinen giftsprühenden Darlegungen auch an die italienische Nation gewandt haben, woraus unzweifelhaft hervorgeht, daß er diesen drei Gliedern der Entente die Gründung eines selbständigen tschecho-slowakischen Staates historisch und politisch mündgerecht machen wollte. Liegt auch kein Beleg dafür vor, wie man in Italien über diese hochverräterischen Pläne der Beneš und Genossen dachte, so ist nach allem, was von dort zu uns herüberbringt, mit Gewißheit anzunehmen, daß sie mit vollster Sympathie begrüßt wurden. Zur Englands Stellung hierzu ist Steed der literarische Zeuge und für Frankreich Georges Vielmont in seiner Schrift: „L'intérêt de la France et l'intégrité de l'Autriche-Hongrie“, die dem „glorreichen, unabhängigen Böhmen der Freundin Frankreichs“ gewidmet ist, und wo das selbständige tschecho-slowakische Reich als „Pivot“ der französischen Politik auf den Ruinen Oesterreich-Ungarns bezeichnet wird.

Beneš begnügt sich nicht mit dem bloßen Eintreten für die Unerläßlichkeit der Aufrihtung des nationalböhmischen Staates. Mit geradezu zynischer Offenheit gesteht er die im Laufe des Krieges von den tschechischen Regimentern begangenen Hochverrätereien ein. Er macht kein Hehl daraus, daß sie die Reihen der Armee verließen, um der Entente zum Siege zu verhelfen, aus deren Händen man sich dann das heißersehnte Geschenk des tschecho-slowakischen Staates holen wollte. Beneš enthält dann auch mit verblüffender Rückhaltlosigkeit die ganze Verschwörung, die sogleich nach Ausbruch des Krieges gegen die Monarchie ins Werk gesetzt wurde, um ihr und Deutschland im Vereine mit unseren Feinden eine vernichtende Niederlage zu bereiten. Nach ihm leuchtete es den Führern der Tschechen sofort ein, daß die Politik Deutschlands und Oesterreich-Ungarns nur auf der Vernichtung der Tschecho-Slowaken beruhe und der Sieg der Mittelmächte ihren definitiven Untergang bedeuten würde. Eine allgemeine feindliche Stimmung ergriß das tschechische Volk. Unfähig, aus Mangel an genügender Vorbereitung eine regelrechte Revolution herauf-

zubeschwören, mußte man sich des Hilfsmittels des passiven Widerstandes bedienen. Dazu gehörte, daß alle politischen Parteien entschlossen waren, Oesterreich keine Treue mehr zu halten, daß die Zeitungen trotz Zensur feindselige Artikel brachten, die Bevölkerung keine Kriegsanleihe zeichnete und es unterließ, der Regierung Lebensmittel zu liefern, um, wie sich Beneš klar genug ausdrückt, „den finanziellen und wirtschaftlichen Bankrott der Monarchie“ herbeizuführen. Die tschechischen Soldaten aber — und das bezeichnet der Verfasser des Buches als den wichtigsten Dienst für die Entente — weigerten sich systematisch, zu marschieren und für die Monarchie zu kämpfen. Mit Nachdruck werden die Alliierten aufmerksam gemacht, in wie wirkungsvoller Weise dadurch im ersten Jahre des Krieges zu den Niederlagen der österreichisch-ungarischen Waffen beigetragen wurde und daß damit die Handhabe gegeben war, allmählich die ganze Armee zu desorganisieren. „Man muß sich im einzelnen“ — äußert Beneš — „die Haltung der tschechischen Soldaten vom ersten Augenblick des Krieges an vor Augen halten, um den Anteil zu begreifen, den sie am Scheitern der österreichisch-ungarisch-deutschen Pläne hatten.“ Ferner rühmt er, daß vom ersten Tage der Mobilisierung an die Reservisten der kleinen Städte und des Flachlandes offen ihren aufrehrerischen Geist zur Schau trugen und erklärten, daß sie ihre Waffen gegen die Offiziere und die Deutschen kehren würden. Alle über sie verhängten Strafen hatten nur den einen Erfolg, daß sie bei erster gegebener Gelegenheit auf dem Schlachtfelde zu den Russen übergingen. Mit Stolz nennt Beneš das 11., 28., 35., 36. und 88. Regiment, das aber bei dem Versuch, überzugehen, von preussischer Garde und ungarischen Honvéds in ein Kreuzfeuer genommen wurde. Nach seiner Berechnung haben sich von 600.000 Tschecho-Slowaken bis Anfang 1916 bei 350.000 Mann den Russen und Serben ergeben. Er läßt auch nicht unerwähnt, daß diese eidbrüchigen Soldaten durch ihren Verrat den Rückzug der Russen aus Galizien weniger verhängnisvoll gestalteten und schließlich zur Niederlage der Urrerigen bei Tomahow führten.

Zur Begründung solcher Fahnenflucht wird in dem Werke von Beneš eine in den düstersten Farben gehaltene Leidensgeschichte der Tschecho-Slowaken vor den Augen des Auslandes entrollt. Mit drei Feinden, heißt es da, hätten sie immer zu kämpfen gehabt. Bis zum 15. Jahrhundert mit den Deutschen, dann mit den Habsburgern und schließlich mit den traditionellen Verbündeten der Germanen, den Magyaren, die sich die Anzerrung der Slowaken zum Ziel gesetzt hatten. „Es ist bezeichnend“, fügt Beneš dieser Feststellung hinzu, „daß heutzutage diese drei Gegner als die bösesten Feinde der Menschheit gelten: die Geschichte der Tschechen aber zeigt, daß dem immer so gewesen. Wenn jetzt Europa unter der deutsch-österreichisch-ungarischen Brutalität stöhnt, so darf nicht vergessen werden, daß die tschecho-slowakische Nation darunter 1200 Jahre gelitten hat.“

Uns interessiert hier natürlich in erster Reihe, wie Beneš von Ungarn spricht. Vor allem trachtet er — hierin in Uebereinstimmung mit dem des Ungarischen mächtigen, aber italienisch schreibenden vermittelnden Slowaken Armando Sodnig („L'Ungheria o i Magiari nella guerra delle nazioni“, Mailand, 1915) — die angebliche Legende von der Freiheitsliebe der Magyaren zu zerstören, die ihnen in der Welt so viele Sympathien einbrachte. Sie seien, sagt er, die grausamsten und rücksichtslosesten Unterdrücker, die sich vom Wiener Hofe nur emanzipiert haben, um die „Genfer“ der in ihrem Reiche lebenden Nationalitäten zu werden. Die Magyaren denunziert er als den dritten großen Verbrecher dieses Krieges, und wenn der Tag der Strafe anbricht, der kommen wird, dann darf Europa auch ihrer nicht vergessen. Denn nicht allein Oesterreich muß aufgeteilt werden, sondern vor allem auch Ungarn, und zwar nach dem Nationalitätsprinzip. Ungarn soll auf das Jogenannte „Magyar Hungary“ beschränkt werden. Die englische Ausgabe des Buches von Beneš bringt auch eine Karte, die einen Begriff davon gibt, wie er sich die Aufteilung der Monarchie vorstellt. Die französische Zensur war weniger nachsichtig als die englische, denn sie verbot, wie Beneš selbst mitteilt, die Veröffentlichung dieser Karte. Um die Alliierten, für die unser Autor nicht minder wie seine zu Hause gebliebenen Landsleute schwärmt, für die neue Einteilung der Monarchie und vor allem für die Selbständigkeit des tschecho-slowakischen Reiches zu begeistern, werden ihnen die ganz hervorragenden Vorteile geschildert, die sich ihnen aus einer solchen Gestaltung böten. Dabei wendet Beneš den Trick an, daß er von dem Reichtum und der Verbrauchsfähigkeit ganz Böhmens in einer Weise spricht, als wenn dort nur Tschechen wohnen würden und nicht die Deutschen daselbst die größten Faktoren der wirtschaftlichen Produktion wären. Nach diesem Rezept kann man eine Vorstellung von dem Entgegenkommen gewinnen, das die Tschechen jüngst allen Bewohnern des ihnen auszufeiernenden Königreichs Böhmen in Aussicht stellten.

In einem „Appell an die Mächte der Entente“, der das Schlußkapitel des Buches von Beneš bildet, beschwört dieser Hochverräter noch einmal mit dem Aufgebot seiner ganzen Berechnung unsere Gegner, ihrer Verdienste um die Alliierten eingedenk zu sein und sie zu befreien. „Wir kennen — ruft er ihnen zu — die Habsburger und wissen, was uns erwartet, wenn Europa uns nach dem Kriege in der Hand unserer Feinde läßt.“ Er sieht sonst in der Gegenwart sich das Schicksal seiner Vorfahren nach der Schlacht am Weißen Berge wiederholen. Daher beendet er seinen Appell mit den ungläublichen Worten: „Vernichtet Oesterreich-Ungarn! Nehmet den Habsburgern die Möglichkeit, ihre verhängnisvolle Rolle fortzusetzen! Befreiet die österreichischen Slawen! Vereint die Tschecho-Slowaken und die Jugo-Slawen! Befreiet endlich Euer Interesse, begreift das Interesse Europas, begreift das Interesse der Menschheit.“

Nach unserer günstigen Kriegslage und dem vorausichtlich nahen Friedensschlusse mit Rußland könnte angenommen werden, daß sowohl Beneš wie seine ihm gleichgesinnten Landsleute ernüchert worden seien. Aber noch sprechen keine sichtbaren Anzeichen für eine Dämmernng solcher Erkenntnis. Die Tschechen wagen es allerdings nicht, das „Vernichtet Oesterreich-Ungarn“ laut in die Welt hinauszurufen, aber im Grunde bedeutet ihr Verlangen nach einem selbständigen tschechisch-slowakischen Reiche mit Einschluß Mährens, Schlesiens und von Länderstücken aus dem Körper Ungarns daselbe, was der Hochverräter Beneš anstrebt. Die Tschechen können dessen gewiß sein, daß ihre Hirngeispinne gleich Seifenblasen früher, viel, viel früher vergehen werden, als die aus dem Kampfe für ihre Existenz siegreich hervorgegangene österreichisch-ungarische Monarchie. Beneš hat sein Buch für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Böhmens umsonst geschrieben. Mit dieser Ausgeburt tschechischer Utopientriebe ist es vorbei. Was diese Hochverräter vom Kriege erwarteten, hat eben der Krieg vernichtet.

Das Recht der nationalen Gruppen und der Frieden.

Die zehn Tage, die von den zwei friedensbereiten Mächtegruppen bei den Friedensverhandlungen zu Brest-Litowsk den kriegswilligen Mächten als Frist gestellt wurden, diese zehn Tage der Besinnung werden geschichtlich berühmt werden wie die hundert Tage Napoleons. Sie sind für die Welt schicksalsschwanger, denn sie entscheiden darüber, ob ein sofortiger, allgemeiner, demokratischer Frieden kommt und der Menschheit das unabsehbare Unheil eines Gewaltfriedens erspart wird. Einen allgemeinen demokratischen Frieden hat die russische Delegation für gegeben erklärt, auch wenn der dritte Punkt ihrer Forderungen nicht sofort und nicht im Friedensschluß selbst verwirklicht wird.

Dieser dritte Punkt betrifft das Selbstbestimmungsrecht jener Nationen und Nationsteile, die bis zum Kriegsausbruch ihren eigenen Staat nicht besaßen haben. Solch „nationaler Gruppen“ zählen beide Kriegsparteien in gleicher Weise: England hat sein Irland, sein Indien und zahllose unterworfenen Völkerschaften in allen Teilen seines Reichen, Frankreich sein Algier und Marokko; von den Mittelmächten ist Oesterreich-Ungarn eine Summe solcher Gruppen, die Türkei beherrscht Armenier, Araber und viele andere Völker, Deutschland hält in Europa bloß an seinen Randgebieten Fremdvölker im Besitz: im Westen etwa 200.000 Franzosen, im Norden 150.000 Dänen, im Osten mehr als drei Millionen Polen. Die offene Frage dieser Nationen berührt beide Kriegsteile, England vielleicht am empfindlichsten, Deutschland vielleicht am mindesten, für Oesterreich aber ist sie die Schicksalsfrage. Ueber sie äußerte sich die russische Abordnung wie folgt: „Den nationalen Gruppen, die vor dem Kriege politisch nicht selbständig waren, wird die Möglichkeit gewährleistet, die Frage der Zugehörigkeit zu dem einen oder dem anderen Staate oder ihrer staatlichen Selbständigkeit durch Referendum zu entscheiden.“ Eine freie Volksabstimmung, an der auch die Ausgewanderten und Flüchtlinge teilzunehmen hätten, solle über die staatliche Stellung dieser Gruppen entscheiden. Graf Czernin antwortete im Namen der Vierbundmächte: Diese Frage könne nicht zwischenstaatlich geregelt werden, sie sei im gegebenen Falle von jedem Staate mit seinen Völkern selbständig auf verfassungsmäßigem Wege zu lösen. Diese bedeutsame Einschränkung hat die russische Abordnung nicht gehindert, anzuerkennen, daß die Vierbundmächte „die Prinzipien eines allgemeinen Friedens ohne Annexionen aufgenommen“ haben.

Dieser Teil der Verhandlungen berührt Oesterreich-Ungarn am nächsten, er betrifft den bekanntesten Kriegsvorwand der Entente — Vorwand deshalb, weil er von den gleichen, gleich ungelösten Fragen des eigenen Landes absteht — und jene ernste Kriegs-

ursache, die Oesterreich und Ungarn durch die Ungelährtheit ihrer nationalen Probleme schon geraume Zeit geboten haben. Der Ausweg, der in Brest-Litowsk zur Verhandlung steht, sagt mit unzweideutigen Worten: Diese Frage soll nicht durch das völkerrechtliche Zwangsmittel des Krieges und nicht durch die äußere Politik geregelt werden, sondern bleibt der inneren Politik jedes Staates vorbehalten, diese Nationen sind auf den inneren Verfassungskampf verwiesen.

Viel unstritten wird diese Antwort immer bleiben: gesättigte nationale Gruppen werden sie eifrig billigen, unbefriedigte leidenschaftlich anfechten. Darüber ist kein Zweifel. Der Gesichtspunkt aber, unter dem sie uns heute zu betrachten nötig scheint, ist der folgende: Es handelt sich um hundert und mehr Völker, es handelt sich da um ganze Reiche wie Indien mit seinen dreihundert Millionen Einwohnern und jeder der kriegsführenden Teile findet für jede seiner Sünden am Feinde sein Gegenstück. Der Gedanke, der bei Kriegsbeginn noch einige Wahrscheinlichkeit hatte, der Gedanke, dieses Chaos von Fragen durch das Schwert zu lösen, ist heute absurd geworden. Es ist undenkbar, den Wassengang so lange fortzusetzen, bis er in diesem Punkte eine nennenswerte Wirkung zeitigt, es ist nicht nur undenkbar, sondern unmenschlich zugleich. Außerdem ist diese Menschenschlächtere unter dem Vorwand der Völkerbeglückung im höchsten Grade überflüssig. Die innerstaatliche Entwicklung weist allenthalben untrüglich auf den Weg der Demokratie und diese verbürgt auch den kleinsten Nationen splittern das unerlässliche Maß freier Entwicklung. Die innerstaatliche Entwicklung des heutigen Rußland, diese auf unabsehbare Zeit vorbildliche Entwicklung zum Völkerbundesstaat, wird in der ganzen weiten Welt alle jene Probleme rasch lösen, die der Krieg in Wirklichkeit nicht entfesselt, sondern vielmehr gebunden hat. Darum scheint uns die Verweisung der nationalen Gruppen auf den innerstaatlichen Verfassungskampf nicht bloß ein durch den Abscheu vor dem Kriege und durch dessen praktische Ergebnislosigkeit gegebener Notausweg — überdies ist der Beweis der Nutzlosigkeit des Schwertes in der Geschichte ein höherer Kulturgewinn der ganzen Menschheit als jedes noch so begründete nationale Recht — sondern ein wirklich gangbarer und zuverlässiger Weg zum Ziele.

Wenn damit manche nationalstatische Mission und ein gewaltiges Stück Kriegsideologie überhaupt zerstört wird, eine sozialistische Ideologie zerstört dieser Ausweg nicht. Wer heute das Baseler Friedensmanifest nachliest — leider unterlassen dies viele Sozialisten — findet dort mit aller Deutlichkeit den Zeitgedanken ausgesprochen und auf alle Staaten angewendet: Die Lösung der nationalen Probleme bleibt der innerstaatlichen Verfassungsarbeit vorbehalten und das Proletariat hat allerorts die Pflicht, an ihr im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker mitzuarbeiten! Diesen Vorbehalt und diese Pflicht machen sich die russischen Sozialisten zu eigen, sie schreiten mit der größten nationalen Opferbereitschaft an das Werk, Rußland zum Bundesstaat autonomer Nationen zu machen, sie setzen dabei der Gemeinschaft einen engen, den Einzelvölkern einen weiten Machtkreis, und wenn die Kraft der arbeitenden Klassen Rußlands ausreicht, die inneren Vorherrschaftsgelüste der großrussischen Bourgeoisie niederzuhalten, so wird im nahen Osten

ein ungeheurer Freistaat als Bund freier Volksstaaten entstehen, hinter dem die Vereinigten Staaten von Amerika bald politisch, wirtschaftlich, sozial und national weit zurückbleiben müssen. Die Arbeiterklasse Rußlands, selbst mit dem Aufgebot aller geistigen und physischen Kräfte bemüht, der Welt den Frieden und ihren heimischen hundert Völkern die Freiheit zu geben, handelt recht, indem sie auf der Völkerbefreiung durch Bajonette nicht beharrt und den Völkern der Welt dafür das leuchtendste Beispiel der Selbstbefreiung bietet.

Wenn wir von unserer Seite dem ersten vornehmenden Satz Czernins zustimmen, so haben wir ihn um so fester bei dem zweiten zu fassen. Wenn die Frage der staatlichen Zugehörigkeit nicht zwischenstaatlich geregelt werden kann, dann folgt umsomehr, um so gebieterischer, umso dringender, daß sie innerstaatlich ohne Verzug gelöst werden muß! Czernin meint, sie sei „im gegebenen Falle“ von jedem Staate zu lösen. Der Fall war bei uns längst gegeben, schon lange vor dem Kriege, als sich an ihn im Inland die Leidenschaften, bei den feindlichen Bourgeoisien die Appetite entzündeten, die niemals in diesem Maße wach geworden wären, wenn bei uns die nationale Ordnung — sie ist naturnotwendig eine internationale — längst getroffen wäre. Die Jahrzehnte währende Verschleppung unserer Verfassungseinrichtungen hat nicht nur namenlose Verwirrung der Geister verursacht, sondern auch ungezählte Tausende blühendster Menschenleiber gelöst. Der Fall ist vor allem heute gegeben, wo die innere internationale Ordnung zugleich eine Erleichterung und Beschleunigung des Friedensschlusses und eine Bürgschaft der Friedensdauer ist. Und der gegebene Fall ist vielleicht morgen schon versäumt, wenn der Bundesstaat freier Volksstaaten in Rußland auf einem unerhörten Maßstab lebendige Wirklichkeit geworden ist, wir jedoch noch mit böhmischen und ungarischen Grafen, mit Regnikolardeputationen, mit Ausgleichsjunkten und Reziprozitäten uns herumschlagen sollen! All das staatsrechtliche Brimborium, mit dem wir uns seit fünfzig und mehr Jahren quälen, kann über Nacht alter Plunder sein! Wir wissen nicht, ob Czernins politische Einsicht, die bisher manche politische Probe bestanden hat, so weit reicht, einzusehen, daß kein schlimmeres und gefährlicheres Experiment für unseren Staat erdacht werden kann als jenes, das jetzt gemacht wird: wieder die grundändernde Verfassungsreform hinauszuziehen und zu verschlampen. Man täusche sich nicht: das Schwert befreit nicht, es bindet; in der Stunde aber, wo es verwahrt wird, erwachen die inneren Verfassungsprobleme mit stürmischer, mit unbändiger Gewalt — dann aber werden wir die niederschmetternde Erfahrung machen, wieder hinter der Welt um eine Idee zurück und sie noch einmal einzuholen außerstande zu sein!

29. III. 1917

74

Sur Weihnachtsansprache des Papstes.

Wien, am 28. Dezember.

Vor genau hundert Jahren, nach der Periode der Napoleonischen Kriege, nach unaufhörlichen Kriegszügen mit Menschensterben und Landverwüstung, nach dem Niederbruch von Reichen, der Verjagung von Fürsten, der Neuorganisation von Völkern und der Wiederauflösung dieser Neuorganisationen, nach dem Sichtbarwerden eines Durcheinanders von Religions- und Rechtsanschauungen, nach verhängnisvollen Triumpfen von Aufklärungs- und Revolutionsideen — schrieb der französische Graf und Minister des Königs von Sardinien Joseph de Maistre sein später berühmt gewordenes Buch „Vom Papst“. Es ist eine Art Appell: „Zurück zur Religion, zum Christentum!“ an die damalige Gesellschaft — nachdem man gesehen habe, zu welchen Entartungen eine religionverachtende Gesellschaft komme. Die Geschichte zeige, daß jene Perioden Europas und besonders auch Frankreichs Perioden des Glanzes, der Fruchtbarkeit, der Leistung, des Ruhmes gewesen seien, wo nicht nur das Geistesleben, sondern auch das ganze politische und staatliche Leben christlich orientiert, von religiösen Ideen inspiriert, von Männern wie Karl dem Großen, wie Peter dem Einsiedler und St. Bernhard (Kreuzzüge), von Gestalten wie Bossuet und Fenelon beherrscht gewesen sei. Wollte Frankreich, solle Europas Politik wieder Größe gewinnen, so müsse der Priester darin wieder eine Hauptrolle spielen und zu den schönsten Adelsaufgaben gehöre es dieserhalb beispielsweise, dem Klerus an die Seite zu treten, ihm auch direkt tüchtige Glieder zuzuführen. Man habe in der Ära der Revolution und Napoleons eine Erschütterung aller Ordnung, ein Unsicherwerden aller Rechtsverhältnisse erlebt; die Dinge würden aber so lange nicht nur nicht besser, sondern schlimmer, als man Staat und Recht auf wechselnde menschliche Ideen, auf die Laune von Massen und die Willkür von Despoten, statt auf die göttliche Wahrheit des Christentums baue. Nur Autoritäten, die sich in dieser Wahrheit verankerten, könnten gute und dauernde Autoritäten sein. Deshalb sei ein Sich-Anlehnen der weltlichen Herrscher und Minister an den Papst als den äußeren Repräsentanten und Ort der christlichen Wahrheit in ihrem ureigensten Interesse selbst gelegen. — Ähnliche Gedanken verfolgten schon früher und auch nach de Maistre eine Reihe deutscher Romantiker wie Adam Müller, Schlegel, Brentano, Novalis, Stolberg. Bekannt ist der herrliche Auf-

satz von Novalis: „Die Christenheit oder Europa“, der mit erschütternder Eindringlichkeit die Folgen der Auflösung von Kultur und Politik von Kirche und Papsttum zeichnet, der voller Heimweh ausschaut nach den Herrschaftsperioden des Katholizismus, nach den Glanzzeiten Roms, „wo Rom selbst die heilige Residenz der göttlichen Regierung auf Erden war“, „wo die Fürsten ihre Streitigkeiten dem Vater der Christenheit vorlegten, ihm willig ihre Kronen und ihre Herrlichkeit zu Füßen legten“. Novalis faßt seine Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Wiedereinsetzung des Christentums und seiner autoritativen Vertretung gerade auch in die inner- und zwischenvölkische Politik im Interesse der Ueberwindung der Zeitübel zusammen in die Sätze: „Wer weiß, ob des Krieges genug ist, aber er wird nie aufhören, wenn man nicht den Palmenzweig ergreift, den allein eine geistliche Macht darreichen kann. Es wird so lange Blut über Europa strömen, bis die Nationen ihren fürchterlichen Wahnsinn gewahr werden, der sie im Kreise herumtreibt, und von heiliger Musik getroffen und besänftigt, zu ehemaligen Altären in bunter Vermischung treten, Werke des Friedens vornehmen und ein großes Liebesmahl als Friedensfest auf den rauchenden Walstätten mit heißen Tränen gefeiert wird. Nur die Religion kann Europa wieder aufwecken und die Völker sichern und die Christenheit mit neuer Herrlichkeit sichtbar auf Erden in ihr altes, friedensstiftendes Amt installieren.“

Nach 3 1/2 Jahren Weltkrieg und Weltkriegsoffenbarungen sind alle Voraussetzungen gegeben, um wieder ähnlich über die Bedeutung des Christentums für die Gesellschaft und die Politik zu denken wie die de Maistre und Novalis vor hundert Jahren; um wieder ebenso nachdrücklich die Anerkennung des Papstes auch als ersten politischen Faktors zu verlangen. Tatsächlich fehlt es nicht an eindringlichen Hervorhebungen dieser Art innerhalb des katholischen Lagers. Aber auch Außenstehende haben angefangen, mit Achtung und Vertrauen zur alten Kirche und speziell auch zu ihrem Oberhaupt emporzuschauen. Seine Deutung der Kriegursachen, die tiefer und wahrer als alles, was von privaten Geistesgrößen darüber philosophiert wurde; seine eiserne Neutralität in einer Zeit, wo alle Akademien und Konsistorien von den Leidenschaften und Chauvinismen des Tages abhängig wurden; seine großzügige Caritas, die unermülich die Kriegswunden zu mindern sucht; seine unermüliche Friedenspropaganda im Interesse der Rettung der kulturellen Suprematie Europas — seine Friedenspropaganda selbst gegenüber der Gefahr von Attentaten durch die

Kriegshezer —, haben sein moralisches Ansehen und seine Position ganz außerordentlich gehoben.

Aber der Papst hat doch noch entfernt nicht jene praktische Stellung und jenen praktischen Einfluß, der ihm als dem ältesten Herrscher der Welt, als dem Oberhaupt der zahlreichsten Gemeinschaft, als dem Repräsentanten derjenigen religiös-sittlichen Organisation, der die Menschheit das Wertvollste und Dauerndste ihrer Kultur verdankt, gebühren würde. Entspricht es, wir sagen nicht dem, was Katholiken, sondern nur dem, was Außenstehende, wie Macaulay, Ranke, Gregorovius, Guizot, Ancillon, Hermann Grimm, Harnack über die ungeheuren Verdienste des Papsttums um die Menschheit und seine fortgesetzten Leistungen für diese bekannt haben — daß unsere Telegraphenbureaus und Zeitungen den Enunziationen des Papstes oft so wenig Aufmerksamkeit schenken. Ueber die Vorgänge an den Börsen von London, New-York und Chicago erfolgt genaue Berichterstattung; die rhetorischen Leistungen der unverantwortlichen Schmöcke der Havas oder Stefani, der Reuters oder Northcliffe werden wortgetreu depeeschirt; wie Korngold-Opern in Berlin aufgenommen werden, wird eingehend geschildert; die Interviews mit Duzendpolitikern, die das Heute an die Oberfläche der parlamentarisch-diplomatischen Wogen bringt und das Morgen wieder in schweigenden Tiefen begräbt, werden ungeklärt wiedergegeben: nur Erklärungen der ersten Größe auf diesem Planeten werden wie Dinge dritten und vierten Ranges behandelt, die man teilweise „kürzen“, teilweise überhaupt ignorieren darf. Es ist erfreulich, daß die Regierungen des Vierbundes die diplomatischen Noten des Papstes so beantwortet haben, wie es des Papstes würdig ist; ist es nicht grobe Mißachtung, daß die Entente, die Belgrader und Cetinjeer Noten sicher nie unbeantwortet ließ und die sicher Wert legt auf Takt und Noblesse im diplomatischen Verkehr selbst mit Halbnegernstaaten, daß die Entente die Friedensnote des Papstes nicht nur sachlich, sondern auch formell ignorierte?

Der Papst klagt in seiner diesjährigen Weihnachtsansprache an die Kardinalle über die Mißachtung seiner Worte und seiner Mission durch verschiedene kriegsführende Völker. Der große Friedensprediger glaubt hinter dem Nein der Kriegsverlängerer den Geist der Christusgegnerschaft, des Bösen erblicken zu müssen. Sicherlich ist das Nein gegenüber dem Papste für die Neinsager selbst viel schädlicher als für den Papst. Dieser wird wohl in seiner Mission gehindert, jene aber schneiden sich ins eigene Fleisch. Der Papst vertritt die Ideen und Gesetze der christlichen Offenbarung; diese aber sind zugleich die tiefsten Lebens- und Naturgesetze der Menschheit; sie können nicht mißachtet werden, ohne daß die Mißachtenden selber auf die Dauer schwersten Schaden nehmen. Die Menschen sind unsterblich; sie finden erst im Jenseits die volle Vergeltung für ihr Gutes und Böses. Die Völker und Staaten als solche sind sterblich; sie werden schon hienieden gerichtet. Staaten sind dem Niedergang geweiht, deren Leiter grundsätzlich die tieferen Gesetze der Menschheit mißachten. Ein Sprichwort sagt: Qui mange du pape en meurt — wer vom Papste isst, der stirbt davon. Es ist natürlich nicht von der Verletzung des Papstes als einer Person, als vielmehr von der Verletzung der von ihm repräsentierten Geistes- und Rechtsordnung gemeint. Es ist beruhigend für die Angehörigen der Mittelmächte, sich politisch im Einklang mit den Bestrebungen des Oberhauptes der Christenheit zu wissen. Die Katholiken der friedensfeindlichen Ententemächte aber sollten sich unaufhörlich fragen, ob eine Politik, die im Widerspruch mit den Ideen und Gesetzen des Christentums, ihren Heimalstaaten auf die Dauer Segen, nicht viel eher Fluch und Schande bringen muß.

Legationspost *Abmühl*
29./XII. 1917 75

Die bisherige Einigung von Brest-Litowsk.

Die Westmächte lehnen die Teilnahme an den Friedensverhandlungen ab.

Die bisherigen Verhandlungen in Brest-Litowsk haben, so kurz sie bisher gedauert haben, schon ein erfreulich günstiges Ergebnis gezeitigt. Der Festlegung des allgemeinen grundsätzlichen Rahmens der Friedenspunktation ist in wichtigen Punkten bereits eine vorläufige Einigung gefolgt, in anderen ist, wie die ausgegebene amtliche Mitteilung feststellt, eine derartige Annäherung erzielt, daß die Hoffnung auf Erzielung eines Einvernehmens auch in diesen begründet ist. Der türkische Vertreter Halki Pascha kleidete dies in die Worte, daß sich die von ihm bei Eröffnung der Konferenz geäußerte Hoffnung, das Werk bald einem befriedigenden Ende zugeführt zu sehen, nicht als zu früh erwiesen habe. Die schwierigen Fragen, welche der dreieinhalbjährige Krieg aufgeworfen habe, seien fast alle diskutiert und geprüft worden. Man könne sagen, daß die Mehrzahl derselben heute auf dem Wege zu einer praktischen Lösung sei. Und der Führer der russischen Delegation stellte fest, daß die begonnenen Verhandlungen ein guter Anfang seien und die Erwartung zuließen, daß der verheerende Krieg ein baldiges Ende finden möge.

Die vollständige Übereinstimmung wurde erzielt in bezug auf:

1. Die Wiederherstellung des Vertragszustandes zwischen Rußland und dem Vierbund auf Grund der Meistbegünstigungsklausel, und Wiederherstellung des diplomatischen Verkehrs.
2. Aufhebung der Ausnahmsbestimmungen für Staatsangehörige des anderen Teiles.
3. Ersatz an Staatsangehörige des anderen Teiles für außerhalb des Kriegsgebietes erlittene Schäden.
4. Gegenseitige Freilassung und Heimbeförderung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.
5. Rückstellung beschlagnahmter Handelsschiffe.
6. Wiedereröffnung des Handelsverkehrs und des organisierten Warenaustausches.

Ein wichtiger Dissens besteht in bezug auf die Räumung der besetzten Gebiete und die dort vorzunehmende Volksabstimmung, betreffend die zukünftige Staatszugehörigkeit. Die russische Deputation begehrt die vorherige militärische Räumung aller gegenseitig besetzten Gebiete und will dann eine formale Volksabstimmung; in den abstimmenden Gebieten dürfe kein anderes Militär als höchstens Nationalgarde anwesend sein.

Die Mittelmächte stehen hingegen auf dem Standpunkt, daß die Räumung der besetzten Gebiete erst nach vollendetem Friedensschluß und nach der russischen Demobilisierung zu erfolgen habe und der Volkswille in Polen, Litauen, Kurland, Teilen von Estland und Livland in bezug auf die volle staatliche Selbständigkeit bereits durch gültige Kundgebungen zum Ausdruck gekommen und höchstens noch eine Bekräftigung der bereits erfolgten Postrennungserklärungen durch eine Volksabstimmung möglich sei, über deren Zeitpunkt und Form eine besondere Kommission entscheiden solle; die allge-

meine Bestimmung bezüglich der militärischen Räumung solle auf diese Gebiete nicht Anwendung finden, doch solle bei der Abstimmung „militärischer Druck in jeder Weise ausgeschaltet sein.“

Die Russen verharren auf dem Standpunkte, „daß als tatsächlicher Ausdruck des Volkswillens nur eine solche Willenserklärung betrachtet werden kann, die als Ergebnis einer bei gänzlicher Abwesenheit fremder Truppen in den betreffenden Gebieten vorgenommenen freien Abstimmung erscheine“, lehnen aber nicht prinzipiell die Vierbündelformel ab, sondern verlangen nur eine klarere und genauere Formulierung.

Das sind in der Tat Ergebnisse, die zu erfreulichen Hoffnungen für die am 4. Jänner erfolgende Wiederaufnahme der Plenarsitzungen berechtigen.

Während in Brest-Litowsk die praktische Friedensarbeit dank des guten Willens aller Beteiligten rüstig vorwärtsschreitet, verharren die Westmächte in kalter, verbissener Ablehnung. Im Namen Frankreichs hat Pichon vorgestern in der Pariser Kammer eine Erklärung abgegeben, die nach einem pharisäischen Gewäsch über Frieden, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit, die Frankreich durch die Fortführung des Krieges „bis zum Siege“ sichern wolle, in eine strikte, unzweideutige Ablehnung des von Brest-Litowsk erfolgten Friedensanbotens ausklang. Pichon ging bereits so weit, offiziell das Tisch Tuch zwischen Frankreich und Rußland zu zerschneiden, indem er sich weigert, von der russischen Regierung und der russischen Delegation in Brest-Litowsk Friedensvorschläge entgegenzunehmen und auf „unmittelbares Hervortreten der Mittelmächte“ mit der Bereitwilligkeit der Unterwerfung durch Abtretung Elsaß-Lothringens und Schadengutmachung, also mit der Bereitwilligkeit, einen Frieden der Annexionen und Kontributionen zugunsten Frankreichs annehmen zu wollen, dringt; der indirekte russische Friedensvorschlag „verdient aber nicht, erwogen zu werden“!

Nachdem durch die Punktationen von Brest-Litowsk die Zukunft Belgiens als Streitgegenstand ganz ausgeschaltet worden ist, schrumpft das politische Kriegsziel der Westmächte auf die Beznahme Elsaß-Lothringens zusammen. Ob das englische Volk, in dem die Vernunft allgemach zu ihrem Rechte kommt, Lust hat, für ein solches französisches Phantom die Riesenopfer eines aussichtslosen Krieges zu tragen? Man wird sehen.

So viel ist deutlich: Die heute noch leitenden Männer der Westmächte, die mit Pichon in der Ablehnung des Anbotens von Brest-Litowsk wohl eines Sinnes sind, wollen den Frieden nicht, sie wollen, daß die Ströme von Blut und Tränen fortfließen in der Welt. Ihre Gewissen sind stumm, ihre Herzen aus Stein. Es wird auch für sie die strafende Stunde kommen. Vielleicht ist sie nicht weit.

Ablehnung der Punktationen von Brest-Litowsk durch Frankreich.

Eine Erklärung Pichons.

Paris, 28. Dezember.

Die Deputierten Argaiere (radikal) und Sembat (Sozialist) interpellierten über die Vorgänge in Rußland. Minister des Außern Pichon führte in seiner Antwort u. a. aus: Die Ereignisse in Rußland stellen zusammen mit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg die wichtigsten Tatsachen dieses

Krieges dar. Die jetzige russische Regierung machte sich selbst offizielle Beziehungen zu den Alliierten unmöglich. Dank den Bolschewiken befindet sich Rußland heute in voller Auflösung. Deutschland bemüht sich, das Werk der Zerstörung der russischen Militärmacht fortzusetzen und einen Abgrund zwischen Rußland und den Alliierten zu schaffen. Unsere Kriegsziele sind in den wiederholten Erklärungen unserer Minister und in den Tagesordnungen des Parlaments bezeichnet: **Zuerst siegen!** (Beifall.) Lloyd George hat es noch gestern wiederholt: Man erhält den Frieden nur durch den Sieg. Siegen warum? Für Eroberungen? Um zu unterdrücken und zu herrschen? Mit nichten! Um der Welt den Frieden, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit zu sichern. Die **Wiederherstellung Elsaß-Lothringens** leistet Gewähr für einen dauernden Frieden. (!) Wir werden den Krieg erst dann als gewonnen betrachten, wenn Deutschland erklärt, daß es bereit ist, einen Frieden anzunehmen, der auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Wiedergutmachung des begangenen Unrechtes begründet ist. Die Alliierten wollen auch ein unabhängiges und unteilbares Polen mit allen Garantien einer freien wirtschaftlichen und militärischen Entwicklung. Das, was uns von den Feinden unterscheidet, ist das Bestreben nach einem gerechten und dauerhaften Frieden. (!)

Man begreift leicht, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn sich weigern, ihren Frieden ohne Annexionen näher zu erläutern. (Das genaue Gegenteil ist in Brest-Litowsk geschehen. D. R.) Die Veröffentlichung der Geheimverträge mit Rußland war ein vollständiges Fiasko (!) für Deutschland und konnte nicht die guten Beziehungen zu den skandinavischen Ländern beeinträchtigen. Es würde Rußlands Verhängnis sein, sich von den Feinden einwickeln zu lassen. An dem Tage, wo man unmittelbar wegen der Friedensbedingungen an uns herantreten würde, werden wir sie mit unseren Bundesgenossen zusammen prüfen. Ein solcher indirekter Friedensvorschlag aber verdient nicht erwogen zu werden. Entweder werden die russischen Verhandlungen zum Ziele führen, dann wird dies die Kapitulation Rußlands sein, oder die Verhandlungen werden scheitern. In beiden Fällen wird für uns der Krieg weitergehen. Es bedeutet offenbar einen großen Erfolg für Deutschland und Oesterreich-Ungarn, Bewegungsfreiheit an unserer Front zu besitzen. Deutschland setzte sich die unmögliche Aufgabe, die Welt zu besiegen, aber die Welt wird siegen. Die Franzosen werden einen beträchtlichen Anteil an dem Siege haben.

Darauf nahm die Kammer mit allen 384 abgegebenen Stimmen eine Tagesordnung an, wonach die Kammer die Erklärungen der Regierung billigt und im Vertrauen zu ihr zur Tagesordnung übergeht.

Fremden-Blatt

Schriftleitung: I. Schulerstraße Nr. 14, Kempten; Grünwangerstraße Nr. 2. — Haupt-Verwaltung: I. Schulerstraße 14. — Aufnahmestellen für Bezugsanmeldungen und Inserate: I. Schulerstraße 14 und IV. Neubaugürtel 61. — Inserate übernehmen auch alle bekannten in- und ausländischen Inseratenstellen.
 Preis für Wien: Mit Zustellung ins Haus: Jährlich K 32.50; halbjährlich K 16.40; vierteljährlich K 13.20; monatlich K 4.50. Zum Abholen in der Verbandsstelle: Jährlich K 29.50; halbjährlich K 14.80; vierteljährlich K 11.40; monatlich K 3.90.
 Einzelne Nummern: Morgen-Ausgabe 14 h, Abend-Ausgabe 6 h.
 Das „Fremden-Blatt“ erscheint täglich zweimal, Sonntag, Montag und an Feiertagen einmal. „Die Vedette“ ist jeder Samstag-Morgen-Ausgabe des „Fremden-Blatt“ beigegeben.

mit militärischer Beilage

Die Vedette.

Bezugspreise für Österreich-Ungarn: Täglich einmalige Postversendung: Jährlich K 34.—; halbjährlich K 17.—; vierteljährlich K 13.60; monatlich K 4.60. Täglich zweimalige Postversendung: Jährlich K 61.20; halbjährlich K 30.60; vierteljährlich K 15.40; monatlich K 5.20.
 Bezugspreise für das Ausland: Vierteljährlich bei direkter Zusendung unter Kreuzband: Für Deutschland K 18.—, für alle anderen Länder K 23.50. Bei den Postämtern: in Deutschland 12 Mk. 35 Pf.; in der Schweiz 14 Frk. 15 Cent.; Bulgarien 15 Frk. 30 Cent.
 Fernsprechnummer: Schriftleitung 339, 4532. Haupt-Verwaltung 3663, Verbandsstelle 1024, Druckerei 3668.

Nr. 356

Wien, Samstag den 29. Dezember 1917

71. Jahrg.

Die Friedensverhandlungen.

Der dritte Sitzungstag. Pause bis 4. Jänner.

Wien, 28. Dezember.

Das I. I. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet aus Brest-Litowsk vom 28. d. M.:

Bei der heutigen dritten, vor Eintritt der vereinbarten Pause letzten Plenarsitzung führte der bulgarische Justizminister Popow den Vorsitz. Nach Eröffnung der Versammlung wies der Vorsitzende auf die Bedeutung der eingeleiteten Friedensverhandlungen hin, welche die Grundlage für eine neue Aera in der Entwicklung des Völkerrechtes zu bilden versprechen. Die Menschheit habe den Delegationen des Vierbundes und jener Rußlands, welche das Rechtsgefühl des großen russischen Volkes verkörpern, viel zu danken. Um diesem Gedanken Ausdruck zu verleihen, trat sodann Justizminister Popow den Vorsitz an den Führer der russischen Delegation ab.

Herr Joffe, welcher hierauf das Präsidium übernahm, wies darauf hin, daß in der letzten Plenarversammlung beschlossen worden sei, nach Besprechung einzelner spezieller Fragen zwischen den Vertretern des Vierbundes und Rußlands die nächste Vollversammlung auf den 4. Jänner n. St. festzusetzen. Nach dem nunmehr erfolgten Abschluß dieser Besprechungen sei die heutige Sitzung die letzte vor dem 4. Jänner 1918.

Sohn erbat sich Se. Hoheit Ibrahim Halki Pascha das Wort, um vor Eintritt der kleinen sechstägigen Pause einige Worte an die Versammlung zu richten. Er wies darauf hin, daß sich die von ihm bei Eröffnung der Konferenzen geäußerte Hoffnung, das Werk bald einem befriedigenden Ende zugeführt zu sehen, nicht als zu früh erwiesen habe. Alle schwierigen Fragen, welche der dreieinhalbjährige Krieg aufgeworfen habe, seien fast alle diskutiert und geprüft worden.

Man könne sagen, daß die Mehrzahl derselben heute auf dem Wege zu einer praktischen Lösung sei. Ein sehr gutes Resultat sei während

der sechstägigen Verhandlungen erzielt worden. Für dieses Ergebnis der Besprechungen müsse der russischen Delegation der Dank ausgesprochen werden, da sie während der Verhandlungen viel Aufrichtigkeit, Gerechtigkeit und viel praktischen Sinn gezeigt habe. Die Herren hatten bewiesen, daß sie auch gute Diplomaten und gute Staatsmänner seien. Am Schlusse wünschte Halki Pascha den Herren der russischen Delegation glückliche Heimreise und schloß mit dem Wunsche auf ein glückliches Wiedersehen am vereinbarten Tage.

Der Führer der russischen Delegation gab gleichfalls der Ansicht Ausdruck, daß die begonnenen Verhandlungen ein guter Anfang seien und die Erwartung zuließen, daß der verheerende Krieg ein baldiges Ende finden werde. In der jetzt beginnenden Pause werden wir alle das Gefühl haben, daß hinter uns Millionen Leidender Menschen sind, die das Ende des Krieges herbeiführen. Das Bewußtsein dieser Verantwortlichkeit vor unseren Völkern, vor der Menschheit und vor der Geschichte gibt uns die Hoffnung und die innere Kraft, den Weg zum allgemeinen Frieden zu finden. In dieser Hoffnung erkläre ich die gegenwärtige Sitzung für geschlossen.

Die Ergebnisse der Spezialberatung

Das I. I. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 28. d.:

Im Laufe der heute vormittags abgehaltenen Besprechung zwischen den Delegationen der Verbündeten und Rußlands wurde die vorläufige Beratung jener Punkte beendet, die auch bei Abschluß des allgemeinen Friedens zwischen Rußland einerseits und diesen Mächten andererseits geregelt werden müssen. Diese Beratungen sind im Geiste der Barmherzigkeit und des gegenseitigen Verständnisses geführt worden. In einer ganzen Reihe wichtiger Punkte wurde die Basis für

eine Einigung geschaffen. Außer politischen Fragen wurden auch solche rechtlicher und wirtschaftlicher Natur verhandelt und vorbehaltlich der Prüfung durch die heimischen Behörden und der endgültigen Redaktion in befriedigender Weise geregelt.

Zunächst wurde Einigung über die Wiederherstellung des durch den Krieg unterbrochenen Vertragszustandes erzielt. Ferner wurde vereinbart, daß in rechtlicher wie in wirtschaftlicher Beziehung das eine Land vom anderen nicht schlechter behandelt werden solle als irgendein drittes Land, das sich nicht auf Vertragsrechte berufen kann. Kriegsgesetze sollen aufgehoben, die davon Betroffenen in ihre früheren Rechte wieder eingesetzt oder entschädigt werden.

In weiteren Bestimmungen werden die für Kriegskosten und Kriegsschäden aufgestellten Regeln näher ausgeführt. Namentlich einigte man sich auch über die Behandlung der den Zivilangehörigen außerhalb des Kriegsgebietes erwachsenen Schäden.

Ueber die gegenseitige Freilassung und Heimbeförderung von Kriegsgefangenen und Zivilinternierten wurde grundsätzliche Einigung erzielt. Das gleiche gilt von der Rückgabe der beiderseitigen Rauffahrtsschiffe.

Endlich wurde die schnelle Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen vorgesehen.

In wirtschaftlicher Hinsicht ergab sich völliges Einverständnis über die sofortige Einstellung des Wirtschaftskrieges, über die Wiedereröffnung des Handelsverkehrs und über die Einrichtung eines organisierten Warenaustausches. Ferner wurde im wesentlichen Übereinstimmung über die Grundlage erzielt, auf welcher die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder dauernd geregelt werden sollen.

die Volksmassen, vor allem die russischen „Muschiks“ und Arbeiter. Und nicht weislich von diesen oder jenen Parteipolitikern „verführt“ und „aufgehört“ worden wären, sondern weil sich das eigentliche Wesen dieser Prinzipien bei ihrer tatsächlichen Verwirklichung nicht nur als bequem, sondern auch für die vielen Millionen der arbeitenden Massen als notwendig erwiesen hat. Hat ein Volk das Recht, einen von ihm weder geplanten noch begonnenen Krieg abzubreaken? Hat jede Nation ein Selbstbestimmungsrecht? Muß selbst ein siegreiches Volk auf Eroberungen und Kriegsentschädigungen verzichten? Muß der Grund und Boden zum Nationaleigentum werden?

Auf alle diese und noch viele andere ebenso radikale Fragen hat das russische Volk früher als alle anderen Völker eine bestimmte, bejahende und sogar praktische Antwort erteilt, getreu dem geistigen Erbe der größten Denker, Gelehrten und sogenannten „Schwärmer“ des Westens sowohl wie Rußlands. Auch die unerhörtesten Reformen, die verwirklicht wurden, sind bei der russischen Volksmasse populär, und gerade deswegen populär, weil sie verwirklicht worden sind, weil sich in Rußland genug fühne Männer gefunden haben, um sie verwirklichen zu können. Das Bildungsniveau spielt dabei eine untergeordnete Rolle — die von den russischen Sozialisten aller Färbungen praktizierte Propaganda durch die Tat macht die Sache besser als jede mündliche Propaganda. Aber dieser Radikalismus schreckt nicht einmal die unkultiviertesten Massen des russischen Volkes ab, das genug unter der zarischen „Ordnung“ zu leiden gehabt hat. Und wir sehen, daß Millionen unscheinbarster Leute in Rußland von dem tief aufrichtigen und gewaltigen Schwung eines Idealismus ergriffen worden sind, wie es in der Weltgeschichte auf einem Raum von 22 1/2 Millionen Quadratkilometer und bei vielen Duzend Millionen Menschen noch niemals beobachtet worden ist. Dieser gewaltige Vorgang, der auch vom Standpunkt der Sozialpsychologie von größtem Interesse ist, wird in Westeuropa leider nur schlecht verstanden und falsch bewertet; denn außerhalb der Grenzen Rußlands weiß man zu wenig von dem, was innerhalb ihrer vor sich geht. Die wirklichen Tatsachen erzählen nicht nur von der Anarchie, die in Rußland augenblicklich zweifellos groß ist, sondern auch vom sozialen Schöpfergeist neuer Lebensformen, der größer ist als die Anarchie. Wollt ihr den gegenwärtigen russischen Maximalismus verstehen? Dann denkt euch in diesen nationalen Schöpfergeist hinein. Und nur wenn ihr euch in ihn hineingebachtet habt, werdet ihr das Wesen der russischen Anarchie sowohl wie des russischen Maximalismus verstehen. Dazu möchte ich mit diesem Aufsatz beitragen.

Zunächst einige Worte über die schöpferischen Taten selbst. Im gegenwärtigen revolutionären Rußland wird eine gigantische, in der Geschichte noch nie dagewesene schöpferische Arbeit geleistet: der Umbau der sozialen, wirtschaftlichen, politischen, privaten, religiösen, geistigen, ja sogar der allerintimsten Beziehungen. Alles, was die russische Geschichte geschaffen hat, alles vom Zarismus und von den russischen Künftlern unter dem Segen des russischen unwissenden Popen Errichtete wird umgebaut. Es gibt keine Seite des russischen Volkslebens, keinen Winkel im riesigen Lande, selbst bis zu den Stätten der Schultischen, wo dieser allgemeine Umbau nicht in Angriff genommen worden ist. Und das alles während des Krieges, während der Revolution, während der Anarchie, die von allen Feinden des neuen Gesellschaftsbauens, zum geringeren Teil unbewußt, zum größeren Teil absichtlich, ins Leben gerufen worden ist. Das ist nur ein äußerst gedrängtes und unvollständiges Bild jener schöpferischen, aufbauenden Arbeit, die gleichzeitig und im gleichen Raume mit der von der Anarchie geleisteten Zerstörungsbauarbeit vor sich geht, wobei die Anarchie, wie unschwer zu begreifen ist, als ein gewaltiges, aber in seiner Art leider nicht zu vermeidendes Uebel erscheint. Ueber die Anarchie wird viel geschrieben. Ueber die schöpferische Arbeit erscheidend wenig. Nicht einmal die wesentlichen Einzelheiten dieser Arbeit sind in der bei weitem überwiegenden Mehrzahl aller Fälle außerhalb der Grenzen Rußlands bekannt geworden. Nichts wir vor allem unsere Aufmerksamkeit auf die schöpferische Umgestaltung des öffentlichen Rechtes. Gegenwärtig sind schon alle zentralen staatlichen Einrichtungen umgestaltet. Die Autokratie ist bis auf die Wurzel ausgerottet und durch Volksherrschaft ersetzt. Noch vor der Konstituante hat das russische Volk schon eine ganze Reihe aller nur möglichen all-russischen „Beratungen“ und „Kongresse“ abgehalten, das heißt ad hoc einberufenen gewählter Vertreterversammlungen, die nicht nur eine beratende, sondern auch eine beschließende Stimme hatten. Gleichzeitig werden die Organe der lokalen Verwaltung und Selbstverwaltung umgestaltet. Die Organisation des Zarismus ist teilweise schon vollständig beseitigt. Die Verwaltung ist überall durch Selbstverwaltung ersetzt, die ernannten Behörden durch gewählte, die Zentralisation durch Dezentralisation. Auch die Gerichte sind umgestaltet. Das Gemeindefestum ist eingeführt neben einer ganzen Reihe anderer Institutionen. Alles das sind grundlegende Reformen, die der Zarismus (in seinem Kampfe gegen die Traditionen des russischen Volksrechtes) während der ganzen Dauer seiner Existenz weder in Angriff nehmen wollte, noch konnte. Die russische Revolution

hat den größten Teil dieser Reformen in einigen Monaten durchgeführt. Sie gelten zwar vorläufig nur für eine Zeit, nur bis zur konstituierenden Versammlung, nichtsdestoweniger sind sie aber trotz der ungeheuerlichsten inneren und äußeren Schwierigkeiten verwirklicht worden und alle ihre Nachteile wiegen in jedem Falle leicht gegenüber den Vorteilen, die sie dem Volke gewähren. Ueber auch das ist noch nicht alles. Ganz Rußland hat sich jetzt schon in die fortgeschrittenste Demokratie der Welt verwandelt, was man auch dann anerkennen muß, wenn man die Anarchie in Betracht zieht. Rußland ist gegenwärtig mit einem ganzen Reize aller nur möglichen Keimzellen der Selbstverwaltung, „Ratsversammlungen“, „Comités“, „Kommissionen“ u. s. w. überzogen, die zum allergrößten Teil aus einer allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Abstimmung hervorgegangen sind, die in den Städten, Dörfern, Kasernen, Fabriken und sogar in den Schulen vorgenommen wurde („Schüler- und Elterncomités“). So durchläuft das „unwissende“ russische Volk unaufhaltsam die politische Schule, die ihm vom verhassten Zarismus bis zum Jahre 1917 vorenthalten worden war. Gegenwärtig gibt es in Rußland mehr als 900 Soldaten- und Arbeiterräte, die alle arbeitenden Klassen in sich vereinigen und sie zweifellos stärker als die Bourgeoisie gemacht haben. Außerdem gibt es einige tausend Bauerndeputiertenräte (Gouvernements-, Kreis-, Gemeinde- und Dorfräte), eine Menge Agrarcomités, die das Material zu einer bis jetzt unerhörten Agrarreform durcharbeiten und hauptsächlich aus einfachen Bauern bestehen, welche vielfach noch des Lesens und Schreibens unfähig sind, sich trotzdem aber mit einer erstaunlichen Genauigkeit in den kompliziertesten Agrarfragen zurecht finden und sich zu dieser ihrer Sache — der Sache der „schwarzen Verteilung“ — wie zu einer religiösen Zeremonie verhalten.

Es ist nicht schwer zu verstehen, daß die russische Agrarreform nichts anderes ist als eine gigantische Neuschöpfung auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen. Auch wenn man alle vorläufigen agrarischen Wirren in Betracht zieht, die infolge der Verwickeltheit der Aufgaben unvermeidlich sind (vor allem, weil das Volk, aus Furcht, „den Augenblick zu verpassen“, auf der unversäuglichen Durchführung der Reform besteht), so muß man doch zugeben, daß die Agrarcomités, indem sie, gemäß den örtlichen Besonderheiten eines jeden Winkels des ungeheuren Landes, praktische Methoden und Wege zur Verwirklichung der Reform suchen, zweifellos schöpferische Arbeit tun. Uns liegt eine Reihe von Plänen zur Durchführung der Reform vor, die von den bäuerlichen Agrarcomités mit einem erstaunlichen Sinn für das Praktische ausgearbeitet worden sind. Vom Standpunkt der Gutsbesitzer aus gesehen ist das natürlich Anarchie. Vom Standpunkt der Bauern aus ist es die Schaffung einer neuen Ordnung auf der Grundlage der Gerechtigkeit.

Auch in den Fabriken wird schöpferische Arbeit geleistet; auch sie werden, wenn auch nicht so radikal wie das Dorf, in der Richtung auf den Sozialismus hin, im Sinne einer Neuordnung der Arbeiterfrage, reformiert. Die Fabriken werden jetzt in ganz Rußland, außer mit Schulen und Lazaretten, mit einer Reihe von Einrichtungen versehen, von denen den Arbeitern unter dem Zarismus nicht nur zu reden, sondern sogar auch zu träumen verboten war. Diese Träume werden jetzt zwar nicht mit einem Schläge, aber nach und nach zu lebendiger Wirklichkeit, wie zum Beispiel der achtstündige, in einigen Fällen sogar der sechsstündige Arbeitstag. Besonders hohe Wellen schlägt das Leben in allen großen Städten Rußlands, die sich, dank der Einrichtung von „Mayordomos“ (Munizipalitäten), in eine Art von Stadtkonferenzen verandelt haben. Im Verlauf von kaum einem halben Jahre sind alle Stadtverwaltungen umorganisiert worden. Bis zum Jahre 1917 war das alles ein stiller, aber toter Sumpf. Jetzt herrscht in allen Städten ein angespanntestes Gemeinschaftsleben. Ebenso ist ein starkes Anwachsen der kooperativen Bewegung zu verzeichnen. Die Zahl der verschiedenen kooperativen Vereinigungen ist in den neun Monaten nach der Revolution um 15.000 bis 20.000 gestiegen und beträgt jetzt mehr als 60.000 mit vielen Duzend Millionen Mitgliedern. Und alle diese kooperativen Vereinigungen spielen überall eine schöpferische Rolle, indem sie am Umbau der Grundlagen des Volkslebens tätigen Anteil nehmen. Eine nicht weniger schöpferische Entwicklung geht auf geistigem Gebiet vor sich. Rußland erwirbt sich, nicht nur mit jedem Tage, sondern mit jeder Stunde, in tätiger Arbeit ein immer größeres Wissen, eine immer umfassendere Bildung. Ungeachtet aller durch die unsichere Finanzlage, die Einberufung der Lehrer u. s. w. hervorgerufenen Regelloigkeiten im Schulleben hat sich die Zahl der Schulen in Rußland nach der Revolution bedeutend erhöht. Die Einführung der allgemeinen obligatorischen Schulbildung geht in viel rascherem Tempo vor sich als unter dem Zarismus. Schulen aller nur möglichen neuen Typen schießen aus dem Boden, darunter Mittelschulen und Gymnasien. Selbst Gymnasien für Erwachsene sind errichtet worden. Das Ministerium für Volksaufklärung hat beschlossen, daß schon im Oktober dieses Jahres auf einmal fünftausend neue Schulen für Erwachsene in den Dörfern eröffnet werden sollen. Die früheren Kirchenschulen, die jetzt der Aufsicht des

Arbei

Die sozialen Geburtswehen des russischen Volkes.

Von Nikolai Rubakin. *)

In den Afern Rußlands entwickeln sich jetzt Ereignisse von ungeheurer Weltbedeutung mit schwindelerregender Schnelligkeit immer weiter fort. Und wenn man sie in allen Details mit der größtmöglichen Objektivität verfolgt, so fragt man sich unwillkürlich: Bereitet nicht Rußland für die Welt der Zukunft Heberaschungen vor, die gekörn noch von sehr vielen für unverwirklichbare Utopien gehalten wurden? Ein seltsames Schauspiel! Vor noch nicht mehr als drei Jahren galt das russische Vielmillionenvolk in Europa als eines der rückständigsten und ungebildetsten Völker. Heute dagegen kann niemand ableugnen, daß die fortgeschrittensten sozialistischen Doktrinen vor allen europäischen Ländern gerade in Rußland den größten Erfolg haben. Allerdings, vom wirklichen Sozialismus ist auch Rußland noch weit entfernt. Aber die anderen Länder, selbst Australien, sind noch weiter zurückgeblieben. Man kann kaum daran zweifeln, daß sich die soziale Revolution, die in Rußland gegenwärtig ein so schnelles Tempo eingeschlagen hat, wenn nicht gleich, so doch in einigen Jahren, auch in anderen Gegenden der Welt, vor allem in Europa, bemerkbar machen wird. Man kann sich jedenfalls nicht der Tatsache verschließen, daß durch Rußland und dank ihm in das nationale und internationale Leben der Völker neue Prinzipien eingetreten sind, die man in der Literatur zwar schon lange verstanden hatte, die bis dahin aber tote Buchstaben geblieben waren. Die Träger und Verwirklicher dieser Prinzipien sind nicht etwa geringfügige Gruppen von Intellektuellen, sondern

*) Dieser Aufsatz wird im nächsten Heft der „Internationalen Rundschau“ (Zürich) erscheinen. Die Zeitschrift führt den Verfasser als einen russischen Schriftsteller ein, dessen Werke, nach der Statistik der dortigen Volksbibliotheken, mitunter nur denen Tolstois an Verbreitung nachstehen. Er gehört einer politischen Partei offensichtlich nicht an.

Die Kirche und der Friede.

Man kann nicht ohne Bewegung die Ansprache lesen, die der Papst am Weihnachtsabend an die Kardinäle gehalten hat. Das Oberhaupt der katholischen Kirche ist ja durch den Krieg in eine überaus schwere Lage versetzt worden: in beiden Heerlagern stehen katholische Länder, hier Oesterreich, drüben Italien, Frankreich, Belgien; hüben und drüben liegen in den Schützengräben Millionen katholischer Soldaten; so muß denn der Papst, so oft er über den Krieg spricht, ängstlich darauf bedacht sein, keiner der beiden Mächtegruppen mehr zu tun, um auf keiner der beiden Seiten die Gefühle der gläubigen Katholiken zu verletzen. So war also dem Papst nur eine Stellung zum Kriege möglich: den Krieg als solchen zu verfluchen und die Fürsten und die Völker zum Frieden zu mahnen. Wir bezweifeln nicht, daß der Papst alles, was er vermag, gern und eifrig getan hat, den Frieden näher zu bringen; nichts hätte ja die Macht der Kirche über die Seelen so sehr vergrößern, ihr so sehr den Dank der Völker erwerben können, als wenn es ihr gelungen wäre, als Mittlerin zwischen den Völkern dem Kriege ein Ende zu setzen. Aber in seiner Weihnachtsansprache hat der Papst bekennen müssen, daß alle seine Mühen fruchtlos waren; daß Fürsten und Völker seine Mahnungen nicht gehört haben. Nie ist die römische Kirche einem Weltereignis so ohnmächtig gegenübergestanden wie diesem Kriege.

Woher diese Ohnmacht? Wohnen nicht diesseits, und jenseits der Schützengräben Millionen Menschen die den Papst als den Nachfolger Petri, als den Statthalter Christi auf Erden gläubig verehren? Die sich zu dem Glauben bekennen, daß der Papst unfehlbar ist, wenn er ex cathedra spricht? Ist nicht der Klerikalismus in Oesterreich, Belgien, Irland, Polen die herrschende, in Deutschland, Ungarn, Italien, Frankreich eine sehr starke Macht? Bekennen sich nicht zum Katholizismus die südamerikanischen Länder, die vor kurzem erst ohne Not in den vom Papste verfluchten Krieg eingetreten sind? Wie ist es möglich, daß eine so gewaltige geistige Macht, wie es die römische Kirche auch heute noch ist, so gar nichts vermag, den Krieg zu verkürzen und seine Ausbreitung auf immer neue Länder zu verhindern?

Vielleicht gibt uns ein Ereignis aus jüngster Zeit den Schlüssel zur Lösung des Rätsels. Der Papst hat den Tag gesegnet, an dem die englischen Truppen in Jerusalem eingezogen sind. Zu den großen Erinnerungen der Kirche gehören ja die Kreuzzüge. Die Befreiung des Heiligen Grabes von der Herrschaft der Ungläubigen war stets ein Gegenstand des Gebets frommer Katholiken. Aber die Mehrheit des katholischen Volkes in Deutschland und in Oesterreich hat die Klammung Jerusalems durch die Türken ungewisselhaft beklagt: ihr sind die Türken nicht mehr Ungläubige, sondern ganz einfach Verbündete und in der Niederlage der Türkei sieht sie nichts als eine Niederlage Deutschlands und Oesterreichs. So fühlen denn unsere Klerikalen ganz anders als der Papst: der Tag, den der Papst segnet, ist ihnen ein Tag des Fluches. Und das macht uns die Ohnmacht des Heiligen Stuhls unschwer verständlich: das Wort des Papstes ist ohnmächtig, weil die katholischen Klerikalen in den einzelnen Ländern eine ganz andere, von ganz anderen Beweggründen geleitete Politik betreiben als ihr geistliches Oberhaupt. Der Papst ist zum Hirten ohne Herde geworden, weil seine Schäflein ihm längst nicht mehr folgen.

Wir können diese Auflehnung der katholischen Klerikalen gegen den Heiligen Vater gerade in Oesterreich besonders gründlich studieren. Seit vielen Jahren schon sind unsere Klerikalen und Christlichsozialen die Träger des aggressivsten Ueberösterreichertums, die Partei der tollsten Kriegshege gewesen. Sie haben in all den Jahren von 1908 bis 1914, von der Annexion Bosniens bis zum Ultimatum an Serbien die Kriegshege am allerärgsten getrieben; sie am allermeisten dazu beigetragen, die Stimmung zu erzeugen, aus der der Krieg geworden ist. Und nach dem Ausbruch des Krieges waren sie die eifrigste Gefolgschaft aller Annexionisten und aller Kriegsverlängerer. Wie haben sie gegen jede Bemühung, den Frieden näher zu bringen, getobt, wie jeden, der für den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen eintrat, als Vaterlandsverräter und Gott weis was

noch geschmäht! So unsere Klerikalen. Aber die Klerikalen in Frankreich, die gerade durch die Entfesselung der chauvinistischen Instinkte die Wiederherstellung einer klerikalen Monarchie auf den Trümmern der Republik erhoffen, wüten gegen Deutschland und Oesterreich ganz so wie unsere Klerikalen gegen Italien und Frankreich. Der Klerikalismus ist überall zum Instrument des Imperialismus geworden. Und tritt nun der Papst zwischen seine Gläubigen, sie zum Frieden zu mahnen, so sieht er nichts als hakverzerrte Gesichter; nichts als chauvinistische Leidenschaft auf beiden Seiten, die für den Frieden zu wirken unfähig ist.

Der Papst hat in seiner Friedensnote Deutschland und Frankreich, Oesterreich und Italien ermahnt, den Streit um Elsaß-Lothringen und das Trentino „im Geiste der Barmherzigkeit“ zu schlichten. Man frage die Klerikalen in beiden Heerlagern, ob sie dafür eintreten wollen! Die italienischen Klerikalen schreiben, daß kein italienisches Dorf im Besitz Oesterreichs bleiben dürfe; und unsere Christlichsozialen antworten, daß kein Quadratmeter österreichischen Bodens an Italien abgetreten werden könne. So verflingt die Mahnung des Papstes wirkungslos, als wäre es ein klingendes Erz oder eine tönende Schelle.

Ja, wo katholische Glaubenssätze benützt werden können, auf sie Herrschaftsinteressen zu stützen und Machtansprüche zu gründen, dort halten unsere Klerikalen an ihnen mit aller Starrheit fest. Wenn die Kirche den Enterbten die Pflicht auferlegt, an der sozialen Ordnung, deren Opfer sie sind, nicht zu rütteln, weil es Gottes Gebot sei, daß der Knecht Knecht bleiben müsse, dann ist das ein Dogma, an dem nicht gemäkelt werden darf. Wenn die Kirche für ihre Diener die Herrschaft im Staate fordert, wenn sie die Schule mit ihrem Geiste zu erfüllen bestrebt ist und das bürgerliche Recht, das Ehrerecht vor allem, ihren Glaubenssätzen untertan erhalten will, dann darf sie auf unsere Klerikalen rechnen. Da ist ihnen des Papstes Wort unfehlbar, und der Kirche Lehre bindendes Gesetz. Aber wenn der Papst seine Gläubigen mahnt, ihre eigenen Leidenschaften zu zähmen, im Feinde noch den Mitmenschen, den Bruder in Christo zu lieben und nicht Rachsucht und Haß, sondern die Liebe zum Nächsten zum obersten Gesetz der Beziehungen zwischen den Völkern zu erheben, dann vergessen sie, daß der Papst unfehlbar ist; dann gehen sie, um seine Mahnung unbekümmert, ihren eigenen Weg. Die Ohnmacht des Papstes zeigt uns, was der Katholizismus unserer Bourgeoisie ist: er ist ihr hochwillkommen als ein Machtmittel gegen das Volk; aber seine Lehren gelten ihr nichts, sobald sie nicht mehr das Volk niederhalten, sondern die Gefühle der Bourgeoisie selbst bezähmen sollen!

Die Kirche ist unfähig, der blutriesenden Menschheit den Frieden wiederzugeben; das hat der Papst selbst in seiner Weihnachtsansprache bekannt. Eine ganz andere Kraft erzwingt den Frieden der Welt. Die Erhebung des russischen Proletariats hat ihm die Tore geöffnet; das Drängen der Arbeiter aller Länder bahnt ihm den Weg. Der verlästerte, verkehrte, gottlose Sozialismus führt die Völker zu dem Ziele, das das Oberhaupt der weltumspannenden Kirche vergebens in Mahnung und Gebet den Völkern gemiesen hat.

Harden spricht.

Der Künstler, der etwa diese Weltstadt darzustellen hätte, könnte nur an wenigen Punkten das geistige Berlin so leicht ver sammeln wie hier, in diesem Raum, in den er, mit Golas topographischer Treue, zugleich symbolisch, wie es die Deutschen lieben, alle Gestaltungen des Geistes, alle Zyklen der Gesellschaft mischen, gegen einander führen, in dem er die geistige Atmosphäre mit aller Spannung wirken lassen kann. Immer, wenn Hardens Name von den Straßeneden zu einem Abend in die Philharmonie ruft, zu einer Darlegung, von der er — selbstbewußter als irgendein Redner oder Virtuose — nicht einmal das Thema nennt, dann füllt sich der Raum mit so vielen Gegensätzen, daß man über dem Anblick interessanter Köpfe beinahe die Monstrosität dieses Saales vergißt.

Denn immer waren es vor allem seine Gegner, die ihn frequentierten, und wenn er, als einziger in Deutschland, es vermag, mit seinem bloßen Namen den größten Saal zu überfüllen, so ist es der Streit um seine Persönlichkeit, der hier von stummen Hören unsichtbar sichtbar ausgefochten wird. Ohne Kreis unter den Publizisten des Reiches, von allen Parteien angegriffen und zugleich beansprucht, gehaßt von seinen Schülern, gescholten von den Jüngern, draußen so aufmerksam gehört, wie in den Grenzen totgeschwiegen, stets in Gefahr, als Hochverräter bestraft oder doch verachtet zu werden: so steht dieser Mann und Geist, unerschütterlich, in wüstenhafter Einsamkeit, und wird dennoch in 25 Jahren nicht müde, Warner und Zeichendeuter zu sein.

So mußte seine Zeitschrift, wie Lehne in Deutschland ganz auf seine Person gestellt, zugleich dem Leser zur Lektüre werden, ihn, den zu verstehen sein eigenwilliger Stil zuweilen erschwert, selbst zu hören, zu sehen. Stärker wirkt er im Grunde redend, und wer ihm den ehemaligen Schauspieler vorwirft, verkennt die Kunst, zweitausend Menschen in den Bann zu ziehen. Kein Redner Deutschlands ist weniger Schauspieler als er, denn er allein spricht fast ohne Rolle, nach Eingebung, und doch ist er es in anderem Sinn, denn er kennt und wägt die Wirkung der Minute, mit einer immer sprunghaften Aufsicht. Mit Tonfall und Pause, Gesten und Auslassung, im Spiele zwischen Ironie und Pathos geißelt er seine Hörer und weiß sie doch an seinen Hieb zu gewöhnen, indem er ihnen dazwischen mit leichter Verachtung das Zuckerbrot reicht.

Selten konnte man das Aufbauende dieser angeblich rein negativen Natur besser schätzen als gestern, wo Harden, auffallend schlicht, und fast mit gänzlichem Verzicht auf das kritische Aperçu mit positiven Vorschlägen zur Stunde vor seine Hörer trat, er wußte es wohl, indirekt vor das Ausland trat. (Hardens Vorschläge laufen deutlich auf eine Einladung an die Westmächte hinaus, gegen die wir stets unsere schweren Bedenken ausgesprochen haben. Die Redaktion.) Nachdem er in großen Kurven die gute militärische, die schwere wirtschaftliche Bilanz des Jahres gezogen, warnte er zunächst allgemein vor einem Weitlauf, an dessen Ende man den Vorbeer mit Blutsturz und Tod bezahlt, und stellte der Vaterlandspartei eine Kinderlandspartei gegenüber. Mit einigen Lobes verneigte er sich dann vor unseren Unterhändlern von Brest-Litowsk, trat aber bei Punkt 3 unserer Antwort in eine offene Kritik ein.

Swar alles er völlig den Gedanken ab, Elsaß und Lothringen je wieder herzugeben, er stellte vielmehr, würden wir dazu gezwungen, einen neuen Krieg als Notwendigkeit hin. Dennoch tadelt Harden das schroffe Nein, das die Verbündeten der russischen Forderung entgegenriefen. „Man kann, — hätte ich dort gesagt — zu einer solchen Abstimmung jetzt nicht schreiten, da der Haß noch herrscht; in drei Jahren aber sind wir durchaus bereit, über ihre Wünsche die Völker zu befragen. Gelingt es uns in diesen drei Jahren nicht, im Widerspiel mit diesem Frankreich, das zerblutet und zerbröckelt aus dem Kriege hervorgehen muß, uns diese Menschen mit Gefühl und Willen anzugliedern — wie trostlos müsse es dann im Deutschen Reich weitergehen.“ Sicher hält England unsere große Offensive für aussichtslos, und doch erwägt es sicherlich, auch nach den größten deutschen Erfolgen im Westen den Krieg so lange fortzusetzen, wie es die Meere beherrscht. Sicher fürchtet auch Lloyd George, Amerika könnte gewinnen, was ihnen allen mißlang, und Wirtschaft und Prestige könnten noch tiefer sinken. Die Menge aber, die draußen leidenschaftlich einen wilden Frieden. Deshalb wird man beim Feinde in dieser Stunde sehr ernst erwägen, wie man sich in die Verhandlungen von Brest am Ende doch noch mischen könne, in London und Paris, vor allem aber in Washington, wo doch die eigentliche Entscheidung liege: „Denn nur auf dem Wege über Washington können wir den Krieg beenden. Erscheint Amerika eine Verständigung mit dem werdenden neuen Deutschland möglich, so kann kein Gott England mehr bei der Kriegesfure fehalten.“

Im Programm der Bolschewiki fehlen freilich die Hauptpunkte aus Wilsons und Clemens Gedankenkreis: Abheilung, Weltfriedensgericht, Völkerverbund, denn Lenin und die Seinen wollen nicht erst begründen, was sie für bürgerlichen Unflut halten. Ihnen schwebt, sie sagen es offen, die Diktatur des Proletariats vor, die alles in Einem schaffen soll. In dieser Stunde sollte das deutsche Volk der Gedanken und Taten sich erinnern, die Wilson wieder in seiner letzten Rede, trotz aller Schmähungen gegen die Regierung mit hoher Achtung dem Volke zugerufen hat. Sie stammen nicht von ihm, sie sind in Preußen autochthon, sie stehen bei Immanuel Kant. Haut aber müßte auf das schnellste, hättestens in drei Tagen, der Hauptauschuß des Reichstages sich feierlich für das Programm von Brest erklären, vor den Völkern der Erde. Wir verhängen die Redlichkeit dieses anregenden Friedens — müßten sie sagen — keine Regierung würden wir dulden, die dies, wie man es morgen in Paris behaupten wird, nur als Schiedung bezeugt.

Am Ausgang seiner langen, vielköpfigen Rede wandte Harden diesen politischen Gedanken mit den großen Versen des Maron's Pola ins Pathetische um, indem er in großer Platenhörung die Umdeutung des Begriffes Patriotismus und eine internationale forderte, weit über die Klassenwünsche der Sozialisten hinweg. Nach so großen Proben der Kraft sollte Deutschland, im Sinne Kants und Schillers beweisen, daß es am Völkerverbund mitzuwirken entschlossen sei.

unserem Bedauern machte die Abwesenheit irgendwelcher Vertreter Russlands auf der Konferenz eine solche Aussprache unmöglich. Was die Ansichten der englischen Regierung betrifft, so habe ich darüber schon am vergangenen Donnerstag im Unterhause gesprochen. Ich wiederholte damals, was ich in Glasgow im letzten Juni in einer Rede, in der ich die Regierungspolitik jener Zeit vertrat, zum Ausdruck brachte und es ist klar, daß die gegenwärtige Politik der Regierung nicht im geringsten von den damals festgelegten Grundsätzen abweicht. Nach meinem besten Wissen und Gewissen sind die Ideale, für die wir heute kämpfen, genau dieselben wie jene, für die das britische Reich in den Kampf zog. Wir haben die preussische Herausforderung aufgegriffen, um die Welt endgültig von der unerträglichen Drohung der militäristischen Geisteshaltung zu befreien und die Möglichkeit für einen dauernden Frieden zu schaffen, indem den unterdrückten Völkern ihre Freiheit wieder gegeben und Achtung vor jenen Gesetzen und Verträgen erzwungen wird, die der Schutz aller Völker, ob groß oder klein, sind. Ich stimme völlig mit Ihrer Ansicht überein, daß die Einmütigkeit und Entschlossenheit unseres Volkes nur aufrechterhalten werden kann, wenn jeder Arbeiter und jeder Soldat überzeugt ist, daß er durch die Opfer, die von ihm verlangt werden, tatsächlich dazu beiträgt, die Welt von den falschen Idealen der Autokratie zu befreien und eine feste Grundlage zu schaffen, auf der eine ordentliche Gesellschaft freier Nationen geschaffen werden kann. Ich bin niemals tiefer überzeugt gewesen als heute, daß die Absichten, um derentwillen die Alliierten den Krieg fortsetzen, weder imperialistisch noch von Rachsucht eingegeben sind, sowie daß ihre Verwirklichung unerlässlich für die künftige Freiheit und den Frieden der Menschheit ist.

Anträge Hendersons.

Arthur Henderson, der unter erheblicher Unruhe der Versammlung sprach, beantragte die Annahme der Denkschrift und erklärte, die Politik der Arbeiterpartei sei folgende: 1. Es ist so schnell wie möglich eine auf der Grundlage der Demokratie gegründete sichere Schlichtung herbeizuführen; 2. Gebietsausgleiche dürfen nicht durch annektionistische oder imperialistische Absichten oder strategische Gründe diktiert sein, sondern müssen im Interesse fortschrittlicher Zivilisation und des Weltfriedens liegen; 3. die Handelspolitik nach dem Kriege darf nicht auf der wirtschaftlichen Unterdrückung oder kommerziellen Abschließung des deutschen Volkes gegründet sein.

Henderson befürwortete auf das dringendste eine Aufklärung über die Kriegsziele und sagte unter lauten Klagen der Opposition: Es ist sehr leicht möglich, daß der gegenwärtige Zustand in Rußland durch die Unterlassung einer genauen Umschreibung der Kriegsziele herbeigeführt wurde. Wir sind uns wohl bewußt, daß die bösen Folgen der deutschen Herrschaft sowie des Militarismus in Deutschland oder anderswo zerstört werden müssen. Wir wissen von maßgebender Seite, von einem Mitglied des Kriegsrates des Kabinetts, daß wenigstens zwei der Kriegsführenden den Krieg nicht fortzusetzen wünschen. Carson sagte in seiner Rede in Portsmouth: Glauben Sie, daß Oesterreich-Ungarn weiterkämpfen will? Ich weiß, daß es das nicht will, und sage das nicht etwa so leicht hin. Und glauben Sie, daß die Türkei den Krieg fortsetzen will? Ich weiß ebenfalls, daß sie das nicht will.

Henderson fuhr fort: Sind wir nicht berechtigt, aus dieser amtlichen Erklärung anzunehmen, daß Oesterreich-Ungarn und die Türkei zu einem Frieden bereit wären unter der Voraussetzung, daß die Alliierten mit ihnen so verfahren würden, wie Deutschland mit Rußland verfährt? Wir haben ein Recht zu fragen, warum dieser Weg nicht eingeschlagen wurde, besonders hinsichtlich der Türkei. Wir können es uns nicht leisten, Rußland dauernd in den Händen unserer Feinde zu lassen. Henderson schloß mit dem formellen Antrag auf Annahme der Denkschrift.

Antrag auf Verwerfung der Denkschrift.

Gobetock Wilson, Vertreter der Seelente, beantragte die Verwerfung der Denkschrift, über die er sich sehr spöttisch ausdrückte. Der Krieg wird fortgesetzt, um die preussische Autokratie und den Militarismus zu zerstören. Wilson führte weiter aus, daß die deutsche Nation sowie die deutsche Regierung schuldig seien, und Seelente niemals wieder auf Schiffen, die Deutsche beherbergen, fahren würden, bis der deutschen Nation bewußt werde, daß sie einen schwereren Fehler gemacht habe und bis sie ihre feigen Wortverbrechen bereut habe. Wenn dies geschehen

sei, würde Wilson mit ihnen in einer großmütigen Weise verfahren.
Der Antrag Wilsons auf Verwerfung der Denkschrift wurde abgelehnt.

Gegen Henderson.

Unterhausmitglied Thomas sagte, die Regierung würde die Kriegsziele hinter dem Rücken der Arbeiter verhandeln, wenn es ihr beliebt, ob jene damit einverstanden seien oder nicht. Auf Hendersons Bemerkungen über die Möglichkeit eines Sonderfriedens mit Oesterreich-Ungarn und der Türkei eingehend, sagte Thomas, es wäre ein grober Fehler, wenn zum Ausdruck käme, daß die Unterzeichner der Denkschrift an einen Sonderfrieden mit der Türkei und Oesterreich-Ungarn glaubten, und in ihren Kriegszielen nicht einig seien. Man müsse weiterkämpfen, um die Kriegsziele zu erreichen, die man für recht halte.

Die Denkschrift angenommen.

Die Denkschrift wurde schließlich durch Handsaufheben angenommen.

Der ausführende Ausschuß der Arbeiterpartei und der parlamentarische Ausschuß des Gewerkschaftskongresses verfaßten hierauf ein Telegramm an Hunsmans, den Sekretär des internationalen sozialistischen Bureaus in Stockholm, in dem sie ihn bitten, die Entschließung der Konferenz dem Sowjet in Petersburg mitzuteilen, und ihm die festliche Absegnung des Gewerkschaftskongresses und der Arbeiterpartei gegen einen Sonderfrieden zum Ausdruck zu bringen und ebenso Drängung zu verhängen.

Lloyd George erklärte sich bereit, die beiden Ausschüsse heute abends zu empfangen.

Die Beschlüsse des Kongresses.

TK London, 28. Dezember. (Priv.-Tel.)

Ueber den Londoner Arbeiterkongress wird noch berichtet:

Der Führer der Minenarbeiter Smillie verlangte im Namen der Menschlichkeit die Herbeiführung eines schnellen Friedens.

- Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, die folgende Punkte umfaßt: 1. Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Entschädigung für Belgien und für jene Gebiete, denen durch Deutschland Unrecht und Schaden zugefügt worden ist. 2. Die englische Arbeiterschaft betrachtet es als ein Unrecht, daß Elsaß-Lothringen im Jahre 1871 von Frankreich losgerissen wurde. Sie verlangt, daß die Bevölkerung selbst über ihre Zukunft bestimmt und stellt sich in dieser Beziehung in Gegensatz zum englischen Bürgerthum, das die Rückgabe dieser Provinzen ohne Zustimmung fordert. 3. Wiedervereinigung Italiens mit der Bevölkerung italienischer Masse und Gründung eines Bundes von unabhängigen Balkanstaaten, zu dem alle Balkanvölker gehören sollen, die jetzt unter fremder Herrschaft stehen. 4. Polen soll über sein eigenes Los entscheiden. 5. Mesopotamien, Palästina, Armenien und Arabien sollen nicht wieder an die Türkei zurückkommen. Konstantinopel soll neutralisiert und die Dardanellen unter neutraler Verwaltung kommen. 6. Die afrikanischen Kolonien sollen durch eine internationale Körperschaft eines Völkerbundes verwaltet werden.

Die englischen Arbeiter für den Krieg.

Die Beschlüsse des Arbeiterkongresses.

TK London, 28. Dezember.

Auf einer heute in London abgehaltenen Sonderkonferenz von Vertretern der Gewerkschaften, sozialistischen Vereinigungen und anderer Körperschaften, die der Arbeiterpartei und dem Gewerkschaftskongress angeschlossen sind, wurde eine Denkschrift über die Kriegsziele, die von dem ausführenden Ausschuß der Arbeiterpartei und dem parlamentarischen Ausschuß des Gewerkschaftskongresses vorgelegt worden war, erörtert. Es nahmen 900 Vertreter daran teil, darunter Arthur Henderson, Ramsay MacDonald, Gobelock Wilson, Willihorne und Bowerman.

Ein Brief Lloyd Georges.

Bowerman verlas einen Brief Lloyd Georges, in dem dieser sagt: Eine Erklärung über die Kriegsziele der Alliierten kann nur im Einbernehmen mit den anderen alliierten Völkern abgegeben werden. Die Frage der Abgabe einer neuerlichen gemeinschaftlichen Erklärung schwebt den alliierten Regierungen beständig vor. Sie ist jedoch eine solche, über die die englische Regierung allein nicht sprechen kann. Wir haben erwartet, über diese Angelegenheit unsere Ansichten mit denen der Vertreter der russischen Regierung auf der Konferenz, die in Paris im vorigen Monat stattfand, auszutauschen; aber zu

Montags-Ausgabe
31. Dezember 1917

Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

täglich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 90%. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Berlin SW 68, Kochstr. 22-28, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

2-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Bei Cambrai.

Das Danaergeschenk.

Von
Georg Bernhards.

Wohl denen, die die Ergebnisse der Verhandlungen von Brest-Litowsk mit freudigem Jubel begrüßen können. Der amtliche deutsche Kommentar läßt ja auch keinen Zweifel daran aufkommen, daß alles hübsch weitergehen wird. Die kleinen Differenzen, die zwischen der deutschen und russischen Auffassung bestehen, werden nach der amtlichen Auffassung leicht aus der Welt zu schaffen sein. Schon darüber kann man eine andere Auffassung haben. Wir sehen recht erhebliche Widersprüche, und wir sind leider noch gar nicht sicher, daß die Verhandlungen so schnell, wie man erst annahm, zu einem befriedigenden Ende kommen werden.

Aber darauf kommt es unseres Erachtens nicht an. Das, was uns in wachsendem Maße mit ernstester Sorge erfüllt, ist der immer deutlicher hervortretende Umstand, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk von deutscher Seite ohne jede Rücksicht auf die zukünftige weltpolitische Stellung Deutschlands geführt werden. Wir haben stets seit den Kanzlertagen Bethmann-Hollwegs unserem Zweifel Ausdruck gegeben, ob denn die deutsche Politik ein bestimmtes Ziel vor Augen habe. Wir können ein solches Ziel nicht darin erblicken, daß man dem, der gerade schwach ist, Zugeständnisse abverlangt und sich damit begnügt, sich schließlich mit dem Vertrag zu müssen, der einem stark erscheint. Wir haben hier immer, noch zu einer Zeit, als der Frieden unerreichbar und deshalb umsomehr erstrebenswert schien, gegen die Auffassung weiter Kreise der deutschen Bevölkerung scharf betont, daß es nicht allein darauf ankommt, Frieden zu machen, sondern daß es wichtiger ist, wie dieser Frieden aussieht. Uns schien stets nur ein solcher Friede annehmbar, der Dauer verspricht und der im Laufe seiner Dauer — nicht bloß bei seinem Abschluß — Deutschland stärker macht. Ein Land ist aber nicht stark, wenn es auf der Landkarte möglichst viel Umfang hat, sondern wenn es seine Politik geführt weiß von Freunden mit gleichen Interessen, die zu ihm als dem Mittelpunkt eines Freundschaftsbündnisses aufsehen, durch den ihr friedliches Gedeihen allein verbürgt werden kann. Solche Gesichtspunkte sind es, die eine Friedenspolitik bestimmen müssen. Den Mangel solcher Gesichtspunkte haben wir bisher beklagt. Und den vollen Beweis für die Berechtigung unserer Klage entnehmen wir leider den Verhandlungen von Brest-Litowsk.

Wie haben nach unseren beispiellosen Siegen die größte historische Aufgabe zu lösen, die es für Europa bisher gab: die Befreiung des Festlandes vom englischen Einfluß. Das und nichts anderes muß das Ergebnis dieses Krieges sein. Einer hat vor uns die Aufgabe mindestens gefühlsmäßig erkannt: der erste Napoleon. England selbst hatte ihm ihre Erkenntnis aufgezwungen. Wenn Bonaparte dieser Aufgabe nicht gewachsen war, so deshalb, weil er wohl ein genialer Stratege, aber gar kein Politiker war. Seine Aufgabe mußte scheitern, weil er, statt mit den Kontinentalmächten sich zu verbünden, statt sie groß und fest zu gründen, es mit allen verbarb und bei allen Staaten Europas infolgedessen die Vorbedingungen für Allianzen mit England schuf oder bestehen ließ. Wollen wir auf demselben Fleck und aus denselben Gründen scheitern?

Wir haben militärisch gesiegt. Viel größer und gewaltiger, als Napoleon jemals. In der Kriegsgeschichte wird der Ruhm des kleinen Korporals in Zukunft hinter dem Hindenburgs und Ludendorffs erheblich zurückbleiben. Daß diese Siege uns in verhältnismäßig kurzer Zeit einen Frieden bringen, steht außer Zweifel. Den Frieden selbst werden unsere Diplomaten nicht verhindern können, aber sie verkürzen seine Dauer, und sie verhindern seine politische Auswirkung.

Der Friede, den wir jetzt mit Rußland schließen sollen, muß den unverrückbaren Grundstein für die Verständigung des Kontinents bilden. Zu diesem Zweck muß das Band, das uns in Zukunft mit Rußland binden soll, unlässbar, darf die Interessengemeinschaft nicht zu trüben sein. Wir wollen einmal annehmen, daß Lenin, Trotzki und Genossen in die Bedingung willigen, die Erklärungen Bolens, Kurlands, U-

Montag, 31. Dezember 1917.

Stund

Preis der Anzeigen:

Die kleine Zeile 70 d. Abendblatt 30 d. Raktionen
 2.30 Abndbl. 23. — 30% Teuerungszuschlag.
 Stellungswesen, 10. Teuerungszuschlag. Familien-
 anzeig. Sondertarif. Platz- u. Daten vorzuehr. ohne
 Verbindlich. — Anzeig. nehme an Geschäftsstelle
 Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schiller-
 str. 20. Mailer: Schillerpl. 5, Berlin: Mauernstr. 16/18.
 Dresden: A. W. von Arnimstr. 25. München: Pernaustr. 3.
 Offenbach: Bieberstr. 84. Stuttgart: Poststr. 7. Zürich:
 Nordstr. 62. Unsere Agenturen u. d. Ann.-Exped.
 Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-
 Druckerel G. m. b. H.
 Postfachkonto Frankfurt (Main) 4430

mg

2. 43.

Oesterreich-Ungarn und der Völkerstreit.

V. Der Staat der Gentry.*)

Wer nach Beweisen dafür sucht, daß nicht immer natu-
 rphysische Macht die Grundlage eines großen politischen Ein-
 flusses sein müsse, der wird an dem Erfolge der Magyaren
 nicht vorübergehen können. Ein der Rasse und Sprache nach
 in Europa isoliertes, an Zahl kleines Volk — die Zuver-
 lässigkeit und das Zustandekommen ungarischer Volkszählun-
 gen bleiben hier unerörtert — hat es dank einem ungewöh-
 nlichen Talent zum Herrschen vermocht, sich in einem mächtigen
 Reiche die bevorzugte Stellung und dadurch einen hohen
 Rang in der Politik der Welt zu verschaffen. Eben sind es
 fünfzig Jahre gewesen, seitdem die Leiter des magyarischen
 Herren- und Politikerstandes ihrer revolutionären, noch kurz
 zuvor blutig niedergeschlagenen Nation durch den „Ausgleich“
 diese günstige Lage zu sichern wußten. Als der Ausgleich ge-
 schlossen wurde, ahnten die Dynastie und ihre Ratgeber nicht,
 was sich daraus entwickeln würde. Der Hof, gewohnt, die
 eine Verfassung durch kaiserliches Edikt von der anderen ab-
 gelöst zu sehen, mochte sich in die Täuschung einwiegen, daß,
 wenn die neue Konstitution einmal unbequem werden sollte,
 schon wieder Rat zu schaffen sein würde. Diese Illusion war
 nicht unbegründet, denn noch hatte außer in England und
 Frankreich der Absolutismus keinen ernsthaften Waffengang
 auf dem parlamentarischen Boden auszufechten gehabt. Noch
 konnte die Generals- und Geheimratsweisheit glauben, sie
 werde dennoch immer Herr im Hause sein. Aber
 die überlegene Stärke der parlamentarischen Regierungs-
 form über die bloß bürokratische hat sich alsbald
 erwiesen und ist in dem Verhältnis zwischen den
 beiden selbständigen Reichshälften fortwährend zutage
 getreten. Während Ungarn einen straff geführten, zur
 Sicherung der Staats- und Volksrechte entschlossenen Reichs-
 tag besitzt, konnte Oesterreich es nie zu etwas Benötigten
 bringen und mußte es deshalb hinnehmen, daß seine An-
 sprüche wieder und wieder den ungarischen geopfert wurden.
 Die Politik des Gesamtreiches war überhaupt nur durch das
 Einverständnis zwischen der Krone und der ungarischen
 Reichstagsmehrheit oder deren Führern gesichert. Daraus er-
 gibt sich die Frage, was geschehen wird, wenn in Bisleithanien
 jemals ein willenskräftiger Parlamentarismus zum Leben
 kommt. Der französische Schriftsteller Louis Eisenmann stellt
 in seinem ausgezeichneten Buche über den österreichisch-ung-
 arischen Ausgleich sogar die These auf, daß die Impotenz
 des Reichsrats und der maskierte Absolutismus in Oesterreich
 die unerläßliche Bedingung für das Bestehen der dualistischen
 Verfassung seien. So betrachtet, würde eine ehrliche Ver-
 söhnung unter den österreichischen Nationen die Lage eigent-
 lich erst ganz unhaltbar machen und zum wirklichen und ent-
 scheidenden Streit mit Ungarn führen. Die Krankheit des
 österreichischen Staates wäre die Grundlage der Existenz des
 Reichs! Der Kampf der Völker Oesterreichs scheint auf
 einem Punkte zu sein, wo er wie bisher nicht fortbauern
 kann. In irgend einer Weise aber wird die zu erhoffende
 Erstarkung auf das Verhältnis zu Ungarn zurückwirken.

Es erhebt sich jedoch auch die Frage, ob denn die Bahn der
 ungarischen Politik selbst mit Naturnotwendigkeit dieselbe
 bleiben werde wie bisher. In der Staatenehe, welche die
 Doppelmonarchie darstellt, ist Ungarn als der männliche
 Teil anzusehen. Das entspricht der Energie des magyarischen
 Charakters, der mit einem feurigen Patriotismus eine sehr
 nüchternen Erwägung des Erreichbaren und Nützlichen zu ver-
 binden weiß. Aber die magyarische Rasse füllt das Staats-
 gebiet bei weitem nicht aus, und in dem herrschenden Volke
 ist es im wesentlichen eine allerdings zahlreiche Klasse, deren
 Verdienst der glänzende politische Aufstieg Ungarns ist. Der
 Grundadel, der sich gern „die Gentry“ nennen hört, ist
 der Erbauer dieses Staates gewesen. Seine Herrschaft über
 das Land wurde nicht, wie die des ostelbischen Kleinadels,
 im Bunde mit dem militärisch-bürokratischen Absolutismus,
 sondern im Kampfe mit ihm begründet; darum sind noch
 heute in Ungarn selbst die radikalsten Strömungen in geheimer
 Sympathie mit diesem mannhaften Stande großer und kleiner
 Herren, die für die Freiheit nicht nur tapfer geredet, sondern
 tapfer geblutet hat. Es fehlt an einer entschiedenen bürger-
 lichen Opposition gegen die regierende Klasse. Freilich
 fehlt es überhaupt noch an einem kräftigen Bürger-
 stande, zum mindesten ist darin die wurzelecht nationale
 Schicht nur dünn. Die Städte sind nicht magyarisch, sondern
 magyarisiert, sie bestehen aus mehr oder weniger assimilierten
 deutschen und zum sehr großen Teile aus jüdischen Elementen.
 Die mit dem vollen Druck des Staates betriebene Nationali-
 sierung der Stammfremden sieht es besonders darauf ab, die
 Mittelklassen für das Magyarentum zu erobern, das für sich
 selber zu schwach an Zahl wäre, einen ausreichenden Stand
 von Studierten und wirtschaftlichen Leitern hervorzubringen,
 und das doch die höheren Berufe nicht ohne Gefahr den

*) Vgl. Erstes Morzenbl. vom 16., 20., 23. und 25. Dezember.

Das Werden des Volksstaats.

Sieht man vom Fideikommissgesetz ab, das ein Irrtum in der Zeit, zu Anfang 1917 austauchte und nach ein paar Monaten besser vermiedenen Kampfes wieder spurlos verschwand, so ist in einundvierzig Monaten des Krieges bis jetzt, bis zuletzt, in Deutschland keine einzige innerpolitische Gesetzgebungsfrage größeren Stils in Angriff genommen worden. Zwar sind viele Hunderte von Gesetzen und Verordnungen ergangen; aber sie regeln nur die Notwendigkeiten des Krieges; sie sprechen nur von der Gegenwart, noch nicht von der Zukunft — nicht einmal für die Steuerpolitik oder für die Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft sind deren Grundlinien bisher festgelegt. Wer deshalb die innerpolitische Entwicklung Deutschlands während des Krieges

lediglich an dem abmessen wollte, was an Verfassungsparagraphen geändert oder in neuen Gesetzen neu formuliert worden ist, der könnte leicht meinen, daß es in diesen dreieinhalb Jahren überhaupt keine Entwicklung gegeben habe. Und doch zeigte solches Urteil nur, wie sehr dem, der es fällt, das Augenmaß für die Abschätzung politischer Wirklichkeit fehle. Denn viel entscheidender als alle äußeren Maßnahmen sind die inneren Wandlungen im politischen Dasein eines Volkes. Viel tiefer als alle Aenderungen der Verfassung bestimmen die Aenderungen seiner geistigen Konstitution auch seinen politischen Zustand. Die tatsächliche Verfassung — das sind die tatsächlichen Machtverhältnisse: das Wort Cassellus ist so wahr, daß, wenn wirklich der innere Zustand eines Volkes sich entscheidend gewandelt hat, es immer nur eine Frage der Zeit sein kann, wann dieser inneren Wandlung auch die äußere Aenderung in den formulierten Paragraphen der Verfassung folgt. In der inneren Wandlung des Verhältnisses von Volk und Staat in Deutschland liegt das entscheidende Merkmal für unsere innerpolitische Entwicklung während der Kriegszeit — sie ist in Wahrheit größer, grundwärtiger geworden als jemals seit der Gründung des Reichs.

Der Krieg war auch hier der große Revolutionär: an seinem ersten Tag entschied sich die Wendung, er ist das Geburtsdatum des deutschen Volksstaats. Staat und Volk mußten eins werden, mußten sich zusammenfinden in gewaltiger, alle Schranken zerbrechender Durchdringung, weil der Staat der ungeheuren Bedrohung nur standhalten konnte durch die unbedingte Hingabe aller seiner Bürger. In dem alle diese Hingabe leisteten — alle, auch diejenigen, die dem Staat, so wie er war, bis dahin fremd und ablehnend gegenübergestanden hatten, die Massen der sozialdemokratischen Arbeitererschaft insbesondere — bekannten sie, wie eng ihr ganzes Dasein, das sittliche nicht minder als das materielle, sich mit diesem Staat verknüpfte, der die Organisation unseres Volkstums ist. Aber sie bekundeten damit zugleich auch, und sie haben es seitdem in den unerhörten Taten und Opfern von dreieinhalb Kriegsjahren bekräftigt, daß sie diese Hingabe nicht einer fremden Sache, sondern ihrer eigenen leisteten — daß der Staat fortan nicht mehr die Sache einzelner bevorzugter Volksteile sein dürfe, sondern die Sache des ganzen Volkes, die Verantwortung aller, ihr Schicksal frei nach eigenem Willen gestaltenden Bürger. Der Staat andererseits, indem er diese Hingabe aller forderte und annahm, bekannte und gelobte auch für sich das gleiche. Denn der Obrigkeitstaat, der einen Teil der Volkskräfte von sich ausschließt, ist zu schwach für die Aufgaben des Krieges, er wäre auch zu schwach für seine riesigen Aufgaben nach dem Kriege — er wäre zu schwach für diese Aufgaben, selbst wenn er sich in der Vorbereitung für stark genug hielt, die Ausschließung der Volkskräfte weiter aufrecht zu erhalten und damit, nach dem Worte Herrn von Bethmanns, Erschütterungen herauszubewahren, deren Tragweite kein Mensch zu übersehen vermöge. Das Bedürfnis des Staates und der Wille des Volkes fließen so zusammen: die ungeheure Revolution des Krieges schuf die zwingenden Vorbedingungen für die künftige deutsche Demokratie.

Die Bewältigung der Kriegskrebse durch die Sozialdemokratie, die Heranziehung der Gewerkschaften und Genossenschaften für die Aufgaben der Kriegswirtschaft, die Preisgabe mancher früher geübter politischer Schilken gegen die Arbeiterschaft bis zur Einennung eines Sozialdemokraten zum Unterstaatssekretär im Reichs Ernährungsamt — das und manches andere waren Etappen auf diesem Wege: der Staat konnte keine Parteien mehr, nicht weil die Parteien verschwinden würden, sondern weil der Staat, keinen disqualifizierenden Unterschied unter den Parteien mehr machen wollte, weil er ihre Gleichberechtigung, die Gleichberechtigung aller, anzuerkennen sich verpflichtete hätte.

Später, als die lange Dauer des Krieges Zeit und reichlichen Anlaß zum Nachdenken gab, kam das Weitere: die Politisierung

der neu zum Staatsvolk Geeinigten. In dem furchtbaren Chaos der Weltkatastrophe, die der

Krieg bedeutete, rang man um Klarheit. Selbstbesinnung griff wieder Platz; man verglich die Wünsche und die Realitäten; man prüfte nach, was man, nach außen und innen, erstrebte, und warum man es erstrebte — aus dem Uebersturz des Gefühls gestaltete sich der politische Wille. Und da schieden sich die Geister. Denn auf der einen Seite fanden sich nun diejenigen zusammen, die in positiver Mitarbeit am Staate im Inneren das neue Deutschland aufbauen wollten, wie sie es als die notwendige Konsequenz des Krieges erkannt hatten, das Deutschland der Freiheit und der Gerechtigkeit, den allem Lützigen freie Bahn bietenden Staat aller Deutschen — und die zugleich nach außen einem Frieden der Verständigung und des Ausgleichs zustrebten, weil sie, entschlossen zur Anspannung aller Kräfte für die Verteidigung des Vaterlandes, in dieser Verteidigung das wichtigste Ziel unseres Krieges erblickten, weil sie nicht um phantastischer Eroberungsziele willen den Krieg ins Ungeheure verlängern wollten, weil sie nicht in den Bedingungen des Friedens schon die Keime neuer Revandekriege auszuwachsen wünschten. Auf der andern Seite aber blieben diejenigen zurück, deren altes, durch keine Kriegserfahrung berichtetes Ideal der Herrschaftsstaat ist, wenn sie darin herrschen: der Herrschaftsstaat, der sich nach außen wie nach innen nur durch die Macht behauptet, durch Niederhaltung der eigenen Massen, durch Eroberung und Unterwerfung fremder Völker. Chauvinisten, Annerktionisten und Reaktionäre hier — und dort diejenigen, die auch an die Macht der Ideen glauben, an die Idee des Rechts und der Gerechtigkeit im inneren Leben der Völker wie im Leben der Völker untereinander. Zwei große Parteien, hinter denen zwei innerlich unvereinbare Weltanschauungen stehen: in allen kriegsführenden Ländern sind sie durch den Krieg entstanden, weil überall der Krieg die gleichen Fragen aufwarf, auf die er von jedem einzelnen eine klare, feste, unzweideutige Antwort fordert. Zwei große Parteien, die jetzt überall um die Entscheidung mit einander ringen: sie können sich nicht durch ein kühles Kompromiß vertagen, sie könnten einen Rest des Bürgerfriedens nur durch eine sachlich-ritterliche Art des Kampfes bewahren, und auch dazu war das wilde Demagogentum unserer Alldeutschen nicht reif. Immerhin, der Kampf war in Deutschland früher als in den Weltstaaten zwar nicht beendet, aber entschieden: die Alldeutschen und ihre kontervolativen Genossen sind eine Minderheit an Zahl, wenn auch nicht an Lungenkraft, in Deutschland; wer mit ihnen regieren und ihre Politik machen wollte, der müßte gegen die große Masse des deutschen Volkes regieren.

Im Volksstaat aber kann nur mit der großen Mehrheit des Volkes, nicht gegen sie, regiert werden; hat sich einmal im Volk eine Klärung der Meinungen vollzogen, hat sich einmal eine große Volksmehrheit bewußt und entschlossen hinter eine bestimmte politische Meinung gestellt, dann muß diese Meinung auch dort durchdringen, wo die Politik gemacht wird; der Politisierung des Volkes folgt die Politisierung der Politik.

Auch da vollzog sich die Wandlung zuerst an dem demokratischen Teile der verfassungsmäßigen Instanzen, an dem aus dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Reichstag. Das Mittel zur Politisierung des Reichstags

aber war die Bildung einer Mehrheit. Jahrzehnte hindurch war das Fehlen einer solchen Mehrheit der Krebschaden unseres öffentlichen Lebens gewesen. Weil die Regierungen sich nicht auf eine feste Mehrheit stützen konnten, sondern sich immer nur von Fall zu Fall für jede Einzelangelegenheit eine irgendwie zusammengesetzte Mehrheit suchen mußten, deshalb hatten sie nicht Politik getrieben, sondern nur verwaltet: hinter den Einzelmaßnahmen die ergriffen wurden, stand nicht eine klare politische Weltanschauung, die den Staat nach ihrem Ebenbilde formen will, es waren immer nur Augenblicksziele, die man verfolgen konnte, bald reaktionäre, bald auch dann und wann mehr fortschrittlich gerichtete, je nachdem ein Minister für eine bestimmte Vorlage mehr auf eine Mehrheit mit rechts oder mit links reflektierte; so fehlte dieser Verwaltung, die Politik sein wollte und doch nicht sein konnte, jeder große Zug und vor allem auch jede Einheitslichkeit, die ihr allein Verständnis und Widerhall bei den Massen des Volkes hätte bringen können; es war ein jedem Nichtberufspolitiker ganz unverständliches, verwirrendes und darum abschreckendes Bielelei. Am schwersten aber litt der Reichstag darunter, in seiner Wirksamkeit ebenso wie in der Achtung des Volkes. Denn weil aus dem Mosaik der Parteien ungefähr für jede Vorlage eine Mehrheit zusammenzustellen war, und weil sich im Reichstag kein politischer Wille kristallisierte, war der Reichstag immer mehr zur bloßen Redehalle geworden, in der kritisiert, aber nicht gehandelt wurde. Wir hatten nur einen Scheinparlamentarismus, obwohl die Verfassung des Reichs dem mit dem Budgetrechte ausgestatteten Reichsparlament die Möglichkeit zu jeder parlamentarischen Macht darbot, die es erstrebte. Wie viel ist bei uns über die „Einführung“ des parlamentarischen Systems diskutiert worden! In

Wirklichkeit konnte es nicht eingeführt, es mußte gemacht werden: in dem Augenblick, in dem sich im Reichstage eine feste, arbeitswillige und arbeitsfähige Mehrheit mit einem festen, klaren Arbeitsprogramm bildete, war es da und nicht länger zu übersehen. Diese Mehrheit hat sich jetzt gebildet — es ist die Mehrheit, nach der die Mehrheit des Volkes verlangte, deren Programm, Verständigungsfriede nach außen und Neuorientierung daheim, von der weit überwiegenden Volksmehrheit gebilligt wird.

Ein Zweites aber folgte unmittelbar daraus: die Politisierung der Regierung.

Das bedeutet zunächst Vereinheitlichung: Zusammensetzung der Regierung unter dem Gesichtspunkte, daß ihre Mitglieder, politisch gleich gerichtet, dem gleichen politischen Ziele mit aller Kraft zuzustreben gewillt sein müssen. Es war eine der schwersten Unterlassungssünden Bethmanns, daß er dies nicht frühzeitig bewirkte, daß er, der die Forderungen der neuen Zeit vor vielen anderen erkannt hatte und dem dafür immerhin mehr Dank des deutschen Volkes gebührt, als dem Vielbefehdeten bisher geworden ist, noch jahrelang nach Kriegsausbruch Männer als Minister und Staatssekretäre duldete, die mit jüher Verblissenheit nur für die Erhaltung des Alten kämpften. Noch sein Sturz bewirkte hier das Neue: dem zweiten Wahlrechts-erlaß des Königs, der das gleiche Wahlrecht für Preußen proklamierte, folgte der Rücktritt aller der Minister (mit Ausnahme des Kriegsministers), die in der Kronratsitzung gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt hatten. Und zu dieser Vereinheitlichung der Regierung in sich kam, bei dem Zwischenstadium Michaels und bei der Bildung der Regierung Hertling, das andere, nicht minder Wichtige: die Verknüpfung der Regierung mit der Reichstagsmehrheit, auf die sie sich stützen will, die Parlamentarisierung. Bevor Graf Hertling das Amt des Reichskanzlers und preussischen Ministerpräsidenten übernahm, verständigte er sich mit der Reichstagsmehrheit über die Richtung der Politik und über die nächsten, nun zu ergreifenden Maßnahmen. Er bestätigte damit die entscheidende Wandlung, die sich durch die Bildung einer Mehrheit im Reichstag vollzogen hatte: daß, solange eine solche Reichstagsmehrheit besteht, keine Regierung möglich ist, die nicht das Vertrauen dieser Mehrheit besäße, daß deshalb keine Regierung kommen kann, die sich dieses Vertrauens nicht vorher vergewissert hätte, daß jede Regierung abtreten muß, der dieses Vertrauen der Mehrheit entzogen wird. Die Zusammensetzung der neuen Regierung entsprach auch äußerlich dieser Neugestaltung: neben dem Grafen Hertling, dem früheren Zentrumsführer, wurde je ein Führer der Volkspartei und der Nationalliberalen als Vertreter des Kanzlers und Ministerpräsidenten berufen; die Regierung ist (während nur die Sozialdemokraten leider noch freiwillig Abstinenz übten) ein Abbild der Mehrheitsparteien, die erste parlamentarische Regierung in Deutschland und Preußen.

Das Dritte, Entscheidende steht noch bevor: die Politisierung des Bundesstaats

durch die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Denn das gehört noch dazu, damit im Reiche, und dann auch in Preußen, wirklich Politik gemacht werden könne. Das gleiche Wahlrecht für Preußen ist nicht nur eine elementare Forderung der Gerechtigkeit, nicht nur die selbstverständliche Konsequenz der Volksteilungen in diesem Kriege — es ist auch die wichtigste innere politische Reform des Reiches und damit die oberste gesamtdeutsche Frage. Wir brauchen übereinstimmende Mehrheitsverhältnisse im Reiche und in Preußen, weil von dem Augenblicke an, in dem überhaupt feste Mehrheitsbildungen statfinden, der Zustand unrettbar wird, daß verschiedeneartige Mehrheiten im Reichstage und im preussischen Abgeordnetenausschuß die Regierung nach verschiedenen Richtungen bald hierhin und bald dorthin zögen. Wir müssen das gleiche Wahlrecht in Preußen bekommen. Und wir werden es bekommen, allen konservativen Widerständen zum Trotz.

Dann werden die heimkehrenden Kämpfer,

die ja künftig die Hauptmasse der Wähler darstellen werden, den Staat so finden, wie sie es beanspruchen dürfen — so nämlich, daß sie ihn nach ihrem politischen Willen gestalten können. Ihrer Entscheidung ist nicht vorgegriffen; der Inhalt dessen, was künftig deutsche Politik sein soll, ist noch nicht bestimmt; nur die Form wird errichtet sein, die dann das ganze Volk mit politischem Inhalt erfüllen soll. Was jetzt geschieht und was in dreieinhalb Jahren kriegsführender innerer Wandlung geschehen ist, schafft lediglich die Vorbedingungen für das Künftige: dafür, daß der deutsche Staat nach dem Kriege der Staat aller Deutschen sei, daß alle Schichten des Volkes gleichberechtigt an ihm wirken und schaffen können, daß die Heimkehrenden bei Friedensschluß nicht den Staat in der Hand einer kleinen Masse von Kriegsgewinnern vorfinden, die ihn beherrschen.

Allerdings, noch bedarf es der Arbeit und des Willens, um dies zu sichern. Nach ist das Neue labil nicht

in der Gewohnheit und ihrem Rechte fest verankert; noch besteht die Mehrheit aus drei oder vier, in sich selbst und im er einander durchaus nicht in allem einheitslichen Parteien, die das Zusammenarbeiten und die dafür nötige, schwierige Vereinigung von Disziplin, Selbstbeschränkung und Aktivität erst lernen müssen; noch hängt sehr vieles, das erst mit der Zeit Institution werden kann, an der Einsicht und dem guten Willen weniger Führenden — und die Vorgänge beim Sturze Bethmanns haben warnend gezeigt, wie schnell noch immer der Rückfall in gänzlich unkonstitutionelle Zustände möglich ist, im Kriege und in der Lähmung des Belagerungsstandes und der Zensur noch ganz anders als im Frieden. Man darf auch nie übersehen, daß jedes Neue, das wird, vermehrte

Widerstände

herbeibringt. Wir haben es erfahren. Die Wandlung der Sozialdemokratie zur positiven Mitarbeit am Staate hat die Abplitterung der Unabhängigen zur Folge gehabt. Die Wandlung der Volksmehrheit zur Demokratie nach innen und außen hat das Bündnis gegen die Demokratie und für Annerktionen, das der Großgrundbesitz und die Schwerindustrie früh geschlossen hatten, noch fester geknüpft. Und je deutlicher der alldeutsche Chauvinismus als Kinderkrankheit bloßgestellt wurde, desto wilder wurde seine durch reichliche Geldmittel unterstützte Agitation; die Vaterlandspartei, in der sich die Reaktion einen riesigen Apparat für die kommenden Wahlen aufbaut, zeigt uns schon jetzt, was uns noch bevorsteht. Offen muß auch gesagt sein, daß manche Kreise des deutschen Bürgertums, auch gerade der Gebildeten, dem reaktionären Ansturm sehr zugänglich sind: ein unklarer Stimmungs-Patriotismus, der sich nicht mit Wirklichkeitsinn verbindet; eine Empfänglichkeit für Phrasen und Schlagworte, die der Bildung nicht sehr würdig ist; ein Mangel an Bürgersinn, dem der unpolitische Verwaltungstaat als gottgewollte Fortschrittlichkeit erscheint und als um so erhaltenswerter, je mehr sie von der Demokratie für ihre Vorrechte oder für ihre Portemonnaie fürchten zu müssen glauben; eine tiefmateria- listische Grundhaltung endlich, die sich über den eigenen Mangel an innerlichem Besitz durch eine stolz gepredigte Verachtung von Jbern und Idealen überhaupt hinwegtäuscht — das alles floß schon vor dem Kriege zusammen zu der „großen Bereitwilligkeit vieler Deutscher, den Autoritäten indolent und ohne Sehnsucht nach eigener Verantwortung für die Sache des Vaterlandes gegenüberzuwachen“, die das verschuldete, was auch Prinz Max von Baden die „deutsche Unfreiheit“ nennt, und die den Boden für die alldeutsche Gewalt-Propaganda bereitete. Die Zustände unserer Kriegswirtschaft, Mißernten und Missernte, kommen solcher „heimlicher Sinnesart“ noch weiter entgegen. Wie ja auch sonst für manchen, der plötzlich zum Befehlshaber wird, wenn er des inneren Volkes entbehrt, der Krieg und vor allem das Leben in der Stappe, im Okkupationsgebiet und auf dem Truppenübungsplatz nicht gerade ein Erzieher zu wahrer Humanität gewesen ist. Warum es leugnen? Das deutsche Bürgertum

wird nach dem Kriege in einer politischen Krise stehen, die uns auch eine gänzliche Umgestaltung unserer politischen Parteien und damit vielleicht die Heilung von der Parteizersplitterung bringen kann. Ungeheuer vieles hängt davon ab, ob gerade die durch Bildung und Besitz führenden Schichten — denn sie können Führer sein, auch und erst recht beim gleichen Wahlrecht! — wieder den Anschluß an das Leben des Volkes und an den Geist des deutschen Idealismus gewinnen, ob sie sich mit dem werdenden Neuen verbünden oder mit den alten Mächten der Vergangenheit. Die Stimmung der Umwelt wird dem Alten nicht gerade günstig sein. Die russische Revolution, welthistorisches Ereignis von höchster Bedeutung, wird erst nach dem Kriege zur vollen Wirkung auf die Geister kommen. Und wer möchte prophezeien, was in Frankreich, in Italien oder sonstwo spätestens dann geschehen wird, wenn mit dem Ende des Krieges die Zeit der großen Abrechnung beginnt? Ventile rechtzeitig zu öffnen, ist von allem anderen abgesehen erstes Erfordernis voranschauender Staatskunst.

Schließlich: die Politik wird nicht nur durch Theorien bestimmt, sondern noch viel mehr durch Tatsachen, durch konkrete Aufgaben, die gelöst werden müssen. Und diese „Zwang zum Schaffen“ ist die beste Sicherung des werdenden deutschen Volksstaats. In kurzen Zügen: Das neue Deutschland wird demokratisch sein, weil es nur durch die Demokratie, durch die gleichberechtigte Teilnahme aller die ungeheuren Aufgaben bewältigen kann, vor die die Liquidation des Krieges es stellen wird. Es wird in ganz neuen Maßstäben sozial sein müssen, um nach der Revolution der Preise, nach der Umschichtung der Vermögen und nach der neuen Konzentration des Kapitals die Riesenschlössen des Krieges gerecht zu verteilen und einen gesunden Wiederaufbau der Wirtschaft ein menschenwürdiges Dasein der Massen zu gewährleisten. Es wird, so hoffen wir, auch liberal sein, weil es seine

gierung bereits reichlich bewiesene, mit Milde gepaarte Gerechtigkeit. Und manche seiner Taten, die im Inlande widersprechende, keineswegs einhellige Beurteilung gefunden, haben im neutralen und selbst feindlichen Ausland ihm und mit ihm unserem Vaterlande die Herzen gewonnen und damit die tragfähigste Brücke zum Frieden geschlagen. Die Oesterreichisch-Ungarische Monarchie geht, was die Gefahren von außen betrifft, weit gefestigter aus dem Weltkriege hervor, als sie in ihn eintrat. Nun ist es an ihren Völkern, auch die Gefahren von innen zu überwinden. Dazu aber bedürfen wir jener Sammlung aller Kräfte, die nur der Friede, der für lange Zeit gesicherte Friede verbürgen kann. Darum wollen wir den Frieden, können wir ihn wollen, müssen wir ihn wollen. In dieser Erkenntnis zweifelt auch niemand am Ernste unseres Friedenswillens.

Aber wie gesagt, wir allein können den Frieden nicht herbeiführen. Dazu bedarf es auch des Willens der Protagonisten in diesem Krieg, des Deutschen Reichs auf der einen Seite, Englands oder vielleicht mehr noch Amerikas auf der andern. Aber können nicht auch diese eine Basis der Einigung finden? Mit höchstem sittlichen Ernste und in vollendeter Welterfahrung hat der große Diplomat auf dem Stuhle des heil. Petrus die Grundlagen dazu gelegt, nach denen diese Einigung zustandekommen kann. Ersetzung der Herrschaft der Gewalt durch die Herrschaft des Rechtes, Ausrichtung einer internationalen Organisation zur Erhaltung des Friedens und zur unblutigen Beilegung von Konflikten unter den Staaten, allmähliche Abrüstung, Verzicht auf Entschädigung und Eroberung, überhaupt auf jede Vergewaltigung der Nationen, aus der nur neue Kriege entstehen könnten. Kann das Deutsche Reich, kann Großbritannien und kann Amerika auf diese Propositionen eingehen? Für Deutschland hat Reichskanzler Dr. Michaelis, wenn auch nicht mit ganz so lebhafter und rückhaltloser Zustimmung wie Kaiser Karl, im Namen des Reiches die Annahme dieser Verhandlungsgrundlage ausgesprochen. Aber sein Wort fand nicht einmal überall im Deutschen Reiche, und schon gar nicht bei unseren Gegnern jenes Vertrauens, dessen es zum Eintritt in die Friedensverhandlungen bedarf. Die Persönlichkeit seines Nachfolgers, des Grafen Hertling, bietet eine weit bessere Bürgschaft für den ernstlichen Friedenswillen des Reiches. Die Berufung des Grafen Hertling zur Führung der Reichsgeschäfte kann als der Ausdruck dafür angesehen werden, daß auch in Deutschland die Ueberzeugung zur Herrschaft gelangt ist, daß die Sicherung des Reiches gegen die Wiederkehr einer Katastrophe, wie jener von 1914, nicht in sogenannten realen Garantien, wie insbesondere in der Beherrschung der skandinavischen Küste, bestehen müsse, sondern, daß sie völlig ausreichend auch in der Einigung aller Mächte auf das Programm Benedikts XV., in der Ausrichtung der Souveränität des Rechtes an Stelle der souveränen Herrschaft der Gewalt bestehen könne.

England und insbesondere Amerika aber haben von allem Anfang an erklärt, daß sie für die Schaffung einer Liga der Nationen zur Erhaltung des Weltfriedens, zur Ueberwindung der Gewalt Herrschaft durch die Macht der Rechtsordnung unter den Staaten in den Krieg gegangen sind; nur behaupten sie, einer solchen neuen Ordnung der zwischenstaatlichen Beziehungen bloß dann das erforderliche Vertrauen schenken zu können, wenn zuvor der „preussische Militarismus“ gebrochen worden sei. Wenn man unter Militarismus jenen Geist versteht, aus dem die fortwährende Gefahr des Ueberalles eines Staates durch den anderen, die Gefahr versteht, daß Differenzen in den Interessen der

Staaten und der Völker mit bewaffneter Hand ausgetragen werden, so ist diese Gefahr durch den gegenwärtigen Krieg nicht nur „Preußen“ gegenüber, sondern allen Staaten gegenüber auf lange Jahrzehnte gebannt. Nach dem Kriege wird ein solcher Abscheu vor dem Kriege überhaupt durch alle Nationen gehen, daß keine einen Angriff von den Nachbarn zu befürchten hat. Durch halbwegs geschickte Benützung dieser, wenn schon nicht durch die Vernunft, so durch die Not gebotenen Ruhepause können aber jene Institutionen der Friedenserhaltung so ausgebildet werden, daß, aller menschlichen Voraussicht nach, es nicht mehr möglich sein wird, sie ebenso beiseite zu schieben, wie dies mit den bisher vorhandenen rudimentären Ansätzen zu ihnen, 1914 und in früheren Fällen, geschah.

Auf den ersten Blick mag es auffallen, daß in den amtlichen Berichten über die in Vrest-Litowsk gepflogenen Verhandlungen die Mittel der Sicherung des Friedens mit keinem Worte, weder von der einen noch von der anderen Seite, erwähnt worden sind. Das braucht uns aber nicht zu beunruhigen. Sicherlich bedeutet dieses Schweigen auf Seite der Mittelmächte kein Verlassen jenes Standpunktes, den sie in ihren Antworten auf die Note des Heiligen Vaters eingenommen haben. Vollends die russische Demokratie kann aber nicht ein Programm verleugnen, dessen Grundzüge bereits vor 19 Jahren von der Regierung des Zaren aufgestellt worden waren, als sie die erste Friedenskonferenz nach dem Haag einlud. Für die Herstellung des Friedens im Besten Europas aber ist nichts von größerer Bedeutung als die Sicherung der Herrschaft des Rechts in dem Sinne, in dem Papst Benedikt mit dem übereinstimmt, was, in seinen früheren besseren Zeiten, auch Präsident Wilson darunter verstand.

Muß der Krieg noch fortgesetzt werden?

Von Dozent Professor Dr. Heinrich Lammasch.

Muß der Krieg, der Europa nun schon ins vierte Jahr zersplittert, noch fortgesetzt werden? Für uns und von uns gewiß nicht. Aber wir allein können ihn auch nicht beenden. Darum kann diese Frage nicht ohne Rücksicht auf die gesamte Weltlage beantwortet werden. Daß die Oesterreichisch-Ungarische Monarchie in dem Augenblick zerfalle, in dem Kaiser Franz Josef die Augen für immer schließt, galt außerhalb der Monarchie oder wenigstens außerhalb des Reiches unserer jetzigen Bundesgenossen für eine ausgemachte Sache. Und nun haben wir diesen kritischen Moment, der noch dazu nicht im Frieden, sondern in den Stürmen eines Reiche auflösenden Krieges eintrat, völlig heil überstanden und um die Idealgestalt unseres jungen Reiches scharen sich auch diejenigen, die den Organen seiner Regierung hier oder dort noch widerstreben, mit Liebe, Verehrung und Dankbarkeit für seine in der kurzen Zeit seiner Re-

1. / 1. 1918

mann, jetzt besser bestellt ist, so haben wir doch noch kein Recht, vor dem guten Ende zu frohlocken, und können nur die Hoffnung hegen, daß sie gut zum Ziele führen, was im Osten angebahnt worden ist, und die große Geste finden, die der Umwälzung der Geister würdig ist, daß sie die Verantwortung auf sich nehmen, zu verbrennen, was der Imperialismus angebetet hat, und handeln, wie es die neue Zeit erfordert.

Gerade wir in Oesterreich haben Grund, auf der Hut zu sein vor uns selbst. Denn das Erbübel des Oesterreichertums ist die Scheu vor der Verantwortung. Unsere Bürokratie „schiebt“ lieber un-bequeme Akten, als daß sie sie erledigt, und der Oesterreicher weicht lieber einer Entscheidung aus, als daß er die Verantwortung für eine unangenehme Entscheidung auf sich nimmt. Dieser Fehler entspringt aber nicht allzu großer Gewissenhaftigkeit, sondern dem Mangel an wirklichem Verantwortlichkeitsgefühl, der sich ebensogut im Unterlassen wie im Handeln erweisen kann. Deshalb in der österreichischen äußeren wie in der inneren Politik dieser beständige Wechsel zwischen Leichtsinns und Unentschlossenheit, der so häufig in Frivolität ausartet. Gewissenhaftigkeit aber verlangt Streben nach klarer Erkenntnis und Handeln nach bestem Wissen; Klarheit des Zieles und Anwendung der Mittel, die unter den gegebenen Verhältnissen zum Ziele führen können; so gibt es auch nur eine richtige Taktik und das ist diejenige, welche näher zum Ziele führt.

Das gilt auch von der inneren Politik der Sozialdemokratie. Sie ist prinzipiell notwendig immer revolutionär, weil ihre Aufgabe die Umwälzung der bestehenden Gesellschaftsordnung ist. Aber ihre Mittel sind je nach den Verhältnissen verschieden. Es ist ein müßiges Gerede, wenn man darüber streitet, ob die große Umwälzung gewaltsam oder friedlich vor sich gehen werde. Wahrscheinlich wird beides richtig sein. Denn so unwahrscheinlich es ist, daß der innere Feind, der die Macht hat, freiwillig abdiziert, so sicher ist es doch, daß er „sein eigener Totengräber“ ist, daß er, durch seine eigene Entwicklung gezwungen, Konzessionen machen muß, die seine eigene Machtstellung erschüttern, so daß namentlich der Krieg, den der kapitalistisch-imperialistische Machtstaat führt, da er ihn zwingt,

damit den lieben Mitmenschen Schätze zu erhalten, die ihnen später viel teurer sein werden als jetzt.

„Und hier hast du noch einen zur freien Verfügung!“ sagte Petrus. „Auch so ein Prachtstück. Herr Nathan Ueberall, Kommission, Export und Import.“

„No, das muß aber unbedingt ein Irrtum sein!“ rief der Teufel. „Der Mann ist Generalkonsul von Kolibrien, Präsident des Vereines zur Verbreitung des seelischen Aufschwungs in der notleidenden Bevölkerung, Ausschuhmittellied vieler humanitärer Vereine, durch seinen regen Wohltätigkeits-sinn und sein goldenes Herz als echter Menschfreund bekannt, ein Mann, von dem tagtäglich in der Zeitung eine Spende verzeichnet steht und von dem man in der ganzen Welt nur mit Verehrung und Hochachtung spricht.“

Ohne ein Wort zu erwidern, reichte ihm Petrus die Lampe, und da sah nun der Teufel, wie Herr Nathan Ueberall im ganzen Bande insgeheim und verstohlen von vielen Handwerker-Papiersegen und andere unbrauchbare Abfälle in große Maschinen werfen ließ, aus denen hierauf fix und fertig Schuhe und Kleider und andere Gebrauchsgegenstände herauskamen, die genau so ausfahen wie aus echtestem Luche und aus echtestem Leder erzeugt und die derselbe Herr Ueberall, wiederum insgeheim und unerkant, durch allerlei gefällige Mitmenschen dem Staate, der diese Dinge brauchte, so teuer verkaufen ließ, als wären sie wirklich aus echtestem Luche und aus echtestem Leder verfertigt gewesen.

Da mußte sogar der Teufel die Hände über den Kopf zusammenschlagen. Sofort war er aber auch schon auf der Erde und holte mit raschem Griff Herrn Matthias Urbeseder und Herrn Nathan Ueberall. Mitten aus ihrem segensreichen Wirken, das ihnen bisher tausendfältigen Lohn eingebracht hatte, riß er sie heraus.

Auf der Erde herrschte große Trauer und viele angesehene Körperschaften veranstalteten tiefempfundene Schmerzenskundgebungen. In der Hölle aber war lauter Jubel darüber, daß endlich eine Rundschaft einrückte. Und nachdem das Eis gebrochen war, kamen jetzt jede Sekunde neue Ueberalls und neue Urbeseders, denn es gab ihrer unzählig viele auf der Erde, so daß der Teufel gar nicht zur Ruhe kam.

Eben deshalb war er aber jetzt immer guter Laune und

Der Handelsfriede mit Rußland.

Die Friedensverhandlungen, die die Wiederherstellung des Handelsverkehrs zwischen den Mittelmächten und Rußland zu einem ihrer ersten Gegenstände gewählt haben, lenken die Aufmerksamkeit auf die vor kurzem bei Eugen Diederichs in Jena erschienene Schrift des russischen Sozialisten Nikolaus Suchanow: „Die russische Linke und der Krieg“, denn diese ist ihrem besten und wirkungsvollsten Teile nach dem Zwecke geweiht, mitten im Loben der Schlachten denen entgegenzutreten, die den Krieg aus wirtschaftlichen Gründen rechtfertigen, ja als russisch-nationale Lebensnotwendigkeit heiligen wollten. Suchanow wendet sich gegen die Anhänger dieser Anschauungen unter den Linksparteien, und er weist nach, daß im Feuer der Kriegsbegeisterung und des Deutschenhasses nicht bloß die panslawistische Denkrichtung, sondern auch die kläglichen Erstellungen und Tatsachenfälschungen des Moskauer Krämerneides in der Gedankenwelt der bürgerlichen Demokraten, ja eines nicht geringen Teiles selbst der Sozialisten, heimisch geworden sind. Unter den wirtschaftlichen Befürwortern des Krieges finden wir den Kadetten und vielleicht bedeutendsten Volkswirt Rußlands Tugan-Baranowski, den „Vater der russischen Sozialdemokratie“ Plechanow, ja den Führer der Menschewiki und ihren bedeutendsten Kenner der Agrarfrage Maslow. Diese alle und viele ihnen Nahestehende redeten und schrieben unermüdlich über das vor dem Kriege nur den Panslawisten und den Sachwaltern der Fabrikantenvereinigungen geläufige Thema, daß Rußland zu einer Kolonie Deutschlands herabgesunken, daß es von Deutschland wirtschaftlich unterjocht worden sei. So schilderten sie denn den Krieg als wirtschaftlichen Befreiungskrieg und heischten einen wirtschaftlichen Siegfrieden. „Wenn Deutschland den Sieg davontrüge“, schrieb Maslow, „so würde es vor allen Dingen Rußland seine Bedingungen für einen neuen Handelsvertrag diktieren, wodurch die russische Industrie, wenn auch nicht endgültig totgeschlagen, so doch in bedeuten-

schmauchte in freien Augenblicken voll Behagen sein mit Schwefel und Kohlen gefülltes Pfeifchen. Doch als er abends abgeheht mit neuer Beute nach Hause kam, stürzte ihm der Sekretär aufgeregt entgegen. Die ganze Hölle sei in Aufruhr, er läßte er atemlos. Nirgends seien Kohlen zu bekommen. Zweifelloß habe die Bande, die heute eingetroffen sei, sofort alle Vorräte aufgekauft und irgendwo gut versteckt, wenn es auch keiner zugeben wolle. „Ist Euer Gnaden hier in der Hölle schon so etwas vorgekommen?“ fragte er fassunglos.

„Nein, so etwas hatte der Teufel, solange die Hölle steht, noch nicht erlebt, und er wußte auch nicht, wie man mit solchen Virtuosen fertig werden kann. Vergerlich machte er sich auf den Weg in den Himmel. Es blieb ihm ja nichts anderes übrig. Und Petrus hatte ihm den Rat gegeben, Petrus mußte also jetzt helfen.“

„Köstlich!“ rief Petrus und lachte laut und herzlich auf. „Jetzt hat sogar der Teufel seinen Meister gefunden!“

„Da hast du deinen seelischen Aufschwung!“ greinte der Teufel. „Mir ist er viel zu hoch! Ich kann ihm nicht folgen!“

Petrus zuckte die Achseln. Es war doch nicht gut möglich, diese Leute noch einmal vom Teufel holen zu lassen. Aber lustig war die Sache trotz alledem. Solche geriebene Kerle!

„Da kann nur der alte Herr helfen!“ sagte der Teufel nach einer Weile.

„Ah, das ist aber wirklich stark!“ rief Petrus, ersichtlich empört über diese Dreistigkeit. „Erst richtest du einen furchtbaren Höllengestank auf der ganzen Welt an, um — das wirst du doch zugeben — dem Himmel einen verruchten Streich zu spielen, dann aber, wie dir dein Plan mißlingt, soll dir plötzlich der Himmel aus der Patzche helfen, in die du ihn hineinlegen wolltest?! Nein, das ist wirklich...“

„Aber, Petrus!“ suchte ihn der Teufel ganz kleinlaut zu befänstigen. „Ich hab's ja nicht so gemeint, ich meine nämlich... das ist doch auch in eurem Interesse... nämlich, ich meine... daß der alte Herr bald Einfluß macht mit dieser großen Zeit. Nämlich, wenn diese Zeit schon so groß wird, daß sie sogar dem Teufel über den Kopf wächst...“

2. 11. 1918

Die Mitteilungen eines hervorragenden Konferenzteilnehmers.

Nachdem Graf Czernin und seine Begleiter aus Brest-Litowsk zu kurzem Aufenthalt in Wien eingetroffen sind, läßt sich der Inhalt der ausführlichen veröffentlichten Communiqués ergänzen und erläutern durch das lebendige Wort, das über den Verlauf der Verhandlungen in unmittelbarer Anschaulichkeit und übersichtlicher Klarheit berichten.

Ein kurzer Ueberblick über das bisher geleistete Friedenswerk führt zurück auf den Vorschlag der russischen Regierung an den Vierbund, über einen allgemeinen Frieden zu verhandeln. Das Wort von einem „Separatfrieden“ ist überhaupt nicht ausgeworfen worden. Die Mittelmächte stellten sich sofort auf den Boden des russischen Vorschlages, einen allgemeinen Frieden „ohne Annexionen und Kontributionen“ nach der Czerninschen Formel anzubahnen. Verwahrung mußte von Seite unserer Unterhändler eingelegt werden bezüglich jener Auffassung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, welche zurückgreift auf einen früheren Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrates, der einen ganz eigenartigen Begriff des Wortes Annexion aufgestellt hatte. Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte damals jeder Nationalität das Recht zum Ausscheiden aus einem Staatsverband zuerkannt, falls in der betreffenden Nationalität ein solcher Wille, sei es auch nur ausgesprochen durch die Presse, irgendwie hervortrat. Gleichzeitig hatte aber der Arbeiter- und Soldatenrat anerkannt, daß diese seine Auffassung, wenn sie nicht allgemeine Zustimmung finde, die Möglichkeit von Abänderungen und Gegenvorschlägen zulasse. Tatsächlich wurde auch die Antwort der Mittelmächte in der Aufforderung Rußlands an seine Verbündeten als geeignete Basis angenommen. Nachdem so eine Einigung in den allgemeinen Grundsätzen erzielt war, hielt man am letzten Tag eine formelle Sitzung, welche die Friedensverhandlungen bis zum 3. Jänner, nicht bis zum 4. Jänner, wie es anfangs hieß, vertagte. Die Verhandlung erfolgte von beiden Seiten unter dem Gesichtspunkt der Abahnung des allgemeinen Friedens, bezüglich dessen die Westmächte innerhalb der 10 Tage die Antwort erteilen müssen. Zwischen der 2. und 3. Plenarsitzung haben unsere Delegierten, jene von Deutschland, der Türkei und Bulgarien mit den russischen Unterhändlern jene Fragen besprochen, welche zwischen diesen Staaten besonders geregelt werden müssen. Der Gedankenaustausch hat gezeigt, daß in allen vitalen Fragen territorialer Natur, ferner bezüglich der Kriegskosten, der Gefangenen usw. eine solche Annäherung erzielt, daß eine endgültige Übereinstimmung erwartet werden kann. Bezüglich des bisherigen Ergebnisses kann gesagt werden, daß in den Prinzipien eine volle Einigung erzielt wurde, bei der Fülle des Materials aber in Detailfragen nicht eingegangen werden konnte.

Ueber den Gang dieser Verhandlungen ist in den Umrissen eine Aufzeichnung gemacht worden; naturgemäß ist es bisher nicht zur Abfassung eines Friedensinstrumentes gekommen, da die Aufzeichnung nur als ein Referendum betrachtet werden kann. In einer Reihe von Punkten zeigte sich volle Übereinstimmung, in anderen blieben Reserven und Vorbehalte

bestehen. In der wichtigsten und schwierigsten Frage, der territorialen, haben sich die Ansichten sehr genähert, wo nicht schon volle Übereinstimmung erzielt ist.

Es wurde das prinzipielle Einvernehmen erreicht, daß die in Frage stehenden Gebiete: Litauen, Teile von Livland und Estland, Kurland und Polen über ihre Selbständigkeit entscheiden werden. Rußland hat bereits zugegeben, daß diese Gebiete nicht im russischen Staatsverbande zu verbleiben brauchen. Ueber die Frage der Durchführung der Wahl der Staatsform von Seite dieser Staaten ergab sich eine Verschiedenheit der Meinungen, die jedoch dahin geschlichtet wurde, daß von beiden Seiten mit aller Entschiedenheit erklärt wurde, daß die Ausführung der Selbstbestimmung jener Gebiete nicht unter dem Drucke militärischer Machtmittel, sondern Bürgschaften voller Freiheit gegeben werden. Es wurde eine Kommission eingesetzt, welche in weiteren Besprechungen die Einzelheiten bezüglich der Zurückziehung der Okkupationstruppen u. dgl. bestimmen wird. Es kann gesagt werden, daß in dieser Frage weitgehende Annäherung erreicht wurde.

Bezüglich der Weiterentwicklung der Ereignisse läßt sich auf die Anzeichen hinweisen, als ob die Entente nicht die Absicht hätte, dem Vorschlag Rußlands zu einem allgemeinen Frieden zu folgen. Die wichtigste Kundgebung ist jene Pichons, welcher in voller Kenntnis der russischen Vorschläge, nach Vorlage aller Alternativen zu dem Schlusse kommt, daß der Krieg unbedingt fortgesetzt werden müsse. Die französische Presse bezeichnet in deutlicher Abhängigkeit von Quai d'Orsay die Friedensarbeit in Brest-Litowsk als deutschen Schwundel und als Meisterstück der Zweideutigkeit. Daß man in Frankreich den allgemeinen Frieden hintertreiben will, wird in der holländischen und schwedischen Presse, von neutralen Beurteilern der jetzigen französischen Haltung als die einzige Erklärung bezeichnet.

In England melden sich Erscheinungen, die andeuten, daß hier der Niederbruch der rücksichtslosen Politik von Lloyd George eingeleitet ist. Das augenblickliche Hauptziel der Entente besteht darin, die Ukraine gegen Petersburg auszuspielen. In Südrussland lag die Macht bisher in den Händen der Zentral-Nada, welche auch revolutionär, jedoch nicht so radikal ist wie die Bolschewiken, sie geht in der Bodenenteignung nur vorsichtig vor und vereinigt die Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien, unter allen die Macht zu teilen. Und der Gegensatz zu Petersburg bestand ja nicht nur in der Methode. Trotzdem dürfte er nicht militärisch ausgemampft werden, sondern zu einem Kompromiß führen. Uebrigens hat die Nada bezüglich der auswärtigen Politik bereits ihre Neutralität gegenüber Deutschland und Oesterreich erklärt, so daß zu erwarten ist, daß die französisch-englischen Quertreibereien nicht auf fruchtbaren Boden fallen werden und sich ein „modus vivendi“ wird erzielen lassen.

Mit besonderer Befriedigung muß die Aufnahme begrüßt werden, welche das Friedenswerk von Brest-Litowsk in der gesamten Öffentlichkeit Deutschlands gefunden hat. Noch vor wenigen Tagen ging durch die Presse der Beschluß des deutschen Ostmarkvereines, der allerdings ziemlich unbeachtet geblieben ist. Es verlangte politische und militärische und wirtschaftliche Sicherungen im Osten auf Grund der militärischen Erfolge und nahm Stellung gegen die Aufrichtung eines polnischen Königreiches. Es bestand also noch ein Kampf zwischen den deutschen Parteien und in der Presse kam dieser Gegensatz zum Teil sehr heftig zum Ausdruck. So schrieb die Berliner „Deutsche Ztg.“ von einem „erschütternden deutschen Verzicht von Brest-Litowsk“ und die „Berliner Neuesten Nachrichten“ sagten: „Jeder Gedanke an Bismarck und die Eröffnung der Friedensunterhandlungen mit den Vertretern bisheriger Feinde“, sagte das Blatt, „lassen uns die Schamröte in die Wangen treten, wenn wir nun erleben, daß nach den größten Erfolgen der deutschen Waffen die Diplomaten mit einem Federstrich das deutsche Volk in die Rolle des Unterlegenen versetzen.“

Nunmehr vollzieht sich aber unter dem Eindruck der wirklichen Ergebnisse eine starke Wandlung. Die Angriffe gegen Grafen Czernin, die dann zu solchen gegen die deutsche Regierung geführt haben, wichen einer maßvolleren Beurteilung. Auch die alldeutschen Pressestimmen erkennen an, daß geschickt und gewissenhaft in Brest-Litowsk die deutschen Interessen vertreten worden sind. Täuscht man sich, wenn man mit Freude ein Einschwenken auf der ganzen Linie in die Richtlinien der Czerninschen und v. Kühlmannschen Politik erkennt und die Hoffnung hegt, daß die volle Einheit der deutschen Parteien angesichts der Erfolge der Czerninschen Friedenspolitik in Brest-Litowsk erreicht worden ist? Das abschließende Jahr scheint uns als wertvolles Geschenk diese Erwartung mitzugeben.

Pressestimmen aus Bulgarien sprechen von der Tagung in Brest-Litowsk in einer Weise, als ob zwischen Bulgarien und Rußland überhaupt der volle Friedensausgleich bereits erfolgt sei. Tatsächlich stehen die Verhandlungen mit Bulgarien auf derselben Linie wie mit uns. Naturgemäß waren die Besprechungen mit Bulgarien bedeutend kürzer, konnten in paar Stunden erledigt werden, da keine Differenzen mehr bestehen. Das Friedensinstrument wird rasch abgefaßt werden können, jedoch ist der Abschluß noch nicht erfolgt.

Mittwoch, 2. Januar 1918

Zeitung

1764

d gelehrten Sachen

der Morgen-Ausgabe aufgeführt

 * 26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Marktplatz 11 800,
 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Litowsk.

rlin.

Wirtschaft und Selbstbestimmungsrecht.

Von

 Mag Cohen-Kneß,
 Mitglied des Reichstags.

„Der Kern des gegenwärtigen Krieges ist der Aufruhr der Produktionskräfte, die den Kapitalismus erzeugten, gegen ihre nationalstaatliche Ausbeutung.“ „Die Politik des Imperialismus ist vor allem ein Zeugnis dafür, daß der alte nationale Staat, der in den Revolutionen und Kriegen der Jahre 1789—1815, 1848—1859, 1864—1866 und 1870 geschaffen wurde, sich überlebt hat und nun als ein unerträgliches Hindernis für die Entwicklung der Produktionskräfte erscheint. Der Krieg von 1914 bedeutet vor allem die Zerstörung des nationalen Staates als eines selbständigen Wirtschaftsgebietes. Die Nationalität muß auch weiter eine kulturelle, ideologische, psychologische Tatsache bleiben, die ökonomische Basis ist ihr unter den Füßen weggezogen.“

Das sind Sätze aus dem Vorwort der kleinen Schrift: „Der Krieg und die Internationale“, die im Oktober 1914 in Zürich im Verlag „Vorwärts“ („Der Kampf“) erschienen ist. Ihr Verfasser ist der augenblicklich vielgenannte russische Volkswirtschaftler für Auswärtige Angelegenheiten, Leo N. Trotsky.

In der Tat: es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die stärkste Triebkraft, die den immer noch tobenden Riesenkampf vorbereitete und ihn vor mehr als drei Jahren entfesselte, der imperialistische Drang nach vergrößertem Wirtschaftsgebiet war. Und obwohl dieser allgemeine imperialistische Trieb den kleinen selbständigen Staaten nicht günstig ist, sehen wir dennoch, daß während des Krieges das Verlangen auch kleinster Nationen nach Selbständigkeit und Selbstbestimmung in einem Umfang erwacht ist, der sich nur schwer mit der erwähnten Tendenz in Einklang bringen läßt. Ist dieser Wunsch nun vom Standpunkt fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung aus, d. h. einer ständig steigenden Produktionsentfaltung, berechtigt, oder liegt es im Interesse dieser Entwicklung, über das Selbstständigkeitsverlangen kleinerer Völker einfach zur Tagesordnung überzugehen?

Rein wirtschaftlich angesehen, würde das große, einheitliche Wirtschaftsgebiet ohne staatliche Grenzen und, wenn es das eben gäbe, ohne nationale Differenzen freilich von ungeheurem Vorteil sein. Indes lassen sich diese Dinge nicht nur wirtschaftlich betrachten. Das Wirtschaftliche ist zwar einer der stärksten Faktoren, aber nicht der einzige der die Menschheit bewegenden Kräfte. Auch andere spielen eine Rolle. Und, ob man es nun begrüßen oder beklagen will: politisch-nationale Fragen sind für die gegenwärtig lebenden Generationen zu außerordentlicher Bedeutung herangewachsen, und Nationalbewußtsein und nationale Zusammengehörigkeit üben eine Anziehungskraft aus, die man kaum noch überschätzen kann. Das sind Tatsachen, mit denen jeder Politiker, gleichviel wie er zu ihnen stehen mag, auf das ernstlichste rechnen muß. Freilich: das Nationale wie das Wirtschaftliche ist nicht scharf voneinander geschieden, und man dürfte diese beiden in inniger Wechselbeziehung stehenden Kraftquellen nicht, wie es so häufig geschieht, einander gegenüberstellen oder gar in einen feindlichen Gegensatz zueinander bringen. Es ist, wie gesagt, gewiß richtig: für die moderne, weltweite Wirtschaftsweise — die wir vor dem Krieg alle kannten und nach ihm allmählich wieder erleben werden — ist ein möglichst großes staatlich zusammengehöriges Wirtschaftsgebiet (und je größer, desto besser) das erstrebenswerte Ziel. Derartige Gebiete gibt es ja auch heute bereits, die Vereinigten Staaten von Amerika sind das augenfälligste Beispiel dafür. Auch Großbritannien mit seinem riesigen Kolonialreich gehört in diese Reihe. Und wenn sich auch die Einzelheiten der zukünftigen russischen Entwicklung heute noch nicht insgesamt übersehen lassen: auch das russische Reich wird in diese Gruppe ungeheuer großer, einheitlicher Wirtschaftsgebiete gehören. Denn es wird sicherlich nicht in viele einzelne, staatlich voneinander getrennte, selbständige Nationalstaaten zerfallen, sondern die kulturell autonomen Völker des russischen Gebiets werden wirtschaftlich

hafter Art, und so ein Pufferstaat wird im Fall eines Konfliktes nur allzu leicht das Gegenteil dessen tun, was man von ihm erwartet hatte. Ein gutes Verhältnis zu Rußland aber macht all dergleichen zweischneidige politische Halbheiten überflüssig und, sichert beiden Reichen eine ungestörte Entwicklung. Der Weg liegt klar vor uns, das Ziel ist erreichbar. Wer weiß, ob das Schicksal dem deutschen Volke jemals wieder so günstig sein wird.

Neues

Pester Journal

2. / 1. 1918.

111

Erstausg., 1. August.

Journal.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.
Redaktion und Administration:
Vilmos esászár-út (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 31.
Telephon: Redaktion 26—09. Administration 26—10, 23—31.

Die Selbstbestimmung der Völker.

Von Bartholomäus v. Dáni,
Wirklicher Geheimer Rath, Justizminister a. D.

Dieses Thema befindet sich seit Kriegsbeginn im Vordergrund der Diskussion und diesbezüglich hat die richtige Auffassung und Darlegung der einschlägigen zwischenstaatlichen und staatsrechtlichen Gesichtspunkte bereits solche Feststellungen gezeitigt, daß man glauben könnte, die weitere Erörterung dieses Gegenstandes wäre nunmehr überflüssig. Letztlich erhielt jedoch die Frage im Rahmen der Friedensverhandlungen mit Rußland eine neue Beleuchtung und dies dürfte die Rekonfideration nicht nur rechtfertigen, sondern auch zur Nothwendigkeit machen. Früher haben unsere Feinde eine der Hauptursachen, weshalb die europäische Mächtekonflagration mit nie dagewesener Vehemenz entbrennen mußte, darin erblickt wollen, daß die meisten Staaten Mitteleuropas aus Völkerbruchtheilen bestehen, die mit Bruchtheilen anderer Nationalität vermenget sind und daß das Staatsgefüge und insbesondere die Vorherrschaft einer Nationalität die freie Entwicklung der übrigen hemmt, in ihnen das Gefühl des Unterdrücktseins erweckt und das Streben nach Vereinigung mit den in den Verband eines anderen Staates gehörenden Völkern gleicher oder verwandter Nationalität entfacht. Man stelle sich hierbei auf den Standpunkt des sogenannten Nationalitätsprinzips, wonach die Grenzen der Staaten mit den Grenzen der Nationalität zusammenfallen sollen. Dieser Gedanke wurde mit den Kriegszielen unserer Feinde derart verknüpft, daß, wenn es auch nicht möglich wäre, uns einen solchen Frieden aufzuzwingen, daß das Kriegsende die Zerlegung und Zusammenlegung der Staatsgebiete im Sinne des Nationalitätsprinzips zur unmittelbaren und nothwendigen Folge habe, den betreffenden Nationalitäten das Recht gesichert sei, über ihre künftige staatliche Zugehörigkeit frei zu entscheiden. Es war evident, daß es sich hierbei nicht um humanitäre und Kulturzwecke handelte und daß diese bloß als Vorwand benützt wurden, die Kon-

Der Dreibundvertrag.

Von Artur Singer.

Rund um die in dem Rotbuche unseres Auswärtigen Amtes veröffentlichten vier Artikel des Dreibundvertrages ist eine reiche Literatur erschienen. Ihr schließt sich nun ein Buch an, das den gelehrten Titularbischof von Urbe, Dr. Wilhelm Frasnó zum Verfasser hat. Das Buch führt den Titel „Kritische Studien zur Geschichte des Dreibundes“^{*)}; ein Teil seines Inhaltes ist in einer ungarischen Zeitschrift, ein anderer Teil in der Deutschen Neuzeit veröffentlicht worden, doch ist es in dieser Form als Neuheit anzusprechen, da der Verfasser manches Berichtigt und vieles ergänzt hat. Nach einer ganz knappen Darlegung jener Geschäfte, die in ihrer naturgemäßen Entwicklung zu dem Zweibund und später zu dem Dreibund geführt haben, geht die Schrift sofort auf die Analyse der bekanntgewordenen Artikel des Dreibundvertrages über, um an der Hand dieser seine Autoren und im besonderen dessen letzte Stütze Berchtold und Burján vor den Richterstuhl der historischen Kritik zu laden. Dr. Frasnó trat an seine Arbeit als einer der Berufenen heran: er stand einerseits den Fragen der aktuellen Politik bisher fern und konnte somit ohne Befangenheit, jedoch mit der bei ihm stets gewohnten Gründlichkeit das Messer des Profektors anlegen, andererseits hatte ihm ein langjähriger Aufenthalt in Rom Gelegenheit gegeben, Bühne und Kulissen der italienischen Politik genau zu studieren. Seine Schrift wird wohl den Erwartungen gerecht, die man an den Namen ihres Verfassers geknüpft hat, doch wird man den Eindruck nicht los, daß Frasnós Kritik oft allzu hart, ja an manchen Stellen, besonders Burján gegenüber, ungerecht ist. Ganz abgesehen davon, daß die Kritik, auf den lüdenhaften Veröffentlichungen des Vertraginstrumentes aufgebaut, naturgemäß der sicheren Grundlage entbehrt, lassen die Schlussfolgerungen Frasnós den „Blick auf die Kriegskarte“ vermissen, der im besonderen die Handlungen und die Unterlassungen Burjáns in eine andere Beleuchtung rücken muß. Die Politik während eines Krieges läßt sich von der Beeinflussung durch die militärischen Momente nicht loslösen und dies darf die historische Kritik nie aus dem Auge verlieren. Auch ist bei Frasnó eine gewisse Einseitigkeit in der Benutzung der Quellen festzustellen. Dies gilt besonders für den rein geschichtlichen Teil der Schrift. Dr. Frasnó steht zu sehr in dem Banne der gewiß wertvollen, jedoch naturgemäß nur das Denken und Wirken des einen Kontrahenten erschöpfenden Bertheimerischen Biographie des älteren Andrássy und der mit großer Vorsicht zu benutzenden, weil gefärbten Memoiren Crispien. So ist es absolut unzutreffend, daß die Botschafter Italiens in Berlin und Wien, als der Anschluß Italiens an den Zweibund erfolgte, „vollkommen zufriedengestellt“ waren. Im Gegenteil: weder Robilant noch de Saunay teilten die in Gladstones Depeschen zum Ausdruck gebrachte Begeisterung ihres Chefs Mancini (der damals Minister des Auswärtigen gewesen). Robilant nahm, wie Senator Luigi Chiala in seinen *Pagine di storia contemporanea* mitteilt und dies Béhi in einer in den Spalten dieses Blattes seinerzeit erschienenen Besprechung der angezogenen Schrift bestätigt, in Berichten an Mancini entschieden Stellung dagegen, daß Italien einen über die Neutralitätsverflärung hinausgehenden Vertrag mit Oesterreich-Ungarn abschließe und de Saunay sagte sogar, als ihm der Text des Vertrages mitgeteilt wurde: „au reste ce traité vaudra pour nous autant, quo nous saurons nous mettre en mesure de le faire valoir“. Und er behielt Recht.

Frasnó stellt sich auf die durch die Mitteilungen des Wiener Historikers Friedjung geschaffene Basis, daß der Anschluß Italiens in dem Jahre 1882 durch zwei gesonderte Verträge bewerkstelligt wurde, daß also für die erste Zeit von einem Dreibundvertrage nicht gesprochen werden kann. Für diese Auffassung liegt eine Keuzerung Adeleren-Wächters vor, die, solange sie nicht von berufener Seite widerlegt wird, als feststehend betrachtet werden muß, obgleich dieser Vorgang ziemlich auffallend und logisch kaum zu erklären war. Nun ist die Frage: Was war die Veranlassung, daß 1887 die drei Mächte ein gemeinsames Vertraginstrument unterfertigten, während doch gerade der auf Wunsch Italiens in den Vertrag aufgenommene ominöse Artikel VII die Aufrechterhaltung der getrennten Verträge nicht nur motiviert, sondern auch bedingt hätte? Wie unzuverlässig die diplomatischen Notizen selbst sind, dafür ein Schulbeispiel aus dem Rotbuche: Aus dem Telegramm Baron Burjáns an Baron Macchia (Nr. 200 vom 31. Mai 1915), daß von einem

*) Budapest, 1917. Verlagsbuchhandlung Rilians Nachfolger.

Ein demokratischer Friede.

3. / I. 1918

116

Der Graf Czernin fährt morgen nach Brest-Litowsk zurück. Die Verhandlungen mit Rußland sollen fortgesetzt werden. Und sobald die Unterhändler am Beratungstisch zusammenkommen, werden sie wieder vor der Frage stehen, die in den Weihnachtsverhandlungen ungelöst geblieben ist und die sich immer deutlicher als die Schicksalsfrage dieser Verhandlungen erweist: vor der Frage, in welcher Weise die Völker Kurlands, Litauens und Polens das ihnen von beiden Teilen grundsätzlich zugestandene Selbstbestimmungsrecht ausüben sollen.

Die gefährlichsten Schwierigkeiten kann den Verhandlungen die kurländische Frage bereiten. Man muß die Geschichte Kurlands kennen, um den schweren Ernst dieser Frage zu begreifen. Die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung Kurlands und der angrenzenden Gebiete Litauens bilden die Letten. Die Bauern in den Dörfern, die Kleinbürger und Arbeiter in den Städten gehören beinahe ausnahmslos zum lettischen Volke. Aber über ihnen sitzen deutsche Herrenklassen: die Großgrundbesitzer auf dem Lande, die reichen Kaufleute und Fabrikanten in den Städten sind Deutsche. Die Deutschen bilden nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung; aber sie haben das Land beherrscht, seitdem die Ritterorden es erobert hatten. Die lettischen Bauern waren Leibeigene der deutschen Herren. Unter der

revolutionäre Rußland hochwillkommen sein. Da aber auch die anderen Klassen der polnischen Gesellschaft den polnischen Staat wollen, ist das Ergebnis der Volksabstimmung nicht zweifelhaft. Aber eine andere Frage kompliziert das polnische Problem: Man hat Grund, zu vermuten, daß Graf Czernin dem polnischen Staate Galizien anbieten möchte unter der Bedingung, daß die Polen den Kaiser von Oesterreich zu

schwedischen Herrschaft im siebzehnten Jahrhundert schützte die Königsgewalt die lettischen Bauern gegen die deutschen Barone; aber als das Land an Rußland gefallen war, wurde der Bauer mehrlos und ausgeliefert dem Grundbesitzer. Nun hieß es, die Bauern seien „Sklaven im Sinne des römischen Rechtes, soweit es mit der christlichen Religion zusammenstehen kann“; und nach der Ansicht zarischer Beamter und deutscher Junker konnte sehr viel mit der christlichen Religion „zusammenstehen“. Erst im Jahre 1819 fiel die Leibeigenschaft. Aber die Aufhebung der Leibeigenschaft bedeutete nichts anderes als den letzten und größten Raub am Bauernland. Hatten die Bauern bisher doch wenigstens ein festes, tatsächlich erbliches Nutzungswort am Boden besessen, so wurde jetzt der Boden für das Eigentum der Gutsherren erklärt, die Bauern wurden in bloße Zeitpächter verwandelt. Der Gutsherr sagte den Bauern: „Das Land ist mein, die Zeit dein“; das heißt: du brauchst mir nicht mehr Robat zu leisten, aber dafür gehört der Boden mir. Dadurch sind die lettischen Bauern zu befristeten Proletariern geworden, die den Boden ihrer Väter von den Gutsherren gegen drückenden Geld-, Natural- und Arbeitszins pachten müssen. Bei jeder Erneuerung der Pachtverträge gibt es erbitterte Kämpfe zwischen Gutsherren und Bauern. Und diese Kämpfe erfüllen die lettischen Bauern mit leidenschaftlichem Deutschenhaß; denn der lettische Bauer kennt ja den Deutschen in keiner anderen Gestalt als in der des Barons auf dem Lande, der ihn bedrückt, und des Händlers in der Stadt, der ihn ausbeutet. Dieser Deutschenhaß, der ein Produkt Jahrhunderte alter Geschichte, ein Produkt der sozialen Verhältnisse des Landes ist, erklärt die Leidenschaft, mit der die lettischen Schützenbataillone gegen Deutschland gekämpft haben. Er erklärt es, daß diesen nationalen Legionen Tausende Freiwilliger aus allen Schichten des lettischen Volkes zugeströmt sind.

Die alldeutschen Annexionisten wünschen, daß sich das Reich Kurland in irgend einer Form angliedere. Man male sich nun aus, wie sich diese Forderung den Letten darstellt. Das lettische Volk wünscht gewiß nicht, von den Russen beherrscht zu werden; aber die Zugehörigkeit zu Rußland würde für den lettischen Bauern heute immerhin die Enteignung der deutschen Grundherrenklasse, die Rückgabe des Bodens an die lettische Bauernschaft, die Befreiung von Jahrhunderte alter Knechtung und Ausbeutung bedeuten. Die Annexion durch Preußen dagegen fürchtet der lettische Bauer; denn er ist überzeugt, daß die preussische Junkerklasse die Herrschaft ihrer Volks- und Klassenherren in Kurland verewigen werde. Gibt man Kurland sein wirkliches Selbstbestimmungsrecht, so wird die lettische Bevölkerungsmehrheit wahrscheinlich beschließen, einen selbständigen demokratischen Staat zu bilden; aber für irgend eine Angliederung an Preußen wird sie schwerlich zu gewinnen sein. Eine Entscheidung Kurlands für die Angliederung an Preußen wäre nur dann durchzuführen, wenn die Mehrheit der kurländischen Bevölkerung von der Entscheidung ausgeschlossen würde. Ist es wahrscheinlich, daß das demokratische Rußland eine solche Entscheidung als Entscheidung des kurländischen Volkes gelten lassen wird? Daß es aus Achtung vor der Entscheidung einer privilegierten Herrenklasse eine der reichsten Provinzen, zwei seiner besten

Öfen preisgeben wird? Daß die gegenwärtige russische Regierung gerade die Letten, deren Schützenbataillone die den Bolschewiki zum Siege über Kerenski verholfen haben, ihren sozialen und nationalen Segnern aufopfern wird? Uns dünkt es augenfällig, daß eine Verständigung mit Rußland nur dann möglich sein wird, wenn die deutsche Regierung die Forderungen der Alldeutschen ablehnt; wenn sie ihr Versprechen einlöst und wirklich einwilligt, daß die kurländische Frage durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage entschieden werde.

Andere Schwierigkeiten bietet die litauische Frage. In Litauen sind die Großgrundbesitzer Polen, die Bauern teils Litauer, teils Weißrussen; in der städtischen Bevölkerung überwiegen die Juden. Ein selbständiges Litauen wäre ein Nationalitätenstaat, den man zu regieren kein Vergnügen wäre. Die Polen streben natürlich nach der Vereinigung mit dem polnischen Staate; die Zugehörigkeit zu Rußland werden die polnischen Großgrundbesitzer nicht wünschen, da dies ja die Konfiskation ihres Bodens bedeuten würde. Unter den Litauern gibt es eine nationale Bewegung, die nach der Selbständigkeit des Landes strebt; wie stark sie ist und inwieweit sie die Angliederung an Deutschland einer Föderation mit Rußland vorzieht, darüber ist wenig bekannt geworden. Aber die Mehrheit der Bevölkerung bilden nicht die Litauer und der nicht die Polen, sondern die Weißrussen. Die weißrussische Sprache ist der großrussischen sehr nahe verwandt. Zum Nationalbewußtsein ist die Masse des weißrussischen Bauernvolkes noch nicht ermannt. Die weißrussischen Bauern fühlen sich durch ihre Sprachen in zu den Großrussen, durch ihre Religion zu den Polen zu gezogen. Ihr Klasseninteresse aber lockt sie heute zu der Zugehörigkeit zu Rußland: Die Zugehörigkeit zu Rußland bedeutet ja auch und hier die Enteignung des fremden Grundherrn zu Gunsten der weißrussischen Bauern! Unter solchen Umständen, wäre also auch in Litauen das Ergebnis eines Volksvotums auf breiter Grundlage sehr zweifelhaft. Was kleine politische Firkel beschließen, kann für die Willensäußerung der Bevölkerung Litauens nicht ausgeben werden. Wollen also die Mittelmächte halten, was sie versprochen haben, wollen sie wirklich kein litauisches Land gewaltsam annectieren, sondern den umstrittenen Ländern ihr Selbstbestimmungsrecht gewähren, dann müssen sie auch dem Volke Litauens erst die Möglichkeit schaffen, selbst zu sagen, was es will! Und nur wenn das Volk Litauens selbst seine Trennung von Rußland beschließt, wird die russische Regierung die Losreißung der stammverwandten Weißrussen vom russischen Staatskörper anerkennen können und müssen.

Etwas geringere Schwierigkeiten bietet die polnische Frage. In Polen ist der Drang nach nationaler Selbständigkeit so mächtig, daß das Land wohl in jedem Falle, wie immer die Volksentscheidung ausfallen wird, für die Bildung eines selbständigen polnischen Staates entscheiden wird. Und gerade die konservativen Elemente der polnischen Gesellschaft, die zur Zeit der Zarenherrschaft russophil waren, werden sich heute für die vollständige Trennung von Rußland besonders ereifern. Man braucht ja nur das Krakauer Stanzgenblatt zu lesen, um zu sehen, wie die russische Agrarrevolution den polnischen Abel erschreckt hat. Ihm, der bisher den russophilen Parteien manchen Führer und einen großen Teil der Gefolgschaft stellte, wird eine Staatsgrenze gegen das

Donnerstag, 3. Januar 1918.

Zeitung

1766

und gelehrten Sachen

Stück 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 50%. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlags.

2-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Bulgariens Kriegsziele.

Eine Veröffentlichung des Gesandten Dr. Rizow.

Der bulgarische Gesandte in Berlin, Dr. Rizow, veröffentlicht eine Arbeit von ebenso großer historischer wie politischer Bedeutung. Das Werk, das den Titel „Die Bulgaren in ihren historischen, ethnographischen und politischen Grenzen“ trägt und in den nächsten Tagen im Verlag von Wilhelm Greve erscheint, enthält vierzig große Karten, die die ethnographische und politische Entwicklung Bulgariens seit dem frühen Mittelalter darstellen und im wesentlichen dazu bestimmt sind, eine Unterlage für die Gebietsansprüche Bulgariens bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen zu bilden.

Besonders bemerkenswert ist aber die von Dr. Rizow verfaßte und in vier Sprachen, deutsch, englisch, französisch, und bulgarisch wiedergegebene Einleitung, in der nach einem historischen Rückblick die erwähnten bulgarischen Ansprüche im Rahmen eines Projekts für die Neueinteilung des ganzen Balkans in aller Ausführlichkeit festgelegt werden. Mit Erlaubnis des Verfassers sind wir schon heute in der Lage, den wichtigsten Teil dieser Einleitung im folgenden wiederzugeben:

Die Pazifizierung der Balkanhalbinsel ist nur unter der Bedingung einer nationalen, politischen und wirtschaftlichen Kristallisierung der Balkanstaaten möglich. Eine solche Kristallisierung kann nur erfolgen, wenn alle Staaten ihre endgültigen Grenzen erhalten. Die Demarkation dieser Grenzen muß nach den folgenden Fundamentalgrundsätzen gezogen werden: Die Grenzen müssen nach Möglichkeit natürliche Grenzen sein; sie müssen die betreffenden Völker in ihrer nationalen Formation umfassen, ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit verbürgen, ihren geographischen Traditionen entsprechen und dem Rechte jedes Volkes, über sich selbst zu bestimmen, nicht widersprechen. Selbstverständlich dürfen diese Fundamentalgrundsätze für die Festlegung der künftigen Grenzen der Balkanstaaten nicht in mathematischer Weise angewandt werden, so daß sich manche Verächtigungen und Verzerrungen aufdrängen werden, indem man sich vielleicht ein wenig von den Grundrissen selbst entfernen wird. Aber man darf nicht vergessen, daß ideale Grenzen für die Völker des Kontinents unmöglich sind, wie es auch unmöglich ist, den militärischen Ergebnissen des gegenwärtigen Krieges nicht auch Rechnung zu tragen.

Eine auf den oben erwähnten Grundlagen erlangte Kristallisierung der Balkanhalbinsel muß den Balkanstaaten die folgenden politischen Grenzen geben:

Die Türkei wird in Europa ihre gegenwärtige, in der türkisch-bulgarischen „Rektifizierungskonvention“ vom 24. August bis 6. September 1915 angegebene Grenze gegen Bulgarien behalten müssen. Die wirtschaftliche Notwendigkeit dieser beiden Staaten, die Mariza zu einem schiffbaren Fluß zu machen, wird vielleicht eine kleine Verächtigung dieser Grenze erfordern; aber diese Frage rein interner Art ist zwischen der Türkei und Bulgarien zu regeln und wird durch diese Staaten selbst sehr leicht gelöst werden.

Rumänien wird endgültig und unwiderruflich sowohl auf die alte Dobrudscha, mit der es 1878 beschenkt worden ist, als auch auf die von ihm 1913 geraubte neue Dobrudscha verzichten und sich in seine alten Grenzen jenseits der Donau zurückziehen müssen. Dies muß verwirklicht werden; nicht bloß, weil die Dobrudscha die Wiege des bulgarischen Volkes ist und zwölf aufeinanderfolgende Jahrhunderte zu Bulgarien gehörte; nicht bloß, weil Rumänien selbst 1878 die Dobrudscha als bulgarisches Gebiet anerkannte und seine Unzufriedenheit äußerte, als Rußland ihm dagegen Bessarabien entriß; und nicht bloß deshalb, weil die ganze Dobrudscha Rumänien durch Waffengewalt bereits wieder entzogen wurde; sondern auch weil Rumänien niemals zur Balkanhalbinsel gehört hat und zu ihr nicht mehr gehören darf, wenn man zwischen ihm und Bulgarien Frieden haben und auf dem Balkan den Frieden aufrecht erhalten will. Rumänien muß aus noch einem anderen Grunde die Dobrudscha abtreten: die Mündung eines so internationalen Flusses wie die Donau darf sich nicht in den Händen eines einzigen Staates befinden.

Wenn man Rumänien die ganze Dobrudscha wegnimmt, ist es keineswegs des Meeres beraubt, da ja die Städte Galatz und Braila am Donauufer immer auch Seehäfen gewesen sind. Was die rumänische Petroleumindustrie betrifft, deren Ausfuhr über den Hafen Konstanza in der Dobrudscha geht, so wird man sie durch eine rumänisch-bulgarische Konvention verbürgen können, die Rumänien auch wirtschaftliche Vorteile auf der Eisenbahnlinie Ischnawoda—Konstanza gewähren würde. Bulgarien wird sogar bereit sein, Rumänien für Konstanza dieselben wirtschaftlichen Zugeständnisse zu machen, die Griechenland in Saloniki Serbien gemacht hat.

Bulgarien wird alle seine Gebiete, die ihm mit Gewalt im Jahre 1878 weggenommen und unter den Nachbarn verteilt wurden, vereinigen müssen: Mazedonien, die Dobrudscha und das

Die Friedensverhandlungen gefährdet.

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk sollten heute fortgesetzt werden. Aber mit einemmal ist eine beunruhigende Wendung eingetreten. Die russische Regierung hat den Mittelmächten vorgeschlagen, die Beratungen in ein neutrales Land zu verlegen; die Mittelmächte haben diesen Vorschlag abgelehnt. Die russische Regierung hat den Mittelmächten mitgeteilt, daß sie ihre Vorschläge darüber, in welcher Weise Polen, Litauen und Kurland ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben sollen, nicht annehmen könne. Das Deutsche Reich hat geantwortet, daß es auf diesen Vorschlägen bestehen müsse. So ist man nicht nur über den Ort der Friedensverhandlungen nicht einig, sondern auch über den wesentlichsten Inhalt des Friedensvertrages besteht eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit. Die Kriegsverlängerer in London und Paris werden heute jubeln! Den Völkern aber droht die Gefahr, daß die Verhandlungen scheitern und jede Hoffnung auf baldigen Frieden abermals begraben werden muß!

Die russische Regierung möchte die Verhandlungen lieber in einem neutralen Lande führen als in Brest-Litowsk, das in dem von Deutschland besetzten Gebiet liegt. Sie hofft offenbar, Friedensverhandlungen in einer neutralen Stadt, in der Angehörige beider Mächtegruppen, zusammenkommen und von wo Zeitungen aller Länder direkte Berichte empfangen, würden auf die Völker der Ententeländer einen stärkeren Eindruck machen, die Friedensbewegung in diesen Ländern kräftigen und dadurch den allgemeinen Frieden näher bringen. Das ist ein Argument, das sorgfältiger Erwägung wohl würdig ist. Andererseits meinen die Mittelmächte, daß die Verlegung der Verhandlungen technische Schwierigkeiten biete und daß die Verhandlungen in einer neutralen Stadt leicht von Diplomaten der Entente gestört würden, die die russischen Bevölkerungsmächstigten beeinflussen könnten. An sich ist also diese Meinungsverschiedenheit nicht unbegreiflich, aber kein Mensch in der Welt würde es begreifen, wenn man an einer so nebensächlichen Frage die Verhandlungen scheitern ließe! Hat man guten Willen, sich über die großen Probleme des Friedensvertrages zu verständigen, so wird man sich am Ende auch noch darüber verständigen können, wo die Verhandlungen geführt werden sollen. Wenn zwei Privatleute einen Vertrag miteinander schließen wollen, so vereinbaren sie zunächst, wo sie über die Vertragsbedingungen verhandeln wollen. Und sie werden nicht so töricht sein, den Vertrag, den beide brauchen, daran scheitern zu lassen, daß einer den anderen zwingen will, in einem ihm nicht genehmen Orte zu verhandeln. Das gilt doch wohl für Staaten auch. Der deutsche Reichskanzler hat ganz recht, wenn er sagt, Deutschland sei „nicht in der Lage, sich von den Russen vorschreiben zu lassen, wo es die Verhandlungen weiterführen soll“. Aber wenn die Mittelmächte den Frieden wollen, dann werden sie auch nicht den Russen vorschreiben wollen, wo sie die Verhandlungen führen sollen, sondern man wird sich über den Verhandlungsort freundschaftlich und ohne Erregung verständigen. Wenn man den Frieden an dieser Frage scheitern ließe, so wäre die ganze Welt überzeugt, daß hinter dem Streite um den Verhandlungsort ganz andere Streitfragen verborgen worden seien!

In der Tat wissen wir schon aus dem Munde des Grafen Hertling, daß die Gegensätze in der polnischen, der litauischen und der kurländischen Angelegenheit vorläufig nicht überbrückt sind. Zwar haben sowohl Rußland als auch die Mittelmächte das Selbstbestimmungsrecht der drei Grenzländer des russischen Reiches anerkannt. Rußland hat sich bereit erklärt, auf Länder, in denen nicht weniger als achtzehn Millionen Menschen wohnen, zu verzichten, wenn die Bevölkerung dieser Länder ihre Trennung von Rußland wünscht. Rußland hat sich damit einverstanden erklärt, daß diese Länder über ihre staatliche Zugehörigkeit selbst entscheiden sollen, obwohl das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn die Autonomie ihrer Nationalitäten nur als „innerstaatliche Angelegenheit“ betrachten. Rußland hat also im Wesen, im Prinzip, angenommen, was die Mittelmächte gefordert haben. Aber über die Art und Weise, wie die drei Länder ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben sollen,

besteht eine höchst gefährliche Meinungsverschiedenheit. Die russische Regierung befürchtet, daß die Volksabstimmung in den drei Ländern von den deutschen und den österreichisch-ungarischen Behörden beeinflusst werden könnte, wenn diese Länder von den Mittelmächten besetzt bleiben; sie fordert daher den Abzug unserer Truppen vor der Volksabstimmung. Die Mittelmächte dagegen wollen zwar gleichfalls ein „Volksvotum auf breiter Grundlage“, aber in Anwesenheit unserer Truppen und unter der Verwaltung unserer Behörden. Darum geht der Streit.

Nun ist es einleuchtend, daß bei gutem Willen auch über diese Streitfrage eine Verständigung nicht unmöglich sein kann. Den Russen handelt es sich ja vor allem um zwei Dinge: erstens darum, daß wirklich die ganze Bevölkerung der drei Länder, nicht etwa nur kleine Klüngel die bloß einzelne Parteien, aber nicht das ganze Volk vertreten, oder nur der Adel, der ja in Kurland und in Litauen anderer Nationalität ist als die Volksmasse, zur Entscheidung berufen werde; zweitens darum, daß diese Entscheidung nicht durch Eingriffe der deutschen Behörden, zum Beispiel durch Versammlungs- und Zeitungsverbote, Verhaftungen und dergleichen beeinflusst werde. Es wäre gewiß nicht undenkbar, den Russen hinreichend Bürgschaften für die Erfüllung dieser beiden Grundforderungen zu bieten, auch wenn man sich zur sofortigen Abziehung der Truppen nicht entschließen kann. Auch über diese Frage kann man sich also verständigen, wenn nur die Mittelmächte wirklich die Absicht haben, den Völkern der drei Länder selbst es zu überlassen, durch eine allgemeine und unbeeinflusste Volksabstimmung über ihr Geschick zu entscheiden.

Im Hauptausschuß des deutschen Reichstages haben die Parteien der Junker und der Kapitalisten, die Konservativen und die Nationalliberalen den Frieden ohne gewaltsame Annexionen, den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker offen bekämpft. Aber die drei Parteien, die die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes vertreten, die Sozialdemokraten, die Fortschrittler und das Zentrum haben diese Grundsätze anerkannt. Würde sich die deutsche Regierung den Forderungen der Konservativen und der Nationalliberalen unterwerfen, dann wäre eine Verständigung mit dem demokratischen Rußland allerdings unmöglich; aber dann müßte die deutsche Regierung auch die Erklärung widerrufen, die sie in Brest-Litowsk am Beginn der Verhandlungen abgegeben hat: die Erklärung, daß die Mittelmächte keine gewaltsamen Annexionen anstreben. Da die deutsche Regierung dies aber nicht getan hat, darf das deutsche Volk wohl erwarten, daß die Reichsregierung die Entscheidung wirklich den drei Völkern selbst überlassen, die drei Völker nicht vergewaltigen will. Und wenn nur das ihr ernstester Wille ist, dann ist die Verständigung mit Rußland möglich.

Was es bedeuten würde, wenn die Verständigung mit Rußland scheiterte, brauchen wir nicht erst auseinanderzusetzen. Das wäre ein Jubel überall, wo man den Krieg „bis zum Ende“, bis zum Sieg über die Mittelmächte will! Nun könnte man ja den kriegsmüden Völkern Frankreichs, Englands, Italiens erzählen, jetzt sei es erwiesen, daß ein Verständigungsfriede mit Deutschland unmöglich sei, da doch selbst eine so friedensbedürftige, so kriegsfeindliche Regierung wie die russische Arbeiterregierung ihr nicht zustande gebracht habe! Erzählen, jetzt sei es klar, daß sich Deutschland zwar in Worten für einen Frieden ohne Annexionen und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ausgesprochen, in Wirklichkeit aber die Absicht gehabt habe, den Volkswillen in den drei Ländern zu vergewaltigen und zu verfälschen, um sich ein Gebiet, so volkreich wie Oesterreich ohne Galizien, untertan zu machen! So würden die Lloyd-George und Clemenceau, die Wilson und Orlando den Haß der Völker gegen uns von neuem aufpeitschen und der Friede würde in weite, weite Ferne gerückt.

Der Graf Czernin hat sich in Oesterreich wie im Ausland, selbst im feindlichen Ausland, viel Vertrauen erworben. Man glaubt, daß sein Friedenswille ernst und ehrlich ist und daß es ihm an Geschick nicht fehlt. Seine Aufgabe ist es, in dieser kritischen Stunde zu vermitteln. Wir erwarten, daß er festhält an dem Grundsatz, den er selbst formuliert hat: an dem Grundsatz, daß wir Polen, Litauen

und Kurland nicht vergewaltigen wollen, sondern den drei Völkern selbst überlassen, über ihre Staatszugehörigkeit und Staatsform zu entscheiden. Wir erwarten, daß er Deutschland und Rußland konkrete Vorschläge machen wird über die Art, wie die volle Freiheit der Volksentscheidung in den drei Ländern gesichert werden soll. Der Graf Czernin kennt Oesterreich. Er kann sich nicht darüber täuschen, in welcher Stimmung er empfangen werden würde, wenn er ununterrichteter Dinge aus Brest-Litowsk zurückkäme.

ff.

h-Ingarns.

8

XXV. Jahrgang

von Brest-Litowsk. der ukrainischen Republik.

Bezugspreise
bei täglich zweimaliger Zustellung
zur Wochensumme:
monatlich K 8.—
vierteljährlich 14.50
halbjährlich 29.—
Für die russische Literatur:
bei täglich zweimaliger Zustellung:
monatlich K 8.00
vierteljährlich 17.50
halbjährlich 35.—
bei täglich einmaliger Zustellung:
monatlich K 5.20
vierteljährlich 15.50
halbjährlich 31.—
Einzelpreise:
Morgenblatt 15 h
Son- und Feiertagsblatt 20
Nachmittagsblatt 6
Für Deutschland:
vierteljährlich, Streubandend. K 18.—
und durch die Postämter laut dort
aufgelegender Postzeitungstafel.
Bänder des Weltkriege: vierteljährlich, Streubandend. K 22.—

Archenko Duchonin entgegengeschleudert wurde, traf John nicht minder die Naba.

Nach Verkündigung der selbständigen ukrainischen Republik sah es die Naba als ihre nächste Aufgabe an, sich die Anerkennung ihres Generalsekretariats als der Obersten Regierungsbehörde der Ukraine, die das unmittelbare Hinterland der Südwest- und rumänischen Front bildet, bei den Oberkommanden derselben, sowie des Höchstkommmandierenden zu erwirken, gute Beziehungen mit diesen herzustellen und die ukrainischen Truppen im Bereiche dieser Fronten zu verstärken, um sich auf eine reale Macht stützen zu können. Bei der ablehnenden Haltung, die Duchonin, Wolodtschenko und Schischerbatschew gegen die Sowjetregierung einnahmen, die noch eine Verschärfung erfuhr, als Lenin in seinem bekannten Aufruf an die Armeen die Regimenter aufwies, ihre eigenen Bevollmächtigten für die Waffenstillstandsunterhandlungen zu ernennen und die gegenrevolutionären Generale vor Gericht zu stellen, konnte es der Naba, beziehungsweise dem Generalsekretariat nicht schwer fallen, eine Erfüllung seiner Wünsche zu erreichen. Wolodtschenko beilegte sich nicht nur, jede feindliche Absicht gegen die Naba in Abrede zu stellen, sondern eintigte sich mit dem Generalsekretariat betreffs Scheidung der Kompetenzen, d. h. der zivilen und militärischen Gewalt in der Ukraine. Mit dem Hauptquartier Duchonins wurde sogar ein Übereinkommen getroffen, das die Ukrainisierung der Truppen, die Konzentrierung derselben an der Südwest- und rumänischen Front und deren Zusammenführung in besondere Einheiten regelte. Die Ernennung der Kommandierenden in Odessa und Kiew, sowie der höheren Offiziere in den ukrainischen Truppen und viele andere militärische Fragen sollten im gegenseitigen Einvernehmen zwischen dem Hauptquartier und dem Generalsekretariat für Spezialangelegenheiten geregelt werden, wozu auch ukrainische Kommissare zu den Hauptquartieren kommandiert werden sollten.

Ein weiterer Schritt, der das Verhältnis zwischen der Sowjetregierung und der Naba noch verschlimmern mußte, war die auf Lenins Aufruf an die Soldaten, die Sache des Friedens in ihre eigenen Hände zu nehmen, folgende Aufforderung des Kriegsekkretärs Petljura an den Höchstkommmandierenden und alle höheren Kommandos, den ukrainischen Truppenkörpern und Soldaten zu verlaufen, daß sie hinfür den Anordnungen der Regierung der Volkskommissare nicht mehr Folge zu leisten haben, sowie weiters die Ankündigung, daß das Generalsekretariat mit dem großen Armeekomitee, den in Bildung begriffenen Regierungen am Don, Kuban usw. und den Zentren der revolutionären Demokratie bezüglich Bildung einer sozialistischen Zentralregierung, die allein befähigt sein werde, Friedensverhandlungen anzuknüpfen, in Unterhandlung stehe. Die von Winnitschenko entwickelte Anschauung, der sich auch die Naba anschloß, ging dahin, daß eine neue lebensfähige Regierung sich nicht in der einer Perlektion anheimgefallenen Hauptstadt Petersburg bilden, auch keine Parteienregierung sein dürfe, sondern aus den gesunden und kräftigen Grenzländern auf föderativer Basis aufgebaut werden müsse.

Die weiterschauenden Pläne der ukrainischen Regierung stießen aber auf unerwartete Hindernisse. Die Mittelmächte, bezw. deren militärischen Oberkommandos an der Ostfront erklärten sich bereit, auf Basis der russischen Vorschläge am 2. Dezember die Waffenstillstandsverhandlungen zu beginnen. Das widerpenstige Hauptquartier wurde von Archenko an der Ausführung des Vorhabens, seinen Sitz nach Kiew zu verlegen, verhindert und umgestaltet. Duchonin wurde von Archentos Truppen allerdings gegen dessen Willen, aber vor seinen Augen getötet und die Oberkommandos der Südwest- und rumänischen Front sahen sich genötigt, wollten sie einem eigenmächtigen Vorgehen der Truppen bei den Abmachungen über einen Waffenstillstand nicht freien

Reichspost
5./I. 1918

Der Eintritt der Ukraine in die Friedensverhandlungen.

Wien, am 4. Jänner.

Wie der deutsche Reichskanzler heute im Hauptauschuß des deutschen Reichstages mitteilte, werden gegenwärtig mit den in Brest-Litowsk eingetroffenen Delegierten der Ukraine die Verhandlungen beginnen. Die Nachrichten aus Rußland sind heute ein solches Wirrsal, daß es einer sorgfältigen Umschau bedarf, um sich ein Bild zu machen, mit welchem Mandat, mit welchen Absichten die Delegierten der Ukraine in Brest-Litowsk erschienen sind und in welchem Verhältnis sie zu der Petersburger Sowjetregierung und deren Delegierten stehen. Die Beurteilung ist umso erschwerter, als die Zustände Rußlands durchaus nicht konsolidiert, sondern im fortwährenden Fluße sind und die auf der politischen Bühne tätigen Personen oft rasch anderen Platz machen, so daß die leitenden Gesichtspunkte und Ideen je nach dem Wechsel der Lage und der Personen Veränderungen unterworfen werden. Doch zur Wertung der zu erwartenden Vorgänge in Brest-Litowsk ist eine Sichtung der Tatsachen erforderlich.

Wie sehr verwickelt sich die Verhältnisse gerade in der Ukraine gestaltet, wo zu den sozialen Gegensätzen noch nationale traten, beweisen die Ereignisse, die sich zwischen dem 8. und 15. November in der Revolutionswoche, in der Stadt Kiew selbst zutrug, über welche selbst die russische Presse noch lange Zeit später dürftig orientiert war und sich schwer Aufschluß zu geben vermochte. Traten doch zu den drei Gewalten — der ukrainischen Zentralrada, dem Militärbezirksstab mit den Regierungstruppen und den Bolschewiken — noch verschiedene Unterströmungen, so daß gleichzeitig acht verschiedene Organe, darunter noch der in Kiew tagende Kosakentongreß, das militärische Revolutionskomitee und das ukrainische Truppenkomitee unter Petljura, sich das Recht streitig machten, die Kommandogewalt über die Truppen auszuüben. Truppen, die der Bezirksstab von der Front kommen ließ, schlugen sich zum Teil auf Seite der Naba, des Revolutionskomitees oder Petljuras. Es fanden daher in den Straßen oft ganz von einander unabhängige Kämpfe statt, bei welchen die Kräftegruppierung manchmal den Charakter des Zufälligen trug. Wohl vereinigte in der ersten Zeit die ukrainische Naba und die Bolschewiken das gemeinsame Ziel, die provisorische Regierung Kerenski zu bekämpfen, in welcher die Naba das Haupthindernis auf dem Wege ihrer Selbstständigkeitsbestrebungen erblickte. Dieser Bund war aber insofern ein unnatürlicher, als die Naba Herrin im eigenen Hause bleiben wollte, während die Bolschewiken darauf ausgingen, die Macht an sich zu reißen. Mit dem Augen-

blick, wo der gemeinsame Feind, d. h. die Hauptstütze der provisorischen Regierung, nämlich der Oberkommandierende mit seinem Stab samt den Junkern und Kähurichen aus dem Felde geschlagen war, kam es zum Bruch zwischen der Naba und den Bolschewiken. Doch gelang es bald der ersteren, dank der an Zahl überlegenen ukrainischen Truppen, die Oberhand zu gewinnen.

Damit war für die Zentralrada der langersehnte günstige Augenblick gekommen, um die Selbstständigkeitsbestrebungen, die unter dem Druck der Petersburger Regierung immer wieder zurückgeschraubt worden waren, endlich in vollem Umfang zu verwirklichen. In den einleitenden Worten des am 20. November verkauften „Universal“ finden wir die Motive klar ausgesprochen, welche die Naba veranlaßten, diesen entscheidenden Schritt zu unternehmen. „Es gibt keine zentrale Gewalt“, stellt das „Universal“ fest. „Im ganzen Reich herrscht Anarchie. Auch uns droht diese Gefahr. Ohne starke nationale Gewalt wird die Ukraine in den Abgrund eines blutigen Bürgerkrieges gestoßen werden.“ Diese Verneinung gegenüber der Regierung Trozkis und Lenins, der die Schuld an der Anarchie im Land indirekt zugeschoben wird, kann wohl nicht anders als eine Absage jedes Gehorsams, als eine reinliche Scheidung zwischen beiden aufgefaßt werden. Man unterließ es nicht folgerichtig, das „Universal“ der Sowjetregierung zur Kenntnis zu bringen. Mit dieser Nichtanerkennung der Regierung der Volkskommissare steht die Betonung der Untrennbarkeit der Ukraine von Rußland scheinbar in Widerspruch, doch soll die Unrichtigkeit der Zentralrada bezüglich der Absicht, die Regelung der föderativen Grundlage für beide Staaten der ukrainischen verfassunggebenden Versammlung im Einvernehmen mit der russischen anheimzustellen, nicht in Zweifel gezogen werden.

Außer der Weigerung, die Sowjetregierung anzuerkennen, war es aber noch die einseitige Festsetzung der Grenzen des Gebietes der Ukraine sowie die Stellungnahme zur Friedensfrage, die einen ersten Konflikt mit der Sowjetregierung herbeiführen mußte. Die Notwendigkeit eines raschen Friedensschlusses betonend, der sich die Naba ebensowenig wie die meisten Armeeführer verschließen konnte, stellte sie im „Universal“ entscheidende Maßnahmen in Aussicht, um durch die Zentralregierung sowohl die Alliierten als die feindlichen Mächte zu Friedensunterhandlungen zu veranlassen. Unter dieser Zentralregierung ist aber nicht die Sowjetregierung, die nicht das Vertrauen des ganzen Landes genießt, sondern eine erst zu bildende Zentralgewalt zu verstehen. Damit stellte sich die Naba auf denselben Standpunkt wie der Höchstkommmandierende Duchonin. Der Vorwurf des Ungehorsams und gegenrevolutionärer Gesinnung, der von Lenin und

139



Zeitung

1704

Die Berlinerische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

(Anzeigen, an Sonn- und Festtagen
keine Beilagen und Rubriken:
für Reise und Wanderung,
gemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder vierteljährlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 50 Pf. Teuerungszuschlag 20%. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Verwaltung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Die Bewegung in Portugal.

benutzt, um so weit wie möglich den schon fast hervorgeratenen
Opposition die Spitze abzubrüchen. Der Gegensatz zwischen Ele-
mencaoy und der französischen Sozialdemokratie sei indessen schon
zu tiefgehend, als daß man ihn überbrücken könne.

In anbetracht der intimen Beziehungen des Volkes zu den
Arbeiterkreisen der Entente-Länder sind diese Auffassungen, so meint
„Berlinerische Tidende“, von bedeutendem Interesse.

Das künftige Wirtschaftsverhältnis zu Rußland.

Mitteleuropa und der Friede.

Von

D. Fr. Naumann,

Mitglied des Reichstags.

Als ich vor reichlich zwei Jahren mein Buch „Mittel-
europa“ schrieb, war die Gemeinsamkeit und der Umfang
unseres künftigen mitteleuropäischen Bundesgebietes noch viel
unklarer als heute, denn Warschau wurde damals eben erst
erobert, und der Militärbund mit den Bulgaren stand in
seinen Anfangstagen. Auch war die Waffenbrüderschaft zwi-
schen Reichsdeutschen, Oesterreichern und Ungarn noch zu neu
und ungewohnt, um bereits als feste Zukunftsgrundlage an-
genommen zu werden. Inzwischen aber hat sich durch den
gemeinsamen Krieg eine weit größere Klarheit über den mög-
lichen Umfang herausgestellt, und, was noch viel mehr besagen
will, das gewaltige gemeinsame Weltgeschichts-
erlebnis ist zu einer solchen riesigen Einzeltatigkeit ange-
wachsen, daß man das in den Seelen Gewordene gar nicht
mehr als nur vorübergehend ansehen kann. Alle großen Ge-
sellschaftsgestaltungen sind in erster Linie von inneren Vor-
gängen abhängig. Aus dem Erlebten erhebt sich Erkenntnis,
Phantasie und Wille. Die vergangene ältere Geschichte ver-
sinkt vor dem neuen Geistesinhalt. Was sind heute noch die
Kämpfe Friedrichs II. von Preußen mit Maria Theresia,
der Mutter der Donaumonarchie, was ist das Jahr 1866?
Das Alte ist vergangen, es ist alles neu geworden in Blut
und Opfer. Daran ändert es auch gar nichts, wenn der Zu-
sammenschluß der Stimmungen noch längst nicht restlos er-
folgt ist. Es gibt an allen Ecken des weiten Mitteleuropa-
gebietes gegenseitige Kritik, und es wird sie bis in Ewigkeit
geben, aber wer diese kleineren Regungen für geschichts-
bildender hält als das Kriegserlebnis im ganzen, beweist
damit nur, daß er selber zwischen Vergänglichem und Unver-
gänglichem keinen Unterschied zu machen vermag. Ueber allen
Grenzreibungen, Kulturverschiedenheiten, Eifersüchten und
Misstrauensresten steigt mit jedem Tage höher der Gesamt-
eindruck, daß wir zusammen, daß wir verbündet gegenüber
der Welt standgehalten haben. Was das bedeutet, werden
unsere Kinder noch besser wissen, als wir, denn dann erst wird
es monumental geworden sein. Daß unsere Völker nach sol-
chem noch nie vorhandenen Erleben auseinandergehen, als
hätten sie nur einen Zwischenakt hinter sich, ist schon heute
unglaublich. Wir können nicht mehr einen ohne den anderen
denken. Man versuche um der Probe willen, sich ein Bild
einer anders orientierten Gesamtpolitik zu machen, es wird
nicht gehen.

So aber liegen die Dinge nicht nur auf dem militärisch-
politischen Gebiete, sondern nicht weniger auf dem Wirt-
schaftsgebiete. Auch da ist das Geschichtserlebnis
bereits vorhanden. Heute fragt man nicht mehr, ob man
Mitteleuropa aufrichten will oder nicht, sondern Mitteleuropa
ist da, eine uns umgebende Wirklichkeit, ein tatsächliches Ge-
flecht von Gegenseitigkeiten, das gar nicht beliebig an einem
Tage als aufgelöst erklärt werden kann. So hat im letzten
Jahre der sachkundige Oesterreicher Dr. Stolper die Sache
dargestellt in seinem Buche „Das mitteleuropäische Wirt-
schaftsproblem“ (bei Franz Deuticke, Wien und Leipzig, 1917).
Unsere Verkehrsmittel, Rohstoffe, Nahrungsmittel, Finanzen
bilden im Grunde einen Gemeinschaftsbesitz, und daß wir
unter uns noch den ganzen alten Apparat von Grenzschum-
nissen und Zollplacereien aufrechterhalten haben, erscheint
bereits beiderseitig als Spießbürgererei und Amtspedanterie.
Wozu das alles, während Blut und Gut zusammenfließen?
Langsam lernen aber auch die Beamten den neuen Zustand
als geworden ansehen, und gerade die sachkundigsten und
Kügigsten sind in beiden Reichen entschiedene Vertreter der wirt-
schaftlichen Gemeinschaftsidee geworden.

Das bedeutet nun freilich noch nicht, daß bei allen betrie-
ben Volksteilen und Regierungsstellen eine program-
matische Einsicht in den weiteren Vorgang der Ver-
einheitlichung vorhanden wäre! Keineswegs! Eher kann
man sagen, daß sich die Führenden allzusehr von der drän-
genden Geschichtsentwicklung nur schieben lassen und es
wenigstens in der Öffentlichkeit, vermeiden, allzu starke
Spuren mitteleuropäischen Sentens setzen zu lassen. Der

6
145

Lloyd George über die Kriegsziele und Friedensbedingungen Englands.

London, 6. Januar.

(Werbung des Reuters-Bureaus.)

In Erfüllung einer unlängst gegebenen Forderung, eine Ansprache an die Delegierten der Gewerkschaften zu richten, die sich jetzt über die Frage des Mannschafteinsatzes mit dem Minister für nationale Dienste auseinandersetzen, gab Premierminister Lloyd George heute über die Kriegsziele folgende bedeutungsvolle Erklärung im Namen der Regierung ab:

Nur die klarste, größte und gerechteste Sache kann die Fortsetzung dieses Weltkrieges auch nur für einen einzigen Tag rechtfertigen. Wir müssen imstande sein, in klarer Weise die Grundsätze darzulegen, für welche wir kämpfen, aber auch ihre endgültige und deutliche Anwendung auf die Weltkriegsfrage. Wir sind an der kritischsten Stunde dieses furchtbaren Kampfes angelangt, und bevor eine Regierung eine schwerwiegende Entscheidung über die Bedingungen faßt, unter denen sie den Kampf beenden oder fortsetzen will, muß dem Genüge getan werden, daß das Gewissen der Nation hinter diesen Bedingungen steht; denn diese allein kann die Anstrengungen aufrecht erhalten, welche nötig sind, um diesen Krieg tatsächlich zu Ende zu führen. Ich habe daher während der letzten Tage in besonderer Weise dafür Sorge getragen, mich über die Auffassung und Stellung der Vertreter der gesamten Stimmungen und Ansichten zu unterrichten. Letzte Woche hatte ich Gelegenheit, nicht nur die erklärten Kriegsziele der Arbeiterpartei durchzustudieren, sondern auch mit den Arbeiterführern die Bedeutung und die Absichten ihrer Kriegserklärung zu erörtern. Auch hatte ich Gelegenheit, dieselbe wichtige Frage mit Asquith und Grey durchzusprechen und mich mit einigen Vertretern der großen überparteilichen Dominions zu beraten. Es freut mich, als Ergebnis aller dieser Erörterungen festzustellen, daß, obwohl die Regierung allein für die tatsächlichen Worte, die ich in meiner Rede gebrauchen will, verantwortlich ist, eine allgemeine Übereinstimmung über den Charakter und die Absichten unserer Kriegsziele, sowie über unsere Friedensbedingungen besteht. Was ich daher heute Ihnen und der Welt sage, hat Anspruch darauf, nicht allein als Auffassung der Regierung, sondern der Nation und des ganzen Reiches zu gelten.

Deutschland soll seine große Stellung in der Welt behalten.

Wir führen keinen Angriffskrieg gegen das deutsche Volk, das von seinen Führern überzeugt wurde, es kämpfe einen Verteidigungskrieg gegen eine Vereinigung neidischer Völker, die die Zerstörung Deutschlands beabsichtigen. Das ist nicht der Fall. Eine Zerstörung Deutschlands oder des deutschen Volkes war niemals unser Kriegsziel vom ersten Tage des Krieges an bis heute. Wir wurden tatsächlich überaus widerstrebend und äußerst unvorbereitet für die schreckliche Feuerprobe gezwungen, in diesen Krieg einzutreten, zur Selbstverteidigung, zur Verteidigung des vergewaltigten öffentlichen Rechtes in Europa und zur Rettung der feierlichen Vertragsverpflichtungen, auf welchen die politische Struktur Europas gegründet ist. Deutschland dagegen hat mit seinem Einfall in Belgien dieses rücksichtslos zu Boden getreten. Wir mußten entweder in den Kampf eintreten oder heillos stehen, um dem Untergange Europas und dem Triumph der rohen Macht über das öffentliche Recht und die internationale Gerechtigkeit zuzuschauen. Es war lediglich das Bewußtsein dieser schrecklichen Alternative, das das britische Volk in den Krieg gezwungen hat. Das englische Volk hat sich niemals von dieser ursprünglichen Haltung getrennt, es hat niemals eine Trennung der deutschen Stämme oder die Auflösung des deutschen Staates oder Landes beabsichtigt. Deutschland hatte eine große Stellung in der Welt. Es ist nicht unser Wunsch oder unsere Absicht, diese Stellung in Zukunft in Frage zu stellen oder zu zerstören, sondern Deutschland von seinen Hoffnungen und Plänen einer militärischen Beherrschung abzulenken, damit es alle seine Kräfte den großen gemeinsamen Aufgaben der Welt widmet.

Ebenso kämpfen wir nicht, um Österreich-Ungarn zu zerstören oder die Türkei ihrer Hauptstadt oder ihrer reichen Besitzungen in Kleinasien und

Lykien, die vorwiegend von der türkischen Rasse bewohnt sind, zu berauben. Ebenso wenig sind wir in diesen Krieg eingetreten, um die Verfassung des deutschen Kaiserreiches abzuändern und zu zerstören, obwohl wir eine solche militärisch-autokratische Konstitution im zwanzigsten Jahrhundert für einen gefährlichen Anachronismus halten. Es ist unsere Ansicht, daß in der Einsetzung einer wahrhaft demokratischen Verfassung durch Deutschland der überzeugendste Beweis liegt, daß der alte Geist militärischer Vorherrschaft in diesem Krieg tatsächlich erloschen sei, und es würde uns viel leichter machen, mit Deutschland einen weitherzigen demokratischen Frieden zu schließen. Das jedoch ist eine Sache, die das deutsche Volk zu entscheiden hat.

Die Wiederanfrichtung Belgiens.

Es ist nun über ein Jahr her, daß der Präsident der damals noch neutralen Vereinigten Staaten den Kriegführenden die Anregung gegeben hat, daß jede Partei eine unabweisende Erklärung der Ziele, für die sie kämpft, abgeben solle. Wir und unsere Verbündeten haben mit unserer Note am 20. Januar 1917 darauf geantwortet. Die Mittelmächte gaben auf den Appell des Präsidenten keine Antwort und trotz vielfachen Drängens von Seiten der Gegner und der Neutralen bewahrten sie vollständiges Stillschweigen über ihre Kriegsziele. Sogar über eine Kernfrage, über ihre Absichten betreffend Belgien, haben sie einhellig abgelehnt, irgendeine ehrliche Angabe zu machen. Graf Czernin machte in seiner Erklärung vom 25. Dezember 1917, die er im Namen Österreich-Ungarns und seiner Verbündeten abgab, eine Äußerung gewisser Art. Diese ist jedoch bedauerlich unbestimmt. Man sagt uns, daß es nicht in der Absicht der Mittelmächte liege, sich gewalttätig irgendwelche besetzte Gebiete anzueignen oder irgendeine Nation, die während des Krieges ihre politische Unabhängigkeit verloren hat, dieser zu berauben. Es ist offensichtlich, daß fast jeder Plan der Eroberung und Annektierung innerhalb der wörtlichen Auslegung einer solchen Verpflichtung ausgeführt werden könnte. Oder bedeutet es, daß Belgien, Serbien, Montenegro und Rumänien ebenso unabhängig und frei sein sollen, über ihr eigenes Geschick zu bestimmen, als Deutschland oder irgendeine andere Nation? Oder bedeutet es, daß alle möglichen Einmischungen, politische und wirtschaftliche Beschränkungen, die unvereinbar mit der Würde eines freien und sich selbst achtenden Volkes sind, ihnen auferlegt werden sollen? Besteht vielleicht die Ansicht, daß es eine Art von Unabhängigkeit für große Völker und eine geringere Art von Unabhängigkeit für kleine Völker gibt? Wir müssen darüber Klarheit haben. Denn die Gleichheit des Rechtes unter den Völkern, ob groß oder klein, ist eines der grundlegendsten Ziele, für die dieses Land und seine Verbündeten diesen Krieg führen. Der Ersatz des willkürlichen Schabens, der den belgischen Städten und Dörfern und ihren Einwohnern zugefügt wurde, wird entschieden abgelehnt. Der Rest des sogenannten Angebots der Mittelmächte besteht in einer fast gänzlichen Zurückweisung aller Zugeständnisse. Alle Andeutungen über die Autonomie der unterworfenen Nationen sind aus den Friedensbedingungen ausgeschaltet. Die Frage, ob den Arabern, Armeniern und Syrern irgendeine Form der Selbstregierung gegeben werden soll, wird lediglich für eine Angelegenheit der hohen Pforte erklärt. Der fromme Wunsch des Schutzes nationaler Minoritäten, soweit praktisch ausführbar, ist die weitestgehende Annäherung an die Freiheitsideen, die der Staatsmann der Mittelmächte zu machen wagt. Nur in einem Punkte sind diese vollkommen klar und entschieden. Unter keinen Umständen will Deutschland von seiner Forderung auf Rückerstattung sämtlicher deutschen Kolonien abgehen. An diesem Punkte gehen alle Grundsätze von Selbstbestimmung oder, wie wir uns früher ausgedrückt haben, Selbstregierung mit Zustimmung der Regierten in Rauch auf.

Es ist unmöglich, daß ein dauernder Friede auf einer solchen Grundlage aufgebaut werden kann. Klingende Worte allein über die Formel „keine Annexionen und keine Entschädigungen“ oder über das Recht auf Selbstbestimmung sind zwecklos. Bevor irgendwelche Verhandlungen überhaupt begonnen

werden können, müssen sich die Mittelmächte der wesentlichen Tatsache der Lage bewußt werden. Wir können die Zukunft der Zivilisation nicht länger der eigenmächtigen (arbitrary) Entscheidung einiger Unterhändler, die trachten, durch Ränke oder Ueberredung die Interessen dieser oder jener Dynastie oder dieses oder jenes Volkes zu sichern, unterwerfen. Die Einrichtung des neuen Europa muß auf solchen Grundlagen von Verunft und Gerechtigkeit aufgebaut sein, die allein Dauerhaftigkeit versprechen. Darum ist es unsere Ansicht, daß die Zustimmung der Regierten die Grundlage jeder Regelung von Gebietsfragen in diesem Kriege sein muß. Und aus diesem Grunde ist es offensichtlich, daß, wofern nicht Verträge aufrecht erhalten werden und jede Nation bereit ist, jedes Opfer zu bringen, um seine Unterschrift unter solchen Verträgen in Ehren zu halten, kein Friedensvertrag das Papier, auf dem er geschrieben ist, wert ist.

Die ersten Forderungen, die bisher die britische Regierung und ihre Verbündeten immer vorangestellt haben, sind die vollständige Wiederanfrichtung Belgiens und eine möglichst weitgehende Entschädigung für seine verwüsteten Städte und Provinzen.

Dies ist nicht die Forderung einer Kriegsentchädigung, wie sie Deutschland im Jahre 1871 auferlegt hat. Es ist auch kein Verzicht, die Kosten der Kriegshandlungen von einem Kriegführenden auf den andern zu schieben. Es ist nicht mehr und nicht weniger als das feste Festehen darauf, daß, bevor es irgendeine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden geben kann, dieser große Bruch des öffentlichen europäischen Rechtes seine Zurückweisung erfahren und, soweit als möglich, gutgemacht werden muß. Wiedergutmachen bedeutet Anerkennung. Solange das internationale Recht nicht durch das Beharren auf Zahlung des Schadens, der in Nichtachtung seiner Grundlagen zugefügt wurde, besteht, kann es niemals Wirklichkeit sein.

Räumung der eroberten Gebiete und das Problem Elsaß-Lothringen.

Als nächstes kommt die Wiederherstellung Serbiens, Montenegros, sowie der besetzten Teile Frankreichs, Italiens und Rumaniens, vollständige Zurückziehung der feindlichen Armeen.

Wiedergutmachung von Unrecht ist die grundlegende Bedingung für einen dauernden Frieden. Wir wollen bis zum Untergange an der Seite der französischen Demokratie in deren Verlangen auf Wiedererwägung (reconsideration) des großen Unrechtes von 1871 stehen, als ohne Rücksicht auf die Wünsche der Bevölkerung zwei französische Provinzen aus Frankreich herausgerissen und dem Deutschen Reich während eines halben Jahrhunderts einverleibt wurden. Solange dies nicht geheilt ist, können gesunde Zustände nicht wieder eintreten. Es kann keine bessere Illustration der Bosartigkeit geben, einen vorübergehenden militärischen Erfolg zu benutzen, um ein nationales Recht zu vergewaltigen.

Wegen den russischen Sonderfrieden.

Ich will nicht versuchen, die Frage der russischen Gebiete, die jetzt von den Deutschen besetzt sind, zu behandeln. Die russische Politik ist seit der russischen Revolution durch so viele Phasen und so schnell gelaufen, daß es schwierig ist, ohne Reserve das Urteil darüber zu sprechen, welches die Lage sein wird, wenn die endgültigen Bedingungen des europäischen Friedens besprochen werden. Rußland hat den Krieg mit all seinen Schrecken hingenommen, weil es, getreu seiner Ueberlieferung, als Schützer der schwächeren, stammesgleichen Rassen, in den Krieg eintrat, um Serbien vor einem Anschlage auf seine Unabhängigkeit zu schützen. Es ist dies ein ehrenvolles Opfer, das nicht allein Rußland, sondern auch Frankreich in den Krieg zog. Frankreich, getreu den Bedingungen seines Vertrages mit Rußland, trat an der Seite seiner Verbündeten in einen Streit, der nicht seine Sache war. Seine ritterliche Haltung für seinen Vertrag führte zu dem willkürlichen Einfall in Belgien, und die Vertragsverpflichtungen Großbritanniens gegenüber diesem kleinen Land zogen uns in den Krieg. Rußland

Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

Stück 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 30 %. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

2.26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Naas und Mosel.

Die Türkei in unserer Zukunftsbilanz.

Wir beginnen in nachstehendem mit einer Darstellung der deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen und ihrer Zukunftsaussichten aus der Feder eines guten Kenners der Türkei:

Vielleicht ist es kühn, aber doch so weit wahr, als eben charakterisierende Verallgemeinerungen überhaupt wahr sind: der Gegensatz zur Real-Außenpolitik ist deutsche Politik. Man mag das immer mit der idealen Veranlagung unseres Volkes entschuldigen oder gar rühmen, praktisch ist es nicht. Und die endlose Reihe von Enttäuschungen, die uns die Kriegsjahre gebracht haben, angefangen bei England über Japan, Italien, Rumänien bis zu Mexiko und den südamerikanischen Staaten, sollten uns endlich darüber belehren haben, daß man politische Beziehungen weder diktieren noch suggerieren kann, sondern daß sie wirtschaftlichen und volkspolitischen Gesetzen unterliegen, die so arg schwer nicht zu begreifen sind. Der Taumel unserer Mitteleuropa-Begeisterung ist ein wenig vererbt, es scheint doch die Erkenntnis durchgedrungen zu sein, daß eine durch Rußland von Königsberg bis Konstantinopel bedrohte Wirtschaftsfront nicht den allererforderlichsten Forderungen einer gesunden Wirklichkeitspolitik entspricht. Die Idee des Kontinentaleuropa beginnt zu dümmern, wenn auch da zuletzt, wo es am dringendsten wäre. Die Türkei ist ein nicht unwichtiger Faktor in der alten Rechnung: Mitteleuropa, wie in der neuen: Kontinentaleuropa. Wir haben alle Ursache uns eine möglichst genaue Kenntnis vom Wert dieses Faktors zu verschaffen. Unterschätzungen werden der Bilanz ebenso gefährlich sein wie schimmernde Bahnvorstellungen.

Man wird mit solchen Erörterungen der Türkei nicht zu nahe treten, denn gesunde Bündnisse entstehen nur auf der Grundlage möglichst genauer gegenseitigen Kennens. Auch ist der Türke viel mehr Realpolitiker als wir, man scheut sich in der Türkei durchaus nicht, klar und deutlich zu sagen, was man von Deutschland erwartet und was es nicht geben kann, und nicht minder deutlich, was man ihm gewähren will, und woran es kein Rühren gibt. Man wird es in der Türkei sehr gut verstehen, wenn wir in Deutschland eine offene und ehrliche Sprache reden.

Von diesem Gesichtspunkte aus soll verücht werden, die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen und ihre Entwicklungsmöglichkeit einmal ohne hoffende oder zweifelnde Vorurteile zu betrachten. Für diese Entwicklungsmöglichkeit ist bestimmend, außer den bestehenden Beziehungen erstens der Bedarf und das Angebot des deutschen Marktes, zweitens die Entwicklungstendenz der Wirtschaft der Türkei und drittens die volkspolitischen Momente.

Die bestehenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Türkei basieren nicht auf irgendwie wesentlichen deutschen Kolonien in der Türkei. Das deutsche Element ist nirgends so stark vertreten, daß es irgendwie geprägegebend auf den türkischen Volksharakter einwirken könnte. Ganz abgesehen von den als Volksstämmen vertretenen Griechen, Armeniern, Persern und Arabern, erreichen die deutschen Kolonien nur selten die Stärke der englischen, französischen und anderer. Die deutsch-türkische Seeschifffahrt ist verglichen mit der englischen sehr jung und war vor dem Kriege noch sehr bedeutungslos für beide Kontrahenten. Die Zahl der unter deutscher Flagge in türkischen Häfen eingelaufenen Registertonnen steht, soweit die sehr schlechte türkische Einfuhrstatistik das anzugeben vermag, an letzter Stelle hinter England mit einem etwa fünf- bis sechsfachen Vorprung, hinter Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Rußland, Italien und vielleicht auch Griechenland. Bei der großen Unrentabilität des übermäßig langen und daher wenig benutzten Landweges, muß das Bild der deutsch-türkischen Seeschifffahrt ein ungefähres Abbild des deutsch-türkischen Warenaustauschs sein, da die Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Seeschifffahrt den Umweg über ein fremdes Land unnötig macht. Der deutsch-türkische Warenaustausch entbehrt wieder des geprägegebenden Einflusses auf die türkische Volkswirtschaft, da es der deutschen Ausfuhr nach der Türkei an einem Artikel fehlt, für den sie allein oder doch wenigstens wesentlich in Frage kommt, wie das bei Rußland mit dem Zucker, bei England mit der Kohle der Fall ist. Unsere Hauptausfuhr nach der Türkei sind alle Arten von Textilwaren, bei denen wir überall die scharfe Konkurrenz Englands gegen uns haben. Unsere Lieferung von Eisenindustrieprodukten hat sich in den letzten Jahren vor dem Kriege recht erfreulich

9
153

Die Botschaft des Präsidenten an den Kongress.

W. Washington, 8. Jänner. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Präsident Wilson hat heute dem Kongress eine Botschaft übergeben, in der er u. a. sagt: Wieder einmal, wie schon wiederholt vorher, haben die Sprecher der Mittelmächte den Wunsch zu erkennen gegeben, die Kriegsziele und eine mögliche Grundlage für einen allgemeinen Frieden zu erörtern. In Vrest-Litowsk haben Besprechungen zwischen Vertretern der Mittelmächte und Russlands stattgefunden, auf welche die Aufmerksamkeit aller Kriegführenden gelenkt wurde zu dem Zwecke, um festzustellen, ob es möglich sei, diese Besprechungen zu einer allgemeinen Friedenskonferenz auszu dehnen.

Fremd

Die Vertreter Russlands haben nicht allein eine festumschriebene Darlegung der Grundsätze, auf Grund welcher sie bereit wären, Frieden zu schließen, sondern auch ein ebenso klares Programm für die tatsächliche Anwendung dieser Grundsätze vorgelegt.

Die Vertreter der Mittelmächte legten ihrerseits die Grundlinien zu einer Vereinbarung vor, die, wenngleich weniger klar, einer Auslegung im liberalen Sinne fähig sind, bis sie das eingehendere Programm mit positiven Bedingungen zufügen. Dieses Programm machte keinerlei Zugeständnisse, weder für die Souveränität Russlands noch zugunsten der Völker, um deren Geschick es sich handelt. Es bedeutete, kurz gesagt, daß die Mittelmächte beabsichtigen, jeden Fußbreit Landes, das ihre bewaffneten Massen besetzt halten, jede Provinz, jede Stadt und jeden vorteilhaften Punkt als dauernde Mehrung ihrer Länder und ihrer Macht zu behalten.

Es ist eine berechnete Vermutung, daß die allgemeinen Grundsätze einer allgemeinen Vereinbarung, die sie zuerst vorschlugen, von den liberalen Staatsmännern Deutschlands und Oesterreich-Ungarns herrührten, jenen Männern, die die Macht ihres eigenen Volkes, dessen Gedanken und Streben zu fühlen bekommen haben, während die konkreten Bedingungen für die tatsächliche Vereinbarung von den militärischen Führern kamen, die keinen anderen Gedanken haben, als den zu behalten, was sie besitzen. Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Die Vertreter Russlands waren aufrichtig und konnten ernstlich solche Vorschläge von Eroberungsfucht und Vorherrschaft nicht in Erwägung ziehen.

Der Zwischenfall.

Der ganze Zwischenfall ist sehr bedeutungsvoll, aber auch sehr verwirrend.

Mit wem haben es die Vertreter Russlands eigentlich zu tun? In wessen Namen sprechen die Vertreter der Mittelmächte? Sprechen sie für die Mehrheiten der Volksvertretungen oder für die Minderheitsparteien, für jene militärisch-imperialistische Minderheit, die bisher ihre ganze Politik sowie die Angelegenheiten der Türkei und der Balkanstaaten, die sie gezwungen haben, am Kriege teilzunehmen, beherrscht haben? Die Vertreter Russlands haben sehr richtig, sehr klug und im wahren Geiste der modernen Demokratie darauf bestanden, daß die Konferenz, die sie mit den teutonischen und türkischen Staatsmännern abhielten, bei offener und nicht hinter geschlossenen Türen stattfinden soll, damit die ganze Welt, wie es gewünscht wurde, eine Zuhörerenschaft bilden könne. Wem haben wir nun also zugehört? Jenen, die im Geiste und nach den Absichten der Entschlebung des deutschen Reichstages vom 9. Juli vergangenen Jahres sprachen oder jenen, die den Geist und die Absicht auf Eroberung und Unterwerfung verkörpern? Oder haben wir tatsächlich beide Teile vor uns, die sich noch in offenem, hoffnungslosem Gegensatz zu einander befinden? Das sind sehr ernste dringende Fragen, von deren Beantwortung der Friede der Welt abhängt.

Die Kriegsziele der Alliierten.

Aber was auch das Ergebnis der Verhandlungen in Vrest-Litowsk sein möge und welche Schritte man auch aus dem Sinn und den Absichten der Vertreter der Mittelmächte folgern möge, sie haben die Welt mit ihren Kriegszielen bekannt zu machen versucht und ihre Gegner herausgefordert, zu sagen, was deren Ziele seien, und was für eine Auseinandersetzung sie als gerecht und befriedigend ansehen würden. Es besteht daher kein triftiger Grund, warum wir auf diese Herausforderung nicht mit äußerster Offenheit antworten sollen. Wir haben darauf geantwortet. Nicht einmal, wiederholt haben wir unsere Absichten und Ansichten der Welt dargelegt, und zwar nicht in allgemeinen Ausdrücken, sondern jedesmal mit genügender Bestimmtheit, um es klar zu machen, wie die endgültigen Friedensbedingungen beschaffen sein müßten, die sich notwendigerweise daraus ergeben. Letzte Woche hat Lloyd George mit bewundernswertem Geiste für sein Volk und die Regierung Großbritanniens gesprochen.

Es gibt keine Verwirrung der Meinungen unter den Gegnern der Mittelmächte, keine Unsicherheit über die Grundsätze und keine Unklarheit hinsichtlich der Einzelheiten. Geheimtuererei, Unaufrichtigkeit und Mangel an genauer Feststellung der Kriegsziele sind lediglich auf Seiten Deutschlands und seiner Verbündeten. Kein Staatsmann, der auch nur den geringsten Begriff seiner Verantwortung hat, würde auch nur für einen Augenblick sich gestatten, diese tragische und furchtbare Verschwendung von Gut und Blut fortzusetzen, wenn er nicht sicher wäre, daß die Ziele dieses Lebensopfers ein Seil des wirklichen Lebens der Geseilenschaft sind und daß das Volk,

für das er spricht, sie als ebenso richtig und verpflichtend ansieht wie er.

Aber da ist noch eine Stimme, die nach dieser Festlegung der Grundsätze und Absichten verlangt und die vielleicht schriller und zwingender ist als die anderen rührenden Stimmen, von denen die Welt erfüllt ist. Es ist die Stimme des russischen Volkes.

Dieses ist ohnmächtig und, wie es scheint, vollkommen hilflos gegenüber der unnachgiebigen Macht Deutschlands, die bisher noch keine Milde und kein Mitleid gekannt hat. Seine Kraft ist anscheinend gebrochen, aber seine Seele will sich nicht unterordnen. Es will nicht nachgeben, weder was die Grundsätze noch was die Handlungen angeht. Seine Auffassung von dem, was recht und menschlich und was es in Ehren annehmen könnte, wurde mit einer Offenheit, Großzügigkeit, Großmut der Gesinnung und menschlichen Sympathie dargelegt, die die Bewunderung jedes Menschenfreundes herausfordern müssen. Die Russen haben sich geweigert, sich mit ihren Idealen oberfertigen zu lassen und andere im Stiche zu lassen, um sich selbst in Sicherheit bringen zu können. Sie appellieren an uns, damit wir sagen, was wir wünschen und worin, wenn dies überhaupt der Fall ist, unsere Absichten und Absichten von den übrigen abweichen.

Die Antwort Amerikas.

Ich glaube, daß das Volk der Vereinigten Staaten es wünscht, daß ich mit vollkommener Klarheit und Offenheit darauf antworte. Ob die gegenwärtigen Führer in Russland es glauben oder nicht, es ist unser aufrichtiger Wunsch und unsere Hoffnung, daß irgendeine Möglichkeit geschaffen werde, die uns gestattet würde, dem russischen Volke bei der Erreichung aller seiner Hoffnungen auf Freiheit und geordnete Friedensverhältnisse zu helfen. Es ist unser Wunsch und unsere Absicht, daß in Friedenszeiten alles offen vor sich gehen soll und in Zukunft keine geheimen Abmachungen irgendwelcher Art gestattet werden. Die Tage der Eroberungen und Gebietsvergrößerungen sind vorbei, ebenso die Zeiten der Geheimverträge, die im Interesse einer einzelnen Regierung geschlossen wurden und geeignet waren, in einem unerwarteten Augenblick den Weltfrieden zu stören. Das Programm des Weltfriedens ist unser Programm, das auch zugleich das einzig mögliche Programm darstellt, das uns vorschwebt.

Wilson's Friedensbedingungen.

Der erste Punkt ist, daß alle Friedensverträge öffentlich sind und öffentlich zustande gekommen sind und daß darnach keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art mehr getroffen werden dürfen, sondern daß die Diplomatie immer offen und vor aller Welt getrieben werden soll.

Der zweite Punkt ist vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden sowohl wie im Kriege, mit Ausnahme jener Meere, die ganz oder teilweise durch eine internationale Handlung zwecks Durchsetzung internationaler Verträge geschlossen werden.

Der dritte Punkt ist die möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und die Erreichung der Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

Die vierte Bedingung ist, daß entsprechende Garantien gegeben und angenommen werden, daß die Rüstungen der Völker auf das niedrigste mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgeseht werden.

Der fünfte Punkt ist die freie, aufrichtige und vollkommen unparteiische Ordnung aller kolonialen Forderungen, die auf der strengen Befolgung des Grundsatzes begründet ist, daß bei der Entscheidung aller Souveränitätsfragen die Interessen der in Betracht kommenden Bevölkerungen das gleiche Gewicht haben müssen wie die berechtigten Forderungen der Regierungen, deren Rechte abgegrenzt werden müssen.

Der sechste Punkt betrifft die Klärung des ganzen russischen Gebietes und eine solche Regelung aller russischen betreffenden Fragen, die das beste und freieste Zusammenwirken der anderen Nationen der Welt sichert, um für Russland die unbehinderte Gelegenheit zu erlangen, unabhängig über seine eigene politische Entwicklung und nationale Politik zu entscheiden und Russland die aufrichtige, freundliche Aufnahme in die Geseilenschaft der freien Nationen unter Gesetzen, wie es sie selbst will, zu sichern; und mehr als das, Unterstützung in allen Dingen, die Russland braucht und selbst wünscht. Die Verhandlung, die Russland von seinen Schwesternationen in den kommenden Monaten gewährt werden wird, wird eine klare Probe auf ihren guten Willen sein und ihr Verständnis für Russlands Noth zum Unterschied von ihren eigenen Interessen.

Siebenter Punkt: Die ganze Welt wird zustimmen, daß Belgien geräumt und wiederhergestellt werden muß, ohne daß irgendein Versuch unternommen wird, seine Souveränität, deren es sich in Gemeinschaft mit allen anderen freien Nationen erfreut, zu beschränken. Keine einzige andere Handlung wird so wie diese dazu dienen, das Vertrauen unter den Nationen in die Geseilenschaft selbst zur Regelung ihrer Beziehungen unter einander festgesetzt haben, wieder herzustellen. Ohne diese verständigen Handlung wäre das ganze Gefüge und die Kraft des internationalen Völkerrechtes für immer beeinträchtigt.

Achter Punkt: Das ganze französische Gebiet soll befreit und die besetzten Teile wiederhergestellt werden. Das Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 in der elsass-lothringischen Frage geschehen ist und das den Weltfrieden seit nahezu 50 Jahren heunruhigt hat, soll wieder

Friedenshemmnungen und Friedensmöglichkeiten.

Eine Betrachtung zur gegenwärtigen Weltlage.

Von Professor Dr. W. Foerster (München).

In der gegenwärtigen Stunde, wo sich die uns feindlichen Mächte trotz aller auch in ihrer Mitte lebendigen Friedenssehnsucht doch mit großer Einstimmigkeit zur Fortsetzung des Krieges zu entschließen scheinen, ist es wohl angebracht, daß wir auch einmal ein wenig nach den auf unserer Seite und in unserem Seelenzustand liegenden Friedenshemmnungen Umschau halten, statt alle Schuld an der Fortdauer des Völkermordens immer nur bei den Gegnern zu suchen.

Gewiß folgen auch die Kriegstreiber auf der feindlichen Seite einer falschen Idee und fallen in die gleiche Gewaltanbetung, die sie bekämpfen. Je mehr man dem Kriege zutraut, desto mehr Macht gewinnt er über die Seele. Auch die Ententevölker werden durch das Weltgericht gepeinigt werden, bis sie einsehen, daß dieser Weltkonflikt durch die Gewalt nicht entschieden und gelöst werden kann, und bis sie dem deutschen Volke gegenüber andere Töne finden, als sie vor dem Kriege und während des Krieges gefunden haben. Für unsere eigene nationale Selbsterkenntnis aber wäre es höchst lehrreich, wenn wir uns einmal ernstlich fragen würden, wie es eigentlich komme, daß alle jene Völker auf der anderen Seite leidenschaftlich nach Dauerfrieden verlangen, andererseits aber ebenso leidenschaftlich jedes Verhandeln mit dem gegenwärtigen deutschen Kraft- und Geisteszustand ablehnen zu müssen glauben.

Warum führen England und Amerika diesen Krieg weiter? Sie führen den Krieg, um den Krieg und die Kriegsbedrohung aus der Welt zu schaffen. Das scheint vielen in der Kriegsromanik aufgewachsenen Neu-Deutschen über den Horizont zu gehen. Sie wissen eben nicht, wie sehr der pazifistische Gedanke in den letzten beiden Jahrzehnten die englisch-amerikanische Welt erfüllte — nicht etwa bloß aus idealen Gründen, sondern weil, wie Herbert Spencer immer wieder betont, höchstentwickelte Schlichtungsmethoden für internationale Konflikte unmittelbar zum Wesen der ausgewachsenen großindustriellen Gesellschaftsform und ihrer weltorganisatorischen Bedürfnisse und Sicherheiten gehören. Und eben weil wir das nicht begreifen und die Enschlüsse unserer Gegner immer nur auf die greifbarsten Vorteilsberechnungen einer von der Hand in den Mund lebenden Tagespolitik zurückführen, darum lassen wir uns auch von superklugen Leuten vorreden, Amerikas gewaltiges Rüstn gelte nicht uns, sondern Japan... Das ist „preußische“ Völkerpsychologie. Gewiß fürchtet Amerika die japanische Weltmacht. Aber gerade weil es um jeden Preis vermeiden will, um Japans willen die Neue Welt in einen Gierzierplatz zu verwandeln, darum will es Japan auf pazifistische Weise, das heißt durch einen Völkerbund, einkreisen und unschädlich machen. Hinter dem pazifistischen Weltprogramm der Wilsonschen Votivschiff vom Jänner 1917 stehen also drei Triebkräfte: erstens der demokratisch-ethische Idealismus der Abkömmlinge der Puritaner und Quäker und aller der Elemente, die wegen irgend einer Unterdrückung Europa den Rücken gekehrt haben. Zweitens der wirtschaftlich-technische Amerikanismus, der im Kriegsweesen eine veraltete und jeden weitausschauenden Unternehmungsgeist lähmende Methode des internationalen Interessenausgleichs sieht. Drittens die von Japan kommende Bedrohung. Nur wer sich klarmacht, mit welcher Wucht einer tieferregten Volksstimmung die hier bezeichneten realistischen und idealistischen Motive Amerika dazu treiben, dem Völkerverlehr um jeden Preis eine ganz neue Rechtsgrundlage zu sichern — nur der ist gegen die albernen Zeitartikel gefeit, mit denen heute noch ein großer Teil selbst der für den Verständigungsfrieden wirkenden Presse die Politik Wilsons kommentiert.

Muß denn aber Amerika durchaus den Krieg fortsetzen, um jenes sein weltpolitische Programm zur Anerkennung und Durchführung zu bringen? Hat nicht die Mehrheitsresolution des deutschen Reichstages sowie die Antwort der Zentralmächte auf die Papstnote unzweideutig unsere Bereitschaft zur Mitarbeit an der Verwirklichung jener Zukunftspläne ausgesprochen? Was also will man noch? Die Antwort darauf ist sehr einfach: Die Entente vermisst noch die überzeugende moralische Garantie hinter all jenen Erklärungen. Sie will nicht daran glauben, daß jene Mehrheit wirklich fest im Sattel sitzt. Sie kann leider auf nur zu viele hochmütige Protesterklärungen einflußreichster Kreise gegen jene Resolution verweisen. Sie registriert die eigenartige Stellungnahme der „geistigen Führer“ der Nation. Sie verfolgt mit Interesse die heidnischen Zeitartikel der christlichen „Altnischen Volkszeitung“, die einem großen expansiven Volke das Recht auf eine machiavellistische Politik zusprechen. Sie bringt zahlreiche Zeugnisse für die in den akademischen gebildeten Kreisen Deutschlands immer noch vorherrschende, rein machtpolitisch-militärische Art des Denkens über die arroken Völkerprobleme. So sie hat

eine große Reihe der im Sommer zur Friedensresolution Stehenden im Verdacht, daß deren Stellungnahme nicht einer tiefen Umwandlung des weltpolitischen Denkens entspringe sondern nur unter der Wirkung eines gewissen Stillstandes der militärischen Unternehmungen erfolgt sei; mit der jeweiligen Kriegslage änderten sich die Ueberzeugungen solcher Leute. Auf solchen unsicheren Geisteszustand aber könne die künftige Völkerordnung nicht gegründet werden. In diesem Sinne behauptet die Entente: Ein durch die ganze preußische Geschichte genährter Aberglaube an die gewalttätigen Methoden der nationalen Sicherung habe sich durch die riesigen Erfolge tief in die deutsche Seele eingefressen, ein romantischer Schwert- und Machtglaube sei entstanden, der nur durch die drastische Erfahrung eines Zusammenbruchs der deutschen Weltstellung ad absurdum geführt werden könne. Das in dieser Auffassung zu Tage tretende tiefe Mißtrauen ist leider durch den Einfall Czernins bestätigt worden, sein eindrucksvolles Bekenntnis zu einem annerkennungslosen Frieden zu bekräften. Als ob man eine weltpolitische Ueberzeugung von der allein möglichen Basis des künftigen Völkerzusammenlebens bekräften könne! Bin ich überzeugt, daß die Völker wirtschaftlich, finanziell und moralisch kein weiteres Weiterertragen — dann muß ich mich gegen jede Vergewaltigung, das heißt gegen jeden neuen Anlaß für die Fortdauer von Haß und Mißtrauen einsehen, ganz gleich, wie weit die anderen hinter meiner Einsicht zurückbleiben —

Es ist fast unbegreiflich, daß so weite Kreise des deutschen Volkes immer nur vom feindlichen „Kriegswillen“ und vom deutschen „Friedenswillen“ reden und sich gar nicht fragen, ob nicht jener Kriegswille gerade darauf ruht, daß unsere Friedensbereitschaft unablässig durch zu viel störende Nebenmusik, durch zu viel Kriegsstolze und siegesstolze, das gegnerische Selbstgefühl aufreizende Interviews und Ansprachen unwirksam gemacht wird und daß die bloß nationale, machtpolitische Tradition in unserer öffentlichen Meinung noch zu stark ist, um das Vertrauen des Auslandes zu einem neuen Deutschland zu gewinnen. Vergleicht man die in England erscheinende pazifistische Literatur von namhaften Gelehrten (Hobson, Russell, Dickinson, Brailsford) und die entsprechenden öffentlichen Kundgebungen angesehenster Männer (Lord Balfour, Lord James Bryce, Lord Courtney, Lord Lansdowne) mit dem, was bei uns gesagt werden darf, vergegenwärtigt man sich, daß bei uns die pazifistische Literatur zum größten Teil beschlagnahmt ist, so kann man durchaus begreifen, daß den Gegnern die Macht, Autorität und geistige Tiefe unseres Friedenswillens noch nicht sonderlich imponiert. Die wirkliche Friedfertigkeit einer Nation muß sich sachlicher offenbaren als in allgemeinen und vieldeutigen Erklärungen. Das dem deutschen Volke und wohl auch den deutschen Staatsmännern durch verborgene überlegene Mächte aufgezwungene tödliche Schweigen über die brennendsten Einzelfragen der europäischen Entzweiung läßt im Ausland kein Vertrauen zu uns aufkommen. In seinem offenen Briefe an Herrn v. Rühlmann („Manchester Guardian“) sagt Lord Courtney, daß das Bekenntnis zu einer künftigen, friedlichen, schiedsgerichtlichen Behandlung von Völkerstreitigkeiten erst dann Glauben finden werde, wenn man schon im gegenwärtigen Augenblick die strittigen Fragen in einem wirklich entgegenkommenden Geiste erörtert. Gerade das aber vermisst das Ausland, zum Beispiel in unserer Behandlung der elsass-lothringischen Frage. Damit trifft der Lord zweifellos einen wunden Punkt in unserer Friedensbereitschaft. Selbst wenn wir die Rückgabe auch des kleinsten Gebietsstreifens ablehnen, ja gerade wenn wir diese Haltung einnehmen, so müssen wir umso mehr irgend etwas tun, um dem Rechtsempfinden der anderen entgegenzukommen. Entweder ist der Verständigungsfriede eine leere Formel, ein bloßes Streben nach einem mechanischen Kompromiß, das alle Zündstoffe weiterwirken läßt und keinerlei schöpferische Neuordnung und des Völkerzusammenlebens bedeutet — oder er hat den Sinn einer wirklichen geistig-sittlichen Einigung und Aussöhnung durch gemeinsame Anerkennung gewisser oberster Prinzipien, die für die Klärung der wechselseitigen Ansprüche und der gegenwärtigen und kommenden Interessenkonflikte maßgebend sein sollen. Gibt man dem Verständigungsfrieden diesen Sinn, so fordert er von uns eine Wertabwägung mit den Ideen der Gegner, das heißt mit dem, was man dort als unumgänglich rechtlich-sittliche Basis eines dauernd beruhigten Weltzustandes betrachtet. Die bloße, kahle Feststellung aber, daß Elsass-Lothringen eine deutsche Angelegenheit sei, hilft uns in der Beilegung des Weltzwistes keinen Schritt weiter. Denn wie deutsch auch die elsass-lothringische Angelegenheit sein mag, sie war gleichzeitig eine „europäische Frage“. Die Entrechtung des elsassischen Volkes trennte uns nämlich von dem demokratischen Empfinden der übrigen Welt und wird uns weiter trennen, wenn wir uns nicht herbeilassen, bei der Lösung der elsassischen Frage Grundzüge anzuerkennen, die unserem Willen zum Rechte allein Glauben gewinnen können.

Auch in der belgischen Frage muß der vorgeschrittene Teil unseres Volkes nun endlich von vieldeutigen Allgemeinheiten zum Konkreten übergehen, bevor er vor dem Richterstuhl der allerinnersten Wahrscheinlichkeit das Recht hat, von der zurückgestoßenen Friedenshand zu reden. Auf das Entgegenkommen der Gesinnung, auf den Sieg der moralischen Gesundheit über alle Klauen, nicht auf die pazifistische Tinte kommt es an. Nur wenn man in der Wiederherstellung Belgiens eine nationale Ehrensache und nicht ein Handelsobjekt sieht, nur wenn man auf das Kaiserwort vom begangenen Unrecht zurückgreift, nur wenn der Rechtsinn des deutschen Volkes so stark zum

Die Katastrophenpolitik der Alldeutschen.

N Berlin, 9. Jan. (Priv.-Tel.) Die Alldeutschen verzagen nicht so bald. Erreichen sie ihr Ziel nicht mit dem ersten Wurf, so machen sie neue Anstrengungen, und so geht dann das Messeltreiben gegen die Reichsleitung und ganz besonders gegen den Staatssekretär von Kühlmann munter weiter. In den alldeutschen Blättern in Berlin und im Reich wird dabei mit Gründen und Vorwürfen gearbeitet, die durch ihre gleichzeitige Anwendung derselben Informationsquelle verraten. Der Hauptauslöser des Reichstages hat durch seine kluge Zurückhaltung, die er in Kriegsfragen gelibt hat, bewiesen, daß er die Erfordernisse unserer Zeit versteht und keine Möglichkeiten schaffen möchte, aus denen das Ausland Vorteile ziehen könnte, und wie Nachteile bei den in Brest-Litowsk wieder aufgenommenen Friedensverhandlungen erleiden müßten. Die Alldeutschen, die vor und während des Krieges unserer Sache so vielen Schaden zugefügt haben, kennen das Gebot der Disziplin nicht. Ihnen geht das Agitationsbedürfnis über das Staatsinteresse und deshalb greifen sie bei ihrem Kampfe auch zu Mitteln, die, wenn sie von anderen Parteien angewendet würden, von ihnen als Gefährdung unserer militärischen Interessen und der Kriegsführung bezeichnet werden würden. Begeistert sich doch sogar heute abend die „Deutsche Zeitung“ zu der verheißenen Drohung, daß „die größten Erfolge der deutschen Waffen im Westen, die unsere Feinde seit Wochen befürchteten, unterbleiben würden, wenn die Heerführer sehen müßten, daß die mit großen Blutopfern errungenen militärischen Erfolge zur Erzielung politischer Resultate nicht ausgenutzt werden, nicht ausgenutzt werden dürfen.“

Das heißt die gegenwärtige Katastrophenpolitik auf die Spitze treiben, und das heißt unseren großen Heerführern Motive unterstellen, die sie sicherlich weit von sich weisen würden. Zu der ersten Beleidigung, die die alldeutsche Presse ihnen zufügte, indem sie dem Gedanken Raum gab, sie könnten die Sache des Vaterlandes im Stiche lassen, wird dadurch eine zweite gereicht. Ehe weitere militärische Operationen ins Auge zu fassen seien, stellt das führende alldeutsche Blatt die Forderung: „Zuerst müssen die zu erstrebenden Ziele klar vor Augen stehen und danach ist der Krieg dann zu führen.“ Damit verlangt das alldeutsche Blatt, daß die Erwägungen unserer Heerführer davon abhängig zu machen seien oder ganz abhängig wären von den Annahmen. Das heißt dem Sinn dieses ganzen Krieges verdrängen. Das deutsche Volk ist in den Krieg gezogen einmütig und geschlossen mit den Kaiserworten: „Uns treibt nicht Eroberungslust.“ Nicht für Anreizforderungen irgend welcher Interessentengruppen lassen die deutschen Soldaten ohne Unterschied des Standes ihr Leben, sondern sie geben es freudig hin in dem festen Bewußtsein, daß von ihnen das Opfer des Lebens nur so lange verlangt wird, als es die Sicherheit des Reiches bedingt. Von diesem festen Bewußtsein sind unsere Kämpfer erfüllt gewesen auf den weiten Gefilden der russischen Ebenen, in den rumänischen und italienischen Bergen und unter den Sonnengluten des Orients. In diesem festen Bewußtsein werden unsere heldenmütigen Truppen auch die Kämpfe bestehen, die ihnen im Westen bevorstehen, denn sie leitet der Gedanke, daß sie mit dem Schwerte unsere Feinde, die bisher jedes Friedensangebot abgelehnt haben, zur Friedensbereitschaft zwingen müssen. Das ist das Ziel, das der Kaiser ihnen nach der Ablehnung seines Friedensangebotes vom 12. Dezember 1916 gesetzt hat; und niemand ist im Deutschen Reich außer diesen alldeutschen Söldlingen auf den Gedanken gekommen, daß die Oberste Heeresleitung, wie es ihr in dem zitierten alldeutschen Blatte unterstellt wird, von anderen Motiven sich hätte leiten lassen können. Wäre es so, wie die „Deutsche Zeitung“ es hinstellt, so hieße das die Grundlage unserer bisherigen Erfolge untergraben. Aber dafür haben die Alldeutschen kein Verständnis.

Sie, die sich als die echten Preußen immer aufzuspielen beliebt, machen auch nicht halt vor der großen Tradition der preussischen Armee, wenn ein Blatt wie die „Tägliche Rundschau“ sagt, die augenblicklichen Streitfragen, diese Streitfragen, die nämlich durch die Katastrophenpolitik der Alldeutschen aufgeworfen sind, ließen sich nicht mehr werten „aus standesmäßiger Begrenztheit üblicher preussisch-soldatischer Denkwelt“. In dem Zusammenhange, in dem das Blatt diese Meinung ausspricht, ist der Begriff preussisch-soldatische Denkwelt nur so zu verstehen, daß den Soldaten der Gehorsam gegenüber dem Obersten Kriegsherrn über alles geht. Auf der Grundlage unbedingter Pflichttreue und mit dem Grundsatz, daß Politik nicht in die Armee gehöre, ist die deutsche Armee das gewaltige Instrument geworden, das die glänzenden, alte Welt in Stammen sehenden Leistungen vollbrachte. Diese Grundlage sucht die „Tägliche Rundschau“ mit folgenden Sätzen einfach niederzureißen: „Es gibt einen höheren Gerichtshof des Bewusstseins, und, wenn Männer wie Hindenburg und Ludendorff je an diesen appellieren sollten, so würde jede schmarrende Berufung aufs Kasino nur läppisch und lächerlich wirken können. Wenn Mannesgewissen aufsteht, schweigen alle Vereinsfahrungen.“ Also das moralische Gerüst unserer deutschen Armee war nichts weiter als eine gewöhnliche Vereinsfahrung. So weit sind wir schon gekommen.

Der Kern des Streites der letzten Wochen wird heute etwas deutlicher enthüllt. Die „Deutsche Zeitung“ sagt: „Die politische Leitung steuert nicht nur im Osten, sondern ganz allgemein auf einen Frieden los, der allen militärischen Erfolgen dieses Krieges jeden politischen Zweckcharakter nehmen würde.“ Auf einen allgemeinen Frieden steuern wir doch alle hin. Der Krieg ist doch nur ein Mittel zum Zweck, und der Zweck, den wir zu erreichen suchen, ist, abgesehen von den Alldeutschen, dem ganzen deutschen Volke klar. Wir wollen die Heimat verteidigen und wollen uns Lebensbedingungen erkämpfen, die die freie Entfaltung unserer Kräfte in Zukunft sichern.

In der „Berliner Börsenzeitung“, also einem nationalliberalen Blatt, wird dieser Gedanke guttrefend in folgende Worte gekleidet:

Auch wenn die Friedensmöglichkeit gegenwärtig nur sehr gering ist, so muß unsere auswärtige Politik doch bei allen Maßregeln, die sie ergreift, den einmal kommenden Frieden im Auge behalten. Und wenn auch menschliche Erwägungen heute in weitesten Kreisen nicht allzu hoch im Kurse stehen, so wird sich eine für das Wohlergehen der deutschen Menschheit verantwortliche Regierung doch ununterbrochen mit der Frage beschäftigen müssen, wie sie in ihren vollen und unseres Volkes Zukunft sichernder Weise diesen Krieg, der durchschnittlich täglich mehr als 1000 deutschen Männern das Leben kostet, zu beendigen vermag. Sie wird in gewissenhafter Beobachtung ihrer Pflichten sich auch der wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen eines noch so lange andauernden Krieges bewußt bleiben. Außerden handelt es sich in Brest-Litowsk um die Vorbereitung einer neuen weltpolitischen Lage, die aus der Herstellung einer Verständigung mit Rußland sich ergeben muß und von deren Art unendlich viel, sowohl für den Kampf selbst, wenn er fortgeführt werden muß, abhängt, wie für den Ausgang des ganzen Krieges, der doch nicht militärischer Erfolge wegen, sondern zur Erzielung politischer Resultate geführt wird. Es mag daher sein, daß der Staatssekretär des Auswärtigen diese großen politischen Ziele zum Teil höher einschätzt wie manche einzelnen Erfolge die möglicherweise den Russen bei ihrer gegenwärtigen Schwäche und derzeitigen Uneinigkeit abgedrückt werden könnten. Vielleicht stellt er auch für den ganzen Friedensschluß ein bald wieder stark werdendes und trotz mehr oder weniger autonomer Gebiete doch nach außen hin einheitlich in Erscheinung tretendes Rußland in seine Rechnung und entfernt sich dadurch allerdings weit von denjenigen, die der Ansicht sind, auf das zukünftige Rußland brauche man keinerlei Rücksicht zu nehmen.

Das deutsche Volk will auch nach dem Krieg noch weiter leben und will auch nach dem Krieg seinen Platz an der Sonne

behalten, und deswegen muß in der Zeit von unserer Reichsleitung verlangt werden, daß sie ihre Politik nicht auf die Erfordernisse des Tages, sondern auf die lange Zukunft einstellt.

Die Türkei in unserer Zukunfts-Bilanz.

Nachstehend setzen wir die in der Morgenausgabe vom 9. ds. begonnenen Darlegungen über die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen fort.

Heute ist die Türkei ein reiner Ackerbaustaat. Trotzdem, das muß einmal in aller Klarheit gesagt werden, ist die Türkei nicht imstande, ihren eigenen Bedarf an Getreide zu decken. Dieser Zustand, dem wir in der Geschichte der Völker nicht mehr oft begegnen, läßt sich nur dadurch erklären, daß bloß etwa ein Viertel alles anbaufähigen Bodens bestellt ist, und daß auch die Bestellung dieses Viertels derart primitiv und mangelhaft ist, daß der Ertrag in keinem Verhältnis zu der Produktion dieser früher eine blühende Kultur tragenden Gebiete steht. Wäre dieser Verfall lediglich auf klimatische Veränderungen zurückzuführen, so wäre eine neue Entwicklung der landwirtschaftlichen Kultur auszusprechen. Obwohl aber ein geringer Rückgang der Niederschlagsmengen in einzelnen Gebieten, vornehmlich in Anatolien, nicht zu leugnen ist, so liegt die Hauptursache der Umwandlung blühender Kulturen in Ödland doch in der Vernachlässigung der Bodenbearbeitung durch die Bevölkerung. Der geschichtliche Vorgang dieses Verfalls kann hier nicht einmal angedeutet werden, da er eine eigene Abhandlung beanspruchen würde. Dagegen ergibt sich aus dieser Feststellung das Resultat, daß durch erneute menschliche Arbeit eine Regeneration der landwirtschaftlichen Kultur im Bereiche der Möglichkeit liegt.

Die Dinge liegen in den drei wichtigsten Gebieten Anatolien, Syrien und Mesopotamien nicht gleich. In Anatolien sind die Terrassenanlagen, die die Humusschicht vor der Abschwemmungsgefahr schützten, mit den natürlichen Wasserreservoirs, den Bädern, durch die eindringenden Nomadenvölker vernichtet worden. Hirtenvölker lieben die weite Fläche, und sind Verächter und Feinde des Waldes, den sie fahrlässig oder absichtlich zerstören. Die Anlage neuer Terrassen und die Aufforstung sind Aufgaben, die für ihre Lösung vieler Jahrzehnte bedürfen. Erschwert wird diese Aufgabe noch durch den Widerstand der Bevölkerung, die sich in ihrem bequemen Nomadendasein bedroht fühlt. Die Viehzucht ist hier keine hochkultivierte Rinderzucht, sondern allerprimitivste Schaf- und Ziegenzucht. Je weniger Pflege diesen Herden zuteil wird, desto besser ist die Ausbeute. Je schutzloser Schaf und Ziege der Winterkälte ausgesetzt sind, desto dichter ist ihr Fell, je mehr sie unter der brennenden Sonne schwitzen, desto geschmeidiger das Wollhaar. Dieser Vorzug wiegt den Verlust am Herdenbestande, der durch das Eingehen vieler Tiere im Winter entsteht, mühelos auf. Nirgends findet der primitive Nomade einen Anreiz zum Bau von Ställen oder zur Bearbeitung des Bodens. Im Gegenteil, der bebaut Boden behindert seine Herden, die die weite Fläche fordern. So hemmt die primitive Nomadenwirtschaft jeden kulturellen Fortschritt, und schärfster Widerstand der Nomadenbevölkerung muß überwunden werden, wenn hier energische Bodenkultur geleistet werden soll. Es gilt hier eben Wagners alter Satz, daß Schaf und Ziege die Feinde des Menschen und seiner Entwicklung sind.

Am schwierigsten ist aber in Kleinasien und vor allem in Anatolien die Lösung der Bevölkerungsfrage. Gerade Anatolien hat für die dauernden Kriege das Menschenmaterial liefern müssen, der Volksbestand ist dezimiert. Und unter den Uebriggebliebenen wütet die Seuche der Geschlechtskrankheiten, die im Orient in weit verheerender Weise auftritt als bei uns. Die türkische Regierung hat bereits mit der Bekämpfung der Syphilis begonnen, doch ist diese Aufgabe so lange unlösbar, als das Einbringen moderner sanitärer Einrichtungen nicht durch geordnete Verwaltungsverhältnisse, straffste polizeiliche Organisation gesichert ist. Nicht geringer, wenn auch anderer Art sind die Schwierigkeiten in Mesopotamien, dem alten Paradies, mit der einstmaligen sagenhaften Fruchtbarkeit, das uns nicht nur als eine Weltkornkammer gepriesen wird, sondern von dem wir auch für uns einmal eine reiche Baumwollproduktion erwarten. Es ist die Schuld unverantwortlicher Politiker, wenn unsere so arg hochgeschraubten Hoffnungen schwer enttäuscht werden. Hat doch Paul Rohrbach ohne jede ernsthafte Kenntnis des Landes die dort in Betracht kommende Anbaufläche auf nicht weniger als 22 Millionen Hektar angegeben. Das Bewässerungsproblem bedeutet hier alles. Aber ernsthafte Forschungen über die technische Durchführbarkeit und wirtschaftliche Rentabilität sind bisher nur von dem englischen Wasserbautechniker Willcocks im Auftrage der türkischen und zum mindesten im Einverständnis mit der englischen Regierung in mehr als dreijähriger Arbeit vorgenommen worden, mit dem Resultat, daß er die Fläche, die für eine erfolgreiche Bewässerung in Betracht kommt, auf 1,4 Millionen Hektar angibt, d. h. auf noch nicht 5 v. H. des von Rohrbach berechneten Gebietes. Große und zahlreiche Kanäle und Stauwerke werden nötig sein, eine Riesearbeit von vielen Jahrzehnten, zu der die Türkei nie die genügende Kapitalkraft besitzen wird, deren finanzielles Risiko das deutsche Kapital aber keinesfalls tragen kann, ohne Sicherheit gebende Vorrechte dafür zu erwerben.

Am günstigsten liegen die Dinge noch in Syrien, wo es eigentlich nur die für alle Gebiete gemeinsamen Aufgaben zu lösen gilt. Die Unsicherheit durch räuberische Kurden muß aufhören. Welche gewaltige Aufgabe dies für das türkische Verwaltungssystem ist, das vermag nur der zu ermessen, der dieses Verwaltungssystem aus eigener Anschauung kennt. Aber nicht nur die Sicherheit der Straßen ist notwendig, sondern vor allem die Anlage solcher. Solange nicht Straßen und Bahnen eine günstige Aus- oder Abfuhrgelegenheit gewährleisten, kann man der Bevölkerung die Vorteile einer intensiven Bodenkultur nicht handgreiflich vor Augen führen.

Was nun die technische Seite dieser Bodenbearbeitung anbetrifft, so sind wohl die meisten fremdländischen Kenner des Landes im Gegensatz zur türkischen Regierung selbst der Meinung, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung für eine maschinelle Bearbeitung des Bodens nicht reif ist. Die türkische Regierung lebt wie alle Völker, die neu in das Maschinenzeitalter eintreten, in dem Glauben, daß mit der Einführung der Maschine nun alle Schwierigkeiten, insonderheit die des Arbeitermangels, überwunden seien. Die Ueberschätzung der maschinellen Produktion läßt sie vergessen, daß zu jeder Maschine bedienendes Menschenmaterial gehört, das erst in jahrelanger Arbeit und Gewohnheit die nötige Vorbildung erwirbt. Die Maschine ist nicht der Vermittler für den Sprung von einer niederen zu einer höheren Kulturstufe; sie ist die höhere Kulturstufe selbst und will als solche erzwungen sein. Nur in ganz seltenen Fällen, auf großen Farmen, die von sachkundiger Hand mit geschultem Personal geleitet werden, wird die Einführung der Maschine möglich sein. Dagegen ist im übrigen die Verbesserung der Technik der Bodenbearbeitung dringend notwendig. Kennt man doch nur selten den Schärenpflug und bedient sich überall des Hackpfluges, der den Boden nur ganz oberflächlich rührt und unregelmäßige Furchen liefert, die die Aussaat erschweren. Einzelne Farmer warnen allerdings vor der Anwendung des Schären-

pfluges, da durch das tiefe Aufreißen des Bodens diesem zu viel Feuchtigkeit entzogen werde. Diese landwirtschaftliche Streitsache bedarf noch der Lösung durch Sachmänner. Der schwerste Krebschaden ist jedoch die Latifundienwirtschaft. Nicht nur daß die Krone und die Kirche riesigen Grundbesitz haben, auch in privaten Händen sind Besitzungen von unermeßlicher Größe. Diese Besitzer haben an der Bebauung ihres Grundbesitzes kein Interesse, da sie diesen an Großpächter verpachtet haben. Aber auch diese Großpächter bestellen ihre Pachtungen nicht selbst, sondern verpachten sie weiter an Unterpächter, und auch hier schließt diese Reihe noch nicht immer. So sind nur wenige Bauern Herren ihres Grund und Bodens. Eine großzügige Bodenreformgesetzgebung ist notwendig. Daß diese Gesetzgebung gegen die reichsten und einflussreichsten Staatsbürger gerichtet sein muß, erhöht ihre Schwierigkeit.

Der Bodenreform muß auf dem Fuße die Steuerreform folgen. Wie in allen Ackerbaustaaten ist auch in der Türkei die Grund- und Bodensteuer der Grundpfeiler der Staatsfinanzen. Sie ist deshalb an sich schon von einer Höhe, die auf die Entwicklung des Ackerbaus nicht günstig wirken kann. Als Zehent von den Bodenerträgen würde sie schon in dieser Form eine schwere Belastung bedeuten. Dazu kommt, daß sie an Steuerpächter verpachtet ist, so daß von neuem das Kettenystem des Verpächters einsetzt. Jeder Pächter und Unterpächter will für seine „Mühe“ des Pachtens oder Eintreibens eine hinreichende Entschädigung, so kommt es, daß die Steuer in Wahrheit in Höhe von 13—15 v. H. erhoben wird. Die Ertragschätzung der Ernte geschieht durch den Steuerpächter, so daß der Bauer auch in die er Hinsicht der Willkür nicht immer sehr gewissenhaften Beamten ausgesetzt ist. Dieser hat das Recht, die Ernteschätzung auf dem Halm vorzunehmen; von seiner Gnade ist der Landwirt abhängig, kann er doch die Schätzung aus Bequemlichkeit oder bösem Willen so spät vornehmen, daß der Regen die Frucht auf dem Felde vernichtet. Der gesetzgeberische Bruch mit diesem System ist eine der ersten Grundbedingungen einer gesunden Entwicklung der Landwirtschaft. Wenn man aber bedenkt, daß einerseits andre Steuerquellen dem sehr finanzschwachen Reiche nicht zur Verfügung stehen, daß andererseits die Steuerverpachtung eines der glänzendsten Geschäfte der einflussreichsten Leute ist, so kann man sich ein ungefähres Bild machen von den Schwierigkeiten, die einer Verwirklichung der Steuerreform entgegenstehen.

(Schluß folgt.)

Der Empfang beim Kaiserpaar.

Der Kaiser hat gestern um 5 Uhr nachmittags die polnischen Regentenschaftsräte Erzbischof Dr. Rakowski, v. Ostrowski und Fürst Lubomirski, den Ministerpräsidenten Dr. v. Kucharski, Chef des Zivilkabinetts Generalsekretär Prälat Chelmiczki, Militärkommandant Fürst Radziwill, Referenten im Ministerpräsidium Dabrowski, Referenten im Zivilkabinet Grafen Tarnowski, Hauptmann Drewnowski, Oberleutnant Grafen Kostrowski und Rittmeister v. Gorka, welche von dem ihnen zugeordneten Ehrendienst Gefandten Grafen Szachynski und Rittmeister von Szostka-Janota begleitet waren, empfangen.

Ansprache des Fürsten Lubomirski.

Fürst Bislaus Lubomirski hielt beim Empfang an den Kaiser folgende Ansprache:

„Eure kaiserliche und königliche apostolische Majestät!

Wir sind glücklich darüber, daß es uns vergönnt ist, Eurer Majestät heute persönlich unsere tiefste Verehrung auszusprechen zu dürfen und unsere tiefempfundenen Dankbarkeit für die Akte auszudrücken, die unserem Vaterlande das staatliche Leben in Gestalt einer unabhängigen polnischen Monarchie wiedergegeben haben.

Unverbrüchlich vertrauen wir darauf, daß Eure Majestät angesichts der großen, ihrer Lösung harrenden Aufgaben das begonnene Werk geschichtlicher Gerechtigkeit in Gemeinschaft mit dem erlauchten Verbündeten glorreich vollenden werden und dem entstehenden Staate durch Schaffung der für seinen dauernden Aufschwung erforderlichen Lebensbedingungen Allerhöchsthine mächtige Hilfe angedeihen lassen werden.

Seit mehr als einem halben Jahrhundert haben die nationalen Rechte der Polen in der österreichisch-ungarischen Monarchie den erfolgreichen Schutz der Habsburger-Dynastie genossen. Hierdurch wurde den Polen die Möglichkeit der Entwicklung nationaler und kultureller Kräfte gewährt, die ihnen gestattete, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken.

Dank dem ist es den Polen bei Ausbruch des Krieges vergönnt gewesen, die polnischen Regionen ins Leben zu rufen, die, im Verbanne der österreichisch-ungarischen Armee ins Feld rückend, durch Waffentat das Zeugnis ablegten für niemals erlöschtes Bestreben unseres Volkes, einen polnischen Staat wieder zu errichten.

In Eurer Majestät begrüßen wir den mächtigen Monarchen, der, an der Ueberlieferung seines erlauchten Hauses festhaltend, von wohlwollenden Gefühlen und Absichten gegenüber dem polnischen Volke befeelt ist.

Wir sind überzeugt, daß Eure Majestät, die großen Aufgaben der Zukunft mit Ihrem tiefen und schaffenden Geiste übersehend und aus seiner Großherzigkeit die Tatkraft schöpfend, Ihren Völkern ein Führer auf dem Wege sein werden, dessen Ziel das friedliche und segensreiche Zusammenwirken aller Völker ist.“

In der erhabenen Person Eurer kaiserlichen und königlich apostolischen Majestät erblicken wir den Vorkämpfer und den Hort derjenigen Grundkräfte, welche die Welt beherrschen und allen Schichten der Volksgemeinschaften Glück und Segen bringen sollen.“

Die Antwort des Kaisers.

Der Kaiser antwortete hierauf wie folgt:

„Erlauchte Herren des Regentenschaftsrates!

Mit aufrichtiger Freude begrüße Ich in Ihnen die Träger der obersten Würde des polnischen Staates und heiße Sie herzlich willkommen.

Die warmen Worte, die Sie an Mich gerichtet haben, erfüllen Mich mit lebhafter Freude und ganz besonderer Genugtuung. Ich ersehe daraus, daß Sie in dem von Meinem in Gott ruhenden Großvater im Vereine mit Seiner Majestät dem deutschen Kaiser begonnenen Werke, dessen Fortsetzung Ich, von dem gleichen tiefen Interesse für Polen geleitet, übernommen habe, die sichere Gewähr erblicken, die Wünsche der polnischen Nation zur Verwirklichung zu bringen.

Es hat Unseren traditionellen Sympathien für Polen und der von Uns stets befolgten Politik entsprochen, daß wir das alte, ruhmreiche polnische Königreich wieder zu neuem Leben ersehen lassen konnten. Bei den Kämpfen der verbündeten Heere, die auch die Befreiung Polens herbeiführten, haben die polnischen Regionen viele Beweise hervorragender Tapferkeit gegeben und sich dauernd ein Ruhmesblatt in der Geschichte ihrer Nation zu sichern gewußt.

Polnische Kultur und Sprache haben in der Monarchie stets eine sichere Heimstätte gefunden und zahlreiche hervorragende polnische Staatsmänner haben an dem großen Regierungswerke Meines erhabenen Vorgängers erfolgreich mitgearbeitet. Die aus diesen Beziehungen herrührenden Gefühle gegenseitigen Vertrauens werden hoffentlich künftighin eine weitere Vertiefung erfahren und die Bürgschaft dafür bilden, daß das polnische Volk in gemeinsamer

170

Die Türkei in unserer Zukunfts-Bilanz.

Die Darlegungen über die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen, die wir in der Morgenausgabe vom 9. begannen und gestern fortsetzten, werden hier abgeschlossen.

Ueber die Türkei als Rohstofflieferantin wäre so manches zu sagen, wozu es hier an Raum mangelt. Bedeutung für uns könnte nur gewinnen die Lieferung von Baumwolle, Flachs und Hanf-Reis, Tabak, Del und Fetten. Für die Kultur all dieser Bodenprodukte gilt in erhöhtem Maße das, was über die Entwicklungsschwierigkeiten der Landwirtschaft gesagt wurde. Dazu kommt noch, daß der Türke, ja der Orientale überhaupt, bisher nicht die Befähigung zu irgendeiner orgänischen Kultur, wie sie die meisten dieser Produkte darstellen, bewiesen hat. Außer am Tabakbau, der dem Orientalen das unentbehrlichste Genußmittel liefert und für den er daher einige Sorgfalt und Mühe aufwendet, hat er an keiner der Bodenkulturen, zu denen neben viel Obedul, Mühe und Sorgfalt auch einiges Verständnis gehört, eine fruchtbare Freude. Wenn der Baumwollbau sich in dem letzten Jahrzehnt ein wenig gehoben hat, so ist das lediglich das Verdienst der Deutsch-Orientalischen Baumwollgesellschaft, die in der Mittelen Ebene und neuerdings auch in der Gegend von Smyrna die Baumwollkultur mit großer Tatkraft und recht erfreulichen Erfolge pflegt. Nur daraus erklärt sich, daß, während wir 1911 nur für 500 000 M. Baumwolle aus der Türkei einfuhrten, die Einfuhr 1913 bereits auf 2 000 000 M. gestiegen war. So erfreulich diese Steigerung ist, so darf doch nicht vergessen werden, daß diese Zahlen für unsern Gesamtbedarf von ca. 600 Millionen Mark fast gar nichts bedeuten, selbst dann noch nicht, wenn es uns gelingen sollte, die Gesamtproduktion der Türkei an Baumwolle mit etwa 20 Millionen Gesamtwert unserm Markt zuzuführen. In den Flachs-, Hanf- und Seidenrohstoffen stehen die Dinge noch ungünstiger. Insbesondere die Seidenkultur hat als eine der höchsten landwirtschaftlichen Kulturen vorläufig auch nicht die geringsten Zukunftsaussichten. Der Olivenbau, der für die Del- und Fettgewinnung von Bedeutung werden könnte und der nicht übermäßig viel Pflege und Sorgfalt verlangt, ist durch unvernünftig hohe Steuerbelastung in seiner Entwicklung behindert. Glänzend sind also die Entwicklungsaussichten der Landwirtschaft wie der Rohstoffproduktion keineswegs; andererseits ist nicht zu verkennen, daß mit der nötigen Energie, einiger Umsicht und ein wenig Geschick durch planmäßige, großzügige Organisation, Gesetzgebung, Finanz- und Verwaltungstechnik sich ein gesunder Aufschwung der Bodenproduktion erreichen läßt. Zwar hat die Regierung mit der Gründung der landwirtschaftlichen Hochschule Halkali in Thrazien einen wichtigen Faktor geschaffen, der geeignet ist, durch wissenschaftliche Forschungen die Bodenkultur zu fördern. Wer aber über diesen Einzelnrichtungen den Blick für die große Richtung der Wirtschaftspolitik der Regierung nicht verloren hat, der muß mit Erstaunen bemerken, daß die gesamte moderne Gesetzgebung der Türkei das Hauptgewicht auf die Industrie legt, während der Landwirtschaft als etwas erst in zweiter Linie Bedeutungsvollem nur so nebenher Beachtung geschenkt wird. Es ist bisher, soweit ich die deutsche Orientliteratur übersehe, noch nirgends auf diese Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung aufmerksam gemacht worden. Und doch ist sie gar nicht zu verkennen. Das Industriegesetz von 1914, das nicht nur die zollfreie Einfuhr von jeglichen Maschinen gewährt, sondern auch sogar für die Errichtung von Fabriken staatliche Unterstützung zusichert, wird sich sehr bald nur als der Anfang dieser Richtung der Gesetzgebung zeigen, deren Fortsetzung uns das Zollgesetz sehr bald klar genug vor Augen führen dürfte. Es erscheint mir bedenklich, an dieser Entwicklungstendenz achtlos vorübergehen zu wollen, wenn wir bedenken, daß einmal die Türkei für eine derartige Entwicklung keinerlei wirtschaftliche Grundlagen besitzt, was unbedingt, wenn man auf der Tendenz besteht, katastrophale Folgen haben muß.

Da für die Entwicklung der Türkei zum Industriestaat hin keinerlei wirtschaftliche Ursachen gegeben sind, im Gegenteil diese dieser Tendenz dringend widersprechen, so können die Ursachen hierfür nur psychologischen Natur sein. So kommen wir zu den psychologischen Momenten, die für die zukünftigen Beziehungen eine nicht minder wichtige Rolle spielen als die wirtschaftlichen Ursachen. Die Anhänger der nationalistischen Idee haben heute fast überall in der Türkei über die jungtürkische Idee des Zusammenschlusses aller in der Türkei lebenden Völker gestimmt. Mit anderen Worten, das Nationalbewußtsein ist in vollem Umfange und mit aller Sensibilität eines solchen jungen Gebildes erwacht. Die Folge ist zunächst, da die Ursache der Unterdrückung der nationalen Eigenexistenz bisher der übermächtige Einfluß der Fremden, die Unselbständigkeit war, ein radikaler Volksindividualismus. War man früher in allem und jedem von den Fremden abhängig, so sieht man jetzt die nationale Würde darin, alles, aber auch reiflos alles selbst zu können. Hier liegt auch die Ursache für die Sucht nach Industrialisierung, die alle wirtschaftlichen Gesetze übersehen läßt. Man will auch in den Industrieprodukten nicht mehr „abhängig“ von den Fremden sein. Diese Ueberspannung des Selbständigkeitsprinzips läßt die Türken alle weltwirtschaftlichen Beziehungen verkennen. Naturgemäß muß das an allen Enden zu den gefährlichsten Widersprüchen und Konflikten führen. Dasselbe Industriegesetz, das die Selbständigkeit der Türkei auf industriellem Gebiet retten soll und daher eine neue Industrie aus dem Boden stampfen will, muß mit seinem nationalistischen Prinzip, daß nur türkische Arbeiter in diesen neuen Fabriken arbeiten sollen, diese Industrie von vornherein dem Untergang weihen, denn selbstverständlich ist ein Aufbau der Industrie mit völlig ungeschultem Arbeitermaterial, das der Türkei darstellt, ein Ding der Unmöglichkeit. Daß das Sprachgesetz von 1916, das das nationalistische Prinzip fortsetzt, eine schwere Erschütterung des in den Händen von Griechen und Armeniern liegenden Handels darstellt, indem es die Führung der Geschäftsbücher in türkischer Sprache und Schrift fordert, die die Griechen und Armenier zwar zur Not sprechen, in den seltensten Fällen aber schreiben können, mag hier nur zur Vervollständigung des Bildes gesagt werden, obwohl dieser Frage ein ganzes Kapitel gebührte. Für unsere Beziehungen zur Türkei direkt bedeutet die Auswirkung dieses nationalistischen Prinzips, daß die Türken nicht gewillt sind, uns auch nur die geringsten Vorrechte einzuräumen. Wir werden nach Friedensschluß wieder in Konkurrenz mit den Ententationen treten müssen. Es wäre ebenso interessant wie dringend notwendig, festzustellen, in welcher Weise insbesondere die Franzosen es verstanden haben, sich nicht nur die Sympathien der Bevölkerung zu erwerben und moralische Eroberungen zu machen, sondern auch sich einen solchen Einfluß im Volksleben zu verschaffen, daß sie trotz ihrer geringen Anzahl doch ein prägende Moment im türkischen Volksleben geworden sind und noch lange bleiben werden. Leicht wird man uns diesen Kampf auch nicht machen, und ob wir dabei immer die Sympathie der Türken haben werden, erscheint zweifelhaft, da diese in ihrem sensiblen Nationalbewußtsein begannen, in uns den lästigen Vormund und Lehrmeister zu sehen. Das Fazit dieser Bilanz ist nicht gerade glänzend. Die Hoff-

unserer türkischen Wirtschaftsbeziehungen ist ungünstig gekennzeichnet durch eine ungesunde Ueberspannung der Kapitalinvestierungen, trotzdem ist es nicht aussichtslos, auf diesen Wirtschaftsbeziehungen weiter zu bauen, wenn man nicht allzu hohe Erwartungen an den Erfolg stellt. Bedenklich ist, daß wir auf die Entwicklung der Landwirtschaft keinen Einfluß gewinnen können, da diese in der Hauptsache von Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen abhängt, die sich unserer Machtsphäre entziehen. Daher muß die Tendenz zur Industrialisierung uns zur Vorsicht mahnen, mit unserem Kapital darf diese Entwicklung nicht gefördert werden. Unsere schwierigste und zugleich wichtigste Aufgabe wird aber sein, moralische Eroberungen zu machen, englischen und französischen Einfluß in idealer Konkurrenz zu überwinden und volkpsychologisch uns eine Stellung zu erwerben, wie sie in Syrien die Franzosen, in Armenien die Engländer und an vielen anderen Stellen die Amerikaner innehaben.

13. / I. 1918.

Der Fall Jerusalems, der Papst und die deutschen Katholiken.

Von einem katholischen Theologen erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Einnahme der Stadt Jerusalem durch die Engländer, deren allgemeine Bedeutung innerhalb der Zusammenhänge des Weltkrieges hier außer Betracht bleibt, hat insbesondere für die deutschen Katholiken sowohl wie für den Papst eine schwierige Lage geschaffen, die bisher in der Öffentlichkeit noch auffällig wenig beachtet worden ist. Die Entwendung der heiligen Stadt aus den Händen der mohammedanischen Türken hat eine alte Sehnsucht der Christenheit, die seit dem Verlust der Errungenschaften der mittelalterlichen Kreuzzüge in ihr nicht erloschen war, wenigstens äußerlich erfüllt; und insbesondere der römische Papst muß darüber an sich Genugtuung empfinden. Auf der andern Seite sind die Türken, denen ein alter Besitz entzogen wurde, die treuen, in diesem Kriege auf Gedeih und Verderb mit ihnen eingewanderten Verbündeten der Deutschen, auch der katholischen Deutschen; der Papst aber ist, wenigstens nach der eifersüchtig gemachten kirchlichen Theorie, ein neutraler Souverän, der in angenehmen Beziehungen zu dem von England so übel behandelten Osmanentum steht. Damit ergeben sich für beide Teile schwere Konflikte. Die Katholiken Deutschlands kommen in einen neuen Gegensatz zu den Katholiken der Verbandsländer, der Papst wiederum könnte leicht in eine schiefe Stellung zu dem Verbund geraten, der selbstverständlich auch in der palästinensischen Frage sichtbar ist. Es verdient nun hervorgehoben zu werden, daß die deutschen Katholiken bis jetzt im allgemeinen (von ganz wenigen Ausnahmen integralistischer Richtung abgesehen) eine durch die schwierigen Verhältnisse bedingte Zurückhaltung in dieser Frage beobachtet haben. Papst Benedikt XV. dagegen und die vatikanischen Kreise haben es für angebracht gehalten, sich ohne Vorzug zu äußern, obwohl die naheliegende Erwägung, daß bei fortwährendem Kriege die Entwicklung gar nicht abgebrochen zu sein braucht, und daß daher Rückschlüsse nach der entgegengekehrten Seite nicht ausgeschlossen sind, zur Distanzierung hätte mahnen sollen. Und es muß mit aller Ehrerbietung, die die erhabene Person des Statthalters Christi auch dann erfordert, wenn es sich nicht um dogmatische, alle Katholiken im Gewissen bindende Entscheidungen handelt, zur erlaubten Wahrung unserer nationalen Gefühle gesagt werden, daß selbst sehr ruhig denkende, dem römischen Satze treu ergebene Katholiken unsers Landes jene Exposition der höchsten kirchlichen Autorität nur mit peinlichem Befremden gesehen haben.

Man soll indes auch diese Sache mit nüchternen Objektivität und unter möglichstem Ausschluß aller Gefühlserregungen prüfen und beurteilen. Vielleicht ist es gut, die Verhältnisse zunächst von der mehr abstrakten Seite zu betrachten. Die Frage wäre da: wie stellt sich die Lage grundsätzlich nach der katholischen Kirchensicht und nach der konstanten Praxis der römischen Hierarchie dar? — Was ist Jerusalem dem Katholiken? Was bedeutet es im religiösen bzw. dogmatischen System des Katholizismus? Indem also die reinen Affektionswerte hier auscheiden, die natürlich groß sind und zu einer vielfach rührenden Anhänglichkeit an „Heiliges Grab“ und zu besonderen Organisationen für dessen Pflege und zu hohen Opfern für dasselbe geführt haben, wäre festzuhalten, daß lediglich die anerkannten theologischen Grundsätze über die facta dogmatica in Betracht kommen, wie sie z. B. in den vatikanischen Streitigkeiten auch lehrmäßig festgelegt wurden. Es handelt sich um solche Tatsachen, die zwar an sich keinen religiösen Wert haben, die aber so eng mit Offenbarungswahrheiten verbunden sind, daß diese ohne deren Annahme nicht sicher festgestellt werden könnten, u. dergl., also z. B. um die Tatsache, daß der Inhaber des römischen Stuhles der Nachfolger Petri und damit das sichtbare Haupt der Kirche ist, daß ein bestimmter Text dogmatischen Charakter hat. Im vorliegenden Falle also um die Tatsache, daß Jesus Christus in Jerusalem bestimmte Erlösungstaten vollbracht, daß er insbesondere dort sein Erlösungswerk durch sein Leiden und seinen Tod am Kreuze vollendet hat. Daß diese erhabenen, einen Bestandteil unsers Glaubensbildenden Ereignisse gerade in Jerusalem sich abspielten, ist, so wenig der innere Zusammenhang mit alttestamentlichen Vorgängen zu verkennen ist, doch in gewissem Sinne zufällig; denn wenn der Heiland sein Erlösungsoffer an einem andern Orte vollbracht hätte, würde dessen religiöser Wert derselbe geblieben sein. Trotzdem ist die Tatsache, daß Jesus in Jerusalem die Eucharistie eingekehrt, daß er daselbst gekrönt hat, daß er auf Golgatha gestorben und in der heiligen Stadt aus dem Grabe auferstanden ist, ein von dem religiösen Kern nicht loszulösender Bestandteil unsers Glaubens und daher von jedem Katholiken unbezweifelbar anzunehmen. Weiter aber geht unsre Verpflichtung nicht. Es mag, wie es ja meistens der Fall sein wird, und was man nur billigen und loben kann, das Gefühl der Christen noch so innig an den heiligen Stätten Jerusalems hängen, und zwar in der Weise, wie unsre ehrwürdige kirchliche Tradition nahelegt, und wie die Liturgie sie lebendig erhält, so ist einer deswegen noch kein schlechter Katholik, weil er etwa erklärt: mir genügt Jesus und sein Erlösungswerk, seine Lehre und seine Gnade, kurz die religiösen Werte, die er gebracht hat, die Orte aber, an denen er während seines irdischen Lebens gewandelt ist und gewirkt hat, sind mir im Verhältnis dazu gleichgültig. Ein solcher Standpunkt mag ein wenig pietätlos sein, aber er ist dogmatisch unanfechtbar. Sedenfalls würden wir in rein religiöser Hinsicht nichts zu verlieren brauchen, wenn keiner von uns mehr seine Andacht am heiligen Grabe in Jerusalem verrichten könnte. Wir würden im Notfall den Verlust des rein historischen verschmerzen können, wenn uns nur der geistige Kern bleibt. Wir könnten es um so eher, wenn wir bedenken, daß Jerusalem dem Herrn persönlich gar nicht einmal so nahe stand; daß er diese Stadt wahrscheinlich nicht besonders liebte, daß sie ihm vielmehr gewissermaßen unsympathisch war als das Symbol der ersehnten äußeren, irdischen Macht des Judenvolkes, während doch sein Reich nicht von dieser Welt ist; daß er sie daher nach Möglichkeit mied und selten betrat, daß er sie nur zur Erfüllung der alten Weissagungen zum Schauplatz seines Todes wählte. Nein, Jerusalem muß viel ausschließlicher und unersehlicher wert sein dem Individuum als seine alle Königstadt und der Inbegriff seiner Hoffnungen. Wir Christen aber haben ein andres Jerusalem — novam descendentem de coelo a Deo sicut sponsam ornatam viro suo — das kein schmöder Engländer erobern kann, wie denn auch aller Lobpreis Sions in unsrer katholischen Mystik und in der kirchlichen Liturgie ganz offenbar in geistigem Sinne zu verstehen ist.

So relativ entbehrlich das geographische Jerusalem für unsre rein religiösen Bedürfnisse auch sein mag, so sehr muß andererseits die Kirchenregierung auf das historisch Gewordene und die an ihm haftenden Gefühle Rücksicht nehmen. Es wäre unverständlich, wenn der Papst sich nicht über die endliche Erfüllung eines jahrhundertelangen Wunsches der Christenheit — das ist hier rein abstrakt gesprochen, ohne jede Beziehung zu einem speziellen Faktum — freute, wenn er das Heilige Grab nicht lieber in den Händen einer „christlichen“ Macht als in denen der „ungläubigen“ sähe. Wer gerecht urteilen will, muß sich hier auf den Standpunkt des Papstes stellen, der in unbegrenzter Theorie sich nach der ganzen dogmatischen und kirchengeschichtlichen Entwicklung betrachten muß als das Oberhaupt der gesamten Christenheit, d. h. aller Getauften. Wie es denn auch bemerkenswert ist, daß sozusagen alle päpstlichen Kundgebungen, die sich auf Jerusalem, das Heilige Grab und das Heilige Land beziehen, nur von den christlichen Ansprüchen reden, ohne das spezifisch katholisch-konfessionelle zu betonen: Das ist die psychologische Grundlage, auf der der Papst die Eroberung Jerusalems auch durch eine häretische bzw. schismatische Macht, wie es z. B. England ist, theoretisch gesprochen als einen Gewinn der Christenheit betrachtete kam.

Wenn wir von diesen abstrakten Erörterungen zu der Betrachtung der konkreten Verhältnisse, bei denen sich die Dinge hart im Raume tofen, herabsteigen, so erhebt sich die peinliche Frage, wie es denn nun in Wirklichkeit mit dem Christentum der tatsächlich erwerbenden „christlichen“ Macht aussieht, und ob der Papst bei klarer Einsicht in diese Wirklichkeit Ursache hat, sich über die Bestätigung Jerusalems durch die Engländer zu freuen. Und da man denn in Wahrheit sagen, daß keine Nation als solche — es handelt sich also nicht um den einzelnen Engländer — so wenig „christlich“ ist wie das Engländerium, daß keine so wenig Recht hat, sich den Ehrentitel des christlichen Namens anzumahnen wie dieses unheilvolle Volk, das in seinem Wesen als

Voll, oder sagen wir lieber als Staat, als das ausgesprochene Widerchristentum, als die direkte Verleugung der Idee Christi, angesehen werden muß. Das ist also das Angesicht der „christlichen“ Macht, die gegenwärtig Jerusalem in Besitz genommen hat. Es ist dieselbe Macht, die nach den unwiderleglichen russischen Veröffentlichungen der Geheimakten des Verbandes mit seinen Verbündeten den verruchten Pakt geschlossen hat, der die schlimmste Verungümpfung der geistigen Macht des Vaters der Christenheit und einen frechen Schlag in sein Angesicht darstellt, die gegenseitige Verpflichtung der Verbandsmitglieder, den römischen Papst von jeder Einwirkung auf die Friedensstiftung und -Gestaltung auszuschließen. Kommt daher der Papst sich in der Vorstellung gefallen, das Heilige Grab sei der „Christenheit“ wiedergegeben?

Vergleicht man mit diesen objektiven Ergebnissen unsrer Untersuchungen das praktische Verhalten des Papstes, soweit es durch die Presse, auch seine eigene Presse, bekannt geworden ist, so kann man sich einer gewissen Verwunderung nicht erwehren. Bei den Katholiken im Bereiche der Mittelstädte mußte schon die enthusiastisch-übertriebene Art und Weise Unbehagen erwecken, in der der Kardinal-Bischof Pompili das römische Volk zur Feier der Einnahme Jerusalems durch die Engländer aufforderte. Immerhin kann man geltend machen, daß hier der Vertreter des Papstes in seiner Eigenschaft als Bischof des Latobisiums Rom spricht, also ein Italiener zu Italienern, obwohl wir da im Hinblick auf die sehr problematischen Begleitumstände der englischen „Heiligtum“ nicht mitkönnen. Wäre es nun bei dieser Ereignisfeier des römischen Ortsbischofs oder auch der italienischen Katholiken überhaupt und bei den entsprechenden Verkaufungen des vatikanischen Offiziellen Romano geblieben, so könnte man gefast denken: non importa. Anders sieht sich aber die Sache an, wenn das gemeinsame Oberhaupt aller katholischen Christen, wenn der Papst in einer offiziellen Funktion als Herr der Weltkirche, bei einer feierlichen Kundgebung die nämliche Anschauung sich zu eigen macht. Se. Heiligkeit Papst Benedikt XV. ist, wie zu erwarten war, in seiner Weihnachtsallokution an das Kardinals-kollegium auf die Ereignisse mit Jerusalem zurückgekommen. Bisher liegt die Ansprache hier nur in der sprachlich recht mangelhaften Übersetzung des K-Korrespondenten der Kölnischen Volkszeitung „Aus der Schweiz“, die augenscheinlich auf den italienischen Text der Stefani zurückgeht, vor; die kirchliche Presse erklärt zwar nachträglich diesen Text an einer wichtigen Stelle für gefälscht, ohne jedoch, was höchst auffallend ist, den angeblich anders lautenden authentischen Wortlaut zu bringen; wir müssen uns also einstweilen an dieser Fassung, die dem Zusammenhang nach durchaus innerlich logisch ist — was man von der später beliebten Konjektur in Nr. 7 der Kölnischen Volkszeitung vom 3. Januar nicht sagen kann — halten.

Danach hat sich der Papst höchst erfreut über die Bestätigung Jerusalems durch die Engländer ausgesprochen; „Römischer Beschluß und göttlicher Plan gingen hier Hand in Hand, während seiner die Gegend unterjochte, hat dieser den jahrhundertelangen Wunsch der Väter in die Tat umgesetzt, indem dem christlichen Glauben die heiligen Orte und die ehrwürdigen Schollen, wo das Blut vergossen wurde, durch das wir erlöst wurden, wieder zufielen. Jerusalem, du himmlische Stadt und geeignete Offenbarung des Friedens, bringe Got... den Hymnen der Freude, der Dankbarkeit und der Liebe dar und lasse auch deine Stimme zur Weihnachtsfeier erschallen. Während in Bethlehem Engelgesänge des Friedens dem vom guten Willen besetzten Menschen entgegenkamen, wurde in dir der symbolische Stern gebrochen und dem Friedensfürsten zu Füßen gelegt.“ Das ist im Grunde, wie bereits dargelegt wurde, verständlich, wenn man auch über die tatsächliche Täuschung des Papstes, der die Bestätigung der heiligen Orte durch England als einen Gewinn für den „christlichen Glauben“ ansieht, billig staunen muß. Weniger verständlich aber ist, wenn der Papst — nach der erwähnten Übersetzung — fortfährt: „Da gibt es niemand, der nicht gewirkt, daß auch die längst in Jerusalem eingetretenen Ereignisse eine besondere Sprache redeten, die unsre an die Völker gerichtete Aufforderung, zu Gott wieder zurückzukehren, kräftiger hervorreteten läßt; denn zu Jerusalem wurde gesegnet nicht der, der im Namen der Gewappneten, sondern im Namen des Herrn erschien.“ Wenn das der exakte Wortlaut ist, dann fällt es schwer, ihn mit den Rücksichten der Neutralität in Einklang zu bringen. Der Papst erblickt offenbar in der Einnahme Jerusalems eine Art Gottesurteil (die Ereignisse „redeten eine besondere Sprache“); und da einstweilen England der gewinnende Teil ist, so müßte das Gottesurteil nach der päpstlichen Meinung zugunsten des — „christlichen“ Englands ausgefallen sein. Dann befänden sich also dessen Gegner, darunter Deutschland, im Unrecht; und die Annahme liegt nahe, daß auch die daran sich anschließende Mahnung, sich zu bekennen, auf die Mittelstädte, die Gegner des „christlichen“ Englands, sich bezieht. Da, es ergäbe sich schließlich sogar noch die Folgerung, daß der verheißene „Segen“ den wahren Engländern zugesagt ist, die „im Namen des Herrn kommen“, und nicht den „gewappneten“ Mittelstädten. Sollte das — wie man immer noch hoffen möchte — nicht die Intention des Papstes sein, so kann man nur sagen, daß der Sinn dieser Rede höchst dunkel ist. Das wäre aber bei einem so heiklen Gegenstande, der nicht nur die nationalen und politischen, sondern auch die religiösen Gefühle der Katholiken in den verschiedenen Ländern eng berührt, sehr bedauerlich, weil es in jedem Falle auf der einen oder anderen Seite Unruhe und womöglich Gewissensstrudel erregen muß. An der bereits erwähnten Stelle der Kölnischen Volkszeitung müßte sich zwar ein anscheinend theologischer Mitarbeiter ab, „eine mißdeutete Stelle in der päpstlichen Weihnachtsansprache“ in einer an rabbinische Rabulistik erinnernden Dialektik zurechtzubiegen; er vermag aber um so weniger zu überzeugen, als es ihm nicht gelingt, seinem konjekturalen Text „da gibt es niemand, der nicht in ihnen“ (in was?) statt „in den in Jerusalem eingetretenen Ereignissen“ einen klaren und ungetrübten Sinn unterzulegen. Es bleibt also auf jeden Fall ein „peinlicher Rest“ zurück.

Das scheint auch die „integrale“ katholische Presse, die ausdrücklich hervorgehoben hatte, daß die Aufforderung des Kardinal-Bischofs zur Feier der „Eroberung“ Jerusalems „unter voller Billigung des heiligen Vaters“ erlassen worden sei, zu empfinden; und darum sucht sie — darin erlöser — die ganze Frage aus dem politischen Gesichtswinkel zu schieben und die vatikanische Haltung mit rein religiösen bzw. theologischen Argumenten zu begründen und zu rechtfertigen. Die K-Korrespondenz z. B. läßt sich vernehmen: „Die offizielle Mitteilung von der Eroberung Jerusalems durch christliche Truppen (so viel bekannt wurde, bestanden die englischen Soldaten, die in Jerusalem einzogen, aus hebräischen Indiern!), hat der Papst mit lebhafter Genugtuung aufgenommen. In römischen Kreisen wird die Eroberung auch unter theologischem Gesichtspunkte betrachtet, und vor allem daran erinnert, daß der Autorität des Papstes als Statthalter Christi alle Gewalten, ob sie nun wollen oder nicht, unterstehen; er ist tatsächlich das Haupt der ganzen christlichen Welt, was auch im neuen kirchlichen Gesetzbuch ausgesprochen ist. Daher die tiefe religiös-politisch-historische Bedeutung der Eroberung Jerusalems durch christliche Truppen und sein Übergang aus dem Besitz des Islams in denjenigen einer christlichen Macht.“ Welches diese Fragezeichen hinter diese zuversichtlichen Behauptungen gehört, ergibt sich aus dem früher Gesagten von selbst. Sollte aber die Auslassung wirklich die Meinung der maßgebenden vatikanischen Kreise ausdrücken, so können wir nicht umhin, sie sehr kurzlich zu finden: das letzte militärische und politische Wort in diesem Kriege ist noch nicht gesprochen, und die Türkei hat auf Palästina nicht verzichtet — wie also, wenn Jerusalem doch wieder an sie zurückfiele? Wöhlte es sich dann, um einer Sache willen, die nicht zum Wesen des Christentums gehört, die Geister der Katholiken in den verschiedenen Heerlagern zu verwirren? und noch dazu um der schönen Augen der „christlichen“ Engländer willen? Was uns deutsche Katholiken betrifft, so ist uns der Besitz und das Schicksal Jerusalems, das als geographischen Begriff keine integrierende Bestandteile unsrer religiösen Lebenswerte in sich schließt, eine rein politische Frage. Und da Deutschland politisch eng mit der Türkei verbunden ist, wird es, solange diese nicht selber auf Palästina verzichtet, um es etwa zu einem selbständigen Staatswesen zu machen (eine Engländerherrschaft darf überhaupt nicht in Frage kommen), dem verbündeten Osmanenreich auch seinen Besitzstand garantieren — die Folgenungen ergeben sich von selbst. Und in dieser politischen Frage stehen wir deutschen Katholiken. Das mag laut gesagt werden, selbstverständ-

Vertrieht, Bezugspreis: 10.00, einseil. Bestellgeld, bei den auswärtigen Vertretungen 10.00, einseil. Bestellgeld, bei den deutschen Postanstalten 9.00, ausschließl. Bestellgeld.
Preis für die Anzeigenzeitung oder deren Raum 70 % zuzüglich 20 % für die Reklameweile oder deren Raum 30 % Kriegszuschlag
Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmten bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.
Vertretungen: Koblenz C. Heidenheim, Löhrstr. 120, Krefeld J. P. Houben, Lennep Ad. Mann, Mainz Maizer Verlagsanstalt, Mannheim I. Feoz, Mülheim (Ruhr) H. Baeders Buchhdt., M. Gladbach P. Schellmann, Neuwied H. Garenfeld, Neuwied Fells Trimm, Remscheid C. A. Kocherath, Rhodt O. Berger, Ruhrort Andreas & Co. Saarbrücken J. C. Schöler, Salzbachstr. 15, Siegburg A. Fritz, Zeughausstr. 4, Solingen Ed. Elven, Wiesbaden H. Gieß, — Sonst. Vertretl. in Deutschland: In allen größ. Städten: Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse, Dunke & Co., G. m. b. H., Invalidendank, Granda Fern. Wülker, Will. Schöler.

Dernburg für den Verständigungsfrieden.

— Frankfurt, 13. Jan.

In derselben Stelle, an der vor vier Wochen die Vaterlandspartei den Grafen Bothmer gegen einen „Verzicht- und Hungerfrieden“ sprechen ließ, stand heute Staatssekretär a. D. Dernburg, um einem Verständigungsfrieden das Wort zu reden und die für Deutschland gefährlichen Ziele der Vaterlandspartei aufzudecken. In der Versammlung der Vaterlandspartei waren viele Gegner; trotzdem war der Saal von „Groß-Frankfurt“ nicht vollständig gefüllt. Eine Abstimmung über die Meinung der Versammlung unterließ man. Heute aber war der Saal überfüllt, und viele fanden keinen Platz mehr. Die vorgeschlagene Entschließung wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen. Prof. Heinrich Röbner eröffnete die Versammlung im Namen des Frankfurter „Freien Bürgerausschusses“, der dasselbe Ziel verfolgt wie der kürzlich in Berlin gegründete „Bund für Freiheit und Vaterland“.

Staatssekretär Dernburg

wies darauf hin, daß mehr als zehn Jahre vergangen seien, seit er das letzte Mal in Frankfurt gesprochen habe. Es war 1907, als es galt, die deutsche Kolonialfreude neu zu beleben, ein Werk, das gute Früchte getragen habe. Besonders freue es ihn, so sagte der Redner, daß die Gegner von damals heute mit uns zusammen marschieren. Der Redner gab dann einen Ueberblick über die innerpolitische Entwicklung Deutschlands, die unter der Einwirkung einer stark vorangeschrittenen Demokratisierung und Politisierung des deutschen Volkes zu einer stärkeren Beeinflussung der Regierung durch den Reichstag führte. Graf Hertling hält enge Fühlung mit den Parteien. Durch die Zustimmung der Krone zu dem Verlangen der Reichsparteien des Reichstags, daß der zu berufende neue Kanzler sich vor seiner Ernennung mit den Parteien über sein Programm ins Einvernehmen setzen, ist ein Präjudizfall geschaffen worden, der auch für die Zukunft seine Bedeutung haben wird. Die veränderten politischen Verhältnisse haben auf die Parteigestaltung eingewirkt, neue Bünde sind entstanden, die ihren Einfluß geltend machen wollen. So suchen die Vaterlandspartei und die hinter ihr stehenden Konservativen und Alldeutschen Einfluß auf die Gestaltung des Friedens zu gewinnen. Dagegen läßt sich nichts einwenden. Das Volk muß über die Gestaltung seiner ganzen Zukunft gehört werden. Das ist auch der Wille der Krone und Regierung. Nun stehen wir aber bereits mitten in den Friedensverhandlungen nicht nur in Brest-Litowsk. Die Reichstagsresolution und die Neben der Staatsmänner, auch die Lloyd Georges und Wilsons sind nichts anderes als Formulierungen von Friedensbedingungen. Daß diese für uns nicht annehmbar sind und daß Lloyd Georges Doppelzüngigkeit jedes Vertrauen ausschließt, ändert an der Tatsache der Verhandlungen nichts. Lloyd George schlägt uns einen Verständigungsfrieden auf einseitig britischer und deshalb unannehmbarer Basis vor, der uns den Verrat unserer Freunde zumutet. Wilson, der immer noch an der von ihm konstruierten Idee von der Unfreiheit und Vertragsanfänglichkeit des deutschen Volkes festhält, hat doch unter dem Eindruck der deutschen Erklärungen in Brest-Litowsk eine Schwenkung machen müssen. In Frankreich wußte sich Clemenceau nicht anders zu helfen, als daß er die Verständigungspolitik wie Caillaux unter Anklage stellen ließ. In Rußland hat endlich die Revolution die Friedensfreunde aus Rußland gebracht. Wie bei unseren Gegnern mußte auch bei uns schließlich der Purjus-Verdacht aufkommen. Das war nötig. Verderblich ist es aber, wenn Organisationen zur Färbung der öffentlichen Meinung durch falsche Fälschungen, persönliche Kampfbreviere, Gerabsetzung Andersdenkender, behördlichen Druck die gewünschte Wirkung zu erzielen und sich unter der hehren Bezeichnung „vaterländischer Interessen“, mehr oder minder bemüht in den Dienst einzelner Klassen und Erwerbsstände stellen, die für die großen Subventionen, die sie geben, eine einseitige Interessenvertretung fordern. Das trifft auf die Vaterlandspartei zu, und man muß diese Feststellungen machen um zu verhindern daß wohlwollende Leglose mißbraucht werden. Die Vaterlandspartei ist entstanden im Kampf gegen die Erklärung der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli 1917, die auch heute noch den Eckstein der deutschen offiziellen Politik bildet. Ihre Forderungen sind die „unseres Friedens“ sie sind der Ausdruck des Willens der Mehrheit des vom deutschen Volk gewählten Reichstags. Diese Erklärung ist von damaliger Reichskanzler Michaelis angenommen worden, was auch nicht ohne einen gewissen kleinen Schnörkel, der ihm später das offizielle Leben gekostet hat, sie ist in der deutschen Antwortnote an den Papst als Richtlinie der deutschen Politik bezeichnet und vom jetzigen Reichskanzler ausdrücklich angenommen worden und muß die Richtlinie für den Frieden bleiben. Die Vaterlandspartei ist begründet unter der geistigen Führung eines Soldaten und eines konservativen Politikers, und das militärische Element ist auch sonst sehr stark in ihr vertreten. Und dieselben Männer, die stets das Prinzip der Autorität und der Disziplin in den Vordergrund stellen, haben einen Kampf aufgenommen, der sich gegen alle Autorität richtet. Wer der Vaterlandspartei nicht angehört, wird als vaterlandsfeindlich verdächtigt. Die Leitung der Vaterlandspartei aber liegt in den Händen reaktionärer Gewaltpolitiker, und der Einzelne hat in ihr nichts zu sagen. Wer sich ihr aber anschließt, fördert die Reaktion. Die Vaterlandspartei vertritt den bequemsten Standpunkt zu fordern, ohne den Beweis für die Durchführbarkeit ihrer Forderungen zu bringen. Die Enttäuschungen, die wie jeder Friede auch der diesem Krieg folgende Friede bringen wird, werden natürlich die Vaterlandsparteiler dem schlechtesten Frieden zuschreiben. Genau so wie Herr von Oldenburg-Januschau meinte: „Wenn wir das Reichstagswahlrecht in Preußen bekommen, haben wir den Krieg verloren.“ So soll die Vaterlandspartei auch zu einer Kampfmaschine gegen den inneren Fortschritt werden. Ungemein bedenklich ist der Versuch der Vaterlandspartei, die Oberste Heeresleitung für sich in Anspruch zu nehmen. Die „Deutsche Tageszeitung“ verlangt nach einem Hord und die „Deutsche Zeitung“ kündigt das Abschiedsgesuch des Generals Ludendorff an. Aber der General ist zu groß und zu klug, um seine berechnete Popularität durch das Eintreten für eine Parteirichtung schwer zu gefährden. Er weiß, daß der Erfolg seiner Arbeit davon abhängt, daß er das ganze Volk hinter sich behält, und er wird die Früchte des Feldzuges nicht gefährden wollen. Ein General darf im Krieg ebenso wenig kündigt, wie der gewöhnliche Landsturmmann. So ist das Wesen der Vaterlandspartei nicht vereinbar mit den hohen Verantwortlichkeitsgefühlen, die in dieser Stunde jeden Deutschen durchdringen muß.

Im Osten und in Italien haben wir wohl die Macht des Feindes gebrochen, im Westen aber haben wir unsere Gegner noch nicht so besiegt, daß wir sie zu einem baldigen Frieden zwingen und ihnen diesen diktieren könnten. Gewiß ist auch Lloyd Georges Friede ebenso ein Nachfriede wie der Treppefriede. Millionen von Menschenopfern und Milliarden an Volkvermögen hat der Krieg gekostet und Jammer und Elend fast in jedes Haus Europas getragen. Geht der Krieg weiter, so wird er zur völligen Erschöpfung Europas führen. In Brest-Litowsk können wir den Beweis für die Vertrauenswürdigkeit des deutschen Volkes erbringen und die Friedenswilligkeit in der Welt fördern. Das Verlangen vom Hungerfrieden hat den Krieg verlängert; dasselbe geschieht durch die Verweigerung des Reichstagswahlrechts für Preußen. Man kann wohl einem Lande einen Frieden aufzwingen, aber es nicht dazu nötigen, dann Geschäfte mit uns zu machen. Werden wir aber in der Weltwirtschaft auf die Seite geschoben, dann kommt in Wahrheit der Hungerfriede für uns. Der Redner begründete dann die Notwendigkeit, einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen abzuschließen. Der Abschluß eines deutschen Gewaltfriedens hätte das ewige Bündnis Englands, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten zur Folge. Besser als Eroberungen ist die Wiederkehr des Wortes „austausch“, und alle Kriegsentschädigungen würden durch die Hinauszögerung des Krieges von vornherein aufgegeben. Nach dürfen wir allerdings die Waffen nicht aus der Hand legen und müssen den Kampf für unser Dasein weiter führen, bis unser Vaterland gesichert ist. In diesem aber müssen jedem dieselben Rechte und Pflichten zustehen. Wir wollen ein einiges Volk von Brüdern sein auf der Basis von Sitte und Ordnung, Gerechtigkeit und Humanität. (Lebhafter Beifall.)

Im Anschluß an die Ausführungen Dernburgs wurde folgende Entschließung angenommen:

Die Versammlung ist überzeugt, daß ein dauernder Friede, der die deutschen Lebens- und Weltinteressen wahrhaft sichert, nur möglich ist auf dem Boden einer gerechten Verständigungspolitik im Sinne der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli 1917, sowie durch Ausbau und Schaffung internationaler Rechtsbeziehungen, welche die wirtschaftliche Freiheit aller Völker, die Freiheit der Meere und die Einheißung der unendlichen Werte verfallenden Rüstungen zu Wasser und zu Lande gewährleisten. Die Versammlung weist alle Vergewaltigungsbahnen auf feindlicher Seite entschlossen zurück. Eben-

so bestimmt erwartet, sie aber auch von der Reichsregierung, daß sie mit klarer Entschiedenheit alle Vergewaltigungsbahnen einzelner Gruppen der uns erdrückend von sich weicht. Sie erwartet insbesondere, daß die Reichsregierung keinen Zweifel darüber läßt, daß sie noch wie vor an den Grundsätzen des Reichstagsfriedens festhält, zu deren sie sich zuletzt in der Antwort auf die Papinote bekannt hat. Von den gegenwärtigen Friedensverhandlungen im Osten erhofft die Versammlung einen Friedensschluß, der unter maßgebender Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker die Gefahren neuer Konflikte ausschließt.

Montags-Ausgabe

14. Januar 1918

Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

Preis 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 20 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 1/2 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 260, 15 261, 15 262 bis 15 291.

beim Kaiser.

Friede oder Polen?

Von

Georg Bernhart.

Die Rede des französischen Ministers Pichon hat in der Kammer Lärmstößen ausgelöst. Es handelte sich dabei nicht um jene mehr oder weniger hysterischen Zwischenfälle, wie sie sich im französischen Parlament ja fast an allen sogenannten großen Tagen ereignen. Der Lärm setzte vielmehr an der richtigen Stelle ein und zeugt für das gewakte politische Empfinden der Gegner des Kabinetts Clemenceau. Pichon ward von den Zwischenrufen unterbrochen, als er erzählte, er habe seine Rede vom 27. Dezember den Regierungen in London und Washington mitgeteilt und dort angefragt, ob die Staaten des Verbandes nicht eine gemeinsame Erklärung auf die Friedensanfrage von Brest-Litowsk abgeben sollten. Die Antwort sei aber abschlägig ausgefallen, da, wie Pichon mitteilte, „grundtätliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen des Vierverbandes“ ja nicht vorhanden wären. Die französische Opposition wünschte den genauen Inhalt der Antworten zu wissen. Als Pichon sich weigerte, setzte die lärmende Zwischenrede ein.

Zunächst war auch die Mitteilung Pichons von ganz erheblicher Wichtigkeit. Die gemeinsame Erklärung der Entente hätte eine wechselseitige Bürgschaft der Friedensbedingungen bedeutet. Die einzelne Beantwortung dagegen läßt jedem der Genossen die Weeg frei. Und wenn man sich in Kenntnis der Dinge, die Pichon mitgeteilt hat, noch einmal aufmerksam die Rede Lloyd Georges und die Botschaft Wilsons ansieht, so erkennt man, warum die französischen Kriegsziele sind von Wilson und von Lloyd George ganz verschieden behandelt worden. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat sie mit jener Wärme betont, die dem augenblicklichen Stand der freundschaftlichen Sonderbeziehungen zwischen der nordamerikanischen Union und der französischen Republik entspricht. Aber selbst Wilson täuscht durch die warme Farbgebung nicht über die Richtigkeit seiner sachlichen Stellungnahme. Und vollends der englische Ministerpräsident, der sich nicht einmal im Ton sonderlich bemüht, läßt deutlich durchblicken, daß Elfsaß-Lothringen für ihn unter Umständen der Preis sein könnte, um den er zum englischen Frieden mit Deutschland gelangt.

Die unbedingte Solidarität der Entente-mächte ist durch die Reden der verschiedenen Minister durchbrochen. Und seitdem man weiß, daß eine gemeinsame Rundgebung von den Franzosen beantragt, von den Engländern und den Amerikanern aber abgelehnt wurde, ist es völlig klar, daß Frankreich von seinen Bundesgenossen zu gegebener Zeit verkauft werden soll. Namentlich wenn Frankreich durch die kommenden kriegerischen Ereignisse im Westen in seiner Kampfkraft mäßiggezt werden sollte, so wird nach dem englischen Wunsche auf Kosten und unter Preisgabe Frankreichs der angelsächsische Frieden mit Deutschland geschlossen werden. England arbeitet eben mit einer unbeimlichen Folgerichtigkeit. Und es stellt seine Handlungsweise mit unerschütterlicher Menschenkenntnis auf die Seelenstimmung gewisser Persönlichkeiten in Deutschland ein, deren ganze Kriegszielpolitik darin besteht, nach dem Gesetze des geringsten Widerstandes Erfolge zu erzielen. Sie wollen im Osten soviel wie möglich nehmen, weil sie wissen, daß es ihnen von England auch bei einem allgemeinen Frieden niemals kritisch gemacht, eher sogar dargereicht werden wird. Und dieselben Leute werden sich im Westen durch Englands Gnaden von französischem Bande schenken lassen, was nur immer erreichbar ist. Nur Belgien werden sie ängstlich schonen, weil das die Voraussetzung dafür ist, daß England gnädigst an Deutschland die Kolonien zurückgibt. Wer die Rede Lloyd Georges so liest, wie sie verstanden werden muß, wer sie von jenem Aufschlag befreit, den der kluge Händlerführer gleich zum Abhandeln eingefügt hat, der sieht deutlich, — von den klirrenden Dingen vorläufig einmal abgesehen — daß genau in den gleichen Umrissen sich der positive englische Friedensvorschlag bewegt.

Ein solcher Frieden — wenn er nicht etwa nur von den Engländern als vorübergehende Fein Morgens uns vorge-

Die Friedensversammlungen.

In Favoriten.

Der große Saal des Arbeiterheims in Favoriten war überfüllt. Genosse Bötzger führte den Vorsitz und erteilte dem ersten Referenten Genossen A u f e r l i c h das Wort.

Der Friedensgedanke, führte Austerlich aus, zieht unwiderstehlich seine Bahn durch ganz Europa und die Völker haben keinen heftigeren Wunsch, als dem entsetzlichen Morden, dieser ewigen Schande des Menschengeschlechts, ein Ende zu machen. Wir wissen, daß es einen Sieg nicht geben kann, denn besiegt sind alle, besiegt ist vor allem das Volk sämtlicher kriegsführenden Staaten. Wenn sich die Zentralmächte auf ihre militärischen Erfolge berufen, weist die Entente auf die Welt als ihren mächtigsten Bundesgenossen hin.

Der Gedanke eines Verständigungsfriedens ohne Annexionen und Kontributionen war seit langem der Gedanke der Internationale und hat sich durchsetzen vermocht trotz des Hohnes, mit dem er einst von der herrschenden Klasse und auch von den Regierungen aufgenommen worden war. Wir internationalen Sozialdemokraten halten Annexionen, die eine Frucht militärischer Erfolge sind, für unmoralisch und verwerfen sie schon aus sittlichen Gründen. Wir wissen aber auch, wie gefährlich es ist, Völker mit der Gewalt der Waffen zu demütigen und sich zu eigen zu machen. In Belgien-Lothringen ebenso wie an Bosnien erkennen wir das Unglück von Annexionen, die nur ein Stachel ins eigene Fleisch sind, ein böses Gift, das weiter schwärzt und das politische Leben des Siegerstaates dauernd in gärende Unruhe versetzt. Wir sehen, wie Deutschland trotz der Stärke, die aus seiner nationalen Einheit und nationalen Geschlossenheit fließt, mit den einverleibten Splintern polnischer Nationalität ununterbrochen ringt und nicht fertig wird.

(Zustimmung.) Wir verwerfen aber einen Sieg- und Gewaltfrieden auch aus dem Grunde, weil er die Verewigung des Militarismus in Europa wäre (Lebhafte Beifall), die Verewigung des Zustandes, aus dem hervor dieser Krieg auf die Menschheit gewälzt wurde. (Beifall.) Wir dürfen auch keinen Gegner demütigen, insbesondere aber Rußland nicht, das, durch die Revolution vom zaristischen Despotismus befreit, einem ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung entgegengeht. Unter Heil liegt in der friedlich-schiedlichen Verständigung mit allen Völkern, nur dann vermeiden wir nach Friedensschluß einen Wirtschaftskrieg, dessen Schrecken zu fürchten wir allen Anlaß haben. (Lebhafte Beifall.) Und Kontributionen? Jeder Staat möge seinen eigenen Zustand betrachten (Zwischenruf: Zweieundsiebzig Milliarden!) und kann sich dann vorstellen, wie es in dem anderen Staate aussieht. Alle Kriegsführenden sind ausgeblutet, alle Krüppel, alle Bettler (Zwischenruf: Nur die Arbeiter!), unfähig, die eigene Wirtschaft wieder anzubauen, geschweige denn zum Aufbau einer fremden Wirtschaft beizusteuern. Wenn sich die Zentralmächte in Brest-Litowsk zu dem Grundsatz: „Ohne Annexionen, ohne Kontributionen“ bekant haben, so ist das weniger die Gebärde des großmütigen Siegers als die Erkenntnis, einen Frieden schließen zu müssen und keinen anderen erlangen zu können. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Redner wendet sich den Verhandlungen in Brest-Litowsk zu und bespricht die Stellungnahme der Zentralmächte zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. Daß es die russische Revolution mit dem freien Selbstbestimmungsrecht der Völker ernst meint, steht außer allem Zweifel; die russische Revolution erkennt rückhaltlos diesen Grundsatz für alle Völker an und überläßt es ihnen, über ihr staatliches Schicksal frei und selbst zu bestimmen. Auch die Zentralmächte anerkennen den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, aber gleichzeitig erklärt Oesterreich, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Oesterreich eine innere Angelegenheit dieses Staates bilde, womit es wohl die Entscheidung von oben, die Entscheidung durch Gewalt meint. Was nun Polen, Rußland und Litauen betrifft, so steht vor allem eine solche Auffassung von den Rechten der Völker mit den Ueberlieferungen der Zentralmächte im Widerspruch.

Der Geist des Wiener Kongresses ist wieder zu hören. Und die Entscheidung der Völker kann in den besetzten Gebieten für die Zentralmächte sehr zweifelhaft ausfallen. Denn das Volk sind nicht die polnischen Schlachzigen, die gar nicht wollen, daß das Militär abzieht, vielmehr die fremden Waffen herbeiwünschen, um die rebellischen Gasken der getnechten Bauern niederzuhalten.

Wenn aber die gesamte erwachsene Bevölkerung der besetzten Gebiete frei und unbeschränkt zur Abstimmung geht, dann wird man nicht die Anziehungskraft unterschätzen dürfen, die das neue russische Völkertum, die künftige Föderation freier Republiken, ausüben wird. Denn zwischen dem Rußland von heute und dem Rußland von damals, das das selbständige Leben dieser Völker ausgelöscht hat, zwischen dem Rußland des Zaren und dem Rußland der Revolution ist ein gewaltiger Unterschied. Und welche werbende Gewalt hat nicht der Gedanke der Befreiung des Grund und Bodens von der Fessel des Privateigentums, die Wiedereinsetzung der dem Menschengeschlecht ursprünglichen Idee von der Gemeinsamkeit des Besitzes an

Grund und Boden! Wie auch das Ergebnis der Volksabstimmung sei, die Völker werden die Freiheit haben, ihr eigenes staatliches Leben zu führen, wie sie es wollen, und sie werden wohl kaum den sehnlichen Wunsch haben, sich mit einem Staat wie Preußen zu verbinden. (Lebhafte Beifall.) Sollten sich die Polen für Oesterreich erklären, wir würden auch diesen Geschmack achten. (Weiterkeit.) Wir Sozialdemokraten fordern jedenfalls, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht ein Spielball in den Händen der militärischen Erobererklasse sei, sondern sich frei, unverkümmert und unbeschränkt entfalte. (Stürmischer Beifall.) Und wenn die Zentralmächte dieses Selbstbestimmungsrecht nicht ehrlich und ernstlich anerkennen, wenn sie es nicht wirklich und nicht bloß formell achten, dann wissen wir, daß es nichts anderes ist als, eine Phrase und täuschen ihnen die ganze Friedensbereitschaft nicht. (Stürmischer Beifall.)

Austerlich bespricht nun die letzten Reden Lloyd-Georges und Wilsons, die schon ganz anders klingen als einst. Man gewinnt den Eindruck, daß auch die Entente für den allgemeinen Frieden wäre, wenn sie die Gewißheit hätte, daß die Zentralmächte es mit ihren Erklärungen ehrlich und aufrichtig meinen. In diesem Sinne ist es von höchster Wichtigkeit, daß die Zentralmächte das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht nur anerkennen, sondern es auch wirklich wollen, und daß sie jeden Zweifel ausschließen, daß es sich ihnen trotz aller Erklärungen doch nur um Annexionen handelt. Es ist ein Brückstein für ihre Ehrlichkeit!

Sie müssen mit Rußland einen ehrlichen demokratischen Frieden schließen, damit sich die Gegner von der Ehrlichkeit der Zentralmächte überzeugen. Nur aus einem demokratischen Sonderfrieden mit Rußland kann der allgemeine Friede geboren werden. (Lebhafte Beifall.) Deshalb muß der herrschenden Klasse der Gedanke ausgetrieben werden, den Sonderfrieden mit Rußland etwa nur zu benötigen, um im Westen alle Kräfte zu sammeln. Wir warnen die herrschenden Klassen! Der Friede ist möglich und wir wollen den Frieden! (Stürmischer Beifall.) Der Unmut und die Empörung über die Fortdauer des Krieges ist den Menschen nicht mehr aus den Herzen zu reißen. Wir dürfen die Blige und Gaukelei der bürgerlichen öffentlichen Meinung und ihre Werbung für einen Siegfrieden nicht aufkommen lassen.

(Stürmischer, langanhaltender Beifall.) In vorgerückter Stunde ergriff der zweite Referent Abgeordneter Reumann zu kurzen Ausführungen das Wort. Die Bevölkerung könne den Krieg nicht länger ertragen und der Friedenswille werde sich durchsetzen mit oder gegen den Willen der herrschenden Klassen. Wenn gegen den Willen der herrschenden Klassen überhaupt geschehen sein. (Stürmischer Beifall.) Zum Schluß empfahl Reumann die Friedensresolution zur Annahme, bei deren Verlesung es zu stürmischen Zwischenrufen kam.

Es hatte sich ein Teilnehmer „zur Abstimmung“ gemeldet. Der Vorsitzende erklärte, ihm mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit — es war schon 1/2 Uhr geworden — und die Notwendigkeit, den Saal zu räumen, das Wort nicht geben zu können, ihn ersuchend, um der ungesicherten und würdigen Beendigung willen auf das Wort zu verzichten. Er erkletterte aber die Tribüne und rief dort Szenen hervor, von denen es klar war, daß sie angesichts der leidenschaftlichen Erregung der Versammlung nur zu Störungen führen müssen. Es war auch über alle Zweifel sichtbar, daß die Versammlung diese Störung nicht wollte und gegen den Teilnehmer in heftigen Zurufen demonstrierte. Der Vorsitzende versicherte ausdrücklich, daß er die Redefreiheit nicht antasten wolle; es sei aber unmöglich, jetzt noch die Abstimmung aufzuhalten. Die Resolution wurde nun mit stürmischer Zustimmung beschlossen. Auf der Straße gab es dann noch stürmische Kundgebungen und Auseinandersetzungen.

Zu Ostafrik.

Die Versammlung war massenhaft besucht. Weit mehr als 2000 Personen füllten die beiden Parterresäle und die Gänge. Es herrschte eine äußerst lebhaftige Stimmung und wiederholt wurden die Ausführungen der Redner durch Beifall und erregte Zwischenrufe unterbrochen. Eine echte Kampfschloffenheit kennzeichnete die ganze Stimmung. Schnöpff fungierte als Vorsitzender, als Referent war Abgeordneter S i d e l e r erschienen. Er verwies darauf, daß die heutigen Weihnachten allerdings noch düstrier als die vorangegangenen gefeiert werden mußten, doch hätten sie sich trotzdem vorteilhaft von ihnen unterschieden, da zum erstenmal ein Hoffnungsstimmer auf den kommenden Frieden aufgetaucht war. Der Gedanke, daß auf einer Frontstrecke von mehr als 1000 Kilometer die Waffen feiern und daß dieser Umstand das Vorspiel für einen allgemeinen Frieden sein müsse, beglückte Millionen Menschen. Die Waffenstillstandsverhandlungen und Friedensbesprechungen in Brest-Litowsk haben das leidenschaftlichste Interesse der arbeitenden Schichten hervorgerufen und jede einzelne Phase der Konferenz läßt einen außerordentlich tiefen Eindruck auf die Massen aus. Die Reden Lloyd-Georges und Wilsons lassen auf eine starke Milderung der Gegensätze gegenüber früher schließen, sie bieten Anknüpfungspunkte; sie auszunähen ist die unerlässliche Pflicht aller Staatsmänner. Der sogenannte „Zwischenfall“ in Brest-Litowsk mußte daher doppelt große Aufregung hervorrufen. Allgemein sagte man sich, wenn Friedensverhandlungen selbst mit Trozky und Genossen, die wahrhaftig selbstlose und ehrliche Friedensmittler sind, auf solche Schwierigkeiten stoßen, wie will man zu einem vernünftigen Ende mit den anderen gegnerischen Mächten kommen? (Sehr richtig!) Ohne Gebietserweiterung und ohne Kriegsschädigung kann allein das Programm für einen dauernden, allgemeinen Frieden sein, und jede Zweideutigkeit oder Doppelzüngigkeit, würde sie von welcher Seite immer in Anwendung gebracht werden, wird auf den entschiedensten Widerstand des Proletariats stoßen. Es wird nicht gelingen, Verantwortungen abzuschieben. Hier handelt es sich nicht um tote Altentstücke, sondern um das Blut der Völker. Und Bethmann Hollweg mag mit seiner Warnung

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Verpflegungsschwierigkeiten der jüngsten Zeit haben in weiten Kreisen der Arbeiterschaft große Beunruhigung hervorgerufen.

Wir haben seit dem Anfang des Krieges immer wieder die Regierung und die ganze Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, daß die

Organisation des Verpflegungsdienstes

durch die Selbstsucht der besitzenden Klassen, vor allem der österreichischen und der ungarischen Agrarier, und durch die Unzulänglichkeit der bürokratischen wie der autonomen Verwaltung verpfuscht und verdorben worden ist. Wir haben gefordert, daß die Vorrechte der Agrarier beseitigt, der Schleichhandel der Kapitalisten ausgerottet werden. Aber alle unsere Mahnungen, alle unsere Warnungen waren vergebens. Alle unsere Forderungen blieben unerfüllt. So ist es gekommen, wie wir es vorausgesagt haben.

Als vor dreieinhalb Jahren das Ultimatum Oesterreich-Ungarns an Serbien den Weltkrieg ausgelöst hat, hat man uns gesagt, der Krieg werde ausschließlich zur Verteidigung unseres Landes geführt. Alle Eroberungsgelüste seien den herrschenden Klassen Oesterreich-Ungarns fremd. Millionen haben alles Leid des Krieges geduldig getragen, Millionen Leib und Leben gewagt in der Ueberzeugung, es gelte nichts als die Verteidigung des Vaterlandes.

Immer wieder haben die Herrschenden uns versichert, daß sie jede Stunde zu einem gerechten Frieden, zu einem Frieden nicht der Gewalt, sondern der Verständigung, zu einem Frieden ohne Eroberungen bereit seien; daß sie jede Stunde zum Frieden bereit seien, wenn nur der Feind darauf verzichte, uns unseres Besitzes zu berauben. Millionen haben „durchgehalten“ in der Ueberzeugung,

daß uns nur die Raubgier des Feindes zur Fortführung des Krieges zwingt!

Endlich hat die russische Revolution die Hindernisse der Friedensverhandlungen mit kühner Hand aus dem Wege geräumt. In Brest-Litowsk sind die Vertrauensmänner der jungen russischen Republik mit den Bevollmächtigten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zu Friedensverhandlungen zusammengetreten. Die Völker begannen wieder zu hoffen. Sie hofften auf den Frieden mit Rußland. Sie hofften, daß der Friede mit Rußland auch dem allgemeinen Frieden, dem Frieden mit unseren anderen Gegnern den Weg bahnen werde.

Jetzt aber erfahren wir, daß

die Verhandlungen in Brest-Litowsk gefährdet

sind. Es ist zweifelhaft geworden, ob unsere Regierung umstände sein wird, sich mit dem demokratischen Rußland zu verständigen. Mit welcher anderen Regierung sollen wir Frieden zu schließen fähig sein, wenn wir uns nicht einmal mit der russischen Arbeiterregierung, mit dieser friedensbedürftigsten und friedenswilligsten aller Regierungen verständigen können?

Rußland verlangt von uns gar nichts.

Es verlangt nicht einen Fußbreit deutschen oder österreichischen, bulgarischen oder türkischen Bodens. Es ist bereit, die von seinen Truppen besetzten Gebiete Oesterreichs, der Türkei und Persiens zu räumen. Haben wir wirklich nichts im Sinne als die Verteidigung unseres Landes und der Länder unserer Verbündeten, dann kann der Friede mit Rußland noch heute geschlossen werden. Und dennoch sind die Verhandlungen in Brest-Litowsk auf große Schwierigkeiten gestoßen.

Rußland verlangt nicht nur nichts von uns, es ist sogar bereit, auf einen Teil seines Besitzes zu verzichten. Es ist bereit, auf Polen, Litauen und Kurland, auf ein Gebiet so groß und so vollreich wie Ungarn, zu verzichten, wenn es der Wille der Bewohner dieses Gebiets ist, sich von Rußland zu trennen. Rußland verlangt nur, daß die Völker Polens, Litauens und Kurlands selbst entscheiden sollen, was mit ihnen geschehen soll: daß in diesen drei Ländern das Volk, das ganze Volk, in aller Freiheit über sein Geschick entscheide. Die Mittelmächte dagegen, die früher selbst den drei Ländern ein „Volksvotum auf breiter Grundlage“ verheißen haben, scheinen jetzt

nicht die Völker, sondern nur die Herrenklassen,

nicht Bürger, Bauern und Arbeiter, sondern nur den Adel der drei Länder zur Entscheidung berufen zu wollen! Und sie wollen das Volk nicht in Freiheit

entscheiden lassen, sondern unter der Herrschaft fremder Waffen! Das ist es, wogegen die Russen sich wehren. Ließe man den Frieden an diesen Streitfragen scheitern, dann müßten wir den Krieg gegen Rußland zu dem Zwecke weiterführen, damit nicht das Volk, sondern nur die Herrenklassen Polens, Litauens und Kurlands über das Geschick dieser Länder entscheiden!

Welches Interesse haben wir an Polen, Litauen und Kurland? Welches Interesse daran, daß privilegierte Herrenklassen über die staatliche Zugehörigkeit dieser Länder entscheiden? Nur ein Interesse: vor der Entscheidung dieser Herrenklassen erwarten die herrschenden Klassen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, daß sich Polen mit Oesterreich durch Personalunion verbinde, Kurland und Litauen sich Preußen „angliedern“. Ließe man die Verhandlungen in Brest-Litowsk an dieser Streitfrage scheitern, so müßten wir den Krieg gegen Rußland zu dem Zwecke weiterführen, damit der Kaiser von Oesterreich zum König von Polen gewählt werde und damit der König von Preußen wirtschaftlich und militärisch über Kurland und Litauen verfüge!

Das Volk hat bisher die Opfer und die Nöte des Krieges getragen, um sein Vaterland gegen den Einbruch des äußeren Feindes zu verteidigen. Soll es jetzt den Krieg weiterführen, um die Macht Deutschlands und Oesterreich-Ungarns über fremde Länder auszuweiten?

Wir kennen die Not, wir kennen die Stimmung, wir kennen den Willen der arbeitenden Volksmassen in Oesterreich. Vor der ganzen Öffentlichkeit erklären wir, daß die Fortführung des Krieges zu solchem Zwecke dem Willen der Völker Oesterreichs widerspreche! Die herrschenden Klassen Oesterreich-Ungarns sollen wissen, wie das arbeitende Volk über die Verlängerung des Krieges zu solchem Zwecke dächte! Sie sollen, wenn es dazu kommt,

allein die Verantwortung tragen

für alle Opfer, die dieser Krieg erheischen, für alle Leiden, die er dem Volke auferlegen, für alle Gefahren, die er in sich schließt!

Darum fordern wir euch, Arbeiter und Arbeiterinnen, auf, überall und immer wieder laut und nachdrücklich eure Stimme zu erheben und mit uns zu kämpfen:

Für die schnellste Beendigung des Krieges!

Für den Frieden ohne offene und ohne verhüllte Eroberungen!

Für den Frieden auf der Grundlage des unverfälschten Selbstbestimmungsrechtes der Völker!

Die Parteivertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten.

Polnische Fragen. I.

In folgendem beginnen wir den Abdruck einiger Aufsätze über das polnische Problem, die uns von sehr geschätzter Seite zugegangen sind. Der Verfasser, ein ausgezeichnete Kenner der Verhältnisse in unserer Ostmark, hat u. E. ein Recht, gehört zu werden. Deshalb geben wir ihm das Wort, obgleich wir nicht mit allen seinen Ausführungen einverstanden sind.

Der polnische Ministerpräsident hat dem Staatssekretär v. Kühlmann und dem Reichskanzler gegenüber den Wunsch ausgesprochen, bei den Friedensverhandlungen mit Rußland zugezogen zu werden. Die Erfüllung eines solchen Wunsches würde eine vollkommene Umkehrung der Verhältnisse bedeuten. Über einen Friedensschluß pflegen diejenigen zu verhandeln und zu entscheiden, die den Krieg geführt haben. Auf Grund der Teilnahme einiger polnischer Polen als Legionäre an der Ostfront kann eine militärische Beteiligung Polens nicht herbeigeführt werden. Der Versuch, eine polnische Armee aufzustellen, ist kläglich gescheitert. Polen hat also am Kriege nicht teilgenommen, und kann daher auch nicht Subjekt der Friedensverhandlungen sein, sondern nur Objekt. Anders läge die Sache, wenn die Annahme der Herren v. Bethmann und v. Beseler richtig gewesen wäre, daß auf Grund einer freiwilligen Werbung in Polen wenn nicht eine halbe Million, so doch einige Divisionen als Streiter für die deutsch-österreichische Sache erstanden wären. Wenn ein polnisches Heer in ansehnlicher Größe an der Front der Mittelmächte mitgekämpft hätte, so könnte daraus eine gewisse Berechtigung für die Mitwirkung beim Frieden hergeleitet werden.

Aus dem vorerwähnten Gesichtspunkte erscheint auch der vorerwähnte Vorschlag in der Presse geäußerte Gedanke einer Fortsetzung des Friedenskongresses mit Rußland in Warschau ein sehr unglücklicher; ein polnischer Wunsch ist wohl der Vater des Gedankens. Daß in Brest-Litowsk die Unterkunftsverhältnisse nicht ausreichen sollten, um eine Friedensverhandlung zustande zu bringen, mutet unwahrscheinlich an. Die russischen Unterhändler werden als Vertreter eines demokratischen Volkes hinsichtlich der Unterbringung keine in Brest-Litowsk unerfüllbaren Wünsche stellen, und die militärischen Vertreter Deutschlands sind von ihrem Aufenthalt an der Front in der Unterkunftsfrage sicherlich nicht verdroht. Weitergehende Wünsche der diplomatischen Vertretungen der Mittelmächte dürften nicht ausschlaggebend sein. Gerade die Wahl eines nicht nachprüfbaren Einstimmigen möglichst entzogenen Ortes für die Fortsetzung des Friedenswerkes erscheint daher wünschenswert. Wenn tatsächlich ein Wunsch auf Mitwirkung der Vertretung des zukünftigen polnischen Staates bei den Friedensverhandlungen zutage getreten ist, so trägt ein gut Teil der Verantwortung für einen solchen Wunsch unsere politische Leitung. Die überhäufeten Erklärungen wegen der Ausgestaltung der Verhältnisse Polens, die von unserer Reichsregierung gegeben worden sind in den Erlassen vom 5. November 1916 und 12. September 1917, scheinen den Polen eine gewisse Berechtigung für noch weitergehende Wünsche zu geben.

Wenden wir einen Augenblick rückwärts auf die bisherigen Verhältnisse in Polen. Welcher Anlaß lag vor zu dem Erlass vom 5. November 1916? Sicherlich war der Erlass durchaus verfrüht, wenn auch von den besten Absichten der Mittelmächte und ihrer Herrscher getragen, von Voraussetzungen ausgehend, die keineswegs vorhanden waren. Wie man zu Beginn des Krieges, als man annahm, die Polen würden beim Vordringen der deutschen Truppen sich gegen die Russen erheben, von falschen Voraussetzungen ausging, so auch später bei dem Erlass vom 5. November 1916. Wohl war den Polen die russische Herrschaft in mancher Richtung un bequem, aber weite Kreise der polnischen Bevölkerung hatten sich an diesen Zustand gewöhnt und legten am wenigsten Wert darauf, gerade von deutscher Seite eine Veränderung der Zustände herbeigeführt zu sehen. Der polnische Bauer war von russischer Seite stets besonders gut behandelt worden; für die Wahrnehmung seiner Streitigkeiten mit den Gutsbesitzern sorgte das Institut der Bauernkommissare, feudalistische Berechtigungen bestanden an den Wäldern des Großgrundbesitzes in umfangreicher Form, Weidgerechtigkeit, Holznutzung, letztere gar in einer Form, die vielfach geradezu Schädigungen der Wälder herbeiführte. Bei Streitigkeiten mit dem Großgrundbesitzer erhielt gewöhnlich der bäuerliche Besitzer recht. Wer Geld zur Verfügung hatte, erhielt seine Wünsche von den russischen Behörden erfüllt, meist schon von den örtlichen Stellen, und wenn diese nicht entgegenkamen, bei Aufwendung größerer Mittel von den übergeordneten Instanzen. Dazu kam, daß im ersten Teil des Krieges ein großer Teil der militärischen Operationen sich in Polen abspielte und das Land naturgemäß durch Requisitionen und Zerstörungen infolge der Kämpfe leiden mußte, die aber in keinem Verhältnis zu den Opfern standen, die auf den westlichen Kriegsschauplätzen von der dortigen Bevölkerung gebracht wurden. Polen hat von allen am Kriege beteiligten Völkern bis jetzt am besten abgeschnitten. Auch nach Abschluß der militärischen Operationen im polnischen Gebiet mußte die alsdann einsehende deutsche Verwaltung gewisse Leistungen von der Bevölkerung hinsichtlich der Unterkunft und Ernährung fordern, auch hinsichtlich Verbesserungsausschüssen und der Abgabe von kriegsnotwendigem Material (Metallen u. dgl.), die nicht immer ohne Härten durchgeführt werden konnten. Auf deutscher Seite fehlte, bzw. als deutschfreundlich kam nur ein Teil des Großgrundbesitzes angesehen werden, während Handel und Industrie (besonders in Lodz) nach Rußland gravitieren. Sympathien konnten wir bei dieser Sachlage nur in geringem Umfange gewinnen, trotz der allmählich erwachenden Wünsche und Hoffnungen des polnischen Volkes auf eine andre neue und selbständigere Gestaltung seines Gebietes und völkischen Lebens.

Der Druck der militärischen Besetzung des Gebietes konnte auch nicht ausgeglichen werden durch die vorzüglichen Leistungen der alsbald überall in Stadt und Land einsetzenden deutschen Verwaltung. Die an die Spitze der Kreise und der Kommunen gestellten deutschen Beamten haben mit einer Hingabe sich der ihnen anvertrauten Aufgabe unterzogen, als wenn sie dabei in ihrem Vaterlande zu arbeiten gehabt hätten. Ja, dieses Interesse für die ihnen anvertrauten Stellen ging bei dem angeborenen Pflichtbewußtsein des Deutschen vielfach so weit, daß selbst Zusammenstöße mit den Anforderungen der Heimat an das besetzte Gebiet, besonders in der Ernährungsfrage, entstanden. Auf Einzelheiten einzugehen, würde hier zu weit führen. Was im übrigen auf dem Gebiete des Verkehrs, in der Anlage von Chauvees, Straßen, der Wiederherstellung von Brücken und Bahnen, der gesundheitlichen Verbesserung der Verhältnisse in Stadt und Land, der Bekämpfung ansteckender Krankheiten, der Säuberung ganzer Quartiere in großen Städten von Schmutz und Ansteckungsstoffen, der Verbesserung der Wasser- und Abwasserabfuhr usw. geleistet worden ist, ist des höchsten Lobes wert und bleibt ein Ruhmesblatt deutscher Tapferkeit und deutscher Fleißes. Schwierig war die Arbeit der Verwaltung auch durch die Zerrissenheit der politischen Verhältnisse und die große Zahl der politischen Parteien. Ungünstig war die Teilung in zwei Verwaltungsgebiete, das deutsche und das österreichische, besonders ungünstig für die Verpflegungsfrage. Waren doch die großen Städte Warschau und Lodz früher auf das ganze Gebiet Polens in der Versorgung angewiesen; nach der Teilung in zwei Verwaltungsgebiete schlossen diese sich gegeneinander ab wie zwei feindliche Staaten. Die beiden großen Städte Warschau und Lodz waren damit auf das deutsche Verwaltungsgebiet angewiesen, das eine ausreichende Versorgung nur schwer gewährleisten konnte. Warum eine solche Absperrungsmauer zwischen den beiden Bundesgenossen durchgeführt wurde, bleibt schwer verständlich, nicht minder auch die scharfe Absperrung des polnischen besetzten Gebietes gegenüber Deutschland und umgekehrt, mindestens auf dem Gebiete des Nahrungsmittel- und Futtermittelverkehrs. Man erschwerte dadurch gerade in den Grenzbezirken, die doch auch in Friedenszeiten auf einen gewissen Austausch angewiesen waren, die Ernährungs- und Zufuhrmöglichkeiten.

Infolge der günstigeren Ernährungsverhältnisse im österreichischen Gebiet war die Stellung der österreichischen Verwaltung eine bequemere und angenehmere, auch war vielleicht in mancher Hinsicht die Hand der Österreicher eine leichtere als die deutsche. Das Tempo, in dem unsere deutschen Besatzungsbehörden das besetzte Gebiet kulturell und wirtschaftlich zu heben sich bemühten, war ein Beispiel für sich. Selbst wenn man die Arbeit Polens aus dem Gesichtskreis der zukünftigen selbständigen Staaten ansetzte, so war doch die Frage nicht von der Hand zu weisen,

ruen kann. Die allgemeinen Gesichtspunkte, die bei der Beurteilung der Frage des übermäßigen Gewinnes von Bedeutung sind, faßt er da-

oben wie folgt zusammen:
Die vom Reichsgericht aufgestellte Voraussetzung der Uebermäßigkeit des Gewinns ist ein bestimmt charakterisierter als Reingewinn bezeichneter Überschuß bei den zu schützenden Waren im Krieg nicht größer sein zu dürfen als im Frieden. Es ist unten noch festzustellen, daß damit durchaus nicht ausgesprochen ist, der Kaufmann dürfe im Krieg nicht mehr verdienen als im Frieden. Gegenüber dieser Auslegung der Bundesratsverordnung durch das Reichsgericht ist zunächst zuzugestehen, daß sie denkbar beste ist, um übermäßigen Gewinn und damit ins Unendliche wachsenden Preistreibern entgegenzutreten. Wäre dieser Grundsatz nicht genaue Berechnungsvorschriften in der Verordnung selbst klar ausgesprochen worden, so hätten ihn die Kaufleute vielleicht als hart empfunden, aber es wäre die Grenze, bis zu der man Preise hätte erhöhen dürfen, gegeben gewesen. Die Unruhe, die die Stellungnahme der Regierung zur Verfügungsbefugnisse die Förderung durch aufstellten, daß Stadtverordneter nur werden könne, wer des Polnischen in Wort und Schrift mächtig sei? Eine solche Bestimmung findet sich nicht einmal in der preussischen Städteordnung für die anderssprachige Bevölkerung. In den preussisch-polnischen Gebieten ist mancher Pole Stadtverordneter, der die deutsche Sprache in Wort und Schrift nicht beherrscht. Warum mußten gerade unsere Verwaltungsbehörden eine gegen das Deutschtum und das Judentum drüben gerichtete Verordnung erlassen?

Bei den Erfahrungen, die man auf dem Gebiete der Selbstverwaltung gemacht hatte, war es auffallend, daß man während der Dauer des Krieges sich beeilte, auch die Gerichtspflege und das Schulwesen in die polnische Verwaltung übergehen zu lassen. Als man zur Verwirklichung des Gedankens der Schaffung einer polnischen Armee den Grundstock der Regionen, meist aus österreichischen Untertanen bestehend, von der Front nach Polen schickte und mit der Werbelätigkeit begann, machte man die allerbesten Erfahrungen. Die Einzelheiten sind bei uns in Deutschland wenig bekannt geworden. Die Werbereise sind zum Teil Agitationsbureaus gegen das Deutschtum geworden. Übergänge der Regionäre auf deutsche Polizei- und Sicherheitsorgane sind an den verschiedensten Stellen vorgekommen. Die Zahl der Eingeschriebenen war verschwindend klein, und ein großer Teil der Meldungen geschah noch unter dem Vorbehalt der Verwendung im Sanitätsdienste oder hinter der Front. So kam, daß die Affäre Bilshauski dem Faß den Boden ausschlug und die Besatzungsbehörden zum Einschreiten veranlaßte. Die lebhaften, energischen Proteste, die gegen das Eingreifen der Regionäre und Bilshauski gegenüber im besetzten und im österreichischen Gebiet, besonders der Hochburg des Polentums, in Kratau, erhoben wurden, beweisen das Selbstbewußtsein der extremen Richtungen und die Hoffnung des Polentums auf ein Nachgeben bei energischem Auftreten gegen die deutschen Stellen. Mit einem gewissen Aufwachen nahmen weite Kreise in Deutschland Kenntnis von der Amtsniederlegung des Staatsrats in Warschau, weil damit endlich die Möglichkeit geboten wurde, den am 5. November 1916 eingeschlagenen Weg zu verlassen und sich auf die Aufgaben zu beschränken, die den Mittelmächten als Besatzungsmächten in Polen oblagen.

Statt nun aus der Amtsniederlegung die Konsequenzen zu ziehen, führte man trotzdem die für den 1. September in Aussicht genommene Überleitung der Gerichtspflege in die polnische Verwaltung aus. Über die Durchführung dieses Planes ist wenig bekannt geworden, die ordnungsmäßige Besetzung der erforderlichen Stellen stieß auf große Schwierigkeiten, da mangels einer juristischen Laufbahn wie in Deutschland es an geeigneten Personen fehlte, und die in der Rechtsanwaltschaft tätigen Personen wenig Lust zum Übertritt in die richterliche Karriere gezeigt haben dürften. Man machte Anleihen an richterlichen Kräften in Österreich.

Kurz nach dem 1. September überraschte man die Heimat mit der Publikation vom 12. September 1917, die viel weiter geht, als die vom 5. November 1916. Damit wurden die polnischen Wünsche und Hoffnungen erneut gestärkt und gehoben, und die Stellung der deutschen Verwaltung ward weiter erweitert. Dem Gerichtswesen folgte das Schulwesen kurze Zeit darauf. Bei dieser Übergabe hat man den Versuch gemacht, einen gewissen Schutz für die Minoritäten, insbesondere auch für die deutsche Minorität zu schaffen. Deren Schutz wird für die Zukunft aber nur dann gewährleistet sein, wenn beim Friedensschluß Sicherheit dafür geboten wird, daß die Garantien von dem neuen Staatswesen, gleichviel in welcher Form es in die Erscheinung tritt, auch anerkannt und beachtet werden.

Der Übergang dieser Verwaltungen in die polnische Hand und insbesondere die Proklamationen verfehlten nicht ihre Wirkung auf die kleine polnische Bevölkerung. So brachte z. B. der Erlass vom 5. November 1916 die Wirkung zutage, daß sich bei der Landbevölkerung die Auffassung verbreitete, es brauche nunmehr Getreide usw. nicht mehr an die von der deutschen Besatzung eingesetzten Behörden abgeliefert zu werden, sondern nur an den polnischen Staat. Wochenlange Schwierigkeiten sind dadurch in der Ernährungsfrage entstanden und Stockungen erheblicher Art; auch den einzelnen Behörden in Stadt und Land ist durch diese Erlasse ihre Arbeit nicht erleichtert, sondern erschwert worden, da eine zunehmende Passivität sich bemerkbar machte und ein großer Widerstand gegen behördliche Anordnungen.

Von manchen Seiten sind den Polen Vorwürfe über diese ihre Haltung gegenüber den Okkupationsbehörden und gegenüber Deutschland gemacht worden. Auch wenn man dem Bismarckischen Wort, daß befreite Völker nicht dankbar sind, genügend Rechnung trägt, hätte die deutsche Reichsregierung und hätten die Mittelmächte doch wohl etwas mehr Anerkennung und Dank erwarten können, als ihnen für ihre guten Absichten und Maßnahmen zuteil geworden ist.

Was hätte denn aber statt der Proklamation geschehen sollen? Die einfachste und einzig richtige Form nach der Eroberung der russischen Teile Polens wäre die Befassung des Okkupationszustandes gewesen. Alle weiteren Hoffnungen, Wünsche und Entschlüsse über die zukünftigen Verhältnisse konnten und mußten dem Friedensschluß vorbehalten werden und erfolgten dann noch früh genug. Die Proklamationen erweckten Hoffnungen, die sich in dem Umfange, wie die Polen es wünschten, während des Krieges doch keineswegs erfüllen ließen und die, je länger der Krieg dauerte, nur zu Enttäuschungen und Schwierigkeiten führen mußten und geführt haben. Wie schon erwähnt, war die Stellung der Polen zu den Besatzungsbehörden im Lubliner Gebiet eine freundlichere. Das ergab sich aus den schon erwähnten Gesichtspunkten und aus der polnisch-österreichischen Konstellation, aus der weiterhin das Projekt der Angliederung Polens an Österreich entstanden ist. Ob mit einer Trias Österreich-Ungarn voll einverstanden wäre, erscheint mehr als fraglich. Die Stellung der österreichischen Deutschen zu dieser Lösung ist eine andre als die in vielen reichsdeutschen Kreisen. Dort wird der Anschluß Galiziens an das neue Polen gewünscht, um eine Stärkung des deutschen Elements in Österreich herbeizuführen, während hier bei uns die Befürchtung besteht, daß aus einer solchen politischen Konstellation große Schwierigkeiten für die Zukunft entstehen. Auf den ersten Blick mag ja ein solcher Anschluß etwas Bestehendes haben und einem selbständigen Polen vorzuziehen sein, in Bälde würden sich aber die nachteiligen Folgen zeigen und dazu führen, daß Österreich und Deutschland in der Behandlung der polnischen Frage bzw. der Polen in ihren Gebieten zu Meinungsverschiedenheiten und Reibungen kämen. Auch die österreichische Regierung wird unter dem Druck der Polen in Polen-Galiziens in eine schwierige Lage gegenüber der deutschen Regierung kommen. Der polnisch-österreichische Teil wird seine Wünsche wegen Angliederung von preussisch-polnischen Teilen nicht aufgeben, die Regierung in dieser Hinsicht drängen, und die preussisch-polnische Frage wird damit zu einer österreichisch-deutschen, die den Herd von Konflikten bilden kann.

Hat sich doch der Einfluß der österreichischen Polen auf die deutsche Polenpolitik auch schon vor dem Kriege, also unter sehr viel einfacheren Verhältnissen, geltend gemacht. Der Wechsel in der preussischen Polenpolitik vor dem Kriege war zu einem großen Teil durch Österreich beeinflusst. Werden man die Polen mit dem, was ihnen im Frieden geboten wird, zufrieden sein? Schwerlich! Heute schon wird dies unzweifelhaft in allen polnischen Gebieten zum Ausdruck gebracht. Nehmen wir zunächst eine Stimme aus deutschem Gebiet, den Wiarus Polski in Bochum vom 3. Dezember 1917:

Die Lösung der polnischen Frage. Dies Wort klingt im Munde der deutschen Politiker wunderbar, für die die polnische Frage noch unlängst gar nicht bestand. Jedemfalls sind aber diejenigen im Irrtum, die da glauben, daß die polnische Frage in Warschau, Kratau, und dann auch in Danzig gelöst werden kann, weil diese Frage durchaus in Polen, Danzig und Oppeln gelöst werden.

18. I. 1918

Wien, 18. Jänner.

Zum ersten Male ereignet es sich in der Weltgeschichte, daß Friedensverhandlungen öffentlich geführt werden. Auf Verlangen der russischen Regierung wurde bestimmt, daß jede Phase der Besprechungen in Brest-Litowsk der Allgemeinheit bekanntgegeben werden muß. Es ist selbstverständlich, daß unter solchen Umständen der Anschein wiederholt erweckt wurde und wohl auch noch erweckt werden wird, als ob sich unübersteigliche Hindernisse der Vollendung des Friedenswerkes zwischen Rußland und dem Vierbund entgegenstellen würden. Es genügt ja zu bedenken, welchen Eindruck beispielsweise die letzten Besprechungen eines die ganze Welt in Aufregung versetzenden Friedensschlusses gemacht hätten, wenn diese Besprechungen immer zur Veröffentlichung gelangt wären. In Portsmouth, in den Vereinigten Staaten war durch Vermittlung Amerikas der Friedensschluß zwischen Japan und Rußland vor kaum mehr als einem Jahrzehnt herbeigeführt worden. Aber es tauchten damals die allergrößten Schwierigkeiten auf, allein die Details der Verhandlungen blieben im großen und ganzen unbekannt. Wäre die Methode, die jetzt in Brest-Litowsk eingeschlagen wurde, auch in Portsmouth gebraucht worden, so hätte gewiß es jeden zweiten Tag geheißt, daß der Friede zwischen Rußland und Japan nicht zustandekommen könne. Wir haben es eben in Brest-Litowsk mit einem vollständigen Novum zu tun und das Auf und Ab der Verhandlungen spüren nicht bloß die Teilnehmer der Konferenzen, sondern auch die Allgemeinheit.

Es muß daher, um allen Mißdeutungen vorzubeugen, festgestellt werden, daß die oberste Richtlinie unserer Kriegsziele, die Herbeiführung eines Friedens ohne Annexionen, unverrückt geblieben ist. Wir führen einen Verteidigungskrieg und wir wollen keine Eroberungen machen. An diesem Grundsatz halten wir heute in Brest-Litowsk fest. Wenn wir aber einerseits entschlossen sind, keine Annexionen zu machen, so kann uns andererseits der Zustand, in dem sich die Länder, die sich nunmehr an unserer Grenze befinden werden, nicht gleichgiltig lassen. Wir hegen absolut nicht die Absicht, die im Osten von unseren Truppen besetzten Gebiete unserem Staat

Angriffe auf Fürst Bülow.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Wien, 16. Januar.

In einer Besprechung der Vorgänge in Deutschland beschäftigt sich das „Fremdenblatt“ mit Berliner Gerüchten, daß der frühere Reichskanzler Fürst Bülow lebhaft am Werke sei, dem Staatssekretär von Kühlmann Schwierigkeiten zu bereiten, in der Absicht, sich selbst an seine Stelle zu setzen, und sagt, soweit dies eine interne Angelegenheit Deutschlands ist, steht uns kein Recht zu, uns darüber zu äußern; dies ist aber keine ausschließlich deutsche Angelegenheit, denn die beiden Monarchien sind miteinander verbunden wie die stamessischen Zwillinge, und der erste Friedensunterhändler Deutschlands hat auch die allergrößte Bedeutung für Oesterreich-Ungarn, und da muß es offen heraus und klar gesagt werden, daß in Oesterreich-Ungarn nicht der leiseste Zweifel darüber besteht, daß wir zwischen Kühlmann und Bülow keinen Vergleich ziehen können. Kühlmann genießt das volle uneingeschränkte Vertrauen nicht nur der österreichisch-ungarischen Regierung, sondern auch der Völker Oesterreich-Ungarns, die es ihm hoch anrechnen, daß er mit ebenso viel Fähigkeit wie Geschicklichkeit, gedeckt durch die Majorität des Deutschen Reichstags, seinen Kurs, auf einen baldigen ehrenvollen Frieden zu gelangen, stetig einhält. Fürst Bülow genießt dieses Vertrauen nicht. Wir wollen keine alten Wunden aufreißen und nicht in ihnen wühlen, wir wollen nicht an die Zeiten erinnern, da der heftige diplomatische Kampf mit Italien der Kriegserklärung dieses treulosen einstmaligen Verbündeten unmittelbar vorausging, aber vergessen hat die damalige Phase niemand in Oesterreich-Ungarn, und in allen Kreisen der Monarchie besteht das Gefühl, daß Bülow damals durch Ausbieten österreichisch-ungarischen Gebietes an die italienische Regierung kein treuer Sekundant war. Wenn also heute von der oder jener Stelle im Deutschen Reich gesagt und verbreitet wird, Fürst Bülow würde auch bei den Verbündeten ein willkommener Friedensunterhändler Deutschlands sein, so muß dieser Besinnung mit Bedauern, aber mit Nachdruck entgegengetreten werden. Fürst Bülow mag auf triftige Gründe hinweisen, die ihn für dieses verantwortliche Amt empfehlen, der Wunsch der Wiener Kreise mußte aber seine Kalkulation streichen.

In einigen Organen der österreichischen Presse macht sich seit einiger Zeit ein Ton in der Behandlung deutscher Angelegenheiten geltend, der zweifellos geeignet ist, innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches peinlichstes Aufsehen zu erregen. Nachdem erst vor einigen Tagen in mehreren Blättern der Monarchie gegen Persönlichkeiten Angriffe erhoben wurden, die in Deutschland höchste Verehrung genießen und denen gerade Oesterreich-Ungarn zu ganz besonderem Dank verpflichtet ist, folgt nun der oben wiedergegebene Artikel des „Fremdenblattes“. Der Artikel mutet um so merkwürdiger an, als seine Voraussetzungen nach jeder Richtung hin vollkommen irrig sind. In Berlin ist nichts davon bekannt geworden, daß der Fürst Bülow lebhaft am Werke ist, dem Staatssekretär v. Kühlmann Schwierigkeiten zu bereiten, um sich selbst an seine Stelle zu setzen. Wir wissen nur, daß in gewissen Privatkreisen der Reichshauptstadt jede sachliche Gegnerschaft gegen den Staatssekretär mit geheimnisvollen Andeutungen begleitet wird, als ob es sich dabei um irgendwelche Machenschaften seiner persönlichen Gegner handle. In diesen Kreisen wird aber durchaus nicht der Fürst Bülow allein zu diesen Gegnern gezählt.

Aber selbst wenn die Behauptungen des „Fremdenblattes“ zuträfen, so ginge es die ganze Sache nicht mehr an als andere Borkomnisse innerhalb der deutschen Politik, die es für interessant genug hält, seinen Lesern mitzuteilen. Dagegen müssen wir uns auch von seiten unserer Bundesgenossen und innerhalb der Reihe unserer Bundesgenossen auch von der Presse des uns besonders eng verbundenen Oesterreich-Ungarn auf das entschiedenste eine Kritik unserer Unterhändler verbitten. Und zwar deshalb, weil wir das als eine Einmischung in die intimsten deutschen Angelegenheiten halten. Nun erklärt das „Fremdenblatt“ allerdings, es sei keine rein deutsche Angelegenheit, wer Unterhändler des Deutschen Reiches sei, sondern gerade wegen der engen Verbundenheit der beiden Monarchien hänge von dem Vertrauen sehr viel ab, das die verbundenen Staaten zu ihren gegenseitigen Unterhändlern haben. In Wirklichkeit handelt selbstverständlich jeder Unterhändler nach den Weisungen, die er von seiner heimatischen Zentralstelle aus erhält. Allenfalls könnte das hinsichtlich des Grafen Czernin bestritten werden, der als auswärtiger Minister für Oesterreich und Ungarn sich selbst Direktiven erteilt und nur seinem Kaiser und König verantwortlich ist. Dagegen ist jeder Staatssekretär des Deutschen Reiches, ob er Kühlmann oder Bülow heißt, ein Untergebener des Reichskanzlers und hat dessen Instruktionen gemäß zu handeln. Das Vertrauen oder Mißtrauen gegen den deutschen Unterhändler wäre also immer ein Vertrauen oder Mißtrauen gegen den deutschen Reichskanzler oder das Deutsche Reich.

Abgesehen von dem allen aber halten wir es auch nicht für sehr geschickt von österreichischen Blättern, wenn sie unseren Unterhändlern ihr Vertrauen besonders betont kundgeben. Denn sie befestigen mit diesem ostentativ zur Schau getragenen Vertrauen nicht gerade die Stellung des betreffenden Unterhändlers im Ansehen nicht ganz unerheblicher deutscher Volkskreise. Es braucht nicht betont zu werden, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit den lebhaftesten Wunsch hat, genau so Schulter an Schulter mit all unseren Verbündeten den Frieden zu schließen, wie es mit ihnen den Krieg geführt hat. Allein innerhalb einer Koalition würde es sich auch beim engsten Freundschaftsverhältnis der Verbundenen niemals vermeiden lassen (weil es in der Natur der Dinge liegt), daß sich in Einzelfragen auch gewisse Differenzpunkte ergeben, in denen jeder der Unterhändler die Pflicht hat, das Interesse seines Landes auf das energischste zu wahren. Es kann auch in allgemeinen Fragen Abweichungen geben. Und es gibt zweifellos auch in den Friedensverhandlungen der Mittelmächte mit ihrem russischen Gegner, besonders aber hinsichtlich der Rückwirkung gewisser östlicher Friedensbedingungen auf die Weltstellung der Mächte Punkte, in denen jedes Land

für sich stehen und sich freundschaftlich mit seinen Verbündeten auseinandersetzen muß. Wir halten es für selbstverständlich, daß in solchen Punkten Herr v. Kühlmann genau so das Interesse des Deutschen Reiches wahren wird, wie das Fürst Bülow oder ein anderer Unterhändler täte. Aber die Auslassungen des „Wiener Fremdenblattes“ können ja geradezu den Eindruck erwecken, als ob bei den Verhandlungen in Prest-Bitow Herr v. Kühlmann diese Interessen außer acht ließe. Wir halten die Austeilung von Lob und Tadel an die deutschen Unterhändler für genau so unangebracht und gefährlich, als wenn die deutsche Presse sich etwa dazu hergeben wollte, die Meinungen einiger Unzufriedener weiterzutragen, die glauben, an der führenden Rolle mitzeln zu müssen, die der Graf Czernin bei den Verhandlungen in einigen wichtigen Fragen gespielt hat.

Auf die sachlichen Vorwürfe, die dem Fürsten Bülow gemacht werden und die neu aufgetauchten historischen Rentnissenzen einzugehen, lehnen wir ab. Es wird sich nach dem Kriege reichlich Gelegenheit ergeben, auf diese Dinge zurückzukommen. Und dann wird sich vielleicht herausstellen, daß die Dinge sich doch wesentlich anders verhalten haben, als man heute vielfach in Oesterreich anzunehmen geneigt ist. Wir begreifen überhaupt nicht, daß man neuerdings im Fürsten Bülow — man mag ja sonst über seine Politik denken wie man will — immer nur den Mann sehen will, der österreichisches Gebiet an Italien verschenkte, und ganz vergißt, daß unter der Kanzlerschaft desselben Mannes doch auch Bosnien und die Herzegowina zu Oesterreich kam.

Aber das geht uns hier nichts an. Wichtiger erscheint uns die Frage, ob denn diese dauernden Graueretten mit der Person des Fürsten Bülow in Oesterreichs leitenden Kreisen gutgeheißen werden. Wir bezweifeln das aufs entschiedenste. Wir sehen auch den Ursprung all dieser Angriffe gar nicht etwa in solchen Kreisen, die an Oesterreichs Politik und an Oesterreichs Schicksal gar so warm interessiert sind. Wir wissen genau, auf welchem Wege schon früher derartige Kundgebungen von Oesterreich nach Berlin lanciert worden sind. Und es scheint uns kein Zufall zu sein, daß der Artikel des Fremdenblattes an einem Tage erschien, an dem man in solchen Kreisen, die engste Fühlung mit Berlin besitzen, bereits wußte, daß die Stellung des Chefs des Zivilkabinetts v. Valentini stark ins Wanken geraten war. Herr v. Valentini hatte es sich in der letzten Zeit zu einer Art von Lebensaufgabe gemacht, im Verein mit einer ganz bestimmten Clique am Hofe, in den Reichsämtern und bei den auswärtigen diplomatischen Vertretern Deutschlands eine etwa irgendwann einmal möglich werdende Kandidatur des Fürsten Bülow für irgendeinen Posten zu bekämpfen. Nachdem nunmehr die Gefahr bestand, daß dieser Schutzwall gegen die „Bülowgefahr“ am Hofe beseitigt werden konnte, wurden anscheinend auf schnellstem Wege die Kräfte der Diplomatie und einiger Reichsämter mobil gemacht, um an einer bestimmten Stelle die Gefahr nicht nur der Kandidatur Bülows, sondern überhaupt eines Wechsels im Posten des Unterhändlers durch österreichische Pressestimmen deutlich zu machen.

Es liegt hier unseres Erachtens ein Mißbrauch vor, der seit gewissen Phasen des Weltkrieges immer dann mit der angeblichen öffentlichen Meinung Oesterreich-Ungarns getrieben worden ist, wenn gewisse deutsche Politiker glaubten, ihre Pläne besser durchsetzen zu können, indem man sich den Anschein gab, als ob Oesterreich dieses oder jenes wollte oder nicht wollte. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, wie gefährlich ein solches Spiel für das Bundesverhältnis und namentlich für die Harmonie zwischen der Bevölkerung der beiden Reiche einmal werden kann. Weil wir den Wunsch haben, das alte hergliche Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, schießen es uns Pflicht, hier einmal über diese Dinge etwas deutlicher zu sprechen. B. H. d.

Wiss.

Zum Fall Kühlmann-Bülow.

In den meisten Berliner Blättern spricht sich die lebhafteste Empörung über den Artikel des „Wiener Fremdenblattes“ und seine Verbreitung durch das offiziöse Berliner Telegraphen-Büro aus. So lesen wir in der „Rossischen Zeitung“ u. a.: „Der Artikel mutet um so merkwürdiger an, als seine Voraussetzungen nach jeder Richtung hin vollkommen irrig sind. In Berlin ist nichts davon bekannt geworden, daß der Fürst Bülow lebhaft am Werke ist, dem Staatssekretär v. Kühlmann Schwierigkeiten zu bereiten, um sich selbst an seine Stelle zu setzen. Wir wissen nur, daß in gewissen Privatkreisen der Reichshauptstadt jede sachliche Gegnerschaft gegen den Staatssekretär mit geheimnisvollen Andeutungen begleitet wird, als ob es sich dabei um irgendwelche Mächenschaften seiner persönlichen Gegner handle. In diesen Kreisen wird aber durchaus nicht der Fürst Bülow allein zu diesen Segnern gezählt. . . . Wichtiger erscheint uns die Frage, ob denn diese dauernden Grauerien mit der Person des Fürsten Bülow in Oesterreich leitenden Kreisen gutgeheißen werden. Wir bezweifeln das aufs entschiedenste. Wir sehen auch den Ursprung all dieser Angriffe gar nicht etwa in solchen Kreisen, die an Oesterreichs Politik und an Oesterreichs Schicksal gar so warm interessiert sind. Wir wissen genau, auf welchem Wege schon früher derartige Kundgebungen von Oesterreich nach Berlin lanciert worden sind. Und es scheint uns kein Zufall zu sein, daß der Artikel des „Fremdenblattes“ an einem Tage erschien, an dem man in solchen Kreisen, die engste Fühlung mit Berlin besitzen, bereits wußte, daß die Stellung des Chefs des Zivilkabinetts v. Valentini stark ins Wanken geraten war. Herr v. Valentini hatte es sich in der letzten Zeit zu einer Art von Lebensaufgabe gemacht, im Verein mit einer ganz bestimmten Clique am Hofe, in den Reichsämtern und bei den auswärtigen diplomatischen Vertretern Deutschlands eine etwa irgendwann einmal mögliche werdende Kandidatur des Fürsten Bülow für irgendeinen Posten zu bekämpfen. Nachdem nunmehr die Gefahr bestand, daß dieser Schutzwall gegen die „Bülowgefahr“ am Hofe beseitigt werden konnte, wurden anscheinend auf schnellstem Wege die Kräfte der Diplomatie und einiger Reichsämter mobil gemacht, um an einer bestimmten Stelle die Gefahr nicht nur der Kandidatur Bülows, sondern überhaupt eines Wechsels im Posten des Unterhändlers durch österreichische Pressestimmen deutlich zu machen. Es liegt hier unseres Erachtens ein Mißbrauch vor, der seit gewissen Phasen des Weltkrieges immer dann mit der angeblichen öffentlichen Meinung Oesterreich-Ungarns getrieben worden ist, wenn gewisse deutsche Politiker glaubten, ihre Pläne besser durchsetzen zu können, indem man sich den Anschein gab, als ob Oesterreich dieses oder jenes wollte oder nicht wollte.“

„Hände weg!“ In einem Artikel mit dieser Ueberschrift sagt die „Deutsche Tageszeitung“: „Um aber zu der entscheidenden — formellen Frage zurückzukommen, so ist die Behauptung des „Fremdenblattes“, die Bestellung der deutschen Friedensunterhändler sei „keine ausschließlich deutsche (1) Angelegenheit“, eine weniger naive als vielmehr sehr bewußte Annahme, die durch die herumgelöffelte Wiebermannsauce durchaus nicht schmächter wird. Und wenn das „Fremdenblatt“ nicht dem ersten besten Reichsdeutschen, sondern einem deutschen Staatsmann, der länger als ein Jahrzehnt die deutsche Politik verantwortlich geleitet hat, und — gleichviel, wie man sich sonst zu ihm stellt — nach jedem unbefangenen Urteil zurzeit als die erste diplomatische Autorität im Deutschen Reiche gilt, durch ein so unkorrektes und plumpe Manöver eine neue diplomatische Mission zu versperren sucht — so ist das ein Verfahren, dessen gebührende Kennzeichnung wir uns mit Rücksicht auf das Bundesverhältnis einstweilen noch versagen möchten. So viel aber muß gesagt werden: Wenn die Hintermänner des Wiener „Fremdenblattes“ dem Deutschen Kaiser vorschreiben wollen, welche Männer er zu Friedensunterhändlern berufen darf oder nicht, so übersteigt das jedes Maß des dem deutschen Empfinden Erträglichem . . .“

„Eine Annahme“ überschreibt die „Zagl. Rundschau“ einen Artikel, in dem es heißt: „Ohne alle Umschwelge und ehe ein weiteres Wort darüber verloren wird, muß dieser plumpe Angriff auf den Fürsten Bülow durch das amtliche Wiener Organ als ungehöriger und verletzender Uebergriß zurückgewiesen werden. Das Recht, unsere Unterhändler zu bestallen, müssen wir grundsätzlich für uns allein in Anspruch nehmen. Sollte man also belieben, morgen den Fürsten Bülow und übermorgen Herrn Scheidemann oder Herrn Erzberger nach West-Litow zu schicken, so würden wir uns darüber zwar sehr lebhaft mit uns selbst auseinandersetzen, uns aber jede Beanstandung unseres Entschlusses durch irgendeinen Wiener Offiziosus aufs nachdrücklichste verbitten . . . Endlich muß die Tatsache festgenagelt werden, daß unser reichsdeutsches halbamtliches Telegraphenbüro die Wiener Einmischung in unsere Angelegenheit nach allen Seiten in die deutsche Welt hinein weitergibt, ohne auch nur mit einer Silbe anzudeuten, daß es dabei etwas anderes empfindet als reines Behagen. Das ist ungefähr eine ebenso starke Leistung, wie das Wiener Originalstück.“

Die „Kreuz-Ztg.“ sagt: Wir verzichten im Augenblicke darauf, auf die Einzelheiten dieser Urlassungen und insbesondere auf die scharfen Angriffe näher einzugehen, die das „Fremdenblatt“ gegen den Fürsten Bülow in seiner Eigenschaft als Unterhändler mit Italien hier richten zu müssen glaubt. Das „Fremdenblatt“ scheint sich nicht darüber klar zu sein, daß Fürst Bülow seinerzeit die Verhandlungen mit Italien als Bevollmächtigter der deutschen Regierung geführt hat und demgemäß nur den Weisungen der damaligen politischen Reichsleitung gefolgt ist. Wenn es ihm daher aus dem „Auswärtigen Oesterreichs-ungarischen Gebietes an die italienische Regierung“ einen persönlichen Vorwurf machen und in ihm keinen treuen Sekundanten erblicken möchte, so ist das jedenfalls eine völlig ungerechtfertigte Verschönerung der Tatsachen. In

19
202

Selbstbestimmungsrecht der Völker und staatliche Notwendigkeiten.

Von Geh. Justizrat Professor Dr. Josef Kohler.

Der Satz von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gehört zu den Redewendungen, die im höchsten Grade gefährlich sind, weil die richtigen Gedanken von radikaler Seite in einer Weise verzerrt werden, welche höchstens Unheil im Schoße trägt. Was man hier will, ist nichts anderes als der Rousseausche Atomismus, wonach eine zusammengewürfelte Gruppe von Menschen durch ihren Majoritätsbeschluss den Staat regiert und die höchsten Interessen der Menschheit zum Spielball ihres Beliebens macht. In der Tat muß eine Staatsregierung durch bedeutende Menschen kraftvoll, einsichtig und folgerichtig geleitet werden; sie dem Getriebe vorübergehender Stimmungen und Volksleidenschaften preiszugeben, ist ein System, das die höchsten Kulturgüter gefährdet.

Richtig ist es, daß eine Zentralregierung in ständiger Fühlung mit der großen Menge des Volkes bleiben und den organisierten Gruppen der Nation Anregungen entnehmen soll. Richtig ist es, daß Wünsche und Begierden von allen Seiten an die Regierung gelangen müssen, und daß es die Regierung als ihre Pflicht erachten soll, sich nach Einsicht aller dieser bedeutungsvollen Motive zu entscheiden. — Richtig ist es auch, daß die Zentralregierung insofern eine gewisse Beschränkung erleiden soll, als sie mit Organen, die der Bevölkerung näherstehen, in Verkehr zu treten und die wichtigsten Regierungsentscheidungen, wenigstens im internen Leben, in Verbindung mit ihnen zu treffen hat. Daß die Monarchie eine konstitutionelle sein soll, die mit einem Wahlkörper des Volkes zusammenarbeitet, ist ein Grundsatz, der seine Berechtigung in sich trägt, weil eine bestimmte Begrenzung der Gewalt dem menschlichen Tun vorteilhaft ist und ein solches Zusammenwirken manche Abwege und Uebereilungen verhütet. — Richtig ist es endlich, daß, wenn gewisse Gruppen der Bevölkerung, sei es durch Ständesinteressen, sei es durch Religion, sei es auch durch Blutzusammenhang in näherer Verbindung stehen, es wünschenswert ist, wenn ihnen besondere Organe zuteil werden, wenn man ihnen eine gewisse sogenannte Autonomie, d. h. eine gewisse Selbstbestimmung im Gebiete ihres Eigenlebens gewährt. In diesen Beziehungen hat der Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker einen Kulturwert und wird er für die Beruhigung der Nationen von großer Wichtigkeit sein; denn natürlich werden derartige Gruppen mehr und mehr ihre gemeinsamen Wünsche zur Geltung zu bringen suchen, und es ist ein gesunder Grundsatz der Politik, solchen Bestrebungen ein Ventil zu öffnen.

Eine ganz andere Frage ist es, welchem Ganzen eine solche Bevölkerung einzugliedern ist. Darüber kann niemals eine Einzelbevölkerung entscheiden; dies wird vielmehr durch die Weltchicksale bestimmt; denn die Weltchicksale geben die Machtfaktoren ab, und nur die Machtfaktoren können die Grundlage bilden, auf der sich das Staatsleben aufbaut. Diese Machtfaktoren hängen zusammen mit all den Elementen der Politik und Wirtschaft, welche dem Staatsleben die Dichte zu geben haben. So ist namentlich ein gewisser Umfang und eine gewisse Ausdehnung des Gebietes erforderlich, damit ein Staat im Gefüge der ganzen Menschheit wirken kann, damit man keine Stimme anhört, seine gerechten Ansprüche anerkennt und seinem staatlichen Tun keine ungeeigneten Hemmnisse entgegensetzt. Die Souveränität des Staates verlangt eine gewisse Konzentration der Machtfülle, die von den verschiedensten Umständen abhängig ist. Vorteilhaft ist hierbei, daß der Staat eine Ausdehnung nach wirtschaftlich wichtigen Punkten, z. B. eine Ausdehnung im Gebiete bedeutender Ströme, gewinnt, und vorteilhaft ist es ferner, wenn er die nötigen Stätten der Innenproduktion besitzt, um sich mit Rohstoffen zu versehen. Wenn es in einem Staate keine Bergwerke für Eisen und Kohlen gibt, wenn er sich Baumwolle und Holz nicht beschaffen kann, so ist dies ein beengender und beängstigender Zustand, dessen Bedenklichkeit gerade in unserem Weltkriege in starker Weise hervorgetreten ist.

Es ist daher eine vollkommene Verkennung, wenn man das Problem von dem Umfang eines Staatsgefüges mit der Lehre von der Selbstbestimmung und Autonomie der Nationen verquidelt. Dies ist schon deshalb völlig verfehlt, weil hier immer die Frage auftauchen wird: wieweit erstreckt sich denn ein solcher Personentkreis, welcher die Selbstbestimmung haben darf? Bei allen Völkern gibt es nähere und nächste Gruppen, die sich gern selbständig machen möchten,

in Erklärungen der Regierung

der Entwurf der Antwort des Ministerpräsidenten nach Presti-Bittowst an den Grafen Czernin telegraphiert werden mußte, um seine Zustimmung und Abänderungsvorschläge entgegenzunehmen. Seine Antwort ist sehr spät eingetroffen, hat sich aber in allem Wesentlichen mit dem Entwurf der Regierung gedeutet.

Was die Regierung über den Frieden sagt, ist das Wichtigste. Denn diese Idee des Friedens steht im Brennpunkt des Interesses der Arbeiter. Die Befürchtung, daß die Verhandlungen scheitern könnten, war die eigentliche Ursache der Auslandsbewegung. Wir, die wir verhandelt haben, sind der Ansicht, daß die Erklärung des Ministers ausreichen kann. Sie ist selbstverständlich leider nicht die Mitteilung, daß der Friedensvertrag geschlossen ist oder daß er an einem bestimmten Tage unterzeichnet werden wird; aber sie ist eine Erklärung, daß die Regierung dafür bürgt, daß der Friede an Abständen von Eroberungen oder an sonstigen selbstlichen Gründen nicht scheitern kann.

Wichtig für uns war auch, was die Regierung über Polen sagt. Wir haben leider schon gelesen, daß Trojky nach Petersburg fahren mußte und etwa eine Woche wegbleiben werde. Die Regierung erklärt nun, daß das absolut keine Störung der Verhandlung bedeute und daß die Abreise Trojky nur aus Gründen Rußlands selbst erfolgte. Wir können aber doch nicht so lange im Ausland bleiben, bis Trojky zurückkommt. Der Wert der Regierungsvorschläge liegt nicht in den Worten, die die Regierung zu uns spricht, nicht im Text, sondern in der Tatsache, daß die Regierung vor den von der Masse Gewählten ihr Wort versichert hat, daß sie alles daransetzen werde, den Frieden herbeizuführen. Die Macht der Arbeiter hat sich gezeigt. Wir glauben, daß die Antwort als genügend zu erachten ist und eine ernste Friedensgarantie darstellt.

Die zweite Frage, die über die Ernährung ist schwer zu lösen. Was wir aber verlangen, das ist, daß mit dem Wenigen, was da ist, hausgehalten, daß es gleichmäßig auf die gesamte Bevölkerung aufgeteilt werde. Wir haben gegen die Erklärung des Ernährungsministers noch eingemendet, daß sich die Ungarn weigern, uns genügend zu versorgen. Minister Höfer hat darauf verwiesen, daß die Vorschriften in Ungarn zwecks Aufbringung der nötigen Mengen verschärft wurden und daß auch die österreichische Regierung mehr darauf sehen werde, daß wir größere Zuschüsse erhalten.

Eine weit schwierigere Verhandlung gab es in der Frage des Gemeindevahlrechtes. Die Regierung hat zunächst das große Bedenken gehabt, daß das Gemeindevahlrecht doch nicht nach denselben Grundsätzen gestaltet werden kann wie das Reichsratswahlrecht, und führte die üblichen Einwände an, wie die Verschiedenheit der Wahlklassen und Steuern, das historische Gewandene der Wahlkörper u. s. w. Wir haben aber unerschütterlich an dem Grundsatz des gleichen Wahlrechtes auch in der Gemeinde festgehalten. Wir können nach diesem Kriege, der gezeigt hat, daß alle Schichten und alle Stände, insbesondere aber die Arbeiterklasse an der Gemeindeverwaltung gleich beteiligt sind, nicht mehr zugeben, daß diese Gesamtheit länger von dem gleichen Wahlrecht ausgeschlossen bleibe. Wir haben die großen Schwierigkeiten der Verhandlungen überwunden. Insbesondere auch den Einwand der Regierung, daß das Prinzip des allgemeinen Wahlrechtes angewendet auf die Gemeinde eine ungeheure Gefahr für das deutsche Volk in dieser Zeit bedeuten müsse. Wir wiesen darauf hin, daß die deutschen Arbeiter nicht minder ein Bestandteil des deutschen Volkes sind als die Bourgeoisie. Wir wissen, daß die Ausbeutung des Wahlrechtes nur der gesamten Nation zum Nutzen gereichen kann und muß, und so sehr wir anerkennen, daß die Rechte der Deutschen nicht geschmälert werden dürfen, werden wir unerschütterlich auf dieser Forderung der Arbeiterklasse beharren. Es gibt Wege genug, nationale Interessen zu sichern. Das hat man am Reichsratswahlrecht gesehen. Was das Frauenwahlrecht betrifft, haben wir darauf hingewiesen, wie sich die Frauen im Kriege betätigt und bewährt haben. Das alles wurde uns gegeben. Das alles sehe man ein und sehe die Berechtigung des aktiven Wahlrechtes der Frauen ein. Aber das passive Wahlrecht sei unmöglich. Wir haben erklärt, daß wir davon nicht abgehen können. Wir müssen darauf bestehen, daß das Frauenwahlrecht endlich seine Anerkennung findet, und müssen verlangen, daß eine Regierung, die über das Gemeindevahlrecht öffentlich spricht, ausdrücklich erklärt, daß sie nach den Erfahrungen dieses Krieges nicht das Recht hat, einer Gemeindevahlordnung die Sanction zu verweigern, die das Frauenwahlrecht festlegt. Endlich haben wir verlangt, daß das vom niederösterreichischen Landtag im Jahre 1914 beschlossene Gesetz über die Wahlreform für die Industriebezirke, dessen Sanctionierung der Stürgkh verweigert hat, zur Sanction vorgelegt werde und daß die nächsten Wahlen in Niederösterreich schon nach diesem Gesetz vorgenommen werden. Eine der ältesten Forderungen ist das Proportionalwahlrecht. Auch das hat die Regierung anerkannt.

Auch diese Erklärung gibt uns nicht das Wahlrecht, aber es ist das erste, daß von der maßgebenden Stelle anerkannt wird, daß wir nicht stehen können bei dem demokratischen Wahlrecht für den Reichsrat, sondern daß dieses ausgebeutert wird auf Land und Gemeinde und daß seiner auch die Frauen teilhaftig werden. Ich glaube, es wird keine Wahlreformbewegung geben, in der wir nicht betonen können, daß selbst ein so reaktionärer Faktor wie die heutige Regierung das Recht der Arbeiter auf die Gemeinde anerkennen mußte und das Recht aller Bewohner, ob Mann oder Frau, auf den gleichen Einfluß in der Gemeinde. Ich glaube, daß auch in diesem Punkte die Antwort der Regierung als genügend zu bezeichnen ist, um Beruhigung zu schaffen.

Der letzte Punkt war am schwersten zu erledigen: die Aufhebung der Militarisation. Das Arbeiterrecht, darauf beharren wir, darf nicht ausgelegt werden von Militärgerichten und der Arbeiter darf wegen seines Verhaltens zum Unternehmer nicht vor das Militärgericht gestellt werden. In allen Staaten sind diese Verhältnisse durch Zivilgesetze geregelt worden, so in Deutschland durch das Hilfsdienstgesetz; das muß auch in Österreich möglich sein. Endlich haben wir, nach langen Kämpfen, auch die richtigen Erklärungen erlangt. Die Frage der Militarisation endlich einer Regelung zugeführt zu haben ist ein gewaltiges Verdienst der Arbeiter. Wer weiß, wie wir uns jetzt seit drei Jahren bemühen, hier Wandel zu schaffen, wer weiß, was die Arbeiterklasse unter diesem Zustand gelitten hat, wird erkennen, was diese Reform bedeutet. Ich glaube, es wird keine Partei im Hause geben, die diesem Gesetz Schwierigkeiten bereiten wird, auch unsere ärgsten Klassengegner werden nicht den Mut haben, diese Zustände zu verteidigen.

In dieser Art wurden also unsere vier Forderungen beantwortet. Es wäre geradezu verantwortungslos und würde der Wahrheit in das Gesicht schlagen, wollte ich sagen, daß das die volle Erfüllung unserer Wünsche wäre. Wir haben nur einen Wunsch: Ende mit dem Kriege! Damit würden natürlich alle anderen Wünsche erfüllt sein. Aber ebenso offen müssen wir auch bekennen, daß es in niemandes Macht steht, das heute und sofort zu machen. Was uns gelingen konnte, war, Garantien zu schaffen, daß alle Kräfte, die in diesem Staate wirken — vom Arbeiter bis zum Minister — sich in den Dienst des Friedens stellen. Was von

Bedeutung war, ist, daß wir Garantien haben, daß auch die Regierung alles tun wird, um diesem schrecklichen Menschenjoch ein Ende zu bereiten; zu konstatieren, daß es nur ein kleines Häuflein von ein paar hundert Narren gibt, die in Stegfriedensversammlungen gegen den „Ebensfrieden“ wettern. Die große Masse des Volkes, Arbeitsmann wie Regierungsmann erkennen, daß es hoch an der Zeit ist, den Kriege ein Ende zu machen. Die Arbeiterschaft hat durch das äußerste Mittel, das ihr zu Gebote steht, erlangt, daß sich die maßgebendsten Faktoren zum Frieden bekennen und sich verpflichten, daß sie geloben und Bürgschaft leisten, dafür alle Kräfte anzuspannen, um ihn herbeizuführen. Das haben wir faktisch erreicht, und was noch mehr ist, ist die Erkenntnis, was die Kraft der Arbeiter vermag, wenn sie mit Besonnenheit und Ruhe, aber auch mit Energie richtig verwendet wird. Wir haben unsere Kraft erkannt, was die wichtigste Bürgschaft ist — wichtiger als das Versprechen eines Ministers —, daß unsere Forderungen erfüllt werden und daß wir den Frieden erzwingen werden. Ich bitte Sie, von diesem Gesichtspunkt aus die Antwort der Regierung als genügend zu beurteilen. Dann wollen wir Gewehr bei Fuß stehen und abwarten, ob man von dem Wege, den wir als richtig erkannt haben, abweichen wird, jeden Augenblick entschlossen, wieder zum äußersten Mittel der Abwehr zu greifen, wenn jemand wagen sollte, etwas zu unternehmen, was den Frieden bedrohen könnte! (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte. Seiner:

Wir sind, die wir mit ungeheurer Begeisterung in diesen Kampf gezogen sind, natürlich nicht besonders erbaud davon, daß die Regierung eine so langatmige Erklärung benötigt, um zu sagen, was sie beabsichtigt. Aber wir schreiben das auf Rechnung der üblichen Regierungströmen. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist derartig, daß ich befürchte, daß die Arbeiterschaft vielleicht nicht so leicht erkennen wird, daß was uns die Regierung anbietet, genügt, um uns vorläufig zu veranlassen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Gemein bei Fuß zu stehen und treue Wacht zu halten, daß diese Bedingungen auch eingehalten werden. Es war gewiß ein historischer Moment, daß eine k. u. k. Regierung gewissermaßen eine Verbrüderung vor der Arbeiterklasse machen muß. Es ist den Herren nicht so leicht gefallen, mit uns in einer solchen Tonart zu verhandeln, und an nichts konnte man mehr die Macht erkennen, die die Arbeiterklasse erlangt hat. Aber wenn wir auch nicht das alles erlangt haben, was wir wollten, so dürfen wir auch fragen, ob wir denn imstande wären, einen solchen Kampf einige Wochen festzuhalten. Wichtig erscheint mir auch die Zustimmung bezüglich des Gemeindevahlrechtes, denn es gibt kein Land, das ein so erbärmliches Wahlrecht besitzt wie die Gemeinde Wien.

Mit dieser Wehmüt muß es verzeichnet werden, daß wir von den reichsdeutschen Genossen im Stich gelassen wurden. Es handelt sich darum, auch die deutsche Regierung, ebenso wie bei uns, zu veranlassen, daß sie eine ebenso entschiedene Friedenserklärung abgibt. In die deutschen Genossen wäre ein entsprechender Appell zu richten. Hauptächlich ist aber trotz der bewundernswürdigen Haltung der Arbeiterschaft ihre Organisation, ihr sozialistisches Bewußtsein noch mehr zu vertiefen. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Dr. Viktor Adler:

Es ist in den drei Tagen durchaus nicht alles erreicht worden. Wenn wir auch nicht als Sieger heimkehren, so können wir doch mit gutem Gewissen sagen, daß die Arbeiterschaft und ihre Vertreter aus der Lage herausgerissen haben, was herauszureißen war. Wir haben die Forderungen erhoben: Friede, Demokratie und Brot! Der Ernährungsminister hat uns Leid getan. Man hat es ihm angesehen, er gäbe gern etwas, aber er kann es nicht. Aber ich glaube, es ist doch ein Schritt geschehen, daß das Vorhandene vernünftiger verteilt wird. Es wird das Widerspruch finden bei den Agrariern, aber dieser wird nicht hindern, daß das Geschehe, soweit man es heute machen kann.

Was den Frieden betrifft, so sind auch die Minister ebenso ungeduldig wie wir alle. Aber wir haben ein D o k u m e n t, das nicht nur uns mitgeteilt wurde, sondern das vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt ein bindendes Versprechen ist. Erstens ist festgelegt worden, daß der Kaiser und sein Organ, der Minister des Reichens, nach wie vor in den allgemeinen Frieden einstimmen und daß der russische Friede nur die Einleitung zum allgemeinen Frieden sein soll. Zweitens ist festgelegt worden, daß Czernin das, was er wiederholt ausgesprochen hat und wovon man befürchtet hat, er sei davon abgekommen, festhält: Abrüstung und Schiedsgerichte. Graf Czernin hat das noch einmal festgelegt. Das dritte ist — und das ist das Wichtigste, worauf es im Augenblick ankommt — das Verhältnis zu P o l e n. Hier haben wir jetzt ein bindendes Versprechen. Man kann nicht mehr wegen der polnischen Sache dem Frieden entgegenwirken. Die gestrige Erklärung Czernins war ja schon eigentlich eine Antwort auf unsere Wünsche. Die Worte „Ich halte und bürgte“ sind etwas, was als Antwort auf die Wünsche streitender Arbeiter in Österreich noch nicht gesagt wurde. Die Demokratie steht im dritten und vierten Punkte, Gemeindevahlrecht und Arbeiterrecht, und hier ist ein entscheidender Fortschritt erreicht worden. Wir haben den Herren keinen Zweifel gelassen, daß es uns nicht einfällt, ihn als letzte Errungenschaft anzusehen. Unsere Abschiedsworte waren: „Das war das dünne Ende des Reiles, es kommt noch ein anderes. Das Bewußtsein der Herren ist schon, daß das der Beginn der Untertreibung des Staates ist.“

Aum haben Sie zu entscheiden. Ich bin nicht berufen, Ihnen Ratsschläge zu geben, aber meine Meinung ist: Eine Situation ist auszunutzen bis zum Neuesten; aber wenn das geschehen ist, soll man nicht weiter riskieren, sondern soll bis zur nächsten Gelegenheit warten. Das Eis ist einmal gebrochen. Sollten sich noch weitere Hindernisse finden — wir sind da und auch später wird es an Entschlossenheit nicht fehlen. Wir wollen nicht sagen, daß wir weiter kämpfen, weil wir vielleicht mehr gewinnen können. Wir können sogar etwas verlieren: das Vertrauen zu unserer Besonnenheit, Klugheit und Verantwortunglichkeit. Wir können sagen: für die drei Tage Kampf haben wir etwas erreicht. Gehen wir nun, und wenn es nötig ist, werden wir wieder da sein. Es ist nicht alles erreicht worden, doch was wir erreicht haben, ist nichts Kleines für die Arbeiter, die unter dem Militärrecht stehen und für diejenigen, die sich von heuchlerischen und beschränkten Speichern müssen göngeln lassen. Was wir durchgesetzt haben, ist lange nicht alles, aber die Arbeiter sind auch noch auf der Welt! (Stürmische Zustimmung.)

Auf eine Anfrage des Genossen Lehner über die Möglichkeit eines baldigen Abschusses des allgemeinen Friedens erwidert Genosse Adler, daß er die feste Ueberzeugung habe, daß die Verhandlungen in Presti-Bittowst nicht abgebrochen werden und daß von beiden Seiten die Gelegenheit werde genutzt werden, die Frage des allgemeinen Friedens zur Erörterung zu bringen. Der Weg zum Frieden ist nicht einfach und kurz, darum tut etwas Selbstbeherrschung und Zurückhaltung nat.

Spielmann:
Als Vertrauensmann der Arbeiter kann ich mich mit den Mitteilungen des Genossen Seig nicht für befriedigt erklären. Man muß sich nur vorstellen, wie meine Aufnahme unter den Genossen sein wird, wenn ich ihnen mitteilen werde, daß die Arbeit auf der und der Grundlage aufgenommen werden soll.

Joris (Wiener-Neustadt):

Um 8 1/2 Uhr nachts beantragt Steiner die Unterbrechung bis 9 Uhr früh, Genossin Lipva verlangt demgegenüber die Fortsetzung der Sitzung. Der Antrag auf Aufhebung der Sitzung wird abgelehnt.

Gill Lipva:
Ich möchte Sie fragen, ob am ersten Tage schon so viel Menschen an der Bewegung teilgenommen haben wie heute. Wir müssen uns die Wahrheit sagen, weil wir die Verantwortung tragen für den Ausgang einer Massenbewegung. Es wäre für uns ein Kinderspiel, morgen die Leute zu allen möglichen Taten aufzufacheln. Wer wer könnte die Verantwortung tragen für alles, was geschehen könnte?

Aber sie allein sind zu wenig! Wir heißen Anerkennung für jede Arbeit und können sie den Genossen, die drei Tage für uns gewirkt und das gute Ergebnis gebracht haben, auch nicht weigern. Vergessen Sie nicht, daß so viele Frauen im Ausland sind, die vielleicht nicht durchwegs ins Unbegrenzte darin verharren können. Es ist der Regierung gezeigt worden, daß die Arbeiter bereit sind, zu kämpfen. Der Arbeiterschaft von Wiener-Neustadt, die den Kampf begonnen hat, danken wir dafür. Der ganze Erfolg steht nicht in den Erklärungen der Minister. Wenn zum Beispiel das Ende der Militarisation noch nicht ausgesprochen ist — die trassen Heberariffe, die begangen wurden, werden sich nicht wiederholen.

Wenn unsere Strafsprobe nicht an Gewicht verliert, so werden wir im Interesse der heiligen Sache, für die wir in den Ausland getreten sind, die Ergebnisse annehmen. (Stürmischer Beifall.)

Byrava:

Mit der Antwort des Grafen Czernin können wir uns wohl zufrieden geben. Was die Entmilitarisierung dagegen betrifft, können wir auf künftige Gelehe nicht warten. Wir werden weiter unterdrückt sein und unter der Militarisation schwächen. Unsere Vertrauensmänner, die uns die Antwort des Ministerpräsidenten gebracht haben, sollen wieder zurückgehen und ihm sagen, daß wir mit dem Ergebnis nicht zufrieden sind. Und dann sollen sie auch wegen der Opfer der Prager und Piskner Streikflucht sprechen.

Rochal:

Niemand hat eine andere Antwort erwarten können und wir wissen, daß unsere Genossen nicht mehr erreichen konnten. Vorichtige Vertrauensmänner werden auch den Genossen schon von vornherein gesagt haben, daß es sich nur darum handelte, den Frieden zu bieten und einen Druck auf die Regierung auszuüben. Da die Regierung in der Lebensmittelfrage nichts tun kann, müssen wir die Forderung nach dem Achtstundentag als Konzession verlangen und müssen auch eine Antwort auf diese Forderung von ihr verlangen!

Rober:

Die eigentliche Ursache des Ausstandes war der Wille zum sofortigen Frieden. Wenn ich es auch selbst lieber gesehen hätte, wenn wir mehr erreicht hätten, so werde ich es doch als meine ehrliche Pflicht ansehen, vor die Genossen hinzutreten und ihnen zu sagen, daß wir uns doch zufrieden geben sollen. Und wenn wir nichts anderes erreicht hätten als das, daß sich österreichische Minister bequemen, mit Arbeitern direkt zu verhandeln, dann haben wir einen Erfolg gehabt, einen Erfolg unserer Macht. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Renner:

Diese Nacht wird in der österreichischen Arbeiterbewegung denkbar werden. Mit dieser Bewegung ist die österreichische Arbeiterschaft nach langer Zeit wieder in Aktion getreten, und dieser erste Schritt wird wohl nicht der letzte sein. Die Genossen sind gewiß erregt, aber die Leidenschaft wäre ein gefährlicher Raubeber, die Leidenschaft, die wir von beiden Seiten geschickt haben. Was wir brauchen, ist die Erwägung des Vertrauensmannes, wie weit die Bewegung geht, wie stark sie ist, wie weit sie auszuhalten kann, welche Ziele sie sich setzen, welche erreichbar sind, welche vertagt werden müssen. Wenn uns ein Genosse hier so geschickt hat, wie schrecklich es ist und was wir alles verlangen müssen, würden wir uns nur beruhigen und nicht beschließen, was den Umständen angemessen ist. Wir müssen den Neustädtern danken, daß ihre Aktion zu den Zugeständnissen geführt hat, die wir schon haben. Man kann aber eine solche Bewegung nur führen, wenn auch die hinten nachkommen können, die Arbeiter, die noch nicht so weit vorgeschritten sind. Denn wenn die nicht nachkommen oder abdrücken, kommt die Gefahr des Zusammenbruchs.

Vergeffen wir nicht, die bürgerlichen Parteien werden gegen das, was uns zugeht, antizipieren und dann müssen wir es verteidigen, und da können wir nicht die Bewegung jetzt einstellen auf einen Kampf von Wochen und Monaten, bis die Militarisation beseitigt, die Gemeindevahlreform wahrheit ist. Da möchte ich nicht, daß der erste Schritt, den wir machen, im Erfolge gefährdet wird. Wenn aber diese Bewegung hinaus,

Die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn.

Wir haben in unserer heutigen Morgenausgabe eine zusammenfassende Darstellung der Streikbewegung in Oesterreich veröffentlicht, die bereits die wesentlichsten Vorgänge der letzten Tage erkennbar macht. Die Bewegung hatte, wie wir noch hinzufügen möchten, am Donnerstag in Wiener-Neustadt begonnen und griff von dort in andere niederösterreichische Provinzstädte, sowie nach Wien über, verbreitete sich rasch über andere Kronländer, besonders Steiermark, Böhmen und Mähren und kam gleichzeitig auch in Ungarn, vor allem in Budapest, zum Ausbruch. In den beiden Reichshauptstädten traten Arbeiterkommissionen mit den Regierungsbehörden in Verhandlungen und legten Forderungen vor, die sich im wesentlichen in drei Gruppen teilen lassen, in außenpolitische, innerpolitische und in Forderungen bezüglich der Ernährung. In der ersten Hinsicht verlangten die Arbeiter Sicherungen dafür, daß ein Friede ohne Annexionen und Kriegsschädigungen abgeschlossen werde. Innerpolitisch forderten sie das gleiche Wahlrecht in den Kommunalvertretungen und Landtagen. Die Verhandlungen über die Ernährungsfrage drehten sich vornehmlich um die Herabsetzung der Mehlration.

Am Sonnabend gab sowohl der österreichische, wie der ungarische Ministerpräsident den Arbeiterführern bindende Erklärungen ab, nachdem an den beiden vorhergehenden Tagen die bereits bekannten stürmischen Verhandlungen in dem österreichischen Budgetausschuß stattgefunden hatten. Die Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten von Seidler besagte,

es sei der sehnlichste Wunsch des Kaisers, sobald als möglich den Krieg durch einen ehrenvollen Frieden zu beendigen. Ist zurzeit nur ein Sonderfrieden mit Rußland möglich, so falle die Verantwortung dafür auf die Ententemächte, die all die wiederholten Friedensangebote der Mittelmächte ausgeschlagen haben. Dessenungeachtet hält die Regierung an dem Ziele eines möglichst baldigen allgemeinen Friedens fest. Internationale Vereinbarungen über Abrüstung und über Schiedsgerichte bieten dazu nach ihrer Ueberzeugung die geeignetste Grundlage. Da keine territorialen Erwerbungen auf Rußlands Kosten von der R. u. R. Regierung angestrebt werden, werden daran auch die Friedensverhandlungen nicht scheitern.

Der Bevölkerung Polens wird es überlassen bleiben, durch Volksabstimmung auf breiter Grundlage ihre staatliche Ordnung zu regeln, am besten durch eine auf breiter Grundlage gewählte konstituierende Versammlung, deren Entscheidung in voller Freiheit und ohne Beeinträchtigung durch die Okkupationsbehörden erfolgen soll. Die Forderung der russischen Regierung nach Räumung der besetzten Gebiete wüßte die R. u. R. Regierung allerdings ablehnen, weil bei der Fortdauer des Krieges an den anderen Fronten und angesichts der noch nicht geordneten Verhältnisse Rußlands diese Gebiete nicht ohne Gefährdung der militärischen Interessen geräumt werden können. Doch werde bei gutem Willen auf beiden Seiten sicherlich ein Kompromiß mit der russischen Regierung gefunden werden können. Da die Monarchie bei Lösung aller dieser Fragen sich von keinen eigenmächtigen Absichten leiten lasse und bereit sei, den russischen Wünschen soweit entgegenzukommen als die österreichisch-ungarischen Interessen gestatten, hege der Ministerpräsident das vollständige Vertrauen, daß bei ebenso gutem Willen auf der anderen Seite die Verhandlungen an diesen Fragen nicht scheitern werden. Die Regierung sei jederzeit bereit, die gewählten Vertreter des Volkes über ihre Absichten und über den Gang der Verhandlungen freimütig zu unterrichten, und dadurch das notwendige Vertrauen der Bevölkerung zur auswärtigen Politik zu festigen.

Auch in innerpolitischer Hinsicht wurden weitgehende Konzessionen bewilligt, ebenso auf dem Gebiete der Ernährungspolitik. Es ist aber offenkundig, daß diese Angelegenheiten eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle gespielt haben, und daß es sich in erster Linie bei der ganzen Bewegung um die Friedensfrage handelte.

Dabei hat zweifellos die Kritik deutscher Regierungen eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Wir verweisen in dieser Hinsicht auf den in unserer gestrigen Abendausgabe veröffentlichten Bericht über die Verhandlungen des österreichischen Budgetausschusses vom Donnerstag und Freitag. Dort haben die Sozialdemokraten Adler und Seik sowie der liberale Abgeordnete Fenker gegen alle Annexionsabsichten im Osten gesprochen und nicht nur Polen, sondern mit besonders scharfer Betonung auch Rußland in die Diskussion gezogen. Mit besonderer Schärfe wurde in diesem Zusammenhang der Name des Generals Hoffmann genannt. Diese Vorgänge finden ihre sachliche Ergänzung in der Tatsache, daß bereits mehrere Tage vor dem Ausbruch des Streiks eine Reihe von Wiener linksstehenden Blättern die bekannte Erklärung, die General Hoffmann am 12. Januar in Brest-Litowsk abgegeben hatte, zum Ausgangspunkt überaus heftiger Angriffe gegen Hoffmann nahmen. Ferner erschien fast gleichzeitig der vielbesprochene Artikel des Wiener „Fremdenblatt“ gegen Bülow, eine Rundgebung, die, wie alle Welt inzwischen erkannt hat, zur Verteidigung des Herrn von Kühlmann bestimmt war. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß, nach den uns zugehenden Informationen das „Fremdenblatt“ keine halbamtlichen Beziehungen zu der österreichischen Regierung allerdings gelöst haben soll, daß es aber zweifellos mit dem Ministerium des Äußern nach wie vor in enger Fühlung steht.

Nach all dem scheint es, daß die österreichischen Vorgänge von einer sonderbaren Auffassung der deutschen Verhältnisse zumindest nicht unbeeinflusst waren, deren Ursprung kaum in Wien selbst gefunden werden kann. Man hat den Eindruck, daß weite Kreise in Oesterreich dem Frieden näher zu kommen glauben, wenn sie gerade gegen militärische Persönlichkeiten in Deutschland Front machen, während Herr v. Kühlmann anscheinend erheblich größere Sympathien genießt.

Wir brauchen an dieser Stelle nicht zu wiederholen, was wir auf Grund besserer und näherer Kenntnis der Dinge in Deutschland zu diesem Gegenstand wiederholt ausgeführt haben. Wenn man in Wien an der deutschen Politik Kritik üben will, so bedarf es dazu als des einzig möglichen Maßstabes eines eigenen klaren politischen Willens. Den kann Oesterreich aber gerade bei den Verhandlungen mit Rußland in der wirksamsten Weise bekommen, wenn es klipp und klar darauf verzichtet, die künftige

Stellung Polens nach seinem eigenen Gewissen und ohne Rücksicht auf die russischen Wünsche zu regeln. Die Versicherungen, die Graf Czernin und Herr von Seidler in dieser Hinsicht abgegeben haben, sind unseres Erachtens viel zu allgemein gehalten, um uns irgend eine sichere Gewähr in dieser Hinsicht zu bieten.

Die Polenfrage hat nicht nur zeitlich, sondern auch sachlich den Ausgangspunkt jener weiteren bedauerlichen Erscheinungen der Ostpolitik gebildet, gegen die man jetzt in Wien so heftig auftritt. Polen ist also auch jetzt wiederum die Frage, von der aus der Wendepunkt herbeigeführt werden könnte, den auch wir dringend wünschen. Also ist es Oesterreich-Ungarn selbst, das ein gutes Stück der Entscheidung in seinen Händen hält. Nicht General Hoffmann oder anderen deutschen Militärs kann die erwünschte Wendung beginnen, sondern an den verantwortlichen Leitern der Politik der Mittelmächte, an Czernin und Kühlmann liegt es, das erste und entscheidende Wort zu sprechen.

22. / I. 1918.

21
213

Stellungen enthält eine Warnung, die nicht ernst genug genommen werden kann.

Noch ist kein unwiderruflicher Schritt geschehen, noch besteht die Möglichkeit, den unentwirrbaren Knäuel von Rivalitäten, Feindseligkeiten und Einmischungsmöglichkeiten fremder „Protektoren“ in organische Ordnung zu verwandeln, wenn man das historisch Gewordene und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse fest Verbundene zum Ausgangspunkt nimmt, und darüber hinaus an einer dauernden Verständigung mit der slawischen Vormacht arbeitet. Dieses große Ziel vor Augen ist das deutsche Volk bereit, mit verständigen Polen sich zu verständigen und allen gerechten Wünschen gerecht zu werden. Aber — und darüber mögen sich die Herren v. Trampczynski und Genossen keiner Täuschung hingeben — was preussisch ist, bleibt preussisch, was deutsch, deutsch! Und auch unsere Konservativen können sich beruhigen. Die Erklärungen des Zentrumsabgeordneten Herold und des Sozialdemokraten Hänisch zeigten, daß hinter dem Deutschtum im Osten, wenn es not tut, das ganze Deutschland, ohne Unterschied der Partei, stehen wird. Auch wenn das jetzige Wahlrecht und mit ihm die jetzige Mehrheit verschwunden ist. Ja sogar: dann erst recht.

J. E.

e im Mittelmeer.

mitore und ein Transporter vernichtet.

Polenpolitik und polnische Politik

Die Rede, die der polnische Abg. v. Trampczynski gestern im Preussischen Abgeordnetenhaus hielt, verdient die ernsteste Beachtung. Sie darf als wohlüberlegte Kundgebung der offiziellen Vertretung unserer polnischen Mitbürger gelten, und darüber hinaus als Anmeldung programmativischer Ansprüche der gesamten polnischen Nation, wie sie im Verlauf des Krieges und mit besonderer Deutlichkeit und Schärfe seit der Zwei-Kaiser-Proklamation vom 4. November 1916 erhoben worden sind.

Es handelt sich um eine Auslegung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die letzten Endes die Loslösung der Provinzen Posen, Westpreußen und Schlesien aus dem Verband Preußens und des Deutschen Reiches fordert. Der polnische Vertreter im Preussischen Abgeordnetenhaus hat sich gescheut, diese letzte Konsequenz auszusprechen, aber er hat den Standpunkt vertreten, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht an den staatlichen Grenzen halt machen dürfe, und daß ein internationales Schiedsgericht die Oberaufsicht über die gemischtsprachigen Gebiete des Deutschen Reiches übernehmen müsse, da die Polen kein Vertrauen zu einer Regelung ihrer kulturellen und nationalen Rechte auf dem Weg unserer innerstaatlichen Gesetzgebung haben.

Die Polen innerhalb und außerhalb Preußens können sich nicht dem Glauben hingeben, daß ein Staat, der sich im Vollbesitz seiner Handlungsfreiheit, seiner physischen und geistigen Kräfte befindet, je darauf eingehen könne, begründete oder unbegründete Beschwerden eines Teiles seiner Bürger dem Urteil und der Einmischung fremder Mächte zu unterstellen. Wenn diese Forderung trotzdem erhoben wird, so kann man darin nur eine kaum verschleierte Umschreibung der Krakauer Resolution der galizischen Polen vom 28. Mai 1917 erblicken, die im wesentlichen — neben einer Verbeugung vor dem „uns gewogenen Kaiser von Oesterreich“ — folgendes besagt:

„Die Versammlung der polnischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten stellt fest, daß die alleinigen Bestrebungen der polnischen Nation in der Wiedererlangung eines unabhängigen geeinigten Polens mit dem Zugang zum Meere bestehen und erklärt sich mit diesen Bestrebungen solidarisch.“

Die Versammlung der polnischen Abgeordneten stellt ferner den internationalen Charakter dieser Frage fest und erklärt ihre Verwirklichung als eine Garantie eines dauernden Friedens.“

Wir halten es für erwünscht, den Tatsachen ganz offen ins Auge zu sehen und sich nicht mit dem Hinweis auf die militärische Lage zu begnügen, die ja Gott sei Dank nicht so ist, daß die polnischen Wünsche, mögen sie auch hohe und höchste Protektion diesseits und jenseits der Meere genießen, als ausschlaggebend erachtet werden müssen. In negativer Beziehung ist ja unser Standpunkt mit einem Wort gesagt: Niemals! Ein Jahrhundert staatlicher Gemeinschaft auf einem Boden, der überall Deutsche und Polen in Gemengelage aufweist, hat Beziehungen geschaffen, die schlechterdings unlösbar sind.

Wir haben durchaus Verständnis für den Idealismus, der unbekümmert um die Realitäten des Lebens von einer engeren Gemeinschaft aller Söhne des polnischen Volkes träumt. Aber denselben Anspruch können die Nachbarvölker erheben: die Deutschen, Litauer, Weißrussen, Ukrainer. Nirgends gibt es hier feste Grenzen, sicheren Boden. Weder in der Geschichte, noch in den geographischen Verhältnissen, noch in der Statistik. Was in der Idee schön und einfach und natürlich erscheint, wird in der Welt der Wirklichkeit zu einer Quelle bittersten Streites, bei dem es kein Ende und keine Lösung gibt.

Das deutsche Volk hat sich bisher mit den Fragen des Ostens viel zu wenig beschäftigt. Namentlich in Süddeutschland hat man sich überhaupt nicht um die nationalen Sorgen des Nordostens gekümmert. Im allgemeinen begnügte man sich mit einer kritischen Stellungnahme zu dem Komplex von Handlungen und Unterlassungen, die der Begriff „preussische Polenpolitik“ vereinigt. Auch wir haben diese preussische Polenpolitik, soweit sie sich gegen Ideen und Gefühle mit